

Endlichkeit und Freiheit

Die ökologische Wachstumskritik aus wirtschaftsliberaler
Perspektive

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität
Zu Kiel

vorgelegt von

Daniel Jesche

Kiel

30.10.2014

Erstgutachterin:	Prof. Dr. Tine Stein
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Konrad Ott
Tag der mündlichen Prüfung:	05.05.2015
Durch den zweiten Prodekan	Prof. Dr. John Peterson
Zum Druck genehmigt:	07.09.2015

Gliederung

Einleitung	5
1. Theoretische und empirische Voraussetzungen	29
1.1. Begrifflicher Rahmen: Knappheit, Nachhaltigkeit, Endlichkeit.....	29
1.2. Empirische Anzeichen von Endlichkeit	38
1.2.1. Klimawandel	38
1.2.2. Ernährung und Bevölkerungsanstieg	47
1.2.3. Energie(-ressourcen)	56
1.2.4. Der ökologische Fußabdruck als Indikator für Endlichkeit	65
1.2.5. Zwischenfazit.....	68
1.3. Theorie und Empirie des Wirtschaftswachstums	70
1.3.1. Überblick über die Wachstumstheorie.....	70
1.3.2. Eine institutionalistische Theorie wirtschaftlicher Entwicklung.....	72
1.3.3. Langfristige globale Trends des Wirtschaftswachstums.....	79
2. Die ökologische Wachstumskritik bei Miegel und Jackson	84
2.1. Ideengeschichte und Überblick.....	85
2.1.1. Zwei Quellen der Wachstumskritik	85
2.1.2. Überblick über die jüngere Literatur	99
2.2. Die Wachstumskritik Meinhard Miegels	104
2.2.1. Zur Person	104
2.2.2. Die ökologische Wachstumskritik Meinhard Miegels – Überblick.....	105
2.2.3. Vier Dimensionen eines Wachstumszwangs bei Miegel.....	106
2.2.4. Die Unmöglichkeit langfristigen Wachstums	110
2.2.5. Die Folgen des Wachstums.....	114
2.2.6. Normative Schlussfolgerungen	117
2.3. Die Wachstumskritik Tim Jacksons.....	126
2.3.1. Zur Person	126
2.3.2. Die ökologische Wachstumskritik Tim Jacksons – Überblick.....	127
2.3.3. Überschreitung ökologischer Grenzen im Zuge exponentiellen Wachstums... ..	128
2.3.4. Erosion des Wohlstands in der Wachstumsgesellschaft.....	132
2.3.5. Normative Vision: Die Idee einer „Postwachstumsgesellschaft“	138
2.3.6. Das Implementationsproblem: Ein detaillierter Blick auf Tim Jacksons wirtschaftspolitisches Konzept der Steady-State Economics	142
2.4. Zwischenfazit zur Wachstumskritik Miegels und Jacksons	148
3. Die Politische Theorie des ordnungsökonomischen Liberalismus	151
3.1. Friedrich August von Hayek	151
3.1.1. Wissenschaftliche Biographie.....	151
3.1.2. Hayeks Wirtschaftstheorie – Initialzündung für den wissenschaftlichen Ansatz	155
3.1.3. Hayeks Gesellschaftstheorie	158
3.1.4. Die Zwillingsideen der Evolution und der spontanen Ordnung	164
3.1.5. Hayeks politische Philosophie – ein Programm der Freiheit.....	168
3.2. Walter Eucken.....	179

3.2.1.	Zur Person.....	179
3.2.2.	Zu den Ursprüngen des Neoliberalismus` Euckens.....	181
3.2.3.	Euckens Wissenschaftstheorie	185
3.2.4.	Euckens Ökonomik der Ordnungen	188
3.2.5.	„Ordnungspolitik“ als integrierter Ansatz liberaler Gesellschaftspolitik.....	192
3.3.	Zur Normativität von Wachstum aus ordnungsökonomischer Perspektive.....	198
3.4.	Der Liberalismus F. A. Hayeks und Walter Euckens – Zusammenfassung.....	205
4.	Ansatzpunkte einer Kritik der Kritik aus wirtschaftsliberaler Perspektive	212
4.1.	Die Mathematik des Wachstums als hinreichende Basis einer Wachstumskritik?	213
4.2.	Endliche Welt, endloses Wachstum?.....	225
4.3.	Das Zwangs- und Freiheitsverständnis der Wachstumskritik am Beispiel der Konsumkritik.....	231
4.3.1.	Die Ideengeschichte der Konsumkritik.....	233
4.3.2.	Hayeks Auseinandersetzung mit der Zwangsthese des Konsums	245
4.3.3.	Von der Zwangsthese des Konsums zum Freiheitsverständnis der Wachstumskritik.....	249
4.3.4.	Das Freiheitsverständnis des ordnungsökonomischen Liberalismus Euckens und Hayeks	257
4.4.	Die vermeintliche Dominanz des Wachstumsziels in demokratischen Gesellschaften	266
4.5.	Konsequenzen der Transformation zur Postwachstumsgesellschaft	272
4.6.	Die Bedeutung der Staatsverschuldung für die Wachstumskritik.....	285
4.7.	Wohlstandsmessung als Kompass zur Planung gesellschaftlicher Entwicklung?	294
4.8.	Zwischenkonklusion	308
5.	Wirtschaftsliberale Alternativen zur Postwachstumsgesellschaft	312
5.1.	Nachhaltigkeit dank permanenten Wandels	313
5.2.	Sozialer Zusammenhalt in einer spontanen Ordnung.....	326
6.	Konklusion und Ausblick	333
7.	Literaturverzeichnis.....	341
8.	Abbildungsverzeichnis.....	361

Einleitung

Die Bedingungen der menschlichen Zivilisation in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht haben sich seit Beginn der Industrialisierung vor circa 200 Jahren stärker verändert, als in irgendeiner vorhergehenden Epoche in der Geschichte unserer Spezies.¹ Kennzeichnend für dieses neue Zeitalter ist nicht zuletzt das überregionale Vorliegen stabilen und kräftigen Wirtschaftswachstums, wie es nie eine einzelne Volkswirtschaft oder die Menschheit als Ganzes zuvor erlebte. Wachstum ist Sinnbild, Indikator und zugleich Treiber einer sich weiter entfaltenden Entwicklung, die seit dem Ende der Blockkonfrontation zum Ende des 20. Jahrhunderts fast alle Staaten und Völker der Erde erfasst hat. Wir leben, wirtschaftshistorisch betrachtet, eindeutig im Zeitalter des Wachstums.

Galt das Wachstum der jährlichen Wirtschaftsleistung für die merkantilistische Wirtschaftspolitik der absolutistischen Monarchien Europas in den beiden Jahrhunderten vor Beginn der Industrialisierung nicht nur als sekundär, sondern als international geradezu unmöglich und folglich die Mehrung der nationalen Goldvorräte als wirtschaftspolitisches Ideal – erhoben die Klassiker der Nationalökonomie den „Wohlstand der Nationen“ erstmals zum vorrangigen Ziel staatlichen Handelns.² Seither, man nehme der Einfachheit halber den Beginn des 19. Jahrhunderts zur Grundlage, ist es zu einer Steigerung der globalen Durchschnittseinkommen um den Faktor Elf gekommen, begleitet von einem Anstieg der Weltbevölkerung von etwa einer Milliarde auf mittlerweile über sieben Milliarden Menschen.³ Die globale Wirtschaftsleistung, die

¹ Die industrielle Revolution begann in England und breitete sich dann zunächst in Westeuropa aus. Ihr Beginn wird oftmals mit der entscheidenden Verbesserung der Dampfmaschine durch James Watt im Jahre 1769 angegeben. Die erste öffentliche Eisenbahn zur Personenbeförderung fuhr mit einer dampfgetriebenen Lokomotive, entwickelt von George Stephenson, allerdings erst im Jahre 1825. Der vollmechanische Webstuhl wurde 1785 von Edmund Cartwright eingeführt. Das Industriezeitalter hat unter Berücksichtigung der wichtigsten technologischen Durchbrüche somit ungefähr vor 200 bis 250 Jahren begonnen.

² Die Klassiker, allen voran Adam Smith, verstanden unter Wohlstand (engl. „wealth“) die Summe aller Vermögensgegenstände eines Landes abzüglich aller Verbindlichkeiten. Der Wohlstand beschrieb für sie die Bestandsgröße des materiellen Reichtums einer Nation. Das Einkommen bildete demgegenüber die Flussgröße, um diesen Reichtum zu mehren. Vgl. Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen: Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, 13. Aufl., vollst. Ausg. nach d. 5. Aufl. (letzter Hand), London 1789, für d. Taschenbuch-Ausg. rev. Fassung 1978. Dtv 30149 (München: Dt. Taschenbuch-Verl, 2013).

³ So stieg das durchschnittliche globale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Preisen von 1990 (KKP) von geschätzten 712\$ im Jahr 1820 auf 7.814\$ im Jahre 2010. Dies entspricht einer Steigerung von 9974%. Anders ausgedrückt: Das durchschnittliche globale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hat sich in 190 Jahren nahezu verelfacht. Vgl. Jutta Bolt und van Zanden, Jan Luiten, „The First Update of the

das Produkt beider Entwicklungen darstellt, stieg umso rascher, um gar das Achtzigfache. Gerade in den letzten Jahrzehnten konnten im Zuge der fortgesetzten wirtschaftlichen Dynamik Milliarden Menschen dem Leben in extremer Armut entkommen.⁴ Auch haben sich viele Entwicklungsindikatoren in den meisten Staaten kontinuierlich zum Positiven entwickelt.⁵

Allerdings geht mit dem Anstieg der Weltbevölkerung, dem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und den damit verbundenen Trends auch ein wachsender Naturverbrauch einher, der nach Ansicht einiger Experten geradezu katastrophale globale Folgen haben wird, wenn nicht schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen werden.⁶ Hier setzt die ökologische Wachstumskritik an, die das Wachstum der jährlichen Wirtschaftsleistung als Hauptursache für die steigende (Über-)Beanspruchung globaler Senken, für die Überfischung der Meere, den Artenverlust, den zunehmenden Wassermangel, die Verschlechterung der Böden, kurzum – den unaufhaltsamen Anstieg des globalen Ressourcenverbrauchs – verantwortlich macht. Nicht zuletzt der anthropogene Klimawandel bietet der Kritik am Wirtschaftswachstum zusätzlichen Rückenwind. So stiegen die globalen Kohlendioxidemissionen aufgrund der Verbrennung fossiler Rohstoffe und der Zementproduktion seit 1950 nahezu im Gleichklang mit den durchschnittlichen globalen Pro-Kopf-Einkommen (Siehe Abb. 1).

Maddison Project; Re-estimating Growth Before 1820". <http://www.ggd.net/maddison/maddison-project/publications/wp4.pdf>.

⁴ So lebten nach Angaben der Weltbank im Jahr 1981 noch 1,91 Mrd. Menschen in extremer Armut. 2010 waren es immerhin nur noch 1,22 Mrd., während zugleich die Weltbevölkerung erheblich stieg. Der Anteil der Menschen in extremer Armut mit einem Einkommen von weniger als 1,25\$ pro Tag ist daher deutlich gesunken. In China allein sind zwischen 1981 und 2010 ganze 680 Millionen Menschen der extremen Armut entkommen. Vgl. World Bank, „Poverty Overview“. <http://www.worldbank.org/en/topic/poverty/overview> (letzter Zugriff: 26. August 2014).

⁵ Einen sehr direkten Einblick in die Statistik der globalen Entwicklung auf wirtschaftlichem, sozialen und ökologischem Gebiet bietet die Webseite <http://www.gapminder.org>, auf der zahlreiche frei verfügbare aktuelle Datensätze, u.a. vieler Abteilungen der Vereinten Nationen, zugänglich gemacht wurden.

⁶ Beispielfhaft seien hier der Trend zur Verstärkung, zur Intensivierung des globalen Handels, zu steigendem Fleisch- und Milchkonsum in den Schwellenländern, zu intensiverer Landwirtschaft auf vormals unkultivierten Flächen und die Steigerung der global anfallenden Müllmenge genannt.

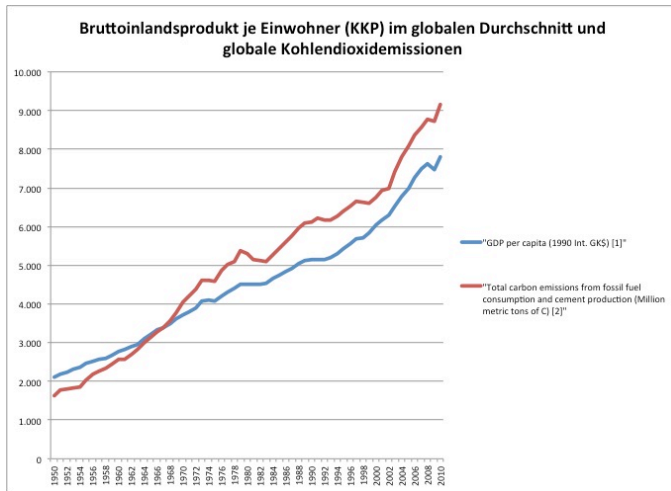


Abbildung 1: BIP je Einwohner und globale Kohlendioxidemissionen aus fossiler Energiegewinnung und Zementproduktion, 1950-2010. (Quelle [1]: Bolt / van Zanden 2013, Quelle [2]: <http://cdiac.ornl.gov/>)

Eine ganze Reihe von Arbeiten können zur Tradition der ökologischen Wachstumskritik gezählt werden. Bereits zum Ende des 18. Jahrhunderts warnt der Bevölkerungswissenschaftler Thomas Robert Malthus vor einem exponentiellen Bevölkerungsanstieg, der durch die lediglich linear wachsende landwirtschaftliche Produktion eines in seiner Tragfähigkeit begrenzten Planeten

nicht aufgefangen werden könne.⁷ 1865 beschäftigt sich William Stanley Jevons in einer wegweisenden Arbeit mit dem Zusammenhang von technischen Innovationen und der Entwicklung des Rohstoffverbrauchs. Jevons kommt bei seiner Analyse für die Kohleindustrie Großbritanniens zu dem Schluss, dass steigende Effizienz mitnichten sinkende Verbräuche zur Folge habe. Vielmehr habe erst die Verbesserung der Effizienz der Dampfmaschine durch Watt dazu geführt, dass ihr massenhafter Einsatz wirtschaftlich sinnvoll wurde. Jevons kann als Vordenker der Peak-Oil Idee verstanden werden. Heute wird sein Gedankengang zudem unter dem Konzept des Rebound wieder aufgegriffen.⁸ Auch Thorstein Veblen ist hier zu nennen. Veblen ist nicht nur ein früherer Vertreter der Soziologie, sondern auch einer der ersten dedizierten Konsumkritiker, der den Diskurs um den sog. ostentativen Konsum (Statuskonsum) anstieß, auf den sich auch die aktuelle Wachstumskritik wieder bezieht.⁹

Interessanter Weise reichen die soeben genannten Arbeiten, die zur Tradition der ökologischen Wachstumskritik zu zählen sind, bis in eine Zeit zurück, in der Wachstum weder präzise definiert, noch empirisch messbar gemacht werden konnte, denn das von Wachstumskritikern für die zunehmende Umweltzerstörung verantwortlich gemachte Konstrukt kann erst seit den 1940er Jahren mithilfe einer eigens entwickelten

⁷ Vgl. Thomas Robert Malthus und Edward A. Wrigley, *An essay on the principle of population: the first edition (1798) with introduction and bibliography*. The Pickering masters (London: Pickering, 1986).

⁸ Vgl. William Stanley Jevons, *The Coal question: An inquiry concerning the progress of the nation, and the probable exhaustion of our coal-mines*. Palgrave archive edition / W. S. Jevons ; Vol. 9 (Basingstoke, Hampshire: Palgrave, 2001).

⁹ Einen Überblick über die aktuelle Konsumkritik bietet Sabine Haring. Vgl. Sabine A. Haring, „Die Tradition der Konsumkritik: Das Misstrauen gegen das Kaufen ; eine soziologische Annäherung.“ *„Alles käuflich“* (2002): 207–238.

volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zuverlässig gemessen werden. Wachstum wird seither auf Basis des entwickelten standardisierten Erhebungsverfahrens üblicher Weise als Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) innerhalb eines Jahres definiert. Eine dedizierte Kritik am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aufgrund der steigenden Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen entfaltete sich nicht unmittelbar mit der Verbreitung des BIP als internationaler Standard zur Wohlstandsmessung, sondern erst in den 1970er Jahren.¹⁰ Begleitet von sozialen Veränderungen in den Nachkriegsgesellschaften, der ersten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und einem zunehmenden Bewusstsein für die Bedeutung des Umweltschutzes widmeten sich Forscher erstmals einer dedizierten Analyse des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch, die auf die erste umfassende ökologisch motivierte Kritik am Wachstum hinauslief. In den „Grenzen des Wachstums“, einer Studie im Auftrag des Club of Rome, kommen die Forscher um Dennis Meadows mithilfe eines kybernetischen Weltmodells zu dem Ergebnis, dass das fortgesetzte Wachstum der physischen Ökonomie langfristig zu einem zivilisatorischen Kollaps führe.¹¹ Grenzen bestünden aus Sicht der Autoren insbesondere in der Endlichkeit nicht regenerativer Ressourcen.

An die „Grenzen des Wachstums“ knüpft im Grunde jede seither verfasste Wachstumskritik in irgendeiner Form an, wobei wir mittlerweile zwischen einer ersten Wachstumsdebatte und einer neuen Wachstumsdebatte unterscheiden können.¹² Planetare Grenzen, Ressourcenmangel und Überbevölkerung gehören zu den wichtigsten Argumentationsfeldern wachstumskritischer Denker der ersten Generation. So warnt der Biologe Paul R. Ehrlich vor der „Bevölkerungsbombe“, die zu einem Mangel an Ressourcen, Preisanstiegen und damit zu weltweiter Armut führe.¹³ Infolge der Club of Rome-Studie von 1972 entwickelte sich zudem eine physikalisch begründete Wachstumskritik entlang der Hauptsätze der Thermodynamik. Nicholas Georgescu-Roegen sieht in der Physik- und Umweltblindheit neoklassischer Wachstumstheorie einen fehlgeleiteten Optimismus, der die Grenzen der Ressourcenoptimierung

¹⁰ Ein globaler Standard zur Erstellung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen liegt mit dem United Nations System of National Accounts (kurz SNA) bereits seit 1953 vor.

¹¹ Vgl. Donella H. Meadows, *The limits to growth: A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind*, 4. print (New York, NY: Universe Books, 1972).

¹² Vgl. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation: Hauptgutachten*, Red.-Schluss.: 17.03.2011, 2. Aufl (Berlin: WBGU Wiss. Beirat der Bundesregierung, 2011), 188f.

¹³ Vgl. Paul Ehrlich, *Die Bevölkerungsbombe* (München: Hanser, 1971).

unterschläge.¹⁴ „Neue“ Wachstumskritiker setzen an den Reaktionen auf die erste Wachstumsdebatte an.¹⁵ Insbesondere kritisieren sie, dass eine von Verteidigern des Wachstums für möglich erachtete Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum trotz Effizienzsteigerungen nicht realistisch sei.¹⁶ Soziale und Gerechtigkeitstheoretische Aspekte, auf die sogleich noch näher einzugehen ist, spielen ebenfalls in der jüngeren Wachstumskritik eine große Rolle, während die Thesen einer drohenden Überbevölkerung und zur Neige gehender Rohstoffe zugunsten einer Betonung der negativen Folgen von Wachstum für die Ökosysteme zurückgestellt werden. Schließlich ist mit der Entdeckung der globalen Gefahr durch den anthropogenen Klimawandel eine weitere Ebene neuer Wachstumskritik hinzugekommen. Kern der Diskussion um das Verhältnis von Klimaschutz und dem Status des Wachstumsziels ist insbesondere die Frage, ob eine sog. Dekarbonisierung der Weltwirtschaft unter Beibehaltung eines dauerhaften Wachstumspfades möglich, oder zum Schutz vor einem gefährlichen Klimawandel vielmehr eine Strategie der gezielten Wachstumsrücknahme notwendig ist.¹⁷

¹⁴ Vgl. Nicholas Georgescu-Roegen, *Entropy law and the economic process* (Cambridge, Mass, 1971).

¹⁵ Siehe zur Kritik der These einer wachstumshemmenden Ressourcenknappheit insbesondere Julian L. Simon, *The Ultimate Resource 2* (Princeton University Press, 1996). <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche?titnr=1483652&flag=citavi>.

¹⁶ Dafür: Vgl. Robert M. Solow, „Georgescu-Roegen versus Solow-Stiglitz.“ *Ecological Economics* 22, Nr. 3 (1997): 267–268. Vgl. auch unmittelbar daran anschließend Joseph E. Stiglitz, „Georgescu-Roegen versus Solow-Stiglitz.“ *Ecological Economics* 22, Nr. 3 (1997): 269–270. Gegen die Aussicht auf eine erfolgreiche Entkopplung vgl. Reiner Kümmel, *The second law of economics: Energy, entropy, and the origins of wealth*. Frontiers collection (New York: Springer Science+Business Media, LLC, 2011). Diese Ablehnung geht zurück auf Georgescu-Roegen. Vgl. neben dessen soeben genannter Arbeit Nicholas Georgescu-Roegen und Richard T. Ely, „The economics of production.“ *The American economic review* 60, Nr. 2 (1970): 1–9.

¹⁷ Als Dekarbonisierung wird die Senkung des Kohlenstoffumsatzes insbesondere im Energiesystem bezeichnet. Strategien zur Dekarbonisierung als Teil des Klimaschutzes (Mitigation) werden insbesondere von Großbritannien und Indien formuliert. Auch Deutschland und die EU streben langfristig eine kohlenstoffarme Wirtschaft an. Die Frage, inwiefern ein erfolgreicher Klimaschutz mit Wirtschaftswachstum vereinbar ist, wird seit dem Stern-Bericht von 2006 intensiv diskutiert. Vgl. Nicholas Stern, „Stern Review: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels: Zusammenfassung/Executive_Summary.“

http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERM AN.pdf. Zu beachten ist, dass die Kosten einer Emissionsminderung von einer Reihe von Annahmen, insbesondere der sog. Baseline sowie dem angesetzten Reduktionsziel abhängen. Der neueste Sachstandsbericht des IPCC (AR5) widmet sich dieser Frage und kommt mit Verweis auf die große Unsicherheit in den Modellen zu einem insgesamt positiven Ergebnis hinsichtlich der Chance, globales Wachstum im 21. Jahrhundert trotz der Mitigationskosten aufrecht zu erhalten. So schreibt der IPCC: „These numbers correspond to an annualized reduction of consumption growth by 0.04 to 0.14 (median: 0.06) percentage points over the century relative to annualized consumption growth in the baseline that is between 1.6% and 3% per year.“ Das Wachstum könnte also global z.B. mit 1,94% statt 2% ausfallen. IPCC, „Summary for Policymakers.“ in *Climate Change 2014. Mitigation of Climate Change: Contribution of the Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, hrsg. von IPCC (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2014), 15. Auch die European Bank for Reconstruction and Development kommt in ihrem Modell zu dem Schluss, dass Wachstum und Klimaschutz langfristig vereinbar seien, jedoch Mitigation kurzfristig zu Konsumeinschränkungen führe. Die EBRD schreibt: „The

Forderung aller Wachstumskritiker ist mindestens eine Rücknahme des unterstellten Trends zu exponentiellem Wachstum, also die Reduktion der Wachstumsraten (sog. Low-Growth). So entwickelte der Ökonom Peter Victor für Kanada ein Modell, das stabile Beschäftigungsraten und Investitionen bei minimalem Wachstum erlauben soll.¹⁸ Radikaler ist die wachstumskritische Forderung nach einer gänzlich stationären Wirtschaft, einem sog. Steady-State, wie sie insbesondere von Herman Daly entwickelt wurde.¹⁹ Die Idee einer stationären Wirtschaft als Alternative zur wachsenden Ökonomie ist dabei an sich nicht neu. Bereits die Klassiker der Nationalökonomie, so etwa Adam Smith, dachten über ein Ende des in ihrer Generation überhaupt erst einsetzenden Wachstumstrends nach, sahen darin jedoch eine ferne und zugleich

end-result of successful mitigation efforts will be reduced resource dependency, and likely higher long term growth. Hence, responding constructively to the challenge of global climate change will accelerate structural transformation which, while costly, is ultimately desirable.“ European Bank for Reconstruction and Development, „Special Report on Climate Change - The Low Carbon Transition“. <http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/trsp.pdf>, 36. Ein Autorenteam um Ottmar Edenhofer kommt zu dem Ergebnis, dass ein Zwei-Grad-Ziel über ein Cap and Trade-Regime ungefähr 1,5% des Weltsozialprodukts kosten würde. Marian Leimbach et al., „Mitigation costs in a globalized world: Climate policy analysis with REMIND-R.“ *Environmental modeling & assessment* 15, Nr.1 (2010): 155–173, 169. Auch die OECD sieht keine grundlegende Inkompatibilität zwischen Wachstum und Klimaschutz. Sie schreibt „For instance, if a full-fledged global carbon market is developed in the next decade or so, we could keep temperature increases under 3° C at a cost of just one-tenth of a percent of average world GDP growth between 2012 and 2050. Put differently, this would mean a 4% reduction in GDP in 2050 compared to a scenario where no policy action is taken. Bear in mind that over the same period world GDP growth is projected to grow by more than 250%.“ OECD - Organization for Economic Cooperation and Development, „FACTOIDS from the new OECD book (updated October 2009): The Economics of Climate Change and Mitigation: Policies and Options for Global Action beyond 2012“. <http://www.oecd.org/env/cc/43706492.pdf> (letzter Zugriff: 16. September 2014), 1. Demgegenüber warn Nicholas Stern vor einer Verdopplung der geschätzten Kosten gegenüber der Berechnung des Berichts von 2006. Es sei nun von 2% des Weltsozialprodukts p.a. auszugehen, womit globales Wachstum langfristig infrage stehen würde. Vgl. Juliette Jowit und Patrick Wintour, „Cost of tackling global climate change has doubled, warns Stern: Author of landmark report says 2% of GDP is needed. Inaction would mean far greater economic damage“. <http://www.theguardian.com/environment/2008/jun/26/climatechange.scienceofclimatechange> (letzter Zugriff: 16. September 2014). Auch Tim Jackson geht von einer Unvereinbarkeit von Wachstum und Klimaschutz aus, verweist aber nicht auf die Kosten, sondern die hohen notwendigen relativen Entkopplungsraten. Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, Dt. Erstausg., 2. Aufl (München: Oekom-Verlag, 2011), 90ff.

¹⁸Vgl. Peter A. Victor, *Managing without growth: Slower by design, not disaster*. Advances in ecological economics (Cheltenham: Elgar, 2008). Auch Hans Christoph Binswanger vertritt die Auffassung, dass zumindest ein minimales Wachstum notwendig sei. Vgl. Hans Christoph Binswanger, „Wachstumswang und Nachhaltigkeit – die Feststellung des Konflikts als Voraussetzung seiner Lösung.: Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg am 12. November 2008“. <http://www.postwachstumsoekonomie.de/Binswanger-Vortrag-OL.pdf> (letzter Zugriff: 16. September 2014). Siehe auch Hans Christoph Binswanger, *Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*, 2., durchges. Aufl (Marburg: Metropolis-Verl, 2006). <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD120070312968923.pdf>.

¹⁹ Vgl. Herman E. Daly, *Wirtschaft jenseits von Wachstum: Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*, 1. Aufl. Edition solidarisch leben (Salzburg: Pustet, 1999).

unheilvolle Aussicht, die es durch eine liberale Öffnungspolitik hinauszuschieben gelte.²⁰ Ein liberaler Ökonom John Stuart Mill war es auch, der den Gedanken einer stationären Wirtschaft als Erster mit positiver Konnotation versah. Mill nahm an, dass Menschen im Steady-State zufrieden sein könnten, solange sie ihn bewusst herbeiführten, bevor die Notwendigkeit sie dazu zwänge.²¹ Hieran knüpfte in den 1930er Jahren John Maynard Keynes an. Keynes sah im Steady-State einen fernen Zustand, in dem die Früchte wirtschaftlicher Entwicklung nicht mehr für ein weiteres Wachstum der Gütermenge, sondern stattdessen für eine Reduktion der Arbeitszeit und somit in mehr Freizeit investiert würden.²²

Wachstumskritiker der sog. Degrowth-Bewegung gehen bei ihren Entwürfen einer alternativen Wirtschaftsordnung noch weiter als Vertreter des Steady-State und fordern eine bewusste Wachstumsrücknahme, vor allem in den reichen Industriestaaten. Gerade in Frankreich hat die „Décroissance“-Bewegung eine breite Basis erlangt. Beruhend auf den physikalisch-ökonomischen Arbeiten Nicholas Georgescu-Roegens wird argumentiert, dass selbst ein Steady-State, wie ihn Herman Daly entwickelt hat, nicht ausreicht, um die globalen ökologischen Schäden in verträgliche Grenzen zurückzuführen.²³

Zu den wichtigsten wissenschaftlichen Instrumenten aus gut vier Jahrzehnten ökologischer Wachstumskritik zählen die IPAT-Gleichung Paul Ehrlichs sowie die

²⁰ Smith schreibt: „Man sollte wohl noch hinzufügen, daß das Los der ärmeren Arbeiter und damit der Masse der Bevölkerung offenbar dann am leichtesten und besten ist, wenn die Gesellschaft auf dem Wege zu weiterem Wohlstand ist und nicht schon den Zenit des Reichtums erreicht hat. Ihr Los ist hart in einer stationären und erbärmlich in einer schrumpfenden Wirtschaft. Der Aufschwung ist in der Tat für alle Schichten erfreulich und willkommen, die Stagnation hingegen lähmend und der Niedergang trostlos.“ Smith, *Der Wohlstand der Nationen*, 70.

²¹ Man beachte insbesondere das Kapitel „Of the stationary state“ der *Principles of Political Economy*. Vgl. John Stuart Mill, *Principles of political economy: With some of their applications to social philosophy* (London: Longmans, 1909), Book IV.

²² Vgl. John Maynard Keynes, „Economic possibilities for our grandchildren (1930).“ in *Revisiting Keynes : economic possibilities for our grandchildren*, hrsg. von Lorenzo Pecchi und Gustavo Piga, 17–26 (Cambridge, Mass. [u.a.]: MIT Press, 2008).

²³ Eine aktuelle Beurteilung der unterschiedlichen Ansätze bietet Kerschner. Vgl. Christian Kerschner, „Economic de-growth vs. steady-state economy.“ *Journal of Cleaner Production* 18 (2010): 546–551. <http://degrowth.org/wp-content/uploads/2012/11/Kerschner-2010.pdf> (letzter Zugriff: 19. September 2014). Seit 2008 finden alle zwei Jahre Konferenzen der Degrowth-Vertreter statt: 2008 in Paris, 2010 in Barcelona, 2012 in Montreal und Venedig und 2014 in Leipzig. Auf der ersten Konferenz wurde das Ziel von Degrowth definiert als „a voluntary transition towards a just, participatory, and ecologically sustainable society.“ Dazu sei nicht weniger als eine „transformation of the global economic system“ anzustreben. Research&Degrowth (R&D), „Declaration of the Paris 2008 Conference“. <http://degrowth.org/wp-content/uploads/2011/05/Declaration-Degrowth-Paris-2008.pdf> (letzter Zugriff: 19. September 2014), 2.

Environmental Kuznets-Curve (EKC).²⁴ Thematisch wesentlich für die neue wachstumskritische Diskussion ist die Frage nach der Möglichkeit einer sog. Entkopplung von Wachstum und Naturverbrauch.²⁸ Eine absolute Entkopplung liegt dann vor, wenn ein bestimmter Schadenseintrag trotz steigender Wirtschaftsleistung absolut sinkt. Eine relative Entkopplung wird als Bedingung bereits erreicht mit einer Steigerung der Ökoeffizienz der Wirtschaft, also selbst bei steigendem Gesamtverbrauch oder Schadenseintrag. So ist der spezifische Energieverbrauch für eine erwirtschaftete Wirtschaftseinheit im globalen Durchschnitt seit 1980 gesunken, der absolute Primärenergieverbrauch jedoch bis 2011 um fast 100% gestiegen.²⁹ Hier hat das Wachstum der Weltwirtschaft sämtliche Energieeffizienzmaßnahmen überkompensiert. Weiterhin wesentlich auf dem Gebiet der ökologischen Wachstumskritik ist die weiterhin geführte Diskussion um den sog. Rebound-Effekt, der auf die Arbeit Jevons aus dem 19. Jahrhundert zurückgeht und daher auch als „Jevons-Paradox“ bezeichnet wird. Der Rebound bezeichnet die Tendenz der Verbraucher sowie der Unternehmen, auf technische Effizienzsteigerungen mit Mehrverbräuchen der jeweiligen ökologisch

²⁴ Die IPAT-Gleichung postuliert einen direkten Zusammenhang zwischen dem globalen menschlichen Impakt auf die Ökosysteme ($I=Impact$) und drei Einflussgrößen, zwischen denen ein multiplikativer Zusammenhang unterstellt wird. Der Impakt sei das Produkt, so Ehrlich, aus der Bevölkerungszahl ($P=Population$), dem materiellen Wohlstand, gemessen über das BIP je Einwohner ($A=Affluence$), sowie dem technologischen Standard ($T=Technology$), der als spezifischer Schadenseintrag je Wirtschaftseinheit gemessen wird. Vgl. P. R. Ehrlich und J. P. Holdren, „Impact of Population Growth.“ *Science* 171, Nr. 3977 (1971): 1212–1217. Mit Blick auf den Klimawandel wird die IPAT-Gleichung auch als sog. Kaya-Identität in ausdifferenzierter Form angewandt. Hier werden die globalen Treibhausgasemissionen der Menschheit als Impakt gleichgesetzt mit dem Produkt aus der Bevölkerungszahl, dem BIP je Einwohner, der Energieeffizienz (Energieverbrauch / BIP) und der Treibhausgas-Effizienz der Energieerzeugung (CO_2 -Emissionen / erzeugte Energie). Vgl. P. E. Waggoner und J. H. Ausubel, „A framework for sustainability science: A renovated IPAT identity.“ *Proceedings of the National Academy of Sciences* 99, Nr. 12 (2002): 7860–7865. Innerhalb der Kaya-Gleichung erscheint Wachstum *ceteris paribus* eindeutig als Treiber ökologischer Schäden, wenngleich die empirisch vorzufindenden Mechanismen komplexer sind, als es innerhalb der Logik der IPAT-Gleichung erscheint. Insbesondere solche Effekte, die gleichzeitig mehrere Teile der Gleichung betreffen, machen ihren Wert zunichte. Die Unabhängigkeit der Faktoren kann dann nicht mehr unterstellt werden. Vgl. Blake Alcott, „Impact caps: Why population, affluence and technology strategies should be abandoned.“ *Journal of Cleaner Production* 18, Nr. 6 (2010): 552–560. Zur Environmental Kuznets Curve vgl. Soumyananda Dinda, „Environmental Kuznets Curve hypothesis: a survey.“ *Ecological economics : the transdisciplinary journal of the International Society for Ecological Economics* 49, Nr. 4 (2004): 431–455.

²⁸ Einen profunden Überblick über das Konzept der Entkopplung ist im Zuge der Arbeit der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ entstanden. Empirisch kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass wahrscheinlich eine relative Entkopplung bei den meisten Rohstoffen und insbesondere beim Energieverbrauch global stattgefunden hat, wobei von einer absoluten Entkopplung, auf die es ökologisch aber vor allem ankommt, bisher keine Rede sein kann. Vgl. Reinhard Madlener und Blake Alcott, „Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkoppelung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum“. Enquete-kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages (letzter Zugriff: 14. April 2014), 33f.

²⁹ 1980 lag der globale Primärenergieverbrauch bei 283.147 Trilliarden BTU, 2012 bei 520.279 Trilliarden BTU. Die Energieintensität sank von 9.332 BTU auf 7317 BTU je 2005 US-Dollar in KKP. Vgl. U.S. Energy Information Administration, „International Energy Statistics“. <http://www.eia.gov/> (letzter Zugriff: 19. September 2014).

relevanten Ressourcen zu reagieren, wobei zahlreiche Unterformen von Rebound-Effekten unterschieden werden können.³⁰ Rebound-Effekte stehen im Verdacht, politische Instrumente zur Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch zu erschweren oder sogar zu vereiteln, wobei gerade hinsichtlich des empirischen Umfangs des Rebound-Effekts Uneinigkeit herrscht.³¹

Ökologische Wachstumskritiker wären falsch verstanden, würde man sie gänzlich auf die Frage reduzieren, inwiefern ökologische Nachhaltigkeit und Wachstum miteinander vereinbar sind. Wachstumskritikern beider Generationen geht es seit den „Grenzen des Wachstums“ von 1972 immer auch um gesellschaftliche und politische Veränderungen, die die negativen sozialen Folgen des Wachstums beseitigen sollen. Auf dieser Ebene werden mehrere Aspekte diskutiert. Zum einen finden wir eine sehr weit zurückreichende konsumkritische Diskussion, die mit der einsetzenden dedizierten Wachstumskritik eine Verbindung eingegangen ist.³² So unterstellt John Kenneth Galbraith bereits 1958 in „The Affluent Society“ spätkapitalistischen Ökonomien eine Erfüllung vor allem künstlicher Bedürfnisse, die überhaupt erst durch das Angebot der Industrie entstünden.³³ Hier erscheint Wachstum als Treiber eines Konsumkreislaufs, den es selbst überhaupt erst im Gange hält, ohne dass die Bevölkerung einen wahren Wohlstandsgewinn infolge steigender Einkommen verzeichnen würde. Weiterhin wird von ökologischen Wachstumskritikern auf eine vermeintliche Überforderung der Menschen in wachsenden Ökonomien verwiesen. Diese Diskussion findet entlang des Konzepts der hedonistischen Tretmühle (engl. „hedonic treadmill“) statt.³⁴ Wachstumsgesellschaften seien, wie es jüngst Mathias Binswanger formulierte, von

³⁰ So kann ein direkter Rebound vom indirekten- und vom Gesamtrebound unterschieden werden. Ökonomisch ist der Rebound als Kombination der Effizienzelastizität des Preises und der Preiselastizität der Nachfrage zu verstehen. Auch zum Rebound-Effekt bietet die Arbeit von Madlener und Alcott im Auftrag der deutschen Enquete-Kommission einen sehr guten Überblick. Die Autoren sichten auch die empirische Literatur, die auf Gesamtrebounds in Größenordnungen von wenigen- bis zu 200 Prozent, also einem starken Bounce-Back hinweisen. Rebound-Effekte sind also ernst zu nehmen bei der Gestaltung umweltpolitischer Maßnahmen. Vgl. Reinhard Madlener und Blake Alcott, „Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkoppelung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum“, 12–28.

³¹ Siehe vorhergehende Fußnote.

³² Wie bereits oben erwähnt, geht die Konsumkritik vor allem auf die Arbeit Thorstein Veblens zurück, ist also deutlich älteren Ursprungs als die Wachstumskritik, was angesichts des Fehlens eines einheitlichen Maßes zur Messung von Wachstum zur Zeit Veblens vielleicht weniger bedeuten mag als zunächst gedacht werden könnte. Einen Überblick bietet Haring, „Die Tradition der Konsumkritik“.

³³ Siehe John Kenneth Galbraith, *The affluent society*, 40. anniversary ed., updated and with a new introd. by the author. Mariner books (Boston Mass. u.a: Houghton Mifflin, 1998).

³⁴ Der Begriff der Hedonistischen Tretmühle stammt von Campbell und Brickman. Vgl. P. Brickman und D. Campbell, „Hedonic relativism and planning the good society.“ in *Adaptation-level theory: A Symposium [on Adaptation-Level (AL) Theory held at the University of Massachusetts at Amherst, on May 7 - 9, 1970]*, hrsg. von Mortimer Herbert Appleby, 287–302 (New York: Acad. Press, 1971).

sinnlosen Wettbewerben geprägt, in denen der teure Konsumstil einer Gruppe die andere über Neid und Statusvergleich zur Erhaltung ihres Selbstwertgefühls zu ebenso überflüssigen Konsummustern zwingt. Im Zentrum des Wachstums stünden daher wohlfahrtstheoretisch gesehen lediglich Nullsummenspiele.³⁵ Eng damit verbunden ist die These der empirischen Glücksforschung, dass das weitere Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen ab einem gewissen Niveau hinsichtlich der Lebenszufriedenheit der Bevölkerung wirkungslos und in Verbindung mit seinen ökologischen Kosten wirtschaftspolitisch nicht mehr sinnvoll sei. Zu beachten ist hierzu insbesondere die empirische Forschung zum sog. Easterlin-Paradox, das eben jenen fehlenden Zusammenhang unterstellt.³⁶ Zur gesellschaftlichen und politischen Kritik am Wachstum zählt auch die Kritik Hans Christoph Binswangers, der einen strukturellen Wachstumszwang aufgrund geldtheoretischer und finanzmarkttheoretischer Sachverhalte in kapitalistischen Ökonomien unterstellt und insbesondere an der Geldschöpfung der Banken ansetzt.³⁷

Insgesamt muss auf der gesellschaftlichen Seite der ökologischen Wachstumskritik der Begriff des Wohlstands ganz besonders betont werden. In der volkswirtschaftlichen Theorie besteht ein weitgehender Konsens, dass Wachstum einen positiven Effekt auf den Wohlstand der Bevölkerung hat, wobei zwischen dem unmittelbaren materiellen Wohlstandseffekt (Einkommen, Konsum) und den indirekten Effekten unterschieden werden kann, die etwa an den hohen Korrelationen von Wachstum und Bildungsausgaben abgelesen werden können.³⁸ Die neue ökologische Wachstumskritik

³⁵ Vgl. Mathias Binswanger, *Die Tretmühlen des Glücks: Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun?*, Orig.-Ausg., 4. Aufl. Herder-Spektrum 5809 (Freiburg, Basel, Wien: Herder, 2010).

³⁶ Das Paradox geht auf einen Aufsatz aus dem Jahre 1974 zurück. Vgl. Richard A. Easterlin, „Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence.“ *Nations and households in economic growth : essays in honor of Moses Abramovitz* (1974): 89–125. Die aktuelle empirische Forschung ist zweigeteilt in Befürworter und Skeptiker, die weiterhin einen starken Zusammenhang von Einkommen und Lebenszufriedenheit messen. Es ist darauf zu verweisen, dass das Einkommen ohnehin nur einen Teil des BIP ausmacht und daher auch jenseits des Einkommens positive Effekte des Wachstums auf die Lebenszufriedenheit möglich sind. Im Sinne Easterlins vgl. R. A. Easterlin et al., „The happiness-income paradox revisited.“ *Proceedings of the National Academy of Sciences* 107, Nr. 52 (2010): 22463–22468. Zur Gegenposition vgl. Betsey Stevenson und Justin Wolfers, *Economic growth and subjective well-being: Reassessing the easterlin paradox*. Discussion paper series / Centre for Economic Policy Research Development economics, labour economics and public policy 6944 (London: Centre for Economic Policy Research, 2008).

³⁷ Vgl. Binswanger, *Die Wachstumsspirale*.

³⁸ So bezeichnet Mankiw das BIP als „geeignetes Maß für wirtschaftlichen Wohlstand“ und Wachstum als geeignetes Maß für „wirtschaftlichen Fortschritt“ und „steigende Lebensstandards“. Auch Baßeler et al und ebenso Siebert weisen auf den Zusammenhang zu Wohlstand und Lebensstandard hin. Dies gilt auch für das sehr einflussreiche Standardwerk von Samuelson und Nordhaus. Nicholas Gregory Mankiw und Adolf Wagner, *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 3., überarb. Aufl (Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2004),

ist als sozialwissenschaftliches und sozialphilosophisches Forschungsfeld vor allem eine Kritik dieser These. Folglich entwickeln neuere Wachstumskritiken regelmäßig eigene Wohlstandskonzepte, die die These stützen sollen, dass eine Politik des Low-Growth, Steady-State oder gar eine bewusste Wachstumsrücknahme (De-Growth) nicht mit einem Verzicht auf Lebensqualität einhergehe.³⁹ Wohlstand stellt damit die übergeordnete Denkkategorie der neuen Wachstumskritik dar, in deren Rahmen nach Ersatz für die positiven Effekte ausbleibenden Wachstum in einer Postwachstumsökonomie und -gesellschaft gesucht werden soll. In diese Debatte um das Verhältnis von Wachstum und Wohlstand gehört schließlich auch die seit den 1970er Jahren erfolgte Kritik am Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Wohlstand. Zahlreiche alternative Wohlstandsindikatoren wurden bereits entwickelt, die die Umweltkosten von Wachstum sowie die soziale Dimension von Wohlstand besser fassen sollen, als dies bisher im Zuge der klassischen VGR der Fall ist.⁴⁰

Interessanter Weise finden sich innerhalb des weiten Felds der ökologischen Wachstumskritik relativ wenige Arbeiten, die den Versuch unternehmen, die ökologisch begründete Position über die Diskussion spezifischer Einzelaspekte und -vorschläge hinauszuhoben und auf eine Entscheidung alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen hin abzustellen. In Deutschland wirken u.a. Nico Paech, Harald Welzer, Meinhard Miegel und Reinhard Loske in diese Richtung.⁴¹ International gehen

580. Vgl. auch Paul A. Samuelson, William D. Nordhaus und Regina Berger, *Volkswirtschaftslehre: Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie*, [Übers. der 18. amerikan. Aufl.] (Landsberg am Lech: mi-Fachverl, 2005). <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1201011292916304.pdf>, 778f. Siehe weiterhin Ulrich Baßeler, Jürgen Heinrich und Burkhard Utecht, *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft*, 17., überarb. Aufl., 213. - 222. Tsd (Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2002), 791ff. Vgl. schließlich Horst Siebert, *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*, 13., vollst. überarb. und erw. Aufl (Stuttgart u.a.: Kohlhammer, 2000), 403f.

³⁹ Wohlstandskonzepte finden wir u.a. in den Wachstumskritiken Tim Jacksons, Meinhard Miegels, Reinhard Loskes und Robert und Edward Skidelskys: Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*. Vgl. Meinhard Miegel, *Exit: Wohlstand ohne Wachstum*, 2. Aufl (Berlin: Propyläen, 2010). <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1201003082623733.pdf>. Siehe auch Robert Skidelsky und Edward Skidelsky, *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens* (Kunstmann, A, 2013). <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche2?titnr=268948399&flag=citavi>. Vgl. Reinhard Loske, *Abschied vom Wachstumszwang: Konturen einer Politik der Mässigung*. Hauptsachen und Einblicke H. 1 (Rangsdorf: Basilisken-Presse, 2010).

⁴⁰ Auf die Reformansätze des BIP wird in dieser Arbeit noch einzugehen sein. Einen Überblick bietet die Stiftung Denkwerk Zukunft. Vgl. Martin Schulte und Elias Butzmann, „Messung von Wohlstand: Ein Überblick über verschiedene Verfahren.“ (letzter Zugriff: 7. Mai 2014). Eine Diskussion und Formulierung konkreter Vorschläge erfolgt u.a. im Abschlussbericht der Sen-Stiglitz-Fitoussi-Kommission, die sich dem Thema verschrieb. Siehe Joseph E. Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi, *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* ([Paris: The Commission, 2009).

⁴¹ Zu den Arbeiten Niko Paechs zählen Niko Paech, „Wege aus der Wachstumsdiktatur.“ in *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*, hrsg. von Harald Welzer und Klaus Wiegandt. Orig.-Ausg, 200–219, Forum für Verantwortung 19616 (Frankfurt am Main: Fischer, 2013); Niko Paech, „Nachhaltigkeit jenseits grüner Wachstumsillusionen: Skizzen einer Postwachstumsökonomie.“ in *Konfliktfelder und Perspektiven im*

Arbeiten Tim Jacksons sowie die des Autorenteam Robert und Edward Skidelsky dem Versuch nach, die Position der ökologischen Wachstumskritik unter Aufnahme umfassender empirischer, wirtschaftstheoretischer und philosophischer Aspekte in Richtung einer alternativen Gesellschaftsvorstellung zu entwickeln.⁴² Diese Arbeiten sind, anders als große Teile der Wachstumskritik, an der Schnittstelle von akademischer Wissenschaft und politisch informierter Öffentlichkeit anzusiedeln, sodass wir hier von einer Literaturgattung des Politischen Denkens sprechen können. Auf dieser Literaturgattung soll in dieser Arbeit der Fokus liegen.⁴³

Politisches Denken ist konzeptionell von politischer Philosophie und politischer Theorie abzugrenzen. Die Beiträge der politischen Theorie und Philosophie vollziehen sich im Wesentlichen in den Bahnen des Wissenschaftsbetriebs, während politisches Denken sich unmittelbar an die Öffentlichkeit wendet. Politisch ist auch die Wachstumskritik in diesem Sinne als Politisches Denken, da sie sich im weitesten Sinne auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, mithin auf die Rahmenbedingungen der Ordnung des Zusammenlebens und auf den Prozess der Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen bezieht, wie auch auf die gesellschaftlichen Diskurse, welche diesen Prozess vorbereiten, begleiten und reflektieren.⁴⁴

Umweltschutz : Einstieg in ein interdisziplinäres Studienfeld von Ökologie bis Suffizienz, hrsg. von Frieder Kunz, Gerhard Roller und Karlheinz Scheffold, 261–275 (München: oekom verlag, 2014); Niko Paech, *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, 7. Aufl (München: Oekom-Verl, 2014). Zur Wachstumskritik Harald Welzers siehe Harald Welzer, „Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt.“ in *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*, hrsg. von Harald Welzer und Klaus Wiegandt. Orig.-Ausg, 35–59, Forum für Verantwortung 19616 (Frankfurt am Main: Fischer, 2013); Harald Welzer, „Wegmarken 2010: Wohlstand ohne Wachstum (Teil 1): Perspektiven der Überflusgesellschaft“. http://www.deutschlandfunk.de/wegmarken-2010-wohlstand-ohne-wachstum-teil-1.724.de.html?dram:article_id=99694 (letzter Zugriff: 11. August 2014); Harald Welzer, *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Schriften zur Ökologie 14 (Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, 2011). Reinhard Loske kann ebenfalls zu den Vertretern einer umfassenden Wachstumskritik gezählt werden, die konkrete Entwürfe für eine Postwachstumsgesellschaft entwickelt. Vgl. Loske, *Abschied vom Wachstumszwang*. Meinhard Miegel gehört zu den wenigen Vertretern, die nicht dem linken Spektrum zugerechnet werden. Vgl. Meinhard Miegel, *Exit*.

⁴² Tim Jacksons Arbeit wurde insbesondere im Umfeld der grünen Bewegung in Deutschland stark rezipiert. Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*. Skidelsky und Skidelsky setzen den Schwerpunkt auf den philosophischen Wohlstandsdiskurs im Sinne einer ideengeschichtlich fundierten Wachstumskritik und damit weniger auf die umweltökonomische Dimension, die bei Jackson eine große Rolle beibehält. Siehe Skidelsky und Skidelsky, *Wie viel ist genug?*

⁴³ Die Tatsache, dass nicht nur Wissenschaftler, sondern auch außeruniversitäre Personen für die Entwicklung und vor allem Vermittlung von Ideen relevant sind, betont Jan-Werner Müller. Vgl. Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter: Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert* (Berlin: Suhrkamp, 2013), 10. Henning Ottman schreibt entlang dieser Linie: „Nachdenken über Politik kann jeder“ Henning Ottmann, *Von Homer bis Sokrates*. Die Griechen Teilbd. 1 (Stuttgart [u.a.]: Metzler, 2001), V. Die Distanz zum Politischen Denken seitens der Politischen Theorie wird mitunter kritisiert. Siehe Michael Freedon, „Ideology and Political Theory: Journal of Political Ideologies.“ 11 (2006): 3–22, 6ff.

⁴⁴ Zur Auslegung Politischen Denkens in diesem Sinne vgl. Michael Th. Greven, *Politisches Denken in Deutschland nach 1945: Erfahrung und Umgang mit der Kontingenz in der unmittelbaren Nachkriegszeit*.

Ausgehend von der Annahme, dass es sich bei der jüngeren Wachstumskritik um ein im Entstehen begriffenes politisches Programm handelt, das auf eine erhebliche Veränderung des institutionellen Status Quo hinausläuft, soll der Frage nachgegangen werden, welche gesellschaftlichen, ökonomischen und politiktheoretischen Denkmuster aktuelle Wachstumskritiker vereint, welche Prämissen und Argumentationsmuster sie prägen und welche politischen Schlüsse sie ziehen. Insbesondere die wirtschaftspolitischen Konzepte zur praktischen Umsetzung der geforderten Transformation in eine Postwachstumsgesellschaft, wie sie auch implizit aus der Kritik am Status Quo destilliert werden können, sollen untersucht werden. Das Ziel besteht jedoch nicht nur darin, typische Perzeptionsmuster und Denkfiguren im politischen Denken der neueren ökologischen Wachstumskritik herauszuarbeiten, sondern die Wachstumskritik und ihre politische Vision in einem zweiten Schritt auf Basis eines geeigneten Ansatzes zu kritisieren, um schlussendlich alternative Lösungsansätze für die angeführten Herausforderungen zu entwickeln. Dabei geht es auch um die derzeit nur ungenügend verstandene Frage, welche Auswirkungen von der Umsetzung des wachstumskritischen Programms auf die individuelle Freiheit zu erwarten sind – wie es um die Freiheit in den politischen Ideen der neuen ökologischen Wachstumskritik steht. Mit dieser Fragestellung verbunden ist der Anspruch, über die tradierte Verteidigung von Wachstum, auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll, hinauszugehen: Auf die Kritik am Wachstum, die seit etwa 1970 nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch negative gesellschaftliche Folgen herausgearbeitet hat, kann so etwas wie eine klassische Reaktion ausgemacht werden, die den positiven Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand, aber auch die positiven Rückkopplungseffekte von Wachstum und Umweltinnovationen mit Blick auf das Prinzip der Nachhaltigkeit betont.⁴⁵ Diese oft wiederholte Verteidigung ist gewissermaßen selbst schon Teil des Wachstumsdiskurses geworden und kann daher als gegeben vorausgesetzt werden. Typische Argumente, wie sie in den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre und der Wachstumstheorie in Verteidigung des Wachstums vorgebracht werden, lauten:⁴⁶

Sammlung Budrich - Texte zur Gesellschaft (Opladen: Budrich, 2007). http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2905871&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm, 31.

⁴⁵ So etwa im Fall des Konzepts des qualitativen Wachstums, das auf sinkenden Ressourcenverbrauch bei steigender Produktqualität und somit auf langlebigere Produkte setzt.

⁴⁶ Zu 1. bis 4: Siehe Mankiw und Wagner, *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 580ff. Vgl. ebenso Samuelson, Nordhaus und Berger, *Volkswirtschaftslehre*, 778f. Siehe weiterhin Baßeler, Heinrich und Utecht, *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft*, 791ff. Vgl. auch Siebert, *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*, 403f. Die Aspekte 4, 5, 6 und 7 spielen insbesondere bei Befürwortern der Environmental Kuznet-Kurve eine entscheidende Rolle. Vgl. Dinda, „Environmental Kuznets Curve

1. Wachstum stelle einen unverzichtbaren Erfolgsmesser zum Vergleich der Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften dar.
2. Wachstum erleichtere den Abbau der Arbeitslosigkeit.
3. Wachstum senke Verteilungskonflikte.
4. Nur Wachstum erlaube ein Aufschließen unterentwickelter Ökonomien auf den Lebensstandard der reichsten Staaten.
5. Wachstum erleichtere den Strukturwandel und die Erneuerung ineffizienter Anlagen.
6. Mit Wachstum komme es zu einer steigenden Umweltpräferenz in der Bevölkerung.
7. Wachstum erleichtere die Finanzierbarkeit ökologischer Investitionen.

Für die Analyse und Kritik des politischen Denkens der ökologischen Wachstumskritik ist es – nicht nur um über tradierte Verteidigungen hinauszugehen, sondern auch aus methodischer Hinsicht – unabdinglich, auf einen konzisen theoretischen Rahmen zurückzugreifen. Dabei ist die Wahl auf die ordnungsökonomische Theorietradition gefallen. Bei der Ordnungsökonomik handelt es sich um eine Teilströmung wirtschaftsliberalen Denkens, das sich aufgrund seiner thematischen Ausrichtung an der Schnittstelle von Wirtschaft und Politik gut für eine kritische Betrachtung aller Fragen eignet. Mit Blick auf die politischen Thesen der Wachstumskritik gilt dies ganz besonders. War es doch gerade der Wirtschaftsliberalismus, der die zur Disposition gestellte Auffassung begründet hat, dass Wirtschaftswachstum durch die Einführung und den Erhalt einer marktwirtschaftlichen Ordnung ermöglicht wird und der dadurch initiierte Prozess fortwährend zur Steigerung der Wohlfahrt beiträgt. Diese Ordnung ist aus Sicht führender Wirtschaftsliberaler gekennzeichnet durch den Schutz des persönlichen Eigentums, durch Bewegungs-, Koalitions- und Vertragsfreiheit sowie durch das Prinzip wirtschaftlicher Konkurrenz, mit dessen Hilfe ein System sich frei bildender Preise auf Märkten eine effiziente Allokation von Ressourcen und somit Wachstum erst ermöglicht. Vertreter des Wirtschaftsliberalismus gehen in ihrem politischen Denken von einer untrennbaren Verknüpfung von wirtschaftlicher und politischer Freiheit aus. Der liberale Ökonom Milton Friedman etwa postuliert, dass „zwischen Wirtschaft und Politik engste Beziehungen bestehen, daß nur bestimmte

hypothesis: a survey“. Auch bei Samuelson wird der positive Zusammenhang von Wachstum und ökologischem Wandel stark gemacht. Vgl. Samuelson, Nordhaus und Berger, *Volkswirtschaftslehre*, 518ff.

Kombinationen wirtschaftlicher und politischer Formen möglich sind“.⁴⁷ Dieser Grundgedanke zieht sich durch den gesamten Wirtschaftsliberalismus und kann sogar noch zugespitzt werden zu der These, dass wirtschaftliche Freiheit sowohl Wachstum, als auch politische Freiheit bedingt.

Ordnungsökonomien teilen viele wirtschaftsliberale Auffassungen, verfolgen aber einen spezifischen Ansatz, der sich vom makroökonomischen Blickwinkel vieler Wirtschaftsliberaler, darunter auch von jenem Milton Friedmans, deutlich unterscheidet und die Ordnungsökonomik als Ansatz für eine Kritik der Wachstumskritik besonders geeignet erscheinen lässt. Die Begriffe Ordnungstheorie und insbesondere der Begriff der Ordnungspolitik sind v.a. mit der Freiburger Schule um Walter Eucken, Franz Böhm u.a. verbunden. Unter Ordnungsökonomik wird dagegen eine auf die traditionelle Ordnungstheorie und -politik zurückgehende Teildisziplin verstanden, die neuere Erkenntnisse angrenzender Forschungsprogramme wie die der Neuen Politischen Ökonomie, der Neuen Institutionenökonomik oder der Konstitutionenökonomik produktiv integriert. Die Ordnungsökonomik wird nicht primär über ihren Erkenntnisgegenstand, sondern über die genutzte Methode von anderen ökonomischen Schulen abgegrenzt.⁴⁸ Unter Ordnung wird mit Hayek ein Zustand beschrieben, „in dem eine Vielzahl von Elementen verschiedener Arten in solcher Beziehung zueinander stehen, dass wir aus unserer Bekanntschaft mit einem räumlichen oder zeitlichen Teil des Ganzen lernen können, richtige Erwartungen bez. des Restes zu bilden, oder doch zumindest Erwartungen, die sich sehr wahrscheinlich als richtig erweisen werden.“⁴⁹ Die Grundfrage der Ordnungsökonomik lautet nach Dirk Sauerland, „wie die Regeln beschaffen sein müssen, welche die Herausbildung und Aufrechterhaltung einer wohlfahrtssteigernden Ordnung ermöglichen.“⁵⁰ Zentraler Ansatzpunkt der Ordnungsökonomik sind also nicht die konkreten *Ergebnisse* von Tauschhandlungen, sondern die *Regeln*, innerhalb derer Tauschhandlungen erfolgen. Diese Regeln werden auch als Institutionen bezeichnet. Unter Institutionen werden in der Ordnungsökonomik gemeinhin solche Regeln verstanden, die von einer Gruppe von Teilnehmern genutzt werden, um wiederholt auftretende Interaktionen zu ordnen. Ordnungsökonomien

⁴⁷ Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit* (Stuttgart: Seewald, 1971), 27.

⁴⁸ Vgl. zum Begriff der Ordnungsökonomik Dirk Sauerland, „Ordnungsökonomik.“ in *Gabler Wirtschaftslexikon*, hrsg. von Springer Gabler Verlag, s.p. (Wiesbaden: Springer Gabler, 2014). <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/2788/ordnungssoekonomik-v7.html> (letzter Zugriff: 19. September 2014).

⁴⁹ F. A. Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1: Regeln und Ordnung*, 1. Aufl. 3 Bände. Recht, Gesetzgebung und Freiheit 3 (München, 1980), 57.

⁵⁰ Dirk Sauerland, „Ordnungsökonomik.“ in *Gabler Wirtschaftslexikon* (s. Anm. 48), s.p.

halten den Versuch, Endzustände über eine entsprechende Allokation von Ressourcen zu optimieren für grundsätzlich verfehlt, denn Wirtschaft ist für OrdnungsökonomInnen kein zu organisierendes Ganzes, mit einer irgendwie zu maximierenden Zielgröße. Stattdessen steht die Frage im Vordergrund, wie eine Vielzahl von Individuen mit einer Vielzahl von Zielen ihr Handeln so koordinieren können, dass Ordnung zum Wohl aller Betroffenen resultiert. Mit diesem Ansatz soll auf eine Kritik zentraler Argumente der ökologischen Wachstumskritik hingearbeitet werden. Dafür liegen dieser Arbeit vier Prämissen zugrunde:

- Prämissen 1: Political Ideas matter! Auch im 21. Jahrhundert entfalten politische Ideen, gerade durch die Arbeiten sogenannter Public Intellectuals eine unvermindert hohe Wirkungskraft. Die Literaturkategorie des politischen Denkens ist daher von besonderer Relevanz, da hier zu verortende Arbeiten mit höherer Wahrscheinlichkeit politischen Einfluss gewinnen, als dies in rein wissenschaftlichen Arbeiten der Fall ist.
- Prämissen 2: Es handelt sich bei der neuen ökologischen Wachstumskritik um eine Form des politischen Denkens an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Als solche stehen Wachstumskritiker für einen ausgeprägten politischen Gestaltungsanspruch. Eine ausreichende Geschlossenheit für eine Synthese der ökologischen Wachstumskritik anhand der Arbeiten zweier repräsentativer Vertreter kann angenommen werden.
- Prämissen 3: Die Ordnungsökonomik bietet als Theorietradition nicht nur die nötige innere Geschlossenheit für eine Synthese anhand zweier Vertreter, sondern auch ausreichendes argumentatives Potential für eine überzeugende *Kritik der Kritik*.
- Prämissen 4: Im politisch-gesellschaftlichen Denken der ordnungsökonomischen Tradition ist eine eigenständige und innovative Position zur Wachstumsfrage enthalten, die über die tradierte Verteidigung des Wirtschaftswachstums hinausgeht.

Beruhend auf diesen vier Prämissen kann die Frage nach der Vereinbarkeit individueller Freiheit mit den Maßnahmen der neuen ökologischen Wachstumskritik zur Schaffung einer Postwachstumsgesellschaft auf drei Hypothesen hin verdichtet werden. Sie gilt es im Laufe dieser Arbeit zu prüfen.

- Hypothese 1: Mithilfe der ordnungsökonomischen Theorietradition lassen sich systematische Schwachstellen in der ökologischen Wachstumskritik identifizieren, die unter Zuhilfenahme anderer Ansätze unbeachtet bleiben.
- Hypothese 2: Es lässt sich eine grundlegende Ordnungsentscheidung formulieren, die maßgeblich darüber entscheidet, welche Implikationen ökologische Politik für die Freiheit und Offenheit der Gesellschaft mit sich bringt.
- Hypothese 3: Hinter dem politischen Denken ökologischer Wachstumskritiker steckt ein impliziter paradigmatischer Gegensatz, der sich als Gegensatz von Endlichkeit und Freiheit verstehen lässt.

Auf die dritte Hypothese, die auch maßgeblich für den Titel dieser Arbeit ist, ist besonders einzugehen. Bei der Lektüre von Arbeiten der ökologischen politischen Theorie, der Umweltethik und Umweltökonomie haben wir es in der Regel mit Ansätzen auf Grundlage des Prinzips der Nachhaltigkeit zutun. Seit dem Brundtland-Bericht von 1987 hat Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung die Rolle eines Leitprinzips errungen, dessen Dominanz als solches in Theorie und Praxis gleichermaßen festgestellt werden kann. Ökologische Wachstumskritiken sind vielfach, wenn nicht fast immer, Ausdruck der These einer Unvereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit – unter Anwendung eines jeweiligen Nachhaltigkeitsansatzes. Ein demgegenüber hinreichend präzisiertes Konzept ökologischer Endlichkeit liegt nicht vor. Dennoch drängt sich diese Hypothese auf vor dem Hintergrund des Diktums vieler ökologischer Wachstumskritiker, nach dem die Endlichkeit des Planeten Grenzen für das weitere Wachstum konstituiert. Wir finden Endlichkeit in diesem Sinne bereits bei den „Grenzen des Wachstums“ in den 1970er Jahren und werden den Begriff auch bei den hier diskutierten neueren Wachstumskritiken wiederfinden. Es steht zu vermuten, dass der These eines endlichen Planeten auch eine politisch konstitutive Bedeutung

zukommt, die es zu ergründen und mit Blick auf die Auswirkungen dieser Denkweise auf die Freiheit zu reflektieren gilt.

Für beide Positionen – die ökologische Wachstumskritik und die Ordnungsökonomik – werden jeweils zwei Vertreter in dieser Arbeit herangezogen. Ihre Arbeiten werden zunächst je für sich analysiert und dann mit Blick auf eine Synthese stellvertretend für eine der beiden Denkschulen diskutiert. Als Vertreter der ökologischen Wachstumskritik wurden die Arbeiten Meinhard Miegels und Tim Jacksons gewählt. Beide Wachstumskritiken zeichnen sich durch eine Kombination von gesellschaftstheoretischer, politiktheoretischer und umweltökonomischer Argumentation aus, die wir in ähnlicher Form auch bei Niko Paech und Robert und Edward Skidelsky finden, während sich die Arbeiten Nicholas Georgescu-Roegens oder Herman Dalys durch einen Methodenmonismus und einen singulären Fokus auf Umweltökonomie auszeichnen und daher nicht in Betracht kommen.⁵¹ Jackson und Miegel verfolgen zudem als *Public Intellectuals* das Ziel, wissenschaftlichen Anspruch und Öffentlichkeitswirksamkeit zu vereinen, in dem sie den Forschungsstand aufzunehmen suchen und die Ergebnisse ihrer darauf beruhenden Schlüsse in einer an ein breites Publikum gerichteten Sprache präsentieren. Ausgehend von der in dieser Arbeit vertretenen Prämisse, dass Ideen auch im 21. Jahrhundert von großer Bedeutung für die politische Entwicklung in Demokratien sein dürften, bieten sich die Schriften dieser beiden Autoren daher besonders an. Anders als die Schriften des deutschen Ökonomen Niko Paech oder des ehemaligen Politikers Reinhard Loske wurde das Hauptwerk Tim Jacksons schon unmittelbar nach seiner Übersetzung ins Deutsche im

⁵¹ Niko Paechs Wachstumskritik unterscheidet sich nicht wesentlich von der Tim Jacksons. Paech vertritt ein ökologisches Unmöglichkeitstheorem der Entkopplung, bejaht die empirische Evidenz des Easterlin-Paradox und sieht im Wachstumsphänomen ein Produkt des Zwangs. Paech fordert eine Rücknahme der Globalisierung, eine Umverteilung der Arbeit und Ausrichtung auf Suffizienz. Vgl. Niko Paech, „Grundzüge einer Postwachstumsökonomie.“ http://www.postwachstumsoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html (letzter Zugriff: 19. September 2014). Anders als Jackson steht jedoch für Paech das spezifischere Konzept einer „Postwachstumsökonomie“ im Vordergrund, weshalb eine Analyse des umfassenderen Ansatzes Jacksons, der hierüber hinausgehende Pläne einer Postwachstumsgesellschaft formuliert, sinnvoll erscheint. Siehe etwa Niko Paech, „Eine Ökonomie jenseits des Wachstums“. http://www.postwachstumsoekonomie.org/Paech_Oekonomie-jenseits-Wachstum.pdf (letzter Zugriff: 19. September 2014). Die Arbeiten Skidelskys und Skidelskys können nicht im engeren Sinne zur ökologischen Wachstumskritik gezählt werden, da sie die umweltökonomische Diskussion nicht dediziert aufgreifen, sondern unmittelbar am gesellschafts- und insb. am wohlfahrtstheoretischen Argument gegen Wachstum ansetzen. Die Autoren führen auch Argumente der praktischen Ethik ins Feld und stützen sich auf ihre Expertise der keynesianischen Makroökonomik, um die Plausibilität eines Steady-State herzuleiten. Vgl. Skidelsky und Skidelsky, *Wie viel ist genug?*

Jahr 2011 intensiv von der politisch interessierten Öffentlichkeit diskutiert.⁵² Gleiches gilt für die Wachstumskritik Meinhard Miegels, dessen Arbeit an ein konservatives Publikum gerichtet ist und in zahlreichen deutschen Zeitungen rezensiert wurde.

Mit „Exit – Wohlstand ohne Wachstum“ legt Miegel 2010 eine umfassende Analyse westlicher Wachstumsgesellschaften vor. Er identifiziert in seinem Werk einen Wachstumszwang auf allen Ebenen und bei allen Akteuren der Gesellschaft. Weiteres Wachstum führe nach Miegel jedoch in eine doppelte Sackgasse: zu einer pathologisch überforderten Gesellschaft und zu einem ausgebeuteten Planeten, dessen Ressourcenarmut letztlich ein Ende des Wachstums ohnehin erzwingen. Miegel schlägt eine werteorientierte Neuausrichtung vor, die Deutschland auf eine Zeit nach dem Wachstum und hin zur Postwachstumsgesellschaft vorbereiten sollte, statt dem hoffnungslosen Streben nach Wachstum weiter zu huldigen. Tim Jacksons Wachstumskritik, allen voran seine Monographie mit dem Titel „Wohlstand ohne Wachstum – Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt“ kann hingegen dem linken politischen Lager zugeordnet werden. Jackson, seines Zeichens Ökonom und Experte für nachhaltige Entwicklung aus Großbritannien, stellt die These auf, dass eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch bisher nicht erfolgt ist und auch nicht ausreichend schnell erfolgen kann, weiteres Wachstum somit immer auch steigende Umweltbelastungen bedeute. Angesichts ökologischer Krisen befinde sich die Menschheit daher in einem Wachstumsdilemma, das zu lösen vor allem Aufgabe westlicher Industrienationen sei. Jackson hält zur Lösung des Dilemmas ein neues Wohlstandskonzept für geboten, das er auf Basis der Philosophie *Armatya Sen* entwickelt. Der Ansatz soll die Fähigkeit des Menschen steigern, innerhalb ökologischer Grenzen, also z.B. unter Verzicht auf statusorientierten Konsum, zu gedeihen, um so eine glückliche, stabile, nachhaltige Gesellschaft zu ermöglichen. Jacksons politische Ideen für eine Gesellschaft jenseits von Wachstum setzten primär an einer starken staatlichen Regulierung und Steuerung der gesamten Wirtschaft an. Damit verfolgt er das Ziel, über

⁵² Reinhard Loske trägt mit seiner 2010 erschienenen Schrift „Abschied vom Wachstumszwang – Konturen einer Politik der Mäßigung“ ebenfalls zur ökologischen Wachstumsdebatte bei. Die Arbeit richtet sich jedoch, anders als jene Miegels und Jacksons, nicht unbedingt an die gesamte politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich interessierte Öffentlichkeit, sondern eher an das unmittelbare Umfeld der Partei der Grünen in Deutschland. So schreibt Loske „Ist es also für *Grüne* eine vernünftige Strategie, die Wachstums- und Lebensstilfrage zu umschiffen und alles auf den *Green New Deal* zu setzen, nur um sich nicht angreifbar zu machen?“ Hier sehen wir, dass Loske als Grenzgänger zwischen Politik und Forschung betont parteitaktische Fragen aufwirft, um die es hier nicht gehen soll. Auch ist die Arbeit Loskes mit unter 60 dünn bedruckten Seiten eher als Denkschrift, denn als vollwertige Monographie zu werten. Schließlich werden die wissenschaftlichen Gepflogenheiten (Zitation), anders als bei Jackson und Miegel, nicht beachtet. Loske, *Abschied vom Wachstumszwang*, 9.

die Verschiebung von Investitionen in grüne Technologien eine rasche Dekarbonisierung der Ökonomie zu erreichen. Der Bekämpfung von Neid und Ungleichheit mithilfe staatlicher Umverteilung kommt in Jacksons Vision darüber hinaus große Bedeutung zu.

Beide Arbeiten der neuen ökologischen Wachstumskritik werden von Seiten der Ordnungsökonomik ebenfalls mithilfe zweier Vertreter analysiert: Friedrich August von Hayek und Walter Eucken. Friedrich August von Hayek bietet mit seinem eigenständigen wissensbasierten Ansatz ein gewaltiges Oeuvre, das sich aufgrund der innovativen Verbindung von Wirtschaftstheorie und politischer Philosophie für die hier aufgeworfenen Fragen besonders anbietet. Als politischer Denker der Freiheit, Wissenschaftstheoretiker, Sozialphilosoph und Wirtschaftswissenschaftler entwickelt Hayek ein Bild freiheitlicher Gesellschaften, das sich durch offene Prozesse, auch jenseits der wirtschaftlichen Knappheitsbewältigung, auszeichnet. Ergänzend bietet es sich an, das Werk des wichtigsten Vertreters des deutschen Ordoliberalismus, Walter Euckens, heranzuziehen. Walter Euckens Werk ist vor allem für die Formulierung der konstituierenden und regulierenden Prinzipien einer funktionierenden Wettbewerbsordnung bekannt und wird gerne in wirtschaftspolitisch interessierten Kreisen verkürzt auf diese hin gelesen. Im aktuellen wirtschaftspolitischen Denken spielt Eucken, wie auch F. A. Hayek, zurzeit eine untergeordnete Rolle. In seinem Anspruch, die Wechselwirkung von abstrakten Ideen, konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und der Stabilität einer freiheitlichen demokratischen Verfassungsordnung herauszustellen, liefert Euckens Ordnungspolitik jedoch jene Orientierung, die bei der Beurteilung des politischen Denkens der Wachstumskritik bisher zu fehlen scheint. Zugleich ergänzt Walter Euckens Beitrag den Liberalismus F. A. Hayeks ideal in solchen Fällen, in denen ein aktives Handeln des Staates, trotz anderweitiger Handlungsempfehlungen liberaler Provenienz, nicht zur Disposition steht. Während sich die hier vorzunehmende Interpretation des Werkes F. A. Hayeks einerseits mit Gamble auf die Bedeutung dezentralen und knappen Wissens sowie andererseits auf die Bedeutung der „Zwillingsideen von Evolution und Spontaner Ordnung“ stützt, wird unter den Ideen Walter Euckens besonders der Fortschrittsgedanke Euckens gewürdigt, der bereits im Werk seines Vaters, Rudolf Eucken, angelegt war.⁵³ Die Interpretation

⁵³ Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek*, hrsg. von Edward Feser, 111–131, Cambridge companions (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2006). Zum Konzept der Spontanen Ordnung siehe F. A. Hayek, „Die Ergebnisse menschlichen Handelns,

Euckens lehnt sich im Kern und in weiten Teilen an Ingo Pies an, nimmt aber auch die Gegenpositionen zur Kenntnis, die eine allzu starke Vereinnahmung Euckens in die Neue Institutionenökonomik kritisch sehen und etwa den religiösen Impetus für Euckens Denken in Ordnungen betonen.⁵⁴

Die Arbeit ist wie folgt strukturiert: Zunächst wird eine Darlegung des theoretischen und empirischen Rahmens vorgenommen. Diese beginnt mit der Klärung dreier Konzepte, die für eine normative Wachstumsdebatte wesentlich sind: Knappheit, Nachhaltigkeit und Endlichkeit. Während die beiden ersten Begriffe bereits intensiv ausgearbeitet wurden, ist die Aufnahme des Endlichkeitsbegriffes besonders zu begründen. Die Annahme, die Einsicht in die Endlichkeit des Planeten bestimme den Erfolg zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Handelns, ist paradigmatisch für die ökologische Wachstumskritik und hat darüber hinausreichende Konsequenzen für ihr politisches Denken. Es zeichnet sich hier ein Endlichkeitsparadigma ab, das für die kritische Beurteilung der Wachstumskritik wesentlich sein könnte. Deshalb soll schon im Vorfeld der Versuch unternommen werden, Endlichkeit konzeptionell zu fassen und vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und der Annahme wirtschaftlicher Knappheit abzugrenzen. In Abschnitt 1.2 wird sodann der empirische Befund hinter der Annahme planetarer Endlichkeit eingehend unter Berücksichtigung der maßgeblichen Fachliteratur untersucht. Diskutiert wird, ob es bereits ökologische Anzeichen einer sich manifestierenden Endlichkeit gibt. Zu diesen ökologischen Dimensionen von Endlichkeit zählt der zunehmende Druck auf die Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Energierohstoffen, die steigende Bevölkerung sowie die Gefahr eines unkontrollierten anthropogenen Klimawandels. Es wird im ersten Kapitel dieser Arbeit eine Einschätzung abgegeben, wie der Status Quo dieser potentiellen Wachstumshemmnisse einzuschätzen ist und inwiefern aus empirischer Sicht ein Denken über nachhaltiges

aber nicht menschlichen Entwurfs.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Hayek, F. A., 97–107, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5 (Tübingen: Mohr, 1969), 99. Zum Entwicklungsgedanken Euckens siehe Nils Goldschmidt, „Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsdeidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.“ *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, Nr. 3 (2012). http://www.eucken.de/fileadmin/bilder/Dokumente/DP2012/Discussionpaper_12_03.pdf (letzter Zugriff: 27. Mai 2014).

⁵⁴ Vgl. Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 1–35, Konzepte der Gesellschaftstheorie Bd. 8 (Tübingen: Mohr Siebeck, 2002). In kritischer Ergänzung zur Interpretation Pies' wird auf Gerken und Renner verwiesen. Vgl. Lüder Gerken und Andreas Renner, „Die ordnungspolitische Konzeption Walter Euckens.“ in *Walter Eucken und sein Werk: Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft*, hrsg. von Lüder Gerken, 1–47, Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 41 (Tübingen: Mohr Siebeck, 2000).

Wirtschaften mithilfe des Konzepts der Endlichkeit sinnvoll erscheint. Zu diesem Zweck wird auch das Konzept des Ökologischen Fußabdrucks vorgestellt und kritisch auf seine Tauglichkeit als Maß für Endlichkeit geprüft.

Eine Arbeit zur Wachstumskritik muss das bestehende theoretische und empirische Wissen zum Wirtschaftswachstum aufnehmen. Daher wird in Abschnitt 1.3 auf die Theorie(n) des Wirtschaftswachstums der Makroökonomik sowie auf die weiter gefassten gesellschaftlichen Bestimmungsgründe des Wachstums eingegangen. Besondere Berücksichtigung kommt der institutionalistischen Wachstumstheorie Daron Acemoğlus und James A. Robinsons zu, die mit Blick auf eine kritische Reflexion der neueren Wachstumskritik wichtige Erkenntnisse bereithält, auf die im späteren Verlauf noch zurückgegriffen werden kann. Die Geschichte und Empirie des Wachstums wird ergänzend angeführt. Dabei liegt der Fokus auf der maßgeblichen Epoche stetigen und relativ hohen Wachstums, also der Zeitspanne zwischen 1750 und 1800.

Das zweite Kapitel widmet sich der ökologischen Wachstumskritik. Einleitend wird auf ihre Ideengeschichte, die mindestens bis in das 18. Jahrhundert zurückreicht, eingegangen. Zwei Arbeiten werden besonders hervorgehoben. Mit T. R. Malthus' Essay „The Principles of Population“ liegt eine frühe Warnung vor unkontrollierten, dezentral emergierenden Wachstumsprozessen vor.⁵⁵ Der Essay besitzt geradezu paradigmatischen Charakter, sodass wachstumskritische Arbeiten sich oftmals direkt oder indirekt in den Fußstapfen Malthus' bewegen. Dem Denken Malthus' kommt für das Verständnis auch der jüngeren Wachstumskritik daher nach wie vor große Bedeutung zu. Zweitens wird die 1972 im Auftrag des Club of Rome erschienene Studie „Die Grenzen des Wachstums“ vorgestellt, die als Initialzündung moderner Wachstumskritik zu betrachten ist.⁵⁶ Die Arbeit wird angesichts ihrer hohen Relevanz besonders intensiv diskutiert. Anschließend erfolgt ein Überblick über die aktuelle Wachstumskritik, innerhalb derer die ökologische Wachstumskritik nur *einen* Teilaspekt von Wachstum diskutiert. In den Kapiteln 2.2 und 2.3 erfolgt sodann die ausführliche Darstellung der ausgewählten Wachstumskritiken Meinhard Miegels und Tim Jacksons. Sie folgt nur lose der Gliederung der vorliegenden Werke und ist analytisch mit Blick auf die anschließende Diskussion angelegt. Ein Zwischenfazit stellt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus.

Im dritten Kapitel dieser Arbeit wird die politische Theorie des ordnungsökonomischen

⁵⁵ Vgl. Malthus und Wrigley, *An essay on the principle of population*.

⁵⁶ Vgl. Meadows, *The limits to growth*.

Liberalismus vorgestellt, die den theoretischen Rahmen für die Auseinandersetzung mit den Konzepten Meinhard Miegels und Tim Jacksons bietet. Zunächst werden hierzu die für ihr Verständnis nötigen Vorüberlegungen herausgearbeitet, ehe die genuin politischen Gehalte der Theorien Walter Euckens und F. A. Hayeks dargelegt werden. In einer Gesamtschau werden schließlich beide Werke, wie auch bereits zuvor im Falle Miegels und Jacksons, miteinander in Beziehung gesetzt, sodass eine Gegenüberstellung zweier synthetisierter Formen politischen Denkens – wachstumskritisch vs. ordnungsökonomisch – bei aller inneren Differenz möglich werden soll.

Das vierte Kapitel führt die beiden vorangegangenen Abschnitte für eine Kritik an der Wachstumskritik zusammen: Sieben spezifische Aspekte des ökologischen wachstumskritischen Denkens werden aus der Perspektive des ordnungsökonomischen Liberalismus kritisch reflektiert. Gefragt wird, ob die von vielen Wachstumskritikern immer wieder vorgebrachte Aussage, *endloses* Wachstum sei auf einem *endlichen* Planeten unmöglich, nicht nur intuitiv, sondern auch so gehaltvoll ist, wie hier angenommen wird. Ebenso wird die Argumentationslinie Tim Jacksons und Meinhard Miegels hinterfragt, die sich gegen Wachstum mit Verweis auf die mathematische Struktur desselben richtet. Auch wird gefragt, ob die Rolle, die ökologische Wachstumskritiker wie Meinhard Miegel und Tim Jackson einer quantitativen Wohlstandsmessung mithilfe alternativer Wohlstandsmaße zuweisen, in einer pluralistischen und marktwirtschaftlichen Ordnung funktional angemessen sein kann. Zudem wird auf Missverständnisse im Verständnis des Wachstumsziels in liberal verfassten Gesellschaften verwiesen. Besonders die Verwendung des Zwangsbegriffes bei Miegel und Jackson ist aus (wirtschafts-)liberaler Sicht kritisch zu hinterfragen. Hierzu wird die bis in die Antike zurückreichende ideengeschichtliche Tradition der Konsumkritik als Bestandteil ökologischer Wachstumskritik nachgezeichnet. Unter Rückgriff auf die Freiheitstypologie Isaiah Berlins wird zu fragen sein, ob über den Zwangsbegriff auch das Freiheitsverständnis der ökologischen Wachstumskritik von demjenigen liberal-individualistischer Provenienz abweicht und welche Bewertung aus ordnungsökonomischer Perspektive für ein wachstumskritisches Freiheitsverständnis angemessen erscheint.

Das fünfte Kapitel wendet schließlich die *Kritik der Kritik* des vorangegangenen Kapitels positiv in ein Programm des ordnungsökonomischen Liberalismus. Hierbei wird die von Wachstumskritikern vorgegebene Agenda einer zugleich ökologischen- wie gesellschaftlichen Herausforderung zugrunde gelegt. Erstens wird hier zu zeigen sein,

inwiefern die ordnungsökonomische Perspektive über tradierte wirtschaftsliberale Verteidigungen des Wachstums hinausgeht. Zweitens werden beide Herausforderungen, sowohl die einer großen Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung, als drittens auch die der Schaffung einer stabilen und lebenswerten Gesellschaft aus ordnungsökonomischer Sicht diskutiert. Es werden in diesem Kapitel Prinzipien herausgestellt, die als Leitlinie einer ökologischen Ordnungspolitik das Potential besitzen, langfristig Nachhaltigkeit und eine offene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu versöhnen. Hier gilt es zugleich, überzeugende Alternativen zu den gesellschaftlichen Idealen, die von Seiten der ökologischen Wachstumskritik stark gemacht werden, aus den liberalen Theorien Hayeks und Euckens abzuleiten. In der Konklusion wird eine abschließende Bewertung der ökologischen Wachstumskritik aus ordnungsökonomischer Perspektive vorgenommen.

1. Theoretische und empirische Voraussetzungen

1.1. Begrifflicher Rahmen: Knappheit, Nachhaltigkeit, Endlichkeit

Drei Begriffe bilden die konzeptionelle Grundlage dieser Arbeit: Knappheit, Nachhaltigkeit und Endlichkeit. Zuerst wird das Prinzip der Nachhaltigkeit umrissen.

Nachhaltigkeit kann prima facie als Forderung verstanden werden, den Erhalt der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen durch ein kluges Management natürlicher Ressourcen sicherzustellen. Der Begriff selbst ist modernen Ursprungs. Eine erste wissenschaftliche Verwendung findet er in der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts bei Hans Carl von Carlowitz' *Sylvicultura Oeconomica*, die in der Tradition der Kameralistik die dauerhafte Holzversorgung der Freiburger Silberminen durch Grundsätze nachhaltiger Holzentnahme und Aufforstung zu garantieren suchte.⁵⁷ Hier dient Nachhaltigkeit der Sicherstellung einer dauerhaft aufrecht zu erhaltenden Ressourcenentnahme zwecks wirtschaftlicher Verwertung. Carlowitz' Nachhaltigkeitsbegriff kann daher durchaus als genuin *ökonomisch* interpretiert werden. Sinngemäß fand sich der Begriff der Nachhaltigkeit interessanter Weise bereits etwas früher, in den Wald- und Forstordnungen des 16. und 17. Jahrhunderts.⁵⁸ Carlowitz kommt jedoch das Verdienst zu, als erster eine abstrakt-theoretische Grundlage für das Prinzip Nachhaltigkeit entwickelt zu haben.

Die Verbreitung des Nachhaltigkeitsbegriffs in jüngster Zeit geht hingegen nicht auf Carlowitz zurück, sondern ist deutlich ebenso jüngeren Ursprungs. In den 1970er Jahren führten der Ölpreisschock, ausgelöst durch die erste Ölkrise von 1973 in Kombination mit den sozialen Veränderungen in den Nachkriegsgesellschaften zu einem Umdenken gegenüber industrieller Großtechnik und der damit verbundenen umweltschädlichen Wirtschaftsweise in den Industrienationen. Diese Skepsis findet im Bericht an den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972 ihren paradigmatischen Ausdruck. Die Autoren des Berichts wagen die Prognose "If the present growth trends in world population, industrialization, pollution, food production, and resource depletion continue unchanged, the limits to growth on this planet will be reached sometime within

⁵⁷ Vgl. Carlowitz, Hans Carl von, *Sylvicultura Oeconomica, Oder Haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung Zur Wilden Baum-Zucht: Nebst Gründlicher Darstellung, Wie zu förderst Göttliches Benedeyen dem allenthalben und insgeheim einreissenden Grossen Holtz-Mangel*. (Leipzig: Braun, 1713).

⁵⁸ Vgl. Reinhold Reith und Lothar Gall, *Umweltgeschichte der Frühen Neuzeit*. Enzyklopädie deutscher Geschichte / hrsg. von Lothar Gall; Bd. 89 (München: Oldenbourg, 2011), 135.

the next 100 years. The most probable result will be a sudden and uncontrollable decline in both population and industrial capacity."⁵⁹ Angesichts dessen gelte es, so die Autoren um Donella und Dennis L. Meadows, zu einer dauerhaft stabilen Produktions- und Konsumptionsweise zurückzukehren.

Der 1987 veröffentlichte Brundtland-Bericht der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung über die Möglichkeiten umweltschonender Entwicklung bringt erstmals den Begriff der Nachhaltigen Entwicklung ein. Der Gedanke des Bewahrens, wie er bis dahin im ökologischen Denken vorherrscht, wird nun an den der *Entwicklung* gekoppelt und auf diese Weise dynamisiert. Der Bericht versteht unter nachhaltiger Entwicklung eine solche, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“⁶⁰ Der Ansatz ist von der Idee geprägt, vormals getrennte politische Problemfelder wie die Armut im globalen Süden und die Umweltzerstörung im Norden durch einen integrierten Ansatz zu bearbeiten. Der Brundtland-Bericht bildet den Ausgangspunkt für zahlreiche Projekte mit der Aufgabe, die abstrakte Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung konzeptionell und empirisch zu präzisieren. 1992 wurde auf der ersten UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro nachhaltige Entwicklung als gesellschaftliches Leitbild fest verankert. Es wurde vereinbart, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Die Bundesrepublik ist diesem Aufruf erstmals mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002, die sie seither fortschreibt, nachgekommen. Auch die EU hat mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 in Artikel 2 EUV den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild der europäischen Politik vertraglich verankert. Der sog. Rat für nachhaltige Entwicklung, der von der Bundesregierung einberufen wurde, fasst die Idee der Nachhaltigkeit im Sinne Nachhaltiger Entwicklung heute wie folgt zusammen: "Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben."⁶¹ Das hier vorgestellte Nachhaltigkeitsverständnis wird in der

⁵⁹ Meadows, *The limits to growth*.

⁶⁰ Volker Hauff, *Unsere gemeinsame Zukunft: [der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung]*, Ungekürzte Ausg (Greven: Eggenkamp, 1987).

⁶¹ Rat für nachhaltige Entwicklung, „Rat für Nachhaltige Entwicklung: Was ist Nachhaltigkeit?“. <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/nachhaltigkeit/?size=%5C%27> (letzter Zugriff: 10. April 2014).

Literatur als sogenanntes Drei-Säulen-Modell bezeichnet. Ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte sollen gleichrangig und gleichzeitig verfolgt werden.⁶²

Angesichts der Breite der Nachhaltigkeitsliteratur bietet es sich an, Spielarten der Nachhaltigkeit analytisch zu gruppieren. Nachhaltigkeit kann und wird in verschiedenen *Modellen* unterschiedlich definiert. Neben dem Drei-Säulen-Modell, das der Rat für nachhaltige Entwicklung vertritt, existiert eine Vielzahl konkurrierender Ansätze – darunter das Ein-Säulen-Modell, das Pyramiden-Modell und das gewichtete Säulenmodell.⁶³ Ansätze außerhalb dieser Typologie stammen von der Helmholtz-Gesellschaft und dem Umweltethiker Felix Ekarth.⁶⁴ Grundsätzlich lassen sich alle Ansätze in zwei Gruppen einteilen: Konzepte *starker* und *schwacher Nachhaltigkeit*. Erstere vertreten die Auffassung, dass das zu Erhaltende, zumeist verstanden als Kapital und aufgeteilt in die Kapitalarten Natur-, Human-, Sach- und Finanzkapital, beliebig untereinander ausgetauscht („substituiert“) werden kann, solange die Summe aller Kapitalien konstant bleibe.⁶⁵ Man spricht daher auch von der „constant capital rule“ als Operationalisierung von Nachhaltigkeit.⁶⁶ Diese Annahme führt generell zu einer optimistischeren Sicht auf die Chance global nachhaltiger Entwicklung als bei Konzepten starker Nachhaltigkeit, die diese Austauschbarkeitsannahme kritisieren und die

⁶² Tremmel weist nach, dass der Sprachgebrauch seit dem Brundtland-Report auf eine eindeutige Dominanz des Drei-Säulen-Modells als Präzisierung des WCED-Berichts hinweist. Vgl. Jörg Tremmel, *Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie: Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure*. Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit 4 (München: Ökom-Verl, 2003); Zugl.: Diplomarbeit. Vgl. auch Jörg Tremmel, „Nachhaltigkeit“: Definiert nach einem kriteriengebundenen Verfahren.“ *GAIA: ökologische Perspektiven in Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften = ecological perspectives in science, humanities, and economics* 13 (2004): 26–34. Kritiker werfen dem Ansatz vor, zu einem Wunschzettel zu verkommen. Konrad Ott und Ralf Döring bezeichnen das Drei-Säulen-Modell etwa als „große[n] Weichspüler“ der Nachhaltigkeitsidee. Konrad Ott und Ralf Döring, *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, 2., überarb. und erw. Aufl. Beiträge zur Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit Bd. 1 (Marburg: Metropolis-Verl, 2008), 39.

⁶³ Vgl. Armin Grunwald und Jürgen Kopfmüller, *Nachhaltigkeit*. Campus Einführungen (Frankfurt am Main: Campus-Verl, 2006). Vgl. auch Wolf Dieter Grossmann, Hrsg., *Nachhaltigkeit: Bilanz und Ausblick* (Frankfurt am Main: Lang, 1999).

⁶⁴ Zu den eigenständigen Ansätzen siehe Reinhard Coenen und Armin Grunwald, *Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland: Analyse und Lösungsstrategien*. Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland 5 (Berlin: Ed. Sigma, 2003). Siehe hierzu ebenso Felix Ekarth, *Das Prinzip Nachhaltigkeit: Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit*, Original-Ausg. Beck'sche Reihe 1628 (München: Beck, 2005).

⁶⁵ Als Beispiel für einen Ansatz, der sich für starke Nachhaltigkeit ausspricht vgl. Ott und Döring, *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*.

⁶⁶ Dementsprechend ist Nachhaltigkeit bereits durch Maximierung der Summe aller Kapitalsorten erreicht. Eine Maximierung jeder einzelnen Kapitalart ist nicht notwendig. Diese Sichtweise findet sich vor allem in der neoklassischen Ökonomik. Vgl. Gernot Klepper, „Wachstum und Umwelt aus Sicht der neoklassischen Ökonomie.“ *Zwei Sichtweisen auf das Umweltproblem : neoklassische Umweltökonomik versus ökologische Ökonomie* (1999): 291–317. Siehe auch David William Pearce und R. Kerry Turner, *Economics of natural resources and the environment*, [2. Dr.] (New York: Harvester Wheatsheaf, 1990).

Unwiderrufbarkeit der Naturzerstörung in den Vordergrund stellen.⁶⁷ Aus diesem Grund findet sich auch eine hohe Übereinstimmung von einer Verwendung des Begriffes starker Nachhaltigkeit mit Ansätzen, die anders als das Drei-Säulen-Modell auf das Primat der Ökologie setzen.

Im Folgenden ist das Verhältnis von Knappheit und Nachhaltigkeit zu skizzieren. In der ökonomischen Theorie wird Knappheit als konstitutiv für die menschliche Existenz verstanden.⁶⁸ Will der Mensch eine bessere Ausstattung mit Gütern und Dienstleistungen erreichen, so muss er Knappheit durch den Prozess des Wirtschaftens überwinden. Knappheit bildet damit keine absolute Grenze für unser Tun, sondern muss als relative oder temporäre Grenze verstanden werden, die mithilfe planvollen Handelns (Tausch, Investition, Innovation) Stück für Stück überwunden, oder besser – *verschoben* – werden kann.⁶⁹ Auch die reichsten Nationen der Erde sind weiterhin gezwungen zu wirtschaften, d.h. knappheitsbezogene Entscheidungen zu treffen. Stets müssen gegebene knappe Inputs, sogenannte Produktionsfaktoren, so zugeteilt werden, dass sie die Bedürfnisse der Bevölkerung größtmöglich befriedigen. Hierfür muss nicht nur entschieden werden, welche Inputs gegebene Produktionsentscheidungen am effizientesten ermöglichen, sondern auch welche Güter überhaupt herzustellen sind. Es müssen schließlich Konsumententscheidungen auf Seiten der Haushalte und des Staates getroffen werden, die mit gegebenen Outputs größtmöglichen Nutzen stiften. Im Zusammenhang mit dem Ziel der Nachhaltigkeit bedeutet ein Denken unter der Annahme von Knappheit, dass der Entscheidungsspielraum stets eingeschränkt bleibt, da die zur Verfügung stehenden Mittel zumindest temporär begrenzt sind. Besteht etwa politischer Konsens, dass die soziale Dimension innerhalb des Drei-Säulen-Modells mehr Aufmerksamkeit verdient und daher beispielsweise stärkere Ausgaben für Entwicklungspolitik im Staatshaushalt vorzusehen sind, so kann dies (*ceteris paribus*) nur durch Abzug von Mitteln aus anderen Budgets geschehen. Jede Politik der Nachhaltigkeit findet also aus ökonomischer Perspektive notgedrungen *unter* dem

⁶⁷ Atkinson sieht denn auch die westlichen Länder insgesamt bereits auf einem nachhaltigen Pfad angelangt. Vgl. Giles D. Atkinson, *Measuring sustainable development: Macroeconomics and the environment* (Cheltenham: Elgar, 1997). Ott und Döring werfen dem Ansatz schwacher Nachhaltigkeit vor, er führe dazu, „dass die Erhaltung der Naturgüter im Konzept schwacher Nachhaltigkeit konzeptionell prekär“ sei und ein „Substitutionsoptimismus herrsche“. Ott und Döring, *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, 112f. Zur Kritik am Konzept schwacher Nachhaltigkeit siehe auch Daly, *Wirtschaft jenseits von Wachstum*.

⁶⁸ Vgl. Paul Anthony Samuelson, William D. Nordhaus und Regina Berger, *Volkswirtschaftslehre*. 2007. mi-Fachverlag (1 CD-ROM).

⁶⁹ Die Grenze wird in der ökonomischen Theorie als „Grenzrate der Substitution“ bezeichnet. Vgl. ebd., 20.

Diktat der Knappheit unserer Mittel statt und muss deshalb im Rahmen bestehender wirtschaftlicher Mittel ausgestaltet werden.⁷⁰ Wenn Nachhaltigkeit ein allgemein akzeptiertes Ziel für eine Wirtschaftsordnung darstellt, so ist Knappheit eine der wichtigsten Restriktionen, die es auf dem Weg dahin zu beachten gilt.

Seit dem Erscheinen der „Grenzen des Wachstums“ im Jahre 1972 ist den Befürwortern einer nachhaltigen Entwicklung vor allem daran gelegen, die negativen Auswirkungen des industriellen Wirtschaftens auf Mensch und Umwelt zu messen und durch geeignete Mittel zu minimieren. Ein wichtiges Movers war dabei seit der ersten Ölkrise die Angst vor dem raschen Ende der Rohstoffvorräte („Peak Oil“) sowie vor einem rapiden Einbruch der Fähigkeit der Natur, menschliches Leben durch die Bereitstellung von Senken und Naturdienstleistungen zu unterstützen. Diese Furcht findet ihre Explikation im Konzept des ökologischen Fußabdrucks, der eine stetig steigende Überbeanspruchung der Biokapazität der Erde durch den Menschen bereits seit den 1970er Jahren ausweist.⁷¹ In diesem Sinne kann von einer Artverwandtschaft der Begriffe *Nachhaltigkeit* – *Grenze* – *Endlichkeit* gesprochen werden. Denker der Nachhaltigkeit versuchen in der Regel politische Leitlinien für ein Leben unterhalb der durch die Aufnahmefähigkeit von Senken, die Regenerationsfähigkeit von Ökosystemen und die Verfügbarkeit von Rohstoffen vorgegebenen Grenzen des Planeten zu entwickeln und so einen sog. overshoot – eine temporäre Übernutzung der Natur mit zwangsläufiger Kontraktion und entsprechend fatalen Einschnitten – zu verhindern.⁷² Es bestehen aber auch große Unterschiede zwischen der Gruppe der Nachhaltigkeitsansätze und einem bisher unzureichend ausgearbeitetem Verständnis ökologischer Endlichkeit. Hierzu lohnt es, das Konzept der Knappheit erneut einzubringen.

Ökonomen sehen Argumente entlang des Begriffs der Grenze in der Regel mit größerer Skepsis als Naturwissenschaftler, Philosophen und Sozialwissenschaftler aus anderen

⁷⁰ Das Konzept der Opportunitätskosten bringt diese konstitutive Einsicht am besten zum Ausdruck. Für jede Konsum-, Spar- oder Investitionsentscheidung gibt es in der Regel eine Vielzahl von Alternativen, die jeweils bestimmte Nutzengewinne/Erträge versprechen, doch können wir unser Budget nur einmal verwenden. Überall ist eine Entscheidung für Option A mit einem Verzicht auf B,C,D, usw. verbunden. Diese Verzichtskosten werden als sog. *Opportunitätskosten* bezeichnet. Vgl. Nicholas Gregory Mankiw und Adolf Wagner, *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 3., überarb. Aufl (Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2004), 6.

⁷¹ Vgl. Mathis Wackernagel und Bert Beyers, *Der Ecological Footprint: [die Welt neu vermessen]*, 1. Aufl (Hamburg: Europ. Verl.-Anst, 2010). Der Ansatz wird im Kapitel 1.2.4. kritisch reflektiert und auf seine Fähigkeit hin diskutiert, das theoretische Konzept Endlichkeit empirisch zu messen.

⁷² Donella H. Meadows, Jorgen Randers und Dennis L. Meadows, *Limits to growth: The 30-year update*, 1. printing (White River Junction, Vt: Chelsea Green Publ. Company, 2004). <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0729/2004000125-d.html>, 2.

Disziplinen. Dies kann auf Basis der konzeptionellen Unterschiede in den Begriffen „Grenze“, „Endlichkeit“ und Knappheit“ besser verstanden werden. Aus Sicht der Ökonomik sind Rohstoffe allein aufgrund ihrer reichlichen physischen Existenz noch lange nicht *günstig* verfügbar und somit von geringer Knappheit. So ist saubere Luft zwar in gigantischen Mengen in der Atmosphäre vorhanden. Dennoch ist sie an bestimmten Orten, etwa in einem U-Boot, in einem Bergwerk oder einem Industrieviertel, nicht in der gewünschten Qualität ohne kostspielige Maßnahmen zu haben.⁷³ Auf der anderen Seite sind viele Rohstoffe in weitaus geringeren Mengen verfügbar als andere, aber aufgrund ihrer Lage weitaus kostengünstiger abzubauen als solche, die in größeren Mengen, aber dafür nur in schwer zugänglicher Lage, verfügbar sind. So ist Lithium ein bedeutender Ausgangsstoff für moderne Batterien, Elektromotoren und Solarzellen. Lithium kommt in geringer Konzentration im Wasser der Ozeane vor. Die Mengen des Lithiums im Meer würden bei derzeitigen Abbauraten für Jahrtausende reichen. Dennoch wird Lithium an Land an Stellen abgebaut, die insgesamt ein um Größenordnungen geringeres Vorkommen bieten.⁷⁴ Die absolute Menge ist aus Sicht des Knappheitsparadigmas also nicht entscheidend. Es zählen hier vielmehr die sog. Grenzkosten der Förderung.⁷⁵ Diese Unterscheidung macht deutlich, dass bei der Diskussion des Nachhaltigkeitsgedankens Ökonomen zu einer von anderen Sozialwissenschaften abweichenden Lageeinschätzung kommen, gerade aufgrund verschiedener Verständnisse der Relevanz des Konzepts der Endlichkeit sowie dem verwandten Konzept der ökologischen Grenze. Vertreter des Endlichkeitsparadigmas sind von der Existenz absoluter ökonomischer Grenzen in der Natur überzeugt, die es alternativlos erscheinen lassen, politische Maßnahmen zur Begrenzung des Umfangs der Wirtschaftstätigkeit einzuführen. Denker der Endlichkeit sehen Wirtschaft vielmehr generell aus der Warte dieser Grenzen. Für Theoretiker im Denkraum der Endlichkeit konstituieren Grenzen den theoretischen Ausgangspunkt, von dem alle weiteren Schlüsse ausgehen müssen. So verstanden ist Endlichkeit ein wesentliches Merkmal eines Stranges ökologischen Denkens, der über eine Orientierung am Ziel der Nachhaltigkeit hinausgehende Annahmen für wahr hält. Demgegenüber besitzt die Ökonomik traditionell kein physikalisches Fundament, das eine absolute Grenze

⁷³ Weitere Beispiele wären die finanziellen Aufwendungen für Luftreinigung in Kraftwerken und die Kühlung von Luft durch Klimaanlage und Erwärmung in Heizungen. Die spezifischen Erfordernisse (Qualität, Ort, Menge, usw.) erzeugen eine Knappheit, die nicht allein aus der physischen Menge verstanden werden kann.

⁷⁴ Etwa in großer Höhe in Salzseen Boliviens, Chiles, Argentiniens, der USA und Chinas.

⁷⁵ Die Grenzkosten sind die marginalen Kosten der Förderung der letzten Tonne des Materials.

menschlichen Tuns darstellte.⁷⁶ Mengenangaben zu Öl, Kohle, Gas, Getreide und saubere Luft sind für die ökonomische Analyse nur in der Übersetzung als knappe Produktionsfaktoren vor dem Hintergrund potentiell unendlicher Bedürfnisse der Konsumenten relevant.⁷⁷ Erst wenn die Nachfrage nach diesen Gütern bei einem Preis von null Euro größer ist als das Angebot, kann per definitionem von Knappheit gesprochen werden. Knappheit ist schon daher immer eine Frage sich verändernder Konsumentenpräferenzen angesichts temporärer Grenzen des Produktionsapparates. Die physische Natur der Inputs geht nicht eins zu eins in die Analyse ein, sondern wird in wirtschaftliche Daten auf der Angebots- und Nachfrageseite übersetzt und kann daher auch aus sich heraus keine Grenze konstituieren.⁷⁸ Aus diesem Grund erscheint vielen Ökonomen der Handlungsdruck aufgrund physischer Verknappung oft weniger dringlich, als Vertretern des Ziels der Nachhaltigkeit oder gar eines Endlichkeitsparadigmas. Für die ökonomische Sichtweise spricht beispielsweise eine Betrachtung des Rohölpreises. Rohöl ist heute physisch natürlich deutlich seltener als zu Beginn des Ölzeitalters im Jahre 1861, da große Mengen bereits gefördert wurden. Zu inflationsbereinigten Preisen ist Rohöl heute dennoch trotz starker Preissprünge sogar leicht billiger zu haben als vor 150 Jahren (Siehe Abb. 1).⁷⁹

⁷⁶ Eine Ausnahme bilden das Feld der sog. „Ecological Economics“.

⁷⁷ Das hat u.a. zur Folge, dass der Anstieg der Grenzkosten etwa der Förderung von Öl nicht zu einer Preissteigerung am Markt führen muss – etwa dann, wenn die Konsumenten auf steigende Preise mit drastisch sinkender Nachfrage reagieren und Öl durch andere Energieträger ersetzen. Der Wert des Öls steigt also nicht automatisch mit seiner Verknappung. Im Extremfall geht eine Verknappung sogar mit einer Preissenkung einher, etwa dann, wenn deutlich günstigere Alternativen zur Verfügung stehen. Dann lohnt sich die Förderung gar nicht mehr – Peak Oil wäre in dieser Situation nur noch ein marktgesteuertes Ereignis ohne negativen Wohlfahrtseffekt.

⁷⁸ Gegen diese Position vgl. Daly, *Wirtschaft jenseits von Wachstum*. Vgl. auch Nicholas Georgescu-Roegen, *The entropy law and the economic process* (Cambridge, Mass: Harvard University Press, 1971). Aus dogmenhistorischer Sicht vgl. Hans Immler, *Natur in der ökonomischen Theorie* (Opladen: Westdt. Verlag, 1985).

⁷⁹ Vgl. British Petroleum, „Statistical Review of World Energy 2013: Oil prices: Dated Brent averaged \$111.67 per barrel in 2012, an increase of \$0.40 per barrel from the 2011 level“. <http://www.bp.com/en/global/corporate/about-bp/energy-economics/statistical-review-of-world-energy-2013/review-by-energy-type/oil/oil-prices.html> (letzter Zugriff: 10. April 2014). Der aktuelle Preis liegt leicht unter dem von 2010. Er notiert bei etwa 100 US-Dollar, womit der Preis von 1861 real mindestens 10% über dem heutigen Niveau läge.

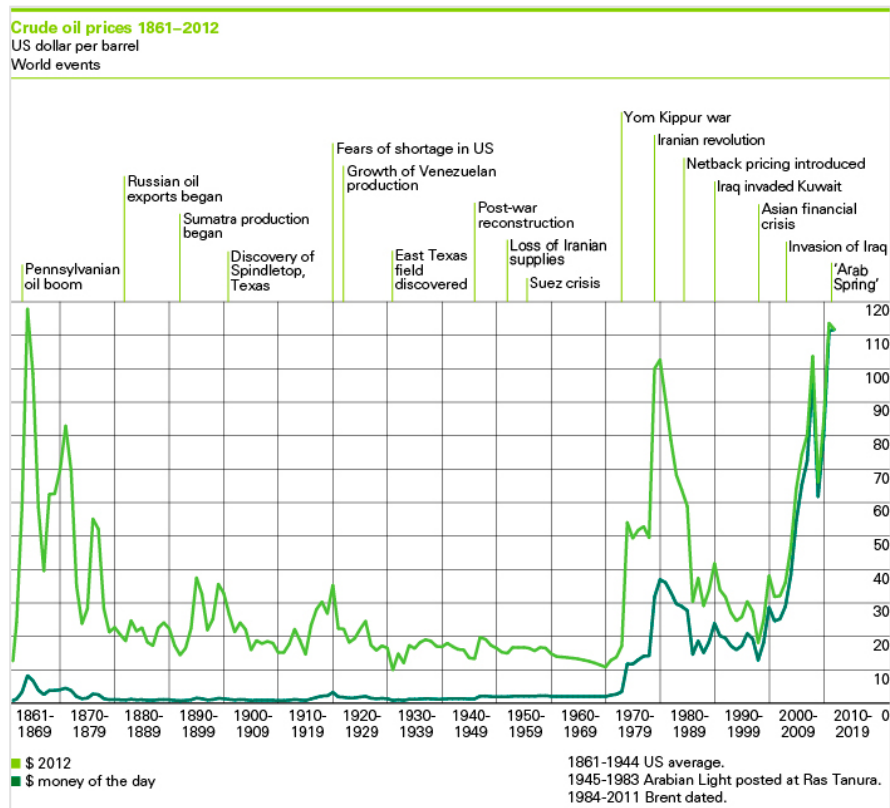


Abbildung 2: Historischer Rohölpreis seit 1861 (Quelle: BP Statistical Review 2013)

Gleiches gilt für viele Rohstoffe, die seit langer Zeit in industriellem Maßstab Verwendung finden.⁸⁰ Diese Divergenz in der Problemwahrnehmung kann auch für andere Problemfelder wie für die Diskussion um eine „Überbevölkerung“ gezeigt werden.⁸¹

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine Politik der Endlichkeit dann vorliegt, wenn von der Prämisse ausgegangen wird, dass wir uns heute entwicklungsgeschichtlich in einer völlig neuen Situation befinden, in der das Wirtschaften des Menschen über die Frage der Verschiebung von Knappheitsgrenzen hinaus ein politisches und soziales Anstrengen voraussetzt, um natürliche Faktoren als absolute Grenzen in die Ordnung der Wirtschaft zu implementieren. Denker der Endlichkeit bestehen auf dem Primat des Physischen über die entmaterialisierte Ökonomie und argumentieren stets in dieser Weise *ausgehend* von Grenzen. Mit Blick auf den Nachhaltigkeitsdiskurs liegt es nahe, Anknüpfungspunkte zum Endlichkeitsbegriff im Bereich der Theorien starker Nachhaltigkeit zu suchen, die in ihrem Theoriekern normativ-ethische Grundentscheidungen treffen, die anders als die utilitaristisch-substitutionsorientierte

⁸⁰ Auf diesen Aspekt verweist u.a. der Umweltökonom Julian Simon. Vgl. Simon, *The Ultimate Resource 2*.

⁸¹ Die These einer drohenden Überbevölkerung wird insbesondere mit Paul R. Ehrlich verbunden. Vgl. Ehrlich, *Die Bevölkerungsbombe*.

Schule den Blick für die unwiderruflichen Verluste durch die aktuelle Wirtschaftsweise stärker zur Geltung bringen.⁸² Der Nachhaltigkeitsbegriff sollte jedoch stets als Attribut eines langfristigen Ziels verstanden werden, das, zumal als nachhaltige Entwicklung, offen gegenüber der Frage ist, welche Dominanz absoluten ökologischen Grenzen für das wirtschaftspolitische Handeln zugeschrieben werden sollte.

⁸² Vgl. Ott und Döring, *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, 41.

1.2. Empirische Anzeichen von Endlichkeit

Die Ökologische Wachstumskritik ist fest mit dem Paradigma der Endlichkeit verbunden, welches vor allem aus einem Postulat absoluter ökologischer Grenzen besteht. Im folgenden sollen daher im Vorfeld der Diskussion der Wachstumskritik drei immer wieder genannte Aspekte einer solchen Grenze von der Empirie her und unter Verwendung einer breiten Literaturbasis vorgestellt werden, um eine faktenbasierte Grundlage für die kritische Auseinandersetzung mit der ökologischen Wachstumskritik zu schaffen, auf die später rekurriert werden kann. Abschließend wird in 1.2.4. der Frage nachgegangen, inwiefern der Messansatz des Ökologischen Fußabdrucks eine Explikation des Endlichkeitsgedankens darstellt.

1.2.1. Klimawandel

„Die vom Menschen verursachten CO₂ Emissionen können das Erdklima für Jahrtausende aus seinem natürlichen Rhythmus bringen. Die gegenwärtige in vieler Hinsicht von Menschen dominierte geologische Epoche verdient den Begriff <Anthropozän>.“ (Paul Crutzen, Chemienobelpreisträger, 2002)⁸³

Ein Verständnis vom Klimawandel existiert in gewisser Hinsicht erst, seit es Hochleistungsrechner gibt, denn das „Klima“ ist ein Konstrukt, das nicht aufgrund von Beobachtungen erlebt werden kann, sondern erst durch rechenintensive Modelle und nicht zuletzt durch eine umfassende Statistik des Wetters über sehr lange Zeiträume fassbar wird. Was wir Menschen fühlen, ist das Wetter und nicht das Klima. Vom Klima ist die Rede, sobald langfristige Veränderungen des durchschnittlichen Wetters, üblicherweise über mindestens 30 Jahre, gemessen werden. Die Daten dazu können teils erst seit wenigen Jahrzehnten gewonnen werden. Ein genaues Verständnis der hochkomplexen Zusammenhänge der Determinanten des Klimas ist bis heute nicht gelungen. Zu den Faktoren, die das Klima beeinflussen, gehören die Sonneneinstrahlung, die Eigenschaften der Atmosphäre, der Ozeane und Landmassen, die Vegetation, die Erdumlaufbahn, die Tierwelt und schließlich der Mensch.

Mittlerweile besteht in der Wissenschaftsgemeinde kein Zweifel mehr daran, dass der

⁸³ René Schwarzenbach, Christian Rentsch, Klaus Lanz, Lars Müller, Hrsg., *Mensch Klima!: Wer bestimmt die Zukunft?* (Baden: Müller, 2011), 81.

Mensch durch seinen Eingriff in die Kohlenstoffkreisläufe der Erde einen Beitrag zur Erderwärmung leistet. Als Reaktion auf diese Erkenntnis hat die Weltgemeinschaft beschlossen, diese einzigartige Herausforderung durch eine globale wissenschaftliche Zusammenarbeit besser zu verstehen. Das Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz IPCC, veröffentlicht seit 1990 regelmäßige Zusammenfassungen des Forschungsstandes der Klimatologie. Der fünfte Sachstandsbericht ist im Mai 2014 erschienen. In der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) haben sich die Staaten der Welt zumindest auf das Ziel geeinigt, einen für die menschliche Zivilisation gefährlichen anthropogenen Klimawandel zu verhindern. Das Kyoto-Protokoll von 1997 verpflichtete die Industrienationen, nicht jedoch die USA und Kanada, dazu, ihre Treibhausgasemissionen von 2008 bis 2012 um 5 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Auf der Klimakonferenz von Cancún einigte man sich schließlich auf das sog. Zwei-Grad-Ziel als Obergrenze zur Vermeidung eines gefährlichen, irreversiblen Klimawandels (Art. 2 UNFCCC).⁸⁴ Konkrete Vereinbarungen im Anschluss an das auslaufende Kyoto-Protokoll mit bindenden Reduktionsverpflichtungen stehen aus. Zunächst soll im folgenden die Funktionsweise des Klimasystems in aller Kürze dargestellt werden, ehe die Folgen für die Menschheit und schließlich die Möglichkeiten der Begrenzung und Anpassung an den Klimawandel dargelegt werden.

Während das Wetter ein Phänomen innerhalb der Atmosphäre darstellt, umfasst Klima stets auch Prozesse im Erdmantel, in den Ozeanen, Gewässern, Eismassen, der ganzen Biosphäre und schließlich im gesamten Sonnensystem.⁸⁵ Dabei wirken zwei Kreisläufe auf das Klima: der Wasser- und der Kohlenstoffkreislauf. Diese Kreisläufe verteilen die Wärme auf dem Planeten, regulieren den Treibhauseffekt und beeinflussen maßgeblich den Gehalt an Kohlendioxid in der Atmosphäre. Waren einst ganze zehn Prozent der Luft mit CO₂ angereichert, sind es heute nur noch etwa 400 Moleküle unter einer Million Luftmolekülen (ppm), also gut 0,4 Promille. Ursächlich dafür ist die Verwitterung von Gestein, für die CO₂ gebunden werden muss. Andererseits führt Vulkanismus regelmäßig neues Kohlendioxid zu, das seinerseits einst durch die Gesteinsverwitterung im Boden gebunden wurde – ein natürlicher Kreislauf. Der Prozess, der heute in aller Munde ist, weil er für die Erderwärmung verantwortlich gemacht wird, ist der Treibhauseffekt. Zu den Treibhausgasen zählen neben Kohlendioxid (CO₂) u.a. Methan (CH₄), Lachgas (N₂O)

⁸⁴ Gemeint ist eine maximale Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um zwei Grad Celsius gegenüber dem Beginn der Industrialisierung.

⁸⁵ Ebd., 62.

und Wasserdampf (H₂O). Um den Effekt der Treibhausgase auf das Klima mit anderen natürlichen Faktoren ins Verhältnis setzen zu können, bedarf es eines gemeinsamen Maßes – der Energie. Das Klimasystem wird erst durch Energieströme, z.B. vom System Meer zum System Atmosphäre, verständlich. Alles beginnt mit der Energie, die die Sonne als Licht zur Erde schickt. Damit trägt sie über 99 Prozent zum Energiehaushalt der Erde bei. Dieser befindet sich solange im Gleichgewicht, wie die Menge der eingehenden Energie der abgestrahlten Energie entspricht. Nur gut die Hälfte der Energie der Sonnenstrahlung erreicht die Erdoberfläche (sog. Globalstrahlung), der Rest wird entweder von der Atmosphäre ins Weltall reflektiert (sog. Albedo), oder von ihr absorbiert. Am Boden angekommen wird erneut ein Teil ins Weltall zurückgestrahlt – je nach Oberflächenbeschaffenheit (Wasser, Eis, Land, ...) zwischen fünf und 95 Prozent, im Schnitt etwa 7 Prozent.⁸⁶ Nur die verbleibenden 47 Prozent der Sonnenenergie erreichen den Boden. Ohne sie wäre es hier so kalt wie im Weltall, minus 273 Grad Celsius. Die Sonne liefert insgesamt genug Energie zur Erwärmung der Erde um 255 Grad. Damit wäre es auf der Erde aber ohne Treibhauseffekt minus 18 Grad kalt. Die restlichen 33 Grad, die zu unserer globalen Durchschnittstemperatur von 15 Grad führen, gehen somit allein auf den Treibhauseffekt zurück. Er funktioniert über die Aufnahme und Umwandlung von Infrarotstrahlung durch bestimmte Moleküle wie Kohlendioxid und Methan in Wärme, die an die Umgebung abgegeben wird. Das Sonnenlicht kommt nach Reflexion von der Erdoberfläche von unten und trifft auf Luftmoleküle. Es wird seiner Infrarotbestandteile entzogen, die von den Treibhausgasen – anders als im Falle des Sonnenlichts – nicht nach oben, sondern in alle Richtungen abgestrahlt werden. Ein Teil entweicht ebenfalls mit dem restlichen Licht ins Weltall, der Rest fällt als sog. Gegenstrahlung zurück zur Erde und erwärmt diese zusätzlich. Jede Änderung der Determinanten des Treibhauseffekts führt zu einer Anpassung des Energiehaushalts der Erde und damit zu einer Änderung der globalen Durchschnittstemperatur. Derzeit ist die Energiebilanz der Erde nur minimal außer Balance. Von 342 Watt pro Quadratmeter, die auf die Erde als Sonnenstrahlung eingehen, werden 341 Watt wieder ins Weltall abgegeben. Dieses eine Watt Differenz reicht aus, um die Erde zu erwärmen – sie treibt den Klimawandel stetig weiter an.⁸⁷ Über den gesamten Zeitraum der Erdgeschichte hinweg führte der Treibhauseffekt zu

⁸⁶ Ebd., 128ff.

⁸⁷ Der IPCC nennt im vierten Sachstandsbericht von 2007 1,6 W/m². Vgl. Intergovernmental Panel on Climate Change, „Climate Change 2007: Synthesis Report“. http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf, 37.

starken Temperaturschwankungen. Die Erde war bereits nahezu vollständig von Eis bedeckt, es herrschten aber auch bereits durchschnittlich bis zu 50 Grad auf der Erde. Dies war einer der Gründe für die sog. Kambrische Explosion, bei der die Artenvielfalt, gerade im Meer, rasch zunahm. Diese Zunahme hatte aber wiederum 50 Millionen Jahre später den Effekt, dass das Klima sich abkühlte und dem Leben die Grundlage entzog. Die Lebewesen verbrauchten so viel Kohlendioxid aus der Atmosphäre, dass der Treibhauseffekt so sehr abgeschwächt wurde, dass die Temperaturen erneut sanken. Es kam zu einem großen Artensterben, wie es in der Erdgeschichte schon mehrfach vorgekommen ist. Allein im Zeitraum von 360 bis 65 Millionen vor Christus kam es zu insgesamt vier große Aussterbensereignisse, bei denen Klimaveränderungen wohl eine bedeutende Rolle gespielt haben.⁸⁸ Das Klima kennt also sowohl langanhaltende Phasen der Stabilität, Phasen des – erdgeschichtlich gesehen – langsamen Wandels des Klimas und Phasen abrupter Wechsel.⁸⁹

Die Menschheit existiert vor dem Hintergrund dieser immensen Zeiträume erst seit einem winzigen Augenblick, seit ungefähr zwei Millionen Jahren – weniger als einem halben Promille der Erdgeschichte.⁹⁰ Seit Entstehung des Homo Sapiens hat sich das Klima weiter verändert, auch wenn wir immer noch in der seit 10.000 Jahren anhaltenden Warmzeit des Holozäns leben. Kleinere Schwankungen, wie die aktuelle Warmzeit, werden auch Optima und Pessima genannt. Ob die Völkerwanderung in der Zeit des Pessimums von 300 n. Chr. - 600 n. Chr., Hannibals Zug über die Alpen in der Zeit eines günstig gelegenen Optimums, die Sesshaft-Werdung des Menschen dank Ackerbau und Viehzucht zu Beginn der heutigen Warmzeit oder der Hunger der „kleinen Eiszeit“ von 1250-1850 n. Chr. – das Klima hat die menschliche Geschichte über seine Schwankungen stets stark beeinflusst.⁹¹ Mit dem Beginn der Industrialisierung kann diese Aussage auch andersherum aufgestellt werden. Der Mensch ist durch die seither immer weiter ansteigende Menge an Treibhausgasemissionen, v.a. aufgrund der Verbrennung fossiler Energieträger, zum Klimafaktor geworden. Fast die gesamte Zunahme an CO₂ seit 1750 ist menschlichen Ursprungs.⁹² Dies ist bereits seit Mitte des letzten Jahrhunderts erwiesen. Seit 1800 hat sich die globale Durchschnittstemperatur,

⁸⁸ Vgl. Schwarzenbach et al., *Mensch Klima!*, 67f.

⁸⁹ Allein in den letzten 110.000 Jahren hat es 23 abrupte Klimaerwärmungen gegeben – sog. Dansgaard-Oeschger-Ereignisse, kurz DO-Ereignisse. Dazu kommen weitere abrupte Änderungen der globalen Durchschnittstemperatur (Heinrich-Ereignisse, Kältesturz in der Dryas-Zeit). Vgl. ebd., 76f.

⁹⁰ Vgl. ebd., 78.

⁹¹ Vgl. Jan Klage, *Wetter macht Geschichte: Der Einfluß des Wetters auf den Lauf der Geschichte*, 4. Aufl. (Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch im FAZ-Inst, 2004).

⁹² Vgl. Schwarzenbach et al., *Mensch Klima!*, 152.

trotz einer zwischenzeitlichen Abkühlung von 1940 bis 1970, um insgesamt ein Grad erhöht. Seit 1970 steigt sie ungewöhnlich stark an, um etwa 0,2 Grad pro Jahrzehnt. Dieser starke Anstieg im 20. Jahrhundert ist nach Auffassung von Klimatologen zum Großteil Ergebnis eines anthropogenen Treibhauseffektes.⁹³ Die Treibhausgase Kohlendioxid und Methan sind heute deutlich stärker konzentriert in der Atmosphäre vorzufinden als zu Beginn der Industrialisierung. Bei CO₂ stieg der Anteil um 40 Prozent, bei Methan sogar um 100 Prozent in den letzten 160 Jahren. Die Werte sind damit höher als in den vorangegangenen 800.000 Jahren, und sie steigen weiter an.⁹⁴

Der Mensch stößt Treibhausgase wie Kohlendioxid, Methan, FCKW und Lachgas⁹⁵ vor allem beim Verbrennen von Kohle, Öl und Gas, aber auch bei der Abholzung von Wäldern und der Trockenlegung von Mooren, dem Anbau von Reis, der Viehzucht sowie durch industrielle Prozesse aus.⁹⁶ Wir greifen als Spezies in einem noch nie da gewesenen Umfang in die natürlichen Ökosysteme ein, etwa indem wir Flüsse stauen, industrialisierte Landwirtschaft betreiben, Wälder roden. Die Emissionen nehmen infolgedessen immer weiter zu. Allein zwischen 1990 und 2008 stiegen sie weltweit um 41 Prozent. Nach einer kurzen Pause, bedingt durch u.a. durch die Weltwirtschaftskrise, gehen Experten davon aus, dass ein weiterer Anstieg zu erwarten ist. Das Zwei-Grad-Ziel zur Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels ist jedoch nur bei einer Treibhausgaskonzentration von 450 ppm zu erreichen – und auch dann nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent. Sollte die Sensitivität des Klimas höher sein, dürften

⁹³ Der IPCC schreibt: „Most of the observed increase in global average temperatures since the mid-20th century is very likely due to the observed increase in anthropogenic GHG concentrations.“ Intergovernmental Panel on Climate Change, „Climate Change 2007: Synthesis Report“, 39.

⁹⁴ Die CO₂-Konzentration lag im Laufe der Erdgeschichte im Mittel um ein vielfaches höher als heute. Allerdings ist sie seit mindestens 20 Millionen Jahren nie mehr wesentlich über das heutige Niveau gestiegen. „Während 80 bis 90 Prozent der Erdgeschichte waren die Pole eisfrei“. Schwarzenbach et al., *Mensch Klima!*, 74.

⁹⁵ Methan und Lachgas haben eine viel stärkere Wirkung auf das Klima als CO₂, sind aber auch in geringeren Mengen emittiert worden. Methan wird vor allem in der Landwirtschaft, bei Reisanbau, Viehwirtschaft und in Mülldeponien freigesetzt. Etwa 75 Prozent des Methans, das in die Atmosphäre entweicht soll anthropogenen Ursprungs sein. Methan und Lachgas werden aufgrund ihrer größeren Wirkung in CO₂-Äquivalente umgerechnet. Methan wird für 20 Prozent, Lachgas für 5 bis 6 und FCKW für 10 Prozent des anthropogenen Treibhauseffekts verantwortlich gemacht (s.u). FCKW wurde durch das Montreal-Abkommen verboten und die Konzentration reduziert sich seither. Vgl. ebd., 153.

⁹⁶ „Allein durch Waldrodungen und andere Landnutzungsveränderungen hat sich die Vegetation global deutlich verringert. Seither wurden dadurch zusätzlich insgesamt rund 150 Gigatonnen Kohlenstoff (oder 550 Gigatonnen Kohlendioxid) in die Atmosphäre freigesetzt. Im Vergleich zu Gesamtmenge des in der Biosphäre gespeicherten Kohlenstoffs von rund 2300 Gigatonnen ist diese Menge zwar klein; im Vergleich zu den rund 821 Gigatonnen, die sich in Form von Kohlendioxid in der Atmosphäre befinden, ist sie aber doch sehr beträchtlich. Wären diese 150 Gigatonnen bis heute in der Atmosphäre verblieben, wäre der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre seit der Industrialisierung allein schon deswegen um etwa 70 ppm angestiegen. (Und da sind die weit über 400 Gigatonnen, die seit der Industrialisierung durch die Verbrennung fossiler Energieträger in die Atmosphäre freigesetzt wurden, noch nicht einmal mit eingerechnet!)“. ebd., 149.

es gar nur 400 ppm sein.⁹⁷ Ende 2010 lag der Kohlendioxidgehalt aber schon bei 388 ppm. Jedes Jahr kommen ca. 2 ppm dazu. Wir haben die Schwelle von 400 ppm damit so gut wie erreicht. Der Mensch ist gegenüber der Natur zum zweiten Faktor des Weltklimas geworden, obwohl die Biosphäre der Atmosphäre seit Jahrmillionen Kohlenstoff entzieht, einlagert, und so die CO₂ Konzentration laufend reduziert.⁹⁸

Für die Abschätzung der zukünftigen Erderwärmung und ihrer Folgen für den Menschen ist ein Blick auf die Reaktion des Klimasystems auf verschiedene Emissionspfade mithilfe von Szenarien notwendig. Der Special Report on Emissions Scenarios (SRES) als Teil des vierten IPCC-Sachstandsberichts von 2007 erlaubt einen Blick auf die Zukunft der Treibhausgas-Emissionen. Die Szenarien bilden verschiedene Entwicklungspfade, Arten der Energieversorgung, Bevölkerungsentwicklungen und somit Emissionsmengen ab. Sechs Modelle mit vier Entwicklungsmöglichkeiten wurden aus den SRES-Szenarien ausgewählt. Die Kürzel A und B stehen für zwei grundsätzliche Trends: eine weiterhin fossile Wirtschaft (A), oder den raschen Umbau hin zu emissionsfreien Energiequellen (B).¹⁰⁰ Die Kürzel 1 und 2 stehen für eine Welt mit abnehmenden (1) oder weiterhin starken Einkommensunterschieden (2). Die Szenarien sehen im Überblick wie folgt aus:

- A1: Fortdauerndes Wachstum der Wirtschaft. Neue effiziente Technologien. 2050 neun Milliarden Menschen. Unterschiede nehmen ab.
- A1FI: Intensive Nutzung fossiler Energieträger (engl. „Fossil Intensive“).
- A1B: Ausgeglichene Nutzung Erneuerbarer Energien.
- A1T: Fokus auf nicht-fossile Energieträger (engl. „Technology“).
- A2: Schnelles Wachstum. Heterogenität bleibt sehr stark. Bevölkerung 2050 bis

⁹⁷ Bei Schwarzenbach et al. werden als Ergebnis aktueller Forschungen eine Erhöhung von 0,8 Grad Celsius bei 1 Watt/m² sog. Strahlungsantrieb genannt. Bei heute realisierten 1,6 Watt / m² ergeben sich demnach 1,3 Grad. 0,7 Grad wurden erst realisiert, da die Ozeane Energie zwischen-speichern. Klassischer Weise wird aber der Strahlungsantrieb bei Verdopplung der CO₂ Konzentration angegeben. Bei 560 ppm gegenüber 280 ppm (vorindustrielles Niveau) wird mit 1,5 bis 4,5 – im Mittel also 3 Grad Erhöhung gerechnet. Neue Modellrechnungen deuten auf mehr als 3 Grad hin. Vgl. ebd., 155f.

⁹⁸ Die Ozeane nehmen im „Verlauf von mehreren tausend Jahren rund 80 Prozent der Emissionen auf; zur Zeit jedes Jahr netto rund 2,2 Gigatonnen Kohlenstoff. Das entspricht immerhin rund einem Viertel der jährlichen anthropogenen Emissionen.“ Auch gilt: „Von jeder emittierten Tonne CO₂ wird rund die Hälfte innerhalb von 30 Jahren abgebaut, weitere 30 Prozent im Verlauf von einigen hundert Jahren. Immerhin 20 Prozent aber verbleiben für viele tausend Jahre in der Atmosphäre. Von den 34,8 Gigatonnen CO₂ (..) die jährlich emittiert werden, verbleiben rund 17 Gigatonnen CO₂ (..) während mindestens 100 Jahren, 7 Gigatonnen sogar über mehrere tausend Jahre in der Atmosphäre. Das bedeutet, dass die CO₂-Konzentration selbst dann, wenn die jährlichen Emissionen längst zurückgehen, noch während vielen Jahren hoch bleiben wird.“ Die Aufnahmefähigkeit von Land und Meer wird durch Klimawandel aber sinken. Das Land könnte sogar zur Quelle von Treibhausgasen werden, wenn Senken ihre Gase freigeben. ebd., 152f.

¹⁰⁰ B-Szenarien setzen politische Interventionen voraus, um die Emissionen zu reduzieren.

zu 15 Mrd. Regional orientierte Volkswirtschaften.

- B1: abnehmende Unterschiede. Bevölkerung nimmt nach 2050 wieder ab. Orientierung der Wirtschaft hin zu ökologischer Nachhaltigkeit. Betonung des Dienstleistungs- und Informationssektors.. Erhöhte Sparsamkeit.
- B2: Heterogene Welt. Dennoch Nachhaltigkeit angestrebt. Moderates Wachstum. 10 Mrd. Menschen.

Schwarzenbach et al. schreiben zu den SRES-Szenarien: „Im jeweils wahrscheinlichsten Fall erreicht kein Szenario das Zwei-Grad-Ziel ohne zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen; selbst dann, wenn sie wie das Szenario A1T weitgehend auf den Verbrauch fossiler Energien verzichten. Zumal neueste Messdaten darauf hindeuten, dass die Temperaturentwicklung sich vermutlich eher am oberen Rand der geschätzten Bandbreiten bewegen wird. Und schließlich zeigen die SRES-Szenarien, dass eine globalisierte, auf rasches Wirtschaftswachstum ausgerichtete Welt, die weiterhin vor allem fossile Energien verbraucht, mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer Erderwärmung von 4 Grad oder mehr führen wird.“¹⁰¹ Der IPCC geht in seinen SRES-Szenarien davon aus, dass die globale Mitteltemperatur zusätzlich jenseits der 0,7 Grad, die bereits realisiert wurden, um weitere 1,1 bis 1,8 Grad steigt.

Die genauen Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Zivilisation lassen sich nicht so präzise vorhersagen, wie die Entwicklung des Klimawandels. Dennoch wagt die Arbeitsgruppe „Impacts, Adaptation and Vulnerability“ im IPCC-Report von 2007 eine Prognose. Insgesamt sind die Aussagen zurückhaltend und allgemein gehalten formuliert. Die Auswirkungen des Klimawandels sind von Region zu Region unterschiedlich. So wird der Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 59 cm Inselstaaten viel stärker treffen als Flächenstaaten. Die Ausweitung der Trockenzonen trifft Bauern im Mittleren Osten stärker als im mittleren Westen der USA, da die Anpassungsfähigkeit (Resilienz) aufgrund technischer und finanzieller Ausstattung weltweit und lokal ungleich verteilt ist. Insgesamt listet der IPCC Arbeitsgruppenbericht sechs sehr allgemeine Folgen auf:¹⁰²

- Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit steigt die Zahl der wärmeren

¹⁰¹ Ebd., 163.

¹⁰² Vgl. Intergovernmental Panel on Climate Change, „Climate Change 2007: Synthesis Report: Summary for Policymakers“. https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf, 8.

und heißen Tage und der weniger kalten Nächte.

- Sehr wahrscheinlich (über 99 %) werden Wärmeperioden und Hitzewellen über den meisten Landflächen zunehmen.
- Ebenfalls sehr wahrscheinlich werden starke Niederschläge öfter auftreten.
- Wahrscheinlich (über 66 %) werden von Dürre heimgesuchte Gebiete wachsen.
- Wahrscheinlich werden tropische Wirbelstürme stärker und häufiger auftreten.
- Der Anstieg des Meeresspiegels wird die Häufigkeit von Hochwasser erhöhen.

Konkret ist davon auszugehen, dass der Zugang zu Wasser und Lebensmitteln für die Ärmsten der Welt schwieriger werden wird. Überschwemmungen, Stürme und Hitzeperioden werden auch im reichen Norden der Erde Menschenleben fordern und hohe Sachschäden anrichten. Die Verteilung der Niederschlagsmengen wird sich regional neu ausgestalten. Auch werden die Niederschlagszeiten sich verändern und den Ackerbau vor Herausforderungen stellen. Die veränderte Luftzirkulation wird die Klimazonen verschieben und so einige Regionen eine blühendere Natur, anderen verstärkte Trockenheit bringen. „Gefährdet sind durch solche Verschiebungen vor allem die Ökosysteme“.¹⁰³ Ihre Anpassungsfähigkeit ist begrenzt und droht durch die Beschleunigung des Klimawandels überstrapaziert zu werden. Die Biodiversität wird dementsprechend unter dem Klimawandel leiden. So zeigen schon heute die Korallenriffe Stressreaktionen aufgrund der Versalzung des Meeres. Bei einer Erderwärmung von 0,8 bis 1,7 Grad bis 2050 könnten, so schätzen Ökologen, bis zu 18 Prozent einer langen Liste untersuchter Pflanzen aussterben, bei einer Erwärmung zwischen 1,8 und 2 Grad gar 24 Prozent. „Gemäß der „Roten Liste“ der Weltnaturschutzorganisation IUCN sind 20 Prozent der Säugetiere, 12 Prozent der Vogelarten und 29 Prozent der Amphibienarten vom Aussterben bedroht.“¹⁰⁴

Grundsätzlich gibt es nur zwei Strategien zur Verlangsamung des Klimawandels: Die Anpassung an die Folgen (engl. *Adaption*) oder eine Vermeidung der Ursachen über eine Reduktion der Treibhausgasemissionen (engl. *Mitigation*). Zunächst zur Mitigation: „Soll die globale Erwärmung wie in Cancún beschlossen unter 2 Grad Celsius bleiben, so darf jeder Weltbürger in Zukunft höchstens 1 Tonne Kohlendioxid pro Jahr verursachen. In Laos, Kenya oder Bangladesch liegt der Verbrauch heute bei 0,3 Tonnen pro Jahr, in aufstrebenden Schwellenländern wie Brasilien oder Indien unter 2 Tonnen, in China bei

¹⁰³ Schwarzenbach et al., *Mensch Klima!*, 230.

¹⁰⁴ Ebd., 231.

5 Tonnen. In reichen Industriestaaten wie Kanada, Australien und den USA liegen die Pro-Kopf-Werte zwischen 15 und 20 Tonnen.“¹⁰⁵ Dabei spielt die Energieerzeugung eine wesentliche Rolle. Schweizer haben einen höheren Lebensstandard als Deutsche, dank Wasserkraft aber einen CO₂-Ausstoß von nur sechs Tonnen pro Kopf gegenüber 10 Tonnen in Deutschland. Um die Treibhausgasemissionen global zu senken, kann grundsätzlich nur die Effizienz bei gleichbleibendem Konsum erhöht oder der Verbrauch durch Verzicht auf Konsum gesenkt werden. Steigt die Effizienz schneller als der Verbrauch, sinken die Emissionen trotz zunehmenden Konsums (relative Entkopplung). Effizienz kann hier bedeuten: Senkung der CO₂-Emissionen pro Wirtschaftseinheit, z.B. durch Senkung der eingesetzten Energie pro Wirtschaftseinheit oder des für jede Energieeinheit nötigen Ausmaßes an Emissionen. Erneuerbare Energien senken letzteres, während moderne Elektronik oder Automobile ersteres bewirken. Notwendig ist sicher eine Anstrengung in allen relevanten Bereichen: Wohnen, Mobilität, Ernährung, Produktion, Transport und Konsum. Politisch gibt es eine Vielzahl an Instrumenten, die hierfür infrage kommen. Welche Strategie eine Treibhausgasreduktion am effektivsten und effizientesten leistet, hängt wesentlich von der institutionellen Einbettung des Wirtschaftssystems ab. Dieser Gedanke wird im Laufe der Arbeit mehrfach aufgegriffen.

Soweit bleibt festzuhalten, dass ein sich ungehindert beschleunigender Klimawandel eine große Bedrohung für das Leben auf der Erde darstellt und entschiedene Gegenmaßnahmen erfordert. Mit Blick auf den Gegenstand dieser Arbeit verdient der Klimawandel besondere Beachtung als potentiell Anzeichen von Endlichkeit, auf die sich die ökologische Wachstumskritik besonders beruft. So merken John Bellamy Foster, Brett Clark und Richard York in ihrer kritischen Würdigung des Stern-Reports an, dass Wirtschaftswachstum und eine effektive Begegnung des Klimawandels einen klassischen Zielkonflikt darstellten. So führe das im Stern-Report von 2006 angepeilte Ziel von 550 ppm bis zum Ende des Jahrhunderts zu einem Temperaturanstieg von drei Grad Celsius, deutlich über den von der Forschungsgemeinde als akzeptabel angesehenen zwei Grad. Stern habe dies unberücksichtigt gelassen (sic!), da er bei noch höheren Reduktionszielen einen Zusammenbruch des Kapitalismus selbst befürchtet habe. Foster et al. schreiben: „All of this signals that any reduction in CO₂ equivalent emissions beyond around 1 percent per year would make it virtually impossible to maintain strong

¹⁰⁵ Ebd., 414.

economic growth--the bottom line of the capitalism economy. Consequently, in order to keep the treadmill of accumulation going the world needs to risk environmental Armageddon".¹⁰⁶ Genau in gegenteiliger Absicht aber mit gleicher Konsequenz kritisiert Ronald Bailey den Report Nicholas Sterns, der als erster den Versuch unternahm, die Kosten des Klimawandels für die Weltwirtschaft zu beziffern, aus einer das Wachstum bejahenden normativen Position heraus: Indem die Weltwirtschaft schnell von Kohle und Öl auf teurere Energieformen umsteige, nehme sie den Armen die größte Chance zur Verbesserung ihrer Existenz – schnellem Wirtschaftswachstum. Bailey wörtlich: „(...) So hurrying the process of switching from carbon-based fuels along by boosting energy costs means that humanity will have to delay buying other good things such as clean water, better sanitation, more and better food, and more education."¹⁰⁷ Die beiden Stellungnahmen zum Stern-Report zeigen eindrucksvoll, dass die Diskussion um die Folgen des Klimawandels das Wachstum der Wirtschaft als etabliertes wirtschaftspolitisches Ziel infrage stellt.

1.2.2. Ernährung und Bevölkerungsanstieg

Nichts hat eine so hohe Bedeutung für den Menschen wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Auf der Bedürfnispyramide stehen sie stets an erster Stelle. Menschen geben ihren ersten Euro für Lebensmittel aus. Erst danach fließt das restliche Einkommen in weitere Güter des täglichen Bedarfs. Für viele Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern reicht das Einkommen immer noch kaum aus, um den Hunger zu stillen. Der Preis für Lebensmittel ist daher für Milliarden Menschen eine Frage von Sein oder nicht Sein. In diesem Zusammenhang gewinnt jede Veränderung des auf Spotmärkten festgestellten Preises für Grundnahrungsmittel auch von politischer Seite an Bedeutung.¹⁰⁸ Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die globale Nahrungsmittelproduktion schneller gestiegen als die Nachfrage, bei gleichzeitig rasch angewachsener Weltbevölkerung. Aus diesem Grund sind die Preise inflationsbereinigt,

¹⁰⁶ John Bellamy Foster, Brett Clark und Richard York, *The ecological rift: Capitalism's war on the earth* (New York: Monthly Review Press, 2010), 156.

¹⁰⁷ Vgl. Ronald Bailey, „Stern Measures: Averting climate change is surprisingly affordable. Or is it?“. <http://www.reason.com/news/show/116401.html> (letzter Zugriff: 14. Oktober 2014).

¹⁰⁸ Easterling schreibt hierzu: „the products of agriculture and forests are traded as commodities on world markets.“ William Easterling, „Assessing the Consequences of Climate Change for Food Security: A View from the Intergovernmental Panel on Climate Change.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, 269–292, Books in soils, plants, and the environment 96 (Boca Raton: Taylor & Francis, 2005), 272.

z.B. für Getreide, seither im Durchschnitt um 1-3 Prozent pro Jahr gesunken.¹⁰⁹ Vier Determinanten des Agrarmarktes sollen im folgenden dargestellt werden, um zu skizzieren, mit welchen Trends mit Blick auf die Ernährungslage der Weltbevölkerung im 21. Jahrhundert zu rechnen ist.¹¹⁰

Der erste Trend mit großen Auswirkungen auf den Lebensmittelmarkt wird auch öffentlich seit Jahren intensiv diskutiert. Es handelt sich um die Verwendung von Agrarrohstoffen zur Herstellung von Treibstoffen und Biogas sowie zur Stromerzeugung. So führt nach Ansicht vieler Experten die Verwendung von Mais als Energierohstoff für die Petroindustrie zu einer künstlichen Steigerung der Nachfrage auf den Agrarmärkten und zu einer regelrechten Kannibalisierung bei der Verwendung knapper Agrarflächen auf der Angebotsseite. Oft ist bildhaft von der „Konkurrenz von Teller und Tank“ die Rede.¹¹¹ Dabei ist zu beachten, dass die groß angelegte energetische Nutzung von Agrarrohstoffen auch Ergebnis politischen Willens, nicht allein wirtschaftlichen Profitstrebens ist.¹¹² Die Verwendung von Mais und Raps für die Treibstoffherstellung ist beim gegenwärtigen Ölpreis (etwa 100 US-Dollar für die Marke Brent) nicht profitabel. Erst großzügige Subventionen, vor allem in den USA und in der EU, haben eine Umstellung der Landwirte auf die Herstellung von Energiepflanzen im großen Stil ausgelöst. Die unerwünschten Nebeneffekte treten nun zeitverzögert auf und haben jüngst eine Debatte über Sinn und Unsinn der ursächlichen Subventionen angestoßen. In Mexiko kam es bereits zu starken Protesten aufgrund des rasant gestiegenen Maispreises, wodurch das Problem weltweite Aufmerksamkeit erlangte.

Zu der Konkurrenz von Teller und Tank kommt zweitens der Trend zunehmender

¹⁰⁹ Vgl. D. Gale Johnson, „Food security and world trade prospects.“ *American journal of agricultural economics* 80, Nr. 5 (1998): 941-947.

¹¹⁰ Vgl. Tim Dyson, *Population and food: Global trends and future prospects*. Global environmental change series (London: Routledge, 1996). <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0649/95038227-d.html>. sowie L. T. Evans, *Feeding the ten billion: Plants and population growth* (Cambridge, UK: Cambridge University Press, 1998). Vgl. auch Daniel Hillel, *Out of the earth: Civilization and the life of the soil* (New York: Free Press, 1991). sowie Alan Wild, *Soils, land, and food: Managing the land during the twenty-first century* (Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2003).

¹¹¹ Zum Thema Nachhaltiger Nutzung von Biomasse vgl. Uwe R. Fritsche, Klaus J. Hennenberg, Andreas, Horst Fehrenbach, Elvira Roth, Anna Hennecke, „Nachhaltige Bioenergie: Stand und Ausblick: Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse des Forschungsvorhabens“. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-von-strategien-nachhaltigkeitsstandards> (letzter Zugriff: 14. Oktober 2014).

¹¹² Natürlich handeln Landwirte und andere Akteure des Marktes heute profitorientiert, wenn sie Mais und Getreide an Kraftwerksbetreiber und Raffineriebetreiber anstelle von Lebensmittelabnehmern veräußern. Ursprünglich (sic!) war dies aber keine Option, da die Preise für aufgekauften Mais im Energiesektor zu niedrig oder gar bei null lagen. Erst die Gesetzgebung hat dank Subventionen einen Energie-Markt für Mais und Co. zusätzlich zum Lebensmittelmarkt hervorgebracht, der Landwirten höhere Preise bietet.

Flächennutzung durch Verstädterung und Industrialisierung hinzu. Schon heute leben etwa 3,5 Mrd. Menschen in Städten. 1960 war es nur eine Milliarde. Experten gehen davon aus, dass es 2030 fünf Milliarden sein werden.¹¹³ China ist ein Beispiel für die wachsende Konkurrenz von Landwirtschaft und städtischer Flächennutzung. Seit die Volksrepublik China die eigene Wirtschaft für ausländisches Kapital und Know-How geöffnet hat und innere Reformen den Anreiz zu privater Initiative schafften, sind mehrere Hundert Millionen Chinesen vom Land in neu gebaute Städte gezogen. Zehntausende Industriebetriebe sind entstanden. Aktuell leben in China 20 Prozent der Weltbevölkerung. Das Land besitzt aber nur etwa sieben Prozent der weltweiten Agrarflächen. China kann seine Bevölkerung daher allein schon lange nicht mehr ernähren. Die Lösung bieten Importe von Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt über den Seeweg. China versucht auch durch langfristige Pachtverträge Land v.a. in Afrika außerhalb des Weltmarktes für die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu erwerben.¹¹⁴ Dies stößt international auf Kritik, da Nachteile für die Versorgung der lokalen Bevölkerung befürchtet werden. Wenn wir uns bewusst machen, dass China in vielerlei Hinsicht das Entwicklungsvorbild für all die anderen Staaten darstellt, die heute noch unter großer Armut leiden, erkennen wir, welche Brisanz die Konkurrenz von städtischer und agrarischer Flächennutzung noch in sich birgt. Indonesien, Brasilien, Indien und viele weitere Staaten streben nach dem westlichen Lebensstil. Die Summe aller Importe kann aber global gesehen immer nur der Summe aller Exporte entsprechen. Daher führt jede Verstädterung und Industrialisierung in heute landwirtschaftlich geprägten Agrarüberschuss-Regionen zu einer Anspannung der Versorgungssituation. Wenn die Staaten Afrikas den Weg Chinas gehen, können sie aufgrund von Verstädterung, wachsenden Flächenbedarfs der Industrie und einer mit steigenden Einkommen verbundenen Zunahme des Lebensmittelkonsums keine Nahrung mehr nach China liefern, da die Flächen für die eigene Bevölkerung benötigt werden. Die globale Lebensmittelversorgung gerät also mit weiterer wirtschaftlicher Entwicklung heutiger Schwellen- und Entwicklungsländer tendenziell weiter unter

¹¹³ Vgl. United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division, „World Urbanization Prospects: The 2005 Revision“. http://www.un.org/esa/population/publications/WUP2005/2005WUP_DataTables3.pdf, 51.

¹¹⁴ Der Begriff dafür lautet „Landgrabbing“. Vgl. etwa Birgit Englert und Barbara Gärber, Hrsg., *Landgrabbing: Landnahme in historischer und globaler Perspektive*, 1., neue Ausg. Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung 33 (Wien: new academic press, 2014).

Druck.¹¹⁵

Zu diesen beiden Trends sind drittens die Auswirkungen des Klimawandels auf den Lebensmittelsektors zu erörtern.¹¹⁶ Seit der industriellen Revolution hat der Mensch Gigatonnen an Kohlenstoff aus den Böden in die Atmosphäre befördert – durch die Verbrennung fossiler Energieträger bereits etwa 270 Gigatonnen (Gt) und durch Landnutzung und Bodenkultivierung etwa 136 Gt. Dadurch ist der Anteil an CO₂ in der Atmosphäre von 280 ppm auf nunmehr 370 ppm gestiegen. Aktuellere Zahlen zeigen, dass die Marke von 400 ppm nahezu erreicht ist.¹¹⁷ Die Umwandlung natürlicher Flächen in Agrarland hat den Kohlenstoffbestand der Böden bereits global um 66 bis 90 Gt gesenkt. Dadurch sinkt die Bodenqualität. Ohne neue Anstrengungen drohen Erosion, sinkende Wasserverfügbarkeit, ein Verlust an Biodiversität und insgesamt eine sinkende Produktivität des Agrarsektors.¹¹⁸ Tropenregionen sind eher betroffen als nördliche Breiten, arbeitsintensive Anbauflächen eher als kapitalintensive.¹¹⁹ Je nachdem welche Menge an Treibhausgasen die Menschheit in Zukunft emittiert, werden unterschiedliche Versorgungs-Szenarien erwartet. So ist das Bemühen um eine Reduktion der Treibhausgase unter Umständen auch eines um die Sicherheit der Ernährung der Menschheit. Dies hängt aber entscheidend davon ab, welchen Nettoeffekt der Klimawandel bei einer bestimmten Temperaturerhöhung auf die globale Produktivität der Agrarflächen hat. Es ist deshalb von Nettoeffekten zu sprechen, da die globale Temperaturerhöhung hochkomplexe Auswirkungen auf die Ökosysteme und Böden mit sich bringt, die in manchen Erdteilen zu einer steigenden Produktivität der Agrarflächen

¹¹⁵ Vgl. Allan W. Shearer, *Land use scenarios: Environmental consequences of development*. Integrative studies in water management and land development (Boca Raton, Fla: CRC, 2009).

¹¹⁶ Vgl. William Easterling, „Assessing the Consequences of Climate Change for Food Security: A View from the Intergovernmental Panel on Climate Change.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 112). Siehe auch Wilfred Post und Anthony King, „Climate Change and Terrestrial Ecosystem Production.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, 173–186, Books in soils, plants, and the environment 96 (Boca Raton: Taylor & Francis, 2005).

¹¹⁷ Vgl. Irene Quaile, „Riskanter Meilenstein: CO₂ erreicht Spitzenwert: Die Treibhausgase in der Luft haben mit über 400 ppm eine symbolische Schwelle überschritten. Forscher fürchten, dass sich einige Folgen des Klimawandels damit nicht mehr rückgängig machen lassen“. <http://dw.de/p/17uyn>.

¹¹⁸ In 43 Modellen seit dem letzten SAR Bericht wurde ein starker regionaler Unterschied bei den Reaktionen der Pflanzen auf den Klimawandel festgestellt. Reis neigt in den Tropen dazu zunächst positiv auf Temperaturerhöhungen zu reagieren. Aber bei einer Erhöhung der durchschnittlichen Temperatur um zwei [drei] Grad ist mit knapp 10Prozent [15Prozent] Ertragsrückgang zu rechnen. Mais weist durchweg negative Ertragsreaktionen auf Temperaturerhöhungen in den Tropen auf. In moderaten Klimazonen wiederum steigt der Ertrag von Mais bei Erhöhungen unter 3 Grad, bevor er ebenfalls abnimmt. Getreide reagiert noch empfindlicher: Schon bei zwei Grad ist mit sinkenden Erträgen zu rechnen. Bei vier Grad sogar um 25 Prozent. Vgl. William Easterling, „Assessing the Consequences of Climate Change for Food Security: A View from the Intergovernmental Panel on Climate Change.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 112), 275ff.

¹¹⁹ Siehe Rattan Lal, „Preface.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, iii–xii, Books in soils, plants, and the environment 96 (Boca Raton: Taylor & Francis, 2005).

und vereinzelt zu einem Gewinn vormals nicht nutzbarer Flächen führen kann. Dies wiederum muss nicht strikt linear geschehen.¹²⁰ Eine Temperaturerhöhung um zwei Grad gegenüber vorindustrieller Zeit mag einen positiven Effekt in einer Region haben, eine Erhöhung um drei Grad einen negativen. Jede Prognose ist zusätzlich mit großer Unsicherheit behaftet und muss daher stets eine Aussage über die Eintrittswahrscheinlichkeit des Effekts enthalten. Der IPCC geht in seinem vierten Sachstandsbericht global gesehen davon aus, dass „höhere Erträge in kälteren Gebieten“ und „geringere Erträge in wärmeren Gebieten“ aufgrund wärmerer und weniger kalter Tage und Nächte „praktisch sicher“ sind. Hitzewellen führen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls zu geringeren Erträgen in wärmeren Regionen. Ebenso wahrscheinlich sind Ernteaufschläge aufgrund von Starkniederschlägen. „Wahrscheinlich“ sind Dürren, die weitere Ernteschäden und -aufschläge bewirken werden. Tropische Wirbelstürme und die Versalzung des Wassers durch den steigenden Meeresspiegel schlagen ebenfalls „wahrscheinlich“ im Laufe des Jahrhunderts negativ zu Buche. Auch wird eine zunehmende Wasserknappheit mit negativen Auswirkungen „in Regionen niedriger Breite“ erwartet. Aufgrund der „Zeitskalen, die mit Klimaprozessen und Rückkopplungen verbunden sind“ geht der IPCC davon aus, dass diese Effekte „über Jahrhunderte andauern“.¹²¹ Aufgeschlüsselt nach der Stärke der Temperaturerhöhung geht der IPCC davon aus, dass die Getreideproduktivität bei etwa zwei Grad in niedrigen Breiten zunächst nur eine sinkende Steigerungstendenz aufweist, bei drei oder vier Grad aber auch absolut sinkt. Dem steht eine steigende Tendenz in mittleren bis hohen Breiten bei etwa zwei Grad gegenüber, die aber bei drei oder mehr Grad regional ebenfalls sinken wird.¹²² Post und King gehen davon aus, dass der negative Einfluss eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzt den positiven zu überwiegen als anders herum.¹²³ Viertens und letztens nimmt die Weltbevölkerung weiter zu. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung der globalen Agrarmärkte. Die Weltbevölkerung wird laut UN-Schätzung 2030 auf 8,3 Milliarden und 2050 auf 9,3 Milliarden ansteigen. Nahezu der

¹²⁰ „Terrestrial NPP response to expected global changes has two opposing trends: (1) NPP increases with rising atmospheric CO₂; and (2) NPP decreases with recent and projected climate change. The relative balance between these two trends determines the long-term response of the global carbon cycle to global changes. This balance also determines the physiological response of ecosystems to altered environmental factors that influence productivity. This applies also for agricultural ecosystems from which we derive food and biomass for fuels (...).“ Wilfred Post und Anthony King, „Climate Change and Terrestrial Ecosystem Production.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 120), 181f.

¹²¹ Vgl. Intergovernmental Panel on Climate Change, „Climate Change 2007: Synthesis Report“.

¹²² Vgl. ebd.

¹²³ Vgl. Wilfred Post und Anthony King, „Climate Change and Terrestrial Ecosystem Production.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 120), 181.

gesamte Anstieg wird in den Schwellenländern stattfinden, wo der organische Kohlenstoff-Pool bereits schwer angeschlagen ist und die Produktivität gering ist. Es wird davon ausgegangen, dass ein Anstieg der Agrar-Produktion bis 2025 um 778 Millionen Megatonnen, 31 Millionen pro Jahr, notwendig sein wird, um das Bevölkerungswachstum aufzufangen. Bis 2050 sind sogar 1519 Millionen Megatonnen notwendig. In den Entwicklungsländern muss die Nahrungsproduktion sogar verdoppelt werden, um den rapiden Anstieg der Bevölkerung bis 2050 aufzufangen.¹²⁴ Die Hauptbelastung ist in den nächsten 18 bis 33 Jahren zu erwarten. Danach wird der Bevölkerungsanstieg abflachen. Es herrscht daher seit langer Zeit Konsens, dass die Lebensmittelproduktion gesteigert werden muss.¹²⁵

Zusammenfassend kann mit großer Wahrscheinlichkeit von einer großen Belastung des Lebensmittelsektors ausgegangen werden. Durch steigenden Wohlstand und wachsende Bevölkerung wird die Nachfrage zunehmen. Hinzu kommt die politisch gewollte energetische Nutzung der Pflanzen, die selbst bei Wechsel der spezifischen Energiepflanze eine Konkurrenz der Agrarflächen und damit eine Verringerung des Lebensmittelangebots zur Folge haben muss. Dieses wird weiter reduziert werden aufgrund der zunehmenden Flächenkonkurrenz. Schließlich wird der Klimawandel, je nachdem welche Emissionsmengen und damit Temperaturerhöhungen tatsächlich realisiert werden, das Angebot zumindest regional unter Druck setzen. Einem positiven Effekt im Norden wird höchstwahrscheinlich ein negativer Effekt in den heute ärmsten Regionen gegenüber stehen. Für Temperaturerhöhungen jenseits des international anerkannten zwei-Grad-Ziels ist mit einem negativen Nettoeffekt auf das Angebot durch den Klimawandel zu rechnen.

Insgesamt gehen Experten davon aus, dass die Nahrungsmittelproduktion trotz dieser vier Trends mit vorsichtigem Optimismus betrachtet werden kann.¹²⁶ Dyson prognostiziert bis 2020 Anstiege des Pro-Kopf-Verbrauchs von Lebensmitteln in den meisten Regionen, außer in der Sub-Sahara-Region.¹²⁷ Auch Hillel geht davon aus, dass die Menschheit selbst mit steigender Bevölkerung ernährt werden kann.¹²⁸ Greenland verweist entlang dieser Linie darauf, dass: „in the course of the next two decades,

¹²⁴ Vgl. Rattan Lal, „Preface.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 123), iv.

¹²⁵ Vgl. Johnson, „Food security and world trade prospects“.

¹²⁶ Vgl. Dennis Greenland, „World Food Security - Perspectives Past, Present, and Future.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, 21–38, Books in soils, plants, and the environment 96 (Boca Raton: Taylor & Francis, 2005).

¹²⁷ Vgl. Dyson, *Population and food*.

¹²⁸ Vgl. Hillel, *Out of the earth*.

adjustment in diets to bring them more in line with real human nutritional needs may become more important than the simple increase in food production“.¹²⁹ Evans sieht hingegen Grenzen durch das genetische Potential der Pflanzen voraus, die eine weitere Verbesserung der Flächenerträge verhindern könnten.¹³⁰ Klimawandel, Bodenqualität und Wasserversorgung stellen zusammen mit der wachsenden Bevölkerung die Nahrungsversorgung auf die Stufe der größten Herausforderung der Menschheit im 21. Jahrhundert. Andere Autoren verweisen auf die vielen Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um eine stabile Versorgung zu erreichen, etwa das nötige Wissen, ausreichend Wasser, Verfügbarkeit stärkerer Sorten und die Effizienz bei der Landnutzung.¹³¹ Vor Berücksichtigung des Klimawandels gehen Experten von stabilen oder leicht sinkenden Preisen aus.¹³² Easterling prognostiziert 25 Jahre lang sinkende Preise. Danach herrsche Unsicherheit aufgrund möglicher ökologischer Ursachen. Für Länder mit fehlender Industrie kann die Anpassung an diese Situation ein Problem darstellen, wobei technologischer Fortschritt bei der Kostensenkung helfen sollte.¹³³ Subventionen in der OECD und Steuern in den ärmeren Ländern neigen hingegen dazu die Effizienz des globalen Nahrungsmarktes zu senken, während technologischer Fortschritt noch große bisher ungenutzte Kapazitäten im Agrarsektor freisetzen kann. Bewässerte Flächen machen nur 16 Prozent der Flächen aus, sind aber für 40 Prozent des Ertrags verantwortlich. Die Versorgung mit Wasser ist also zukünftig essentiell. Versalzung und Wasserknappheit stellen zugleich eine Gefahr dar.¹³⁴ Ökologische Übernutzung und Auslaugung der Flächen sind bereits heute ein großes Problem. Seit 1945 sind laut UN 23 Prozent der Agrar- und Waldflächen ausgelaugt.¹³⁵ Neue Sorten können negative Effekte des Klimawandels abmildern. So führen sog. C3 Getreidesorten im Experiment im freien Gelände zu Ertragssteigerungen von 28 Prozent bei steigender CO²

¹²⁹ Dennis Greenland, „World Food Security - Perspectives Past, Present, and Future.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 130), 32.

¹³⁰ Vgl. Evans, *Feeding the ten billion*.

¹³¹ Vgl. Alan Wild, *Soils, land and food: Managing the land during the twenty-first century* (Cambridge: Cambridge University Press, 2003). <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=221178>.

¹³² Vgl. Johnson, „Food security and world trade prospects“.

¹³³ Vgl. William Easterling, „Assessing the Consequences of Climate Change for Food Security: A View from the Intergovernmental Panel on Climate Change.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 112), 273.

¹³⁴ Vgl. Mark W. Rosegrant, Ximing Cai und Sarah A. Cline, *World water and food to 2025: Dealing with scarcity* (Washington, D.C: International Food Policy Research Institute, 2002).

¹³⁵ Vgl. William Easterling, „Assessing the Consequences of Climate Change for Food Security: A View from the Intergovernmental Panel on Climate Change.“ in *Climate change and global food security* (s. Anm. 112), 275.

Konzentration.¹³⁶ Die Fähigkeit zur Adaption hängt vom Zugang der Farmer zu Technologie und Kapital ab. Die hier entstehenden Kosten könnten einen kleinen Effekt auf das globale Durchschnittseinkommen haben. Die besonders hohen negativen Effekte in den Tropen und Subtropen könnten die Einkommensungleichheit in der Welt weiter verschärfen.¹³⁷ Ein Temperaturanstieg von 2,5 Grad sollte den Preisverfall der Lebensmittel ins Gegenteil umkehren und die Versorgungssicherheit in den Entwicklungsländern gefährden.

Ein weiterer Ansatz potentieller Endlichkeit wird in der Literatur im dramatischen Anstieg der Bevölkerung selbst gesehen. Diese Diskussion soll kurz nachgezeichnet und dann bewertet werden. Seit Thomas Robert Malthus' vielbeachtetem Aufsatz von 1798 „On the principles of population“ wird ein möglicher negativer Effekt des Bevölkerungswachstums auf den Wohlstand der Gesellschaft immer wieder diskutiert.¹³⁸ Aus der ökologischen Perspektive gibt es grundsätzlich kaum Zweifel daran, dass eine Zunahme der Weltbevölkerung den Ressourcenverbrauch und die Belastung der Ökosysteme erhöht. Wie soeben dargelegt, stellt der Bevölkerungsanstieg eine große Herausforderung für die globale Nahrungsmittelversorgung dar. Entlang dieser Argumentation stammt die prominenteste und zugleich drastischste Position zu der Frage, ob Demographie für sich genommen als Endlichkeitsdimension, also als konstitutive Grenze wirtschaftlicher Expansion, verstanden werden kann, von Paul R. Ehrlich, der vor der „Bevölkerungsbombe“ und später gar der „Bevölkerungsexplosion“ warnt.¹³⁹ Die Gegenposition hierzu stammt vom Ökonomen Julian L. Simon.¹⁴⁰ Simon steht für die Gegenthese, dass die Welt grundsätzlich unendlich viele Menschen versorgen kann.

Der Demographie-Experte Wolfgang Lutz hält die zugrundeliegenden Wechselwirkungen zwischen Mensch und Natur für zu komplex, als dass diese beiden Extrempositionen sie passend abbilden könnten.¹⁴¹ Neueste Studien haben sich vor

¹³⁶ Vgl. ebd., 285f.

¹³⁷ Vgl. ebd., 287.

¹³⁸ Vgl. Malthus und Wrigley, *An essay on the principle of population*.

¹³⁹ Siehe Ehrlich, *Die Bevölkerungsbombe*. sowie Paul R. Ehrlich und Anne H. Ehrlich, *The population explosion*, 1. Touchstone ed. A Touchstone book : Environmental science (New York NY u.a: Simon & Schuster, 1991).

¹⁴⁰ Vgl. Simon, *The Ultimate Resource 2*.

¹⁴¹ Vgl. Wolfgang Lutz, „Changing Population Size and Distribution as a Security Concern: Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts.“ in *Facing global environmental change: Environmental, human, energy, food, health and water security concepts ; with 135 tables ; Berghof foundation*, hrsg. von Hans Günter Brauch, 203–214, Hexagon series on human and environmental security and peace Vol. 4 (Berlin, Heidelberg: Springer, 2009).

allem der Frage gewidmet, inwieweit ein Bevölkerungsanstieg die Bemühungen um eine Reduktion der Treibhausgase im Kampf gegen den Klimawandel zunichte machen könnte. Auf Basis der sog. IPAT-Gleichung Paul Ehrlichs, die grundsätzlich Zustimmung findet, ist ein Anstieg des Energieverbrauchs und daher eine positive Korrelation von Bevölkerung und Treibhausgasemissionen zu erwarten.¹⁴² Eine Studie von O'Neill/MacKellar/Lutz aus dem Jahr 2001 kommt zu dem Ergebnis, dass die Treibhausgasemissionen bis 2100 auch bei starkem Bevölkerungsanstieg durch entsprechende Reduktionsmaßnahmen gesenkt werden können.¹⁴³ Nichtsdestotrotz kommt Lutz zu dem Ergebnis, „(...) that alternative population paths can have a substantial impact on future greenhouse gas emissions.“¹⁴⁴ Zugleich hängt die Fähigkeit zur Adaption ebenfalls von der Demographie ab. Lutz weist darauf hin, dass Gesellschaften mit stark steigender Bevölkerung und geringem Bildungsniveau wie in Afrika und Teilen Asiens es besonders schwer haben werden, sich dem veränderten Klima anzupassen. Aus dieser Sicht liefert die Empirie einen gewissen Grund zur Beruhigung. „The World Population is likely to level off at around 9 Billion during the second half of the century and then possibly start to declining tendency (...).“¹⁴⁵: Aus ökologischer Perspektive stimmt das bereits prognostizierte Ende des Bevölkerungswachstums in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts hoffnungsvoll, „because it will tend to make efforts towards sustainable development easier.“¹⁴⁶

¹⁴² Die Gleichung setzt die ökologische Gesamtbelastung der Menschheit (I) mit dem Produkt aus Bevölkerungsgröße (P), Wohlstand (A) und Technologie (T) gleich. Je höher die Bevölkerungsgröße bei gleichbleibendem BIP pro Kopf und gleicher Technologie, desto größer auch das ökologische Schadensausmaß der Menschheit. Um den Impact nicht zu erhöhen, muss bei wachsender Bevölkerung eine effizientere Technologie verwendet werden – durch die der spezifische Schadenseintrag pro erwirtschaftetem Euro sinkt – oder der materielle Wohlstand des Durchschnittsbürgers sinken. Zur IPAT-Gleichung und der begleitenden umweltökonomischen Diskussion vgl. Peter A. Victor, *The costs of economic growth*. The International Library of Critical Writings in Economics Series 275 (Cheltenham: Edward Elgar, 2012).

¹⁴³ Vgl. Brian C. O'Neill, F. Landis MacKellar und Wolfgang Lutz, *Population and climate change* (Cambridge, UK, New York, [Laxenburg, Austria]: Cambridge University Press; IASA, 2001).

¹⁴⁴ Wolfgang Lutz, „Changing Population Size and Distribution as a Security Concern: Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts.“ in *Facing global environmental change* (s. Anm. 145), 211f.

¹⁴⁵ Ebd., 213.

¹⁴⁶ Ebd., 212.

1.2.3. Energie(-ressourcen)

Energie treibt die Wirtschaft an. Sie ist die Basis für den westlichen Lebensstil und für alle industriellen Prozesse, die die moderne Konsumgesellschaft mit all dem versorgen, was sie begehrt. Der Entwicklungsstand eines Landes ist unmittelbar an seine Fähigkeit geknüpft, Energie sicher und günstig zu beschaffen. Die Endlichkeit von Energierohstoffen stellt daher womöglich eine Gefahr für die weitere ökonomische Entwicklung dar.

Eine der wichtigsten Institution auf dem Energiesektor ist die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris. Sie ist eine autonome Einheit der OECD, die im Zuge der Ölkrise gegründet wurde, um die Erforschung, Entwicklung und Markteinführung von Energietechnologien voranzutreiben und zugleich die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck unterhält die IEA auch eine strategische Ölreserve.¹⁴⁷ Die IEA erstellt einen jährlichen Ausblick auf die Zukunft der Energieversorgung, den *World Energy Outlook*.¹⁴⁸ Zusätzlich zu dieser exzellenten Quelle bietet sich für eine Einschätzung der ebenfalls anerkannte *BP Statistical Review of World Energy* an.¹⁴⁹ Auf Basis dieser Quellen soll der Frage nachgegangen werden, ob der Mangel an Energie(-ressourcen) im 21. Jahrhundert ein Aspekt einer sich manifestierenden Endlichkeit sein könnte. Hierzu werden zunächst die wichtigsten Trends am Energiemarkt analysiert.

Während die wirtschaftliche Entwicklung bis zu Beginn der Industrialisierung durch die relativ stark begrenzte Verfügbarkeit natürlicher Energieträger, vor allem Biomasse, geprägt war, ist die Energieproduktion seit gut zweihundert Jahren exponentiell

¹⁴⁷ Die Schaffung der Internationalen Energieagentur (IEA) 1974 als autonome Behörde innerhalb der OECD war das unmittelbare Resultat der ersten Ölkrise von 1973. Die Verteuerung der Energie brachte den Staaten der OECD ein Jahrzehnt hoher Inflation und ein Ende des Wachstumsschubs, der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte. Ziel der 28 Staaten der IEA ist es seither, ihre Systeme mithilfe der IEA mit Blick auf die Aufrechterhaltung der Ölversorgung zu optimieren. Die IEA liefert darüber hinaus Policy-Analysen für eine rationale Energiepolitik auch auf Basis eigener Informationen zum Ölmarkt und Unterstützung bei der Entwicklung der Energieversorgung hin zu mehr Effizienz und Umweltschutz. Die Expertise der IEA kommt auch den Nicht-Mitgliedern im globalen Maßstab zugute. Mitgliedstaaten der IEA verpflichten sich, eine Ölreserve von 90 Tagen aufzubauen, ihren Verbrauch um sieben bis 10 Prozent zu reduzieren und an einem Notversorgungssystem für Öl teilzunehmen, das Mitgliedstaaten im Notfall Öl zukommen lässt. Vgl. Klaus-Dietmar Jacoby, „Energy Security: Conceptualization of the International Energy Agency (IEA).“ in *Facing global environmental change: Environmental, human, energy, food, health and water security concepts ; with 135 tables ; Berghof foundation*, hrsg. von Hans Günter Brauch, 345–354, Hexagon series on human and environmental security and peace Vol. 4 (Berlin, Heidelberg: Springer, 2009).

¹⁴⁸ Vgl. IEA, „World energy outlook 2013“. <http://www.worldenergyoutlook.org/publications/weo-2013/>.

¹⁴⁹ Vgl. British Petroleum, „Statistical Review of World Energy 2013: Oil prices“.

angestiegen.¹⁵⁰ Dieser Trend hielt auch in den letzten Jahrzehnten an. Seit 1971 ist der Energieverbrauch jährlich um 2,1 Prozent angewachsen, von knapp sechs Milliarden Tonnen Öl-Äquivalenten (toe) auf 11 Milliarden Tonnen im Jahr 2004 – dies ergibt nahezu 100 Prozent Wachstum in nur 33 Jahren.¹⁵¹ In den letzten zehn Jahren kamen weitere 30 Prozent hinzu.¹⁵² Die Bevölkerung wuchs im selben Zeitraum um 1,6 Prozent pro Jahr, woraus folgt, dass dem Durchschnittsbürger heute mehr Energie zur Verfügung steht, als zu Beginn der 1970er Jahre. Es kann als Erfolg gewertet werden, dass die Weltwirtschaft seit der ersten Ölkrise von 1973 eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch erreicht hat. So sank der spezifische Energieverbrauch in der OECD von 1971 bis 2005 um 40 Prozent.¹⁵⁴

Derzeit werden gut 87 Prozent des Weltenergiebedarfs durch fossile Energieträger gedeckt.¹⁵⁵ Rohöl war in der Vergangenheit die wichtigste Stütze der Weltwirtschaft. Die Produktion wuchs allein von 1971 bis 2005 um 58 Prozent auf 3,923 Mrd. Tonnen im Jahr. Das entspricht einer Millionen Barrel je Bundesbürger und Tag.¹⁵⁶ Insgesamt trägt Rohöl damit zu einem Drittel zum Weltprimärenergiebedarf bei, wobei der Anteil stetig sinkt.¹⁵⁷ Kohle deckt etwa 30 Prozent, Gas gut ein Viertel, Kernenergie und Wasserkraft jeweils unter 10 Prozent des Bedarfs.¹⁵⁸ Der Verbrauch Erneuerbarer Energien (ohne Wasserkraft) hat in den letzten zwanzig Jahren im Vergleich zu den fossilen Energieträgern ein überproportionales Wachstum vollzogen. Der Verbrauch von Solar-, Wind-, und Bio- und Gezeitenenergie stieg von unter 40 Millionen Tonnen Öl-Äquivalent (toe) auf über 180 Millionen toe, der Anteil an der globalen Stromerzeugung stieg von etwas über einem auf nahezu vier Prozent.¹⁵⁹

Ein weiterer Trend besteht in der Schwerpunktsverlagerung seitens der Verbrauchsregionen. Waren bis in die 1970er Jahre die Industrieländer der OECD die wichtigsten Energieverbraucher, haben inzwischen die Entwicklungsländer den größten Anteil am Weltenergieverbrauch. Dieser Trend setzt sich aller Voraussicht nach auch in

¹⁵⁰ Energie kann natürlich nicht hergestellt, sondern lediglich umgewandelt werden.

¹⁵¹ Die Einheit „Öl-Äquivalent“ bezieht sich auf den Kaloriengehalt einer Tonne Rohöls. Dies entspricht zehn hoch sieben Kilokalorien. Vgl. *OECD factbook 2007: Economic, environmental, and social statistics* (Paris: OECD, 2007), 102.

¹⁵² Vgl. British Petroleum, „BP Statistical Review of World Energy June 2012“. <http://www.bp.com/statisticalreview>, 40.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., 105.

¹⁵⁵ Vgl. British Petroleum, „BP Statistical Review of World Energy June 2012“, 1.

¹⁵⁶ Vgl. *OECD factbook 2007*, 114.

¹⁵⁷ Als Primärenergie wird die erzeugte Energie vor Abzug etwaiger Verluste im Leitungsnetz und beim Transport bezeichnet.

¹⁵⁸ Vgl. British Petroleum, „BP Statistical Review of World Energy June 2012“, 40.

¹⁵⁹ Vgl. ebd.

Zukunft fort. Aktuell geht der Zuwachs des Energiebedarfs der Menschheit fast ausschließlich auf die Entwicklungsländer zurück, während er in Europa und den USA stagniert und teils sogar zurückgeht. Der Aufstieg der VR China überkompensiert dabei den Rückgang in anderen Regionen und trug 2011 allein 71 Prozent zum weltweiten Netto-Anstieg des Energiekonsums bei.¹⁶⁰ Zugleich ist der Energieverbrauch pro Kopf, dem als Indikator für wirtschaftliche Entwicklung große Bedeutung zukommt, noch immer regional sehr ungleich verteilt. Ein US-Bürger verbrauchte 2005 7,8 Tonnen toe pro Jahr, ein Mexikaner nur 1,6 toe und ein durchschnittlicher Türke nur 1,2 toe. Zugleich steigt der Pro-Kopf-Verbrauch parallel zum Gesamtverbrauch in den Entwicklungsländern rasant an, so etwa in China um 100 Prozent innerhalb von nur 33 Jahren – von 0,6 toe im Jahre 1971 auf 1,2 toe in 2004.¹⁶¹

Wichtig im Rahmen dieser Arbeit ist vor allem die zukünftige Entwicklung auf den Energiemärkten mit Blick auf die nächsten 25 Jahre. Basierend auf Ex-Post-Daten der Energiewirtschaft in Kombination mit ökonomischen Modellen bietet die IEA derzeit drei Szenarien über die Zukunft der globalen Energieversorgung. Die Szenarien lauten wie folgt:¹⁶²

- Das „*Bestehende energiepolitische Rahmenbedingungen - Szenario*“, das davon ausgeht, dass die derzeit verabredeten Treibhausgasreduktionen (Internationale Verpflichtungen) nicht umgesetzt werden.
- Das „*Neue energiepolitische Rahmenbedingungen - Szenario*“ – Ein Szenario, das davon ausgeht, dass die Staaten ihre generellen Zusagen und Pläne, die sie bis 2010 im Rahmen des Klimagipfels in Kopenhagen (rechtlich nicht bindend) abgaben, zögernd einhalten werden. Dies betrifft die Verringerungen der Treibhausgase und die Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger.
- Das normative „*450 ppm - Szenario*“, das aufzeigt wie das Zwei-Grad-Ziel mit einem Kohlendioxidgehalt von 450 ppm in der Atmosphäre eingehalten werden *könnte*. Dieses Szenario ist also ausdrücklich ein normatives Konstrukt und keine Trendvorhersage auf Basis bestehender Entwicklungen. Es steht damit auf einer ganz eigenen Stufe.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., 2.

¹⁶¹ Vgl. *OECD factbook 2007*, 106.

¹⁶² Vgl. IEA, „World Energy Outlook 2010“. <http://www.worldenergyoutlook.org/media/weo2010.pdf>.

Der Bedarf an Energie wächst in allen drei Szenarien aufgrund des Wachstums der Weltwirtschaft. Je nachdem welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Transformation der Energiesysteme voranzubringen (Dekarbonisierung) und den Verbrauch durch Effizienzmaßnahmen zu begrenzen, fällt dieses Wachstum in den drei Szenarien unterschiedlich stark aus. Im ersten Szenario steigt der Energieverbrauch um 1,4 Prozent pro Jahr, im zweiten um 1,2 Prozent und im fiktiven dritten Szenario um nur 0,7 Prozent. Diese kleinen Unterschiede ergeben aufgrund des Zinseszins-Effektes über den Modellzeitraum große absolute Unterschiede. Ausgehend von 2008 steigt der Weltenergieverbrauch bis 2035 im Ausgangsszenario um 44 Prozent, im Szenario der neuen Rahmenbedingungen um 36 Prozent und im fiktiven 450 ppm-Szenario um nur noch 20 Prozent. Die Energiepreise werden laut IEA insgesamt steigen. Im Szenario bestehender Rahmenbedingungen (1) am schnellsten, im 450 ppm Szenario (3) am langsamsten. In Szenario (2) nur mäßig. Die fossilen Energieträger werden in allen drei Szenarien auch 2035 noch das Gros des Energiebedarfs der Menschheit decken. Im 450 ppm-Szenario ist der Anteil der Erneuerbaren am höchsten, in den beiden anderen jeweils niedriger. Hier bestehen allerdings große Unsicherheiten, da die Zukunft der Erneuerbaren laut IEA am schwierigsten zu prognostizieren ist, da die statistische Varianz hier am höchsten ist. Auch zukünftig werden nahezu 100% des Anstiegs des weltweiten Primärenergiebedarfs auf Nicht-OECD Staaten zurückgehen. Schon heute ist China der größte Energieverbraucher der Welt, obwohl sein Pro-Kopf-Verbrauch erst bei einem Drittel des OECD-Durchschnitts liegt. Im folgenden sollen die Trends wesentlicher Energieträger mit Blick auf das Konzept der Endlichkeit kurz zusammengestellt werden:

Erdöl verliert weiter an Bedeutung, bleibt aber mit 28 Prozent im Jahr 2035 immer noch ein unverzichtbarer Bestandteil der Energieversorgung, insbesondere im Transportsektor, wo Alternativen auch 2035 noch nicht dominieren. Der Ölverbrauch wird beständig steigen und 2035 99 Millionen Barrel pro Tag betragen, gut 18 Prozent mehr als 2009. Auch hier stammt das gesamte Nettowachstum aus den Entwicklungsländern. Die Förderung konventionellen Öls wird seinen Maximalpunkt (Peak Oil) schon 2020 erreichen. Danach kann die Förderung nur noch mithilfe von Gaskondensat (NGL) und die Förderung unkonventionellen Öls aus extremer Tiefe oder Schiefergesteinen und Teersanden gesteigert werden, die unabhängig von politischen Maßnahmen zur Reduktion des Ölbedarfs an Bedeutung zunehmen werden. Ihre Vorkommen sind riesig und übersteigen jene des konventionellen Öls um ein Vielfaches.

Sie bestimmen daher auch maßgeblich über die Angebotsseite, wie sich die Preise entwickeln. Insgesamt geht die IEA davon aus, dass Peak Oil für alle Ölquellen zusammen kein Ergebnis einer reinen Angebotsverknappung sein wird, sondern das Fördermaximum auf Faktoren beruhen wird, die „sowohl Nachfrage als auch Angebot beeinflussen“. Im Szenario (2) erreicht die Förderung ihr Peak nicht, wenn auch nur knapp. Im 450 ppm Szenario sinkt die Förderung schon 2020 – aber nicht aufgrund mangelnder Ressourcen, sondern aufgrund sinkender Nachfrage dank schneller verfügbarer Alternativen. Die erwiesenen Reserven reichen laut BP (2012) noch für 54,2 Jahre, wobei die sog. Statistische Reichweite natürlich nur bei gleichbleibender jährlicher Förderung bestand hat.¹⁶³ Da der Ölbedarf stetig steigt, sinkt die statistische Reichweite ceteris paribus innerhalb von 12 Monaten um mehr als ein Jahr. Allerdings haben in der Vergangenheit – etwa für die letzten 30 Jahre – Neufunde die erwiesenen Reserven schneller als den Verbrauch wachsen lassen. Die statistische Reichweite ist daher heute mit 54 Jahren gut 20 Jahre höher als noch 1981. Die Endlichkeit des Öls als Schmiermittel der Wirtschaft und damit als Grenze wirtschaftlicher Expansion erscheint gerade deshalb kein realistisches Szenario zu sein.

Kohle spielt vor allem bei der Erzeugung von Elektrizität eine große Rolle. Mit Stand vom März 2012 werden 40 Prozent der weltweiten Elektrizitätsnachfrage durch Kohleverstromung bedient. Die Nachfrage stieg von 2000 bis 2010 um ganze 60 Prozent und es wird erwartet, dass dieser Anstieg insbesondere in China mittelfristig Bestand hat. Der World Energy Outlook geht davon aus, dass die Nachfrage ab 2025 langsam zurückgeht. Laut BP reichen die erwiesenen Reserven an Kohle noch für 112 Jahre. Allerdings gilt es zu beachten, dass sich die Rate des Verbrauchs in den letzten zwanzig Jahren stark erhöht hat, ohne dass nennenswerte Neufunde hinzu kamen, sodass sich die statistische Reichweite in etwa halbierte.¹⁶⁴ Wird dieser Trend nicht gebrochen, dürfte Kohle also schon lange vor diesem Zeitraum zur Neige gehen. Allerdings bestehen erhebliche Ressourcen, die derzeit allein aufgrund zu hoher Förderkosten nicht zu den Reserven gezählt werden.

Erdgas ist sauberer in der Verbrennung als Kohle und Öl. Deshalb wird Erdgas eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels zugesprochen. Der Verbrauch

¹⁶³ Als erwiesene Reserven definiert BP solche Reserven, die mit rationaler Sicherheitserwartung geologisch und technisch in Zukunft höchstwahrscheinlich gefördert werden können. Erwiesene Reserven basieren auf dem bekannten verbleibenden Potential und bestehenden wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten. Die statistische Reichweite ist der Quotient aus erwiesenen Reserven und dem Verbrauch des letzten Jahres. Vgl. British Petroleum, „BP Statistical Review of World Energy June 2012“, 6.

¹⁶⁴ Vgl. ebd., 30.

wird auch deshalb vermutlich deutlich schneller steigen als der anderer fossiler Brennstoffe. In allen Szenarien ist der Verbrauch 2035 größer als 2008. In Szenario (2) steigt er jährlich um 1,4 Prozent. Laut BP reichen die Reserven bei derzeitiger Förderung noch für 63,6 Jahre.¹⁶⁵ Allein von 1991 bis 2011 stiegen die erwiesenen Reserven um 58 Prozent. Da zugleich aber auch die Nachfrage kräftig anzog, ist die Reichweite seither in etwa konstant geblieben.

Elektrizität ist eine Form von Endenergie und keine Primärenergiequelle. Dennoch gewinnt der Elektrizitätsmarkt an Bedeutung. Öl, Gas, Kohle, Biorohstoffe uvm. können in elektrische Energie umgewandelt werden. Sie ist begehrter als andere Formen, weil sie besonders vielseitig einsetzbar ist. Die globale Nachfrage dürfte schneller steigen als nach anderen Formen der Endenergie, in Szenario (2) um jährlich 2,2 Prozent. Auch bei der Elektrizität ist die Nicht-OECD für 80 Prozent des Anstiegs verantwortlich. Allein in China verdreifacht sich die Stromnachfrage bis 2035. Es wird seinen Kraftwerkspark in den kommenden 25 Jahren um mehr Leistung ergänzen, als gegenwärtig am Netz ist. Die IEA geht davon aus, dass politische Maßnahmen zur Minderung der CO₂-Emissionen die Stromnutzung begünstigen und eine Transformation der Stromerzeugung zur Folge haben wird. Heute stammen noch 68 Prozent des Stroms aus fossilen Energien. 2035 sollen es in Szenario (2) nur noch 55 Prozent sein. Der Anteil der Kohleverstromung sinkt dann von 41 Prozent auf 32 Prozent.

„Erneuerbare Energien sind von entscheidender Bedeutung, um die Welt auf einen sichereren, zuverlässigeren und nachhaltigeren Energiepfad zu führen.“¹⁶⁶ Wind- und Solarenergie sowie Wasserkraft sollen aus politischer Sicht möglichst schnell die fossilen Energieträger ablösen. Das Potential dafür ist immens. Doch hängt die Geschwindigkeit der Transformation der Energiesysteme stark von staatlicher Förderung ab, so die IEA. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ist heute noch nicht gegeben und es wird noch Jahrzehnte dauern, bis mehr als die Hälfte der global verbrauchten Energie aus Wind, Wasser und Solarenergie stammt. Am größten sind die Möglichkeiten laut IEA vor allem für die Stromerzeugung. Ihr Anteil könnte sich in Szenario (2) bis 2035 gegenüber 2008 verdreifachen, auf dann 19 Prozent. Photovoltaik wird auch in gut 25 Jahren nur einen marginalen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Auch die Wärmeerzeugung der Transportsektor werden zunehmend von erneuerbaren Energien

¹⁶⁵ Vgl. ebd., 20.

¹⁶⁶ IEA, „World Energy Outlook 2010: Zusammenfassung“. http://www.worldenergyoutlook.org/media/weowebseite/2010/weo2010_es_german.pdf, 10.

wie Bioethanol profitieren. Der Anteil soll von nur drei auf acht Prozent steigen. Insgesamt gilt für alle Erneuerbaren, dass ihre zukünftige Rolle stark von den Weltmarktpreisen für fossile Energieträger abhängt. Erst wenn diese weit genug steigen, besteht die Chance, dass auch ohne staatliche Subventionen kontinuierlich in ihren Ausbau investiert wird.

Aus den Trends der einzelnen Energieträger lässt sich ein Gesamtbild der globalen Energiezukunft mit Blick auf das Konzept der Endlichkeit erstellen: Der globale Energieverbrauch wird weiter wachsen, vor allem weil die Entwicklungsländer samt ihrer viel größeren Bevölkerungsgröße den westlichen Lebensstil adaptieren, während die Industrieländer ihren Energiebedarf nur leicht reduzieren. Die Szenarien der IEA zeigen mit Blick auf Peak Oil, dass ein absolutes Ende der Energierohstoffe selbst bei Öl innerhalb der nächsten 30 Jahre noch nicht bevorsteht, sondern ein Rückgang der Förderung durch Marktmechanismen, die natürlich durch die Politik maßgeblich beeinflusst werden, eintreten kann und insbesondere im Falle des Öls wohl auch eintreten wird. Insgesamt ist daraus zu folgern, dass einem Mangel an Energie als mögliches Beispiel für die Evidenz des Konzepts der Endlichkeit keine empirisch begründete Relevanz zukommt. Es gibt, zumindest mit Blick auf die nächsten 30 Jahre, bei weitem genug Energie, wenn auch der Preis und der Zugang zu Energie regional beschränkt oder ganz unterbunden sein kann. Dies stützen auch Aussagen von Geologen, die große bisher nicht erfasste Rohstoffvorkommen in der Tiefsee und an anderen Orten der Erde vermuten, die vielfach erst dank neuer Technik wirtschaftlich erschlossen werden können.¹⁶⁷ Ein Ende des derzeitigen Wachstumstrends der Weltwirtschaft ist

¹⁶⁷ So urteilt die Deutsche Rohstoffagentur im Auftrag der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in ihrer Energiestudie 2012: „Fossile Energierohstoffe sind endlich: Eine Binsenweisheit und doch Anlass für kontroverse Sichtweisen. Ein zurückgehendes Angebot beziehungsweise eine kurzfristig absehbare Erschöpfung hätte dramatische Folgen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dies ist – neben dem Engagement für den Klimaschutz – ein Kerngedanke vieler Argumentationen in der Diskussion um einen Umbau der Energiesysteme. Mit dieser Studie werden Fakten vorgelegt, um dem Thema eine fundierte Grundlage zu geben. Wir folgen dabei den Fragen: Wie groß sind die zur Verfügungen stehenden Mengen an Erdöl, Erdgas, Kohle und Kernbrennstoffen? Ist eine kurzfristige Verknappung für einen oder mehrere fossile Energieträger zu erwarten? Aus geologischer Sicht ist diese Frage mit einem klaren "Nein" zu beantworten. Eine Erschöpfung ist in den nächsten Jahren, auch für Erdöl, auszuschließen. Die produktionsbedingten Rückgänge der globalen konventionellen Reserven konnten durch die Überführung von Ressourcen in Reserven ausgeglichen werden. Auch stiegen die nutzbaren Anteile nicht-konventioneller Potenziale durch technische Innovationen weiter an. Entscheidend ist die Frage, inwieweit die natürlich vorhandenen Rohstoffmengen bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden können. Lieferengpässe, verbunden mit Preissprüngen, müssen daher auch zukünftig einkalkuliert werden. Wesentliche Ursache hierfür ist weniger die geologische Verfügbarkeit, als vielmehr nicht absehbare Naturkatastrophen, mangelnde Investitionen oder politisch-wirtschaftliche Krisen.“ Harald Andruleit, *Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen: Energiestudie 2012*. DERA Rohstoffinformationen 15-d (Hannover: DERA, 2012).

daher aufgrund von Energiemangel bis 2035 nicht zu erwarten. Dies ist aber ausdrücklich zu verstehen als Beantwortung der Frage der natürlich gegebenen Verfügbarkeit von Energierohstoffen. Die Umstände der Förderung in sozialer wie ökologischer Hinsicht können aus normativer Perspektive natürlich als so inakzeptabel gewertet werden, dass ihnen politisch eine Grenze gesetzt wird. Da eine Transformation der Energiesysteme hin zu erneuerbaren Energien selbst mit entschiedenem Vorgehen seitens der internationalen, nationalen und regionalen Politik sowie stärkeren Engagements in Wirtschaft und Gesellschaft nicht von heute auf morgen möglich ist, wäre dann nur ein Verzicht mit entsprechender Senkung des Energieverbrauchs geeignet, der normativen Forderung nach Einhaltung ökologisch-sozialer Grenzen zu entsprechen; Zumindest solange, bis das gewohnte Ausmaß billiger Energie wieder mit Erneuerbaren anstelle fossiler Energie erreicht werden kann. Eine solche Grenzziehung wird aber von wenigen politischen Akteuren ernsthaft in Erwägung gezogen und ist äußerst schwer international zu koordinieren, sodass sie als äußerst unwahrscheinlich zu betrachten ist. Allerdings ist auf die Verschränkung der Herausforderungen hinzuweisen, die sich einerseits aus der Bereitstellung billiger Energie für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung und andererseits aus der Bekämpfung eines gefährlichen anthropogenen Klimawandels ergeben. Energie muss in Zukunft nicht nur billig sein, sondern sich auch durch geringe Treibhausgasemissionen auszeichnen. Zwischen dem globalen Energiemix und der Höhe des zukünftigen globalen Temperaturanstiegs besteht natürlich ein direkter Zusammenhang, da es vor allem die Nutzung fossiler Energieträger ist, die den anthropogenen Treibhauseffekt antreibt. Die IEA betont: „Die Versprechen der einzelnen Länder zur Reduktion der Treibhausgase im Rahmen der Kopenhagener Vereinbarung reichen nicht aus, um das Ziel der Vereinbarung, die Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen, umzusetzen.“¹⁶⁸ Ein Zögern bei der Umsetzung der gemachten Versprechen wird das Zwei-Grad-Ziel laut IEA unerreichbar machen, „da die Emissionen nach 2020 zu radikal reduziert werden müssten“.¹⁶⁹ Diese Situation entspricht dem Szenario (1) und würde mit Blick auf den Klimaschutz bedeuten, dass die Emissionen bis 2035 weiter auf 35 Gigatonnen, 28 Prozent höher als 2008, steigen. Der Zuwachs geht allein auf die Nicht-OECD zurück. Das Szenario führt zu einer Treibhausgaskonzentration von 650 ppm und damit einem wahrscheinlichen Temperaturanstieg von 3,5°C. Die Konsequenz lautet aus Sicht der IEA: „Das 2°C-Ziel

¹⁶⁸ IEA, „World Energy Outlook 2010“, 14.

¹⁶⁹ Ebd.

kann nur mit einer strengen Umsetzung der Zusagen bis 2020 und noch viel umfassenderen Maßnahmen danach realisiert werden. Klimaexperten zufolge müssten die Treibhausgase auf höchstens 450 ppm CO₂-eq stabilisiert werden, um eine realistische Chance zu haben, das 2°C-Ziel einzuhalten. Das 450 ppm-Szenario beschreibt, wie der Energiesektor sich entwickeln könnte, damit das Ziel erreicht würde. In Abgrenzung zum Szenario der neuen energiepolitischen Rahmenbedingungen geht es von der Annahme aus, dass von den Zielen, die im Rahmen der Kopenhagener Vereinbarung angekündigt wurden, die ambitionierteren realisiert und die staatliche Subventionierung von fossilen Brennstoffen in den G-20 Staaten schneller abgeschafft werden. Das Ergebnis ist eine zunehmende Verlangsamung der globalen CO₂-Emissionen aus der Energieerzeugung. Im 450 Szenario erreichen die Emissionen kurz vor 2020 mit 32 Gt einen Höhepunkt und fallen dann bis 2035 auf 22 Gt.¹⁷⁰ Dies erfordere aber „eine tiefgreifende Veränderung des globalen Energiesystems“.¹⁷¹ Die Ölnachfrage wie auch die Kohlenachfrage würde in Szenario (3) schon 2020 ihren nachfragebedingten Höhepunkt erreichen und danach in der Förderung absinken. Der Anteil erneuerbarer Energie verdoppelt sich auf 38 Prozent, bei einem Anstieg regenerativer Stromerzeugung auf 45 Prozent gegenüber nur aktuell 18 Prozent. Die Kernkraft steigert ihren Anteil an der Stromerzeugung um die Hälfte. Auch geht die IEA von einem Masseneinsatz der CCS-Technologie zur Speicherung der Kohlendioxidemissionen von Kohlekraftwerken sowie von einem kompletten Umbau der Fahrzeugflotte hin zu Hybrid und Elektrofahrzeugen aus.

Entwicklungspolitisch gibt die IEA zu bedenken: Energie dient Menschen dazu, ihren Lebensstandard zu verbessern. Obwohl die Menschheit im globalen Durchschnitt seit gut zweihundert Jahren immer neue Energiequellen in immer umfangreicheren Mengen und besserer Qualität zur Verfügung stehen, leben noch immer 1,4 Milliarden Menschen, also ein Fünftel der Weltbevölkerung ohne Zugang zu sog. Energiedienstleistungen. Die IEA geht davon aus, dass diese Zahl bis 2030 kaum sinken dürfte und die Zahl derer, die mit Holz und anderen leicht verfügbaren, aber gesundheitlich bedenklichen Brennstoffen kochen, auf 2,8 Milliarden ansteigen wird, der Großteil davon auf dem Lande. Energie ist eine Grundvoraussetzung für Entwicklung. Und so hängt vom Zugang zu Energie auch die Verwirklichung der Millenniumsziele der UN ab. Die IEA hat daher errechnet, dass zur Umsetzung des Ziels eines universellen Zugangs zu

¹⁷⁰ Ebd., 13.

¹⁷¹ Ebd.

Energiedienstleistungen zusätzliche Mittel in Höhe von nur 35 Milliarden US-Dollar im Jahr nötig wären. Der Klimaschutz würde dadurch kaum in Mitleidenschaft gezogen werden. Der Effekt bezüglich des CO₂-Ausstoßes läge bei unter einem Prozent. Es ist also nicht nur festzuhalten, dass Energie in den nächsten 30 Jahren als Endlichkeitsdimension empirisch wenig geeignet erscheint, sondern dass darüber hinaus große Verbesserungen der Lebensqualität im Sinne der Entwicklungspolitik davon abhängen, den Ärmsten der Welt billige Energie zur Verfügung zu stellen – unabhängig von Maßnahmen gegen den Klimawandel und andere ökologische Folgen der Energienutzung, die aus der Warte der Ethik ja ohnehin zumeist zumindest zum Teil mit dem Leid der Verlierer globaler Entwicklungen begründet werden.

1.2.4. Der ökologische Fußabdruck als Indikator für Endlichkeit

Die zusammengetragenen empirischen Studien zur Ernährungslage, der Energieversorgung, zum Klimawandel und zur Demographie als mögliche Endlichkeitsdimensionen haben ein uneinheitliches Bild ergeben. Während der Energiesektor offensichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten über genügend Spielraum zur Befriedigung der Nachfrage zu akzeptablen Preisen verfügt, wirken auf den Nahrungssektor vier Kräfte, die eine angespannte Versorgungslage für die nächsten Jahrzehnte erwarten lassen. Schließlich stellt der Klimawandel eine eigene Bedrohung für die Menschheit im 21. Jahrhundert dar. Seit dem Bericht von Nicholas Stern herrscht weitestgehend Einigkeit darin, dass die Kosten einer Anpassung an die Folgen des Klimawandels im Sinne eines Business-as-usual Szenarios die einer Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels (Mitigation) deutlich übersteigen.¹⁷² Eine Treibhausgasreduktion ist somit auch ohne Rückgriff auf moralische Argumente die attraktivere, da billigere Alternative – zumindest aus Sicht der Staatengemeinschaft als Ganzes. Schließlich ist es vor dem Hintergrund der entsprechenden Literatur angemessen, in der Bevölkerungszunahme der Menschheit für sich genommen keine eigenständige Dimension von Endlichkeit zu sehen.¹⁷³ Die Wechselwirkungen zwischen

¹⁷² So schreibt der Ökonom Nicholas Stern in seinem vielbeachteten Bericht über die Kosten des Klimawandels: „Der Klimawandel bedeutet eine einzigartige Herausforderung für Volkswirtschaften: er ist das größte und weittragendste Versagen des Marktes, das es je gegeben hat.“ Nicholas Stern, „Stern Review: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels“, i.

¹⁷³ Wenn überhaupt ließe sich anhand der Prognosen zur Alterung der Gesellschaft diskutieren, inwiefern das stetig schrumpfende Arbeitsangebot bei steigendem Altenquotienten, wie es schon heute in vielen Staaten vorliegt, eine Form von Entwicklungsbarriere – von Endlichkeit – darstellt.

Wirtschaft, Natur und Bevölkerungsentwicklung lassen dies schlicht nicht zu. Vielmehr stellt sich die Frage, wie die ökologischen Herausforderungen mit Blick auf die Wachstumskritik in einem einzigen Konzept zu einer Synthese geführt werden können. Der Ökologische Fußabdruck bietet dafür ein inzwischen weithin bekanntes Analyseverfahren des menschlichen Einflusses auf die Natur, das auch einen Vergleich der Belastung der Ökosysteme durch verschiedene Staaten ermöglichen soll.

Der Ökologische Fußabdruck misst die Inanspruchnahme der biologisch produktiven Land- und Seeflächen (Biokapazität) zur Bereitstellung der für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen benötigten Ressourcen. Der ökologische Fußabdruck und die verfügbare Biokapazität werden in „globalen Hektar“ (gha) ausgewiesen. Der globale Hektar ist die weltweit durchschnittliche biologische Produktivität pro Hektar. Durch die Umrechnung auf diesen Durchschnittswert können technisch oder klimatisch bedingte regionale Produktivitätsunterschiede abgebildet werden. So ist ein Hektar Ackerland in Deutschland 2,3 gha „groß“, während er in vielen Entwicklungsländern mit ungünstigen klimatischen Bedingungen deutlich unter einem gha beträgt. Durch technologisch-organisatorischen Fortschritt kann die Bioproduktivität je Hektar und damit ihre Größe in globalen Hektar gesteigert werden.¹⁷⁴ Der ökologische Fußabdruck ist auch deshalb kein 100-prozentiger Indikator von Endlichkeit im Sinne dieser Arbeit, da der Maßstab im Nenner des Quotienten des Ökologischen Fußabdrucks, der globale Hektar, eine ökonomisch-ökologische Mischgröße darstellt. Der Living Planet Report stellt das Kernproblem selbst heraus: „Plants, animals and microorganisms form complex, interconnected webs of ecosystems and habitats, which in turn supply a myriad of ecosystem services upon which all life depends. Although technology can replace some of these services and buffer against their degradation, many cannot be replaced.“¹⁷⁵ Zwar ist davon auszugehen, dass große Teile der Ökosystemdienstleistungen nicht durch menschliche Produkte (Technologie) ersetzt werden können, aber bereits die Tatsache, dass hier große Unsicherheit besteht, verbietet den Schluss, der Ökologische Fußabdruck setze eine unwiderrufliche Grenze für die Expansion der Weltwirtschaft. Auch die Entwicklung der Biodiversität, gemessen durch den Living Planet Index (LPI), deutet darauf hin, dass nicht als statisches Reservoir gedacht werden kann, welches durch ökonomische Tätigkeit verbraucht und

¹⁷⁴ Vgl. Duncan Pollard, *Living planet report 2010: Biodiversity, biocapacity and development* (Gland: WWF International, 2010).

¹⁷⁵ Ebd., 10.

dadurch für immer zerstört wird: „Trends regarding tropical and temperate species’ populations are starkly divergent: the tropical LPI has declined by 60 per cent while the temperate LPI has increased by almost 30 per cent. The reason behind these contrasting trends likely reflects differences between the rates and timing of land-use changes, and hence habitat loss, in tropical and temperate zones. The increase in the temperate LPI since 1970 may be due to the fact that it is starting from a lower baseline, and that species’ populations are recovering following improvements in pollution control and waste management, better air and water quality, an increase in forest cover, and/or greater conservation efforts in at least some temperate regions.“¹⁷⁶ Betrachten wir die Entwicklung des ökologischen Fußabdrucks, sehen wir eine stetig steigende Inanspruchnahme der Biokapazität. Seit ungefähr 1975 übersteigt der ökologische Fußabdruck die verfügbare Biokapazität. Heute liegt der Wert bereits beim Eineinhalbfachen der verfügbaren Biokapazität (Siehe Abb. 3).

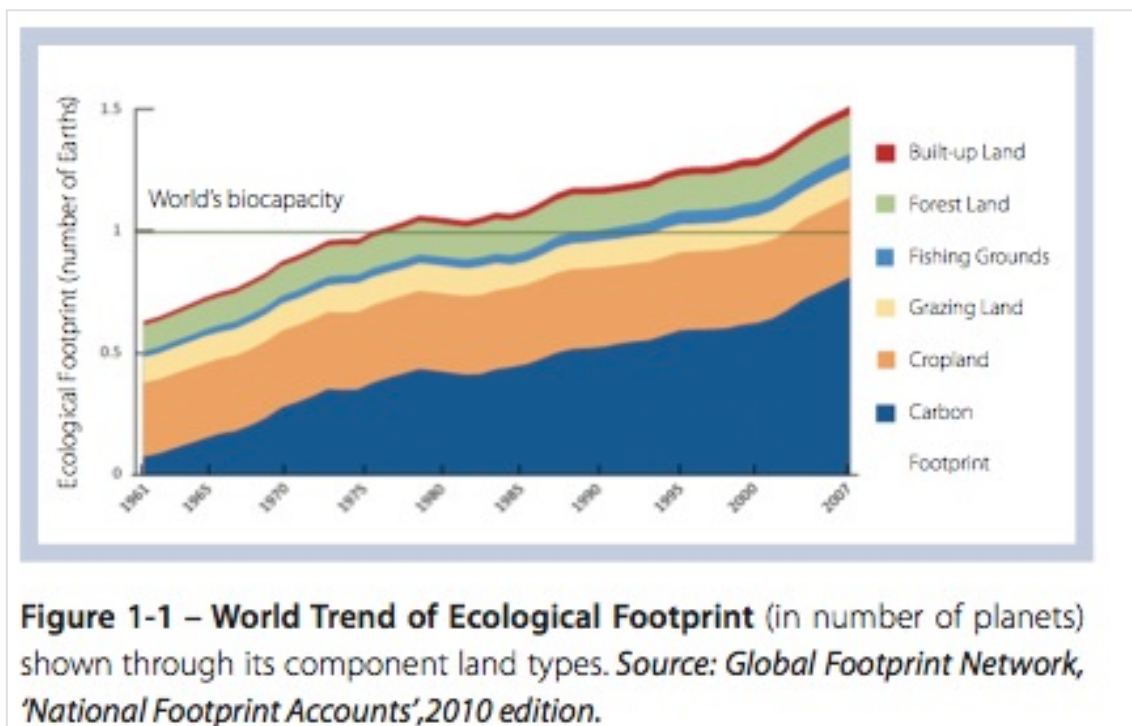


Abbildung 3: Globaler Anstieg des Ökologischen Fußabdrucks (Quelle: Pollard 2010)

Einen immer größeren Anteil von inzwischen gut 70 Prozent des Ökologischen Fußabdrucks macht zudem der Ausstoß von Treibhausgasen, ausgedrückt in Kohlenstoffeinheiten, aus. Bei der Berücksichtigung der Treibhausgase im Ökologischen Fußabdruck muss wie in jedem anderen Index eine Transformation erfolgen, um unterschiedliche Einheiten und Skalen in einer Größe zu vereinen. Da

¹⁷⁶ Ebd., 6.

Treibhausgasemissionen eine andere Einheit besitzen, als etwa die Nutzung von Agrarland (Tonnen vs. Hektar), wird hier für Treibhausgasemissionen jene Fläche an Wald herangezogen, die nötig wäre um die entsprechenden Emissionen in Tonnen wieder aus der Atmosphäre aufzunehmen und damit dauerhaft dem Klimasystem zu entziehen. Sie dient als Proxy des Kohlenstoff-Fußabdrucks. Auch hier kann eine vermeintlich absolute ökologische Grenze wirtschaftlicher Aktivität womöglich in Zukunft verschoben werden, falls die Möglichkeit bestünde, Kohlendioxid entweder durch technische Verfahren bereits bei der Entstehung zu binden (Carbon Capture and Storage, CCS), oder alternativ bereits emittiertes CO₂ durch Technik zusätzlich zur natürlichen Absorption aus der Atmosphäre zu holen, etwa indem mit CCS ausgestattete Kraftwerke Biomasse verbrennen, die einst Kohlendioxid gebunden hat. Entsprechende Projekte existieren bereits, auch wenn bisher die Kosten für eine Anwendung im großen Maßstab noch zu hoch sind.

1.2.5. Zwischenfazit

Von empirischer Seite liegen nach Sichtung der empirischen Literatur unterschiedlich starke Belastungsmomente mit Blick auf die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft vor. Während die in den Jahrzehnten nach 1970 als Hauptproblem identifizierte Rohstoffknappheit aufgrund neu hinzu gekommener Reserven, höherer Effizienz und teils verstärkten Recyclings an Bedeutung verloren hat, ist der Klimawandel als neue Herausforderung und globale Umweltkrise par excellence hinzugetreten. Die Ernährungsfrage ist angesichts der steigenden Bevölkerung und des wachsenden Konsums von besonders hoher Brisanz, zumal hier ein Klimawandel jenseits von zwei Grad im Laufe des Jahrhunderts vorwiegend negative Auswirkungen hätte. Zwar deuten diese auf eine wachsende Bedeutung der Umweltqualität sowie grüner Sektoren zur Senkung des Ökologischen Fußabdrucks für weiteres Wachstum hin, Endlichkeit im Sinne absoluter Wachstumsgrenzen lässt sich allein aus der empirischen Betrachtung der ökologischen Lage aber nicht ableiten. Dies hat auch systematische Gründe: Wie Ralf Fücks betont, ist jede Grenze des Wachstums immer eine resultierende Größe aus zwei Teilmomenten: dem Belastungsmoment und der Resilienz des sozialen Systems, das

unter Druck gerät.¹⁷⁷ Der Klimawandel besitzt mit Sicherheit das *Potential* von Endlichkeit im Sinne absoluter Wachstumsgrenzen. Ob dieses Potential sich auch eins zu eins in Endlichkeit niederschlägt, ist jedoch immer auch eine Frage des Modus menschlicher Kooperation und damit eine Frage, die von den Sozialwissenschaften und nicht allein von Ökologie oder Naturwissenschaften bearbeitet werden sollte. Bevor Endlichkeit attestiert werden kann, muss der relevante soziale Nexus verstanden werden – ohne Wachstumstheorie keine Wachstumskritik.

¹⁷⁷Fücks schreibt: "Das Erdpotential last sich nicht ein für alle Mal naturwissenschaftlich exakt bestimmen, sondern ist eine Resultante aus natürlichen Ressourcen mal menschlicher Intelligenz." Ralf Fücks, *Intelligent wachsen: Die grüne Revolution* (München: Hanser, 2013), 151.

1.3. Theorie und Empirie des Wirtschaftswachstums

1.3.1. Überblick über die Wachstumstheorie

Ob es sinnvoll ist, Wachstum in kritischer Absicht in den Mittelpunkt ökologischer politischer Theorie zu stellen, hängt entscheidend davon ab, was unter Wachstum verstanden wird. Um über Wachstum angemessen urteilen zu können, muss daher das in der Literatur vorzufindende Wachstumsverständnis sowie die Theorie des Wachstums, die den Wachstumsprozess wissenschaftlich zu erklären sucht, berücksichtigt werden.

Wachstum liegt aus Sicht der Volkswirtschaftslehre dann vor, wenn das Bruttoinlandsprodukt eines Landes innerhalb eines bestimmten Zeitraums, üblicher Weise innerhalb eines Jahres, gestiegen ist. Wachstum ist damit fundamental an die Bezugsgröße gebunden, auf die es sich bezieht. Das Bruttoinlandsprodukt misst im Wesentlichen den geldmäßigen Wert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einem Land, zu Marktpreisen, produziert werden. Das BIP kann im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) mithilfe der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung ermittelt werden. Wachstum ist damit immer auch Wachstum der Einkommen der Haushalte, der Staatsausgaben sowie der Investitionen in neue Anlagen sowie Abschreibungen.¹⁷⁸ *Reales* Wachstum liegt vor, wenn der Anstieg des BIP prozentual größer war als die Inflation im selben Zeitraum. *Extensives* Wachstum liegt vor, wenn BIP und Bevölkerung proportional zunehmen, *intensives* Wachstum, wenn das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real ansteigt.¹⁷⁹ Als materieller Wohlstandsindikator ist das BIP pro Kopf denn auch wesentlich besser geeignet, als das absolute BIP.

Die sog. Produktionsmöglichkeitenkurve, auch Transformationskurve genannt, verdeutlicht die Bedeutung des Wachstums für eine Volkswirtschaft in theoretischer

¹⁷⁸ Zur Wachstumsdefinition siehe u.a. Mankiw und Wagner, *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 580. Vgl. auch Samuelson, Nordhaus und Berger, *Volkswirtschaftslehre*, 778f. Siehe weiterhin Baßeler, Heinrich und Utecht, *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft*, 790. Vgl. schließlich Siebert, *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*, 403.

¹⁷⁹ Zu beachten ist, dass neben der Definition von Wachstum anhand eines Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts auch ein Anstieg des sog. Produktionspotentials für eine Definition Verwendung findet. Der Unterschied wird vor allem bei der Analyse von Konjunkturzyklen relevant. So steigt das BIP nach einer Rezession zwar an, zu einem Ausbau der Produktionskapazitäten kommt es hingegen i.d.R. erst nach Jahren guter Konjunktur und weiterhin positiver wirtschaftlicher Aussichten. Für die Diskussion von Wachstumsgrenzen in langer Frist ist es ratsam, sich an die Definition von Wachstum als Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu halten. Vgl. Baßeler, Heinrich und Utecht, *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft*, 790.

Hinsicht (Siehe Abb. 3).

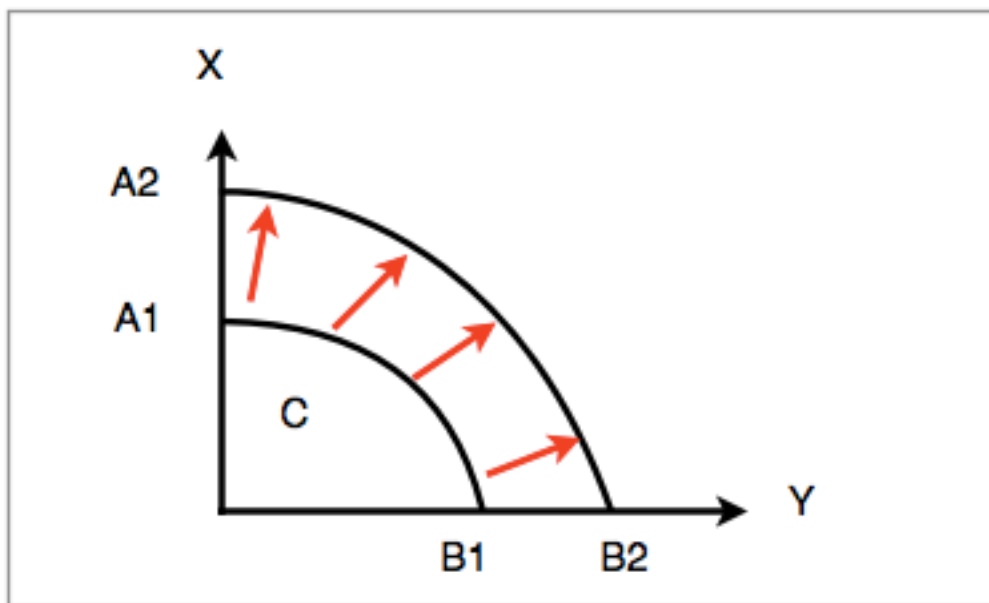


Abbildung 4: Wachstum anhand zweier Transformationskurven (Quelle: Eigene Darstellung)

Unter Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren kann in einer fiktiven Ökonomie, die nur zwei Güter und einen einzigen haushaltenden Entscheider kennt, eine beliebige Kombination des Güterbündels XY hergestellt werden. Für beide sei der einzige Produktionsfaktor Arbeit aufzuwenden. Werden nicht alle zur Verfügung stehenden Arbeitsstunden verwendet, so wird z.B. Punkt C realisiert. Wachstum bedeutet in einem solchen Modell eine Erweiterung der Produktionsmöglichkeitenkurve (der Grenze der mit gegebener Zeit herstellbaren Kombinationen von X und Y) von A1B1 auf A2B2, sodass nun eine pareto-superiore Situation eintritt. Es können dank des Wachstums mehr Güter des Typs X hergestellt werden, ohne auf Güter des Typs Y und vice versa zu verzichten. Dies ist der Kern des Wachstums: Es steht zusätzliches Einkommen zur Verfügung, mit dem offene Bedürfnisse befriedigt werden können, ohne auf bestehende Konsumwünsche zu verzichten (sic!).

Determinanten des Wachstums sind unter anderem die Bevölkerungszunahme, die den Input-Faktor Arbeit (A) ausdehnt, Investitionen in technische Anlagen und Humankapital, der Faktor Kapital (K) sowie der technische Fortschritt, der Faktor Technologie (T). Diese drei Größen (A, K, T) stehen in Wechselwirkung zueinander, die durch die *Wachstumstheorie* untersucht werden. Es gilt grundsätzlich: Das Volkseinkommen ist eine Funktion von A, K und T. Steigt etwa die Bevölkerung, kann es bei gegebenem Kapitalstock und technischem Wissen zu einer Schrumpfung des Volkseinkommens pro Kopf kommen, da entweder das Grenzprodukt der Arbeit sinkt

oder Arbeitslosigkeit eintritt. Es muss also in eine höhere Kapitalausstattung investiert werden, um das Einkommensniveau zu erhalten. Gleichwohl bedeutet eine Zunahme der Bevölkerung langfristig eine Steigerung des Arbeitskräftepotentials und somit eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts.

Die Determinanten des Wachstums im Rahmen der Wachstumstheorie sollten nicht als Ursachen des Wachstums missverstanden werden, denn eine Reihe von Faktoren, die oftmals empirisch kaum messbar und in ihrer Wechselseitigkeit quantitativ nur schwer erfassbar sind, üben wiederum Einfluss auf die Determinanten des Wachstums, also die unmittelbaren Bestimmungsgründe von Wachstum aus. Zu diesen weiter gefassten Ursachen des Wachstums gehören beispielsweise die geschriebene und informelle Rechtsordnung, die sog. Institutionen, sowie eine Reihe politischer Faktoren, die die Sparneigung der Bevölkerung, die Innovationsfreudigkeit, die Bevölkerungsentwicklung uvm. beeinflussen. Es kann festgestellt werden, dass bei der Suche nach den Ursachen des Wachstums zwei unterschiedliche theoretische Zugänge vorliegen, die sich vor allem hinsichtlich der Breite der einbezogenen Faktoren unterscheiden. Es existiert zum einen eine modelltheoretisch arbeitende Wachstumstheorie insbesondere im Rahmen der Makroökonomik, die die Wechselwirkung von unmittelbaren wirtschaftlichen Bestimmungsgründen des Wachstums untersucht und zum anderen eine erweiterte sozialwissenschaftlich und wirtschaftshistorisch angelegte Forschung, die die umfassenden gesellschaftlichen Ursachen des Wachstums in den Blick nimmt.¹⁸⁰ Auf diese breiter angelegte Forschung soll anhand eines in jüngster Zeit viel beachteten Ansatzes genauer eingegangen werden, da sich hier für die spätere Diskussion wichtige Anknüpfungspunkte hinsichtlich der Beurteilung der politischen Ideologie der Wachstumskritiker ergeben.

1.3.2. Eine institutionalistische Theorie wirtschaftlicher Entwicklung

Beispielhaft soll der institutionalistische Erklärungsansatz des Wachstums von Daron Acemoğlu und James A. Robinson angeführt werden für die Gruppe der umfassenden

¹⁸⁰ Die Wirtschaftsgeschichte ist gespalten in Wirtschaftshistoriker, die eine methodologische Trennung zur mathematisch orientierten volkswirtschaftlichen Theorie pflegen und der sog. New Economic History, auch Kliometrie genannt, die aktuelle theoretische Ansätze der VWL auf lang zurückliegende Zeiträume anzuwenden gedenkt. Zu ersteren zählt etwa Charles P. Kindleberger. Vgl. Charles Poor Kindleberger, *Historical economics: Art or science?* (New York: Harvester Wheatsheaf, 1990). Zu letzteren zählt u.a. Douglass North. Vgl. Douglass Cecil North, *Institutions, institutional change and economic performance. The political economy of institutions and decisions* (Cambridge: Cambridge Univ. Pr, 1990).

Theorien des Wachstums, die in der Tradition der großen Studie Max Webers „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ stehen.¹⁸¹ Die Auswahl dieses Ansatzes beruht neben der hohen Anerkennung, die der Arbeit in der Fachwelt zuteil wurde, auch auf den Einsichten, die sich aus ihr für die wirtschaftsliberale Auseinandersetzung mit der neueren ökologischen Wachstumskritik ergeben.¹⁸²

Wachstum ist ein historisch relativ junges Phänomen. Erst seit gut 250 Jahren gibt es so etwas wie nachhaltiges Wachstum.¹⁸³ Es begann in England, kurz darauf erfasste es Westeuropa und die USA. Heute haben auch Nationen Asiens und Lateinamerikas den Weg zu stetigem Wachstum gefunden. Gleichzeitig hat sich das Wachstum in den ältesten Wachstumsregionen der Erde merklich abgeschwächt.¹⁸⁴ Schließlich leiden einige Staaten der Erde unter einer stagnierenden Wirtschaft auf niedrigem Niveau, viele davon in der Subsahara-Region und in im Nahen Osten. Auch viele Staaten Lateinamerikas haben sich seit Jahrzehnten wirtschaftlich kaum fortentwickelt oder wachsen ausschließlich in Sektoren, die mit dem Verkauf endlicher Rohstoffe wie Öl und Gas verknüpft sind. Daron Acemoğlu und James A. Robinson liefern eine konzise Antwort auf die Frage nach den umfassenden Ursachen des Wachstums. Sie legen damit zugleich einen Erklärungsansatz für die soeben genannten Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung. In ihrer jüngsten Monographie, „Why Nations Fail“ fassen Acemoğlu und Robinson die Ergebnisse aus 15 Jahren empirischer Forschung zusammen.¹⁸⁵ In Form von Fallstudien aus der gesamten Menschheitsgeschichte seit der Sesshaftwerdung des Menschen zeigen sie, wie Institutionen den Unterschied zwischen Stagnation und wirtschaftlichem Fortschritt ausmachen. Acemoğlu und Robinson wählen damit ein positivistisches Forschungsdesign, das auf ein möglichst einfaches, aussagekräftiges und handlungsrelevantes Erklärungsmodell abzielt und Geschichte im

¹⁸¹ Vgl. Max Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. Wort-Schätze (Area, 2005).

¹⁸² Das Buch wurde mit u.a. mit dem Financial Times and Goldman Sachs Business Book of the Year Award 2012 ausgezeichnet. Pulitzer-Preis-Träger und New York Times-Autor Thomas Friedman würdigte das Buch in seiner Rezension und betonte seine Bedeutung für die USA. Vgl. Friedman, Thomas, „Why Nations Fail“. New York Times, 01. April 2012. <http://www.nytimes.com/2012/04/01/opinion/sunday/friedman-why-nations-fail.html> (letzter Zugriff 12. Juni 2015).

¹⁸³ Gemeint ist nicht Wachstum, das nachhaltig im Sinne der ökologischen Nachhaltigkeit ist, sondern stetig und stabil über lange Zeiträume aufrechterhalten werden kann, wenngleich Konjunkturreinbrüche innerhalb nachhaltigen Wachstums vorkommen mögen.

¹⁸⁴ Dies sei als Aussage zu den Wachstumsraten, nicht den absoluten Werten zu verstehen. Bei den hohen Ausgangsniveaus der industrialisierten Welt sind auch kleine Wachstumsraten in der Lage, beträchtliche absolute Zugewinne zu ermöglichen, während die hohen Wachstumsraten bspw. Chinas seit den 1980ern absolut zunächst überschaubare Zuwächse bedeuteten.

¹⁸⁵ Acemoğlu, Daron und James A. Robinson, *Why nations fail: The origins of power, prosperity and poverty*. London: Profile, 2012.

Sinne der Cliometrie (auch als „New Economic History“ bekannt) mit den Methoden der Statistik und Ökonometrie zu verstehen sucht.

Als Institutionen verstehen Acemoğlu und Robinson Regelsysteme, die das Handeln der Menschen kanalisieren. Sie bestimmen, wer durch welche Handlungen gewinnt und wer verliert, welche Tätigkeiten sich lohnen und welche bestraft werden. Es können geschriebene Gesetze sein, aber auch Regeln der Moral, Institutionenökonomien sprechen von formellen und informellen Institutionen. Sie wirken auf zwei Ebenen: Zum einen kanalisieren sie die wirtschaftlichen Handlungen der Menschen innerhalb einer Gesellschaft. Institutionen schaffen Anreize zu Fleiß, Sparsamkeit, Innovation und Kooperation – aber ebenso auch zum Betrug, zu Diebstahl, Raub, zur Erpressung, zu Faulheit und Trägheit, je nachdem wie sie konkret ausgestaltet sind.¹⁸⁶ (Wirtschaftliche) Institutionen können nach Acemoğlu und Robinson auf zwei Seiten eines Kontinuums verortet werden. Sie können inklusiv sein oder extrahierend. Inklusive Institutionen schaffen ein gemeinsames playing field, auf dem alle Akteure nach gleichen Regeln nach dem eigenen Vorteil tätig werden können. Inklusive wirtschaftliche Institutionen fördern die Innovationstätigkeit, indem sie beispielsweise Erfindern in Form von Patenten die Chance geben, von ihren Erfindungen persönliche Zusatzerträge zu erzielen. Sie ermöglichen es geschäftstüchtigen Leuten, die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu errahnen und entsprechend zu bedienen und dabei einen persönlichen Profit zu erzielen. Inklusive ökonomische Institutionen kennzeichnen sich durch Erwartungssicherheit, den Schutz des persönlichen Eigentums, einen freien Zugang zu Gerichten und die Gleichheit vor dem Gesetz.¹⁸⁷ Historisch betrachtet sind solche Institutionen die absolute Ausnahme. Der Regelfall der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit wird durch Institutionen des zweiten Typs gekennzeichnet. Bei extrahierenden wirtschaftlichen Institutionen erzielt eine Gruppe der Gesellschaft einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Ausnützung rechtlicher Sondervorteile gegenüber konkurrierenden Gruppen. Diese Sondervorteile, in der Sprache der Ökonomik Renten genannt, gewähren Erträge auf Kosten Anderer und erlauben es, diese zu diskriminieren, sodass diese ihre Geschäftstätigkeit beschränken oder vollständig einstellen müssen. Extrahierende ökonomische Institutionen nehmen oft die Form von

¹⁸⁶ Vgl. Acemoğlu, Daron und James A. Robinson, *Why nations fail*, 35.

¹⁸⁷ Acemoğlu und Robinson schreiben: „To be inclusive, economic institutions must feature secure private property, an unbiased system of law, and a provision of public services that provides a level playing field in which people can exchange and contract; it also must permit the entry of new businesses and allow people to choose their careers.“ Ebd., 74f.

konkreten Verboten an, etwa als Zinsverbot, Niederlassungsverbot, Handelsverbot, Bewegungsverbot, Kauf- und Verkaufsverbot. Es können auch Abgabesysteme sein, die darauf abzielen, die Erträge der Arbeit und Geschäftstätigkeit abzuschöpfen.¹⁸⁸ Nach Acemoğlu und Robinson hat die Mehrzahl der Herrscher ihre Macht in der Vergangenheit dazu genutzt, sich und ihre Unterstützer mit Privilegien auf Kosten anderer gesellschaftlicher Gruppen auszustatten und diese mithilfe der Staatsmacht durchzusetzen. Von der Sklaverei der Römer über die Beschränkungen der bäuerlichen Freiheit im Feudalismus in Europa und das System des Merkantilismus im 17. und 18. Jahrhundert bis zu Stalins System der Kollektivierung im Zwanzigsten Jahrhundert – wann immer die politischen Gegebenheiten es zuließen, haben herrschende Gruppen die wirtschaftlichen Anreizsysteme, die Institutionen, so zu gestalten gewusst, dass sie einem kleinen Teil der Gesellschaft zu Wohlstand auf Kosten der Betätigungsmöglichkeit und der Früchte der Arbeit der großen Mehrheit der Gesellschaft verhalfen.¹⁸⁹ Acemoğlu und Robinson fragen daher, wie es möglich wird, dass diese Tendenz zur Abschöpfung ein Ende finden konnte. Denn es war für sie diese historische Omnipräsenz wirtschaftlicher Diskriminierung, die langanhaltendes stetiges Wirtschaftswachstum unterband und erst durch die Abschaffung dieser Privilegien Wachstum zu einem relativ jungen Spezialfall der Geschichte werden konnte. Die Analyse Acemoğlus und Robinsons zeigt diesbezüglich zunächst, dass die Gestaltung der wirtschaftlichen Institutionen eng zusammenhängt mit der Form der politischen Entscheidungsfindung. Staaten mit extrahierenden wirtschaftlichen Institutionen werden in aller Regel von einer kleinen Gruppe aus der Bevölkerung regiert, die es ihr exklusiv, also unter Ausschluss der Mitspracherechte der Mehrheit der Betroffenen, erlaubt, die Gestalt der ökonomischen Spielregeln festzulegen. In vielen Ländern mit extrahierenden Wirtschaftsinstitutionen fehlt es zudem generell an einer einheitlichen staatlichen Normensetzung mit entsprechender Durchsetzungsmacht. So können in Somalia Eigentumsrechte von der Regierung aufgrund des Widerstands von Clans, die die wahre Macht im Lande tragen, nicht geschützt werden. Hier fehlt es an moderner Staatlichkeit.¹⁹⁰

Acemoğlu und Robinsons Theorie geht in einem weiteren Schritt daran, wirtschaftliche Institutionen und politische Institutionen miteinander argumentativ zu verknüpfen. Dort wo ein relativ breites Spektrum der Gesellschaft an der Gestaltung der Politik

¹⁸⁸ Vgl. ebd., 79ff.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., 83ff.

¹⁹⁰ Vgl. ebd., 377ff..

beteiligt ist und es zugleich bereits ein Mindestmaß an kollektiv verbindlicher Regelsetzung gibt, sind inklusive wirtschaftliche Institutionen stabiler als in Staaten, in denen eine Minderheit jederzeit die Macht besitzt, die Spielregeln des wirtschaftlichen Austauschs zu ihren Gunsten zu manipulieren und eine zusätzliche Rente von anderen Gruppen abzuschöpfen. Erst eine breite Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen bietet genügend Sicherheit, dass Eigentumsrechte auch morgen noch gewahrt bleiben und Investitionen sich auch auf lange Sicht rechnen können, Innovationen belohnt, Sparsamkeit nicht mit Raub und Handel nicht mit Strafe endet. Inklusive ökonomische Institutionen brauchen ebenso inklusive politische Institutionen.¹⁹¹ Extrahierende politische Institutionen und inklusive wirtschaftliche Institutionen sind inhärent instabil, da stets die Versuchung besteht, politische Macht in wirtschaftliche Zusatzgewinne unter Ausschluss der Konkurrenz zu münzen. Andersrum sind inklusive politische Institutionen geeignet, extraktive Gesetze zu Fall zu bringen und ein „level playing field“ zu schaffen. Ist eine breite Mehrheit erst einmal an der Gestaltung der Gesetze beteiligt, ist es unwahrscheinlich, dass Handelsprivilegien und Investitionsverbote, die einer Minderheit auf Kosten der Allgemeinheit nützen, Bestand haben.¹⁹²

Den Erkenntniswert dieses theoretischen Ansatzes demonstrieren Acemoğlu und Robinson in einer Reihe von Fallstudien der Wirtschaftsgeschichte, von der Entstehung der ersten Siedlungen des Menschen bis zum Aufstieg Chinas im 21. Jahrhundert. Besonderes Augenmerk legen sie dabei auf die Entwicklung Englands, denn England war das erste Land der Erde, das bedeutenden Teilen der Bevölkerung umfassende Schutzrechte gegenüber dem König einräumte (Magna Charta 1215) und in dem eine ständige Vertretung des Adels und der erfolgreichen Kaufleute sich gegen die absolutistischen Bestrebungen der Krone durchzusetzen vermochte.¹⁹³ Die Auseinandersetzung zwischen Parlament und Krone im 17. Jahrhundert, in deren Rahmen England einen blutigen Bürgerkrieg erlebte und für kurze Zeit gar zur Republik

¹⁹¹ Die Autoren argumentieren, dass der Wachstumsprozess, der durch inklusive ökonomische Institutionen angefacht wird, immer auch Verlierer hervorbringt, deren Besitz durch das wirtschaftliche Handeln von neu auftretenden Akteuren bedroht wird. Nur durch eine breite Streuung der politischen Macht kann verhindert werden, dass die Verlierer des Wachstumsprozesses ihre Macht dazu ausnutzen, extrahierende Institutionen durchzusetzen. Vgl. ebd., 84.

¹⁹² „Inclusive economic institutions, in turn, are forged on foundations laid by inclusive political institutions, which make power broadly distributed in society and constrain its arbitrary exercise. Such political institutions also make it harder for others to usurp power and undermine the foundations of inclusive institutions.“ Ebd., 82.

¹⁹³ Vgl. ebd., 186ff.

wurde, endeten 1688 mit der sogenannten Glorious Revolution. Erstmals hatte ein König sich glaubhaft auf die Achtung der Rechte einer parlamentarischen Vertretung von Adel und Kaufleuten verpflichtet und das Budgetrecht an diese abgegeben. Hier wurde nach Ansicht Acemoğlus und Robinsons der Grundstein für den modernen Verfassungsstaat *und* die Basis der industriellen Revolution als Triebfeder des Zeitalters des Wachstums gelegt. Die Breite der gesellschaftlichen Gruppen, die im Parlament an der Gesetzgebung mitwirkten, erlaubte es, die wirtschaftlichen Anreizsystem so zu gestalten, dass sich Handel, Innovation, Geschäftstüchtigkeit, Fleiß und Sparsamkeit, lohnten. Sie verboten es dem angestammten Landadel auch, protektionistische Gesetze dauerhaft aufrechtzuerhalten, um dadurch ihre angestammten Renten zu Lasten der Kaufleute durchzusetzen. Im Gegenteil tat der englische Staat alles, um solche Handelsunternehmungen zu fördern, indem er seine Flotte zu deren Schutz einsetzte und den Bau von Straßen und Kanälen unterstützte, wodurch erst ein gemeinsamer Markt entstehen konnte. England wurde der erste Staat, in dem soziale Mobilität praktisch erreicht wurde und in dem sich die Lebensumstände bis heute, mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegszeit, stetig verbesserten.

Ein wichtiger Aspekt inklusiver politischer Institutionen ist der Umgang mit einer der wichtigsten Triebfedern des Wirtschaftswachstums: der sog. Kreativen Zerstörung. Der von Joseph Schumpeter stammende Begriff umschreibt den Prozess der Entwertung der Investitionen einer Gruppe durch die Innovationen und Geschäfte einer anderen.¹⁹⁴ Als James Watt die Eisenbahn perfektionierte, schuf er eine der wichtigsten Voraussetzung für die industrielle Revolution. Aber schon kleine institutionelle Unterschiede in England hätten die Initialzündung des wirtschaftlichen Fortschritts für Millionen zunichte gemacht. Watts Erfindung erlaubte es zwar Geschäftsleuten aus Manchester, ihre Waren und Vorprodukte zu viel günstigeren Preisen von A nach B zu bringen und Arbeitskräften aus fernen Regionen in neuen Märkten ihren Lohn zu bestreiten, statt an das Land gebunden zu sein, auf dem sie aufwuchsen. Doch schafften solche Innovationen nicht nur Gewinner. Für die adeligen Kanalbesitzer war die Dampfmaschine eine existenzielle Bedrohung, lebten sie doch gut von den hohen Kanalgebühren bei dem langsamen und teuren Transport der Waren. Für sie war Watt ein Emporkömmling, den es um jeden Preis aufzuhalten galt. Hätten die politischen Institutionen England zu dieser Zeit die Stimmen des Landadels zum allgemeinen Gesetz werden lassen, hätte es

¹⁹⁴ Vgl. ebd., 84-86.

die industrielle Revolution wohl niemals gegeben. Furcht vor Kreativer Zerstörung hätte die Umwälzungen im Keim erstickt. Dieses Phänomen ist in extrahierenden politischen Systemen die Regel.¹⁹⁵ Die Sowjetunion schaffte es trotz extrahierender wirtschaftlicher Institutionen und politischer Allmacht seitens einer kleinen Elite erstaunlicher Weise dennoch über Jahrzehnte, hohe Wachstumsraten zu erzielen. Doch Furcht vor Kreativer Zerstörung trug nach Acemoğlu und Robinson entscheidend dazu bei, dass dieses Wachstum nicht nachhaltig sein konnte. Autoritäres Wachstum, wie sie es nennen, hat eine hohe Anziehungskraft für viele Autokraten in der Welt, kann jedoch immer nur für eine begrenzte Zeit für Wachstum sorgen.¹⁹⁶ Langfristig beruht stabiles Wachstum auf der Innovationstätigkeit gerade derjenigen, die in autoritären Systemen keine Mitsprache an der Gestaltung der Gesetze haben. Es sind selten die Eliten solcher Staaten, die die besten Ideen für neue Technologien hervorbringen, sondern Neulinge – Menschen mit wenig Geld aber großem Fleiß und unkonventionellem Geist. Nur wenn die wirtschaftlichen Institutionen so inklusiv sind, dass es diesen Neulingen erlaubt wird, neue Geschäftsfelder durch Innovation zu erschließen, auch wenn dies die Entwertung alter Industrien bedeutet, ist hohes und stabiles Wachstum möglich. Nicht ohne Zufall waren die USA das bisher erfolgreichste Land in der Wirtschaftsgeschichte.¹⁹⁷ Hier konnte schon im 19. Jahrhundert jeder, der eine gute Idee hatte und an die Marktchance seiner Erfindung glaubte, ein Patent anmelden und sich diese schützen lassen. Die Institution des Patents garantiert dem Erfinder ein begrenztes Monopol für eine bestimmte Zeit und liefert so einen Anreiz für Innovationen. In der Tat war es die breite Masse der einfachen Bevölkerung, die Amerikas Aufstieg zur produktivsten und innovativsten Wirtschaftsmacht der Welt ermöglichte, während Innovationen beispielsweise im zaristischen Russland weder gefördert, noch geschützt wurden, da der mit einem politischen Monopol zur Gesetzgebung ausgestattete Adel kein Interesse an einem Wandel des Wirtschaftslebens durch kreative Zerstörung hatte.

¹⁹⁵ Vgl. ebd., 150.

¹⁹⁶ Vgl. ebd.

¹⁹⁷ Siehe hierzu auch den Abschnitt zur Geschichte des globalen Wachstums, der die herausgehobene Stellung der USA auf Basis der Daten Angus Maddisons ebenfalls nahelegt.

Zusammengefasst lässt sich mit Acemoğlu und Robinson argumentieren, dass Wachstum in der Weltgeschichte:

- ein historischer Sonderfall aufgrund der Fragilität zugrunde liegender politischer Bedingungen ist.
- nur unter der Bedingung inklusiver wirtschaftlicher Institutionen möglich war und ist.
- inklusive wirtschaftliche Institutionen nur stabil sind unter inklusiven politischen Institutionen.
- autoritäres Wachstum aufgrund ausbleibender kreativer Zerstörung nur zeitlich begrenzt, gering und instabil erfolgen kann.

Es gibt somit aus der institutionalistischen Perspektive nicht nur klar zu benennende politische Faktoren für Wachstum, sondern auch politische Grenzen des Wachstums. Nur eine Gesellschaft, in der breite Bevölkerungsgruppen Teilhabe an der Gesetzgebung besitzen, Eigentumsrechte garantiert, Verträge geschützt und Innovationen auch gegen Verlierer geschützt werden, kann dauerhaftes stabiles und in diesem Sinne nachhaltiges Wachstum eintreten. Wachstum ist aus dieser Sicht weder auf geographische noch auf kulturelle Gegebenheiten angewiesen, sondern im Grundsatz universell verfügbar.

1.3.3. Langfristige globale Trends des Wirtschaftswachstums

Eine vollständige Wachstumsgeschichte kann hier nicht vollständig wiedergegeben werden. Dennoch erscheint es hilfreich, sich die Entwicklung der Weltwirtschaft in einer langfristig angelegten Perspektive zu vergegenwärtigen. Besonders hilfreich für die Erhebung und Verarbeitung der notwendigen statistischen Daten ist das Lebenswerk Angus Maddisons, der in minutiöser Arbeit zusammen mit seinen Kollegen aus Rotterdam einen Datensatz über die Entwicklung der Weltwirtschaft, insbesondere des Bruttoinlandsprodukts, für alle Weltregionen und über einen Zeitraum von 2000 Jahren zusammengestellt hat. Dieser Datensatz wird seit dem Tod Maddisons von ehemaligen Mitarbeitern und Fachkollegen weitergeführt.¹⁹⁸ In Abb. 5 ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf, normiert auf US-Dollar-Kaufkraftparitäten (KKP) zu Preisen des Basisjahrs 1990 abgebildet. Die Grafik betrachtet den Beginn der

¹⁹⁸ Vgl. ebd.

nachchristlichen Zeitrechnung bis ins Jahr 2003.¹⁹⁹

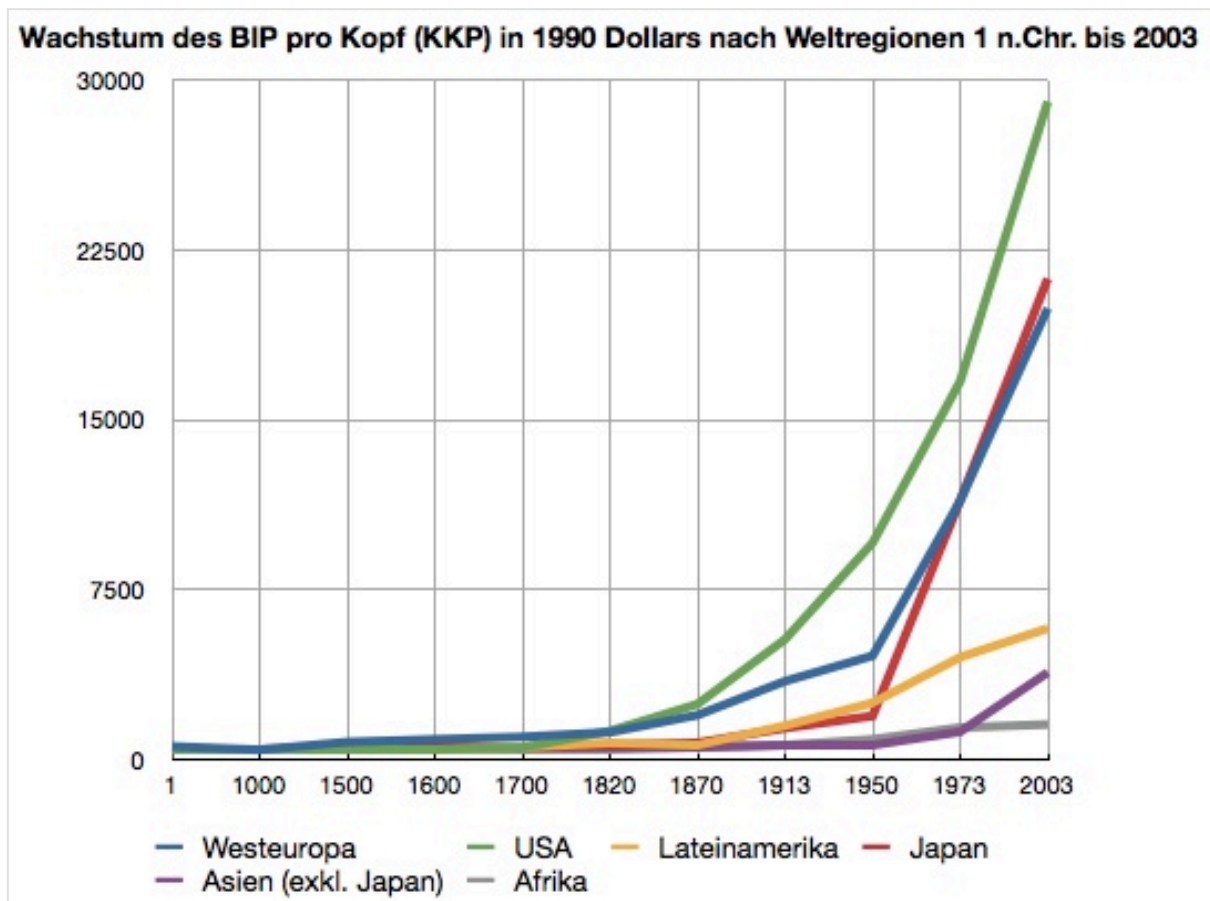


Abbildung 5: Wachstum des BIP-Pro-Kopf in KKP (Quelle: Eigene Darstellung, Maddison 2007)

Die Abbildung gibt über mehrere Trends Aufschluss. Zunächst fällt auf, dass sich alle Weltregionen heute auf einem deutlich höheren materiellen Wohlstandsniveau befinden, als vor 2000 Jahren. Auch sehen wir, dass die Weltwirtschaft bis ungefähr 1820 in keiner Region ähnliche Fortschritte verzeichnen konnte, wie seither. Nennenswertes kontinuierliches Wachstum ist also historisch betrachtet ein relativ junges Phänomen. Das BIP pro Kopf stieg von 1 n. Chr. bis 1820 in Westeuropa von 576 \$ auf 1200 \$, in den USA von 400 \$ auf 1257 \$, in Asien von 457 \$ auf 577 \$ und im separat aufgeführten Japan von 400 \$ auf 669 \$. In Lateinamerika stieg es von 400 \$ auf 691 \$. Das materielle Wohlstandsniveau auf der Welt hat sich also in über 1800 Jahren nur sehr moderat entwickelt. Lediglich in Westeuropa kam es bereits vor 1500 n. Chr. zu nennenswertem Wachstum, durch das das BIP pro Kopf hier bereits um das Jahr 1500 deutlich über dem Niveau der restlichen Welt lag. Die Region der Erde, auf der heute das

¹⁹⁹ Vgl. Angus Maddison, *Contours of the world economy, 1 - 2030 AD: Essays in macro-economic history* (Oxford: Oxford Univ. Press, 2007). <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1200804211636995.pdf>, 382.

Staatsterritorium der USA liegt, erlebte 1700 Jahre lang so gut wie keinen Anstieg der Pro Kopf Einkommen, dann jedoch ab 1700, also seit der beschleunigenden Einwanderung westlicher Siedler, eines Wachstums von 527\$ auf 1257\$ bis zum Jahre 1820.²⁰⁰

Seit 1820 befinden wir uns in einer Ära historisch beispiellos starken Wirtschaftswachstums. Dieses Zeitalter des Wachstums, in dem wir auch heute noch leben, kann sinnvollerweise in zwei Abschnitte eingeteilt werden: die Zeit vor 1945 und die Zeit nach 1945.²⁰¹ In den lediglich 50 Jahren bis 1870 stieg der Wohlstand der US-Amerikaner und Westeuropäer auf etwa das doppelte Niveau in den USA und das 1,6 fache in Westeuropa. Seit 1870 übersteigt das Wachstum in den USA kontinuierlich das in Westeuropa und führt somit zu einer unangefochtenen Spitzenposition der US-Amerikaner. So erwirtschafteten die US-Bürger 1950 bereits 9561 \$, die Westeuropäer mit 4578 \$ hingegen nur etwa halb so viel – zweifellos auch eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Besonders imposant erscheint der vergleichende Rückblick auf die Einkommen christlicher Zeit. Hier haben wir es zutun mit einer Steigerung von 2290 Prozent (Faktor 23) für die USA und 695 Prozent (Faktor acht) für Westeuropa in nur 2000 Jahren Menschheitsgeschichte. Die übrige Welt liegt im Jahre 1950 noch abgeschlagen bei 2503 \$ pro Kopf in Lateinamerika, 639 \$ in Asien, 890 \$ in Afrika und 1921 \$ in Japan. Die Einkommen der nichtwestlichen Welt haben sich also von Beginn der christlichen Zeitrechnung bis 1950 in wesentlich bescheidenerem Maße entwickelt als im Westen. In Lateinamerika und Japan immerhin um 525 Prozent bzw. 380 Prozent, in Afrika nur um 89 Prozent und schließlich in Asien nur um 40 Prozent. Die Zeitspanne von 1500 und 1950, mit Blick auf die USA von 1700 bis 1950, kann damit auch aus Sicht der empirischen Wirtschaftsgeschichte zu Recht als das Zeitalter des Westens bezeichnet werden.

Seit 1950 ist die Schere zwischen der oft aufgrund ihrer starken Handelsbeziehungen als Triade bezeichneten Gruppe westeuropäischer Staaten, Japans sowie den USA auf der einen und dem Rest der Welt auf der anderen weiter aufgegangen. Die Triade erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg eine niemals in der Geschichte zuvor zu beobachtenden Periode des Massenwohlstands. Das Wirtschaftswachstum hat sich seit 1945 deutlich beschleunigt und so innerhalb einer historisch sehr kurzen Periode

²⁰⁰ Hierbei ist anzumerken: Da es sich bei der hier betrachteten Größe um das BIP pro Kopf handelt, kann ein reiner Zuwanderungseffekt ausgeschlossen werden.

²⁰¹ Im Datensatz Maddisons handelt es sich um das Jahr 1950.

Durchschnittseinkommen hervorgebracht, die weit jenseits der Lebensverhältnisse einzuordnen sind, die irgendein Mensch zuvor erlebt hat. Heute erwirtschaften die US-Amerikaner nahezu 30.000\$ pro Kopf, Westeuropäer nahezu 20.000\$. Die exzeptionellen Einkommen des Jahres 1950 konnten also noch einmal verdreifacht (USA), bzw. vervierfacht (Europa) werden. Ein durchschnittlicher Amerikaner verdient damit heute 72 mal so viel wie ein Indianer im Jahre eins nach Christus.

In Lateinamerika haben sich die Einkommen seit 1950 ebenfalls positiv entwickelt – in etwa im gleichen Ausmaß, mit dem sie einst in Europa von 1870 bis 1950 wuchsen. Heute verdienen Lateinamerikaner gut 5800 \$ pro Kopf in Preisen von 1990.²⁰² Das bedeutet immerhin mehr als eine Verdopplung seit 1950. In Asien ist die Wirtschaft von einem sehr viel geringeren Niveau aus gestartet. 1950 waren die Einwohner der asiatischen Länder vom Maßstab des Westens aus betrachtet extremer Armut ausgesetzt. Heute liegen die Durchschnittseinkommen bereits bei 3842 \$ pro Kopf und Jahr. Sie sind damit seither um 500 Prozent, also um Faktor sechs und damit insgesamt schneller als die Einkommen in den USA und Westeuropa, gestiegen. Seit 1990 verzeichnet insbesondere die VR China einen rasanten Anstieg des BIP von jährlich mindestens sieben Prozent. Lag 1950 noch ein Faktor von 5,4 zwischen den Einkommen Westeuropas und Asiens, ist dieser 2003 auf nur noch 4,5 gesunken. 2010 verdienen Westeuropäer nur noch das 3,3 fache der Einwohner Asiens.

Afrika ist aus globaler wirtschaftshistorischer Perspektive ein Sonderfall. Während die Durchschnittseinkommen aller Erdenbürger außerhalb Afrikas seit 1820 und erst recht seit 1950 teils nahezu exponentiell anstiegen, hat ein durchschnittlicher Afrikaner heute ein nur knapp doppelt so hohes Einkommen wie 1950. Besonders deutlich ist der Unterschied zur wirtschaftlichen Entwicklung im Rest der Welt in den letzten vier Jahrzehnten. Noch 1973 lagen afrikanische Einkommen mit 1410 \$ über denen asiatischer Länder mit 1225 \$. Doch seither haben sich die asiatischen Einkommen mehr als verdreifacht, während jene Afrikas nahezu konstant blieben (2003: 1549 \$). Es zeichnet sich aus Sicht der empirischen Forschung ab, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert Asiens wird. Die Entwicklung Chinas ist dabei vom besonderer Bedeutung (Abb. 4). Die Lücke zwischen den Einkommen Chinas und Deutschlands schließt sich kontinuierlich. So liegt das BIP pro Kopf in China 2010 bei 8032 \$, in Deutschland bei 20660 \$ (Faktor 2,57). Im Jahr 1950 lag zwischen deutschen und chinesischen

²⁰² Der Datensatz endet 2003.

Einkommen mit einer Differenz von 3881 \$ zu 448 \$ noch ein Faktor von 8,66.²⁰³ Der globale Trend ist eindeutig. Asien hat zum Aufholprozess im Wettlauf um Wohlstand angesetzt. Afrika ist damit zugleich der letzte Kontinent, der noch nicht vom Prozess stetigen Wachstums erfasst worden ist.

²⁰³ Vgl. Jutta Bolt und van Zanden, Jan Luiten, „The First Update of the Maddison Project; Re-estimating Growth Before 1820“. Der vollständige Datensatz kann abgerufen werden unter http://www.ggdc.net/maddison/maddison-project/data/mpd_2013-01.xlsx.

2. Die ökologische Wachstumskritik bei Miegel und Jackson

Die Geschichte des Wachstums zeigt, dass mit der rasanten Zunahme der Wachstumsraten seit der Industrialisierung ein einmaliger historischer Prozess eingesetzt hat, der sich seit gut zweihundert Jahren entfaltet und eine Weltregion nach der nächsten erfasst.²⁰⁴ Die Geschichte dieses Wachstums im engeren Sinne ist heute empirisch eine Geschichte (fast) der ganzen Menschheit. Dies gilt leider auch für die negativen Aspekte, die mit Wachstum verbunden werden. Die Kritik des Wachstums ist dabei so alt wie das Wachstum selbst, wird aber nicht von allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen gleichermaßen geteilt. Im Folgenden soll daher die Ideengeschichte der Wachstumskritik anhand zweier Beispiele näher beleuchtet werden, ehe ein Überblick über die Bandbreite und die Vertreter der heute einschlägigen wissenschaftlichen Wachstumskritik erfolgt.

²⁰⁴ Im Folgenden ist Wachstum mit nennenswerten jährlichen Raten gemeint, wenn ganz allgemein von Wachstum die Rede ist. Wie wir aus der Empirie entnehmen können, wuchsen die Durchschnittseinkommen der Menschheit auch vor 1800 über Jahrhunderte, aber eben in nur mit äußerst kleinen jährlichen Raten von unter einem Prozent im langfristigen Durchschnitt.

2.1. Ideengeschichte und Überblick

2.1.1. Zwei Quellen der Wachstumskritik

Wachstumskritiker verstehen ihr wissenschaftliches Forschungsprogramm als relativ jungen Beitrag zum Verständnis der Wechselbeziehung von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Allerdings lassen sich Vordenker der Wachstumskritik identifizieren, deren Arbeiten der Existenz des Bruttoinlandsprodukts als international akzeptiertes Maß für Wachstum vorangehen, deren Argumente aber nichtsdestotrotz wegweisend für die Wachstumskritik wurden. Hierzu zählt der britische Nationalökonom und Klassiker Thomas Robert Malthus, dessen Bevölkerungsmodell sogleich näher betrachtet werden wird. Auch John Stuart Mill ist zu nennen. Mill machte sich, wie bereits erwähnt, Gedanken über einen Zustand wirtschaftlicher Statik, den er unter Vorwegnahme des modernen Begriffs als „Steady State“ bezeichnete.²⁰⁵ William Stanley Jevons lieferte 1865 eine ressourcenökonomische Analyse der Kohlenutzung im industriellen England, die vielen Experten als erste Theorie zur Neige gehender Rohstoffvorräte aufgrund exponentieller Nutzung gilt – die These vom „Peak Oil“ ist eine Übertragung der Ideen Jevons auf aktuelle Verhältnisse, wie auch das Rebound-Konzept auf ihn zurückgeht.²⁰⁶ Keine Geschichte der Wachstumskritik kommt schließlich aus, ohne die politisch und gesellschaftlich sehr einflussreiche Studie im Auftrag des Club of Rome mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972 aufzugreifen. Hier wurde der theoretische, begriffliche und stilistische Rahmen geschaffen, auf den auch die in dieser Arbeit untersuchten Wachstumskritiker rekurren. Angesichts der Fülle des Materials soll sich diese kurze Ideengeschichte des Wachstums auf die beiden wichtigsten Beiträge konzentrieren: Thomas Robert Malthus „Principles of Population“ von 1798 und die „Limits to Growth“ des Club of Rome von 1972.

Thomas Robert Malthus ist eine höchstinteressante Figur der Wissenschaftsgeschichte, weil er als Denker physischer Grenzen *und* als liberaler Kritiker des aufkommenden Sozialstaats Positionen in sich vereint, die heute oftmals als unvereinbar gelten und von konkurrierenden politischen Lagern angeführt werden. So ist Malthus als Gegner der sozialen Umverteilung und Armenhilfe ein typischer Vertreter des klassischen

²⁰⁵ Vgl. John Stuart Mill, *Principles of political economy*, Book IV, Chap. VI.

²⁰⁶ Vgl. William Stanley Jevons, *The Coal question: An inquiry concerning the progress of the nation, and the probable exhaustion of our coal-mines*. Palgrave archive edition / W. S. Jevons ; Vol. 9 (Basingstoke, Hampshire: Palgrave, 2001).

Wirtschaftsliberalismus des beginnenden 19. Jahrhunderts. Als Befürworter des Freihandels und Verfechter einer spontanen Wirtschaftskoordination durch die Unsichtbare Hand kann er in die Tradition Adam Smiths und die klassische Ökonomik eingeordnet werden.²⁰⁷ Dem steht jedoch eine andere Sichtweise gegenüber. Als Anhänger des Utilitarismus bewertet Malthus die Institutionen der Gesellschaft moralisch auf Grund der hedonischen Weltzustände, die sie hervorrufen. Diese werden als Nutzensummen miteinander verglichen. Moralisch gut in dieser Denktradition des 19. Jahrhunderts ist eine Politik, wenn sie eine Welt mit hohem aggregierten Glück herbeizuführen hilft.²⁰⁸ Schlecht ist eine Politik, die das aufsummierte Glück der Bürger, genauer ihren Nutzen, mindert. Dies spielt auf dem Gebiet, für dessen Analyse Malthus besondere Berühmtheit erlangte, eine hervorgehobene Bedeutung. Malthus wendet den Utilitarismus auf die Bevölkerungswissenschaft an. Für Malthus` Utilitarismus zählt nicht allein der Gesamtnutzen, den die Politik für die lebenden Menschen ermöglicht, sondern auch der Einfluss der politischen Rahmenbedingungen auf das Glück zukünftiger Generationen. Der Utilitarismus wird damit bei Malthus zu einem Entscheidungsverfahren für eine rationale Bevölkerungspolitik. Moralisch gut ist diejenige Politik, die das Glück des Durchschnittsbürgers nicht senkt, sondern mindestens aufrecht erhält.²⁰⁹ So kann es sein, dass eine Maßnahme, die heutigen Menschen eine Steigerung ihres saldierten Nutzens bringt, über die Dynamik der Fortpflanzung zur Zeugung so vieler Nachkommen anregt, dass zwangsläufig das Glück der nächsten Generation(en) dramatisch abfallen muss. Bei Malthus ist dieser Gedankengang vor allem bei seiner Betrachtung der Armengesetze Englands von Bedeutung. Die Armengesetze sind aus seiner Sicht wohlfahrtsökonomisch kontraproduktiv, weil sie die armen Schichten dazu anregen, mehr Kinder zu bekommen, als sie in einem Zustand des Marktgleichgewichts gezeugt hätten. Im Marktgleichgewicht ist der Arbeitslohn für Malthus stets nur so hoch, dass er die Arbeiter gerade ernähren kann. Dies leitet er aus einer *reductio ad absurdum* ab. Würde der Lohn auch nur ein kleines Stück über dem Subsistenzlohn liegen, würde die

²⁰⁷ Vgl. Johannes Overbeek, *The Evolution of Population Theory* (Westport: Greenwood Press, 1977), 4f.

²⁰⁸ Jeremy Bentham spricht vom „größte[n] Glück der größten Zahl“. Jeremy Bentham, *An introduction to the principles of morals and legislation*, Dover ed (Mineola, N.Y.: Dover Publications, 2007). <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0704/2007000974-d.html>. Es muss allerdings darauf verwiesen werden, dass im aktuellen Diskurs in der Ethik zahlreiche Varianten des Utilitarismus unterschieden werden, die je unterschiedliche moralische Bewertungen in der Bevölkerungsfrage hervorbringen. Vgl. Dieter Birnbacher, *Analytische Einführung in die Ethik*, 2., durchges. und erw. Aufl. De-Gruyter-Studienbuch (Berlin u.a.: de Gruyter, 2007).

²⁰⁹ Vgl. Johannes Overbeek, *The Evolution of Population Theory* (Westport: Greenwood Press, 1977), 4f.

Kinderzahl steigen, während die Nahrungsmittelproduktion für Malthus qua historischer Erfahrung im Zeitverlauf stets linear verläuft. Höhere Löhne können daher kurzfristig nur zu einer Steigerung des Arbeitsangebots bei gleicher Nahrungsproduktion führen. Die Folge ist ein Preisanstieg der Nahrungsmittelpreise – die Nachfrage steigt, das Angebot bleibt vorerst konstant – und damit kommt es zu einem Absinken des Reallohns unter den Subsistenzlohn. Einige Arbeiter müssen ihre Kinder in der Folge verhungern lassen. Der Marktlohn ist damit aufgrund des Bevölkerungsdrucks und der geringen Wachstumsrate der Agrarproduktion für Malthus immer ein Subsistenzlohn.²¹⁰ Armenpolitik, die dieses eherne Gesetz zu überwinden gedenkt, mag zeitnah Linderung in der Not bewirken. Langfristig führt sie aufgrund der Logik der Vermehrung für Malthus in eine soziale Falle, aus der es kein entkommen gibt. Malthus legt damit ein Modell vor, dass durchaus als Entwicklungspessimismus bezeichnet werden kann (Siehe Abb. 5).

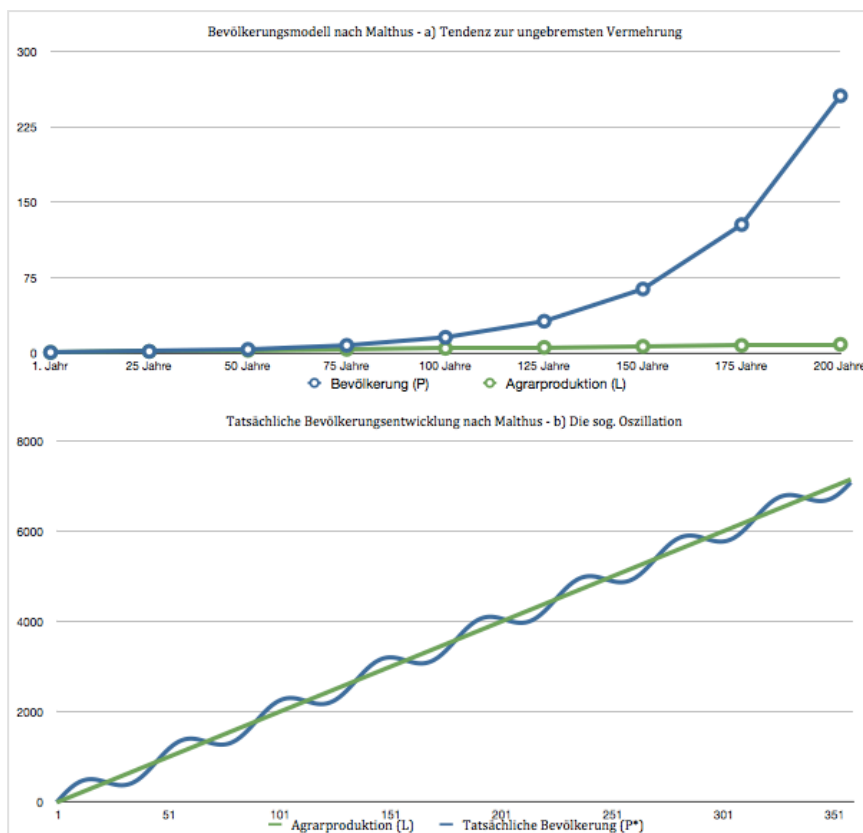


Abbildung 6: Das malthusiansische Bevölkerungsmodell (Quelle: Eigene Darstellung)

²¹⁰ Malthus: „The positive check to population, by which I mean the check that represses an increase which is already begun, is confined chiefly, though not perhaps solely, to the lowest orders of society.“ Thomas Robert Malthus und Edward A. Wrigley, *An essay on the principle of population: the first edition (1798) with introduction and bibliography*. The Pickering masters (London: Pickering, 1986), 74f.

Die Armenpolitik, deren Ziel die Steigerung des Wohlstands der Ärmsten der Armen ist, erhält aus der Perspektive Malthus einen zynischen Charakter, denn die Macht der Bevölkerungsvermehrung ist für Malthus stets größer als die Fähigkeit zur Steigerung der Produktivität.²¹¹ Per Annahme sind die Ärmsten in Malthus' Modell kurzfristig orientiert und zeugen Kinder weit über ein aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive tragfähiges Maximum hinaus. Sinkende Geburtenraten, etwa aufgrund von Empfängnisverhütung oder veränderten Präferenzen, waren für Malthus nicht zu erwarten. Die individuelle Rationalität der Unterschichten konfligiert somit mit der gesamtgesellschaftlichen kollektiven Rationalität. Die Folge ist ein neues Gleichgewicht, innerhalb dessen bei Umverteilung mehr Menschen in genau derselben Armut leben wie zuvor. Umverteilung kann aus Malthus' Perspektive nur die Aufteilung, die Distribution der Güter, ändern. Sie kann das Naturgesetz der Bevölkerungswissenschaft, dass der Bevölkerungsdruck stets ein Herabsetzen des Lohns der Unterschicht auf das Subsistenzniveau erzwingt, aber nicht überwinden. Armenpolitik ist insofern für Malthus zynisch, da sie ein erträgliches Gleichgewicht stört und Menschen in den Hunger treibt. Sie regt eine Neigung zur Überbevölkerung an, die zwangsläufig durch ein zu knappes Nahrungsmittelangebot wieder durch den Hungertod korrigiert werden muss.²¹²

Malthus kann im Sinne einer grundsätzlichen Einordnung zwar als Vertreter des Frühkapitalismus und der damit verbundenen liberalen Verteidigung der bürgerlichen Freiheitsrechte, insbesondere des Eigentums, verstanden werden. Ideengeschichtlich betrachtet besteht aber die Notwendigkeit, sein Werk durch eine rationale

²¹¹ Malthus schreibt: „The second, or positive check to population examined, in England—The true cause why the immense sum collected in England for the poor does not better their condition—The powerful tendency of the poor laws to defeat their own purpose—Palliative of the distresses of the poor proposed—The absolute impossibility, from the fixed laws of our nature, that the pressure of want can ever be completely removed from the lower classes of society—All the checks to population may be resolved into misery or vice.“ Ebd.

²¹² Diese These wird im folgenden Zitat deutlich: „The transfer of three shillings and sixpence a day to every labourer would not increase the quantity of meat in the country. There is not at present enough for all to have a decent share. What would then be the consequence? The competition among the buyers in the market of meat would rapidly raise the price from sixpence or sevenpence, to two or three shillings in the pound, and the commodity would not be divided among many more than it is at present. When an article is scarce, and cannot be distributed to all, he that can shew the most valid patent, that is, he that offers most money, becomes the possessor.“Ebd., 79. Weiter schreibt Malthus: „The poor laws of England tend to depress the general condition of the poor in these two ways. Their first obvious tendency is to increase population without increasing the food for its support. A poor man may marry with little or no prospect of being able to support a family in independence. They may be said therefore in some measure to create the poor which they maintain, and as the provisions of the country must, in consequence of the increased population, be distributed to every man in smaller proportions, it is evident that the labour of those who are not supported by parish assistance will purchase a smaller quantity of provisions than before and consequently more of them must be driven to ask for support.“ Ebd., 85.

Rekonstruktion und mit Blick auf den Gegenstand dieser Arbeit anders einzuordnen. Aus der Perspektive des Hayekschen Liberalismus, wie er weiter unten vorgestellt wird, ergibt sich eine Interpretation des Denkens von Malthus, die ihn eher als einen Vordenker planwirtschaftlichen Denkens und somit als einen illiberalen Liberalen erscheinen lässt. Friedrich August von Hayek setzte sich intensiv mit den Grenzen wissenschaftlicher Aussagen über gesellschaftliche Zusammenhänge auseinander und vertrat darauf aufbauend die These, dass der Utilitarismus des 19. Jahrhunderts bereits das Ende des liberalen Zeitalters aufgrund eines konstruktivistischen Planungsoptimismus, für den auch Malthus' Bevölkerungstheorie steht, vorwegnahm. Für Hayek war der Utilitarismus eine rationalistische pseudoliberale Denkschule, die den Kern des Liberalismus – nämlich eine Zurückhaltung bei der Gestaltung von Gesellschaft – über Bord warf und eine Mitschuld am Niedergang des Liberalismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert trug.²¹³ Malthus gehört nicht nur zu den Utilitaristen, sondern auch zu den ersten Ökonomen, die mit abstrakten Modellen arbeiteten. Eine große Anzahl von Schriften hat sich bereits mit den Mängeln des bevölkerungstheoretischen Modells Malthus' befasst.²¹⁴ Interessant sind daher nicht die Mängel in den Annahmen, die sich natürlich unter Beibehaltung der malthusianischen Methode erweitern oder abändern ließen. Interessant ist vielmehr für diese Arbeit, inwiefern in der Methode Malthus' bereits ein Keim des planerischen Denkens gelegt wurde, das wir heute bei der ökologischen Wachstumskritik wieder finden und das in dieser Arbeit noch einer Kritik zugeführt werden wird. So weist Tim Jackson explizit in der ideengeschichtlichen Fundierung seiner Wachstumskritik auf Malthus in der Rolle eines wichtigen Vordenkers hin.²¹⁵

Auf den zweiten Strang, der ideengeschichtlich auf die neuere Wachstumskritik weist, ist ebenso einzugehen. Er speist sich aus dem kybernetischen Weltmodell der im Auftrag des Club of Rome im Jahre 1972 veröffentlichten Studie mit dem englischen Titel „Limits to Growth“ (im folgenden kurz LTG). Die Kernthesen der „Grenzen des Wachstums“ entstanden als Computermodell zu Beginn der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts

²¹³ Vgl. F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 2., erw. Aufl, 9–48 (Salzburg: Neugebauer, 1976).

²¹⁴ Vgl. John Cunningham Wood, *Thomas Robert Malthus, critical assessments*, Reprint ed. Routledge critical assessments of leading economists (London, New York, N.Y.: Routledge, 1994). sowie Esteban A. Nicolini, „Was Malthus right? A VAR analysis of economic and demographic interactions in pre-industrial England.“ *European review of economic history* 11, Nr. 1 (2007): 99–121. Für eine übergeordnete Betrachtung im Lichte seiner Zeit siehe Ingrid Hahne Rima, *Development of economic analysis*, 7th ed (New York, NY: Routledge, 2009).

²¹⁵ Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 23–34.

am MIT durch eine Gruppe junger Wissenschaftler, die die Auswirkungen exponentiellen Wachstums im Rahmen einer sog. Systemanalyse auf globaler Ebene untersuchen wollten. Vermittelt durch einen Kollegen gelangten sie an Fördergelder aus Deutschland, die letztlich dabei halfen, das von Dennis und Donella Meadows sowie Jorgen Randers erstellte Weltmodell („World3“) in Form eines Buches der breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Das Weltmodell bildet den Kern und Ausgangspunkt des Buches und enthält alle Aussagen über die Zusammenhänge, die in dem inzwischen zum millionenfachen Bestseller aufgestiegenen Werk zu finden sind.²¹⁶

Die wichtigste Bezugsgröße im Weltmodell World3 ist eine Art Vorgänger des ökologischen Fußabdrucks. Sie steht für „humanities demands on the planet and the globe`s capacity to provide“.²¹⁷ Das Weltmodell versucht damit Aussagen bezüglich der physischen und biologischen Grundlagen unserer Existenz zu treffen.²¹⁸ Traditionell erfolgen industrielle Prozesse entlang zweier Kontakte mit der Natur. Rohstoffe werden entnommen und am Ende der Lebensdauer eines Produktes werden entweder Emissionen durch Verbrennung oder Müll zurückgelassen. Die LTG-Studie geht von einem konstanten Maximum bzw. einer konstanten Regenerationsrate an nachhaltig nutzbaren Naturressourcen und Absorptionsfähigkeiten der Erde aus. Das Konzept der Nachhaltigkeit wurde im Übrigen wesentlich durch die LTG vorangebracht, bevor der Begriff der nachhaltigen Entwicklung mit der Brundtland-Kommission im Jahre 1987 eine eigenständig Dynamik entfaltete, die nicht mehr im Schatten der LTG verortet werden kann. Die ökologische Tragfähigkeit der Erde kann zwar zeitweilig überschritten werden. Langfristig aber ist kein Leben oberhalb von ihr möglich. Auf eine Überschreitung (engl. Overshoot) muss also zwangsläufig eine Kontraktion der Rohstoffnutzung und/oder der Emissionen folgen. Meadows et al drücken dies wie folgt aus:

„The three causes of overshoot are always the same, at any scale from personal to planetary. First there is growth, acceleration, rapid change. Second, there is some form of limit or barrier, beyond which the moving system may not safely go. Third, there is a delay or mistake in the perceptions and the responses that strive to keep the system

²¹⁶ Das kybernetische World3-Modell kann online unter <http://www.world3simulator.org/> interaktiv mit allen Szenarien genutzt werden.

²¹⁷ Meadows, Randers und Meadows, *Limits to growth*, 8. Genauer bezeichnet der ökologische Fußabdruck die Summe aus dem Verbrauch natürlicher Ressourcen (Erze, Fisch, Getreide, Holz usw.) und der Fähigkeit der Welt, Abfälle und Emissionen aufzunehmen. Vgl. ebd., 9.

²¹⁸ Die Messung bezieht sich auf die jährliche Rate, in der Ressourcen gefördert und Emissionen abgegeben werden. Diese wird im Falle der endlichen Ressourcen rechnerisch in die Zukunft prolongiert um die Reichweite in Jahren bei gegebener Förderungsrate zu errechnen.

within its limits. These are necessary and sufficient to produce an overshoot.“²¹⁹ Da die menschliche Zivilisation nach Meadows et al. die Tragfähigkeit der Erde, ihre „carrying capacity“, bereits seit Ende der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts überschritten habe, ist dieser theoretische Vorgang heute von unmittelbarer praktischer Relevanz.²²⁰ Es verbleiben nach Ansicht der Autoren nunmehr nur noch zwei Optionen. Entweder werde die Kontraktion der physischen Ökonomie gesteuert, kontrolliert und bewusst erfolgen, oder eine schreckliche Entwicklung müsse zwangsläufig eintreten: ein rapider, unaufhaltsamer Einbruch der Agrarproduktion, schwindende Rohstoffe, steigende Preise, verschmutzte und ausgelaugte Böden und als Resultat ein Rückgang der Bevölkerung um mehrere Milliarden Menschen innerhalb einer einzigen Generation. Es droht also nach den LTG eine zivilisatorische Katastrophe ungeahnten Ausmaßes, wenn wir als Spezies nicht schnell und entschlossen handeln. Insgesamt geben die Autoren vier Methodenbausteine an, die zu dieser düsteren Prognose führen:²²¹

1. „standard scientific and economic theories about the global system“
2. „data on the world`s resources and environment“
3. „a computermodel to help us integrate that information and project its implications.“
4. „our systems perspective“

Das dem Modell zugrunde liegende Verständnis, der „world view“-Perspektive, dient dazu, die Interaktion von Systemprozessen, etwa des Systems „Bevölkerung“, der Industrie, der Umwelt, usw. zu modellieren. Es lässt sich am besten als eine Kombination aus Aufwärtsdynamiken („virtuous cycles“) und Abwärtsdynamiken („vicious cycles“) beschreiben.²²² So wie auf dem verzinsten Konto der Zinseszins dazu führt, dass Zinsen von heute die Basis für weitere Zinsen von morgen bilden, können menschliche Populationen oder Industrien rapide wachsen, indem sie den jährlichen Output in weiteres Wachstum reinvestieren. Mathematisch handelt es sich hierbei um Exponentialfunktionen. Ihre wichtigste Eigenschaft besteht darin, dass Zuwächse nicht konstant, sondern abhängig vom Niveau der letzten Zeitperiode erfolgen. Aus diesem Grund ist es z.B. der Bundesrepublik möglich, mit nur sehr geringen Wachstumsraten

²¹⁹ Vgl. ebd., 1.

²²⁰ Vgl. ebd., XV.

²²¹ Vgl. ebd., 4.

²²² Vgl. ebd., 164ff.

des BIP absolut weitaus größere Zuwächse insbesondere der Einkommen zu erzielen als eine ganze Reihe von Staaten, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung deutlich zurückliegen, aber über ein wesentlich höheres Wirtschaftswachstum verfügen. So sind zwei Prozent Wachstum des deutschen BIP von etwa zwei Billionen Euro immer noch mehr als zehn Prozent Wachstum der Wirtschaft eines Staates mit nur 200 Milliarden Euro jährlicher Wirtschaftsleistung – es sind hier sogar doppelt so viel, trotz fünfmal größerer Wachstumsrate. Dieser Effekt, der bei natürlichen Wachstumsphänomenen ebenso beobachtet werden kann, führt umgekehrt dazu, dass konstante Wachstumsraten selbst bei geringer Ausgangsbasis nach nur relativ wenigen Zyklen zu extrem hohen Werten führen können. So wird das weltweite BIP bei nur 1,5 Prozent Wachstum in fünfzig Jahren doppelt so hoch sein wie heute.²²³ Die Weltbevölkerung bietet ein ebenso beeindruckendes Beispiel dafür, wie exponentielle Entwicklungen ablaufen. Die Zeitspanne innerhalb derer sich die Weltbevölkerung in der Vergangenheit verdoppelt hat, ist immer weiter gesunken und wird in Zukunft nach Prognosen der Vereinten Nationen noch weiter sinken. 1804 lag die Weltbevölkerung bei einer Milliarde Menschen, ein Wert, für den es Jahrtausende brauchte. 1927 lebten bereits zwei Milliarden Menschen auf der Erde (Verdopplung: 123 Jahre), 1974 bereits vier Milliarden (67 Jahre), 2025 laut UN-Prognose acht Milliarden (50 Jahre).²²⁴

Exponentielle Funktionen können aber auch den Untergang von Systemen beschreiben. Übersteigt die Mortalität die Fertilität einer Population, führen dieselben Verkettungseffekte dazu, dass die absolute Abnahme der Bevölkerung sich beschleunigt. Auch ganze Industrien, die Fischbestände eines Gewässers und vieles mehr können bei einem negativen Regenerationssaldo – also einer Überbeanspruchung (zu geringe Sparrate, Abnutzung, Überfischung, usw.) in eine sich beschleunigende Abwärtsspirale geraten.²²⁵ Das World3-Modell stellt eine Verknüpfung von über 200 Gleichungssystemen dar, die allesamt die Wechselwirkung verschiedener Systeme, Aufwärts und Abwärtsspiralen, simulieren. Das Ergebnis der Simulation lautet: „Once

²²³ Man beachte die sog. Siebziger-Regel. Bei n-Prozent Wachstumsrate tritt eine Verdopplung stets ungefähr in $70/n$ Jahren ein. Bei einem Prozent also in 70 Jahren, bei 2 Prozent in 35 Jahren usw.

²²⁴ Vgl. United States Census Bureau, „World Population: Historical Estimates of World Population“. http://www.census.gov/population/international/data/worldpop/table_history.php (letzter Zugriff: 15. April 2014).

²²⁵ Die demographische Entwicklung Deutschlands bietet so einen Fall: Selbst wenn wir heute die Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau auf nachhaltige 2,1 Kinder erhöhten, würde sich der bereits angestoßene Trend aus Alterung und Schrumpfung der deutschen Bevölkerung noch Jahrzehnte fortsetzen. Frank Schirrmacher wies schon vor langer Zeit darauf hin, dass es daher „dreißig nach zwölf“ sei. Vgl. Frank Schirrmacher, „Dreißig nach zwölf“. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/grundkurs-fuer-staatsbuerger-dreissig-jahre-nach-zwoelf-1215434.html> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2014).

the footprint has grown beyond the sustainable level, as it already has, it must eventually come down – either through a managed process (for example, through rapid increases in eco-efficiency) or through the work of nature (say, through declining use of wood as forests disappear). There is no question about whether growth in the ecological footprint will stop; the only questions are when and by what means“.²²⁶ Und weiter: „Industrial growth will essentially cease, either because investment rates fall, or depreciation begins to rise - or both. If we anticipated these trends, we may exert some rational control over them, selecting the best of the options available to us.“²²⁷ „Birth and death rates, investment and depreciation rates will be balanced by human choice or by feedback from overstressed earthly sources and sinks. The exponential growth curves will slow, bend, and either level off or decline. The condition of human society and the planet at that point could be disastrous.“²²⁸

Das politische Programm der LTG-Studie besteht folglich darin, den ökologischen Fußabdruck durch geeignete Veränderungen der sozialen Institutionen, aber vor allem durch einen durchgreifenden Paradigmenwechsel im Sinne von Verzicht statt unkontrolliertem Konsum, auf ein nachhaltig vertretbares Maß zu senken. *Physisches* Wachstum an Menschen und Kapital (z.B. Minen, Bewässerungssysteme, Schulen, Fabriken) muss aus Sicht der Autoren dazu politisch begrenzt und – wenn man der Logik des Overshoots folgt – in absolute, bewusst herbeigeführte Schrumpfung überführt werden, denn der Status quo wäre als Steady-State nach Ansicht der Autoren bereits nicht mehr nachhaltig. Der „Impakt“ des Menschen ist bereits zu hoch, eine Begrenzung des Wachstums würde nur zu einem Verharren auf diesem überhöhten und gefährlichen Niveau führen. Die einzige Konsequenz aus den LTG kann daher nur eine gesteuerte Rückführung der physischen Wirtschaftsprozesse sein, nicht eine Stabilisierung.²²⁹ Wichtig für die Interpretation der LTG ist, dass das World3 Modell mit unterschiedlichen Kombinationen von Variablenausprägungen digital durchgerechnet wurde. Die jeweiligen Ergebnisse bezeichnen die Autoren als *Szenarien*. Das 30-Jahres-Update von 2004 stellt insgesamt zehn Szenarien vor, in denen z.B. die Ressourcenausstattung des Planeten, die Geburtenraten, oder die Geschwindigkeit des

²²⁶ Meadows, Randers und Meadows, *Limits to growth*, 48.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Ebd.

²²⁹ Auf die hier bereits angedeutete Differenzierung des Wachstumsbegriffes in physisches- und ökonomisches Wachstum wird sogleich näher einzugehen sein.

technologischen Fortschritts variiert werden.²³⁰ Die Kernbotschaft bleibt dabei stets die gleiche, weshalb auf eine detaillierte Erörterung an dieser Stelle verzichtet werden soll. Die entscheidende Modellannahme des World3-Modells der LTG-Studie, die dazu führt, dass alle Szenarien in die Katastrophe weisen, ist die Einführung einer Zeitverzögerung der menschlichen Wahrnehmung des Overshoots. Sie erlaubt es in dem Modell erst, dass die Menschheit eine existenzbedrohende Gefahr heraufbeschwört, in die sie blindlings hinein gerät. Ohne die Einführung von Zeitverzögerungen würde die Überbeanspruchung von Senken oder regenerativen Ressourcen erwartungsgemäß nur mäßigen Schaden mit sich bringen.²³¹ Denn sind die Kosten der Übernutzung schnell sichtbar, ist eine Anpassung noch rechtzeitig möglich. Die Annahme, dass Ökosysteme durch die Menschheit noch Jahrzehnte lang übernutzt werden, der ökologische Fußabdruck also über dem nachhaltigem Niveau lange verbleibt, bis eine schlagartige und unwiederbringliche Gegenreaktion der Ökosysteme erfolgt, macht den Kern des Modells mit Blick auf seine umweltpolitische Botschaft aus. Aus diesem Komplex heraus erst kommen die Autoren zu der Konklusion, dass wir das exponentielle physische Wachstum kontrolliert auf ein nachhaltiges Niveau senken müssen, um einer humanitären Katastrophe zu entgehen, und zwar noch bevor wir überhaupt die Folgen unseres Handelns spüren.²³² Konkret fordern die Autoren aus dieser Überlegung heraus eine vollständige Bevölkerungskontrolle sowie eine gezielte politische Steuerung des materiellen Wohlstands, gemessen durch das BIP, sowohl hinsichtlich der Gesamtgröße im weltweiten Wirtschaftssystem, als auch hinsichtlich der Verteilung.²³³

Zwar werden in den LTG auch graduelle Auswege diskutiert, die im Kleinen ansetzen und durch ihre breite Anwendung in der Masse einen Beitrag zur Reduktion des ökologischen Schadens leisten, etwa Innovationen in der Energiebranche oder Maßnahmen zur Steigerung der Masseeffizienz in der Industrie. Es wäre aber ein völliges Missverständnis, die LTG als große Ermahnung zur ökologischen Effizienzsteigerung innerhalb des bestehenden exponentiellen Wachstumspfad zu interpretieren. Der malthusianische Kern einer deduktiv aus einem langfristig angelegten Modell hergeleiteten Untergangsvision hat vor dem optimistischen

²³⁰ Ebd., 167ff.

²³¹ Ebd., 157ff.

²³² So schreiben Meadows et al.: „Can this physical growth realistically continue forever? Our answer is no! Growth in population and capital increases the ecological footprint of humanity, the burden humanity places on the world ecosystem, unless there is a successful effort to avoid such an increase.“ ebd., 48.

²³³ So befürwortet die Studie schließlich das Szenario 9, in dem eine vollständige Geburtenkontrolle („perfect birth control“) auf ein global einheitliches Konsumniveau („an industrial output per capita level for everyone“) bei gleichzeitig hohen Investitionen in grüne Technologien trifft. Vgl. ebd., 238–248.

Grundtenor, der üblicherweise in Effizienzstrategien zum Ausdruck kommt, bei den LTG Vorrang.²³⁴ Im Zentrum steht der modelltechnisch explizierte Glaube an ein geradezu geschichtsphilosophisches Gesetz der Entwicklung von endlichen Systemen: Das was exponentiell innerhalb eines endlichen Rahmens wächst, muss (a priori, apodiktisch) wieder zusammenbrechen. Aus Sicht von Meadows et al. ist es nur eine Frage, ob dies geordnet oder unkontrolliert und verheerend geschieht.²³⁵ Interessanterweise verneint Meadows denn auch die These, die Bedeutung des Buches liege darin, die Grenzen des Wachstums aufgezeigt zu haben. Vielmehr sei man gerade in umgekehrter Weise davon *ausgegangen* (sic!), „dass es auf einem endlichen Planeten Grenzen des physischen Wachstums geben wird.“ Die Forschungsfrage lag aus Sicht Meadows` 1972 eher darin herauszufinden „Wann und wie“ diese Grenzen erreicht würden.²³⁶

Im folgenden soll die Studie einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Ein Zitat aus den LTG erlaubt dafür einen guten Einstieg: „Our emphasis is on the physical economy, the real things to which the earth`s limits apply, not the money economy, which is a social invention not constrained by the physical laws of the planet“.²³⁷ Das zentrale Problem der Club of Rome Studie als Basis einer ökologischen Wachstumskritik stellt der verwendete Wachstumsbegriff dar. Anders als vor dem Hintergrund der heutigen Debatte um eine Green Economy oder einen Steady-State zu erwarten wäre, liegt mit den LTG gar keine Kritik am *Wirtschaftswachstum*, sondern stattdessen eine Kritik am „physischen Wachstum“ vor.²³⁸ Beide Termini stehen für unterschiedliche Prozesse und können in der Realität ganz unterschiedlich ablaufen. Physisches Wachstum orientiert sich an einem Zuwachs des Umfangs an real existierenden Anlagen, nicht den Konstrukten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Kapital, Investitionen, usw.). Wirtschaftswachstum ist an einen monetären Prozess geknüpft. Es ist das Wachstum der geldmäßig erfassten Leistungen innerhalb eines Jahres – entweder gemessen als Summe der Entstehungsgrößen, der daraus erzeugten Outputs

²³⁴ Das wird v.a. daran ersichtlich, dass Effizienz in den Szenarien variiert wird, der Kollaps aber höchstens später eintritt. So stellt Szenario drei eine Welt mit hohen Effizienzsteigerungen bei der Verringerung von Schadstoffen der Industrie dar. Da die LTG-Studie jedoch davon ausgeht, dass zwischen Entwicklung neuer Technologien und ihrem massiven Einsatz 20 Jahre liegen und weil währenddessen Wachstumsprozesse weiterlaufen, verschiebt Technologie den Kollaps der Weltwirtschaft nur – kann ihn jedoch nicht verhindern. Vgl. ebd., 210ff.

²³⁵ „Overshoot can lead to two different outcomes. One is a crash of some kind. Another is a deliberate turnaround, a correction, a careful easing down.“ ebd., 3.

²³⁶ Vgl. FAZ, „Dennis Meadows im Gespräch: „Wir haben die Welt nicht gerettet““. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/dennis-meadows-im-gespraech-wir-haben-die-welt-nicht-gerettet-11671491.html> (letzter Zugriff: 16. April 2014).

²³⁷ Meadows, Randers und Meadows, *Limits to growth*, 37.

²³⁸ Ebd., 8.

oder der dabei erwirtschafteten Einkommen im Wirtschaftskreislauf.²³⁹ So kann Inflation hier etwa dazu führen, dass das nominale Wachstum des BIP real keine Veränderung der physischen Ökonomie mit sich bringt. Auch sind im Indikator des monetär erfassten Wachstums Abschreibungen enthalten, die sich auf den Ersatz bestehender Anlagen und nicht auf den Aufbau neuer Anlagen beziehen. Eine einfache Übereinstimmung von physischem Wachstum und monetarisiertem Wachstum ist also nicht unmittelbar gegeben.

Darauf aufbauend besteht ein Problem in der diffusen Bedeutung des Konzepts eines physischen Wachstums. Angenommen der Anteil erneuerbarer Energien nehme bei einer zuvor auf Kohle basierenden Energieerzeugung deutlich zu. Nun erzeugen Windparks und Solaranlagen, Biogas, Wasserkraft und Geothermie die Energie, die zuvor aus Kohle gewonnen wurde. Ökonomisch wurden hierzu zahllose Transaktionen getätigt: Investitionen wurden realisiert, Löhne und Gehälter für den Aufbau bezahlt, Industrien erhielten Mittel, um die physischen und nicht-physischen Leistungen (z.B. Software, Versicherungen) zu erbringen, die für den Austausch der Anlagen notwendig werden. Die Wirtschaftsleistung wird durch eine solche Energiewende c.p. wachsen. Es ist aber auch denkbar, dass sie gleich bleibt oder sinkt, je nachdem, wie stark negative Effekte aus der Einstellung der Kohlenutzung auf die Ökonomie eintreten und womöglich die positiven Wachstumseffekte überkompensieren. Doch wie steht es in einem solchen Fall um das „physische Wachstum“? Geht man nach der Fläche, die zuvor verbraucht wurde, so ist das neue erneuerbare Energiesystem wesentlich platzbedürftiger als die Kohlekraftwerke. Solaranlagen und Windparks brauchen in der Regel deutlich größere Flächen als alle fossilen Energieerzeugungsformen. Geht es nach dem Ressourcenverbrauch, kann man sowohl eine Schrumpfung, als auch ein Wachstum im physischen Sinne konstatieren. Kohle wird nicht mehr verbraucht, liegt nun also ungenutzt im Boden. Hier liegt Schrumpfung vor. Aber für den Aufbau der Solaranlagen und Windparks sowie der gesamten Infrastruktur müssen große Mengen an anderen Materialien, etwa an Stahl, hergestellt werden. Eisenerz, Kohle, Mangan, Zink, Zinn, Lithium, Gallium usw. sind zurzeit unumgänglich für den Aufbau grüner Industrien. Hier

²³⁹ Wachstum ist definitorisch zu 100% an das jeweilige Wohlstandsmaß gebunden, dessen Anstieg als Wachstum bezeichnet wird. Aktuell handelt es sich hierbei um das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Änderungen bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts oder ein Wechsel auf andere Messverfahren wirtschaftlicher Aktivität machen natürlich eine Neubewertung von Wachstum notwendig. Mit dem BIP ist an der Trennlinie zwischen einem monetarisierten materiellen Wohlstandsmaß auf der einen und der Vorstellung einer physischen Ökonomie, wie sie Meadows et al. vertreten, nicht zu rütteln. Diese Unterscheidung ist mit Blick auf die Relevanz der „Grenzen des Wachstums“ für die Beurteilung von Wachstum von großer Bedeutung.

wird also eine zusätzliche Menge an Material aus der Erde entnommen. Es liegt physisches Wachstum und physische Schrumpfung vor. Die Gewichtung erscheint dabei aber von den Autoren der Grenzen des Wachstums nicht ausreichend berücksichtigt worden zu sein. Zählt beispielsweise eine Tonne nicht geförderter Kohle genauso viel wie eine Tonne Eisenerz oder gar wie eine Tonne Lithium? Noch weitere Fragen schließen sich an. Etwa, wie viel die Vermeidung *zukünftiger* Kohleförderung in heutigen Maßstäben zum Vergleich zu heutigen Verbräuchen von Metallen zählt, also wie und ob eine Diskontierung erfolgen soll. Und nicht zuletzt geht es hier nicht nur um Rohstoffe. Solaranlagen benötigen beispielsweise wesentlich mehr Platz als kompakte Kraftwerksanlagen, um dieselbe Menge an Energie zu erzeugen.²⁴⁰ Ist ein Quadratkilometer Fläche, der zusätzlich für die solare Energieerzeugung genutzt wird mehr oder weniger wert als eine Tonne Kohle, die heute oder auch erst in zehn Jahren eingespart wird? Ein äquivalenter Maßstab zur Priorisierung von Vorhaben und einer Abschätzung der Kosten, wie er in der monetären Ökonomie über den Preis vorliegt, ist in einer physischen Ökonomie offensichtlich ungleich schwerer zu formulieren.

Das letzte Beispiel soll verdeutlichen, dass im Kern der LTG-Studie kein ökonomisches, sondern ein materialistisches Weltbild angelegt ist und dass dies zu gravierenden Unterschieden in der Beurteilung der Relevanz des Modells für den Topos der Kritik des Wirtschaftswachstums führt.²⁴¹ Meadows et al. versuchten 1972 mit ihren Modellen am MIT nicht zu zeigen, dass fortwährendes Wirtschaftswachstum den ökologischen Fußabdruck der Menschheit soweit überdehnt, dass es zu einem Overshoot kommen muss, der in der unabwendbaren Rückwärtsbewegung die Lebensgrundlage von Milliarden zerstören muss. Diese Wenn-Dann Aussagen traf das Modell vielmehr für die Variable „physisches Wachstum“.²⁴² Beide sind, wie gezeigt, nicht identisch. Wohl aber, und hier kritisieren Meadows et al. durch das Wirtschaftswachstum, sind Steigerungen des wirtschaftlichen Outputs (gemessen am BIP) und gesteigerter physischer Output in der Vergangenheit stark miteinander einher gegangen. Nationen mit hohem Wirtschaftswachstum waren in der Regel auch für größere Emissionen, höheren Ressourcenverbrauch und stärkere Nutzung von ökologischen Systemen verantwortlich.

²⁴⁰ Ihre Leistung pro Fläche (Watt pro Quadratmeter) ist sehr gering und letztlich durch die einfallende Sonnenstrahlung pro qm auf der Erde und die Gesetze der Thermodynamik absolut begrenzt. Erneuerbare Energien werden also zwangsläufig mit anderen Formen der Flächennutzung konkurrieren. Im Modell des „physischen Wachstums“ gibt es aber auch hierfür keinerlei Maßstab.

²⁴¹ Gemeint ist eine an sichtbaren Ergebnissen des ökonomischen Prozesses orientierte Perspektive mit besonderer Berücksichtigung der naturwissenschaftlichen Dimension. Alternativ könnte von physikalistischem Weltbild die Rede sein.

²⁴² Siehe oben.

Inwieweit dies *theoretisch* auch so sein muss, wird im Zuge der Entkopplungsdebatte diskutiert und spielt bei der Bewertung der Wachstumskritik im Verlauf dieser Arbeit eine wichtige Rolle. „Our concern about collapse does not come from belief that the world is about to exhaust the planet’s stock of energy and raw materials. Every scenario produced by World3 shows that the world in the year 2100 still has a significant fraction of the resources that it had in the year 1900. In analyzing World3 projections our concern rather arises from the growing cost of exploiting the globe’s sources and sinks (...). Data on these costs are inadequate, and there is substantial debate on the issue. But we conclude from the evidence that growth in the harvest of renewable resources, depletion of nonrenewable materials, and filling of the sinks are combining slowly and inexorably to raise the amount of energy and capital required to sustain the quantity and the quality of the material flows required by the economy.“²⁴³

Der Ansatz hinter dem Modell World3 versteht sich als Mischung aus Naturwissenschaft und „standard and economic theories“.²⁴⁴ Aber Annahmen zur Reproduktion von Kapital in Abhängigkeit von Rohstoffpreisen sind eine Sache der volkswirtschaftlichen Theorie, die hier ohne eigenständige Reflexion und unter Missachtung des Pluralismus eingebunden wird. Es dürfte darüber hinaus generell äußerst schwer sein, mithilfe makroökonomischer Theorien ein Modell zu entwerfen, das uns sagt, wie sich steigende Rohstoffpreise etwa im Zeitraum von 2051-2090 auf die dann vorliegende Industrie und damit auf die sich dann ergebende Chance auf Wirtschaftswachstum auswirken. Es ist bekannt: Steigende Rohstoffpreise regen in der Regel die Explorationen neuer Quellen und Sparmaßnahmen bei den Verbrauchern an. Zugleich sucht die Industrie bei steigenden Preisen nach billigeren Substituten für teure Rohstoffe. Das muss nicht immer gelingen. Wir nutzen auch heute noch immer Millionen Barrel Öl jeden Tag, obwohl die Preise jüngst stark gestiegen sind. Die Frage nach der Berechtigung eines physikalischen Determinismus bezüglich wirtschaftlicher Prozesse ist sicherlich zu einem Teil vom physikalischen Standpunkt aus einseitig zu beantworten.²⁴⁵ Die LTG-Studie hingegen tut so, also sei dies hier *vor allem* eine naturwissenschaftliche Frage. Diese Sichtweise wird beispielsweise mithilfe ökonomischer Argumente von Julian Simon bestritten.²⁴⁶ Die Auswirkungen zunehmender Knappheit eines Rohstoffs sind

²⁴³ Meadows, Randers und Meadows, *Limits to growth*, 51.

²⁴⁴ Ebd., 3f.

²⁴⁵ Etwa in Bezug auf den zweiten Satz der Thermodynamik, auf den Steady-State Ökonomen immer wieder verweisen und zur Grundlage ihrer Theorien erheben.

²⁴⁶ Vgl. Julian Simon, *The Ultimate Resource*, (Princeton: Princeton University Press, 1981), 30ff.

nach Simon vor allem eine Frage wirtschaftlicher Vorgänge, die ihrerseits durch Gestaltung politischer Rahmenbedingungen beeinflusst werden können. In einer von Monopolen beherrschten Wirtschaft werden Kostensteigerungen bei der Exploration nach neuen Rohstoffen beispielsweise andere Preisreaktionen nach sich ziehen, als auf Märkten mit starker Konkurrenz und einer Vielzahl von Unternehmen. Nicht zuletzt müssen wir auf das Wissensproblem der LTG und anderer Beispiele aus dem Bereich der Systemanalyse verweisen. Die von Meadows et al. aufgestellten Modellannahmen spiegeln einen starken Pessimismus über die Innovationskraft der menschlichen Zivilisation wider. Wie genau sich selbst ein Rückgang der physischen Verfügbarkeit von Rohstoffen *auf breiter Front* auswirken wird, wissen wir nicht, da wir schlicht nicht wissen, was wir nicht wissen. Die in allen zehn Szenarien der LTG in einen negativen Kurvenverlauf übergehenden Funktionen für die Konsumgüterproduktion, die produzierte Nahrung pro Person, Lebenserwartung, Dienstleistungsangebot, Bevölkerung, Industrieoutput und „Human Welfare“ sind das Ergebnis eines begrenzten Sets von Annahmen über die Reaktionsmöglichkeiten der Gesellschaft auf widrige Umweltbedingungen, die sich im Verlaufe der Zeit als falsch herausstellen können. Es stellt natürlich die prognostische Kraft des Weltmodells insgesamt infrage, wenn unterstellt wird, wir wüssten mit ausreichender Sicherheit, wie genau steigende Rohstoffpreise und erschöpfte Ökosysteme sich auf unsere Ökonomie auswirken.²⁴⁷ Wenn die Futurologie – die Zukunftsforschung – eines lehrt, dann dass lineare Projektionen mit zunehmendem Zeitabstand immer unsicherer werden, weil unerwartete Entwicklungen bestehende Entwicklungspfade überlagern. Die Zukunft ist also durchaus offener, als es das world3-Modell suggeriert.

2.1.2. Überblick über die jüngere Literatur

Die Wachstumskritik hat in der Volkswirtschaftslehre zumindest bisher nicht maßgeblich Fuß fassen können. Dies wird verständlich, wenn wir uns das Verhältnis gerade der Makroökonomien zum Wachstum seit 1945 betrachten. Es ist das erklärte Ziel der meisten Makroökonomien seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen, ausgehend von

²⁴⁷ Man denke etwa an die vor zehn Jahren noch völlig unbekannte aber mittlerweile schon volumenmäßig stark relevante Menge an Zuchtfisch, die z.B. in Norwegen produziert wird und zurückgehende Fangmengen teilweise kompensieren konnte. Solche Innovationen erfolgen oft sprunghaft und eben nicht graduell-linear. Sie sind daher äußerst schwierig im Rahmen einer Studie einzufangen, die letztlich nur Trends fortschreibt.

der Erfahrung großer Not in der Nachkriegszeit und der Massenarbeitslosigkeit während der Großen Depression – die Frage nach den Bestimmungsgründen kontinuierlichen Wachstums zu stellen, um wertvolle Erkenntnisse für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Arbeiten zur Wachstumstheorie erhielten bereits mehrfach den sog. Preis für Wirtschaftswissenschaften im Gedenken an Alfred Nobel.²⁴⁸ Sie stellen im Kern nicht die Frage nach dem Sinn oder Unsinn von Wachstum, sondern nach den Kausalbeziehungen zwischen Kapital, Arbeit, Technologie und Wirtschaftswachstum (s.o.). Diese Weigerung einer grundsätzlichen normativen Reflexion des Wachstumsphänomens wird von einer Minderheit in der Ökonomik schon seit den 1970er Jahren als überkommenes Paradigma empfunden.²⁴⁹ Es entstand seither die Gruppe wachstumskritischer Ökonomen. Zwei Stränge sollen kurz vorgestellt werden.

Herman Daly ist Mitbegründer der International Society for Ecological Economics und Vordenker einer Wissenschaft der stationären Wirtschaft („Steady-State Economics“), die versucht makroökonomische Modelle zur Absenkung des Wirtschaftswachstums mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung zu entwerfen.²⁵⁰ Daly kritisiert vor allem die große Kluft zwischen entmaterialisierter Wirtschaftswissenschaft und der physisch stattfindenden Ökonomie. Er publizierte bereits über 100 Artikel auf dem Gebiet der „Ecological Economics“, zu deren Mitbegründern er zählt. Im Jahre 1989 stellte Daly zusammen mit John B. Cobb auf Basis der Arbeiten Nordhaus` und Tobins einen eigenen alternativen Wohlfahrtsindikator zum Ersatz des Bruttoinlandsprodukts vor: den Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW).²⁵¹ Erst heute, über zwanzig Jahre nach dieser Arbeit werden solche Ansätze von einer breiten Öffentlichkeit rezipiert und wissenschaftlich von einer größeren Forschergemeinde kontinuierlich weiterentwickelt. Das Zwischenergebnis dieser Bestrebungen stellt der Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-

²⁴⁸ So etwa Robert Solow, der das neoklassische Wachstumsmodell maßgeblich voranbrachte.

²⁴⁹ Vgl. Georgescu-Roegen, *Entropy law and the economic process*. sowie Herman E. Daly, *Toward a steady-state economy* (San Francisco: W. H. Freeman, 1973). Der Beginn der Diskussion um alternative Verfahren der Wohlfahrtsmessung fällt ebenfalls in die frühen Siebziger Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts. Vgl. insbesondere William Nordhaus und James Tobin, „Is growth obsolete?“ *Economic growth : Fiftieth Anniversary Colloquium 5. (National Bureau of Economic Research, New York, Fiftieth Anniversary Colloquium 5)* 5 (1972) (1972): 1–80.

²⁵⁰ Vgl. Herman E. Daly, *Steady-state economics*, 2. ed. with new essays (Washington DC u.a: Island Pr, 1991).

²⁵¹ Vgl. Herman E. Daly, John B. Cobb und Clifford W. Cobb, *For the common good: Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future*, 2nd ed., updated and expanded (Boston: Beacon Press, 1994).

Kommission von 2009 dar.²⁵² Daly ist überzeugt von der Idee eines Steady-State, in dem die physische Ökonomie ein nachhaltiges Niveau innerhalb ökologischer Grenzen erreichen und halten soll. Das Konzept des Steady-State wurde bereits bei John Stuart Mill und John Maynard Keynes punktuell diskutiert. So schreibt Mill in seinem Hauptwerk: „(...) the increase of wealth is not boundless. The end of growth leads to a stationary state. The stationary state of capital and wealth (...) would be a very considerable improvement on our present condition.“²⁵³ Bei Daly, gut 150 Jahre nach Mill, rückt diese Vision ins Zentrum ökonomischer Analyse. Das BIP soll bei Daly im Steady-State relativ konstant bleiben, die Energie- und Materialflüsse minimiert, die Bevölkerung konstant gehalten werden. In der Tradition Dalys stehen auch die Arbeiten Peter Victors. Victor gilt als einer der einflussreichsten wachstumskritischen Makroökonomien. Victors Low-Growth-Modell erlaubt, anders als Dalys Steady-State, geringe Wachstumsraten im öffentlichen Sektor, zielt auf die Verringerung der Arbeitszeit und eine Verschiebung von privatem Konsum hin zu öffentlichen Kollektivgütern ab.²⁵⁴ Victors Ansatz steht Pate für die Lösungsansätze Tim Jacksons und wird daher später erneut aufgegriffen.

Im Umfeld wachstumskritischer Arbeiten aus der Ökonomik sind an dieser Stelle auch der Bericht an den Club of Rome von 1972 – „Die Grenzen des Wachstums“ zu nennen (s.o.), die auf den Ansatz der Systemanalyse zurückgreifen und daher kein klassisches ökonomisches Instrumentarium anwenden, sondern eine Synthese von Erdsystemanalyse und Makroökonomik anstreben. Ähnlich geht auch der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) vor, kommt aber nicht per se zu einer Ablehnung des Wachstums.²⁵⁵ Bezeichnender Weise handelt es sich bei vielen Arbeiten in der Folge der LTG, wie dem einflussreichen Werk Paul R. Ehrlichs, „Die Bevölkerungsbombe“, nicht um Arbeiten ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler, sondern zumeist um die von Naturwissenschaftlern, darunter insbesondere von Physikern und Biologen. Große Parallelen in der Argumentation Ehrlichs und des Club of Rome finden sich zweifelsohne zur Bevölkerungstheorie des Thomas Robert Malthus`, weshalb auch vom Neomalthusianismus die Rede ist.²⁵⁶ Die wachstumskritische

²⁵² Vgl. Stiglitz, Sen und Fitoussi, *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*.

²⁵³ John Stuart Mill, *Principles of political economy*, Book IV, Chap. VI.

²⁵⁴ Vgl. Victor, *Managing without growth*.

²⁵⁵ Vgl. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*.

²⁵⁶ So zeichnen etwa Desrochers und Hoffbauer die Ideengeschichte der „Bevölkerungsbombe“ Ehrlichs bis 1945 nach und ordnen Sie in ein Neo-Malthusianisches Denkmodell ein. Vgl. Pierre Desrochers und

Literatur kann im Anschluss an den Literaturüberblick Pennekamps systematisiert werden. Es können unterschieden werden:²⁵⁷

1. Studien zur These, dass Einkommen und Lebenszufriedenheit auseinander fallen²⁵⁸
2. Physikalisch-Ökonomische Kritik, vor allem durch Herman Daly und Georgescu-Roegen.
3. Ökologische Wachstumskritik
 - 3.1. Mathematische Simulationen
 - 3.1.1. Club of Rome Studie „Die Grenzen des Wachstums“
 - 3.1.2. William Nordhaus' DICE-Modell²⁵⁹
 - 3.2. Ernst-Ulrich von Weizsäckers Studien „Faktor Vier“ und „Faktor Fünf“²⁶⁰
 - 3.3. Die in dieser Arbeit diskutierten Beiträge von Meinhard Miegel und Tim Jackson
 - 3.4. Beiträge zur Entkopplungsdebatte²⁶¹
4. Die Theorie sozialer Grenzen des Wachstums von Fred Hirsch²⁶²
5. Wachstumskritik aufgrund der Annahme einer Übererfüllung der Bedürfnisse²⁶³

Christine Hoffbauer, „The Post War Intellectual Roots of the Population Bomb.“ *The Electronic Journal of Sustainable Development*, 1(3) (2009).
http://www.dpi.inpe.br/sil/cst310/Aula2_fundamentos/THE_POST_WAR_INTELLECTUAL_ROOTS_OF_THE_POPULATION_BOMB_-_FAIRFIELD_OSBORNS_OUR_PLUNDERED_PLANET_AND_WILLIAM_VOGTS_ROAD_TO_SURVIVAL_IN_RETROSPECT.pdf.

²⁵⁷ Vgl. Johannes Pennekamp, „Wohlstand ohne Wachstum: Ein Literaturüberblick“. <http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/3248/>.

²⁵⁸ Die Diskussion wird wesentlich um das sog. Easterlin Paradox herum geführt. Siehe Easterlin, „Does economic growth improve the human lot?“. Zur aktuellen Diskussion siehe Richard A. Easterlin, *The Happiness-Income Paradox Revisited*. IZA Discussion Paper No. 5799 (Bonn: IZA, 2011). sowie R. H. Frank, „The easterlin paradox revisited.“ *Happiness, economics and politics : towards a multi-disciplinary approach* (2009). Vgl. auch Bruno S. Frey und Alois Stutzer, *Recent developments in the economics of happiness*. An Elgar research collection (Cheltenham: Edward Elgar Pub., 2013). sowie E. Ruzele, *Easterlin Paradox Revisited: Does Economic Growth Contribute to Happiness?* (Rotterdam, Rotterdam: Erasmus University; Erasmus University Rotterdam [Host], 2009). Vgl. schließlich Stevenson und Wolfers, *Economic growth and subjective well-being*.

²⁵⁹ Vgl. William D. Nordhaus, *The "Dice" model: Background and structure of a dynamic integrated climate-economy model of the economics of global warming*. Cowles Foundation discussion paper no. 1009 (New Haven, Conn: Cowles Foundation, 1992).

²⁶⁰ Vgl. Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Amory Bloch Lovins und Hunter L. Lovins, *Faktor vier: Doppelter Wohlstand halbiertes Naturverbrauch* (München: Knauer, 1996). Vgl. auch ebd.

²⁶¹ Einen hervorragenden Einblick in die Thematik bieten Madlener und Alcott, die hierzu im Rahmen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages arbeiteten. Vgl. Reinhard Madlener und Blake Alcott, „Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkopplung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum“.

²⁶² Vgl. Fred Hirsch, *Die sozialen Grenzen des Wachstums: Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*, 1. Aufl. Eine Studie des Twentieth Century Fund (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1976).

Die Wachstumskritik, die für diese Arbeit herangezogen wird, ist die ökologische Wachstumskritik Meinhard Miegels und Tim Jacksons. Sie zeichnet sich gegenüber den anderen Ansätzen durch einen Zugang aus, der als holistisch, inklusiv und normativ charakterisiert werden kann. Anders als etwa die physikalisch-ökonomische Kritik beziehen sich Miegel und Jackson nicht auf einen eng umrissenen Aspekt des Wachstums als Phänomen der Ökonomie, sondern versuchen ein möglichst breites Bild einer auf Wachstum ausgerichteten *Gesellschaft* zu konstruieren. In diesem Sinne ist der Ansatz holistisch. Ergänzend werden spezifischere Ansätze wie die Dalys für die eigene Argumentation herangezogen und mit Forschungen etwa zur Glücksforschung oder Ansätzen der Philosophie des guten Lebens kombiniert. In diesem Sinne arbeiten Miegel und Jackson inklusiv. Schließlich ist das Movens beider nicht nur der reine akademische Wissensdurst, sondern das Ansinnen, eine breitere Öffentlichkeit von der Richtigkeit der eigenen Ideen praktisch zu überzeugen und auf diese Weise eine positive Veränderung der Gesellschaft unmittelbar anzustoßen. In diesem Sinne sind beide Wachstumskritiken, anders als beispielsweise makroökonomische Steady-State Modelle, *normativ* angelegt.²⁶⁴ Aufgrund dieser drei Merkmale, die die Arbeiten Miegels und Jacksons als Form des politischen Denkens aus der Masse der Wachstumskritik herausheben, ist eine entsprechende gesellschaftstheoretische Auseinandersetzung an diesen Arbeiten besonders gut möglich. Im Folgenden wird zunächst die Wachstumskritik Meinhard Miegels, im Anschluss jene Tim Jacksons nachgezeichnet.

²⁶³ Vgl. Charles Berkeley Siegel, *The End of Economic Growth* (Berkeley, CA: The Preservation Institute, 2006).

²⁶⁴ Man kann Miegel und Jackson, wie in der Einleitung bereits dargelegt, mit Fug und Recht auch als Public Intellectuals bezeichnen.

2.2. Die Wachstumskritik Meinhard Miegels

2.2.1. Zur Person

Meinhard Miegel ist ein deutscher Jurist, Publizist und Sozialwissenschaftler mit interdisziplinärem Forschungsfeld. Miegel kann dem konservativen Milieu zugeordnet werden.²⁶⁵ Mit Kurt Biedenkopf gründete er 1977 das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn und lehrte von 1992 bis 1998 als außerplanmäßiger Professor an der Universität Leipzig auf dem Gebiet der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen Osteuropas. Seit 2007 ist Miegel Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“ sowie seit 2010 Mitglied der inzwischen abgeschlossenen Enquete-Kommission des 17. Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Zu Meinhard Miegels Forschungsgebiet zählen Studien zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Industrieländer.²⁶⁶ Miegel forscht besonders zum Themenkreis der sozialen Sicherung und der Herausforderungen im Zuge des demographischen Wandels. Inhaltlich fordert er seit langem einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme nach dem Prinzip der Grundsicherung, um Deutschland auf die Alterung der Gesellschaft vorzubereiten.²⁶⁷ Insofern interessiert Miegel seit vielen Jahren die fiskalische Nachhaltigkeit. Seine Veröffentlichungen zeichnet oftmals ein pessimistischer Grundton aus.²⁶⁸ Miegel erweitert nunmehr seinen Themenbereich auf das Konzept und die gesellschaftlichen Folgen des Wachstums. Neben seiner

²⁶⁵ Miegel studierte Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main und Washington D.C. sowie im Rechtswissenschaften, Philosophie und Volkswirtschaftslehre. Miegel besitzt einen Dokortitel der Jurisprudenz und war zeitweise als Anwalt tätig. Miegel ist langjähriges CDU-Mitglied und hat lange Zeit für Kurt Biedenkopf gearbeitet.

²⁶⁶ Vgl. Meinhard Miegel, *Epochenwende: Gewinnt der Westen die Zukunft?*, 4. Aufl (Berlin: Propyläen-Verl, 2005). <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-549-07177-9>.

²⁶⁷ So schreibt Miegel: Nimmt nun der zu versorgende Altenanteil in der zu erwartenden Größenordnung zu, steigt bei Beibehaltung der derzeitigen Sozialsysteme die Belastung der Aktiven unter optimistischsten Annahmen auf mindestens zwei Drittel, abermals zuzüglich Steuern. Ein solches Szenario darf nicht Wirklichkeit werden.“ Und weiter: „Auch für die gesetzliche Alterssicherung gilt: Rückführung auf eine Grundsicherung.“ Miegels Konklusion: „Doch sei vor Illusionen gewarnt. Alle diese Reformen, so dringlich und notwendig sie auch sind, können die Folgen des demografischen Umbruchs nur mildern, nicht jedoch beseitigen. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden wir eine Suppe auslöffeln müssen, die wir uns im Laufe einer Generation eingebrockt haben. Der Sozialstaat hat die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit überschritten, und gleichzeitig explodieren demografiebedingt die an ihn gerichteten Anforderungen.“ Gunter Hofmann, „Vertrauter Untergangsgesang.“ *Die ZEIT*, 8. September 2005. <http://www.zeit.de/2005/37/P-BiG> (letzter Zugriff: 18. April 2014).

²⁶⁸ Die ZEIT attestiert Miegel gar einen „Untergangspessimismus“. ebd. Siehe auch Meinhard Miegel und Stefanie Wahl, *Das Ende des Individualismus: Die Kultur des Westens zerstört sich selbst* (München: Verl. Bonn Aktuell, 1993). sowie Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft: Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*, 10. Aufl (Berlin: Propyläen, 2002). <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD2200204291359008.pdf>.

Monographie „Exit – Wohlstand ohne Wachstum“ von 2010 veröffentlichte Miegel auch einen Essay zur Wachstumskritik sowie zusammen mit dem Denkwerk Zukunft die Studie „Für einen Bewusstseinswandel – von der Konsum- zur Wohlstandskultur“.²⁶⁹ Darüber hinaus erschienen zahlreiche Beiträge und Interviews Miegels in Zeitungen und (Fach-) Zeitschriften, die seinen Ruf als Publizist mit einem Gespür für relevante gesellschaftliche Themen jenseits des politischen Tagesgeschäfts bestätigen.²⁷⁰ So schrieb die ZEIT über Miegel: „Meinhard Miegel gehört zu den öffentlichen Intellektuellen in Deutschland, die die Politik beharrlich mit den Zukunftsproblemen der Gesellschaft konfrontieren“.²⁷¹ In diesem Sinne soll Miegels Wachstumskritik als Verweis auf ein solches Zukunftsproblem nachgezeichnet werden.

2.2.2. Die ökologische Wachstumskritik Meinhard Miegels – Überblick

Miegel beginnt seine Wachstumskritik mit einer Analyse der jüngsten Finanzkrise. Er stellt in seinem Buch, das nach Beginn der Eurokrise 2010 erschienen ist, einen Konsens aller Parteien in Deutschland und den anderen Industrienationen fest, der darin bestehe, alles zu tun, um dem Wachstum der Wirtschaft in der jüngsten Wirtschaftskrise wieder auf die Beine zu helfen. So gaben die größten Nationen 2009 nach Miegel zur Wiederbelebung der Wirtschaft allein 1,8 Billionen Euro in Form von Konjunkturprogrammen aus.

Miegel macht alle wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure für die Krise verantwortlich, darunter die hoch verschuldeten Banken, den verschuldeten Konsum-Bürger und auch die Unternehmen, die „(...) naiv an ewiges Wachstum glaubten und die unter Missachtung elementarer Grundsätze kaufmännischer Vorsicht alles auf die Karte steiler Umsatzsteigerung und hoher Gewinne setzten.“²⁷² Auch die Ökonomen und nicht zuletzt die Politik(er) tragen nach Miegel eine Mitschuld an der Krise. Die Fehler der Regulierer des Finanzmarktes waren nach Miegel geblendet, „fest

²⁶⁹ Meinhard Miegel, „Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2012, 27-28 (2012): 27-32. <http://www.bpb.de/apuz/139182/welches-wachstum-und-welchen-wohlstand-wollen-wir-essay> (letzter Zugriff: 17. April 2014), 27.

²⁷⁰ Siehe Meinhard Miegel, „Weniger Wachstum wagen.“ *Der Tagesspiegel*, 16. August 2011. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/positionen-weniger-wachstum-wagen/4504990.html> (letzter Zugriff: 17. April 2014). sowie Meinhard Miegel, „Das Jahr der finalen Krise: Serie "Die Zukunft des Kapitalismus" (7).“ *FAZ.NET*, 3. Juni 2009. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-zukunft-des-kapitalismus-7-2015-das-jahr-der-finalen-krise-1818036.html>.

²⁷¹ Vgl. Warnfried Dettling, „Lauter letzte Warnungen.“ *Die ZEIT*, 7. März 2002. http://www.zeit.de/2002/11/Lauter_letzte_Warnungen (letzter Zugriff: 23. April 2014).

²⁷² Miegel, *Exit*, 14.

eingebunden“ in „Wachstums- und Wohlstandsillusionen.“²⁷³ Aber auch die korporatistischen Akteure tragen laut Miegel eine Mitschuld, die sich aus ihrem Eintreten für immer höhere Löhne ergebe: „Dies ist die Krise von Gewerkschaften und Sozialverbänden, die selbst dann forderten, wenn es nichts zu fordern gab, die nicht selten die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft aus dem Blick verloren und die immer wieder kräftezehrende Konflikte ausfochten, ohne dabei wirtschaftlich vertretbare Ziele zu verfolgen.“ Die Krise von 2009 war nach Miegel gleichzeitig aber auch „überfällig“. Sie wäre zu einem späteren Zeitpunkt zwangsläufig noch härter ausgefallen und war daher unvermeidbar.²⁷⁴ Auch hätten die meisten Menschen „nichts verloren, was sie wirklich besessen“ hätten, da sich die Wirtschaft im Vorfeld der Krise durch eine Politik des lockeren Geldes von der Realwirtschaft immer weiter gelöst habe und so alle Arbeitsplätze und Vermögen, die durch sie verloren gingen, ohnehin nur „auf Sand gebaut“ wären.²⁷⁵ Die Krise sei nicht zuletzt „Teil der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der Spiel und Wette eine wichtige Rolle zukommen.“²⁷⁶ In ihr können wir laut Miegel sowohl erkennen, wie sehr gesellschaftliche Akteure wie auch die Mehrheit der Menschen jeweils geradezu panisch die Forderung nach Wachstum stellen – insbesondere wenn es auszubleiben droht. Die Krise ist also ein besonders guter Indikator für die Bedeutung von Wachstum in unserer Gesellschaft. Darüber hinaus können wir nach Miegel aus ihr aber auch lernen, wie vergeblich das Streben nach Wachstum letztlich sein muss. Auf diese beiden Aspekte bei Miegel: die Diagnose eines Wachstumszwangs und die These, dass Wachstum unmöglich aufrechtzuerhalten sei, ist im Folgenden näher einzugehen.

2.2.3. Vier Dimensionen eines Wachstumszwangs bei Miegel

Miegel macht historisch drei Expansionsschübe in Europa aus: einen territorialen Schub, einen demographischen und einen ökonomischen Schub. Der Drang nach Wohlstandsmehrung sei erst in der Frühindustrialisierung entstanden und bis ins Zwanzigste Jahrhundert hinein stets „überlagert [gewesen] vom Primat des Nationalen.“²⁷⁷ Seit 1990 sei die „Stunde der Wirtschaft“ geschlagen, die als neue Quasi-

²⁷³ Ebd., 23.

²⁷⁴ Ebd., 14f.

²⁷⁵ Ebd., 16.

²⁷⁶ Ebd., 23.

²⁷⁷ Ebd., 48.

Religion, als „neuer Sinngabe“, das Nationale ersetzt habe. Gerade die Deutschen hätten aus Not an Alternativen und vielleicht auch aus Schuld nach 1945 gerne den Wohlstand zur neuen Religion, zum nationalen Sinngabe, erhoben. Miegel nennt dies die „Kompensation für die verbrannte Nation“.²⁷⁸

Analytisch betrachtet kann die Miegel'sche Diagnose eines Wachstumszwangs entlang zweier Ebenen mit jeweils zwei Ausprägungen differenziert werden. Zum einen entlang der Frage, ob der Zwang unmittelbar auf individueller Ebene erfolgt oder mittelbar im Zuge eines komplexeren gesellschaftlichen Prozesses. Zum anderen ist zu fragen, welchen Status der Wachstumszwang besitzt: Anthropologische Konstante oder (evtl. gestaltbares) Kulturphänomen. Zunächst zur ersten Unterscheidung. Zum einen attestiert Miegel ein persönlich verankertes Streben der Menschen, das unmittelbar auf Wachstum ausgerichtet ist. Diese Perspektive wird ergänzt um Passagen, in denen Miegel Wachstum als das mittelbare Produkt *gesellschaftlich ritualisierten* Statusstrebens interpretiert und damit kein unmittelbares Wachstumsstreben attestiert. Zunächst soll auf die erste Sichtweise näher eingegangen werden. Miegel sieht die entwickelte Welt und speziell die Deutschen im „Wachstumsrausch“ oder gar im „Wachstumswahn“. Es gebe keinen Sinn mehr für das „Solide, Machbare, Normale“.²⁷⁹ Das habe einen simplen Grund. Wir Menschen streben nach Miegel aus egoistischen Motiven unmittelbar und persönlich nach Wachstum. Wachstum sei Selbstzweck und werde „aus Prinzip verfolgt, dem Prinzip nämlich, dass drei nicht nur mehr ist als zwei, sondern auch besser.“²⁸⁰ Ihm geht es insbesondere darum zu zeigen, dass wir nicht aus altruistischen Motiven für andere Weltregionen an Wachstum glauben, sondern nur für uns selbst und zu Lasten der Ärmsten. Miegel konstatiert: „Wir tun das für uns!“²⁸¹

Er fragt, warum „sie“ – die Menschen – mehrheitlich davon beseelt seien, höhere Einkommen anzustreben, angeblich in dem Glauben dadurch ihre Lebenszufriedenheit immer weiter steigern zu können. Seine These: „Die einzigartige Wohlstandsexplosion der neueren Geschichte hat die Menschen vor allem in den frühindustrialisierten Ländern so nachhaltig geprägt, dass sie mit einer gewissen Automatik in den Kategorien von Wirtschaftswachstum und materieller Wohlstandsmehrung fühlen, denken und handeln.“²⁸² Miegel geht noch weiter und behauptet anhand von Umfragen zur

²⁷⁸ Ebd., 49.

²⁷⁹ Ebd., 18.

²⁸⁰ Ebd., 56.

²⁸¹ Ebd., 43.

²⁸² Ebd., 28.

Einstellung gegenüber Wachstum, es sei heute „der Maßstab, an dem alles gemessen wird“.²⁸³ Die Menschen seien nicht daran gewöhnt, „dass es auch abwärtsgehen kann und auf hohe Hochs nicht selten tiefe Tiefs folgen, ist für sie unerträglich“.²⁸⁴ Zugleich behauptet Miegel aber auch, die „allermeisten“ kannten „Maß und Ziel“ und würden jenseits eines gewissen materiellen Niveaus nicht weiter nach Reichtum streben.²⁸⁵ Miegel bleibt hier unklar, wann er eine Übereinstimmung der Handlungen der Menschen mit ihren Motiven und wann er irrationales Verhalten, also Wachstumsstreben entgegen der höheren Einsicht in die Bedingungen des Glücks, unterstellt. Denn Miegel ist fest davon überzeugt: „Ist erstmal ein gewisses materielles Niveau erreicht, rücken für die meisten Menschen andere Dinge in den Vordergrund“.²⁸⁶ Dazu führt er Umfragen an, wonach die Deutschen nur zu 27 Prozent eine Steigerung des Besitzes anstrebten, 59 Prozent seien zufrieden. Die Irrationalität springt Miegel sodann ins Auge: „Umso paradoxer ist das Verhalten vieler Menschen vor allem in den wohlhabenden frühindustrialisierten Ländern. Obwohl sie aus langer Erfahrung wissen, dass sie ein Wohlstandsniveau erreicht haben, auf dem eine Erhöhung ihrer Löhne oder Sparzinsen allenfalls kurzzeitig Zufriedenheitsgewinne verschafft, kämpfen sie weiter verbissen darum.“²⁸⁷

Neben dieser Argumentation, die einen unmittelbaren Wachstumsdrang auf individueller Ebene als Ursache des gesellschaftlichen Wachstumszwangs ausmacht, existieren Passagen bei Miegel, die eine andere Ursache in den Vordergrund stellen: Die gesellschaftlichen Mechanismen in einer statusorientierten Leistungsgesellschaft, die individuellen Ehrgeiz in kollektives Wachstum überführen. Die unstillbare Gier nach Erhöhung des persönlichen Status` treibe nach dieser Argumentation den Menschen zu einem Verhalten, das im Resultat *mittelbar* zu Wachstum führe. Es sei der „Drang nach Anerkennung und sozialem Status“, der für den Wachstumswahn verantwortlich sei. Status sei heute eine Frage des Geldes.²⁸⁸ Wir befänden uns in egalitär-demokratischen Gesellschaften paradoxer Weise in einem „Statuskrieg“, der in riesigen „Materialschlachten“ ausgetragen wird. Armut im materiellen Sinne existiert nicht mehr, wohl aber Statusarmut. Keiner kennt den angemessenen, richtigen Lohn für einen Beruf. So unterstellt Miegel, dass alle Berufsgruppen aus Neid und Gier nach mehr Status in

²⁸³ Ebd., 29.

²⁸⁴ Ebd., 27.

²⁸⁵ Ebd., 30.

²⁸⁶ Ebd., 31.

²⁸⁷ Ebd., 33.

²⁸⁸ Ebd., 51.

Relation zu allen anderen treten, unabhängig davon, ob ihr Beitrag zur Wertschöpfung zugenommen hat oder nicht. „Es geht um die Stellung in der Gesellschaft(...). Und da gibt es immer Nachholbedarf.“²⁸⁹ Der Wachstumswahn ist damit aus Miegels Sicht aber immerhin (zumindest in dieser zweiten Lesart) durchaus kurierbar, er könne umgelenkt werden in nachhaltigere und „lebensfreundlichere“ Weisen.²⁹⁰ Miegel schreibt: „Man stelle sich vor, das dem Menschen angeborene und überaus förderliche Ringen um Anerkennung und sozialen Status würde nicht länger als Materialschlacht ausgetragen. Um wie viel könnte die pro Kopf erwirtschaftete Güter- und Dienstleistungsmenge schrumpfen, ohne dass dies zu irgendwelchen Wohlstandseinbußen führen würde?“²⁹¹ Hier kommt die zweite Unterscheidungsebene zum Tragen: Der Miegelsche Wachstumszwang wird einmal als dem Menschen jenseits aller Kultur – anthropologisch inhärent – zugeschrieben und ein anderes Mal als politisch-kulturell konstruiertes Geflecht von Normen verstanden. Wachstum ist in der ersten Lesart bei Miegel das Produkt des „natürliche[n] Drang[s] zur Expansion“ oder der „expansionistischen Gelüste“ des Menschen. Für Jahrtausende war der Mensch nach Miegel einer harten Umwelt ausgesetzt, die Fehler teuer bezahlen ließ und es dem Menschen anerkte, kurzfristig jede Chance auf zusätzliche materielle Bedürfnisbefriedigung zu nutzen. Nun, da die Hemmnisse für Wachstum verschwunden seien, werde dem Menschen das Streben nach Wachstum aber zum Verhängnis, wenn er nicht gegen seine eigene Natur zur Besinnung komme.²⁹² Dies ist in Kurzform die anthropologische Interpretation des Wachstumsdrangs bei Miegel.

Der natürliche Wachstumsdrang bei Miegel kann aber auch als Produkt gesellschaftlicher Normensetzungsprozesse ausgelegt werden. Natürliche Völker hätten ein Gespür für natürliche Grenzverletzungen gehabt. Heute sei der Mensch aber in der modernen Zivilisation betrunken von seiner Macht zur „Entgrenzung“.²⁹³ In dieser Passage erscheint der Wachstumsdrang als das Produkt eines gesellschaftlich-kulturellen Prozesses und erhält eher den ontologischen Status einer gelebten Norm denn einer anthropologischen Konstante. Miegel führt aus: „Der Freiheitsdurst der meisten hält sich in Grenzen, wenn ihre Mägen voll und die Dächer über ihren Köpfen

²⁸⁹ Ebd., 53.

²⁹⁰ Ebd., 43.

²⁹¹ Ebd., 54.

²⁹² Vgl. ebd., 44.

²⁹³ Ebd., 45.

dicht sind und vor der Haustür ein schmuckes Auto steht.“²⁹⁴ Wir können beide Lesarten hieraus erkennen. Da Miegels Wachstumskritik letztlich aber an den Bedingungen des gesellschaftlichen Miteinanders und weniger an der Natur des Menschen ansetzt, erscheint es im Sinne einer rationalen Rekonstruktion seiner Arbeit sinnvoll, die kulturelle Interpretation anzunehmen. Wachstum ist nach dieser Lesart zur Ideologie verkommen, die „das Denken und Fühlen der Mehrheit steuert und sich nicht zuletzt deshalb rationalen Erwägungen und kritischer Reflexion weitgehend entzieht.“²⁹⁵ Diese Ideologie führe aber die Gesellschaft an Grenzen, die nun zu fassen sind.

2.2.4. Die Unmöglichkeit langfristigen Wachstums

Nach gängiger Lehrmeinung in der Volkswirtschaftslehre sind gerade die sozialen Sicherungssysteme auf ein minimales Wachstumsniveau angewiesen, um stabil finanziert werden zu können. Aber auch die nachhaltige Finanzierung der Staatsschuld sowie des laufenden Defizits der Öffentlichen Haushalte ohne Wirtschaftswachstum wird von Finanzwissenschaftlern in der Mehrheit als extrem problematisch betrachtet.²⁹⁶ Aus diesem Grund, den Miegel auch zur Kenntnis nimmt, erscheint seine These der Unmöglichkeit einer Fortführung des historischen Wachstumskurses in einem besonderen Licht. Von empirischer Seite führt Miegel einen eindeutigen Trend in der OECD hin zur Verlangsamung des Wachstums an. So haben sich die Raten von sieben Prozent in den 1950er Jahren, über weniger als 1,5 Prozent in den 1990er Jahren, auf lediglich 0,55 Prozent in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts abgeschwächt.²⁹⁷

²⁹⁴ Ebd., 59.

²⁹⁵ Ebd., 60.

²⁹⁶ So zeigt das Domar-Modell der Finanzwissenschaft, dass sich die Schuldenstandsquote langfristig dem Quotienten aus jährlicher Schuldenaufnahme in Prozent des BIP und Wachstum angleicht. Ein Staat mit geringem Wachstum hat ceteris paribus langfristig einen höheren Schuldenstand, wenn er weiterhin gleich viele Schulden pro Jahr in Relation zum BIP aufnimmt. Hierauf wird in Kapitel 4.6. näher eingegangen. Als Einstieg empfiehlt sich Wolfgang Scherf, „Öffentliche Verschuldung“. <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/22379/1/80-2007.pdf> (letzter Zugriff: 23. April 2014).

²⁹⁷ Vgl. Stefanie Wahl und Karsten Gödderz, „Wachstumstrends in der EU6 und anderen früh industrialisierten Ländern 1960 bis 2050“. <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Wachstumstrends.pdf> (letzter Zugriff: 14. April 2014).

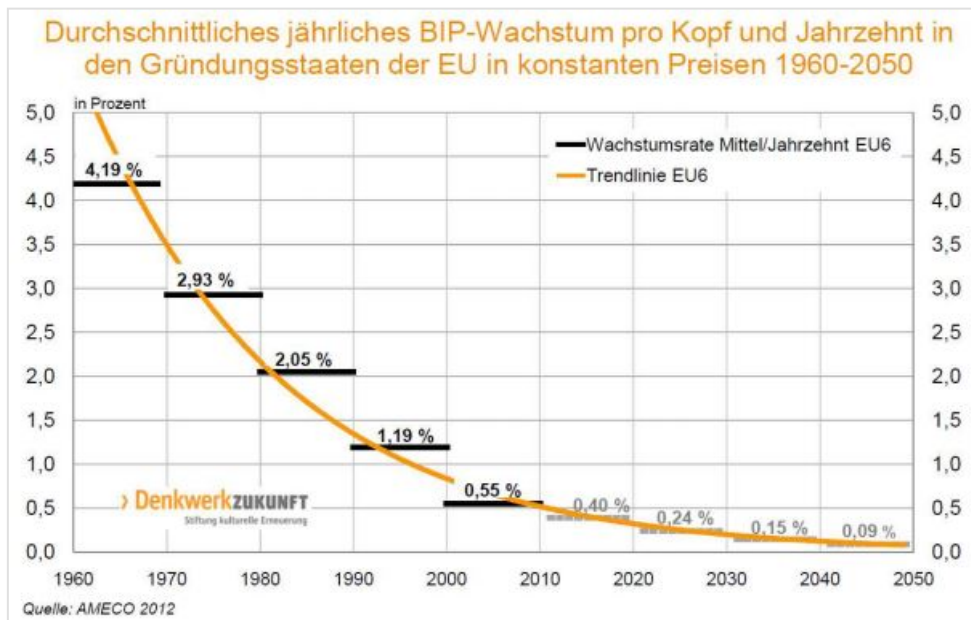


Abbildung 7: Abschwächung des Wachstums in den Gründerstaaten der EU (Quelle: Wahl 2012)

Die Arbeitnehmer litten in Deutschland darüber hinaus unter der Verschiebung der Faktoreinkommen zugunsten des Kapitals. Auch seien die Realeinkommen aufgrund neuer Abgaben für soziale Sicherung, Studiengebühren usw. gesunken. Zusätzlich gingen die Arbeitszeiten immer weiter zurück, womit zwar einerseits mehr Freizeit zur Verfügung stünde, die Realeinkommen aber weiter belastet würden. „Wachstum und materielle Wohlstandsmehrung“ seien daher „für beachtliche Bevölkerungsteile nur noch leere Worte.“ „Die Einlösung des Glücks- und Heilsversprechens fortwährenden Wachstums, verbunden mit nicht endender materieller Wohlstandsmehrung, rückt damit in immer weitere Ferne.“²⁹⁸

Analytisch fasst Miegel diesen Trend mit vier Erklärungen. Erstens geht Miegel davon aus, dass der demographische Wandel die Zahl alter Menschen in Deutschland absolut und relativ stark steigen lasse und der Finanzierungsbedarf bei der Renten-, Gesundheits- und Pflegeversicherung daher zunehme.²⁹⁹ Wachstum wäre zwar generell durchaus ein Weg, die Finanzierung der sozialen Sicherung zu erleichtern, doch sei diese Strategie in Zukunft nicht mehr tragfähig. Die Produktivität als wichtigste Triebfeder des Wirtschaftswachstums lasse sich in Deutschland gerade aufgrund der Alterung der Bevölkerung Deutschlands kaum noch weiter steigern. Miegel befürwortet daher einen

²⁹⁸ Miegel, *Exit*, 91. Passend dazu vertritt Robert J. Gordon die These, dass das Wachstum aufgrund immer länger werdender Innovationszyklen vor für hochentwickelte Staaten wie die USA vor dem Ende stehe. Vgl. Robert J. Gordon, *Is U.S. economic growth over? Faltering innovation confronts the six headwinds*. NBER working paper series no. 18315 (Cambridge, Mass: National Bureau of Economic Research, 2012).

²⁹⁹ Vgl. Meinhard Miegel, *Exit*, 38.

späteren Renteneinstieg, um das Arbeitskräfteangebot trotz Alterung der Gesellschaft aufrecht zu halten und so den negativen Auswirkungen des demographischen Wandels entgegen zu treten. Zweitens spräche die zurückgehende staatliche Nachfrage angesichts des immensen Schuldenstands in der Eurozone, durch die ein wesentlicher Wachstumstreiber der Vergangenheit ausfalle, gegen weiteres Wachstum. Drittens setzt Miegel sich mit der Mathematik des exponentiellen Wachstums auseinander. Seit 1800 habe sich das BIP pro Kopf weltweit um das Zehnfache erhöht. Das sei das Ergebnis eines Wachstums von lediglich einem Prozent per annum. Zugleich stieg die Weltbevölkerung rasant an. Das Weltsozialprodukt, das sich als Produkt beider Faktoren ergibt, stieg im Ergebnis auf das 80-fache des Jahres 1800. Dies entspricht einem Wachstum von etwa zwei Prozent pro Jahr. Für den Zeitraum von 2010 bis ins Jahr 2100 bedeutete dieser Trend bei einer Bevölkerung von 9 Milliarden Menschen, dass sich das Weltsozialprodukt auf das 3,6 fache erhöhte. Ein solches Wachstum hält Miegel mit Blick auf die begrenzte Biokapazität der Erde für schwer realisierbar. Wachstumsverfechter forderten nach Miegel angeblich sogar zwei Prozent per annum, womit das BIP der Welt im Jahr 2100 das sechsfache des heutigen Niveaus erreichen müsse. Das entspräche statt 61 Billionen US-Dollar im Jahre 2010 einem Weltsozialprodukt von 350 Billionen US-Dollar. Die EU forderte in der Lissabon-Strategie gar drei Prozent Wachstum per annum. Dies entspräche einer Verdopplung innerhalb von 23 Jahren, dem 70-fachen in 210 Jahren und einer Vertausendfachung in 234 Jahren. Das ergäbe ein Weltsozialprodukt von 2000 Billionen US-Dollar. Bei einem Wachstum von sogar vier Prozent pro Jahr würde das BIP auf das 33fache des heutigen Niveaus schon bis zum Ende des Jahrhunderts steigen. Miegel hält diese gewaltigen Zahlen für „bizarr“ und bezeichnet sie als „wilde Phantasterei“. „Das kann niemand wirklich ernst meinen und erst recht nicht wollen“, so Miegel. Sein Schluss lautet daher: „Für zukunftsweisende oder gar weltumspannende Lebensmodelle taugen sie nicht.“³⁰⁰ Die Unsicherheit der Geschichte mache langfristige exponentielle Wachstumsstrategien ohnehin zunichte. Zur mathematischen Begründung der These der Unmöglichkeit von anhaltendem Wachstum führt Miegel viertens ein ökologisches *Movens* ins Feld. Die Natur lehre, dass sich Wachstum reduzieren müsse. Miegel stellt die unter Wachstumskritikern klassische Frage: „Kann es in einer endlichen Welt unendliches Wachstum geben?“ und wendet gegen die Idee der Entkopplung von Wachstum und

³⁰⁰ Ebd., 63.

Ressourcenverbrauch im Sinne eines qualitativen Wachstums ein, es handele sich hierbei nur um einen Trick der Ökonomen, zwangsläufigen Grenzen durch eine absurde Nihilierung des Begriffes zu entkommen.³⁰¹ In der Apuz ergänzt er „Von einer wirklichen Entkopplung kann nirgendwo die Rede sein. Noch marschieren materielle Wohlstandsmehrung und Zerstörung der Lebensgrundlagen im Gleichschritt nebeneinander, wobei noch nicht einmal mehr sicher ist, ob nicht letztere gerade dabei ist, an ersterer vorbeizuziehen.“³⁰² Tatsächlich bleibe der Begriff aber materiell verankert und nicht zuletzt deshalb mit positiven Assoziationen im gesellschaftlichen Diskurs besetzt. Die gängigen volkswirtschaftlichen Theorien zur Entstehung von Wachstum verwiesen nach Miegel auf Faktoren, die die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen unseres Planeten aus dem Blickfeld geraten ließen. Faktoren wie Technologie, Kapital und Institutionen könnten angesichts der Endlichkeit der Natur keine Erklärungsgrundlage für Wachstum bilden. Auch die umfassenderen Erklärungsansätze zur Genese des Wachstums wie Max Webers Religionsthese, für die sich Miegel in einem ersten gedanklichen Schritt stark macht, scheiterten an der Endlichkeit der Natur: „Sie tauschten eine unerschöpfliche Gottesvorstellung gegen einen erschöpflichen Planeten.“³⁰³ Gegen Optimisten aus der Ressourcenökonomik wendet Miegel ein, dass der Glaube daran, dass immer neue Quellen erschlossen würden, um versiegende zu ersetzen, auf Verdrängung beruhe. Die Tragfähigkeit der Erde sei ebenso erschöpft wie die der Gesellschaft und die des Menschen. Die „Endlichkeit der Erde“ müsse anerkannt werden, wahrscheinlich sogar die unserer menschlichen Verstandeskraft.³⁰⁴ Der Mensch bringe die Erde in Bedrängnis durch seine „Art des Wirtschaftens, des Produzierens und Konsumierens“.³⁰⁵ Er konstatiert: „Viele Völker, zweifelsfrei jedoch diejenigen früh industrialisierter Länder, haben sich damit in eine absurde und zugleich prekäre Lage gebracht. Sie haben ihr Wohl und Wehe von einer Voraussetzung abhängig gemacht, die zu gewährleisten sie außerstande sind. Sie meinen, Wachstum zu brauchen wie die Luft zum Atmen. Aber sie können es nicht erzeugen und noch nicht einmal aufrechterhalten.“³⁰⁶

³⁰¹ Ebd., 64.

³⁰² Miegel, „Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?“, 27.

³⁰³ Miegel, *Exit*, 83.

³⁰⁴ Ebd., 85.

³⁰⁵ Ebd., 88.

³⁰⁶ Miegel, „Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?“, 27.

2.2.5. Die Folgen des Wachstums

Miegel geht nicht nur im deskriptiven Sinne davon aus, dass sich weiteres Wachstum in Deutschland und der OECD nicht mehr in denselben hohen Raten einstellen wird, wie es für Jahrzehnte der Fall war. Er begegnet dem Wirtschaftswachstum auch normativ ablehnend. Dies geschieht auf zwei Ebenen: durch eine Kritik der negativen Folgen des Wachstums auf die Umwelt und durch eine kritische Analyse der gesellschaftlichen Folgen von Wachstum. Zunächst zur ökologischen Kritik.³⁰⁷

Der Mensch habe es schon lange verstanden, das „natürliche Gleichgewicht“ „zu seinen Gunsten“ gegenüber der Natur zu verschieben. Dieses vormoderne Wachstum, das mit dem geschickten Gebrauch von Natur einherging, sei „umweltverträglich und nachhaltig“ gewesen. Die Auswirkungen waren auch nach der Sesshaftwerdung begrenzt, da die Populationen klein genug waren. Seit der Industrialisierung sei die Menschheit aber zum „rigorosen Gebrauch der Natur“ übergegangen.³⁰⁸ Wir lebten von der Substanz. Dies sei vor allem auf den Niedergang der Naturverbundenheit des modernen Menschen zurückzuführen. Die Natur habe unter dem Wachstum der Bevölkerung und der Wirtschaft bereits stark gelitten, etwa im Falle verdreckter Meere, Waldbrände, Smog, Bodenerosion, kränkelder Wälder, des Artenschwunds, saurer Gewässer und schadstoffbefrachteter Flüsse. Miegel prognostiziert in der Folge umfassende Migrationsströme aufgrund von Wassermangel und Überflutungen sowie Überbevölkerung, die er als globale Katastrophe bezeichnet. Die Natur habe den Menschen in der Vergangenheit davor bewahrt, sich selbst zu zerstören. Die natürlichen Grenzen hätten ihn aber auch geschützt. Jetzt schlage die Natur zurück. Nur sei der Mensch heute, anders als in der Frühzeit, „Opfer und Täter in einem“.³⁰⁹ In einem zwei Jahre nach „Exit“ erschienenen Essay ergänzt Miegel: „Das jedoch ist die unbequeme Wahrheit: Mit jedem Promille, das die Güter- und Dienstemenge weltweit zunimmt, schwinden unwiederbringlich Bodenschätze sowie Tier- und Pflanzenarten, steigt die Umweltbelastung und werden weithin Gesellschaften zermürbt. Stagniert das Güter-

³⁰⁷ Miegel bezieht sich auf das Verhältnis von Wachstum und Umwelt stets in zweierlei Weisen. Zum einen in der Hinsicht, dass ökologische Grenzen auch Grenzen des Wachstums konstituieren, zum anderen, dass die Natur auch ohne diese Grenze einen moralischen Wert darstellt, den es gegen eintretende wachstumsbedingte Schäden zu verteidigen gelte. Der letztere Argumentationsgang wird die folgenden Passagen prägen. Der Dualismus bei Miegel kommt in folgendem Zitat gut zum Ausdruck: „Die Völker der frühindustrialisierten Länder haben sich an den Schätzen der Erde bereits so reichlich bedient, haben Luft, Wasser und Böden so ausgiebig beansprucht, dass sie ihren Zugriff nicht weiter erhöhen können und erhöhen dürfen.“ ebd., 164.

³⁰⁸ Miegel, *Exit*, 72.

³⁰⁹ Ebd., 88.

und Dienstleistungsvolumen hingegen oder sinkt es sogar, atmet die Natur messbar auf, der CO₂-Anstieg in der Atmosphäre verlangsamt sich und der Säuregehalt der Meere nimmt etwas verhaltener zu. Hätte es noch eines Beweises bedurft, dass die historisch einzigartige Wachstums- und Wohlstandsexpansion, von der seit 250 Jahren immer größere Teile der Welt erfasst werden, nicht in erster Linie Triumph menschlicher Schöpferkraft, sondern Folge einer rigorosen Ausbeutung der Natur und in gewisser Weise auch des Menschen ist, wäre er durch diesen engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung schlagend erbracht. Beide sind Seiten ein und derselben Medaille, welche die Aufschrift trägt: menschlicher Fortschritt.“³¹⁰

Die Folgen der Überschreitung natürlicher Grenzen müsse der Mensch aber schließlich auch am eigenen Leibe erfahren. So seien alle Kriege der Moderne Rohstoffkriege gewesen, weshalb angesichts der Neige gehender Ressourcen mit einem dramatischen Anstieg der weltweiten Gewalt zu rechnen sei. Auch ohne die Gefahr von Rohstoffkriegen und Umweltzerstörung hält Miegel es für dringend geboten, Wachstum ob seiner gesellschaftlichen Folgen zu begrenzen. Zwar erkennt er grundsätzlich durchaus an, dass die wirtschaftliche Entwicklung Europas seit Beginn der Industrialisierung positive Züge davonträgt: „Trotz manchen Elends geht es heute sehr viel mehr Menschen materiell besser als früher“. Wachstum ist daher „zugleich Segen und Fluch“.³¹¹ Doch überwiegen heute die negativen gesellschaftlichen Auswirkungen des Wachstums eindeutig die Vorteile. Miegel macht dies anhand verschiedener gesellschaftlicher Themenkomplexe deutlich. Er verknüpft Wachstum mit dem Konzept des „westlichen Lebensstils“. Wachstum sei untrennbar mit diesem *Way of Life* des Konsums und des Individualismus verbunden. In Wahrheit ist Miegels Wachstumskritik daher vor allem eine Kritik dieses Lebensstils.³¹² Dem westlichen Lebensstil wirft Miegel vor, die Gesellschaft in dreierlei Wegen negativ zu beeinflussen. Erstens zerstöre er die demographische Stabilität. In keinem frühindustrialisierten Land sei die Geburtenrate hoch genug, um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten „und wo immer der westliche Lebensstil übernommen wird, stürzt sie steil ab“.³¹³ Dies liege vor allem an der Abnahme der Fähigkeit der Menschen langfristige *Bindungen* einzugehen und damit der Vielzahl von Möglichkeiten echte Entscheidungen entgegenzustellen. In modernen Gesellschaften mit westlichem Lebensstil sei die Bindung zweier Menschen an je nur

³¹⁰ Miegel, „Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?“, 27.

³¹¹ Ebd.

³¹² Miegel, *Exit*, 136.

³¹³ Ebd.

einen Partner mit dem Ziel Kinder zu kriegen zur Ausnahme geworden, die „Zerbrechlichkeit der Familie“ habe zugenommen. Gleiche Karrieremöglichkeiten für Männer und Frauen und die damit verbundene Aussicht auf steigende Einkommen für Frauen vertragen sich nach Miegel nicht mit der demographischen Bestandserhaltung der Gesellschaft. Hochflexible Gesellschaften seien eben „kein geeignetes Biotop für Kinder, der westliche Lebensstil „strukturell kinderarm“ – hohe Wachstums- und hohe Scheidungsrate für Miegel kausal eng verknüpft.³¹⁴

Zweitens attestiert Miegel dem westlichen Lebensstil einen destruktiven Einfluss auf die psychische Verfassung der Menschen, insbesondere ihre Fähigkeit sich selbstständig als Person fortzuentwickeln, Emotionen und Fähigkeiten kennenzulernen und zu kontrollieren und nicht zuletzt mit anderen Menschen in stabile Beziehungen zu treten. Immer mehr Kinder seien „psychisch auffällig“, eine immer weiter ausufernde Beratungsliteratur habe Hochkonjunktur, der Staat müsse in zunehmendem Maße überforderten Eltern unter die Arme greifen oder gar Kinder in Obhut nehmen. Miegel spricht von „Verwöhn- und Wohlstandsverwahrlosung“ als Ergebnis des auf Wachstum ausgerichteten westlichen Lebensstils. Ein „übertriebenes Streben nach Perfektion“ lasse die Menschen in echte Depression geraten, wenn zugleich aber auch genau dieses Denken an und um das Perfekte die Menschen dazu treibe jede Imperfektion in ihrem Leben zu einer Krankheit zu stilisieren, die vielleicht einfach nur Ausdruck temporärer Überforderung ist.³¹⁵ Die Rastlosigkeit und der Druck mitzuhalten führen nach Miegel auch zum steigenden Drogenkonsum, der wie Doping als Ventil von vielen genutzt wird. Zur psychologischen Wirkung kommt analog der Zerfall des Bildungssystems hinzu. Da die Tugenden des Bildungsbürgertums, die einst dem Wachstum als Voraussetzung vorausgingen, in einer individualistischen Gesellschaft zunehmend durch den Staat erfüllt werden sollen, dieser aber nicht ersetzen könne, was in der Familie verfehlt wird, befänden wir uns in einer immer prekärer werdenden Lage, in der Bewegung, Sprachfähigkeiten und musikalische Erziehung auf einem Allzeittief angekommen seien. Immer mehr Kinder und sogar immer mehr Erwachsene seien heute schlicht „lebensuntüchtig“ geworden.³¹⁶ Immer mehr Menschen seien gestresst, krank, psychisch auffällig und bedürften daher der Behandlung.

Drittens attestiert Miegel negative Auswirkungen des Wachstums auf die Unterschicht.

³¹⁴ Ebd., 139.

³¹⁵ Ebd., 44.

³¹⁶ Ebd., 146ff.

Wer an den Rand gedrängt werde, gehöre zu den Verlierern und je länger die Konkurrenz um Geld und Macht in einer Gesellschaft anhaltenden Wachstums besteht, desto mehr dünnt die Mitte zugunsten der Ränder aus. Miegel macht dies an der Einkommensverteilung deutlich, die von Mitte der Achtziger Jahre bis heute ein Aushöhlen der mittleren Einkommen belege. Die größten Verlierer sind für Miegel die Arbeitslosen: „In einer Wirtschaftsform, die auf permanente Hochproduktivität zielt, ist an sich nur Platz für permanent Hochproduktive.“ In der Gesamtschau sieht Miegel in der westlichen Gesellschaft geradezu eine Klassengesellschaft entstehen, in der „recht deutlich voneinander abgegrenzte Gruppen“ sich durch Einkommensunterschiede und daraus resultierendem Lebensstil voneinander abgrenzten. Dies wiederum führe dazu, dass der „Zusammenhalt“ schwächer werde und die „sozialen Spannungen“ infolge ausbleibender Lohnerhöhungen und zunehmender Ausgrenzung zunähmen.³¹⁷

Miegel argumentiert damit im Grunde dialektisch: Das Wachstum schafft die Grundlagen seiner eigenen Zerstörung. Dies gelte international noch vielmehr: „Was ist, wenn in nicht sehr ferner Zukunft Millionen und Abermillionen, vielleicht sogar Hunderte von Millionen aus aller Welt die frühindustrialisierten Länder berennen?“, „Was wenn die Leistungsfähigkeit der Bevölkerungen frühindustrialisierter Länder schwindet, weil hohe Anteile alt, hilflos und pflegebedürftig sind?“³¹⁸ Wachstum ist angesichts dessen für Miegel weder möglich, noch gesellschaftlich erstrebenswert.

2.2.6. Normative Schlussfolgerungen

Wenn Wachstum aus dem politisch-gesellschaftlichen Zielkatalog entfernt werden soll, braucht es Alternativen. „Die eigentliche Kontroverse“, so Miegel, „ist also nicht Wachstum, sondern Wohlstand.“³¹⁹ Wahrer Wohlstand könne im Post-Wachstums-Zeitalter nur darin bestehen, auf Materielles zu verzichten und mehr Zeit und Kräfte für immaterielle oder soziale Dinge zur Verfügung zu haben, etwa für freiwilliges Privatengagement, ein bewussteres, sinnlicheres Leben oder für die Aufzucht der Kinder und die Pflege der Alten. Das BIP in Deutschland ist heute ungefähr fünfmal so hoch wie 1950. „Aber zu behaupten, damit habe sich auch der Wohlstand oder gar das Wohlbefinden der Menschen verfünffacht, wäre abwegig.“ Man müsse auch die Verluste sehen, die bei Wachstum den Anstieg des einen zum Schaden des Anderen werden lasse,

³¹⁷ Ebd., 153.

³¹⁸ Ebd., 155.

³¹⁹ Ebd., 159.

etwa im Fall von Lärm beim Ausbau des Straßenverkehrs.³²⁰ Auch ökonomische Verluste im Zuge des Wachstums träten ein, etwa wenn durch den Ausbau des Wohnraums bestehende Häuser an Wert verlören. Und schließlich gäbe es kollektive Wachstumsschäden, wie etwa die Zersiedelung des Ackerlandes, die uns alle träfe. Miegel bewegt sich mit seiner Wachstumskritik damit innerhalb der Diskussion um die Grenzen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), die das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes misst. Miegel tritt für eine Reform des BIP ein, die den Verlust nichterneuerbarer Ressourcen, die Schäden an der Natur und jene, „die Individuen und Gesellschaft erleiden“, etwa der „Zerfall von Familien“, einbeziehen soll.³²¹ Er konstatiert: „Materielle Wohlstandsmehrung ist Wirtschaftswachstum abzüglich aller Kosten, die es in der belebten und unbelebten Natur verursacht.“ Und weiter: „Weil die Völker der frühindustrialisierten Länder diese Kosten über Generationen hinweg systematisch zu gering veranschlagt haben, sind sie in eine Wachstumsfalle getappt.“³²² Er kritisiert, dass die am BIP orientierte Wirtschaftsrechnung über Jahrzehnte zur Zerstörung von Naturkapital und zu sozialen Missständen geführt hat, die sich kumulativ aufgerechnet hätten und nun eine Krisensituation herauf beschwören. Die erste Konsequenz lautet: Der Staat muss sich zurückziehen. Für Miegel ist das kein Teil eines philosophisch begründeten libertären Programms, sondern eines apodiktisch unvermeidlichen Szenarios, weil das Wachstum schlicht ausbleiben wird. Seine Vorschläge für eine Postwachstumsgesellschaft sind also anders als die Tim Jacksons nicht herbeizuführen in aktiver Verhinderung von Wachstum in einer Phase, in der es *ceteris paribus* noch möglich wäre zu wachsen, sondern als Ratschlag zu verstehen, sich rechtzeitig auf eine unvermeidliche neue Epoche *einzustellen*, in der Wachstum kaum mehr möglich ist und sich gewachsene Institutionen der Wachstumsära an dieses Faktum ohnehin anzupassen haben, weil ihre Abhängigkeit vom Wachstum sie anderweitig kollabieren ließe. Miegel nennt zahlreiche Maßnahmen, die Wohlstand auch ohne Wachstum ermöglichen könnten. Auf jeden der Vorschläge soll kurz im Einzelnen eingegangen werden, ehe die Gesamtkonzeption gewürdigt wird.

Der erste Ansatzpunkt auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft ist für Miegel der notwendig gewordene Umbau des Sozialstaats, der in Deutschland nicht nur der Bekämpfung der Armut im absoluten Sinne, sondern auch der im relativen Sinne – als

³²⁰ Ebd., 160.

³²¹ Ebd., 162.

³²² Ebd., 161.

Ungleichheit – diene. Ungleichheit wird als eine gesellschaftliche Konstante, die auch durch radikalste Umverteilung nicht behoben werden kann, begriffen. Wachstum entschärft nach klassischer ökonomischer Auffassung Verteilungskonflikte und ermöglicht einen größeren Spielraum, um den Verlierern der Gesellschaft wirtschaftlich auf Kosten der Gewinner unter die Arme zu greifen. Der Sozialstaat beruht aber, so Miegel, wie alle Verteilungsmechanismen, auf Wachstum. „Soziales ist die Achse, um die sich Politik frühindustrialisierter Länder dreht“. Dies zeige auch die Empirie: „In Deutschland beispielsweise dienen mehr als zwei Drittel aller öffentlichen Ausgaben sozialen Zwecken.“³²³ Der Wohlfahrtsstaat ist im Zeitalter des Wachstums selbst stetig gewachsen, in Deutschland seit 1950 fast doppelt so schnell wie das BIP. Es gerät unweigerlich in die Krise, wenn das Wachstum ausbleibt. „In zwanzig Jahren werden staatliche Sozialleistungen allenfalls die Existenz der Menschen sichern können, nicht ihren gewohnten Lebensstandard.“³²⁴ Miegel sucht daher nach möglichen Trends, die den zwangsläufigen Schrumpfungsprozess staatlicher Umverteilung kurieren könnten. Er geht davon aus, dass Wachstum als primäres Ziel einer Gesellschaft mit einem langfristig ausgerichteten Chancenegalitarismus in einer Demokratie besser zu vereinen ist, als das Ziel der größten Bildung oder Weisheit. Güter ließen sich einfacher verteilen, böten einen gemeinsamen Anker, den alle zumindest fiktiv anstreben können.³²⁵ Begabungen sind nicht so leicht handelbar, sie lassen sich auch nicht im Kollektiv verteilen, die Politik kann durch Strukturreformen nicht in derselben Weise alle besserstellen im Bereich ihrer Begabungen, wie im Bereich der Güterversorgung. Damit ist Wachstum für jeden Egalitaristen besonders reizvoll, eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung aber auch besonders brisant.³²⁶ Zukünftig bedeutet die Abwesenheit von Wachstum, dass diese Ressourcenkämpfe zu Nullsummenspielen werden. Der Anspruch der Bürger des Westens auf einen stetig wachsenden Konsum überfordere die Institutionen des demokratischen Wohlfahrtsstaates.³²⁷ Miegel ist daher gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, weil er nicht davon ausgeht, dass das heute bestehende Wohlstandsniveau ausreicht, um durch Umverteilung ein Leben ohne Arbeit und Not für alle zu ermöglichen. In Wahrheit drohten „existenzbedrohende

³²³ Ebd., 201.

³²⁴ Ebd., 204.

³²⁵ Vgl. ebd., 170.

³²⁶ Vgl. ebd., 174.

³²⁷ Vgl. ebd., 170.

Knappheiten“.³²⁸ Miegel erteilt daher der Hoffnung der politischen Linken auf Lösung sozialer Probleme durch Umverteilung grundsätzlich eine Absage. Sein Gegenvorschlag für eine konservative Antwort auf das Scheitern des Sozialstaats ist die Reprivatisierung der sozialen Fürsorge begleitet durch ein stärkeres „bürgerliches Engagement“.³²⁹ Dies böte auch Vorteile. In Zukunft sei etwa Solidarität wieder Ausdruck unmittelbarer Hilfe von Mensch zu Mensch und nicht anonymer Teilhabe an einem System, das den Staat in das Zentrum des Geschehen setzt. Nicht zuletzt sei Hilfe eine unerschlossene Quelle des persönlichen Glücks. Das Lokale gewänne gegenüber der anonymen Großgesellschaft des Sozialstaats die Oberhand – Miegels Vision könnte daher auch mit „small is beautiful“ umschrieben werden.³³⁰

Zweitens fordert Miegel individuellen Verzicht und eine persönliche Hinwendung zu neuen Sinnquellen. Derzeit bestehe Wohlstand „vornehmlich aus einer möglichst großen Menge materieller Güter“.³³¹ Wachstum sei derzeit noch als „Versprechen“ der westlichen Gesellschaft omnipräsent.³³² Die Konsumgesellschaft existiere letztlich aber nur, um Konsum zu erzeugen, könne ihr Glücksversprechen hingegen nicht mehr halten. Dem setzt Miegel sein eigenes postmaterielles Wohlstandskonzept entgegen. „Wohlstand heißt [aber] nicht, viel zu haben, sondern wenig zu benötigen. Dies ist kein verkappter Verzichtsappell. Denn wer seine Lebensführung darauf eingestellt hat, wenig zu benötigen, der verzichtet auf nichts, wenn er das Wenige hat. Im Gegenteil. Er hat Zeit und Kräfte frei für anderes. Er bindet seine Energie nicht mit Dingen.“³³³ Dies sei mitunter ein „Akt der Befreiung“, analog zum Glücksversprechen in Religionen und der Idee des einfachen Lebens.³³⁴ Dies führt natürlich im nächsten Schritt zur Frage, was echte Bedürfnisse sind und was als überflüssig zu gelten habe. So eine Differenzierung habe zwar individuell zu erfolgen, dennoch seien in der westlichen Gesellschaft falsche Bedürfnisse bei allen Menschen das Produkt gesellschaftlicher Fehlstellungen: „Ihnen wurde das, was sie für ihre Bedürfnisse halten, in jungen Jahren übergestülpt, und sie hatten nie Gelegenheit, für sich selbst herauszufinden, was ihnen zeitgemäß ist und was nicht. Ihnen geht es wie denen, die seit frühester Kindheit nur geschmacklich verfälschte Nahrungsmittel verzehrt haben (...) und die nunmehr die feinen Nuancen

³²⁸ Ebd., 167.

³²⁹ Ebd., 208.

³³⁰ Ebd., 207.

³³¹ Ebd., 171.

³³² Ebd., 167.

³³³ Ebd., 172.

³³⁴ Ebd., 173.

naturbelassener Produkte nicht mehr schmecken können.“³³⁵ Miegel schreibt: „Wer nicht nur das Produkt solcher Prägungen sein will, muss für sich selbst entscheiden: Wofür will ich Kraft, Zeit und Leben einsetzen? Was ist mir persönlich wichtig? Wie viel ist mir dieser oder jener materielle Besitz und soziale Status wert?“. ³³⁶ Derzeit überwögen niedere Instinkte, die im Resultat katastrophal seien. Der „Dienst an der Religion wachstums- und wohlstandsfokussierter Gesellschaften“ so viel Konsum in kurzer Zeit wie möglich zu erlangen müsse aufhören.³³⁷ Miegel fordert, dass die Menschen sich dem Trend wechselseitigen Übertrumpfens durch immer extravagantere Lebensstile widersetzen und Güter länger und öfter nutzen sollten. Er steht dem sozialen Vergleich, der den Kern der Entwicklung neuer Bedürfnisse in der Marktwirtschaft bilde damit zutiefst skeptisch und ablehnend gegenüber.

Mit der Kritik am Stauseifer unterstellt Miegel natürlich, dass tradierte Anreizsysteme in westlichen Gesellschaften ausschließlich materieller Natur sind (Löhne, Boni,...). Er hält materielle Anreize an sich durchaus für mächtig. Sie hätten „Höchstleistungen“ ermöglicht und geholfen den Sozialismus zu übertrumpfen.³³⁸ Er sieht die „weitgehende Monetarisierung fast aller Lebensbereiche“ aber dennoch skeptisch, weil sie wie im Falle zu hoher Managergehälter die gesellschaftliche Stabilität untergrüben.³³⁹ Die Zeit, in der eine gerechte monetäre Entlohnung für Fleiß, Arbeit oder die Aufzucht von Kindern zu erwarten ist, sei im 21. Jahrhundert vorbei. Dementsprechend gelte es, wieder ein idealistisches Arbeitsethos zu kultivieren. Die „Mechanik“ von Leistung gegen das Versprechen stetig steigender Einkommen müsse „außer Kraft gesetzt werden“, um eine Verarmung zu verhindern.³⁴⁰ Wir müssten verstärkt auch ohne Bezahlung unsere Arbeit verrichten, denn Miegel geht davon aus, dass wir in Zukunft allein zum Erhalt des Status quo die gleiche Arbeit für weniger Lohn aufgrund von Wachstumsgrenzen leisten müssten. In Zukunft stünde „für jeden Erdenbürger“ nur eine „sehr beschränkte Menge an irdischen Gütern zur Verfügung“. Das bedeute: „Mehr Arbeit bei stagnierendem oder sinkendem materiellen Wohlstand“.³⁴¹

Viertens macht Miegel die stetige Rationalisierung der Industrie für Arbeitslosigkeit verantwortlich, die ihrerseits stets durch Wachstum überwunden werden muss.

³³⁵ Ebd., 172.

³³⁶ Ebd., 173.

³³⁷ Ebd.

³³⁸ Ebd., 171.

³³⁹ Ebd., 181.

³⁴⁰ Ebd., 185.

³⁴¹ Ebd., 186.

Hauptproblem seien die Fehler im Preismechanismus des Marktes, der Umweltschäden und den Abbau von Rohstoffen nicht berücksichtige. Auf diese Weise bevorzuge das gegenwärtige Preissystem den Einsatz einer Kombination von immer raffinierterer Technik und fossiler Energie auf Kosten damit verbundener Naturzerstörung. Durch eine Internalisierung der negativen Externalitäten großtechnischer Produktion erhofft sich Miegel eine Wiederkehr des Faktors Arbeit in der Industrie. Er sieht in den Erfolgen technischer Rationalisierung nicht den Beleg für die unglaubliche Schaffenskraft des Menschen und seine technologische Innovationsgabe, sondern das beste Beispiel für die Übernutzung der natürlichen Ressourcen.³⁴² Daher fordert er beispielsweise, die Industrialisierung der Landwirtschaft wieder zurückzunehmen. Güter würden durch die politisch gewollte Verteuerung, aber auch weil die Grenzen des Wachstums ohnehin erreicht würden, knapper. Menschen müssten zwangsläufig mit weniger Lohn auskommen und selbst beim Essen verstärkt Verzicht üben.

Mit der Rückkehr des Menschen ins Zentrum des Wirtschaftslebens soll auch ein neuer Umgang mit dem Menschen in der Arbeitswelt einhergehen. Nüchtern betrachtet stünde der Mensch in westlichen Gesellschaften fortwährend unter „Sachzwängen“. Seine Entscheidungen würden durch Dritte „auferlegt“. „Durch diese Zwänge wird er vom denkenden und handelnden Subjekt zum gesteuerten Objekt.“³⁴³ Miegel sieht die Chance zu einem „Großen Sprung nach Vorne“, der aber in einer Welt mit teureren Produkten heutzutage keineswegs zu einer Rückkehr in das Berufsleben der 1950er Jahre mit einer Arbeitswoche von 48 Stunden gleichen müsse. Es sollte vielmehr ein politisches Ziel sein, „Erwerbs- und Nichterwerbsarbeitszeit miteinander zu verschränken, wo immer es möglich ist, und die Übergänge fließender zu gestalten als sie es heute sind.“ Derzeit sei der Mensch oft halb „Arbeitssklave und halb Lebemann“.³⁴⁴ Daher fordert Miegel die Stärkung des Trends zu mehr wirtschaftlich selbstständiger Arbeit und einer diffuseren Aufteilung von Privatleben und Arbeitsalltag sowie neue Arbeitszeitmodelle, die längere Arbeitszeit bis ins hohe Alter mit kürzerer durchschnittlicher Zahl der jährlichen Arbeitstage verbinden. Das neue „Arbeitszeitregime“ soll den unvermeidlichen materiellen Wohlstandsverlust der Deutschen durch postmaterielle Zeitznutzungsmöglichkeiten ausgleichen.³⁴⁵ Zu erwartender Widerstand gegen die politische Kürzung der Arbeitszeiten, die auch Verdienstaussfälle bedeuten müssen, tut

³⁴² Ebd., 188.

³⁴³ Ebd., 191.

³⁴⁴ Ebd., 193.

³⁴⁵ Ebd., 227.

Miegel mit dem Verweis auf die mangelnde Nachhaltigkeit des egoistischen Strebens nach immer höheren Einkommen ab. Er bewegt sich dabei immer wieder argumentativ zwischen Prognose ausbleibenden Wachstums und normativen Forderungen, die diese Prognose aufgrund ihrer ökonomischen Folgen selbst herbeiführen, aber ihrerseits mit dem Anrecht der global Ärmsten auf ein Nachholen beim Wachstum gerechtfertigt werden.

Fünftens gelte es eine vom Wachstum unabhängige Gesellschaft, Bildung und Kultur anstelle wachstumsorientierter *Ausbildung* zu forcieren. Nationen sollten nicht um Wachstumsraten und Bevölkerungszahlen ringen, sondern um ihren „kulturellen Beitrag“ für die Menschheit.³⁴⁶ Menschen sollte ihre umfassenden Fähigkeiten wieder neu entdecken statt wie bisher Bildung ausschließlich als Mittel zum Zweck höheren Wachstums zu verstehen. Daher gelte es eine neue kollektive Vorstellung vom guten Leben zu entwickeln, die materiellem Wohlstand eine geringere Bedeutung zukommen lasse und Muße, Kultur, Naturverbundenheit, „Sinn und Inhalt“, „Kunst und Wissenschaft, Philosophie und Religion, Politik und Sport“, Familie und soziales Engagement in den Vordergrund stelle.³⁴⁷ Selbstentfaltung des Menschen als Kulturwesen – nicht als Konsument, herbeigeführt durch Bildung, so lautet das Mittel Miegels, um die frühindustrialisierten Länder auf den unvermeidlichen Rückgang ihrer Einkommen vorzubereiten.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Wir haben nach Ansicht Meinhard Miegels als Mitglieder der westlichen Gesellschaft einen Lebensstil angenommen und Institutionen geschaffen, die in *Wachstumswang* münden. Dieser Zwang entsteht zum einen aus dem natürlichen *Wachstumsdrang*, zum anderen aus der gesellschaftlich-kulturellen Durchformung des Menschen mit den westlichen Werten (Individualismus, Materialismus, Wahlfreiheit, ...), die uns in Deutschland aus einer *Ideologie* heraus zum Leben als Konsument zwingen, in dem sie uns autosuggestiv steuern. Auch erweisen sich historisch gewachsene Strukturen der Umverteilung als Quell des Wachstumswangs. Wachstum weist dabei eine gespaltene normative Qualität auf: Es hat Europäer und Amerikaner vom Hunger befreit, was moralisch anerkennenswert ist, richtet sich nun aber gegen Gesellschaft und Natur, da der westliche Lebensstil nicht von der gesamten Menschheit übernommen werden kann. Die Natur zerstört Wachstum, weil der Ressourcenverbrauch geradezu als Indikator für Wachstum gilt und die

³⁴⁶ Ebd., 213.

³⁴⁷ Ebd., 237ff.

Grenzen der Expansion nunmehr überall erreicht sind. Ohne Ausstieg – „Exit“ – wendet sich die Natur in Kürze gegen uns, droht eine Preisexplosion bei Rohstoffen, eine Hungerkatastrophe, Artensterben, Krankheit aufgrund von Luftverschmutzung und Wassermangel und der Klimakollaps mit Krieg und Massenmigration als unheilvolle Begleiter.

Wachstum zerstört die Gesellschaft, weil es untrennbar mit der Übernahme des *westlichen Lebensstils* verbunden ist. Dieser führt zwangsläufig zu Geburtenraten unterhalb der Reproduktionsrate, die mit apodiktischer Unabwendbarkeit in den Untergang jeder verwestlichten Gesellschaft führen muss. Zweitens zerstört Wachstum den Zusammenhalt der Menschen. Es macht gestresst, depressiv und krank und erzieht den Menschen zu einer infantilen Alles-ist-möglich Lebenseinstellung, in der die Tugendfundamente für weiteres Wachstum wie echten Wohlstand innerlich ausgehöhlt werden und Wachstum menschliche Wracks und eine Gesellschaft in Selbstauflösung zurücklässt. Dies, wie auch der demographische Wandel und die Unmöglichkeit weitere Schuldenberge anzuhäufen (Finanzkrise), führen nicht nur zur *moralischen Ablehnung* von Wachstum und damit zur Forderung, dass in Zukunft ein ökosoziales gesellschaftliches Primat über die Frage nach der wünschenswerten Wachstumsmenge einzusetzen ist („Beweislastumkehr“³⁴⁸), sondern machen Wachstum auch faktisch *unmöglich*.

Der Ausweg aus dem drohenden Untergang liegt für Miegel daher in der Rückbesinnung auf konservative Werte wie Religion und Familie. In der Entdeckung, dass Wohlstand nicht gleich Wachstum ist und Verzicht eine Tugend, dass echter Wohlstand bedeutet „bewusst zu leben, die Sinne zu nutzen, Zeit für sich und andere zu haben, für Kinder, Familienangehörige, Freunde.“ Für „Freude an der Natur, der Kunst, dem Schönen, dem Lernen; das sind menschengemachte Häuser und Städte mit Straßen und Plätzen, die Bewohner gerne aufsuchen; das ist ein intelligentes Verkehrssystem, das ist gelegentliche Stille, das ist sinnfroher Genuss, das ist die Fähigkeit des Menschen, mit sich selbst etwas anfangen zu können.“ Das ist „nicht zuletzt die Revitalisierung der spiritueller-kulturellen Dimension des Menschen, die durch das Streben nach immer größeren Gütermengen weithin verkümmert ist.“ Wachstum beginnt in Zukunft – das ist moralisch geboten und sozialtheoretisch alternativlos – „wo das Wachstum endet.“ Je früher, desto besser. Dies beinhaltet auch einen groß angelegten Umbau des

³⁴⁸ Ebd., 242.

Sozialstaats, der Arbeitsgesetzgebung und des Bildungssektors. Dass dieser Ratschlag indes Gehör findet, glaubt Meinhard Miegel aktuell aber anscheinend nicht: „Milliarden von Menschen werden weitermachen wie bisher oder dies zumindest versuchen, auch wenn sie das über kurz oder lang ökologisch, sozial und schließlich auch ökonomisch kollabieren lässt.“³⁴⁹

³⁴⁹ Miegel, „Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?“, 27.

2.3. Die Wachstumskritik Tim Jacksons

2.3.1. Zur Person

Tim Jackson, Jahrgang 1957, ist ein britischer Nachhaltigkeitsforscher und Umweltökonom und derzeit Inhaber einer Professur für nachhaltige Entwicklung am „Centre for Environmental Strategy“ an der University of Surrey. Jackson ist Direktor der „Research Group on Lifestyles, Values and Environment“ (RESOLVE) sowie der „Sustainable Lifestyles Research Group“ (SLRG) – einer Forschungsgruppe, die ihre Mittel vom britischen Umweltministerium (Defra) erhält.

Tim Jackson, ursprünglich studierter Mathematiker, Philosoph und Physiker, forscht seit über 20 Jahren auf dem Gebiet nachhaltiger Konsum- und Produktionsformen. Während seiner fünfjährigen Arbeit am Stockholm Environment Institute entwickelte er das Konzept des präventiven ökologischen Managements, das er in seinem 1996 erschienenen Buch „Material Concerns – Pollution, Profit and Quality of Life“ näher darlegt. Seither arbeitet Jackson zu nachhaltigen Lebensstilen und alternativen Verfahren der Wohlstandsmessung (‘Green GDP’). Ergebnis dieser Arbeit ist, neben zahlreichen Veröffentlichungen zum empirischen Zusammenhang von Wachstum, Lebenszufriedenheit und Ressourcenverbrauch, vor allem seine 2005 beim „Sustainable Development Research Network“ erschienene Studie „Motivating sustainable Consumption“. Ein Jahr später folgte der „Earthscan Reader in Sustainable Consumption“, der den Wissensstand zum nachhaltigen Konsum und allen sich darum entfaltenden politischen, wirtschaftlichen und ethischen Fragen zusammenfasst. Jackson veröffentlichte auch zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze in Fachzeitschriften wie „Ecological Economics“.

Als Mitglied der Sustainable Development Commission (SDC), einer quasi-autonomen Nichtregierungsorganisation, die von 2000 bis 2011 der Regierung des Vereinigten Königreichs zur Seite stand, beriet Jackson die britische Politik. In seiner Funktion als Nachhaltigkeitsforscher, in der er das Projekt „Redefining Prosperity“ der SDC leitete, veröffentlichte Jackson auch den Bericht, aus dem 2009 die in dieser Arbeit primär zu untersuchende Studie hervorging: „Prosperity without Growth: Economics for a finite planet“, auf deutsch erschienen 2010 unter dem Titel „Wachstum ohne Wohlstand, Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt“. Das Buch wurde von der Pariser Zeitung „Le Monde“ als eines der bedeutendsten Werke der Umweltökonomik der

letzten Jahre bezeichnet. Es wurde mittlerweile in 15 Sprachen übersetzt und hat die gesellschaftliche Debatte über die Folgen und den Status des Wachstums befeuert.

Seit dem Erscheinen von *Prosperity without Growth* arbeitet Jackson mit Peter Victor von der York University in Toronto an der Weiterentwicklung seiner Vision einer Postwachstumsökonomie. So befasst sich Jackson im Rahmen des Projekts „Green Economy Macro-Model and Accounts“ (GEMMA) mit ökologisch-makroökonomischen Modellen, die den Pfad in eine Steady-State Wirtschaft detailliert berechnen sollen.

2.3.2. Die ökologische Wachstumskritik Tim Jacksons – Überblick

„we spent money we don't have on things we don't need to create impressions that won't last, on people we don't care about“³⁵⁰

Jacksons Werk hat folgenden argumentativen Aufbau: Erstens versucht er nachzuweisen, dass sich die menschliche Zivilisation mit ihrem Wirtschaftsmodell jenseits ökologischer Grenzen bewegt (a) und daher gezwungen ist, umzusteuern, um eine Katastrophe zu verhindern. Dies beinhaltet auch den Nachweis, dass das Konstrukt des Wachstums kausal ursächlich für diese Grenzüberschreitung ist und nur eine Politik, die am Wachstum und nicht an der Effizienz der Produktionsprozesse ansetzt, effektiv bei der Rückführung unter gegebene Grenzen sein kann (b).

Zweitens versucht Jackson nachzuweisen, dass Wachstum nicht über die positiven gesellschaftlichen und humanitären Effekte verfügt, die generell in allen Phasen des Wachstumsprozesses, vom Entwicklungsland bis zum Industrieland, seitens der Ökonomik unterstellt werden. Dies beinhaltet eine Soziologie des Wachstums, die Jackson vor allem zu einer kritischen Analyse des Konsums und der um ihn herum vorzufindenden Einstellungen, Erwartungen und Lebensformen veranlasst.

Drittens setzt Jackson zu einer grundsätzlichen normativen Debatte an. Er fragt nach den wichtigsten Bestandteilen von Wohlstand und leitet daraus schließlich viertens die institutionellen Grundzüge einer Gesellschaft ab, die diesen Wohlstand besser ermöglichen soll, als dies gegenwärtig der Fall ist und dabei zugleich dem Gebot der Nachhaltigkeit als Anerkenntnis ökologischer Grenzen gerecht wird. Schließlich leitet Jackson daraus praktische Ratschläge für eine Transformation der Gesellschaft ab, die

³⁵⁰ Vgl. Tim Jackson, „An economic reality check: Transcript“. http://www.ted.com/talks/tim_jackson_s_economic_reality_check/transcript (letzter Zugriff: 6. Mai 2014).

vom Individuum über Unternehmen bis zur Regierung alle Ebenen der Gesellschaft anspricht und auf praktische Hindernisse Rücksicht nimmt. Dieser schrittweisen Argumentation logisch folgend, soll zunächst Jacksons erster Schritt, die Behauptung einer kausal am Wachstum festzumachenden Überschreitung ökologischer Grenzen nachgezeichnet werden, ehe die weiteren Bausteine seines Arguments berücksichtigt und schließlich ein Zwischenfazit gezogen werden kann.

2.3.3. Überschreitung ökologischer Grenzen im Zuge exponentiellen Wachstums

Wie auch Meinhard Miegel unterstellt Jackson den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteuren, in zwanghafter Weise vom Streben nach mehr Wachstum besessen zu sein. Das einseitige Streben, wie auch die in ihm vermeintlich zum Vorschein kommenden Zwänge zeigten sich besonders dann, wenn das Wachstum ausbleibe – wie im Fall der Krise, die seit 2008 in Europa und den USA die Wirtschaft erfasst hat. Die Politik tue so, als seien die Interventionen, die auf den Zusammenbruch des Bankensektors folgten, lediglich „zeitlich begrenzte Maßnahmen“ und ein „notwendiges Übel, um die freie Marktwirtschaft zu retten.“³⁵¹ In Wahrheit ging es aber nach Jackson in einem umfassenderen Sinne darum, „das Streben nach Wirtschaftswachstum unter Schutz zu stellen. (...)“ Jackson ergänzt: „Das Wachstum musste um jeden Preis weitergehen“, denn „die Loyalität gegenüber dem Wachstum war das augenfälligste Merkmal jenes wirtschaftlichen und politischen Systems, das die Welt an den Rand des Abgrunds gebracht hatte.“³⁵²

Jackson sieht damit einerseits einen politischen Automatismus am Werk, der zwanghaft auf eine Reaktivierung der Wirtschaft ausgelegt sei. Andererseits sei die Politik aber auch mitverantwortlich für die Krise, die ja gerade in der Abwesenheit vom Wachstum besteht. Er macht die immensen Schulden, die durch staatliche Anreize erst möglich wurden, für die Krise verantwortlich. Die Verbraucherschulden sollten Konsum- und Einkommenswachstum nachhaltig voneinander entkoppeln.³⁵³ Anders als viele Analysten schreibt Jackson die Ursachen der Krise aber nicht allein kurz- oder mittelfristigen politischen wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen zu, sondern dem

³⁵¹ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 41.

³⁵² Ebd., 42.

³⁵³ Vgl. ebd., 50.

„System“ des Kapitalismus.³⁵⁴ Er kritisiert nicht einfach das Versagen bei der Aufrechterhaltung des Wachstums, sondern fragt darüber hinausgehend, ob es nicht ein Problem sei, dass das gesamte Wirtschaftssystem des Westens vom Wachstum abhängig geworden sei. Jackson schreibt: „Wie vieles in der Wachstumswirtschaft ist auch die finanzielle Stabilität in einer nicht nachhaltigen Art und Weise vom Wachstum abhängig - in diesem Fall vom Wachstum auf dem Immobilienmarkt.“³⁵⁵ Jackson kommt daher zu dem Ergebnis: „Die Wirtschaftskrise ist nicht das Ergebnis vereinzelter Missstände in bestimmten Teilen des Bankensektors. Verantwortungslosigkeit wurde erheblich systematischer betrieben, mit Billigung von ganz oben und mit einem klaren Ziel vor Augen: der Fortsetzung und Sicherung des Wirtschaftswachstums.“³⁵⁶ Wachstum ist also bereits, bevor wir seine ökologischen Folgen näher betrachten, aus stabilitätspolitischen Gründen für Jackson abzulehnen.

Jackson leitet argumentativ fließend von der Finanzkrise zur ökologischen Wachstumskritik über: „Die Auswirkungen des Wachstums auf Rohstoffe und Umwelt waren der wesentliche Auslöser für diese Untersuchung. Man könnte meinen, die Wirtschaftskrise habe damit nichts zu tun; aber das stimmt nicht. Die Ära der Verantwortungslosigkeit zeigt: Wir sind anhaltend blind gegenüber der Begrenztheit der materiellen Welt. Diese Blindheit schlägt sich ebenso nieder in unserer Unfähigkeit, die Finanzmärkte zu regulieren, dem mangelnden Schutz der natürlichen Ressourcen und darin, dass es uns nicht gelingt, ökologische Schäden auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Unsere ökologischen Schulden sind ebenso riskant wie die finanziellen. Weder die einen noch die anderen werden in unserem bedenkenlosen Streben nach mehr Konsum bilanziert.“³⁵⁷ Heute sei empirisch nicht mehr zu verneinen, dass die Grenzen des Wachstums erreicht seien. Die Rohstoffpreise seien massiv gestiegen und die Reichweite vieler Rohstoffe auf höchstens 40 Jahre gesunken. Er macht dies am Rohöl fest und konstatiert „(...)“, dass die Sorge um Erdölknappheit immer mehr zunimmt. Die Abnahme der Fördermenge soll bei bereits bestehenden Ölfeldern jetzt schon neun Prozent pro Jahr betragen.“³⁵⁸ Zugleich hätten wir heute mit dem anthropogenen Klimawandel ein neues globales Menschheitsproblem geschaffen, das als „Grenze aller Grenzen“ weiteres Wachstum aufgrund der enormen Kosten der

³⁵⁴ Ebd., 45.

³⁵⁵ Ebd., 46.

³⁵⁶ Ebd., 52.

³⁵⁷ Ebd., 45.

³⁵⁸ Ebd., 53.

Anpassung an und Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels begrenzt.³⁵⁹ Drittens sind Waldabholzung und die sinkende Biodiversität als zusätzliche ökologische Menschheitsprobleme zu verzeichnen. Die weltweiten Ökosysteme seien seit 1950 zu 60 Prozent übernutzt oder geschädigt. Nach Jackson müssen wir das Wirtschaftswachstum nur empirisch für den selben Zeitraum parallel zu diesen negativen Entwicklungen betrachten, um zu erkennen, wie sehr Wachstum und Ressourcenverbrauch miteinander auch kausal verknüpft sind. So ist das Weltsozialprodukt seit 1950 um etwa 600% Prozent gestiegen. Bei gleichem jährlichen Wachstum erreicht es im Jahr 2100 das 80-fache des BIPs von 1950. Soll die ganze Menschheit mit neun Milliarden Menschen bis 2050 auf dem Niveau der heutigen OECD leben, so müsste die Wirtschaft noch deutlich stärker wachsen und bereits 2050 das 200-fache des BIPs von 1950 erreichen. Jackson fordert wie Miegel angesichts der historischen Parallelität von Wachstum und Umweltzerstörung eine sog. Beweislastumkehr von der ökonomischen Theoriebildung und vor allem von den gesellschaftlichen Entscheidungsträgern. Angesichts globaler ökologischer Schäden habe zuerst der Nachweis vorzuliegen, wie ein Wirtschaftssystem innerhalb ökologischer Grenzen noch wachsen könne: „Die Vorstellung einer nicht wachsenden Wirtschaft mag für einen Ökonomen ein Gräuelfeld sein. Den Ökologen jedoch graust es vor der Vorstellung einer ständig wachsenden Wirtschaft. Rein physisch kann ein Subsystem eines endlichen Systems nicht unendlich wachsen. Die Ökonomen müssen die Frage beantworten, wie eine ständig wachsende Wirtschaft in ein endliches Ökosystem hineinpassen soll.“³⁶⁰

Jackson führt die ökologische Wachstumskritik vor allem als eine Ablehnung des Effizienz-Gedankens aus und begründet seinen Standpunkt aus der Unmöglichkeit einer hinreichend starken relativen Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum. Nach klassischer umweltökonomischer Sichtweise erlaubt Wachstum dank besserer Technologien eine ressourcensparende Produktion, bei der immer mehr Umsatz aus immer weniger Energie, Rohstoffen, Land- und Wasserverbrauch usw. erzielt wird und so Materialverbrauch und Umweltfolgen entkoppelt werden.³⁶¹ Jackson kritisiert dieses Paradigma scharf und hält ihm Untauglichkeit vor dem Hintergrund der zu lösenden ökologischen Probleme vor. Die Voraussetzung für den Erfolg relativer Entkopplung sei ein kontinuierlich schnellerer

³⁵⁹ Ebd., 34.

³⁶⁰ Ebd., 35.

³⁶¹ Vgl. ebd.

Anstieg der Effizienz gegenüber dem Wachstum der Wirtschaft. Wenn die Wirtschaft pro Jahr um zwei Prozent wächst, muss die Ressourcenintensität beispielsweise stets um mehr als zwei Prozent abnehmen, bzw. die Ressourceneffizienz um stets mehr als zwei Prozent zunehmen, damit im Endeffekt ein absoluter Rückgang des Ressourcenverbrauchs verzeichnet werden kann.³⁶² Anhand zahlreicher empirischer Beispiele zeigt Jackson, dass dieses mathematisch vorgegebene Ziel rasanter relativer Entkopplung bisher in der Realität kaum erreicht werden konnte. Im Gegenteil stelle sich die Wachstumsgeschichte mit Blick auf diese Parameter als eine Geschichte der Parallelität von Effizienzsteigerung *und* absolutem Anstieg des Ressourcenverbrauchs dar. In diesem Zusammenhang kommt dem sogenannten Rebound-Effekt große Bedeutung zu, der als Erklärung für das Phänomen des Mehrverbrauchs trotz technischer Effizienzsteigerung dienen kann.³⁶³ Jackson beansprucht zeigen zu können, dass wir nicht nur objektive ökologische Grenzen physischer Expansion für den Menschen auf dem Planeten Erde vorfinden, sondern dass diese Grenzen aufgrund der unüberwindbaren ökonomischen Ursachen der physischen Expansion (Ressourcenverbrauch) nur den Schluss zulassen, dass auch objektive ökologische Grenzen des Wirtschaftswachstums existieren. Damit ist der ökologische Argumentationsstrang im Wesentlichen nachgezeichnet. Jackson ergänzt die genuin ökologische Kritik des Wachstums in einem zweiten Schritt um eine soziale Kritik, die im Folgenden nachgezeichnet wird.

³⁶² Vgl. Ebd, 84f.

³⁶³ Für einen Überblick über den Forschungsstand siehe Reinhard Madlener und Blake Alcott, „Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkopplung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum“. Enquete-kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages (letzter Zugriff: 14. April 2014), 33f.

2.3.4. Erosion des Wohlstands in der Wachstumsgesellschaft

„Das Bewusstsein, dass mehr manchmal weniger ist, ist bereits ein erster Schritt, die Unzufriedenheit in der Konsumgesellschaft zu verstehen.“³⁶⁴

Jackson sieht in den Bewohnern der reichen Industriegesellschaften Gefangene des Konsums; Gefangene in sozialen Spielen, die immer neue Güter als Mittel zur Kommunikation und Selbstdefinition erforderlich machen – Menschen gefangen in Strukturen, die die Bürger der OECD trotz vermeintlichem Massenwohlstand nicht glücklicher machen als ihre Mitmenschen in Ländern mit geringerem materiellen Wohlstand und zugleich keine Chance auf Ausstieg aus den Tretmühlen der Leistungsgesellschaft böten. Jackson macht damit die gesellschaftlichen Mechanismen, die die Menschen im Konsum gefangen halten, zum Gegenstand einer umfassenderen Wachstumskritik als Gesellschaftskritik. Konsum halte uns gefangen in immer wiederkehrenden Mustern der Selbstschädigung, da wir in zunehmendem Maße über den Kauf von Dingen miteinander in Beziehung träten. Der Konsum sei ein Mittel für den Einzelnen, um seine Stellung in der Gesellschaft zu definieren.³⁶⁵ Durch Mode, Automobile, immer luxuriösere Wohnungen und Vieles mehr kommunizierten wir unseren Anspruch auf eine bestimmte Stellung in der Gesellschaft. Das Problem sei nur, so Jackson, dass dieser Konsum nicht nachhaltigen Erfolg haben könne, da er in immer kürzeren Abständen durch den Konsum der anderen entwertet werde. Wir *müssen* konsumieren, um nicht hinter den anderen zurückzufallen. Der Statuswettbewerb, als Spezialform des Konsums als Kommunikationsform, kann jedoch dauerhaft nie alle zugleich besser stellen.³⁶⁶ Es kann immer nur einer ganz oben stehen – und so wird aus der Materialschlacht um Status für Jackson ein Nullsummenspiel, mit der Sprache der Spieltheorie genauer ein sog. Gefangenendilemma. Ein „Leben ohne Scham“ sei bei fortgeführtem Wachstum für Menschen, die Verzicht üben, nicht möglich.³⁶⁷ Jackson recurriert hier auch auf Amartya Sens Fähigkeitsansatz als Mittel der Wachstumskritik: Nur wenn jeder stets steigende Einkommen vorweisen könne, blieben seine *Fähigkeiten* zu einem guten Leben erhalten, da sich jeder in einer „Tretmühle“ bewege, die Jackson auch als die „Soziale Falle“ bezeichnet. In ihr ist Schambekämpfung

³⁶⁴ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 57.

³⁶⁵ Vgl. ebd., 109.

³⁶⁶ Vgl. ebd., 159.

³⁶⁷ Ebd., 153f.

durch Konsum die Regel und ein Aufbegehren nur unter hohen persönlichen Kosten möglich. Sozialer Fortschritt hänge in einer solchen Gesellschaft von „dem sich selbst verstärkenden Kreislauf von Neuheit und Angst“ ab. Diesen Kreislauf zu durchbrechen sei das vorderste Ziel seiner Wachstumskritik. Begründet mit Robert Putnams Studie „Bowling Alone“ diagnostiziert Jackson zusätzlich einen Trend zur Vereinzelung in Gesellschaften mit anhaltendem Wirtschaftswachstum, den auch Meinhard Miegel betont. Man sähe die „Auflösung der räumlichen Gemeinschaft“ und eine „soziale Rezession“. Es gebe immer mehr Single-Haushalte und „bis zu einem gewissen Grad kann man die Verantwortung für diese Veränderung wohl dem Wachstum selbst zuschreiben.“³⁶⁸

Im Folgenden soll Jacksons abstrakter Zugang zu den Bestandteilen und Quellen des Wohlstands nachgezeichnet werden. In der modernen makroökonomischen Theorie ist das Wachstum des BIP legitimer Weise eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele, weil Konsum axiomatisch zur Steigerung des individuellen Nutzens und damit auf Makroebene zur aggregierten kollektiven Wohlfahrt beiträgt. Wachstum habe darüber hinaus den Vorteil, Konflikte um begrenzte Mittel durch eine Besserstellung aller Wirtschaftssubjekte lösen zu können.³⁶⁹ Jackson weist materiellem Wohlstand durchaus eine gewisse Relevanz bei der Bestimmung eines umfassenden Wohlstandsverständnisses zu. Er nennt explizit Güter wie Lebensmittel, Wasser, Nahrung, Kleidung und Wohnraum als materielle Mittel zur Deckung der Grundbedürfnisse, die einen eindeutigen und positiven Beitrag zum Wohlstand einer Nation leisten.³⁷⁰ Jackson ist somit kein Vertreter einer vollständig postmaterialistischen Wohlstandstheorie. Er ist vielmehr der Ansicht, dass materieller Wohlstand und Wohlstand im umfassenden Sinne ab einem gewissen Einkommensniveau nicht mehr nennenswert empirisch verknüpft sind und daher Wachstumsbefürworter auch keine positive Kausalität zwischen Wirtschaftswachstum und der Entstehung von Wohlstand über ein gewisses Niveau hinaus behaupten können. Um diesen argumentativen Punkt stark zu machen, betrachtet Jackson in einer empirischen Länderstudie durchschnittliche nationale Pro-Kopf-Einkommen und vergleicht sie mit anderen allgemein akzeptierten Maßzahlen für Wohlstand (im

³⁶⁸ Ebd., 153.

³⁶⁹ Vgl. Daron Acemoğlu, *Introduction to modern economic growth* (Princeton, NJ: Princeton Univ. Press, 2009), 8ff.

³⁷⁰ Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 55.

umfassenden Sinne).³⁷¹ Dazu zählt die Lebenserwartung, die Kindersterblichkeit, die Bildung und die wirtschaftliche Stabilität.

Die Lebenserwartung sei auf Kuba mit 78 Jahren bei einem Einkommen von 5000 US-Dollar pro Kopf ähnlich hoch wie in Deutschland mit 30.000\$ und den USA mit über 40.000\$. Hingegen gebe es zahlreiche Länder, die bei gleichem Einkommen eine um Jahrzehnte unterschiedliche Lebenserwartung aufwiesen, wie etwa zwischen Chile (78 Jahre) und Botswana (48 Jahre). Dieselbe komparative Situation liege auch bei der Kindersterblichkeit vor. Hier gäbe es nach Jackson jenseits von 5000 bis 10.000 Dollar pro Kopf kaum noch nennenswerte Fortschritte. Auch die Bildung zeige, wie unwichtig das Bruttoinlandsprodukt für sich genommen sei, um gesellschaftlichen Fortschritt im Sinne von Wohlstand zu verstehen. Es gebe Staaten mit Pro-Kopf Einkommen von 8000\$, die dasselbe Bildungsniveau wie die USA erreichten. Dennoch existierten zugleich Länder, die bei gleichen Einkommen einen nur halb so hohen Wert im Human Development Report erreichten.³⁷²

Jackson betrachtet auch die dynamischen Effekte von Wachstum über den Zeitverlauf innerhalb einzelner Staaten. Dabei ergäben sich vier Schemata. Eine flache Korrelation zwischen Einkommen und einem Wohlstandsindikator wie beispielsweise der Lebenserwartung liege vor in Ländern wie Japan. Ein starker Anstieg der Lebenserwartung mit steigenden Einkommen existiere in Chile und Argentinien, eine sinkende Lebenserwartung in den Post-UDSSR Staaten bei stark fluktuierender Wirtschaftslage und schließlich eine sinkende Lebenserwartung in großen Teilen Afrikas trotz wachsender Wirtschaft. Jackson kommt aufgrund des empirischen Befunds zu dem Ergebnis: „Wachstum ist keine Garantie für mehr Wohlstand (...).“³⁷³

Was aber, so Jackson weiter, kommt dann als Fundament einer wohlhabenden Gesellschaft – im umfassenden Sinne von Wohlstand, nicht Reichtum – infrage? Er diskutiert zur Beantwortung dieser Frage drei Ansätze, die bereits bei Amartya Sen in „The Living Standard“ 1984 diskutiert wurden: Fülle, Nutzen und die „Fähigkeit zum Gedeihen“, der er letztlich den Vorzug gibt.³⁷⁴

Unter dem Konzept der Fülle versteht Jackson das „konventionelle Verständnis“, die „materielle Befriedigung“, die Idee „Je mehr wir haben, desto besser geht es uns“. Diese

³⁷¹ Siehe Kapitel 6.

³⁷² Vgl. ebd., 72.

³⁷³ Ebd.

³⁷⁴ Siehe Amartya Sen, *Der Lebensstandard*. Rotbuch Rotationen (Hamburg: Rotbuch Verl, 2000).

Sichtweise gehe „auf Adam Smith zurück“.³⁷⁵ Sie ist nach Jackson durch die bereits geschilderten empirischen Studien zum Zusammenhang von Einkommen und weiteren Kennzahlen des Wohlstands widerlegt. Zweitens könne Wohlstand als Nutzen verstanden werden. Hierin liegt die traditionelle Sichtweise der Ökonomik, die den (Grenz-)Nutzen, den Güter stiften, über den Preis messen.³⁷⁶ „Anstatt sich auf die reine Menge der verfügbaren Güter zu konzentrieren, setzt diese zweite Variante den Wohlstand in Beziehung zur Befriedigung, die Konsumgüter gewähren.“³⁷⁷ Dabei wird in der Mikroökonomik angenommen, dass Haushalte Güter in marginalen Nutzeneinheiten miteinander vergleichen und sich einen optimalen Warenkorb anhand der Marktpreise zusammenstellen. Haushalte gelten in dieser Hinsicht als Nutzenmaximierer. Je höher ihr zur Verfügung stehendes Budget, also Einkommen, desto größer der zu realisierende Gesamtnutzen. An diese Begründung für hohe Einkommen knüpft auch die moderne Makroökonomik an, die die Einkommen der Privathaushalte innerhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit Unternehmens- und Vermögenseinkommen über die sog. Verteilungsrechnung zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts heranzieht. Jackson schreibt dazu: „Ausgaben werden als Näherungswert für Nutzen angesehen. Und genau daraus ist die Idee entstanden, das BIP sei eine taugliche Messgröße für das Wohlbefinden.“³⁷⁸ Nun habe sich im Zeitalter des Massenwohlstands aber die Bedeutung des Konsums verändert. „Die Zwecke, für die wir Gebrauchsgüter nutzen, sind zunehmend gesellschaftlicher oder psychologischer und nicht mehr bloß materieller Natur.“³⁷⁹ Das BIP sei daher jenseits der ohnehin längst bekannten konzeptionell bedingten Probleme als Wohlstandsindikator nicht mehr in der Lage, den Nutzen zu messen, der durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen (bzw. durch die dazu notwendigen Einkommen) entstehe, da ein „Paradox des Glücks“ vorliege.³⁸⁰ „Wenn das BIP tatsächlich den Nutzen misst, dann ist es ein Rätsel, warum die Lebenszufriedenheit laut Umfragen in den am weitesten entwickelten Volkswirtschaften Jahrzehnte hindurch trotz signifikanten Wirtschaftswachstums mehr oder weniger gleich geblieben ist. In den USA hat sich das Realeinkommen pro Kopf seit 1950 verdreifacht, die Prozentzahl der Menschen aber, die sich als sehr glücklich bezeichnen, ist kaum gestiegen, seit Mitte der 1970er-Jahre

³⁷⁵ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 56f.

³⁷⁶ Vgl. ebd., 58.

³⁷⁷ Ebd., 57.

³⁷⁸ Ebd., 58.

³⁷⁹ Ebd., 57.

³⁸⁰ Ebd., 56f.

sogar gesunken. In Japan hat sich jahrzehntlang die Lebenszufriedenheit kaum geändert. In Großbritannien verringerte sich die Zahl derer, die sich als sehr glücklich bezeichnen, von 52 Prozent im Jahr 1957 auf 36 Prozent heute, obwohl die Realeinkommen sich mehr als verdoppelt haben.“³⁸¹ Jackson ergänzt zu Staaten mit niedrigen Einkommen: „Bei den niedrigen Einkommen dagegen ist bei der Lebenszufriedenheit eine breite Streuung zu verzeichnen, und der allgemeine Trend zeigt für diese Gruppe eine steil ansteigende Kurve. Ein kleiner Zuwachs beim BIP führt hier zu einem großen Anstieg der Lebenszufriedenheit. Diese Zahlen unterstreichen eine der Kernbotschaften dieses Buches. Es geht nicht darum, Wachstum überall aufzugeben. Es geht aber sehr wohl darum, dass die entwickelten Länder den ärmeren Ländern Raum für Wachstum lassen. (...) In den reichen Ländern bringt weiteres Wachstum offenbar erheblich weniger Gewinn. (...) Der Grenznutzen (...) nimmt bei höheren Einkommensstufen rapide ab.“³⁸²

Jackson tritt anstelle des Einkommens oder des Konzepts des Nutzens für den Begriff der „Lebenszufriedenheit“ ein.³⁸³ Damit geht eine fundamentale Verschiebung des Maßstabs guter Politik einher. Wie Jackson selbst darlegt, handelt es sich schließlich bei der Lebenszufriedenheit um eine „begrenzte Skala“, beim BIP und den darin eingehenden Einkommen aber um zumindest prinzipiell unbegrenzte, offene, Indikatoren. Darin steckt also bereits die Annahme, „dass man davon ausgeht, der Nutzen könne nicht unendlich gesteigert werden.“³⁸⁴ Jackson konstatiert daher: „Wie immer man die Relation zwischen BIP und Lebenszufriedenheit bewerten mag, auf jeden Fall messen die beiden Ansätze eindeutig nicht die gleiche Art von Nutzen.“³⁸⁵ Jackson bedient sich bei seiner Wohlstandsdefinition beim philosophischen Fähigkeitsansatz Amartya Sens. Sen betont die Bedeutung der *Fähigkeiten* für den Wohlstand des Menschen, etwa Arbeit zu finden, sich zu kleiden und am sozialen Leben teilzunehmen. Im Verlauf seines Werkes abstrahiert Sen zugleich zunehmend von diesen spezifischen Fähigkeiten „vielmehr [auf] ihre Befähigung zu handeln und die dazu notwendige Freiheit“, im Kantischen Sinne also auf die Bedingungen der Möglichkeit diese Fähigkeiten zu entwickeln.³⁸⁶ Jackson entgegnet dem späten Sen mit dem Argument: „In einer begrenzten Welt sind bestimmte Freiheiten entweder unmöglich –

³⁸¹ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 58.

³⁸² Ebd., 59f.

³⁸³ Ebd., 60.

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ Ebd.

³⁸⁶ Ebd., 62.

oder sie sind unmoralisch. Dazu gehören zum Beispiel die Freiheit, unbegrenzt materielle Güter anzuhäufen; die Freiheit, durch Konsumgüter sein soziales Ansehen zu steigern und dazu Kinderarbeit in der Wertschöpfungskette in Kauf zu nehmen; die Freiheit, sinnvolle Arbeit auf Kosten des Zusammenbruchs der Artenvielfalt zu finden; oder die Freiheit, am gesellschaftlichen Leben in einer Form teilzunehmen, die auf Kosten kommender Generationen geht.“³⁸⁷

Die Freiheit der Entwicklung von individuell wünschenswerten Fähigkeiten wird durch Jackson also auf *sinnvolle* Tätigkeiten eingeschränkt und darüber hinaus angesichts der „Grenzen“ eines endlichen Planeten weiter beschnitten. Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen im Sinne von Rohstoffen und Senken und zweitens die Größe der Weltbevölkerung bilden diese Grenzen für Jackson und stellen aus normativer Sicht ein dominierendes Argument dar gegen Wohlstandskonzepte, die die Erfüllung individueller Wünsche auf eine Weise zulassen, mit denen eine steigende Ressourcenbeanspruchung einhergehen könnte.³⁸⁸ Das Konzept des Wohlstands muss für Jackson mehr beinhalten als eine Maßzahl für individuelle Glückszustände. Es muss sowohl die Natur, als auch die Ärmsten der Welt, als auch zukünftige Generationen berücksichtigen. Das gute Leben habe eine unauflöslich moralische Dimension. Wohlstand ist für Tim Jackson unter das Primat der Gerechtigkeit zu stellen. Wohlstand sei wie ein Konto, das die Möglichkeiten enthält, von dem dann aber aufgrund von ökologischen Grenzen und den moralischen Handlungsimperativen der Generationengerechtigkeit immer mehr abgezogen werden muss, bis ein stark beschränktes und in einem weiteren Schritt egalitär aufzuteilendes Fixum übrig bleibt.³⁸⁹ Es ist für Jackson somit nach einer Möglichkeit zu suchen, wie Menschen ein gutes Leben führen können, engeren sozialen Zusammenhalt schaffen, eine höhere Stufe des Wohlbefindens erreichen und dabei trotzdem die Umweltbelastung reduzieren.

Jacksons Konzept des Wohlstands, auf dem sogleich seine Idee einer Postwachstumsgesellschaft beruht, fasst er selbst wie folgt zusammen: „Wohlstand ist letzten Endes mehr als die Befriedigung materieller Bedürfnisse. Er weist über materielle Bedürfnisse hinaus. Er ist tief in der Lebensqualität, der Gesundheit und dem Glück unserer Familien verankert. Er ist gegenwärtig in der Stärke unserer Beziehungen und in unserem Vertrauen in die Gemeinschaft. Er kommt zum Ausdruck, wenn wir bei

³⁸⁷ Ebd.

³⁸⁸ Vgl. ebd., 63.

³⁸⁹ Vgl. ebd.

der Arbeit zufrieden sind, wenn wir dieselben Werte und Ziele mit anderen teilen. Er hängt von unserer Fähigkeit ab, voll und ganz am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“ Wohlstand sei „Liebe“, „Achtung“, „Sinnvolle Arbeit“, „in der Gemeinschaft Zugehörigkeit und Vertrauen zu empfinden.“ „Ein wichtiges Element von Wohlstand ist (..) die Fähigkeit und die Freiheit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“ Und schließlich: „Wohlstand ist unsere Fähigkeit, uns als menschliche Wesen zu entwickeln und zu gedeihen - und das innerhalb der ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten. Unsere Gesellschaft ist gefordert, Bedingungen zu schaffen, unter denen das möglich wird. Dies ist die vordringlichste Aufgabe unserer Zeit.“³⁹⁰

2.3.5. Normative Vision: Die Idee einer „Postwachstumsgesellschaft“

„Ein bankrott System lässt sich nicht mit kurzfristigen Reparaturen am Leben erhalten.“³⁹¹

Tim Jackson strebt eine Welt an, in der die Menschheit dem Gebot der Nachhaltigkeit und der Idee von Wohlstand als Fähigkeit zum Gedeihen folgt. Hierzu sind Wirtschaft und Regierung (Jackson bevorzugt den weiter gefassten Ausdruck „Governance“) aufgefordert, eine neue Form des Miteinanders zu entwickeln – eine ganz neue Wirtschaftsstruktur, wie Jackson sich ausdrückt.³⁹²

Als Hindernis für Glück und Nachhaltigkeit im bestehenden System identifiziert er letztlich die zu hohen Einkommen der Bevölkerung und ihren Reichtum. Reichtum untergrabe das Ziel einer wahrlich wohlhabenden Gesellschaft in ökologischen Grenzen. Reichtum hinterlasse kaputte Familien, senke das Vertrauen, führe zur „Auflösung der ökonomischen Vernunft“..³⁹³ Ursächlich für den Reichtum ist das „bedenkenlose Streben nach Neuem“, das den Einzelnen „gefangen“ halte im Konsumwachstum. Den „Individualismus des Laissez-faire“ als, den „materialistischen Individualismus“ gelte es zu überwinden, denn der Mensch sei mit Richard Dawkins „von Natur aus nicht nachhaltig“.³⁹⁴ Es bedürfe einer Evolution – nicht der Gene oder der Regelsysteme –

³⁹⁰ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 37.

³⁹¹ Ebd., 54.

³⁹² Zur Regierungsführung schreibt Jackson: Die Rolle der Regierungen ist durch rein materielle Zwecke stark eingeeengt und durch falsche Vorstellungen von der unbegrenzten Freiheit des Verbrauchers ausgehöhlt worden. Wir müssen vollkommen neu darüber nachdenken, was Regierungsführung heißt.“ ebd., 36.

³⁹³ Ebd., 166f.

³⁹⁴ Ebd., 167.

sondern der Werte. Werte würden vor allem durch die „Struktur“ der Gesellschaft geprägt. Derzeit folge aus der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur eine Stärkung des Egoismus. Dabei sollte die Struktur im Gegenteil den Egoismus des Einzelnen bestrafen. Wir sollten uns fragen: Fördern die Institutionen „Wettbewerb oder Kooperation“, belohnen sie eigennütziges oder altruistisches Verhalten? „Welche Signale gehen von Regierung, Schulen, Medien, religiösen und öffentlichen Einrichtungen aus?“³⁹⁵ „Ein Wandel vom kleinlichen Eigeninteresse hin zu sozialem Verhalten, von rücksichtsloser Jagd nach Neuem zum wohlüberlegten Bewahren dessen was wirklich wichtig ist, ein solcher Wandel kann sich nur durch grundlegende strukturelle Veränderungen entwickeln, durch Veränderungen, die die Bereitschaft fördern, Verpflichtungen einzugehen und sich soziale zu verhalten. Solche Veränderungen setzen voraus, dass der Staat aktiv wird.“³⁹⁶ Jackson unterstellt, dass das „hemmungslose Streben nach Neuem“ derzeit aber durch Regierung und andere öffentliche Einrichtungen deshalb institutionell gedeckt wird, weil es gebraucht werde, um die Wirtschaft in gang zu halten. Der Staat sei dem „Irrglauben“ verfallen, „Wachstum sei wichtiger als alles andere“ und fördere aus diesem Grund bedenkliche Verhaltensmuster in der Gesellschaft.³⁹⁷ Dazu habe sich der Staat auch seit den 1950er Jahren aus der Wirtschaft zurückgezogen, statt aktiv auf ein reichhaltiges Konzept von Gemeinwohl hinzuwirken. Dies ist ein Trend, den Jackson als umso gefährlicher einschätzt, als er dem Staat eine ungemein wichtige Rolle in der Gesellschaft zugedenkt. „Der Staat ist par excellence das Instrument der Gesellschaft, Verpflichtungen einzugehen, und der wichtigste Akteur, wenn es darum geht, unser aller Wohlstand zu wahren. (...) Familie, Gemeinschaft, Freundschaft, Gesundheit“ erfordern allesamt (...) eine stärkere Rolle des Staates“.³⁹⁸ Die Regierung „formt die gesellschaftliche Welt“ und „erschafft sie mit“. Daher sei die Idee, gerade auf den Staat bei der Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft zu setzen „viel weniger problematisch als gemeinhin dargestellt.“ Konkret bestehe die Aufgabe der Regierung darin, „falsche Anreize zugunsten eines materialistischen Individualismus“ zu korrigieren und die übertriebene Kurzfristigkeit individueller Handlungen durch die Langfristigkeit staatlicher Planung zu überwinden. Auf die Gefahr hin, dem Vorwurf des Paternalismus ausgesetzt zu sein, wendet Jackson ein: „Die Voraussetzung dafür ist selbstverständlich ein demokratisches Mandat.“ Der Staat habe

³⁹⁵ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 169.

³⁹⁶ Ebd., 172.

³⁹⁷ Ebd.

³⁹⁸ Ebd., 173.

„mit den Bürgerinnen und Bürgern“ voranzuschreiten und ihnen, mit Sen, die *Befähigung* zu einem Leben innerhalb ökologischer Grenzen zu geben. Dafür müssten die Bürger wiederum den Staat von der Aufgabe befreien, für Konsumwachstum zu sorgen.³⁹⁹ Der Weg in ein nachhaltiges Wirtschaftssystem sei angesichts der Größe der Aufgabe auf keinen Fall durch kleinteilige Reformen zu erreichen, weil ein „kommender gesellschaftlicher Zusammenbruch“ sich bereits abzeichne.⁴⁰⁰ Was wohl eigentlich eine Revolution erfordere, soll dennoch friedlich geschehen. Drei Schritte sieht Jackson hierfür vor.

Erstens sollen „Grenzen festgesetzt“ werden, zweitens das „Wirtschaftsmodell repariert“ und drittens die „Gesellschaftliche Logik verändert“ werden.⁴⁰¹ Unter Grenzziehung versteht Jackson Obergrenzen für Ressourcenverbrauch und Emissionen, insb. Reduktionsziele für Treibhausgase, die er im Sinne des Contraction and Convergence-Ansatzes (C&C) verteilen will.⁴⁰² Es geht für Jackson also keineswegs nur darum Externalitäten durch ein Emissionsmanagement zu internalisieren. Schon im ersten Schritt fordert er ein Handeln unter dem Primat der Idee der egalitaristischen Inter- und Intragenerationellen Gerechtigkeit. Nach dem C&C-Ansatz werden Treibhausgasbudgets aufgestellt, die jedem Bürger nach historischer Verantwortung seines Landes noch freistehen. Dies wird zugleich kombiniert mit einer individuell-egalitären Aufteilung von Emissionsrechten. Im Ergebnis hieße dieser Vorschlag konkret, dass Bürgern der EU nur noch ein sehr kleines Budget für Treibhausgasemissionen bis 2050 zur Verfügung stünde. Um den weit über die heute in der EU diskutierten Reduktionsanforderungen gerecht zu werden, sollen Erneuerbare Energien per Quote durch staatliche Lenkung planmäßig ausgebaut werden.⁴⁰³ Eine Steuerreform soll ökologische externe Effekte internalisieren (Pigout-Steuer) und Energie anstelle von Arbeit stärker besteuern – entsprechend der bereits bestehenden Idee einer ökologischen Steuerreform. Zugleich soll der ökologische Wandel in den Entwicklungsländern in Milliardenumfang von den

³⁹⁹ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 174.

⁴⁰⁰ Ebd., 175.

⁴⁰¹ Ebd., 176.

⁴⁰² Der Ansatz sieht vor, dass die Menschheit die Treibhausgasemissionen schrittweise reduziert („contraction“) und zugleich die Unterschiede bei den Pro Kopf-Emissionen angleicht („convergence“). Man kann daher von einer Unterform des Egalitarismus auf dem Gebiet der Klimaethik sprechen. Siehe Aubrey Meyer, „The Kyoto protocol and the emergence of "contraction and convergence" as a framework for an international political solution to greenhouse gas emissions abatement.“ *Man-made climate change : economic aspects and policy options ; proceedings of an international conference, held at Mannheim, Germany, March 6 - 7, 1997 ; with 13 tables* (1999): 291–345.

⁴⁰³ Jackson kommt für die Industrienationen auf ein Budget von nur noch drei Gigatonnen Kohlendioxid-Äquivalent pro Jahr. Damit seien auch nur noch 25 Prozent des heutigen Bruttoinlandsprodukts „zulässig“. Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 198.

Industrieländern über eine „Globale Umweltfaszilität“ (GEF) beschleunigt werden, wodurch auch ein rascher Rückgang des europäischen Handels mit China und damit ein Rückgang der wirtschaftlichen Verflechtung der Kontinente zu erwarten sei.⁴⁰⁴

Zweitens fordert Jackson die Ideen der ökologischen Makroökonomie in die Praxis umzusetzen. Die steigende Arbeitsproduktivität soll verhindert, kohlenstoffarme, arbeitsintensive Sektoren bevorzugt und ökologische Investitionen auch bei geringen Renditen Vorzug vor klassischen Investments erhalten. Naturkapital und Ökosystemdienstleistungen sollen in die Wirtschaftsrechnung im Sinne einer grünen Reform des BIP einbezogen werden. Die Finanzmärkte seien stärker zu regulieren, etwa über eine Tobin-Steuer. Jackson fordert darüber hinaus, die „öffentliche Kontrolle der Geldmenge“ zu verstärken, indem der Staat als Lektion auf die Finanzkrise von 2008 die volle Kontrolle der Geldmenge übernimmt.⁴⁰⁵

Drittens gelte es, die Logik des Konsumismus zu verändern. Dazu solle die Arbeitszeit staatlich reguliert werden. Da das Gesamtangebot an Arbeit in einer Volkswirtschaft aus dem Produkt von Arbeitsproduktivität und Arbeitszeit besteht, sollte in der Steady-State Politik ein Anstieg der Arbeitsproduktivität verhindert werden, um sodann durch kürzere Arbeitszeiten mehr Freizeit bei geringerem Output zu ermöglichen. Eine 35-Stunden Woche könne dazu ebenso beitragen wie eine stärkere Subventionierung der Teilzeit. Schließlich gelte es Ungleichheit radikaler zu bekämpfen, denn sie steht für Jackson am Anfang des Kreislaufs der Scham und Angst, die den Konsum und damit das Wachstum befeuert. Hier stellt sich Jackson klassische Mittel der staatlichen Umverteilung vor. Dem gleichen Ziel stellt Jackson ergänzend ein Verbot von Werbung und eine „systematische staatliche Förderung öffentlicher Medien“ zur Seite. Auch sollen (bzw. dürfen) nur noch langlebige Güter verkauft werden. Um die verschiedenen Maßnahmen zu koordinieren und das Ziel eines echten Wohlstands nicht aus den Augen zu verlieren, sollten Ansätze der BIP-Reform dazu genutzt werden, eine „Buchhaltung des Gedeihens“ aufzustellen, die alle staatlichen Eingriffe in einem Gesamtplan zwecks Glücksmaximierung vereint.⁴⁰⁶

⁴⁰⁴ Vgl. ebd., 178f.

⁴⁰⁵ Ebd., 181f.

⁴⁰⁶ Ebd., 184.

2.3.6. Das Implementationsproblem: Ein detaillierter Blick auf Tim Jacksons wirtschaftspolitisches Konzept der Steady-State Economics

„Gelingt es jedoch das Wachstum anzuhalten, ohne einen Zusammenbruch zu verursachen, dann sind die Chancen, den Wohlstand zu wahren, erheblich besser.“⁴⁰⁷

Jackson will nicht weniger als eine „ganz andere Wirtschaftsstruktur“ entwickeln und einen „Weg durch die institutionellen und gesellschaftlichen Zwänge (...) bahnen“, worunter Änderungen im „Wertesystem“, „Lebensstil“ und „gesellschaftlichen Struktur“ notwendig würden, „damit wir uns aus der zerstörerischen Logik des Konsumismus befreien können“ und die Gesellschaft „vom Wachstumszwang lösen“ und das Hamsterrad der Leistungsgesellschaft verlassen könnten.⁴⁰⁸ Aber eine Politik, die nachhaltigen Wohlstand durch Bekämpfung hoher Einkommen erreichen will, ist gleichbedeutend mit einer Politik der gezielten Herbeiführung wirtschaftlicher Stagnation. Sie setzt sich damit der Kritik von Seiten der Volkswirtschaftslehre aus, die Wachstum für unabdingbar hält, um die Stabilität der Wirtschaft zu garantieren. Jackson setzt sich aus diesem Grund sehr intensiv mit den makroökonomischen Argumenten, die Wachstum für unabdingbar in einer Marktwirtschaft halten, auseinander und versucht seinerseits einen Maßnahmenkatalog mithilfe makroökonomischer Modelle zu entwickeln, der den Übergang in eine Steady-State-Ökonomie unter Aufrechterhaltung der Stabilität der Wirtschaft ermöglichen soll.⁴⁰⁹

Jackson versteht Wachstum im bestehenden System als ein Ergebnis von Zwang, weil aufgrund des technologischen Fortschritts, der die Produktivität des Faktors Arbeit kontinuierlich erhöht, *ceteris paribus* ständig mehr Umsatz gemacht werden *muss*, um auch nur die bestehende Nachfrage nach Arbeit im Land zu erhalten. „Moderne Volkswirtschaften sind somit zum Wirtschaftswachstum gezwungen.“⁴¹⁰ Die Expansion des Gesamtangebots infolge technischer Innovation geschieht nach makroökonomischer Auffassung üblicherweise ganz automatisch, weil der Produktivitätsfortschritt zu niedrigeren Preisen führt, die wiederum die Nachfrage stimulieren und auf diese Weise neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die im Optimierungsprozess freigesetzten Arbeitnehmer schafft. So schreibt es zumindest die neoklassische Theorie, wenngleich der Keynesianismus eine kurzfristige Sättigung und damit einhergehende

⁴⁰⁷ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 78.

⁴⁰⁸ Ebd., 113f.

⁴⁰⁹ Vgl. ebd., 135.

⁴¹⁰ Ebd., 79.

Nachfrageschwäche für möglich hält und daher staatliche Ausgaben in konjunkturellen Schwächephasen empfiehlt. „Die dem kapitalistischen System innewohnende Dynamik treibt es immer nur in ein Extrem – in die Expansion oder in den Zusammenbruch.“⁴¹¹ Somit befinden wir uns nach Jackson in einem praktischen Dilemma: Ohne gravierende Reformen des Wirtschaftssystems, die die Abhängigkeit vom Wachstum beenden und Wachstum zugleich unterbinden können, ohne einen Zusammenbruch zu riskieren, kann das moralische Gebot Wachstum zu verhindern nicht erfolgen, ohne seinerseits einen unmoralischen Zustand entgegen der eigentlichen Intention herbeizuführen. „Wird das Dilemma nicht gelöst, ist es die größte Bedrohung für die Nachhaltigkeit“.⁴¹²

Es gehört zum Kernanliegen Jacksons, diesen Expansionsprozess aus Innovation und Adaption der Märkte (Preisreduktion, Entlassungen, neuen Produkten, Werbung und schließlich Mehrkonsum) im Zuge des Wachstums radikal zu reformieren und so umzugestalten, dass um der Stabilität des Staatshaushaltes und Arbeitsnachfrage willen kein Wachstum der Einkommen und keine Innovation mehr nötig ist. Nur so könne stabiler und nachhaltiger Wohlstand erreicht werden: „Das Kapitalistische System verfügt über keinen einfachen Weg in ein Steady-State-System (...).“⁴¹³ Der Weg dies zu erreichen, setzt bei Jackson an der Rationalisierung an, die die Arbeitsproduktivität immer weiter erhöht: Ohne Innovationen auf diesem Gebiet gäbe es keine Entlassungen auf dem Arbeitsmarkt und keinen Produktivitätsfortschritt. Ohne diesen ist letztlich auch kein Umsatzwachstum nötig, das die Entlassenen mit neuen Jobs versorgt. Sozialpolitik wäre keine Wachstumspolitik mehr. Der Kreislauf käme zum Erliegen, die Wirtschaft verbliebe – zumindest im Modell – in einem Steady-State mit Vollbeschäftigung.⁴¹⁴ Die strukturellen, d.h. politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass aus dem Modell Realität wird, ist das Ziel Jacksons.

Jackson steht der Idee eines grünen Keynesianismus, dem „Green New Deal“, zwiespältig gegenüber. Auf der einen Seite unterstützt Jackson die Idee grüner Konjunkturprogramme als Ausweg aus der Krise, weil sie die Struktur künftigen

⁴¹¹ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 80.

⁴¹² Ebd.

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ Einen solchen Zustand, der sogar ebenfalls als Steady-State bezeichnet wird, kennt im Übrigen auch die neoklassische Wachstumstheorie (Solow-Swan-Modell), versteht ihn aber nur als langfristig eintretenden Zustand bei stetiger Kapitalakkumulation ohne technischen Fortschritt, welcher in diesem frühen Modell noch exogen betrachtet wurde. Das Solow-Modell wird gängiger Weise so interpretiert, dass gerade auf die Bedeutung von Technologie für das beobachtete reale Wachstum verwiesen werden kann, nicht, dass ein Steady-State prognostiziert wird. Siehe Robert M. Solow, „A contribution to the theory of economic growth.“ *The quarterly journal of economics* 70, Nr. 1 (1956): 65–94.

Konsums mit Blick auf ökologische Nachhaltigkeit positiv verändern, auf der anderen Seite sind Ausgabenprogramme für Jackson nur Teil eines Systems in der Krise.⁴¹⁵ Sie befeuern ihrerseits ebenfalls das Wachstum und sind daher für eine Steady-State Politik denkbar ungeeignet.⁴¹⁶ Jackson geht daher in seinen Forderungen weit über die Ideen der britischen Green New Deal Group hinaus und fordert: „Will man auf lange Sicht den Energiesektor in den Dienst der Gesellschaft stellen, muss man bereits jetzt Fragen des Eigentums und der Investitionsstruktur neu denken und kreativ zu verändern suchen.“⁴¹⁷ Dass damit eine Verstaatlichung des Energiesektors gemeint ist, kann als gesichert gelten. Von Verstaatlichung ist zwar nicht explizit die Rede, aber unter Kenntnisnahme der Wortwahl und inhaltlichen Ausrichtung der anderen Vorschläge Jacksons – zwischen den Zeilen – doch höchstwahrscheinlich. In ihr sieht Jackson auch *expressis verbis* eine attraktive Option, weil der Staat so die Rendite grüner Konjunkturprogramme selbst erhalten könne. Auch soll kostenlose oder vergünstigte Energie den Ärmsten zur Verfügung gestellt werden, denn „eine ungleiche Gesellschaft ist eine Gesellschaft voller Angst, eine, die sich allzu leicht dem ‘Statuskonsum’ hingibt. Dieser erhöht die allgemeine Zufriedenheit kaum, trägt aber erheblich zum nichtnachhaltigen Ressourcenverbrauch bei.“⁴¹⁸

Jackson denkt über eine neue Dienstleistungsökonomie nach, in der Mobilität statt Autos und Energiedienstleistungen statt Energie mithilfe neuer Leasingkonzepte gehandelt würden. Doch vor allem komme es auf *soziale* Dienstleistungen als Kern eines echten Wohlstandskonzeptes an. Das Konzept einer Wirtschaft, die diese in den Mittelpunkt stellt, nennt Jackson die „Aschenbrödelwirtschaft“.⁴¹⁹ Was sie von der klassischen kapitalistischen Ökonomie unterscheidet (die ja ebenfalls längst eine Dienstleistungsökonomie ist) ist, dass diese Dienstleistungen aufgrund des mangelnden Potentials an Produktivitätsfortschritten kein Wachstum ermöglichen. „Sinnvolle“ Tätigkeiten sind nicht ständig zu verbessern.⁴²⁰ Das ist laut Jackson gerade der Grund, warum diese Tätigkeiten in den Vordergrund des Wirtschaftslebens zu rücken hätten. Schließlich sieht Jackson im Streben nach ständig steigender Produktivität – insbesondere Arbeitsproduktivität – eine Quelle sozialer Desintegration: „Vor allem wird der Fetisch der makroökonomischen Arbeitsproduktivität als das entlarvt, was er

⁴¹⁵ Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 125.

⁴¹⁶ Vgl. ebd., 128f.

⁴¹⁷ Ebd., 127.

⁴¹⁸ Ebd., 128.

⁴¹⁹ Ebd., 140.

⁴²⁰ Ebd.

ist: Ein Rezept zur Aushöhlung von Arbeit, Gemeinschaft und Umwelt.“⁴²¹ Menschen sollen aus diesem Grund in der Postwachstumsgesellschaft nur noch dann durch Maschinen ersetzt werden, „wo die Arbeit keine Freude macht“. Es erscheine dank der Möglichkeit der Aschenbrödelwirtschaft durchaus möglich, „als brauchten wir das ständige Steigen der Arbeitsproduktivität nicht zwingend zu akzeptieren“.⁴²²

Zur Umwandlung der klassischen Industrien und der produktivitätsorientierten Dienstleistungssektoren sind allerdings tiefgreifende Interventionen in den Kapitalmarkt erforderlich. Jackson sieht hierin aber keine Probleme auf dem Arbeitsmarkt: „Man muss einfach nur den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aktivitäten von einem Bereich auf den anderen verschieben, und schon wird es möglich, die Beschäftigung zu halten oder sogar zu erhöhen – auch ohne Wachstum der Wirtschaftsleistung.“⁴²³ Doch ist auch Jackson klar: Inflation zwingt üblicherweise zu Produktivitätsfortschritten, weil sonst die Waren immer teurer würden.⁴²⁴ Jackson zieht daher die Konsequenz, dass eine staatliche Lohnkontrolle als Ersatz für Gewerkschaften (Abschaffung der Tarifautonomie) Preissteigerungen und damit negative Einkommenseffekte, die üblicherweise durch Produktivitätssteigerungen kompensiert werden, verhindert. Die Löhne werden in den Plänen Jacksons also durch den Staat und nicht am Markt gebildet. Eine Steady-State-Ökonomie hat das Problem der Inflation damit aus seiner Sicht nicht, da „die Durchschnittseinkommen nicht laufend steigen – oder zumindest weniger“.⁴²⁵ Das Problem der isolierten Umsetzung der Steady-State-Politik in einem durch freien Handel und Kapitalbewegungen hoch vernetzten Land wie der Bundesrepublik Deutschland will Jackson dadurch lösen, dass nur noch in für den Export arbeitenden Schlüsselsektoren weiter mit Rationalisierungen, Preiswettbewerb, usw. arbeiten lässt.⁴²⁶ Zudem soll der Anteil des Welthandels in den Volkswirtschaften ohnehin gesenkt werden. Jackson strebt lokale Wirtschaften, nicht *eine* globale Weltökonomie an.⁴²⁷ Auch schlägt er vor, dass ein Teil der Produktivitätsfortschritte nicht unterbunden werden müsste, sondern stattdessen in Arbeitszeitverkürzung investiert werden könnte: „Wir könnten auch systematisch daran gehen, die vorhandene Arbeit gleichmäßiger auf die Bevölkerung zu verteilen. Im Kern bedeutet dies kürzere

⁴²¹ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 140.

⁴²² Ebd., 141.

⁴²³ Ebd.

⁴²⁴ Vgl. ebd.

⁴²⁵ Ebd.

⁴²⁶ Vgl. ebd., 142.

⁴²⁷ Vgl. ebd., 196.

Arbeitszeiten, eine kürzere Arbeitswoche und mehr Freizeit.“⁴²⁸ Damit würde auch das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen sein.

Als ein Instrument, das diese Maßnahmen konkret durchrechnet und somit die Transformation in eine Steady-State Ökonomie mit Zahlen unterstreicht, führt Jackson Peter Victors makroökonomisches Steady-State-Modell an. Darin werden die „Wachstumstreiber“ so manipuliert, dass das Wachstum auf unter 0,1 Prozent p.a. sinkt, die Arbeitslosigkeit durch Umverteilung der Arbeit halbiert wird, die Arbeitszeit sinkt, der Output konstant bleibt, die Schuldenquote um Dreiviertel zurückgeht und der Kohlendioxidausstoß um 20 Prozent sinkt.⁴²⁹ Auch beinhaltet das Modell „eine gerechte Verteilung der Einkommen“. ⁴³⁰ Investitionen werden unter Zurückstellung des Rentabilitätsgebots umgelenkt auf ökologisch nachhaltige Projekte, da sonst „die Ressourcen ausgehen“. Investitionen sollen auch im großen Stil anstelle des Konsums, durch ein „Verschieben der Nachfrage“ zum BIP beitragen. Das Modell ist weiterhin gekennzeichnet durch einen stärkeren Anteil öffentlicher Investitionen und geringere Renditen. Investitionen in Naturkapital seien nach klassischer Berechnung der Renditen in Unternehmen unrentabel, aber moralisch dennoch geboten. Entsprechend gelte es, die Investitionsentscheidungen der Unternehmen durch staatliche Aufsicht oder Manipulation der entscheidungsrelevanten Variablen zu beeinflussen. Jackson spielt mit Blick auf eine ökologische Wende mit dem Gedanken „auf Nachhaltigkeit ausgerichtete[r] Quoten für den Ressourcenverbrauch“ und macht immer wieder deutlich, dass die „Verteilungsgerechtigkeit“ für bleibenden Wohlstand von größter Bedeutung sei, und daher „tiefgreifende Veränderungen der Lohnstruktur, etwa die Einführung eines Grundeinkommens (oder Bürgergeldes)“ angegangen werden müssten.⁴³¹ Jackson kommt zu dem Schluss: „Hier geht es aber zunächst darum, dass – selbst innerhalb eines relativ konventionellen makroökonomischen Rahmens – die wichtigsten Variablen sehr unterschiedlich konfiguriert werden können. Diese Konfigurationen wiederum liefern unterschiedliche Ergebnisse. Das Ziel, ökonomische Stabilität zu erreichen und trotzdem ökologische Grenzen einzuhalten, rückt allmählich in Reichweite.“⁴³²

Fassen wir Jacksons Wachstumskritik noch einmal kurz zusammen: Wenn wir nicht

⁴²⁸ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 142.

⁴²⁹ Ebd., 143.

⁴³⁰ Ebd., 144.

⁴³¹ Ebd.

⁴³² Ebd.

einschreiten und unser Wirtschaftssystem umfassend neu gestalten, sind aus Sicht Tim Jacksons humanitäre Katastrophen, die die gesamte Menschheit betreffen, unvermeidlich. Ein „feindseliges Klima“, „erschöpfte Ressourcen“, zerstörte Lebensräume, knappe Nahrung, Massenmigration, „fast unvermeidlich“ sogar Kriege um die knapper werdenden Mittel zum Selbsterhalt – Das Zeitfenster zum Handeln ist für Jackson eng bemessen.⁴³³ Hinzu kommt aus einer empirischen Perspektive, dass uns das Wachstum der Wirtschaft nicht glücklicher gemacht hat und sich unter Rückgriff auf die Theorie der „Tretmühlen des Glücks“ sogar zerstörerisch auf die Gesellschaft auszuwirken scheint.⁴³⁴ Nachhaltigkeit und die Erlangung des Ziels eines stabilen Wohlstands für alle Bevölkerungsschichten erfordern nach Jackson daher eine Steady-State Politik, die den materiellen Wohlstand, also das Bruttoinlandsprodukt, stabil hält oder ggf. sogar im Sinne einer Degrowth-Politik absenkt. Ein solches Projekt ist aus Sicht Jacksons unmöglich durch eine Politik der kleinen Schritte zu erreichen. Die Umsetzung der Steady-State-Idee läuft vielmehr auf eine Gesellschaftsordnung hinaus, deren Institutionen und Strukturen „völlig anders“ aufgebaut sein müssen – in der Gemeinnut vor Egoismus, das Wir vor dem Ich, das Lokale vor dem Globalen kommt.⁴³⁵ Inwiefern dieses umfassende Projekt mit dem Gesellschaftsbild des ordnungsökonomischen Liberalismus vereinbar ist und welche Schlüsse sich aus einer Reflexion der Jackson'schen Steady-State Politik gewinnen lassen, wird im abschließenden Teil der Arbeit herauszustellen sein.

⁴³³ Ebd., 203.

⁴³⁴ Vgl. Binswanger, *Die Tretmühlen des Glücks*.

⁴³⁵ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 201.

2.4. Zwischenfazit zur Wachstumskritik Miegels und Jacksons

Meinhard Miegel und Tim Jackson entstammen unterschiedlichen politischen Lagern, die für gewöhnlich nicht dafür bekannt sind, ein- und dieselbe Agenda zu verfolgen. Auf dem Gebiet der Wachstumskritik hingegen zeigen sich erstaunliche hohe Übereinstimmungen zwischen linker und konservativer politischer Theorie. Für beide Denker ist die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 ganz natürlicher Ausgangspunkt einer Wachstumskritik, was ja angesichts der Tatsache, dass Wirtschaftskrisen gerade Zeiten ausbleibenden Wachstums darstellen, nicht selbstverständlich sein muss. Beide rekurren in ihrer Analyse kapitalistischer Gesellschaften auf eine konsumorientierte Kultur, materialistische *Strukturen* und Anreizsysteme. Beide stellen die Freiheit des Individuums im institutionellen Status Quo infrage und schicken sich an, den Menschen von kontraproduktiven Zirkeln (Nullsummenspiele, Hedonistic Treadmills) zu „befreien“. Für Miegel wie Jackson spielt dabei die Überwindung von Statusorientierung und Neid eine entscheidende Rolle. Hierzu muss gegebenenfalls tief in die Funktionsweise von Gesellschaft eingegriffen werden. Jackson sieht in gleichmäßigen Einkommensverhältnissen einen intrinsischen Wert, der durch die dynamische Entwicklung hoher Einkommen und die an den Rand gedrängten Verlierer der Rationalisierungsprozesse in der Wirtschaft gefährdet sei, während Miegel hier eine etwas gemäßigtere Position vertritt. Miegel warnt vor Übertreibungen, misst der Gleichheit ansonsten aber einen weniger hohen Stellenwert bei, als Jackson. In ökologischer Hinsicht ist die Überschneidung in der Analyse des Wachstumsprozesses sehr hoch. Beide halten eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum für eine Illusion, betonen die konstitutive Bedeutung der „Endlichkeit des Planeten“ und kritisieren Wachstum gerade aufgrund seiner exponentiellen Natur (geometrische Reihe) als langfristig per se nicht durchhaltbar.

Es können aber auch Unterschiede aufgezeigt werden: Miegel sieht in wachsenden Gesellschaften den *Zusammenhalt* in Gefahr, weniger das individuelle *Glück*, auf das Jackson abstellt. Miegel betont die Gefahren eines materialistischen Lebensstils für die demographische Reproduktionsfähigkeit westlicher Gesellschaften und sieht den Erhalt der Familie und stabiler Beziehungen als bedroht an – nicht nur aufgrund wettbewerblichen Drucks aus der Wirtschaft, sondern auch aufgrund staatlicher Fehlanreize, die die Bindungslosigkeit des westlichen Lebensstils noch fördern. Jackson argumentiert zwar ebenfalls, dass soziale Aktivitäten, zu denen die Fürsorge für

Familienmitglieder zählt, im wachstumsorientierten Gesellschaftsleben zu kurz kommen und in einer Postwachstumsgesellschaft Maßnahmen zur Aufwertung dieser Aktivitäten vonnöten wären. Doch dominiert in Jacksons Argumentation generell eine Sichtweise auf Gesellschaft, die vor allem die Beziehung von Individuum und Staat in den Vordergrund stellt. Jackson ist in diesem Sinne nicht weniger individualistisch als es Vertreter der Rational Choice Theorietradition sind. Es kommt für ihn in einer Postwachstumsgesellschaft vor allem auf die Interaktion von Individuen innerhalb von Strukturen auf Basis detaillierter staatlicher Regulierung an. Die Familie als dritte Kraft und mögliches Gegengewicht zur Beziehung von Staat und Individuum spielt im normativen Ansatz Jacksons keine nennenswerte Rolle, wohl, da Jackson keinen Trade-Off zwischen einem in der Gesellschaftspolitik hoch aktiven Staat und der Stabilität sozialer Beziehungen ausmacht, mehr noch: Eine Politik des sozial erfüllten Lebens verlangt mit Jackson geradezu nach einem Revival des aktiven Staates – eine Forderung, der sich Miegel nur bedingt anschließen kann.

Die Vision einer Gesellschaft des Steady-State, einer Postwachstumsgesellschaft, nimmt bei Miegel und Jackson teils sehr ähnliche Züge an, weicht aber auch voneinander in wichtigen Aspekten ab. Jackson glaubt durch und durch an die produktive Funktion wissenschaftlich fundierter Politik mithilfe staatlicher Bürokratie. *Mehr Staat* ist für Jackson Grundbedingung für mehr *Wohlstand*, den beide Denker als neue Leitidee, unter Meidung des Freiheitsbegriffes, feiern. Miegel ist hier in doppelter Hinsicht Pessimist. Nicht nur liege die Epoche anhaltenden Wachstums unwiederbringlich hinter uns, auch bedeute Steady-State vor allem Rückzug des Staates und Wiedererlangung individueller Verantwortung und familiärer Bindung. Miegels Postwachstumsgesellschaft kann als eine Forderung auf Rückbesinnung auf traditionelle Werte verstanden werden, wie sie etwa in den 1950er Jahren in den meisten westlichen Gesellschaften gelebt wurden: Familie, Bildung, Musik und Kultur im sozialen Nahraum anstelle von Konsumismus und Statuswettbewerb. Jackson setzt auf einen großen Wurf für einer dem Anspruch nach genuin neue Form des Zusammenlebens in Gesellschaft. Nichts Geringeres als die Überwindung eines wirtschaftlichen Systems, das den Menschen in Illusionen auf Kosten der Natur gefangen halte, soll erreicht werden. In Jacksons Vision sind die Triebfedern wachsender Gesellschaften auf allen Ebenen – Individuum, Beziehungen, Gemeinde, Unternehmen, Staat – dank vorausschauender Detailsteuerung durch die Regierung – überwunden, sodass ein allgemeiner Gleichgewichtszustand in Statik erreicht werden kann, wie es ihn historisch noch nicht gegeben hat.

Für beide ist der Weg in die Postwachstumsgesellschaft aufgrund einer dialektischen Logik indes vollkommen alternativlos: Das Wachstum schafft die Voraussetzungen des eigenen Niedergangs, den wir heute am Horizont bereits erkennen und dessen negative Folgen wir gerade noch verhindern können, indem wir, mit Peter Victor, „slower by design – not disaster“ werden.⁴³⁶ Diese Anschauung gilt es im weiteren Verlauf zu kritisieren. Dazu werden zunächst zwei Denker des Wirtschaftsliberalismus unter besonderer Berücksichtigung ihrer normativen politischen Theorie vorgestellt, ehe die hier identifizierten Denkkategorien und Thesen einer direkten Kritik zugeführt werden können.

⁴³⁶ So der Untertitel einer Monographie Peter Victors. Vgl. Victor, *Managing without growth*.

3. Die Politische Theorie des ordnungsökonomischen Liberalismus

3.1. Friedrich August von Hayek

3.1.1. Wissenschaftliche Biographie

Friedrich August von Hayek wird am 8. Mai 1899 in Wien geboren. Seine Kindheit und Jugend ist geprägt durch die respektable akademische Tradition in seiner Familie. Im März 1917 tritt Hayek der K.u.K. Armee bei, die er mit dem Ende des Ersten Weltkrieges im November 1918 unverletzt verlassen und nach Hause zurückkehren kann. Kurz nach dem Krieg beginnt Hayek das Studium der Rechtswissenschaft, insbesondere unter Friedrich von Wieser, dem Mitbegründer der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Nach Abschluss als Dr. Juris Ende 1921 schließt Hayek ein Doktorstudium der Politikwissenschaft an, das er bereits im März 1923 erfolgreich beenden kann. Gerade durch den Einfluss Ludwig von Mises, der in seinem Privatseminar an der Wiener Handelskammer viele zukünftige Geistesgrößen in informellem Kreise zu sich lud, wird aus dem vormals sozialistisch gestimmten Hayek ein glühender Verfechter der freien Marktwirtschaft.

Durch seine weitere Zusammenarbeit mit Ludwig von Mises, aber auch mithilfe eines selbst organisierten Forschungsaufenthaltes in den USA erschließt sich Hayek in kürzester Zeit das Gebiet der Geldtheorie, zu der er bereits nach seiner Rückkehr im Mai 1924 zu publizieren beginnt. Hayek wird am 1929 habilitiert. Gegenstand seiner damaligen Untersuchung ist vor allem die Geld- und Konjunkturtheorie, die er in Gegnerschaft zu Keynes verfasst.⁴³⁷ In den Dreißiger Jahren, die er vor allem als Gastprofessor an der London School of Economics verbringt, verfasst Hayek hauptsächlich Werke zur Ökonomik im engeren Sinne, etwa zur Investitionstheorie, zur Konjunktur und zum Sparen. Als Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie hebt er die geldpolitischen Wurzeln der Inflation hervor, womit er gerade in Zeiten der aktuellen Finanzkrise zusammen mit anderen Vertretern der Österreichischen Schule eine gewisse Renaissance erfährt. Den Höhepunkt dieser ersten Phase bildet für Hayek seine „Theory of Capital“ von 1942.⁴³⁸ Bereits 1939 erfolgt der thematische Wandel bei Hayek, weg von wirtschaftswissenschaftlichen Fragen im

⁴³⁷ Vgl. Kurt Leube, „Friedrich August von Hayek: A Biographical Introduction“ in: *The Essence of Hayek*, hrsg. von Leube, Kurt; Nishiyama, Chiaki, VII-XXXVI (Stanford: Stanford Univ. Press, 1984), XIX.

⁴³⁸Vgl. ebd.

engeren Sinne, hin zu gesellschaftspolitischen Themen. Mit seiner 1937 angedachten Verbindung von „Wirtschaftstheorie und Wissen“ wendet sich Hayek der Sozialphilosophie zu.⁴³⁹ Wichtigstes Merkmal seiner politischen Philosophie, die sich ebenfalls Ende der 1930er Jahre entwickelt, ist seine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, den er nicht nur auf dem Feld der Ökonomik, sondern aus der immer wichtiger werdenden Perspektive eines hochpolitischen Gesellschaftstheoretikers kritisiert.⁴⁴⁰ Auf die drei Aufsätze zu dieser Debatte von 1937 folgt 1944 seine weltbekannte Monographie „The road to serfdom“ (Deutsch 1945 erschienen unter dem Titel „Der Weg zur Knechtschaft“), in der er den schleichenden, unbeabsichtigten Prozess des Hinabgleitens von der Freiheit in die Diktatur beschreibt.⁴⁴¹ Das Werk ist für die breite Öffentlichkeit geschrieben und begründet Hayeks weltweiten Bekanntheitsgrad. Schon 1941 wendet sich Hayek gegen den Szientismus seiner Zunft, den er 1944 in „The counterrevolution of science“ ebenso kritisiert wie den Anspruch des Marxismus auf Vorhersage der Zukunft.⁴⁴² 1945 erfolgt mit „die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft“ ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Hayeks wissensbasierter Gesellschaftstheorie. Hier beschreibt er die Wirkung des Preismechanismus als Informationsmedium, das die Wirtschaftssubjekte effizient und über große Distanzen ohne menschliches Zutun, also anonym, mit den notwendigen Knappheitsinformationen versorgt. Auch kommt hier bereits der evolutionstheoretische Anklang bei Hayek durch, der später eine genauere Ausarbeitung erfahren sollte.⁴⁴³ 1947 findet auf Betreiben Hayeks in Mont Pelerin die nach diesem Ort benannte Gesellschaft prominenter Intellektueller zusammen, die es sich zum Ziel setzt, den Liberalismus auf dem europäischen Kontinent zu stärken und einen Gedankenaustausch liberaler Denker in gang zu bringen.⁴⁴⁴ 1950 wechselt Hayek an die Universität Chicago, wo er eine längere Schaffensperiode verbringt. Ergebnis ist insbesondere die 1960 erschienene „Verfassung der Freiheit“, in der Hayek seine ethischen, anthropologischen,

⁴³⁹ Vgl. F. A. Hayek, „Wirtschaftstheorie und Wissen.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. 2., erw. Aufl, 49–77 (Salzburg: Neugebauer, 1976)

⁴⁴⁰ So finden wir die wichtigsten Gedankengänge des sich entwickelnden Liberalismus Hayeks bereits in seinem kurzen Pamphlet „Freedom and the economic system“ von 1939. Siehe F. A. Hayek, *Freedom and the economic system*. Public policy pamphlet no. 29 H. D. Gideonse, editor (Chicago Ill: The University of Chicago press, 1939).

⁴⁴¹ Vgl. F. A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft* (München, 1981).

⁴⁴² Siehe F. A. Hayek, *The counter-revolution of science: Studies on the abuse of reason* (Glencoe, Ill: Free Press, 1952).

⁴⁴³ Vgl. F. A. Hayek, „Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft“ in: derselbe, *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 2. Aufl., 103-121 (Salzburg 1976).

⁴⁴⁴ Zu diesen zählten von Anfang an von Mises, Machlup, Leoni, Röpke, Friedman und Rappart. Später trat auch James M. Buchanan der Gesellschaft bei.

rechtsphilosophischen und ökonomischen Grundlagen einer liberalen Gesellschaftsordnung darlegt.⁴⁴⁵ Wegweisend ist seine Entdeckung der „spontanen Ordnung“, worunter Hayek die Emergenz effizienten Wirtschaftens und gesellschaftlichen Fortschritts unter allgemeinen Regeln der Freiheit versteht.⁴⁴⁶ Die „Verfassung“ kann zusammen mit dem später erschienenen Dreiband „Recht, Gesetz und Freiheit“ als wichtigstes Werk für das politische Denken Hayeks betrachtet werden. 1962 wechselt Hayek an die Universität Freiburg, auf den Lehrstuhl Walter Euckens. In den folgenden sieben Jahren in Freiburg entstehen zwei Bücher, fünf Broschüren und ungefähr 30 Aufsätze, darunter etwa 1968 „Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“, der mit Blick auf die Diskussion um eine Makroökonomie des Glücks von besonderer Bedeutung ist.⁴⁴⁷ Trotz seines Wechsels an die Hochburg des deutschen Ordoliberalismus blieb Hayek, wie schon beim Wechsel an die Universität von Chicago den Grundprinzipien der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, darunter insbesondere der Ablehnung des Formalismus (Mathematisierung) und dem strikten methodologischen Individualismus, treu.⁴⁴⁸

Obwohl die Zeit in Freiburg von Hayeks gesellschaftstheoretischen Arbeiten bestimmt ist, kehrt Hayek in dieser Zeit immer wieder zur Ökonomik i.e.S. zurück und lässt dabei Elemente seiner Sozialphilosophie, etwa in die Konjunkturtheorie, einfließen. Verließ die Einflussrichtung bei Hayek in den Dreißiger Jahren noch von der Betrachtung wirtschaftlicher Vorgängen hin zu den sozialen, ist es in dieser Zeit somit genau umgekehrt. 1969 wird Hayek in Freiburg emeritiert. Er wechselt daraufhin an die Universität Salzburg. Hier entsteht 1973 der erste Band der drei Bände seiner zweiten politökonomischen Hauptschrift „Law, Legislation and Liberty“, zu deutsch „Recht, Gesetzgebung und Freiheit“. Hayek erweitert darin seine 1960 aufgestellte Theorie der spontanen Ordnung um eine eigene Rechtstheorie, die zwischen allgemeinen Regeln des Zusammenlebens (Nomoi) und staatlichen Exekutivbefehlen (Thesis) unterscheidet. Im Mai 1974 erhält Hayek den Nobelpreis für Ökonomie. Die Verleihungsrede mit dem Titel „Die Anmaßung von Wissen“ richtet sich gegen die intellektuellen Grundlagen der auf dem Höhepunkt befindlichen keynesianischen Wirtschaftspolitik, die Hayek mit

⁴⁴⁵ Vgl. F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 3. Aufl., (Nachdr. der 2. Aufl.) (Tübingen: Mohr, 1991).

⁴⁴⁶ Vgl. F. A. Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1*, 59.

⁴⁴⁷ Vgl. F. A. Hayek, „Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von F. A. Hayek, 249–265, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5 (Tübingen: Mohr, 1969).

⁴⁴⁸ Vgl. F. A. Hayek, *Evolution und spontane Ordnung: Vortrag von Professor Dr. Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, gehalten am 5. Juli 1983 auf Einladung der Bank Hoffmann AG im Zunfthaus Meisen Zürich*. Schriftenreihe der Bank Hofmann (Zürich: Bank Hofmann AG, 1983), 9.

seiner Theorie der Dispersion von Wissen schon seit den 1930er Jahren kritisiert. 1977 wechselt Hayek erneut an die Universität Freiburg, wo er den zweiten und dritten Teil von „Law, Legislation and Liberty“ (1976 und 1979) fertigstellt. Darin wendet sich Hayek gegen das Programm der „Sozialen Gerechtigkeit“ in westlichen Wohlfahrtsstaaten, das auch heute noch die politische Agenda dominiert. Der dritte Band beinhaltet einen Verfassungsentwurf als Gegenentwurf zum institutionellen Status Quo. Bis zu seinem Tode 1992 erscheinen noch vier weitere Bücher Friedrich August von Hayeks.

Hayeks Wirken fällt in eine Zeit, in der von der einstigen Zugkraft des Liberalismus als politische Bewegung nicht mehr viel übrig geblieben war und Europa zunächst drohte, in den Sog totalitärer Bewegungen zu geraten. Hayeks Konzentration auf die genuin gesellschaftspolitischen Fragen fällt wiederum genau in jene Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in der die Desillusionierung gegenüber den Heilsversprechen des Kollektivismus eine Wiederbelebung alter liberaler Ideen günstig erscheinen lässt. Hayeks Ansatz ist es daher, die Erneuerung und Wiederbelebung des Liberalismus mit einer neuen Strategie anzugehen. Hayek *funktionalisiert* hierzu das Argument für die Freiheit und befreit es damit von seinem moralischen Status, hin zu einem nützlichen Element für den Fortschritt der Gesellschaft aufgrund seiner wissensmäßigen Qualitäten.⁴⁴⁹ „Der Weg zur Knechtschaft“ von 1944 kann als Inbegriff dieses Anliegens angesehen werden, wenn gleich Hayek stets zu allererst der Auseinandersetzung um der Freiheit willen verpflichtet blieb. Vor diesem Hintergrund versteht etwa Gamble Hayek als durchaus radikalen Denker mit einem ambivalenten Verhältnis zur Ökonomik, der gleichwohl etwa die Hälfte seines Werkes Themen von technisch-ökonomischer Bedeutung widmete.⁴⁵⁰

⁴⁴⁹ Vgl. Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik - der Beitrag F. A. von Hayeks.“ in *F. A. von Hayeks konstitutioneller Liberalismus*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 1–33, Konzepte der Gesellschaftstheorie 9 (Tübingen: Mohr Siebeck, 2003), 15f.

⁴⁵⁰ Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 112.

3.1.2. Hayeks Wirtschaftstheorie – Initialzündung für den wissensbasierten Ansatz

„In dem Glauben, daß wir die Kenntnis und Macht besitzen, die Vorgänge in der Gesellschaft ganz nach unserem Gutdünken zu gestalten, eine Kenntnis, die wir in Wahrheit nicht besitzen, werden wir nur Schaden anrichten“⁴⁵¹

Wissen ist der rote Faden im Gesamtwerk Hayeks, zu dessen Implikationen und des korrekten Umgangs mit der Knappheit des Wissens er in den 1930ern begann zu schreiben und mit „The Fatal Conceit“ wenige Jahre vor seinem Tod noch einmal zurückkehrte.⁴⁵² Hayeks erstes Werk, das das Wissenskonzept einführte, war „Economics and Knowledge“ von 1937.⁴⁵³ Doch bereits die Sozialismusdebatte, in der er die kollektivistische Wirtschaftsplanung analysierte und kritisierte, etwa 1935 zusammen u.a. mit Ludwig von Mises in dem Sammelband „collectivist economic planning“, inspirierte ihn zu diesem Schritt.⁴⁵⁴ Zentrale Frage der Sozialwissenschaften sei, so Hayek, die Frage, wie wir begrenztes subjektives Wissen so nutzen können, dass es Ergebnisse zeitigt, die so nur mit Wissen möglich sind, die das des Einzelverstandes übersteigen.⁴⁵⁵

Die Dispersion des Wissens bildet damit Kern und Anfangsgrund des gesellschaftspolitischen Werkes Friedrich August von Hayeks.⁴⁵⁶ Es ist ein Unwissen, das wir einerseits als Akteure des sozialen Spiels, andererseits als Sozialtheoretiker stets im Hinterkopf behalten sollten. „The dispersion and imperfection of all knowledge are two of the basic facts from which the social sciences have to start“.⁴⁵⁷ Wissen ist nach Hayek einerseits stets unvollkommen und andererseits stets auf viele Menschen verteilt. Aus dieser Erkenntnis ergeben sich im Wesentlichen vier Themenkomplexe, die es gesondert zu bearbeiten gilt:

⁴⁵¹ F. A. Hayek, *Die Anmassung von Wissen: Neue Freiburger Studien*, hrsg. von Wolfgang Kerber. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 32 (Tübingen: Mohr, 1996), 14.

⁴⁵² Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 111f.

⁴⁵³ Vgl. F. A. Hayek, „Economics and Knowledge.“ *Economia* 4 (1937): 33–54.

⁴⁵⁴ Vgl. N. G. Pierson et al., Hrsg., *Collectivist economic planning: Critical studies on the possibilities of socialism* (London: George Routledge, 1935).

⁴⁵⁵ Hayek definiert Fortschritt denn auch in Anlehnung an Alfred Whitehead damit, „daß die Zahl der wichtigen Handlungen, die wir ohne Nachdenken ausführen können, immer größer wird“. F. A. Hayek, „Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. 2., erw. Aufl., 103–121 (Salzburg: Neugebauer, 1976), 117. Siehe auch F. A. Hayek, „Wirtschaftstheorie und Wissen.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. 2., erw. Aufl., 49–77 (Salzburg: Neugebauer, 1976), 54. sowie Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 114.

⁴⁵⁶ Vgl. ebd., 111.

⁴⁵⁷ F. A. Hayek, *The counter-revolution of science*, 50.

- Erstens ist zu fragen, welche Bedeutung die Dispersion von Wissen auf dem Gebiet der Wirtschaft hat. Hier ist auch Hayeks Kritik der Neoklassik von Bedeutung.
- Zweitens gilt es, den wissensbasierten Ansatz auf eine Theorie der Gesellschaft mit Blick auf die politische Gestaltung von Regeln zu übertragen.
- Drittens eröffnet sich mit der Theorie sozialer Evolution bei Hayek eine Ergänzung und Erweiterung dieses Ansatzes, welche Folgen für Hayeks politische Philosophie mit sich bringt und daher zu berücksichtigen ist.

Erstens: Die Frage, die sich angesichts der anfangs postulierten Knappheit und breiten Streuung des Wissens ergibt, lautet für Hayek: Wer soll "planen", eine zentrale Behörde, mehrere solcher Behörden, oder die Wirtschaftssubjekte in vollends dezentraler Weise.⁴⁵⁸ Die Beantwortung dieser Frage ist für Hayek davon abhängig, in welchem institutionellen Setting das dezentral verstreute Wissen optimal den jeweils planenden zugänglich gemacht werden kann, wo es eben besser „verwertet“ werden kann. Dabei müssen wir zwischen verschiedenen Formen des Wissens, etwa wissenschaftlicher Erkenntnis, lokalem Wissen, berufsbezogener Erfahrung etc. unterscheiden.⁴⁵⁹

Ganz offensichtlich ist eine vollends dezentrale Lösung des von Hayek reformulierten ökonomischen Problems jeder zentralistischen überlegen, da die Pläne hier jeweils an der Stelle angefertigt und fortwährend modifiziert werden, wo die notwendigen Informationen anfallen, bzw. wo sie am günstigsten erhoben werden können. Da selbst langfristige Investitionen zur Minimierung der Kosten ein ständiges Anpassen der Pläne erfordern, ist das Volumen der zu tätigen Anpassungsprozesse von niemandem zentral zu überschauen.⁴⁶⁰

Die Wirtschaftssubjekte in der Marktwirtschaft sind jedoch nicht ohne ein entscheidendes Hilfsmittel in der Lage, Informationen adäquat zu sammeln und zu verarbeiten, um ihre Pläne anzufertigen. Der Preismechanismus ist *das* Bindeglied, mit dem die dezentrale Lösung ihre Überlegenheit gegenüber der Planwirtschaft begründet. Der Preis ist mit Hayek ein Knappheitssignal, das die „relative Wichtigkeit der Dinge(...)“

⁴⁵⁸ Vgl. F. A. Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics* (Taylor & Francis Ltd, 1967). <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche2?titnr=210923076&flag=citavi>, 32.

⁴⁵⁹ Vgl. F. A. Hayek, „Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 435), 107f.

⁴⁶⁰ Vgl. ebd., 109f.

anzeigt und so die Wirtschaftssubjekte in ihrem Handeln koordiniert.⁴⁶¹ Sinkt etwa die Produktion eines industriell bedeutsamen Rohstoffs aufgrund exogener Faktoren, so kommt es über den Preis zu einer Art informationellen Schockwelle im Netz des Marktes. Mit der eintreffenden Information der bevorstehenden Knappheit des Gutes ändern alle Industrien, die den Rohstoff unmittelbar weiterverarbeiten, ihre Pläne. Sie reduzieren ihre geplanten Outputmengen und führen damit zu einer Knappheit weiterer Güter. Konsumgüterhersteller, die auf weiterverarbeitete Produkte aus diesem Metall angewiesen sind, werden ihre Preise erhöhen, um der neuen Knappheit der Ausgangsmaterialien gerecht zu werden. Mengenanpassungen und Substitutionseffekte hangeln sich nach und nach durch, etwa von einer Mine in Australien bis hin zum Endverbraucher in Deutschland, der seine Konsumentscheidungen auf Basis gestiegener Preise jener Güter, die den Rohstoff einsetzen, ändern muss und ggf. zu anderen Produkten greift.

So hat der Preis die Funktion eines Bindegliedes im Netzwerk, das Wirtschaftssubjekte miteinander verknüpft, die voneinander nicht das geringste wissen, die sich „nie gesehen haben“ und die keinerlei Kenntnis über die Ursachen und genauen Umstände etwa der beispielhaften Verknappung benötigen. Die Wirtschaftssubjekte werden erst durch den Preis zu Teilnehmern *eines* Marktes, „weil der begrenzte Gesichtskreis des einzelnen den des anderen genügend überschneidet, dass durch viele Zwischenglieder die relevante Information allen übermittelt wird“.⁴⁶² Alle notwendigen Informationen, die sie für ihre Pläne benötigen, sind im Preis enthalten.⁴⁶³ Auf diese Weise erhält der Preis bei Hayek eine zentrale Stellung im Rahmen seines wissensbasierten Ansatzes für die Wirtschaftswissenschaft, wie auch für die normative gesellschaftstheoretische Frage des optimalen Wirtschaftssystems. So ist die Marktlösung im Sinne des Vergleichs nichts anderes als die Planlösung bei vollständiger Information des Planers, wobei in der Realität selbst das Preissystem „niemals vollkommen“ sein kann.⁴⁶⁴ Die Herausforderung jeder Wirtschaftsordnung bestehe darin, „wie man den Bereich der zweckmäßigen Ausnützung der Produktivkräfte über die Reichweite der Kontrolle des einzelnen menschlichen Geistes ausdehnen kann; und daher; wie man die bewußte

⁴⁶¹ Vgl. ebd., 112f.

⁴⁶² Vgl. ebd., 114–116.

⁴⁶³ Hayek war sich der Existenz sog. Externer Effekte, die nicht angemessen in den Preisen berücksichtigt sind, durchaus bewusst und sah darin eine Schwäche des rechtlichen Rahmens, die es zur Behebung der Mängel am Preissystem, etwa mithilfe der Schaffung von Verfügungsrechten (Property Rights) zu beheben gelte. Hieran knüpften später Harold Demsetz und Ronald Coase, die eine Theorie der Verfügungsrechte entwickelten.

⁴⁶⁴ Ebd., 116.

Kontrolle vermeiden und Antriebe schaffen kann, die die Individuen veranlassen, die wünschenswerten Dinge zu tun, ohne daß jemand ihnen ihr Tun vorschreiben muss“.⁴⁶⁵ Diese Herausforderung gilt für Hayek im Grunde nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern für alle Bereiche des sozialen Lebens. Ganz im Sinne seines Lehrmeisters Ludwig von Mises hat der Markt für Hayek letztlich auch eine politische Bedeutung. „Der Wettbewerb ist im wesentlichen ein Prozeß der Meinungsbildung(...)“.⁴⁶⁶ Damit verweist er, wie schon Mises, auf die Analogie von freier Konsumententscheidung und demokratischer Wahl der Herrschaftseliten. Auch in der Politik spielt die begrenzte Verfügbarkeit von Wissen bei der Gestaltung der Spielregeln des Zusammenlebens eine entscheidende Rolle. Aus ihr speist sich daher auch Hayeks Argument für die Freiheit in wesentlichem Maße.

3.1.3. Hayeks Gesellschaftstheorie

Hayeks Liberalismus ist durch und durch individualistisch gehalten. Als Anhänger der Schottischen Aufklärung steht die Freiheit des vernunftbegabten Individuums daher für Hayek im Zentrum legitimer politischer Ordnung. Es haben sich aus Sicht Hayeks zwei Stränge politischen Denkens aus der Aufklärung ergeben, die sich diesem Ziel zwar beide verpflichtet fühlen, aber bei näherer Betrachtung gänzlich verschiedene Resultate erwarten lassen. Dem „Konstruktivismus“, „rationalistischen Pseudo-Individualismus“⁴⁶⁷ oder „konstruktivistischen Rationalismus“⁴⁶⁸, wie Hayek die Gegenposition seines „wahren Individualismus“ kennzeichnet, wirft Hayek eine falsche Konzeption von Vernunft vor. Es ist daher angemessen, zunächst nach Hayeks Vernunftbegriff zu fragen. Für Hayek existieren zwei Formen von Rationalismus. Ein wohlverstandener und ein korrumpierter, falscher Rationalismus. Die Vorstellung, der Mensch könne die Umstände des Zusammenlebens am Reißbrett planen und dabei alle Traditionen und Konventionen über Bord werfen, ist Ausdruck des falschen Rationalismus, den Hayek als eine Gefahr für die Freiheit und eine der Ursachen für den wiederholten Weg zur

⁴⁶⁵ Ebd.

⁴⁶⁶ F. A. Hayek, „Der Sinn des Wettbewerbs.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. 2., erw. Aufl, 122–140 (Salzburg: Neugebauer, 1976), 139.

⁴⁶⁷ F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 16f.

⁴⁶⁸ F. A. Hayek, „Arten des Rationalismus.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Hayek, F. A., 75–89, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5 (Tübingen: Mohr, 1969), 82.

Knechtschaft ganzer Völker einstuft.⁴⁶⁹ Dieser Schule der kontinentalen Denker, allen voran J.J. Rousseau, aber auch Descartes attestiert Hayek, die wahren Väter des Kollektivismus im 20. Jahrhundert zu sein.⁴⁷⁰ Ihr liege ein pervertierter Individualismus zugrunde, der durch seine Verbindung mit rationalistischen Vorstellungen letztlich in den fatalen Irrtum münde, dass die Gesellschaft als ganzes verstanden und damit gestaltet werden könne und dass jedes Gesetz, ja jede moralische Norm das Ergebnis vernünftiger Überlegungen sein müsse.⁴⁷¹ Der technokratische Anklang in dieser Position ist unmittelbar zu erkennen.

Fortschritt als stetige Steigerung der Komplexität sozialer Interaktion sei hingegen nur mit dem gezügelten Rationalismus eines epistemisch zurückhaltenden Individualismus möglich.⁴⁷² Dabei beruft sich Hayek mit seinem Konzept auf die Liberalen des späten 17., des 18. und 19. Jahrhunderts, auf Locke, Mandeville, Hume, Burke, Smith, Toqueville und Lord Acton, in gewisser Hinsicht auch auf Kant und Humboldt. Der Blick ist beim wahren Individualismus vor allem auf die unintendierten Konsequenzen menschlicher Handlungen gerichtet, die sich durch die Streuung des Wissens und unsere Unkenntnis über die Veränderung der Gesellschaft ergeben und prinzipiell nicht vollständig überwinden lassen.

Hayek versteht aus der Annahme knappen, verstreuten Wissens Vernunft als eine nur im Plural mögliche Erscheinung. *Die Vernunft* ist somit ausgeschlossen. Hayek drückt dies wie folgt aus: „Vernunft existiert nicht im Singular, (...), sondern sie muß als ein interpersoneller Prozess vorgestellt werden, in dem jedermanns Beitrag von anderen geprüft und korrigiert wird“.⁴⁷³ Im Bereich des persönlich erfahrbaren, dort wo die Folgen unserer Handlungen unmittelbar ersichtlich sind, gesteht Hayek, so können wir ihn zumindest verstehen, den Individuen eine deutlich höhere Vernunftbegabung zu, sodass die Kunst sozialer Ordnung bei Hayek gerade als diejenige verstanden werden kann, diese *Vernunftlücke* zwischen der Befassung mit eigenen- und der mit

⁴⁶⁹ Vgl. F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 15–24. sowie F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1: Rules and order*, 1. Aufl. 3 Bände. *Law, legislation and liberty 1* (London: Routledge & Kegan Paul, 1973), 9–11.

⁴⁷⁰ Vgl. F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 20.

⁴⁷¹ So kam Descartes durch logische Deduktion nach Hayek zu dem Schluss, „(...) everything to which man owes his achievements is a product of his reasoning thus conceived“. F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 10.

⁴⁷² Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 125.

⁴⁷³ F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 27.

interpersonellen Angelegenheiten der Großgesellschaft bestmöglich zu schließen.⁴⁷⁴ Denn jeder kann nur die unmittelbaren Folgen seiner Handlungen einsehen, die nur einen marginalen Ausschnitt des Ganzen ausmachen.⁴⁷⁵

Das Ziel eines auf diesem wohlverstandenen Individualismus basierenden Forschungsprogramms muss es sein, so Hayek, gesellschaftlich erwünschtes Verhalten aus individuellem Antrieb mithilfe einer Anpassung der Institutionen zu befördern. Die Interessen der Individuen sind durch Regelsteuerung wieder und wieder in ein harmonisches Verhältnis (Win-Win-Situationen) zu zu bringen. Eine natürliche Harmonie der Interessen liegt gleichwohl aus Hayeks Sicht nicht vor.⁴⁷⁶ Aus diesem Grunde braucht es nach Hayek Regeln, oder Institutionen, die die Handlungen im Sinne der „Unsichtbaren Hand“ Adam Smiths leiten. Die Ausgangsstellung der Unsichtbaren Hand für Hayek ist von großer Bedeutung, wenn auch eine konsistente Subsumierung der Hayekschen Ideen unter diese Vorstellung nicht sicher erscheint. Richtig ist, dass Hayek die Theorie der Spontanen Ordnung der Entdeckung der Unsichtbaren Hand Smiths zwar entlehnt, seine Theorie aber nicht durch eine starke Form der Rationalität bestimmt ist, wie sie für die sich ebenfalls auf Smith berufende Ökonomik zum Standard geworden ist. Hayek richtet sich daher auch gegen eine Vereinnahmung der Idee der Unsichtbaren Hand Adam Smiths für eine solche modelltheoretische Argumentation (insb. mit Blick auf Gefangenendilemmata) auf Basis der Annahme eines Homo Oeconomicus.⁴⁷⁷

Die Rolle der handlungsleitenden Institutionen ist es, nicht nur das Prinzip der unsichtbaren Hand in der Praxis zu realisieren, also eine Interessenharmonie von individuellen und kollektiven Zielen zu erlangen, sondern vor allem dies für den Fall zu gewährleisten, dass wir über die weitergehenden Folgen unserer Handlungen gar nicht im Bilde sind. Das von Adam Smith eingeführte Gedankenkonstrukt erhält bei Hayek also eine besondere, auf die Knappheit von Wissen angelegte Ausrichtung, von der noch zu klären sein wird, wie substanziell sie sich von einer traditionellen Auslegung ohne

⁴⁷⁴ Vgl. ebd., 18.

⁴⁷⁵ Vgl. ebd., 26.

⁴⁷⁶ Vgl. ebd., 24.

⁴⁷⁷ Vgl. ebd., 25. Interessant ist hier insbesondere die unterschiedliche Theoriestrategie ansonsten inhaltlich im Ergebnis sehr ähnlicher Positionen bei Hayek und James M. Buchanan. Buchanan sieht wie Hayek eine marktwirtschaftliche Ordnung auf Basis eines sog. Rechtsschutzstaates als Kern individueller Freiheit, gelangt dazu aber über ein deutlich rationalistischeres Modell, das auf dem Homo Oeconomicus Modell insb. der Mikroökonomie und Spieltheorie basiert. Siehe Viktor Vanberg und James M. Buchanan, *Liberaler Evolutionismus oder vertragstheoretischer Konstitutionalismus: Zum Problem institutioneller Reformen bei F. A. von Hayek und J. M. Buchanan*. Vorträge und Aufsätze 80 (Tübingen: Mohr, 1981).

diese Wissenskomponente unterscheidet. Weiterhin ist anzumerken, dass Hayek die Rationalität der Individuen zugunsten von „unpersönlichen und anonymen sozialen Vorgängen“ einschränkt. Gemeint sind gerade solche Vorgänge, „durch die die Einzelnen mithelfen, Dinge zu schaffen, die größer sind, als sie wissen (...)“, also eben jene, die produktiv im Sinne der ganz eigenen wissensbasierten Version des Prinzips der unsichtbaren Hand ablaufen.⁴⁷⁸

Hinzu kommt bei Hayek noch eine weitere Herausforderung für das Funktionieren einer sozialen Ordnung, mit der wiederum die Arbeitsteilung im modernen Wirtschaftsleben erst erklärt werden kann. Denn erst die Ungleichheit der Individuen begründet die funktionelle Diversifikation der modernen Gesellschaft.⁴⁷⁹ Für den „echten“ Individualismus beansprucht Hayek zudem die Eigenschaft, den Menschen so zu nehmen wie er ist, ihn mit all seiner Verschiedenheit zu akzeptieren und nicht, wie dies im Rationalismus die Tendenz sei, davon abhängig zu sein, dass der Mensch besser werde.⁴⁸⁰ Hayek sieht in der Gesellschaft ein Konstrukt, das aus Sicht des Autors am besten mit dem Bild einer Ameisenkolonie veranschaulicht werden kann: Die abstrakte Großgesellschaft mit ihren vielen Millionen Bürgern ist zu groß, um in all ihren Facetten jemals von einem ihrer Mitglieder, oder irgendeinem anderen Verstand durchdrungen werden zu können. Dennoch funktioniert das ganze wiederum auf eine Weise, die nur bestaunt werden kann. Die einzelne Ameise hat keine Vorstellung von dem insgesamt zu erreichenden Tagewerk der Kolonie, wie auch das Individuum in der menschlichen Gesellschaft niemals alle Daten erfassen könnte, welche zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft vonnöten sind. Stattdessen besitzt sie lediglich die für ihren minimalen Beitrag nötigen Informationen, etwa wo eine bestimmte Nahrungsquelle aufgenommen und wo sie abgelegt werden soll. Aus der Makroperspektive ergibt sich ein Gesamtschauspiel, das es völlig unverständlich erscheinen lässt, wie die Gesamtheit der Ameisen ohne eine zentrale Verstandeseinheit, ohne einen steuernden Verstand, zu solch koordiniertem, auf das gemeinsame Überleben ausgerichteten Verhalten fähig ist. Mit dieser Aufspaltung der Analyse gesellschaftlicher Prozesse in ein Beobachten des Verhaltens auf der Mikroebene – der Sphäre des Einzelverstands – und einer Betrachtung der sich spontan ergebenden Gesamtergebnisse auf der Makroebene liefert Hayek einen sozialwissenschaftlichen

⁴⁷⁸ F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 18.

⁴⁷⁹ Vgl. ebd., 27f.

⁴⁸⁰ Vgl. ebd., 20f.

Erklärungsansatz, welcher als Leitdisziplin eher die Biologie denn die Physik oder Mechanik stark macht.

Hayeks Arbeiten basierten im Frühwerk erkenntnistheoretisch zunächst auf der Praxeologie Ludwig von Mises. Im Laufe seiner Schaffenszeit wendet sich Hayek jedoch vom Objektivismus (Formulierung wirtschaftlicher „Gesetze“) der libertären Spielart seines einstigen Lehrers ab und der empirisch-falsifikatorischen Schule Poppers zu. Nichtsdestotrotz attestiert Gamble einen resistenten a priorischen Kern im Denken Hayeks. Dieser bestehe aus der Annahme, „that man is not born wise, rational and good, but has to be taught to become so. (...) Human knowledge is limited“.⁴⁸¹ Diese Aussage ist ebenso a priorisch zu verstehen. Die Annahme perfekten Wissens, wie sie die Neoklassik traditionell trifft, ist nach Hayek doppelt falsch. Sie ist unwahr und gleichzeitig a priori unfähig, jemals wahr zu sein. Ein „second guessing“ ist nicht möglich.⁴⁸² Mit Kant stimmt Hayek darin überein, dass jegliche Theorie auf Erfahrung schon im Vorfeld angewiesen ist, ehe sie produktiv tätig werden kann. Mit Hume teilt Hayek die Skepsis über die Möglichkeiten des Verstands. Hayek: „No mind (...) can take account of all the particular facts which are known to some men“.⁴⁸³ Damit kann Hayek angelehnt an Gamble ein Mix aus a priori-Behauptungen zum Wissen und Popperschen Hypothesen unterstellt werden. Gamble schreibt: „There were ‘constitutional’, not just empirical, limits to human knowledge, which formed „a permanent barrier to the possibility of a rational construction of the whole society.“⁴⁸⁴ Die Knappheit des Wissens kann, dies ist der a priorische Kern im Werk Hayeks, nicht an der Wurzel bekämpft werden, man muss mit ihr wirtschaften, sie bestmöglich nutzen.

Angesichts von Hayeks Skepsis gegenüber unserer verstandesmäßigen Erkenntnisfähigkeit als Sozialwissenschaftler scheint es angemessen, Hayeks Ideen dahingehend zu hinterfragen, inwiefern auf Basis ihrer Annahmen überhaupt noch Sozialwissenschaft praktiziert werden kann. Nach Hayek sei dies möglich, könnten wir doch immer noch induktive Schlüsse dank ausreichender biologischer Gemeinsamkeiten und sich daraus ergebender Ähnlichkeiten der Verhaltensmuster der Menschen ziehen.

⁴⁸¹ Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 118. sowie F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 11f.

⁴⁸² Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 119.

⁴⁸³ F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 16.

⁴⁸⁴ Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 117.

Hayek vertritt damit eine „uniform mind hypothese“.⁴⁸⁵ Gamble geht davon aus, dass Hayek eine stark angereicherte Form des methodologischen Individualismus benötigt, in der der Raum menschlicher Ähnlichkeiten im Verhalten sehr weit gezogen werden muss, um mithilfe mikrofundierter Theorie Aussagen über Makrophänomene trotz verstreuten Wissens (Hayek schreibt im Englischen „dispersed“⁴⁸⁶) über die soziale Realität zu erlauben.⁴⁸⁷ In den Sozialwissenschaften ist, so Hayek, nichts ohne Empathie möglich. Denn erst die subjektive Bedeutung eines Gegenstandes, der Zweck, den eine beobachtete Person im Gegenstand sieht, kann uns Aufschluss darüber geben, um was es sich dabei handelt. Die Sozialwissenschaft handelt aus Sicht Hayeks somit hauptsächlich von „teleologischen Begriffen.“⁴⁸⁸ Da wir nicht direkt in den Geist unserer Mitmenschen schauen können, bleibt uns nur, von uns selbst auf andere induktiv zu schließen.⁴⁸⁹ Hayek richtet sich damit gegen den Positivismus, Konstruktivismus und Objektivismus in den empirisch ausgerichteten Sozialwissenschaften. Gar die Vorhersage sozialer Handlungen ist aus seiner Sicht aufgrund der Prozesse auf der Mikroebene unmöglich.⁴⁹⁰ Wir können lediglich Handlungstypen identifizieren und so *Muster* im Verhalten erkennen, die vielen Menschen gemein sind.

Wenn Hayeks Kritik am Rationalismus die Abgrenzung zum Extrem auf der einen Seite eines Kontinuums ist, stellt seine Ablehnung des Historizismus die Abgrenzung in die andere Richtung dar. Hier kritisiert Hayek einen Mangel an Theoriebildung, sodass überhaupt keine Erklärung im eigentlichen Sinne mehr stattfindet. Sein Ziel ist es daher, als Mittelweg menschliches Verhalten zumindest in seinen Grundzügen und Mustern zu verstehen und daraus generelle Theorien sozialer Dynamiken zu erstellen. Die Statistik als Methode lehnt Hayek dafür weitestgehend ab, da sie alle Elemente uniform behandle und die Komplexität des sozialen Wechselspiels über Gebühr reduziere.⁴⁹¹ Auch gelte es eher zu erkunden, welche Entwicklungen *nicht* eintreffen können, als umgekehrt Prognosen über zukünftige Entwicklungen anzustellen.⁴⁹² Wenn für den Szientismus, wie ihn noch Mises weitestgehend vertrat, die Physik die Vorbildfunktion inne hatte, so

⁴⁸⁵ Ebd., 119. Siehe auch F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 59.

⁴⁸⁶ F. A. Hayek, *The counter-revolution of science*, 43.

⁴⁸⁷ Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 120.

⁴⁸⁸ F. A. Hayek, „Die Tatsachen in den Sozialwissenschaften.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. 2.*, erw. Aufl, 78–102 (Salzburg: Neugebauer, 1976), 81.

⁴⁸⁹ Vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 121.

⁴⁹⁰ Vgl. F. A. Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, 26.

⁴⁹¹ Vgl. ebd., 29.

⁴⁹² Vgl. ebd., 32.

fordert Hayek eine Orientierung der Sozialwissenschaften an der Biologie. Seine Theorie der Evolution der Gesellschaft ist denn auch schon begrifflich eindeutig im biologischen Sprachraum angekommen, wenngleich Hayek die eigenständige Entdeckung der Prinzipien der Evolution durch die Sozialwissenschaften beansprucht. Den Sozialdarwinismus lehnt Hayek gleichwohl vollständig ab.⁴⁹³

3.1.4. Die Zwillingsideen der Evolution und der spontanen Ordnung

„Ein zentrales Thema in den Arbeiten von F. A. von Hayek ist die Idee der spontanen Bildung sozialer Ordnung, eine Idee, die Hayek als Kernstück einer allgemeinen Sozialtheorie betrachtet(...)“.⁴⁹⁴ Dabei stelle diese Idee eine „spezifische Variante eines allgemeineren Prinzips“ dar.⁴⁹⁵ Spontane Ordnungen sind nach Hayek solche, die sich aus dem „Zusammenwirken einer Menge von Elementen ergeben“, die „in ihren Reaktionen auf ihre unmittelbare Umgebung bestimmten Regeln folgen“.⁴⁹⁶ Nicht jede Verhaltensregelmäßigkeit weist jedoch unmittelbar auf die Existenz einer Ordnung hin. Ob eine Ordnung, also ein von außen beobachtbares regelmäßiges Verhalten festgestellt werden kann, hängt von der „Beschaffenheit der Verhaltensregeln“ ab.⁴⁹⁷ Außerdem bestimmen die Regeln nur „den allgemeinen Charakter der sich ergebenden Ordnung“.⁴⁹⁸ Spontane soziale Ordnungen, so Hayek weiter, basieren auf Verhaltensregeln für Individuen. Diese können angeboren oder erlernt sein. Angeborene Verhaltensregeln sind jene „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten“, auf denen unser vererbter Anteil des Verhaltens basiert.⁴⁹⁹ Die erlernten Regeln hingegen sind kulturelle Artefakte und somit einem offenen Prozess der Fortentwicklung unterworfen. Ein Teil von ihnen kann sogar bewusst verändert werden, ein Teil ist das Produkt der Evolution von Regeln. Es existieren nach Hayek somit „drei Schichten von Regeln“, auf denen eine

⁴⁹³ So sind Sätze wie „Eine Vermehrung des Geldes führt ceteris paribus zur Inflation“ aus Sicht Mises a priori gültig. Vgl. Hans Hermann Hoppe, *Einführung: Ludwig von Mises und der Liberalismus* (Sankt Augustin: Academia Verlag), 25. Zur Anlehnung Hayeks an die Biologie vgl. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 122.

⁴⁹⁴ Viktor Vanberg, „Evolution und spontane Ordnung. Anmerkungen zu F.A. von Hayeks Theorie der kulturellen Evolution.“ in *Ökonomisches Denken und soziale Ordnung: Festschrift für Erik Boettcher*, hrsg. von Hans Albert, 83–112 (Tübingen: Mohr, 1984), 83.

⁴⁹⁵ Ebd.

⁴⁹⁶ F. A. Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1*, 65.

⁴⁹⁷ Ebd., 57.

⁴⁹⁸ Ebd., 62.

⁴⁹⁹ Viktor Vanberg, „Evolution und spontane Ordnung. Anmerkungen zu F.A. von Hayeks Theorie der kulturellen Evolution.“ in *Ökonomisches Denken und soziale Ordnung* (s. Anm. 476), 84.

soziale Ordnung gegründet sein kann.⁵⁰⁰ Die im hier und jetzt wahrnehmbare Ordnung des sozialen Verhaltens ist mit Hayek nichts anderes als die beobachtbare Regelmäßigkeit im Verhalten der Individuen. Diese Regelmäßigkeit ist ihrerseits, zumindest in ihrem allgemeinen Charakter, das Ergebnis der Regeln, die dieses Verhalten steuern. Daher erklärt sich Hayeks Interesse für die Genese dieser Regeln, die zwar auch angeboren und teilweise bewusst gestaltbar, aber doch zu einem großen Teil ihrerseits das Ergebnis eines evolutionären Prozesses sind.⁵⁰¹ Der Evolutionsgedanke wird von Vanberg wie folgt mit dem der spontanen Bildung einer sozialen Ordnung bei Hayek verknüpft: Der Evolutionsprozess ist, so Vanberg, nichts anderes als die Anwendung der Idee der spontanen Bildung einer Ordnung auf die Bildung von Regeln, die nach Hayek den allgemeinen Charakter der Ordnung festlegen. Diese spontane Fortentwicklung der Regeln wird wiederum selbst durch vorangegangene Verhaltensregelmäßigkeiten beeinflusst. Jede Fortentwicklung beruht also auf dem jeweiligen Status Quo, der selbst wiederum Ergebnis der Fortentwicklung eines früheren Status Quo in Bezug auf Verhaltensregelmäßigkeiten ist. Wie bereits erwähnt, schränkt Hayek die Bedeutung des Prozesses der spontanen Herausbildung von Regeln auf eine Teilmenge aller Regeln ein, neben denen unsere biologisch determinierten Verhaltensgemeinschaften, sowie bewusst gestaltete Regeln weiterhin existieren.⁵⁰² Hayek spricht daher auch von „drei Quellen menschlicher Werte“.⁵⁰³

Spontaneität als Eigenschaft von Ordnungen wird von Hayek in zweierlei Hinsicht verstanden: Einerseits kann eine Ordnung spontan sein, in dem Sinne, dass sie auf Regeln und nicht auf persönlichen Befehlen, o.ä. beruht. In diesem ersten Sinne hat Spontaneität keinerlei Aussagegehalt zum Ursprung der so qualifizierten Sache. Im zweiten Sinne beschreibt Spontaneität die unbeabsichtigte, nicht bewusst gesteuerte Genese von Regeln.⁵⁰⁴ Hier bezieht sich der Begriff also vollständig auf den Ursprung der

⁵⁰⁰ F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 19f.

⁵⁰¹ Vgl. F. A. Hayek, *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Hayek, F. A. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5 (Tübingen: Mohr, 1969), 151, 156. Siehe auch F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 197. Vgl. auch F. A. Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1*, 40. Vgl. ebenso Viktor Vanberg, „Evolution und spontane Ordnung. Anmerkungen zu F.A. von Hayeks Theorie der kulturellen Evolution.“ in *Ökonomisches Denken und soziale Ordnung* (s. Anm. 476), 85.

⁵⁰² Vgl. F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 19f.

⁵⁰³ Vgl. F. A. Hayek, *Die drei Quellen der menschlichen Werte*. Vorträge und Aufsätze / Walter Eucken Institut 70 (Tübingen: J.C.B. Mohr, 1979).

⁵⁰⁴ Die Regeln der Moral waren nach Hayek, abgesehen von der Sprache, die besten Beispiele für evolutionär entstandene Regeln, aber gleichzeitig auch für Charakteristika einer Ordnung, die wir nie ganz verstehen werden. Sie sind „an undesigned growth, a set of rules which govern our lives but of which we can say neither they are what they are, nor what they do to us“. F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 64.

mit ihm beschriebenen Sache. Hayek stellt damit fest: „Der spontane Charakter der sich ergebenden Ordnung muß daher von dem spontanen Ursprung der Regeln unterschieden werden, auf denen sie beruht, und es ist möglich, daß eine Ordnung, die immer noch als spontan beschrieben werden müßte, auf Regeln beruht, die zur Gänze das Ergebnis eines bewußten Entwurfs sind.“⁵⁰⁶ Diese Unterscheidung, Hayek spricht auch von den „Zwillingsideen der Evolution und der spontanen (...) Ordnung“, kann nur so verstanden werden, dass Spontaneität in Bezug auf Ordnungen nichts weiter bedeutet, als dass diese Ordnungen im Wesentlichen auf unpersönlichen Zwängen oder abstrakten Normen beruhen, die Ge- und Verbote allgemein beinhalten und keine spezifischen Personen per Name zu einer Handlung zwingen oder sie ihr verbieten.⁵⁰⁷ Während Spontaneität also einmal den Charakter der Regeln bestimmt, beschreibt sie als Regelspontaneität nicht ihren Charakter, sondern deren Ursprung. Auf letzteren Gedankenkomplex, die Evolution von Regeln ist näher einzugehen.

Dieselbe Dichotomie lässt sich auch mit Rückgriff auf den Terminus der Evolution analog fassen. In diesem Sinne können wir dann analog zwischen zwei Ebenen evolutionärer Prozesse unterscheiden: Erstens der unintendierten Herstellung eines „Ordnungsergebnisses“ durch die vielfältigen einzelnen Handlungen der Individuen in einer Ordnung, die durch negative und allgemein formulierte Regeln charakterisiert ist. Zweitens „die Vorstellung, daß sich die *allgemeinen* Regeln, die die Grundlage der spontanen Ordnung bilden, *selbst* in einem Prozeß allmählicher Entwicklung als unintendiertes Produkt des Zusammenspiels individueller Bestrebungen herausbilden und verändern.“⁵⁰⁸

Ersteres beschreibt aber im Grunde keine Evolution, sondern eher den steten Fortschritt im ergebnisoffenen Prozess des Marktes und der Gesellschaft freier Individuen im Sinne Hayeks. Hier müssen wir uns, so Hayek, wenn überhaupt auf die Gestaltung der Regeln anstelle des persönlichen Befehls zurückziehen und können lediglich erwarten, den allgemeinen Charakter der Ordnung zu beeinflussen. Einzelsteuerung und offene Gesellschaft vertragen sich nicht.⁵⁰⁹ Dies folgt zugleich auch aus der Betonung der

⁵⁰⁶ F. A. Hayek, Friedrich August von, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1*, 69.

⁵⁰⁷ F. A. Hayek, „Dr. Bernard Mandeville.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Hayek, F. A., 126–143, *Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5* (Tübingen: Mohr, 1969), 128. Zur Unterscheidung in allgemeine Regeln und personenbezogene Anweisungen des Staates vgl. F. A. Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1*, 77f.

⁵⁰⁸ Viktor Vanberg, *Liberaler Evolutionismus oder vertragstheoretischer Konstitutionalismus? Zum Problem institutioneller Reformen bei F. A. von Hayek und J. M. Buchanan*. Vorträge und Aufsätze / Walter-Eucken-Institut 80 (Tübingen: Mohr Siebeck, 1981), 8.

⁵⁰⁹ Vgl. ebd., 9.

Begrenztheit und Streuung des Wissens bei Hayek. Als Individuen verstehen wir nur das Ergebnis des Prozesses, also insbesondere die wahrnehmbare, stabile Ordnung, die Hayek als sich selbst erhaltend charakterisiert. Durch die Streuung des Wissens ist es nicht möglich, an einem Ort vorhandenes Wissen ohne weiteres an einem anderen einzusetzen. Das für den Markt relevante Wissen liegt fragmentiert, zerstückelt, verteilt, und implizit vor.⁵¹⁰ Dennoch ist eine stabile und produktive Zusammenarbeit dank formeller und informeller Institutionen, für die der Evolutionsbegriff in dieser ersten Deutungsweise nicht gilt, möglich.

Im Sinne der „Zwillingsidee von Evolution und spontaner Ordnung“ können wir aber auch fragen, wie die Regeln für eine immer komplexere Ordnung selbst entstehen:⁵¹¹ Die Evolution von Regeln spaltet sich nach Hayek in einen biologischen- und einen kulturellen Prozess. Der kulturelle Evolutionsprozess, in dem soziale Normen eine Entwicklung erfahren, läuft deutlich schneller ab als sein biologisches Pendant.⁵¹² Deshalb ist er für die Sozialtheorie von deutlich größerem Interesse als die biologische Evolution. Auch können wir die biologischen Verhaltensgemeinschaften aufgrund ihrer langsamen Veränderung guten Gewissens als gegeben annehmen.⁵¹³

Vanberg versteht Hayeks Evolutionstheorie als Analogon der biologischen Evolution und damit als einen zweistufigen Prozess: eine Kombination aus Vervielfältigung der Regeln und Selektion derselben. Während in der ersten Stufe ziellos eine unbestimmte Vielfalt an Regeln in einer Gruppe erzeugt wird, führt im zweiten Schritt ein Konkurrenzmechanismus zur Auswahl derjenigen Regeln, die aus einem gegebenen Set an konkurrierenden Regelsystemen *hervorstechen*. Historisch spielt hier für Hayek die Gruppenselektion eine wichtige Rolle. Die letzte Stufe ist schließlich die Weitergabe der selektierten Regeln an die nächste Generation. Hayek spricht insgesamt von einem „kulturellen Siebungsprozeß“.⁵¹⁴

Die Wichtigkeit unkonventionell denkender Minderheiten für den Fortschritt

⁵¹⁰ Hayek verwendet in seinen englischen Werken zur Bedeutung der Begrenztheit von Wissen den Ausdruck „tacit“. Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 114f.

⁵¹¹ Vgl. Viktor Vanberg, „Evolution und spontane Ordnung. Anmerkungen zu F.A. von Hayeks Theorie der kulturellen Evolution.“ in *Ökonomisches Denken und soziale Ordnung* (s. Anm. 476), 87.

⁵¹² Hayek schreibt: „Solche Systeme gelernter Regeln werden dennoch deutlich anpassungsfähiger sein als ein System vererbter Regeln(...)“. F. A. Hayek, „Bemerkungen über die Entwicklung von Systemen von Verhaltensregeln.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Hayek, F. A., 144–160, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5 (Tübingen: Mohr, 1969), 157.

⁵¹³ Vgl. Viktor Vanberg, „Evolution und spontane Ordnung. Anmerkungen zu F.A. von Hayeks Theorie der kulturellen Evolution.“ in *Ökonomisches Denken und soziale Ordnung* (s. Anm. 476), 87.

⁵¹⁴ F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 8.

gesellschaftlicher Regeln ist Teil der Hayekschen Theorie sozialer Evolution. Fortschritt tritt dadurch ein, dass Meinungsabweichler innovative Lösungen für eine Fortentwicklung des Rechtssystems einbringen und praktizieren, die in der Folge nach und nach von einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen übernommen werden, bis sie faktisch die alten Regeln ersetzt haben. Dieser Prozess bedarf einer Öffentlichkeit, die abweichendes Verhalten und das Nebeneinander verschiedener Lösungsansätze toleriert. Nur das Nebeneinander konkurrierender Lösungen erlaubt Regelinnovationen und damit ein Schritthalten des Rechtsrahmens mit dem Fortschritt einer Spontanen Ordnung.

3.1.5. Hayeks politische Philosophie – ein Programm der Freiheit

Aus dem wissensbasierten Ansatz leitet Hayek zwei Schlüsse ab: Wenn Politiker nur begrenzt rational und mit unvollkommenem Wissen ausgestattet sind, müssen ihre Entscheidungsbefugnisse beschränkt werden, um Schadensbegrenzung zu betreiben.⁵¹⁵ Außerdem ist eine Gesellschaft, die auf Zwang basiert, einer Gesellschaft auf Basis individueller Freiheit, einer „spontanen Ordnung“, aufgrund schlechterer Wissensverarbeitung langfristig höchstwahrscheinlich unterlegen. Die Freiheit braucht daher für Hayek nicht als ein intrinsischer *Wert* gekennzeichnet, sondern kann vielmehr anhand ihrer sozialen Produktivität geschätzt und befürwortet werden.⁵¹⁶

Freiheit ist nach Hayek nur unter einer in ihrem Handelns verfassungsrechtlich gebundenen Regierung möglich, womit sich die Forderung nach Unabhängigkeit von der Regierung und ihrer Beschränkung gegenseitig bedingen und wechselseitig verstärken. Des Weiteren folgt in einem darauffolgenden Gedankenschritt aus der Notwendigkeit effektiver Bindung der Staatsgewalt und Garantie größtmöglicher individueller Freiheit die entscheidende Bedeutung von Regeln. Regeln dienen einerseits der Bindung der Regierung, indem sie klar definierte Verantwortungsbereiche vorgeben und andererseits der persönlichen Freiheit, weil sie deren notwendigen Ausfluss, die Ergebnisoffenheit des mit ihr anlaufenden gesellschaftlichen Prozesses, gegenüber

⁵¹⁵ Vgl. F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 28.

⁵¹⁶ Vgl. F. A. Hayek, „Arten der Ordnung.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Hayek, F. A., 32–46, *Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5* (Tübingen: Mohr, 1969), 32ff. Siehe auch F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 36.

staatlicher „Verzwecklichung“ beschützen.⁵¹⁷ Hayeks rechtsphilosophische Arbeiten zielen somit nicht nur auf denselben Zweck ab, nämlich eine geeignete „Trennlinie zwischen agenda und nonagenda des Staates zu ziehen“, sondern können auch als ein Produkt des vorgelagerten Wissenskonzeptes betrachtet werden.⁵¹⁸

Neben der Bedeutung von Regeln als eine spezifische Form des Rechts spielen Regeln oder Institutionen eine Rolle als handlungsleitende Restriktionen, mit denen die Vereinbarkeit von individueller und kollektiver Rationalität im Sinne der Idee der Unsichtbaren Hand Adam Smiths erreicht werden kann, individuelle Vorteilskalküle also unbewusst zur größtmöglichen Zielerfüllung aller anderen Mitbürger beitragen, wobei Externalitäten dank des Mittels des Rechts effizient internalisiert werden. Hayek betrachtet diese Funktion als ein *Übersetzen* persönlich nicht erfahrbarer in erfahrbare und damit kalkulierbare Konsequenzen.⁵¹⁹ Das Externalitätenproblem, das eine wichtige Rolle in der ökologischen Diskussion um die Folgen des Wirtschaftens einnimmt, wird von Hayek schon in einem früheren Theoriestadium zu einem Stützpfeiler der Gesellschaftstheorie. Orientieren sollten wir uns bei der Analyse von Externalitäten, so Hayek, nicht an Sonderfällen, sondern am Standardverhalten - „Hard cases make bad law“!⁵²⁰ Damit ist gemeint, dass sich die Gestaltung des Rechtsrahmens am *typischen* Verhalten und auszurichten hat, um effizient zu sein, und nicht etwa darauf abzielen sollte, Einzelfälle zu regulieren. Ein ‚perfektes‘ Regelsystem ist mit Hayek ohnehin nicht zu erreichen – in diesem Sinne wäre beispielsweise die ideale Verbrechensrate in jeder Gesellschaft unterschiedlich hoch, aber in keiner läge sie mit Hayek bei null.

Zu den Regeln als Mittel zur Begrenzung staatlicher Macht braucht es nach Hayek Prinzipien. Sie sind keine Bündel von Zielen, sondern Mechanismen zur Abwägung des wichtigsten Prinzips, der „universellen Geltung allgemeiner Grundsätze“. ⁵²¹ Die Regierung muss also, gleich wie wünschenswert ihre Ziele auch seien mögen, unter bestimmte Verfahrensgrundsätze gestellt werden, die einen höheren, wenn nicht gar unantastbaren Status genießen. Mit Lord Acton gelte: „Solange ein einziges bestimmtes Ziel zum höchsten Zweck des Staates gemacht wird, (...), wird der Staat für diese Zeit absolut.“⁵²² Zu der teleologischen Offenheit der Gesellschaft, wie ich sie bezeichnen

⁵¹⁷ Vgl. F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 30.

⁵¹⁸ Vgl. ebd., 29.

⁵¹⁹ Vgl. ebd., 33.

⁵²⁰ Ebd.

⁵²¹ Vgl. ebd., 31.

⁵²² Vgl. ebd., 32.

möchte, die ein entscheidender Ausdruck der Freiheit ist und deren Vorzüge Hayek mittels Rückgriff auf die Dispersion des Wissens aufzeigt, muss sich eine Zurückhaltung des Staates bezüglich kollektiver Ziele gesellen. Anders formuliert ist es dem liberalen Staat untersagt der Gesellschaft eine bestimmte Rolle im Rahmen eines festen Sets von Zielen zuzuweisen.

Recht basiert nach Hayek auf dem Faktum friedlicher Zusammenarbeit und ist dem Staat existenziell vorgelagert. Hayek fragt: Was war zuerst, Gesellschaft oder Rechtssystem? Es sei ein typisches Zerrbild des „konstruktivistischen Rationalismus“, in der Tradition von Descartes, Hobbes, Rousseau, aber auch Bentham und des juristischen Positivismus, anzunehmen, die Gesellschaft sei dem Recht vorgeordnet. Hayek schreibt: „(...) it is necessary to free ourselves wholly from the erroneous conception that there can be first a society which then gives itself laws.“⁵²³ Ohne Recht keine Gesellschaft. Nach Hayek müssen wir die Idee des Positivismus, dass das Recht Geltung durch seine Setzung durch eine autoritative Zwangsgewalt erhält, wie es in der Tradition Thomas Hobbes, H. L. A. Harts und Hans Kelsens Verbreitung fand, „invertieren“ und durch die Vorstellung „authority as deriving from the law“ eintauschen.⁵²⁴ Das Recht ist der Regierungsgewalt nach Hayek vorgelagert und nicht sein Produkt. Es existiert unabhängig von ihr und baut auf einer allgemeinen Vorstellung davon auf, was (ge)Recht ist. Direkt gegen die ökonomische Theorie einer Wahl von Regeln im Naturzustand, wie sie etwa James M. Buchanan vertritt, wendet Hayek ein: „No group is likely to agree on articulated rules unless its members already hold opinions that coincide in some degree.“⁵²⁶ Die Existenz „friedlicher Zusammenarbeit“ muss aus der rechtsphilosophischen Argumentation Hayeks heraus nicht erst begründet werden.⁵²⁷ Das atomistische Individuum, welches eine solche Zusammenarbeit erst über ein *Agreement* herstellen muss, hat für ihn niemals existiert. Das Faktum der friedlichen Kooperation hat es für ihn auch bereits gegeben, bevor formale, staatliche Zwangsnormen eingeführt wurden. Hayeks Liberalismus ist aus diesem Grund auch nicht anfällig für die Kritiker des Individualismus wie etwa Charles Taylor, die eine Blindheit für soziale Beziehungen im Liberalismus ausgemacht wollen haben. Gleichzeitig wird hier der fundamentale Unterschied zu James Buchanans Liberalismus

⁵²³ F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 95.

⁵²⁴ Ebd.

⁵²⁶ Ebd.

⁵²⁷ F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 36.

sehr gut deutlich, der sich ansonsten sehr stark mit dem Hayeks überschneidet. Bei Hayek sind die Gesellschaftsmitglieder Teil einer Moralgemeinschaft, die bereits gemeinsame Werte hervorgebracht hat, ehe sie dann gemeinsame allgemeine Vorstellungen der Gerechtigkeit entwickeln kann, die als ein höheres Recht sich etablieren und teilweise beschränkend auf jede Regierungsgewalt wirken. Die Bürger benötigen in der klassisch ökonomischen Gedankenwelt bei Buchanan keinen solchen moralischen Kompass, keine „*Meinungen*“ als Quelle allgemeiner Regeln.⁵²⁸

Hayeks politische Philosophie zeichnet sich des Weiteren durch ein distanziert positives Verhältnis zur Demokratie aus. Hayek befürwortet die Demokratie als Herrschaftsform aus drei Gründen. Zunächst einmal besitzt sie den grundsätzlichen Vorteil, die Abwahl der herrschenden Elite zu ermöglichen.⁵²⁹ Zweitens kann Freiheit in ihr besser gedeihen als in einer undemokratischen Staatsform. Drittens und, für den Vergleich am interessantesten, Demokratie ist ein Prozess der Meinungsbildung, der langfristig überlegene Lösungen erwarten lässt. Indem Minderheitenmeinungen die Chance erhalten, sich im offenen politischen Ideenwettbewerb durchzusetzen, kann die Politik, die zumeist nur eine opportunistische Abbildung der Mehrheitsmeinung anstrebt, auf epistemisch höherwertige Lösungsvorschläge zurückgreifen als eine von den zerstreuten Minderheitsmeinungen abgetrennte Bürokratenherrschaft, die im Grunde nur hören wird, was sie selbst ohnehin für angebracht empfand.

Nichtsdestotrotz steht Hayek der Demokratie aber in weiterer Betrachtung vorsichtig gegenüber, da er ihre Überhöhung als ein letztes Ziel, welches alle Mittel rechtfertige, ablehnt. Dies sei eine inhärente Tendenz der Demokratie, der stets mit Vorsicht zu begegnen sei.⁵³⁰ Um festzustellen, wann ein Souverän seine Machtbefugnisse übertritt, ob nun demokratisch gewählt oder nicht, stellt Hayek auf die von diesem verwendeten Formen des Rechts, also die Mittel und nicht die Ziele, ab. Ist das Recht der gesetzgebenden Körperschaft als eine Form von „allgemeinen Regeln des gerechten Verhaltens“, als sog. *Nomoi* (sgl.: *Nomos*), ausdrückbar, bleibt diese innerhalb der Grenzen des Rule of Law-Prinzips, das seit jeher die Macht auch des demokratischen Gesetzgebers zum Wohle der Freiheit einzuschränken sucht.⁵³¹ Versucht eine gewählte Legislative ihre Mehrheitsmacht zu Lasten der Minderheit zu missbrauchen, so muss sie

⁵²⁸ F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 95.

⁵²⁹ Vgl. F. A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty, Volume 3: The Political Order of a Free People*. Law, legislation and liberty 3 (University of Chicago Press, 1979). <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche2?titnr=242698570&flag=citavi>, 7.

⁵³⁰ Vgl. ebd., 8f.

⁵³¹ Vgl. ebd., 9.

dazu unweigerlich auf Mittel des diskriminierenden Zwangs zurückgreifen, welche Hayek als *Thesis* bezeichnet.

Demokratie und Rechtsstaat stehen nach Hayek zwar in einem potentiell äußerst fruchtbaren Verhältnis zueinander, mit der Chance einer wechselseitigen Stützung beider Grundsätze. Allerdings bedingt das Vorhandensein einer demokratischen Legitimation staatlichen Handelns für Hayek noch lange nicht automatisch die Einhaltung des Rule of Law-Prinzips und damit den Schutz individueller Freiheit. Eine gesetzgebende Körperschaft in einem undemokratischen Staat kann sich theoretisch durchaus auf den alleinigen Einsatz des Mittels der Nomoi besinnen, wie andererseits ein demokratisch gewähltes Parlament durchaus eine diskriminierende Gesetzgebung betreiben kann, die die Rechtsstaatlichkeit langfristig aushöhlt und die individuelle Freiheit sukzessive einschränkt. Hayek postuliert daher eine Wertehierarchie lexikographischer Ordnung: Primär muss das Rule of Law-Prinzip erfüllt sein, erst dann (und unter steter Wahrung des Primats des Rule of Law-Prinzips) kann das Sekundärziel einer demokratischen Rückbindung der Gesetzgebung an den Willen der Bevölkerung angestrebt werden.⁵³² Hayek reagiert damit auf den (aus seiner Sicht) großen Irrtum des 19. und des 20. Jahrhunderts, die Parlamente von der rechtsstaatlichen Beschränkung auszunehmen und so unbeabsichtigt deren Allmacht, die Hayek insbesondere für die westlichen Nachkriegsgesellschaften kritisiert, heraufzubeschwören. Diese Allmacht ist nach Hayek Ergebnis eines schleichenden, unintendierten Prozesses der Vermischung von Exekutive und Legislative, bei der die Parlamente sowohl einen Anspruch entwickelten, „entscheidend bei der Führung der Regierungsgeschäfte mitzuwirken“, also *Gesetze* zu produzieren, als auch „das Recht zu bestimmen“.⁵³³ Letztere Kompetenz, also die Gestaltung der Spielregeln, unter denen die Regierung handlungsbefugt ist, des *Rechts* im spezifischen Sinne Hayeks, sollte nach Hayek besser auf eine neu zu schaffende, höhere, Legislativkörperschaft übertragen werden. Hayek schlägt daher die Einführung eines Zweikammernparlaments vor, das höhere Hürden für die Änderung des Rechts vorsieht und damit Demokratie und Rechtsstaat wieder versöhnen soll.⁵³⁴

Ein solcher Idealzustand einer rechtlich beschränkten Demokratie, in der ein

⁵³² Vgl. ebd., 9f.

⁵³³ F. A. Hayek, *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, 1. Aufl. Vorträge und Aufsätze / Walter-Eucken-Institut 63 (Tübingen: Mohr, 1977), 11.

⁵³⁴ Hayek erläutert seinen Verfassungsvorschlag im dritten Band von „Law, Legislation, and Liberty“. Vgl. F. A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty, Volume 3*, 132ff.

fortwährender Wettbewerb um die besten Lösungen stattfindet, wandelt sich aufgrund der Bindungslosigkeit der Parlamente nach Hayek zu einem Wettbewerb um Vergünstigungen, die am Ende und auf lange Frist allen Beteiligten mehr schaden als nützen. Hayek kritisiert folgende Aspekte der demokratischen Systeme, wie sie sich seit 1945 in Europa entwickelt haben:⁵³⁵

- Nach und nach wird Demokratie zu einem legalisierten Verfahren von Erpressung und Korruption.
- Das Verhandeln zwischen Interessengruppen und Politikern wird zum Prozess, dessen Ergebnis fälschlicherweise als „Wille der Mehrheit“ dargestellt wird.
- Mehrheiten sind nicht mehr das Produkt übereinstimmender *Meinungen* (Idealzustand), sondern Produkt von Allianzen und Sonderinteressen, die die Ausbeutung des Rests der Wählerschaft zum Ziel haben.
- Die Versammlung wird im Ergebnis, obwohl formell allmächtig, vollkommen von der Unterstützung jener kleinen Gruppen abhängig. Sie ist de jure allmächtig, de facto aber ohnmächtig.

Hayek steht mit dieser Kritik dem Ökonom Mancur Olson sehr nahe, der ebenso vor der Gefahr einer Unterminierung staatlicher Macht durch private Akteure warnt. Auch kann in diesem Aspekt eine ausgeprägte Nähe zur Ordoliberalen Schule, insbesondere zu Walter Eucken, ausgemacht werden. Beiden liberalen Denkern geht es um die Sicherung staatlicher Unabhängigkeit gegenüber privaten Interessengruppen (Rent-Seeking Problematik). Das einzige Bollwerk gegen eine solche Form kollektiver Selbstschädigung ist aus Sicht Hayeks die „Tradition oder Verfassung“. Die Privilegienpolitik wird von Hayek auch genuin *moralisch* verurteilt, stellt sie doch eine „Beraubung“ einer widersprechenden Minderheit dar, auch wenn sie gleichzeitig mit moralischem Vokabular als „Soziale Gerechtigkeit“ getarnt wird.⁵³⁶

Aus der mangelnden Bindung des demokratischen Souveräns mithilfe formaler Schranken oder informeller Traditionen, die beidermaßen wohl aus fehlgeleiteten Gesellschaftsideen resultierten (Rationaler Konstruktivismus), wird nicht nur ein Prozess kollektiver Selbstschädigung. Vielmehr führt eine Fehlstellung in der Verfassung hier mit der Zeit auch zu einer Veränderung der Moralvorstellungen der Bevölkerung

⁵³⁵ Vgl. F. A. Hayek, *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, 12f.

⁵³⁶ F. A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty, Volume 3*, 14.

unter dieser Ordnung, bis schließlich Ideale zum Mainstream gesellschaftlicher Wertüberzeugungen werden, die in Konflikt mit den liberalen Resten der Verfassung geraten. Allgemein können wir hier sehen, dass Hayek eine Theorie der Wechselbeziehung von Recht und Moral im Sinn hat, die die Interdependenz von geschriebenem Recht und gelebten impliziten Normen betont.⁵³⁷ Es existiert ein Wirkungskreis von der Moral zum Recht, vom Recht zur Moral. Schließlich geht die mangelnde Bindung der Parlamente nicht nur auf einen schleichenden Prozess unintendierter Aushöhlung einst starker Prinzipien der Verfassung, sondern auch auf eine wissenschaftliche Ideologie und gesellschaftliche Moral zurück, die solche liberalen Bindungen an sich für überflüssig erklären. Daher erkennen wir auch den Grund für den Stil und die hohe Bedeutung, die Hayek der Beeinflussung gesellschaftlicher Meinungen durch die Wissenschaft beimisst. All unsere Wertüberzeugungen sind schließlich, so Hayek, das Ergebnis des philosophischen Diskurses längst vergessener Denker.⁵³⁸ Wollen wir also den gesellschaftlichen Fortschritt langfristig sichern, reicht es nicht aus, sich an die Politik zu wenden und eine Änderung formaler Institutionen einzufordern. Der Zirkel aus Moral und Recht zwingt diejenigen, die am Fortschritt interessiert sind, sich auch um die Überzeugungen der breiten Masse zu sorgen und diese im eigenen Bilde durch Publikationen zu beeinflussen, damit aus ihnen einst Mehrheitsmeinungen hervorgehen können, die die formalen Institutionen im eigenen Sinne bewahren oder umgestalten wollen und durch die wiederum Institutionen förderlich auf die Moral zukünftiger Generationen zurückwirken können.

Der Dynamik der Meinungsbildung kommt für Hayek in der Demokratie die Rolle zu, Umweltveränderungen aufzunehmen und die Regierung vor sich herzutreiben. „Die Demokratie ist vor allem ein Prozess der Meinungsbildung.“⁵³⁹ Aber Mehrheiten können irren: „Um zu wissen, zu welcher Ansicht wir andere bekehren wollen, brauchen wir andere Kriterien als die jeweilige Ansicht der Mehrheit, die in dem Prozeß, in dem sich die Meinung bildet, irrelevant ist“. Und weiter: „Der Liberalismus betrachtet es als wünschenswert, daß nur das Gesetz sein soll, was die Mehrheit anerkennt, aber er glaubt nicht, daß das deswegen immer ein gutes Gesetz sein wird.“ Denn „der Wert der Demokratie zeigt sich in ihren dynamischen, nicht in ihren statischen Aspekten.“⁵⁴⁰ „Mehrheitsentscheidungen sagen uns, was die Menschen im Augenblick wollen, aber

⁵³⁷ Vgl. ebd.

⁵³⁸ Vgl. F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 136ff.

⁵³⁹ Ebd., 133.

⁵⁴⁰ Ebd., 126f.

nicht, was sie in ihrem Interesse wollen würden, wenn sie besser informiert wären; und wenn ihre Meinung nicht durch Überredung geändert werden könnte, wäre sie wertlos. Eine stets nur den Mehrheitswillen abbildende Demokratie „würde [daher] wahrscheinlich die Stagnation, wenn nicht den Verfall der Zivilisation bedeuten.“⁵⁴¹

Demokratisch gewählte Politiker neigen dazu, stets die Meinung der Mehrheit opportunistisch anzunehmen. Da jedoch die dynamischen Veränderungen der Willensbildungsprozesse greifen, bei denen langsam(sic!) aus „den Köpfen Einzelner“ Schritt für Schritt die Ansicht der Mehrheit wird, ist dieses Gebaren unproblematisch für die Anpassungsfähigkeit der Demokratie.⁵⁴²

Hayek fordert zur Aufrechterhaltung der Dynamik der Meinungen in einer freien Gesellschaft in erster Linie die Bindung des Souveräns, sei er demokratisch legitimiert oder nicht. Er ist ein Denker der Freiheit, die er als Kern einer spontanen Ordnung, einer „ordered anarchy“ im Sinne Buchanans begreift. Das Erbe Adam Smiths und mit ihm der Fokus auf die Chancen der freien und friedlichen Kooperation zur wechselseitigen Beförderung der subjektiven Präferenzen prägt seine Gesellschaftstheorie. Das Rule of Law-Prinzip und die Erinnerung an das fragile Erbe von uralten Traditionen, denen ein nicht künstlich reproduzierbares inkorporiertes Wissen innewohne, stellen die Garanten für dieses Ziel dar. Für von Hayek sind es die Mittel, derer sich die Politik bedient und die Prozesse, die zum Ausgangspunkt der Kritik und Reform gemacht werden müssen. So verwundert es auch nicht, dass Hayek als harter Kritiker jedweder auf Ergebnisse und Endzustände abzielenden Gerechtigkeitstheorien gilt und damit insbesondere den Egalitarismus als eine wesentliche Gefahr für die Freiheit begreift. Das Kriterium der Verarbeitung von Wissen bei Hayek ist ein eigenständiger und zutiefst produktiver Kern für eine Ökonomik, die mehr sein will als Anleitung zur Überwindung von Knappheit, einer Ökonomik, die relevante Beiträge zur Gestaltung von Regeln liefern will und das auch kann. Demokratie basiert bei Hayek auf der tagtäglichen Auseinandersetzung um Lösungen in der Arena der politischen Öffentlichkeit. Eine reine Wahldemokratie bildet in dieser Perspektive nur ein Randphänomen dessen ab, was wirklich unter Demokratie zu verstehen ist.

Aus der Zwillingsidee von Evolution und spontaner Ordnung bei Hayek ergeben sich aus

⁵⁴¹ Mit diesem Votum für die dynamische Betrachtung des Meinungsbildungsprozesses weicht Hayek von den Schumpeterianischen Prämissen einer ökonomischen Theorie der Demokratie ab, denn bei Hayek werden die Meinungen der Individuen nun nicht mehr als exogen gegeben betrachtet. Demokratie wird zu deutlich mehr, ja sogar zum Gegenteil der Aggregation der gegenwärtigen Präferenzen der Bürger. Diese nennt Hayek daher auch „eine Verkehrung des Prinzips“. Ebd., 134.

⁵⁴² Ebd., 136.

zwei Forderungen für die politische Philosophie - eine progressive und eine konservative.

Aus der evolutionären Offenheit der gesellschaftlichen Prozesse *unter Regeln* folgt die Erkenntnis, dass allgemeine, abstrakte Regeln ganz im Sinne Adam Smiths kollektiv wünschenswerte Ergebnisse aufgrund individuellen Strebens ermöglichen und damit Freiheit der Diktatur vorzuziehen ist. Der Staat als „bewußtes Produkt der menschlichen Vernunft“ widerspricht aufgrund seiner fehlenden Ordnungsspontaneität, seiner teleologischen Bestimmtheit als Unterform einer Organisation diesem Kriterium einer Evolution *unter Regeln* und darf daher nur einen beschränkten Einfluss auf unser Leben haben. Ontologisch existiert zwischen Staat und Individuum noch eine dritte Größe: Die friedliche „nicht auf Zwang beruhenden Konventionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens“. ⁵⁴³ Was der Individualismus uns lehrt, so Hayek, ist, dass die Gesellschaft nur solange etwas Größeres ist als der Einzelne, als sie frei ist. Sobald sie unter Gewalt oder Lenkung steht, wird sie auf die Maße der Kraft des Einzelverstandes eingeschränkt, der sie beherrscht oder lenkt. ⁵⁴⁴

Aus der zweiten Erkenntnis, dass diese Regeln selbst das Ergebnis eines evolutionären Prozesses sind und die Chance groß ist, dass die wünschenswerten, handlungsleitenden Eigenschaften unwiderruflich mit diesem anonymen Prozess verknüpft sind, folgt hingegen das konservative Element im Denken Hayeks: „Der Einzelne muss bereit sein, sich ungeplanten, irrational erscheinenden Regeln zu unterwerfen.“ ⁵⁴⁵ „Individuen müssen sich bereit erklären, abstrakten Regeln zu folgen, die sie weder entwickelt haben, noch überhaupt genau kennen“. ⁵⁴⁶ Hayek weiter: „In dem Glauben, daß wir die Kenntnis und Macht besitzen, die Vorgänge in der Gesellschaft ganz nach unserem Gutdünken zu gestalten, eine Kenntnis, die wir in Wahrheit *nicht* besitzen, werden wir nur Schaden anrichten“. ⁵⁴⁷ Stattdessen müssen wir, so Hayek, akzeptieren, dass der soziale Fortschritt nicht vollständig in unseren Händen liegt. Gamble fasst dies mit Blick auf diese Erkenntnis schlicht zusammen: „Modern societies have to be understood as

⁵⁴³ F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 36.

⁵⁴⁴ Vgl. ebd., 48.

⁵⁴⁵ Ebd.

⁵⁴⁶ F. A. Hayek, *Law, legislation and liberty, Volume 1*, 12.

⁵⁴⁷ F. A. Hayek, „Die Anmaßung von Wissen: Rede aus Anlaß der Verleihung des Nobel-Gedächtnispreises in Wirtschaftswissenschaften.“ in *Die Anmaßung von Wissen: Neue Freiburger Studien*, hrsg. von Wolfgang Kerber, 3–15, *Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 32* (Tübingen: Mohr, 1996), 14.

organisms evolving through time.“⁵⁴⁸ Und noch einmal Hayek: „Daß die grundsätzliche Einstellung des wahren Individualismus eine Demut gegenüber Vorgängen ist, durch die die Menschheit Dinge erreicht hat, die von keinem Einzelnen geplant worden sind und in der Tat größer sind als der Einzelverstand“.⁵⁴⁹ Sie zu zerstören, hieße, wie bereits im früheren Kapitel erkannt, sich Ketten anzulegen, die wir selbst schmieden.

Die moderne Gesellschaft ist nach Hayek eine „Great Society“, die eher als gewachsener Organismus denn als geplante Maschine zu verstehen ist. Regeln des Handelns, des Wettbewerbs, der Verträge, des Besitzes, der Ehrlichkeit etc., auf denen sie beruht, sind nach Hayek über Generationen entstanden und inkorporieren ein Wissen aus einer unvorstellbar großen Anzahl von Trial and Error-Prozessen, die insgesamt nicht ohne weiteres reproduziert werden können. Daraus ergibt sich eindeutig, dass ein Top-Down Approach der Veränderung durch einen Bottom-Up Prozess unterlegen sein muss.⁵⁵⁰ Hayek warnt daher vor Veränderungen am System der „Great Society“, der abstrakten, auf allgemeinen Regeln beruhenden, spontanen Ordnung: „if life is to proceed, we must in practice accept which we cannot justify, and resign ourselves to the fact that reason cannot always be the ultimate judge in human affairs“.⁵⁵¹ Gamble konstatiert: „Hayeks advice was to respect the higher wisdom embodied in the rules and institutions which have been bequeathed to us“.⁵⁵²

Die Frage, die sich unmittelbar aufdrängt, ist allerdings folgende: Wie passt Hayeks Forderung, sich mit der rationalen Konstruktion von Regelsystemen zurückzuhalten und sich stattdessen Regeln bedingungslos zu unterwerfen, zu seiner eigenen Arbeit an institutionellen Alternativen, wie etwa seinem Vorschlag eines Zweikammernparlaments oder seiner Forderung nach Abschaffung des Geldmonopols des Staates zugunsten eines Währungswettbewerbs? Eine Antwort erfordert ein detailliertes Studium der Hayek'schen Ideen von Evolution und spontaner Ordnung. Martin Leschke interpretiert Hayek bezüglich dieser Frage beispielsweise auf folgende Weise: Hayeks Evolution ist vor allem als Forderung zu verstehen, dezentralen

⁵⁴⁸ Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 111.

⁵⁴⁹ F. A. Hayek, „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* (s. Anm. 198), 47.

⁵⁵⁰ Vgl. F. A. Hayek, *Die verhängnisvolle Anmassung: Die Irrtümer des Sozialismus*. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 34 (Tübingen: J.C.B. Mohr, 1996), 14.

⁵⁵¹ F. A. Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, 130.

⁵⁵² Andrew Gamble, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek* (s. Anm. 53), 128.

Prozessen durch geeignete Regeln den Weg zu bereiten, Prozessen, die Innovationen durch Kooperation entstehen lassen und so eine Dynamik entfalten, die durch rationale Planung etwa durch Bürokratien niemals zu erreichen wäre. Dies trifft sowohl für Gesetze zu, die sich als Spielregeln auf die Bürger beziehen, als auch auf die Meta-Spielregeln der Verfassung, deren Ziel es sein sollte, einen politischen Wettbewerb zu initiieren, von dem wir rational erwarten können, dass er die Interessen der Nation und vor allem die Freiheit der Bürger langfristig am ehesten umsetzen kann.⁵⁵³

⁵⁵³ So etwa die Interpretation Martin Leschkes. Vgl. Martin Leschke, „F. A. von Hayek und die Verfassung der Freiheit.“ in *F. A. von Hayeks konstitutioneller Liberalismus*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 168–189, *Konzepte der Gesellschaftstheorie* 9 (Tübingen: Mohr Siebeck, 2003), 185ff.

3.2. Walter Eucken

„Das Problem besteht also darin, diese Schwierigkeit wieder zu überwinden, die Menschen wieder Glieder einer umfassenden geistigen Lebensordnung werden zu lassen und einer solchen Lebensordnung entsprechend die Wirtschaftsform zu gestalten, die dabei aber auch ihrem äußeren Zweck voll entsprechen muß.“⁵⁵⁴

3.2.1. Zur Person⁵⁵⁵

Walter Eucken wurde 1891 in Jena als Sohn des Philosophen Rudolf Eucken geboren. Eucken hatte damit das Glück schon in früher Jugend in Kreisen verkehren zu können, die seinen geistigen Horizont erweiterten und ihm einen Bildungshorizont mit auf den Weg gaben, der sich auch in der Breite der Reflexion seiner Nationalökonomie niederschlug. Rudolf Eucken erhielt 1908 den Literaturnobelpreis und ermöglichte seinem Sohn in seiner Zeitschrift „Die Tatwelt“ unter dem Pseudonym Kurt Heinrich selbst erste Artikel zu veröffentlichen. Zugleich prägte die Philosophie Rudolf Euckens weit über die Jugendjahre hinaus den intellektuellen Rahmen Walter Euckens. So spielt bei beiden die Krisendiagnose als Ausgangspunkt der intellektuellen Beschäftigung mit dem Menschen in der modernen Gesellschaft eine große Rolle.⁵⁵⁶ Während Rudolf Eucken sie mit Blick auf das Individuum stellte, zielt Walter Eucken jedoch auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab, die eine solche Krise überwinden könnten.⁵⁵⁷

Eucken studierte in Kiel, Bonn und Jena Nationalökonomie. Zu dieser Zeit war er noch stark verhaftet in der Methode der Historischen Schule der Nationalökonomie Gustav

⁵⁵⁴ Walter Eucken, „Die geistige Krise und der Kapitalismus.“ *Die Tatwelt* 2 (1926): 13–16; (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich), 16.

⁵⁵⁵ Eine ausführliche Biographie ist nachzulesen bei Hans Otto Lenel, „Walter Eucken (1891-1950): Bd. 2: Von Karl Marx bis John Maynard Keynes.“ in *Klassiker des ökonomischen Denkens*, hrsg. von Joachim Starbatty, 292–315 (München: Beck, 1989).

⁵⁵⁶ So diagnostiziert Rudolf Eucken eine wachsende Kluft zwischen der rasant wachsenden Entfaltungsmöglichkeit des Individuums in der Moderne und einer gewissen Fremdbestimmtheit, die Rudolf Eucken als negativen Effekt der voranschreitenden Entwicklung ausmacht. Der Einzelne sei nur noch ein „verschwindender Teil, ... ein Stift der großen Weltmaschine in Wesen, Wollen und Wirken durch die Summe der Voraussetzungen und Umgebungen vollständig bestimmt.“ Walter Eucken, „Vom Radikalismus sozialistischer und Euckenscher Prägung.“ *Die Tatwelt* 3 (1927): 44–48; (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich), 45.

⁵⁵⁷ Zur Krisendiagnose bei Walter Eucken siehe Jan Renker, „Die Krisis der Moderne bei Rudolf Eucken, Edmund Husserl und Walter Eucken.“ in *Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft. Edmund Husserl – Rudolf Eucken – Walter Eucken – Michel Foucault*, hrsg. von Hans-Helmuth Gander, Nils Goldschmidt und Uwe Dathe, 41–66 (Egon Verlag, 2009).

von Schmollers, zu deren Kritiker er sich im Laufe der Zeit immer mehr entwickelte. Euckens Doktorarbeit trug den Titel „Die Verbandsbildung in der Seeschiffahrt“ und wurde unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg fertiggestellt, in dem er vier Jahre als Frontoffizier diente. Bereits 1921 erfolgte die Habilitation mit einer Arbeit über die Stickstoffversorgung der Welt. 1925 erhielt Eucken einen eigenen Lehrstuhl für Nationalökonomie in Tübingen. Der aus heutiger Sicht entscheidende Wechsel erfolgte zwei Jahre später an die Universität Freiburg im Breisgau, die neben der Bezeichnung „Ordoliberalismus“ namensgebend für Euckens Ordnungsökonomik wurde („Freiburger Schule“⁵⁵⁸). Eucken blieb in Freiburg bis zu seinem Tod im Jahre 1950. Er starb im Alter von nur 59 Jahren. Von seiner Persönlichkeit her zeichnete sich Eucken nach Angabe seiner Kollegen und Studenten als außergewöhnlich zurückhaltender Mensch mit festen Grundsätzen aus, die er auch in den Jahren von 1933 bis 1945 nicht aufgab. Eucken stach als Ökonom auch durch seine Eigenheit hervor, immer wieder Kontakte und praktische Erfahrung aus der unternehmerischen und interessenpolitischen Realität heranzuziehen. Seine methodologische Auseinandersetzung mit der Historischen Schule (Schmoller), der Neoklassischen Theorietradition aus dem Angloamerikanischen und Angelsächsischen Raum (Walras, Say) sowie mit der Österreichischen Schule (Carl Menger, Ludwig von Mises), in der Eucken einen eigenständigen Ansatz der Verknüpfung von Empirie und Theorie entwickelt, kann insofern auch an seinen regelmäßigen Exkursionen in deutsche Betriebe und seinen gemeinsamen Seminaren mit Kollegen anderer Disziplinen als Forderung gezielter empirischer Fundierung festgemacht werden. Eucken kooperierte in Freiburg mit den ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern des deutschen Ordoliberalismus zählenden Juristen Franz Böhm und Hans Grossman-Doerth, sodass es kaum verwundert, dass Euckens Werk auch in einer Linie mit der Entwicklung der ökonomischen Analyse des Rechts gesehen wird.⁵⁵⁹

⁵⁵⁸ Die Freiburger Schule war eine interdisziplinäre Forschungsgemeinschaft in den 1930er und 1940er Jahren an der Universität Freiburg. Mitglieder waren neben Walter Eucken Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth. Zu den Vertretern des Ordoliberalismus im weiteren Sinne gehören Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard u.a.

⁵⁵⁹ Eucken setzte sich insbesondere mit der Bedeutung des Rechts für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines lebhaften Wettbewerbs ein. Paradigmatisch ist seine Ablehnung der klassisch liberalen Sicht, nach der Privateigentum an Produktionsmitteln immer dem Wettbewerb und damit einer effizienten Allokation der Ressourcen diene.

3.2.2. Zu den Ursprüngen des Neoliberalismus` Euckens

Gerken schreibt zur Bedeutung Euckens: „Mit seinen Arbeiten zur Wettbewerbsordnung zeigt Eucken, daß Wettbewerb kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument, daß in den Dienst des Menschen gestellt werden kann und sollte.“⁵⁶⁰ Nur eine solche Wettbewerbsordnung kann nach Eucken als „funktionsfähig und menschenwürdig“ gelten.⁵⁶¹ Eucken verfolgt damit über seine gesamte Schaffensperiode hinweg das Ziel die Grundlagen für eine Ordnung darzulegen, die nicht nur wirtschaftlich leistungsfähig ist, sondern auch ein eigenverantwortliches Leben in Freiheit ermöglicht.⁵⁶² Gerken schreibt: „Für Eucken ist Ordnungspolitik in doppelter Hinsicht mehr als eine Wirtschaftspolitik, die allein ökonomische Ziele verfolgt. Erstens bewertet Eucken politische Maßnahmen nicht nur, wie in der Ökonomik üblich, nach der ökonomischen Effizienz, sondern eben auch nach den Freiheitsgraden für die Bürger. Und zweitens ist die Ordnungspolitik bei Eucken so konzipiert, daß sie die verschiedenen vormals isoliert nebeneinander stehenden Teilbereiche miteinander verknüpft. Ordnungspolitik ist Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in einem.“⁵⁶³ Ingo Pies teilt Euckens Werk in vier Phasen ein, denen er jeweils eine bestimmte Problemstellung und ein jeweiliges (Haupt-)Werk Euckens zuordnet.⁵⁶⁴ Dabei interpretiert Pies Eucken vor allem als herausragenden Ökonom aufgrund seiner diskursiven Leistung, den über das Zwanzigste Jahrhundert hinweg maßgeblichen ideologischen Streit von Kapitalismus und Sozialismus mit einem eigenen Ansatz – den wir heute als Ordoliberalismus kennen – neu und zukunftsweisend überwunden zu haben. Die folgende Darstellung basiert in der Struktur auf der Darstellung Pies`, wenngleich in kritischen Punkten auf die widerstreitenden Ansichten aus der Eucken-Forschung verwiesen werden wird.⁵⁶⁵

⁵⁶⁰ Lüder Gerken und Andreas Renner, „Die ordnungspolitische Konzeption Walter Euckens.“ in *Walter Eucken und sein Werk* (s. Anm. 56), 2.

⁵⁶¹ Der berühmte Ausspruch Euckens findet sich in Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6., durchges. Aufl. / mit e. Vorw. zur Neuausg. 1990 von Ernst-Joachim Mestmäcker. Uni-Taschenbücher 1572 (Tübingen: Mohr, 1990), 14. Ebenso bereits zuvor in Walter Eucken, „Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung.“ *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (1949): 1–99, 1.

⁵⁶² Vgl. Walter Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 9., unveränd. Aufl. Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft : Abteilung Staatswissenschaft (Berlin u.a: Springer, 1989), 240.

⁵⁶³ Lüder Gerken und Andreas Renner, „Die ordnungspolitische Konzeption Walter Euckens.“ in *Walter Eucken und sein Werk* (s. Anm. 56), 2.

⁵⁶⁴ Siehe Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56).

⁵⁶⁵ So kritisiert Nils Goldschmidt die Interpretation eines Vier Phasen-Ansatzes bei Pies als einen Versuch einen „Eucken I“ und einen „Eucken II“ zu kreieren, womit die Entwicklungstheorie Euckens, die sein Frühwerk stark prägte, fälschlicherweise von seinem späteren Werk zur Ordnungstheorie abgekoppelt werde. Dem Autor erscheint diese Kritik überzogen, da Pies in seiner Interpretation keineswegs die Einheitlichkeit des Werks Euckens infrage stellt. Vielmehr bilden Problemdiagnose (Krisis) und

In der ersten Phase widmet sich Walter Eucken der Diagnose der zentralen Gesellschaftsprobleme seiner Zeit. Für Eucken zeichnet sich das frühe Zwanzigste Jahrhundert durch eine „Strukturwandlung“ des Staates aus, maßgeblich gekennzeichnet durch Demokratisierung und den Aufstieg radikaler Ideologien wie den Faschismus und Sozialismus. Die „Krise des Kapitalismus“ bestünde darin, dass es dem Staat angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen der Zeitenwende der Jahre ab 1919 nicht gelinge, die politischen Voraussetzungen zu bedienen, die der nunmehr voll entfaltete Kapitalismus verlange.⁵⁶⁶ Für Eucken besteht also ein Defizit guter Politik, das in letzter Konsequenz für die Massenarmut dieser Zeit sowie den geistigen Zerfall, den er in verantwortlich sei.⁵⁶⁷ Euckens Diagnose besteht darin, nach den Ursachen dieses Politikversagens zu fragen. Dabei geraten die politischen Ideologien in Euckens Fokus, die den Denkraum der Gruppen in der Gesellschaft maßgeblich bestimmen. Eucken beobachtet, wie Ideologien offenkundig kontraintuitive Resultate hervorbringen und damit die Stabilität der Gesellschaft, ihre wirtschaftlichen Grundlagen und ihre liberalen Grundsätze gefährdeten. Der Laissez-Faire Liberalismus des Neunzehnten Jahrhunderts erhoffte sich vom Freihandel nichts weniger als den Ewigen Frieden und konnte dennoch den Ersten Weltkrieg nicht verhindern.⁵⁶⁸ Er überließ die Gestaltung der Spielregeln der Wirtschaft den Privaten und konnte die daraus resultierende Entstehung ungeahnter privater Macht nicht wieder einfangen. Die „planwirtschaftlichen Ideologien von heute“ können für Eucken eine komplexe Volkswirtschaft nur ins „Chaos“ stürzen, weil sie dem Ausgangsproblem einer effektiven Koordinierung einer hochdifferenzierten Ökonomie nicht angemessen sind.⁵⁶⁹ Es sind diese nicht-

Lösungsansatz (Ordnungstheorie) auch in Pies` Interpretation eine systematische Einheit, aber eben in differenzierten Arbeitsschritten. Vgl. Goldschmidt, „Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels“.

⁵⁶⁶ Siehe Walter Eucken, „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus.“ *Weltwirtschaftliches Archiv* 36 (1932): 297–323.

⁵⁶⁷ Dabei umfasst Euckens Krisenbegriff, was von Pies als weniger bedeutend angesehen wird, eine sehr umfassende Moderne-Kritik, die ihn zeitweilig stark in die Nähe der marxistischen Argumentation (Entfremdung des Arbeiters) und christlicher Modernekritik (Verdrängung der Religion durch die wachsende Individualisierung) rücken lässt. So spricht er in „Die geistige Krise und der Kapitalismus“ davon, „daß diese Wirtschaftsgesinnung erheblich dazu beitragen mußte, die Religion aus ihrer alten Stellung zu verdrängen“ und führt die „innere Leere des modernen Lebens“ an. Eucken, „Die geistige Krise und der Kapitalismus“, 14.

⁵⁶⁸ Vgl. Eucken, „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus“, 319.

⁵⁶⁹ Ebd., 320. Auch kritisiert Eucken schon 1925 den Sozialismus in Hinblick auf die mangelnde Anreizkompatibilität, die Gefahr unkontrollierten Bevölkerungswachstums bei sinkender Produktion und die gefährliche Hoffnung auf die Möglichkeit der Schaffung *neuer* Menschen, die „gern und viel arbeiten, auch wenn sie keinen unmittelbaren Gewinn von ihrer persönlichen Anstrengung hätten“. Eucken schreibt weiter: „Der Marxismus geht, wie er stets betont, ausschließlich vom Diesseits aus, er nimmt die Welt wie sie ist. Er will die hiesige Welt mit realen Mitteln umgestalten. Aber in diesem entscheidenden Punkt verläßt er die Wirklichkeit, plötzlich rechnet er mit Menschen, die es gar nicht gibt und will mit

intendierten Folgen gut gemeinter Politikentwürfe, die für Eucken Ursache und zugleich Ansatz einer Therapie sein sollten. Es sei Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, die Beziehung von Ideologie und politischer Konsequenz ideologiemotivierten Verhaltens aufzudecken und damit für die Bürger die Orientierung zu bieten, die es ihnen ermöglicht, abstrakte politische Leitideen auf ihre praktische Tauglichkeit hin zu überprüfen. Euckens Grundmotiv ist damit ein durch und durch demokratisches, gerichtet in aufklärerischer Absicht an eine als mündig verstandene Öffentlichkeit verstandesbegabter Bürger.⁵⁷⁰ Die Nationalökonomie, die diese Aufklärung leisten soll, ist für Eucken in erster Linie eine sozialwissenschaftliche Disziplin, die Wenn-Dann Aussagen herausarbeiten kann, um zur Beurteilung von Politik durch Information über deren Folgen beizutragen.

Ein Strang der Eucken-Forschung macht für die frühe Phase Euckens gegenüber Pies darauf aufmerksam, dass das Ausgangsproblem bei Eucken gleichwohl über die nicht intendierten Folgen ideologiebasierter Politik deutlich hinausgeht und auf einer vorgelagerten idealistischen Ethik beruhe, die Eucken von seinem Vater übernommen habe. Dieser Standpunkt soll ergänzend dargelegt werden:

Nach Lüder Gerken können insgesamt drei Einflüsse auf den Ordoliberalismus Euckens ausgemacht werden:⁵⁷¹ erstens das starke ethische Moment, welches sich vor allem in seinen frühen Schriften ausdrückt, zweitens die christliche Prägung und drittens die von Eucken beobachtete Kluft zwischen Theorie und Realität, vor allem in Hinblick auf das ökonomische und politische Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg totalitärer Ideologien. Der dritte Aspekt wird von Pies hervorgehoben. Doch auch die ersten beiden Aspekte des Werkes Walter Euckens verdienen Aufmerksamkeit. In seinen Beiträgen aus der Mitte der Zwanziger Jahre in der „Tatwelt“, der Zeitschrift seines Vaters, zeigt sich Euckens starke ethische Prägung. Eucken sah in der Moderne durchaus kritische Momente, die ihn in die Nähe idealistischer Denkrichtungen rücken scheinen. Er fürchtete eine Entfremdung des Individuums und eine durch den Kapitalismus bedingte rational-egoistische Denkweise, die dem Leben den „inneren

ihnen seine Wirtschaftsordnung schaffen. Realismus und Mystizismus schieben sich hier – wie so oft – eigentümlich ineinander.“ Walter Eucken, „Zur Kritik des Sozialismus: (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich).“ *Die Tatwelt* 1 (1925): 37–42, 38f.

⁵⁷⁰ Ingo Pies spricht auch von Euckens Bestreben der „Rationalisierung politischer Ideologien“. Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 11.

⁵⁷¹ Vgl. Lüder Gerken und Andreas Renner, „Die ordnungspolitische Konzeption Walter Euckens.“ in *Walter Eucken und sein Werk* (s. Anm. 56), 3ff.

Gehalt“ raube.⁵⁷² Zu dieser ethischen Reflexion trat bei Eucken der christliche Glaube, den er von seiner Familie – insbesondere von seinem Vater Rudolf Eucken – in die Wiege gelegt bekommen hatte.⁵⁷³

Der in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ideologisch gelebte Widerspruch zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ einerseits und einer Verwirklichung eines moralisch und ideell gehaltvollen Lebens, einer „Lebensordnung“, andererseits ließ ihn sein Leben lang nicht los und motivierte seine Ordnungstheorie grundlegend. So hielt Eucken in seinen frühen Beiträgen in der „Tatwelt“ den Kapitalismus und den Sozialismus für gleichermaßen ethisch unhaltbar.⁵⁷⁴ Doch war Eucken immer klar, dass der „Kapitalismus“ – den er später im Lichte seiner Ordnungstheorie differenzierter als Verkehrswirtschaft bezeichnete – schon aufgrund der schiereren Menschenmassen und der Erfordernis, sie menschenwürdig zu ernähren und zu versorgen, alternativlos geworden ist. Die vorangeschrittene menschliche Zivilisation erfordere nach Eucken „gebieterisch“ eine rationale Wirtschaftsform, die der Sozialismus seiner Auffassung nach niemals sein kann, da ihm strukturelle Probleme innewohnen, die seine ökonomische Effizienz hemmen müssen.⁵⁷⁵ Eucken schreibt über das daraus sich

⁵⁷² Eucken schreibt bereits 1926: Der Kapitalismus basiere „nicht etwa auf Tradition“, sondern auf „rationaler Wirtschaftsführung und rationaler Technik“. Aus seiner Eigenart habe sich ergeben, „daß er die geistige Krise der Zeit verschärfen mußte“. Die mit ihm einhergehende „Wirtschaftsgesinnung“ musste zwangsläufig „die Religion aus ihrer alten Stellung verdrängen“. Eucken diagnostiziert eine „innere Leere des modernen Lebens“ und sieht ein zeitgleiches Auftreten von „Zeitkrise“ und Kapitalismus. Gleichwohl warnt Eucken davor, geistigen Wandel materialistisch allein auf Wandlungen der Wirtschaftsform zurückzuführen. Es sei „ungemein verlockend“, zum Gegner des Kapitalismus aufgrund der soeben gestellten Diagnose zu werden, doch sei dies ein schwerer Fehler, weil keine wirtschaftlich überlegene Wirtschaftsform im Sinne einer realen Alternative existiere. Eucken schließt mit der Erkenntnis, dass sich die geistige Krise durch „Sozialpolitik“ allein per se nicht lösen lasse, sondern dass es einer „geistigen Reformation der gesamten Menschheit“ bedürfe, in der die Menschen „Glieder einer umfassenden geistigen Lebensordnung“ sein könnten. Dazu müsse auch die Wirtschaftsform über Jahrhunderte schrittweise angepasst werden, ohne ihre Kernaufgabe – die Versorgung der Menschen mit Gütern – zu vernachlässigen. Eucken, „Die geistige Krise und der Kapitalismus“, 13–16.

⁵⁷³ Zum Einfluss der Philosophie seines Vaters und dem Einfluss des Christentums auf Walter Eucken siehe Gerold Blümle, „Freiheit und Norm bei Walter Eucken.“ in *Wirtschaftsgeschichte und ökonomisches Denken: Ausgewählte Aufsätze*, hrsg. von Nils Goldschmidt. 2., erw. und durchges. Aufl, s.p., Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie Bd. 30 (Marburg: Metropolis-Verl., 2008). sowie Nils Goldschmidt, „... wenn ich nicht wüsste, dass Gott existiert“. Zum 50. Todestag des Nationalökonomens Walter Eucken.“ *Süddeutsche Zeitung*, 23. März 2000.

⁵⁷⁴ Siehe Walter Eucken, „Über den Versuch den Marxismus zu ethisieren.“ *Die Tatwelt*, Nr. 2 (1926): 96–99; (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich).

⁵⁷⁵ Eucken rekurriert insbesondere auf Ludwig von Mises' „Die Gemeinwirtschaft“ von 1924. Darin führt von Mises aus, dass es einer zentral geplanten Wirtschaft an der Fähigkeit zu einer geeigneten *Wirtschaftsrechnung* ermangele. Von Mises macht dafür das Fehlen echter Preise als Knappheitsindikatoren in einer Planwirtschaft verantwortlich. Diese Übereinstimmung Euckens mit Ludwig von Mises bezüglich des Sozialismus darf gleichwohl nicht als Indiz für eine grundsätzliche Identität des Ordoliberalismus mit von Mises' Liberalismus angesehen werden. Eucken kritisiert von Mises auch explizit als Vertreter eines aus der Zeit gefallen klassischen Liberalismus, der die wirtschaftspolitische Grundentscheidung verzerrt wahrnehme und somit permanent die falschen Fragen

ergebende Dilemma, dessen Bedeutung auch Gerken bei Eucken ausmacht: „(...) [E]r muß bestehen bleiben, wenn die ungeheuer angeschwollene Menschenmasse der Welt ernährt werden soll.“ Und weiter: Der Zwang, so gewaltige Bevölkerungsmassen menschenwürdig zu erhalten, erfordert in der Tat gebieterisch rationellste Wirtschaftsführung. Die Wirtschaftsform, in der am produktivsten gearbeitet wird, ist die einzige, die heute bestehen kann. Diese Wirtschaftsform ist der Kapitalismus.“ Doch nun konstatiert Eucken: „Auf der einen Seite ist nicht zu verkennen, daß der moderne Kapitalismus die geistige Leere der Zeit mitverschuldet. (...) Aber auf der anderen Seite müssen wir zugestehen, daß die Erhaltung des Kapitalismus für die Versorgung der Menschen mit wirtschaftlichen Gütern eine Notwendigkeit ist.⁵⁷⁶ Die Suche nach einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wirtschaftliche Effizienz mit „ethischen Idealen“ verknüpft, hat also schon den Jungen Eucken angetrieben. Wir können sie auch in seiner Ordnungstheorie als ein leitendes Motiv ausmachen, erkennen hier aber auch die frühe Einsicht Euckens als ethischer Denker und Christ, dass wirtschaftliche Effizienz eine moralische Dimension zukommt, die auf Augenhöhe zu außerökonomischen moralischen Forderungen Beachtung verdient, weil ohne sie menschenwürdiges Leben unmöglich geworden ist. Im folgenden wird an die Interpretation von Ingo Pies angeschlossen, nach der sich auf die Identifikation einer allgemeinen Desorientierung aus Sicht Euckens nunmehr eine zweite Phase festmachen lässt, in der Eucken herausstellt, dass die gravierenden ethischen, politischen und wirtschaftlichen Probleme durch ein objektives Verfahren produktiv bearbeitet werden können. Dieses Verfahren ist für Eucken die Wissenschaft.

3.2.3. Euckens Wissenschaftstheorie

In der zweiten Phase seines Werkes leistet Eucken den Beweis, dass die Wissenschaft grundsätzlich in der Lage ist, den in der ersten Phase entwickelten Auftrag zur Aufklärung und Rationalisierung von Politik mit einem Anspruch von Objektivität, also auf mehr als nur beliebige Alltagserkenntnis gestützt, auszuführen. Eucken setzt sich daher in „Was leistet nationalökonomische Theorie“ mit den Vertretern des

stelle. Vor allem an der Funktion des Privateigentums an Produktionsmitteln entzündet sich der Gegensatz zwischen klassischem Liberalismus und neuem (Neo-) Liberalismus Freiburger Prägung. Der Ordoliberalismus hält es, anders als von Mises, für sinnvoll, private Eigentumsrechte dann einzuschränken, wenn dadurch die Funktionsweise des Wettbewerbsmechanismus gestärkt wird. Vgl. Eucken, „Zur Kritik des Sozialismus“, 38.

⁵⁷⁶ Eucken, „Die geistige Krise und der Kapitalismus“, 15.

Relativismus auseinander, die der Wissenschaft nur historisch und klassenbedingte, subjektive und kontingente Erkenntnisse zutraut.⁵⁷⁷ Eucken verteidigt den Anspruch der Wissenschaft auf Objektivität, um zugleich die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft als fortschrittliche Kraft zu stärken und ihre Einflussnahme auf politische Entscheidungen zu rechtfertigen. Die ökonomische Wissenschaft ist nach Eucken als unabhängiges Erkenntnisverfahren aufgrund ihrer speziellen *Methode*, aber auch aufgrund ihrer einzigartigen Selbstbindung an das Kriterium der Wahrheit, prädestiniert.⁵⁷⁸ Pies zeichnet dieses Verfahren in vier Schritten und im Lichte einer interaktionsökonomischen und mikroökonomisch geprägten Theorierekonstruktion nach.⁵⁷⁹

Für Eucken hat in der Wissenschaft stets zuallererst die Formulierung des Problems zu erfolgen, welches seinerseits auf der Anschauung der Realität beruht und das wissenschaftliche Interesse des Forschenden mit Blick auf die Empirie verdeutlicht. Es gelte in Kenntnisnahme der Grenzen des Fachs, das Forschungsinteresse auf Regelmäßigkeiten im Verhalten zu konzentrieren und folgerichtig darauf zu achten, keine Einzelfälle, sondern aggregierte Daten heranzuziehen, die eine Gleichförmigkeit im Verhalten nahelegen. Eine Erklärung von Individualverhalten ist für Eucken nicht möglich.

Zweitens gelte es sodann, Hypothesen aufzustellen, die einen allgemeinen Zusammenhang in den Daten mit Bedingungen verbinden, die als notwendig postuliert

⁵⁷⁷ Der Aufsatz ist der erweiterten der postum erschienenen zweiten Auflage von Euckens Kapitaltheoretischen Untersuchungen beigelegt. Walter Eucken, *Kapitaltheoretische Untersuchungen: Mit einer Einleitung in die Sammlung: Was leistet die nationalökonomische Theorie?*, 2. Aufl. 1 Band (Tübingen: J.C.B. Mohr, 1954); Ergänzt durch drei Aufsätze. Mit einer Einleitung von Friedrich A. Lutz: "Die Entwicklung der Zinstheorie seit Böhm-Bawerk". Mit einem Nachwort von Friedrich W. Meyer).

⁵⁷⁸ Eucken schreibt: „Alle echte Erfahrungswissenschaft und Wissenschaftstheorie hat es seit den Griechen als Hauptaufgabe der Wissenschaft angesehen, vom Alltagsgerede zu wissenschaftlicher Wahrheit zu kommen.“ Walter Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 8. Aufl. Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft: Abteilung Staatswissenschaft (Berlin u.a.: Springer, 1965), 14.

⁵⁷⁹ Vgl. Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 7ff. Pies sieht in Euckens Theoriemodell nicht mehr und nicht weniger als die Beschreibung der modernen komparativ-statischen Reaktionsanalyse der neoklassischen Mikroökonomik, also des Standardverfahrens empirisch-theoretischen Arbeitens mit und anhand von Modellen in der modernen Mikroökonomik. Das ist beachtenswert, gilt doch der von Eucken geprägte deutsche Ordoliberalismus in der heutigen Volkswirtschaftslehre geradezu als Randerscheinung, der aus Sicht des Mainstreams der Ökonomik oft eine zu große Distanz zu den aktuellen mathematischen Verfahren nachgesagt wird. Dieser Gegensatz kam insbesondere bei zwei gegensätzlichen Aufrufen in deutschen Zeitungen zum Vorschein, die ihren Anlass in der Neubesetzung deutscher Lehrstühle zu Lasten der Wirtschaftspolitik und zugunsten der Makroökonomik hatten. Vgl. F.A.Z., „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!: 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre verfolgen mit Sorge die zunehmenden Bestrebungen, die Lehre von der Wirtschaftspolitik an den Universitäten zurückzudrängen. Ein Aufruf“. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/volkswirtschaftslehre-rettet-die-wirtschaftspolitik-an-den-universitaeten-1784189.html> (letzter Zugriff: 28. Mai 2014).

werden. Hypothesen bestehen aus einer Wenn- und einer Dann-Komponente. Die Wenn-Komponente formuliert diese Bedingungen und dient nach Eucken der Komplexitätsreduktion, also nicht der *Beschreibung* der Realität, sondern der *Abstraktion* von der Realität. Die Wenn-Aussagen setzen ergänzende Annahmen voraus, die sich nicht durch ihre empirische Evidenz zu erweisen haben, sondern allein dadurch, dass sie sich mit Blick auf das Ergebnis als produktiv erweisen. Dieser Aspekt des Arbeitens mit Modellen auf Basis von Annahmen, die auch nach Eucken eine gewisse Willkür in ihrer Formulierung besitzen (müssen), ist vielfach intensiv diskutiert worden, geht damit doch eine Abkehr von der Strategie umfassender Beschreibungen aller nur denkbarer Einzeltatbestände einher.⁵⁸⁰

Drittens werden auf Basis von Hypothesen deduktiv „allgemeine Wahrheiten“ postuliert, denen nach Eucken „Denknotwendigkeit zukommt“.⁵⁸¹ Modern gesprochen bezeichnet dieser Schritt den Übergang zur Theorie. Hier wird die Dann-Komponente des Modells erschaffen. Für sie ist nicht empirische Wahrheit, mit Leibniz die „*vérités de fait*“, sondern die logische Konsistenz, die „*vérités de raison*“, das entscheidende Gütekriterium. Theorien treffen auf Basis der ihnen zugrunde liegenden Annahmen bestimmte Aussagen über die Realität, die solange notwendig wahr sein müssen, als die Prämissen als wahr gelten können.⁵⁸² Solange dies aber nicht überprüft wurde, bleiben diese Theorien im Sinne Euckens in einer Art Wartestellung. Ihre „Aktualität“ wurde noch nicht erwiesen.⁵⁸³ Eucken differenziert somit strikt zwischen den Aspekten logischer Konsistenz und empirischer Validität, betont zugleich aber stets die

⁵⁸⁰ Diese Feststellung Euckens ist vor allem als Abgrenzung zum Empirismus zu verstehen. Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 227. Ausgangspunkt der heute noch aktuellen Debatte um den Wahrheitsgehalt der Modellprämissen in den Sozialwissenschaften ist u.a. der Aufsatz Milton Friedmans mit dem Titel „The Methodology of positive Economics“ aus dem Jahre 1953, in dem Friedman geradezu einen Gegensatz von wahren Prämissen und empirisch nützlichen Modell postuliert. Siehe Milton Friedman, *Essays in positive economics* (Chicago, Ill: Univ. of Chicago Press, 1953).

⁵⁸¹ Eucken, *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, 7.

⁵⁸² Inwiefern eine Falsifizierung empirischer Theorien im Sinne Poppers von Eucken für notwendig und möglich erachtet wurde, wird in der Sekundärliteratur unterschiedlich beurteilt. Pies ist davon überzeugt, während etwa Gerhard Engel dies verneint. Vgl. Gerhard Engel, „Walter Eucken und die Wissenschaft als ordnende Potenz.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 181–213, *Konzepte der Gesellschaftstheorie Bd. 8* (Tübingen: Mohr Siebeck, 2002). Ein Äußerung Euckens aus der „Nationalökonomie“ zum „Unterschied zwischen ‚Wahrheit‘ und ‚Aktualität‘“ deutet darauf hin, dass Eucken nur bedingt in ein Poppersches Methodenverständnis eingeordnet werden kann, da es Eucken für die Beurteilung der Wahrheit einer Theorie eher auf deren Entstehung und weniger auf deren Überprüfung mithilfe der Empirie ankam. Eucken schreibt: „Jeder korrekt gewonnene theoretische Satz ist stets ‚wahr‘; aber er wird nur dann ‚aktuell‘, wenn an bestimmtem und zu bestimmter Zeit die Bedingungskonstellation verwirklicht ist, für die er gilt.“ Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 173.

⁵⁸³ Eucken, *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, 30. Wichtig ist die Beachtung der Einschränkungen in der vorangegangenen Fußnote.

Notwendigkeit, Empirie und Theorie zu verbinden und so die „große Antinomie“ zwischen einer rein mathematischen Modellbildung nach dem Verfahren und historisch-beschreibender Vorgehensweise zu überwinden.⁵⁸⁴

Im vierten und letzten Schritt müssen die Modellvorhersagen auf den konkreten Fall angewandt werden, um ein besseres Verständnis der Sache zu erlangen und zu klären, ob das Modell empirische Geltung beanspruchen kann oder verworfen werden muss. Nach Eucken können wir auf Grundlage dieser vier Schritte auf einen stetigen Fortschritt in der Wissenschaft hoffen, der auch Veränderungen der Realität durch Anpassungen an den Modellen adäquat integrieren können dürfte.

3.2.4. Euckens Ökonomik der Ordnungen

Eucken hat über seine Arbeit zur Wissenschaftstheorie herausstellen können, dass die Wissenschaft der richtige Adressat ist, um das „Ausgangsproblem“ der nicht intendierten Folgen ideologiebasierter Politik zu bearbeiten. Nun widmet sich Eucken in der Pies'schen Interpretation der Suche nach einem Forschungsprogramm, das den Anspruch auf objektive Erkenntnis mit Blick auf eine „Rationalisierung politischer Ideologien“ inhaltlich leisten kann und zugleich von Relevanz für das Ausgangsproblem ist.⁵⁸⁵

Eucken leistet dies in seinem Werk „Die Grundlagen der Nationalökonomie“, das das Fundament seiner Ordnungstheorie darstellt. Pies interpretiert Euckens Werk von 1940 als praktische Anwendung des zuvor herausgearbeiteten Wissenschaftsmodells. Der erste Schritt, dem sich Eucken in den *Grundlagen* widmet, ist die Problemformulierung. Das Grundproblem ergibt sich durch das Versagen des Laissez-faire Liberalismus bei der sachgemäßen Bearbeitung der neuen gesamtgesellschaftlichen Probleme des Industriezeitalters.⁵⁸⁶ Hierzu zählen die wirtschaftlichen Krisen, Massenarbeitslosigkeit und politische Probleme wie die mangelnde Stabilität der Demokratie. Eucken geht es, wie hier sofort ersichtlich wird, also um umfassende Fragen – nicht spezifische mikroökonomische Anwendungen. Pies schreibt dazu: „Eucken ändert die

⁵⁸⁴ Die Beobachtung einer „großen Antinomie“ in der Nationalökonomie wird von Eucken in seinem volkswirtschaftlichen Hauptwerk, den „Grundlagen der Nationalökonomie“ stark kritisiert und nach eigener Auffassung durch eine Synthese überwunden. Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 21ff.

⁵⁸⁵ Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 10.

⁵⁸⁶ Vgl. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 26.

Problemstellung, er weitet sie aus. Nicht ein einzelwirtschaftliches, sondern ein gesamtwirtschaftliches Problem soll gelöst werden.“⁵⁸⁷ Eucken nimmt die Gesamtheit der Gesellschaft in den Blick und kreiert nun in einem zweiten Schritt einen Denkraum, der eine neue – mit Blick auf die Lösung des Ausgangsproblems: leistungsfähigere – Perspektive offenbaren soll. Euckens Modell stellt die *Wirtschaftssysteme* nach idealtypischer Stilisierung an den Anfang und ermittelt sodann die Funktionsweise verschiedener Wirtschaftssysteme über eine Analyse des jeweiligen *Wirtschaftsprozesses*.⁵⁸⁸ Schließlich leitet Eucken daraus die Erklärung ab: Wirtschaftssysteme werden *Wirtschaftsordnungen* zugeteilt, die mit Blick auf ihre Leistungsfähigkeit auf verschiedenen Feldern unterschieden werden können.⁵⁸⁹ Das Ergebnis ist eine Lehre der Wirtschaftsordnungen. Sie besitzt unmittelbare praktisch-politische Relevanz, da sie einer Gesamtentscheidung vor dem Hintergrund einer geringen Zahl real verfügbarer Alternativen informativ zugrunde gelegt werden kann. In diesem Sinne kann Euckens Ordoliberalismus auch als frühe Form der Politikberatung interpretiert werden.⁵⁹⁰

Nicht ein repräsentativer Akteur, wie in der Mikroökonomik üblich, steht also als Untersuchungsgegenstand im Zentrum der Ordnungsökonomik Euckens, sondern der Wirtschaftsprozess als Aggregat unzähliger individueller Handlungen unter gemeinsamen Regeln. Die Restriktionen des Einzelmarktes werden zu Aggregaten, die Eucken als *Formen* bezeichnet.⁵⁹¹ Sie werden auf ihre Resultate hin verglichen mit dem Ziel, eine Lehre von den objektiven Wirkungen der Wirtschaftsverfassung auf den Wirtschaftsprozess – die „Ordnungsbedingtheit des Wirtschaftsprozesses“ – zu liefern.⁵⁹² Die Wirtschaftsordnung ist die Summe aller in der Realität vorzufindenden Regeln, die als Restriktionen die Handlungen, bzw. Handlungsaggregate, kanalisieren. Historisch hat es unzählige Wirtschaftsordnungen gegeben. Sie stellen das Erkenntnisobjekt Euckens dar. Die *Wirtschaftssysteme* hingegen sind das

⁵⁸⁷ Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 12.

⁵⁸⁸ Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 78ff.

⁵⁸⁹ Vgl. ebd., 162ff.

⁵⁹⁰ Siehe hierzu Thomas Döring, „Ökonomische Politikberatung in der Demokratie – Was lässt sich von Walter Euckens ordnungspolitischer Konzeption lernen?“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 102–112, *Konzepte der Gesellschaftstheorie* Bd. 8 (Tübingen: Mohr Siebeck, 2002).

⁵⁹¹ Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 91ff.

⁵⁹² Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 12. Eucken spricht später in den Grundsätzen vom „Denken in Ordnungen“. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 19.

Erkenntnisinstrument, mit dessen Hilfe die Ordnungen verstanden werden sollen.⁵⁹³

Im Rahmen dieser Diktion stellt sich für Eucken die Herausforderung, Wirtschaftssysteme auf der Grundlage klarer Kriterien auszudifferenzieren. Hierzu greift Eucken auf das Konzept des *Wirtschaftsplans* zurück. Je nachdem wie viele Wirtschaftspläne ausgemacht werden können, unterscheidet Eucken in seiner *Morphologie* Wirtschaftssysteme als Mischformen zweier idealtypischer Extremformen: der Zentralverwaltungswirtschaft und der Verkehrswirtschaft. Während erstere das Prinzip der rationalen Wahl von Produktions- und Konsumalternativen unter Knappheit, wie sie dem isolierten wirtschaftenden Individuum unterstellt werden können, eins zu eins auf die Gesamtwirtschaft überträgt, zeichnet sich die Verkehrswirtschaft dadurch aus, dass hier unabhängig voneinander dezentral Pläne erstellt werden, die durch einen Koordinationsmechanismus zu stabilen Gesamtergebnissen führen können. Die Zentralverwaltungswirtschaft basiert notgedrungen auf Subordination – Befehl und Gehorsam, denn Einzelwirtschaften existieren nicht als unabhängig handelnde Entitäten, sondern nur als Teil eines einzigen volkswirtschaftlichen Allokations- und Konsumtionsplanes.⁵⁹⁴ Demgegenüber hat die Verkehrswirtschaft die Koordination der unabhängig voneinander erstellten Einzelpläne zu leisten. Dies geschieht auf Märkten mithilfe des Preismechanismus.⁵⁹⁵ Eine Zentralverwaltungswirtschaft besitzt keine Märkte, denn ihr Koordinationsproblem wird bürokratisch gelöst und über die Zwangsgewalt des Staates in Handlungen umgesetzt.

Zwischen diesen Idealtypen können nach Eucken Mischformen ausgemacht werden, die bestimmte Elemente der einen oder anderen Reinform kombinieren. So existieren Zentralverwaltungswirtschaften, die einem begrenzten Bereich der Volkswirtschaft eine freie Marktkoordination z.B. in Form von Tauschmärkten für Konsumgüter zugestehen. Auch existieren nach Eucken Verkehrswirtschaften, die unterschiedliche Geldsysteme nutzen und die daher danach unterschieden werden können, welchen Status das Geld besitzt und wie es in den Wirtschaftsprozess gelangt, bzw. wie es ihn wieder verlässt.⁵⁹⁶ Schließlich zeichnet sich die idealtypische Verkehrswirtschaft durch Annahmen zur Zahl

⁵⁹³ Vgl. Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 12.

⁵⁹⁴ Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 79–86. sowie Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 61–105.

⁵⁹⁵ Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 87ff. sowie Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 162f.

⁵⁹⁶ Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 112ff.

der Marktteilnehmer aus, die nicht in allen Fällen vorliegen, sodass Teilmärkte innerhalb einer Verkehrswirtschaft mithilfe von Euckens Marktformenlehre (Monopol, Oligopol, Monopson, Polypol, ...) differenziert betrachtet werden können. Die vollständige Verwirklichung der Verkehrswirtschaft im idealtypischen Sinne ist dabei für Eucken nur möglich, wenn auf allen Märkten *vollständige Konkurrenz* vorliegt, was genau dann der Fall ist, wenn kein Marktteilnehmer die Fähigkeit besitzt, Preise autonom zu diktieren.⁵⁹⁷

Mit diesem umfassenden Set – es handelt sich um fünfundzwanzig mal vier, also einhundert Idealtypen – beansprucht Eucken die Realität umfassend und präzise erfassen und mithilfe ökonomischer Modellbildung als Bedingungsbeziehungen verstehen zu können.⁵⁹⁸ Die Morphologie Euckens beansprucht für sich sowohl das bestehende mikroökonomische Wissen über Einzelformen (z.B. das Monopol) induktiv aufnehmen zu können, als auch den Möglichkeitsraum historischer und theoretischer noch zu realisierender Ordnungs-Subtypen umreißen zu können.⁵⁹⁹ Die Ordnungen stehen des Weiteren nicht einfach beliebig nebeneinander, sondern können in einem weiteren Schritt nach Eucken qualitativ zueinander in Stellung gebracht werden, in dem wir die „Zusammenballung wirtschaftlicher Macht“ für jede Wirtschaftsordnung betrachten.⁶⁰⁰ Die Verkehrswirtschaft weist aufgrund ihrer dezentralen Natur die geringste ökonomische Machtkonzentration auf, während die Zentralverwaltungswirtschaft das höchste nur denkbare Ausmaß an Konzentration wirtschaftlicher Macht darstellt. In der Verkehrswirtschaft dient der Wettbewerb der kontinuierlichen Entmachtung der Wirtschaftsakteure, sodass die soziale Stellung durch den Erfolg am Markt wesentlich bestimmt wird und ständig verteidigt werden muss. Dieses Merkmal einer „Wirtschaftsverfassung“ ist hingegen in der Zentralverwaltungswirtschaft völlig abstinert, sodass in ihrer Reinform eine einmalige Ansammlung wirtschaftlicher Macht auf einen bürokratischen Komplex erfolgt.⁶⁰¹

⁵⁹⁷ Vgl. ebd., 106ff.

⁵⁹⁸ Vgl. ebd., 93.

⁵⁹⁹ Vgl. ebd., 111.

⁶⁰⁰ Vgl. ebd., 196ff. sowie Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 175ff.

⁶⁰¹ Eucken schreibt: „Der zentrale Befehl regiert bei reiner Ausprägung dieser Variante bis in den letzten Winkel hinein und über alle wirtschaftlichen Handlungen.“ Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 81.

3.2.5. „Ordnungspolitik“ als integrierter Ansatz liberaler Gesellschaftspolitik

Pies nennt die intellektuelle Begegnung Euckens mit dem sogenannten Positivismusproblem als vierte Phase seines Schaffens. Als empirische Wissenschaft kann die Ökonomik aus sich selbst heraus keine normativen Entscheidungsgrundlagen liefern. Sie kann den Graben von der Beschreibung dessen *was ist* und der Suche danach *was sein sollte* nicht überspringen.⁶⁰² Eucken versucht diesem Problem kreativ zu begegnen, indem er Politikberatung nach dem Schema von Wenn-Dann Aussagen betreibt und zugleich den Möglichkeitsraum der zur Verfügung stehenden Mittel für ein als konsensfähig angenommenes Ziel soweit einzuschränken sucht, dass sich aus normativer Sicht nur noch ein einziges Mittel als „zweckmäßig“ darstellt.⁶⁰³ Eucken nimmt damit im Unterschied zur Philosophie Abstand von dem intellektuellen Vorhaben, Aussagen über die prinzipielle normative Qualität von Werten zu machen und stellt stattdessen auf die Kriterien ab, die politische Ziele in Erfüllung, bzw. Berücksichtigung der empirisch gegebenen Werte und Moralvorstellungen der allermeisten Zeitgenossen erfüllen sollten.

Eucken sieht in den drei Zielkriterien persönliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, Werte, die aus Sicht der überwältigenden Mehrheit der Bürger als wünschenswert gelten sollten.⁶⁰⁴ Eucken fragt daher, welche der denkbaren Alternativen auf der Mittelebene der Politik diese stabil und im größtmöglichen Umfang verwirklichen könnten. Sein ordnungsökonomisches Modell führt ihn als empirischer Wissenschaftler dazu, den tatsächlich realisierbaren Möglichkeitsraum wirtschaftspolitischer Mittel zur Erreichung dieser Ziele als stark eingeschränkt zu betrachten. Auch erkennt er aufgrund wirtschaftspolitischer Analyse eine Werthierarchie, die es nahelegt, sich auf die Garantie individueller Freiheit für eine wirtschaftspolitische Grundausrichtung zu konzentrieren: Ohne individuelle Freiheit sei weder soziale Sicherheit noch Gerechtigkeit praktisch realisierbar, so Eucken. Freiheit wird für Eucken damit zu einer *Conditio sine qua non* auch für die Lösung der sozialen Frage. Er schreibt: „Ohne Freiheit der Person ist die soziale Frage nicht zu lösen.“⁶⁰⁵ Maßstab guter Politik ist damit stets ein Minimum an persönlicher Freiheit, auch bei unterschiedlichen Vorstellungen über das relative Gewicht sozialer Sicherheit und

⁶⁰² Vgl. Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 15.

⁶⁰³ Ebd.

⁶⁰⁴ Vgl. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 185–193.

⁶⁰⁵ Walter Eucken, *Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik* (Tübingen), 40.

Gerechtigkeit.

Die Wahl geeigneter politischer Mittel gestaltet sich trotz der erdrückenden Vielfalt denkbarer Wirtschaftsordnungen nach Eucken als eine Wahl zwischen nur zwei echten Alternativen. Das liegt daran, dass die Vielfalt möglicher Ordnungen nach Eucken zu Ordnungsformen zusammengeschlossen werden können, über die eine ordnungspolitische Gesamtentscheidung leichter getroffen werden kann.⁶⁰⁶ Vier Grundtypen machen diese Entscheidung zunächst aus, von denen nur die Verkehrswirtschaft und die Zentralverwaltungswirtschaft letztlich infrage kommen. Die sogenannte *Eigenwirtschaft* ist nach Eucken nicht leistungsfähig genug um die Massen des 20. Jahrhunderts zu ernähren und die *Mischwirtschaft* bestehend aus zentralplanerischen und dezentralen-verkehrswirtschaftlichen Elementen tendiert dazu zur Zentralverwaltungswirtschaft zu konvergieren.⁶⁰⁷ Damit ist der Begriff der Gesamtentscheidung zutreffend. Mit Eucken stellt sich für jede Gesellschaft die Grundfrage: Koordination auf Märkten oder Subordination innerhalb einer bürokratisch durchorganisierten Zentralverwaltungswirtschaft.

Pies fasst die sich ergebende Kernbotschaft Euckens zusammen: „Wer soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit will, muss letzten Endes individuelle Freiheit wollen, kann sich hierfür aber nur zwischen Verkehrswirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft entscheiden, und auf einer ordnungstheoretisch fundierten Informationsbasis, d.h. bei einer wissenschaftlich instruierten Kenntnis der jeweiligen Konsequenzen muss diese Entscheidung im Zeichen der Freiheit eindeutig zugunsten einer verkehrswirtschaftlichen Ordnungsform ausfallen, die Eucken als *Wettbewerbsordnung* bezeichnet.“⁶⁰⁸ Soziale Gerechtigkeit werde in einer Verkehrswirtschaft ebenso besser erfüllt als in einer Zentralverwaltungswirtschaft, weil sich in letzterer das Mittel der Überführung von Privateigentum in Kollektiveigentum immer wieder als kontraproduktiv für die Soziale Gerechtigkeit erwiesen habe, was im Wesentlichen auf die Machtasymmetrie bei der konkreten Nutzung des Kollektiveigentums in einer Zentralverwaltungswirtschaft zurückzuführen sei. Eine gerechte Einkommensverteilung sollte nach Eucken eher dadurch verwirklicht werden, dass die Bildung von Einkommen unter den „strengen Regeln des Wettbewerbs, des Risikos und der Haftung“ erfolge. Hier zeigt sich, dass Eucken eine langfristige Perspektive der kurzfristigen Erfüllung von

⁶⁰⁶ Vgl. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 240.

⁶⁰⁷ Vgl. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 198.

⁶⁰⁸ Ingo Pies, „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik* (s. Anm. 56), 16.

Wünschen vorzieht und Gerechtigkeit als Prozess- nicht Ergebnisgerechtigkeit fasst. Anders als der klassische Liberalismus eines Ludwig von Mises sieht Eucken im Privateigentum allerdings für sich keine Garantie für eine faire Einkommensverteilung. Eucken setzt stattdessen auf die dynamischen Effekte einer „funktionsfähigen Gesamtordnung“ mit der Wettbewerbswirtschaft in ihrem Kern.⁶⁰⁹

Sie sei auch die beste der real zur Verfügung stehenden Alternativen, wenn es um die Verwirklichung von Sozialer Sicherheit gehe. In einer Wettbewerbswirtschaft sei langfristig die höchste Chance auf einen angemessenen Lebensstandard im Gegenzug für harte Arbeit zu erwarten, weil hier das Lenkungsproblem am besten gelöst werde. Wirtschaftswachstum ist in diesem Lichte für Eucken Teil eines genuin normativen Kalküls, das auf die Erfüllung der Bedürfnisse der Ärmsten abzielt. Solange diese Bedürfnisse größer seien als die zur Verfügung stehenden Mittel, gebe es ein wirtschaftliches Knappheitsproblem, das nach einer effizienten Ordnung verlange.⁶¹⁰ Zudem schütze Wettbewerb den Arbeiter vor wirtschaftlicher Machtkonzentration, da er der Entstehung von Kartellen aus sich selbst heraus in den meisten (aber nicht allen!) Fällen aktiv entgegenwirke. Die Wettbewerbsordnung verwirklicht die Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit „im Geiste der Freiheit“ in größtmöglicher Weise.⁶¹¹

Eucken fragt abschließend nach den Bedingungen, die vorliegen müssen, damit die von ihm skizzierte Ordnung erfolgreich in der Praxis umgesetzt werden kann. Dieser Gedankengang findet sich vor allem in Euckens zweitem Hauptwerk, den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“, die 1952 posthum erschienen. Hier entwirft Eucken die konstituierenden und regulierenden Prinzipien, denen staatspolitischen Prinzipien vorgeschaltet sind. Sie fordern, dass der Staat es nicht dem Zufall überlässt, ob sich Wettbewerb auf den Märkten einstellt und folglich spontan der Vermachtung der Wirtschaft entgegenwirkt wird. Stattdessen soll der Staat nach Eucken aktiv dafür sorgen, dass private Macht begrenzt wird und sich immer wieder dem Wettbewerb stellen muss. Im negativen Sinne verlangen die obersten Prinzipien Euckens eine Enthaltung des Staates bei der Gestaltung des Wirtschaftsprozesses.

⁶⁰⁹ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 317.

⁶¹⁰ Eucken schreibt: „Wir befinden uns nicht in einer gesättigten Welt. Investitionsmöglichkeiten gibt es, solange die Menschen die Knappheit an Gütern drückend empfinden. Investitionen können so lange vorgenommen werden, bis alle Bedürfnisse aller Menschen durch den Produktionsapparat befriedigt sind. Doch von diesem Punkt trennt uns eine unmeßbar lange Strecke.“ ebd., 286.

⁶¹¹ Ebd., 370.

Weithin bekannt ist die Formulierung dieses Grundgedankens durch Eucken in der Einleitung zum ersten Band der Zeitschrift ORDO:

„Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein. Den Unterschied von Form und Prozess erkennen und danach handeln, das ist wesentlich. Nur so kann das Ziel erreicht werden, dass nicht eine kleine Minderheit, sondern alle Bürger über den Preismechanismus die Wirtschaft lenken können. Die einzige Wirtschaftsordnung, in der dies möglich ist, ist die des 'vollständigen Wettbewerbs'. Sie ist nur realisierbar, wenn allen Marktteilnehmern die Möglichkeit genommen wird, die Spielregeln des Marktes zu verändern. Der Staat muss deshalb durch einen entsprechenden Rechtsrahmen die Marktform – d. h. die Spielregeln, in denen gewirtschaftet wird, – vorgeben.“⁶¹²

Entlang dieser Leitidee entwickelt Eucken sieben sogenannter „konstituierender Prinzipien“, die der *Einrichtung* der Wettbewerbsordnung dienen. Zuvorderst für eine funktionierende Wettbewerbsordnung notwendig ist nach Eucken die „Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“. Dabei handle es sich um das „wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip“, das auf verschiedenen Feldern staatlicher Ordnungspolitik immer wieder unter Verwendung empirisch-historischer Erfahrung neu durchgesetzt werden müsse.⁶¹³ So bedürfe es eines aktiven Offenhaltens der Märkte durch den Staat, einer an der Verhinderung von Kartellen orientierten abgestuften Gewährung der Vertragsfreiheit und Eigentumsrechten, die die Freiheit der Marktteilnehmer (und aufgrund der Interdependenz der Ordnungen auch die der Bürger) durch Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Anbietern und Nachfragern herstellt. Auch verlange eine funktionierende Wettbewerbsordnung nach einem Management der Haftungs Pflichten der Wirtschaftakteure, durch das die Bildung großer Konzerne und die Fehlallokation von Ressourcen durch nicht haftende Entscheider verhindert werden kann. Auch eine an einem stabilen Geldwert orientierte Geldpolitik sowie schließlich die Orientierung der Wirtschaftspolitik am Grundsatz größtmöglicher Erwartungssicherheit, ist nach Eucken notwendig, um die ordnungspolitische

⁶¹² Walter Eucken, „Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung.“ *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (1949): 1–99, 93.

⁶¹³ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 254.

Grundentscheidung für eine Wettbewerbsordnung einzuführen.⁶¹⁴

Unterhalb der „Wirtschaftsverfassung“ der konstituierenden Prinzipien dienen die sog. regulierenden Prinzipien dazu, die einmal geschaffene Wettbewerbsordnung dauerhaft gegen die Tendenz zur Bildung privater Machtkörper abzusichern und den Wettbewerb als Entmachtungsinstrument vor dem Hintergrund des stetigen Wandels der Wirtschaft in Gang zu halten. Darüber hinaus erkennt Eucken auch unter vollständiger Konkurrenz Mängel, die wirtschaftspolitische Maßnahmen erzwingen. Dazu müsse zur Not auch staatlicher Zwang zum Einsatz kommen, der gegen die konstituierenden Prinzipien verstößt. Zu den regulierenden Prinzipien zählt eine unabhängige Monopolaufsicht, die den Markt ständig beobachtet und insbesondere im Fall sog. „natürlicher Monopole“ eingreift, indem sie Preiskontrollen und andere Maßnahmen verhängt. „Ziel der Monopolgesetzgebung und der Monopolaufsicht ist es, die Träger wirtschaftlicher Macht zu einem Verhalten zu veranlassen, als ob vollständige Konkurrenz bestünde.“⁶¹⁵ Eucken steht weiterhin einer moderaten Einkommenspolitik als regulierendes Prinzip offen gegenüber, um die Gleichzeitigkeit von Luxus und bitterster Armut zu vermeiden und den spontanen Verteilungsmechanismus des Marktes zu korrigieren. Als Maßnahme kommt etwa die Steuerprogression in Betracht, solange sie die Investitionsneigung nicht in Mitleidenschaft zieht. Auch sieht Eucken die Internalisierung sog. Externer Effekte als regulierende Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Dieses Problem ist gerade mit Blick auf die Umweltschäden, die im Wirtschaftsprozess verursacht werden, aber vom Unternehmen nicht zu Kosten führen, von großer Bedeutung. Auch der Arbeitsschutz fällt für Eucken hierunter. Schließlich gesteht Eucken dem Staat in Ausnahmefällen eines sog. Anomalen Angebots (v.a. für Arbeit) zu, Mindestlöhne festzusetzen.

Eucken weist darauf hin, dass die von ihm formulierten Prinzipien weniger das Ergebnis deduktiver Logik oder philosophischer Einsicht, sondern vielmehr Ergebnis der theoretischen Abstraktion praktischer Erfahrung seien. Sie sind damit keineswegs ewig gültig und wahr, sondern sollten durch die Erfahrungen der Wirtschaftspolitik immer wieder auf ihre praktische Wirksamkeit in Hinblick auf die Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung hinterfragt werden. Sie müssen sich als zweckmäßig erweisen für den Erhalt der Wettbewerbsordnung, die ihrerseits ethisch der größtmöglichen Verwirklichung der drei genannten Ziele dient. Die Prinzipien stellen nur „Mittel“ dar,

⁶¹⁴ Vgl. ebd., 254–291.

⁶¹⁵ Ebd., 295.

um die ordnungspolitische Gesamtentscheidung „in concreto durchzusetzen“.⁶¹⁶ Sie sind also auch nur solange anzuwenden, als die übergeordnete Grundentscheidung für eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung, die individuelle Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und –Sicherheit verwirklichen soll, innerhalb der Gesellschaft konsensfähig ist. Eine Gesellschaft, die diesen Zielen keinen Wert mehr beimisst und stattdessen etwa die kollektive Verantwortung für andere Nationen oder zukünftige Generationen lexikographisch über persönliche Freiheit, materiellen Wohlstand und sozialen Ausgleich innerhalb der Nation stellt, wäre demnach auch nicht an die Grundsätze einer funktionierenden Wettbewerbsordnung gebunden. Eine solche Gesellschaft hätte eine ganz neue ordnungspolitische *Gesamtentscheidung* zu treffen und für neue Ziele auch neue Mittel zu entdecken. Als liberaler Denker, der in der Tradition Kants stand, war dies jedoch geradezu undenkbar, ist der Mensch doch nach Eucken zur Freiheit nicht nur befähigt, sondern auch zur Freiheit bestimmt.

⁶¹⁶ Vgl. ebd., 289.

3.3. Zur Normativität von Wachstum aus ordnungsökonomischer Perspektive

„Economic growth bears moral benefits as well, and when we debate the often hard decisions that inevitably arise (...) – it is important that we take these moral positives into account.“⁶¹⁷

Wenn wir aus wirtschaftsliberaler Perspektive über den Status von Wachstum sprechen, besteht die große Gefahr, Unterschiede im Denken zweier wirtschaftsliberaler Positionen zu verwischen. Im Folgenden soll daher zunächst die wachstumsbefürwortende Position neoklassischer Provenienz dargelegt werden, ehe in Abgrenzung dazu die ordnungsökonomische Bewertung von Wachstum aufgezeigt wird. Diese Ausdifferenzierung ist gerade deshalb von hoher Bedeutung, weil erst durch sie deutlich wird, dass ein ordnungsökonomischer Liberalismus quer verläuft zu der von Wachstumskritikern bestens bekannten Frontstellung zu klassischen Wachstumsbefürwortern aus dem wirtschaftsliberalen Umfeld und auch deshalb eine innovative Perspektive auf den Gegenstand gewährleistet.

Der Ökonom Benjamin Friedman setzt sich in seinem Werk „The moral consequences of economic growth“ intensiv mit der ökologischen und gesellschaftlichen Wachstumskritik auseinander. Friedman argumentiert, dass in der wissenschaftlichen Literatur ebenso wie in der Öffentlichkeit ein Paradigma vorherrsche, das den Blick auf die Frage nach dem Sinn des Wachstums verstelle. Friedman schreibt: „On both accounts, we therefore think of economic growth in terms of material considerations *versus* moral ones.“⁶¹⁸ Ob Umweltschäden oder die wahrgenommene kulturelle Homogenisierung im Zuge der Globalisierung – wir sind es gewohnt kulturelle und moralische Werte gegen materielle Zugewinne wie höhere Löhne usw. abzuwägen. Diese Denkweise ist prägend für weite Teile der Gesellschaft, stellt aber ein großes Wahrnehmungsproblem dar, wenn wir die Frage beantworten wollen, was Wachstum – und erst recht sein Ausbleiben, also wirtschaftliche Stagnation – wirklich für eine Gesellschaft bedeuten. Friedman erinnert daran, dass Wachstum weit mehr umfasst, als steigende Einkommen und höhere Konsummöglichkeiten. Wachstum im Sinne eines „rising standard of living for the clear majority of citizens“ fördere nach Friedman zugleich die Chancen der Bevölkerung sich zu entwickeln, unterstütze die Toleranz

⁶¹⁷ Friedman, *The moral consequences of economic growth*, 5.

⁶¹⁸ Ebd., 4.

gegenüber Unterschiedlichkeit, die soziale Mobilität, Fairness und Demokratie – Werte, denen das westliche Denken seit der Aufklärung einen hohen Stellenwert beimisst.⁶¹⁹

Noch klarer wird der moralische Wert von Wachstum nach Friedman, wenn die ökonomischen Aussichten breiter Bevölkerungsteile sich über längere Zeiträume nicht mehr verbessern – die Wirtschaft also stagniert. Er schreibt: „But when living standards stagnate or decline, most societies make little if any progress toward any of these goals, and in all too many instances they plainly retrogress.“⁶²⁰ Der Fortschritt der Gesellschaft in kultureller, moralischer und politischer Hinsicht hängt laut Friedman ein gutes Stück mit stabilem Wachstum zusammen, wenn wir die Werteordnung der Aufklärung als Maßstab ansetzen. Er führt als empirischen Beleg für diese These sowohl heute als stabile Demokratien zu betrachtende Staaten an, als auch die Schwellen- und Entwicklungsländer, von denen sich viele erst seit kurzer Zeit zu, teils fragilen, Demokratien entwickelt haben. Nach Friedman zeigt die Geschichte der USA, mit der er sich besonders intensiv auseinandersetzt, dass der moralische Fortschritt selbst in einer der gefestigtsten Demokratien der Erde immer wieder gefährdet war, sobald die wirtschaftlichen Aussichten für breite Schichten über längere Zeit stagnierten. In den Vereinigten Staaten war dies insbesondere in den dreißiger Jahren des Zwanzigsten Jahrhunderts und in den 1970er bis 1990er Jahren der Fall. In beiden Zeiträumen kann verstärkter Fremdenhass und eine Tendenz zur Abschottung gegen Einwanderung ausgemacht werden. „It was not mere happenstance that, for a while, white supremacist groups were more active and visible than at any time since the 1930s, antigovernment private “militias“ flourished as never before(...).“⁶²¹ Mit dem Wachstumsschub seit Mitte der Neunziger Jahre des Zwanzigsten Jahrhunderts hat die Aktivität dieser auf Fremdenhass ausgerichteten Gruppen nach Friedman deutlich nachgelassen, ein Indiz für die positive Wirkung von Wachstum auf die moralischen Werte der amerikanischen Gesellschaft.

Dasselbe Schema kann auch in den anderen etablierten Demokratien wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland ausgemacht werden. So war der Aufstieg des Faschismus eng an das wirtschaftspolitische Scheitern der Weimarer Republik geknüpft. Ohne die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland im Zuge der Weltwirtschaftskrise wäre der Nationalsozialismus nie zur stärksten Kraft geworden.

⁶¹⁹ Ebd.

⁶²⁰ Ebd.

⁶²¹ Ebd., 7f.

Natürlich kann die Tendenz zu Offenheit oder zur Intoleranz nicht monokausal erklärt werden, doch beansprucht Friedman, dass das Wachstum als Erklärung dieser Tendenzen „an important and often central part of the story“ sei.⁶²²

In den Schwellenländern Osteuropas, Asiens und Lateinamerikas, ist der positive Zusammenhang von Wachstum und sozialem und politischem Fortschritt ebenso zu erkennen. Die ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten erleben seit 1990 sowohl Wachstum, als auch die Etablierung demokratischer Institutionen. Heute gelten über 90 Staaten als Demokratien, während es 1970 nur etwa 50 waren – es ist sicherlich kein Zufall, dass dieser Zeitraum durch historisch einmalig hohe Wachstumsraten geprägt war. Andererseits bilden China und Singapur offensichtlich Ausnahmen aus diesem Schema, werden hier doch Autokratie und Wachstum seit jeweils mehreren Jahrzehnten scheinbar erfolgreich versöhnt. Nichtsdestotrotz kann nach Friedman festgehalten werden, dass gerade in den Schwellenländern die zarte Blüte liberaler Reformen und politischer Stabilität der noch fragilen demokratischen Institutionen stark von den wirtschaftlichen Aussichten der breiten Mehrheit der Gesellschaft abhängt.

Ein weiterer Aspekt bei der Betrachtung der moralischen und politischen Konsequenzen von Wachstum ist die Wechselseitigkeit von Wachstum und rechtstaatlichen Institutionen im Sinne von Good Governance. Wachstum fördert nicht nur den Ausbau politischer Beteiligung (Demokratie), es hängt zugleich selbst von der Existenz bestimmter Regelsysteme ab, die allgemein als Vorstufe auf dem Weg zur Demokratisierung ausgemacht werden können. Friedman nennt die Institutionen wirtschaftlicher Freiheit: „rule of law, transparency, stable government that is not corrupt“. ⁶²³ Diese Bedingungen müssen bestehen, bevor ein kontinuierlicher Wachstumsprozess eingeleitet werden kann. Kritiker werden nun einwenden, dass es widersprüchlich sei, eine Kausalität von demokratischen Institutionen und Wachstum und gleichzeitig eine in die umgekehrte Richtung geleitete Ursächlichkeit zu unterstellen. Friedman versteht die komplexen gesellschaftlichen Prozesse rund um Wachstum denn auch als „virtuous cycle“, also als wechselseitigen Prozess, indem ein externer Impetus zu erfolgen hat, der ein positives Hin- und her von ökonomischem Fortschritt und gesellschaftlich-politischem Fortschritt zu Beginn in Gang setzt.⁶²⁴ Am Beispiel der Volksrepublik China hieße dies beispielsweise, dass wir davon ausgehen

⁶²² Ebd., 9.

⁶²³ Ebd., 10.

⁶²⁴ Ebd., 16.

können, dass ein politisch erfolgter Reformprozess die institutionellen Grundlagen für Wirtschaftswachstum gesetzt hat, der wiederum gesellschaftliche Veränderung zur Folge haben muss, die ihrerseits erneut auf die politische Ebene zurück wirken werden. Friedman ist damit Anhänger eines liberalen Fortschrittsoptimismus: Solange Wachstum bestehe, sei selbst in China von einer Tendenz größerer politischer Freiheit auszugehen.⁶²⁵ Dafür müsse China nicht einmal das wirtschaftliche Niveau Europas erreichen. Friedman geht davon aus, dass schon lange bevor das Pro-Kopf-Einkommen unser Niveau erreicht, der Wunsch nach mehr Mitbestimmung zu einer Veränderung des politischen Systems führe.

Friedman widmet sich ausgehend von dieser Theorie der Frage, warum dennoch so viele Intellektuelle eine tief sitzende Skepsis gegenüber Wachstum besitzen. Zu verstehen sei dies, wenn man sich vergegenwärtige, welche unangenehmen gesellschaftlichen Handlungszwänge eine wachsende liberale Gesellschaft mit sich bringt. Friedman: „The dynamic process that allows living standards to rise brings other challenges as well“.⁶²⁶ Nicht nur sei es ein in der westlichen Philosophie und Theologie fest verankerter Topos, die Angst vor zu viel Reichtum zu kultivieren und vor einer Überbewertung des Materiellen zu warnen. Auch seien Intellektuelle seit Anbruch der Moderne immer wieder damit befasst gewesen, den Menschen ein idealisiertes Bild der vorindustriellen Epoche vorzuhalten. Rousseau predigt den moralisch überlegenen Charakter des natürlichen Menschen; Der Kommunismus nach Karl Marx` sollte eine Rückkehr in die Zeit des Müßiggangs, wenngleich bei totaler Selbstbestimmung bringen. Die wachstumsskeptischen Intellektuellen sind nach Friedman Opfer eines romantischen und sentimental Bedürfnisses nach Rückkehr in eine vermeintlich moralisch überlegene Vergangenheit, in eine Zeit *vor* dem Wachstum. Friedman stellt fest: „what marks all these forms of resistance to the undesirable side effects of economic expansion or of the globalization of economic growth is that, just as with earlier strands of religious thinking, in each case they are accompanied by a distinctly moral overtone.“⁶²⁷ Friedman beansprucht nicht, die einzelnen moralischen Argumente gegen Wachstum zu entkräften und Wachstum damit durch Widerlegung der Angriffe inhaltlich zu verteidigen. Worum es Friedman geht, ist der sehr grundlegende Hinweis, dass Wachstum zusätzlich zu den vielfältigen negativen Effekten auch über einen inhärenten

⁶²⁵ Ebd., 11.

⁶²⁶ Ebd., 12.

⁶²⁷ Ebd., 13.

positiven moralischen und sozialen Wert verfügt.

Man könnte nun meinen, Benjamin Friedman verträte einen „free-market-liberalism“ wie sein Namensvetter Milton Friedman, der Wachstum durch wirtschaftspolitische Abstinenz zu erreichen sucht.⁶²⁸ Doch für Benjamin Friedman ist Wachstum aufgrund seiner moralischen, sozialen und politischen Implikationen ein dermaßen wichtiges gesellschaftliches Anliegen, dass es sinnvoll erscheint, von der Politik zu verlangen, Wachstum nicht nur an der Entwicklung der monetarisierten Güterströme zu bemessen und sich dementsprechend auf ein maximales BIP auszurichten, sondern vielmehr Wachstum ob seiner nicht durch den Markt bewerteten positiven (externen) Effekte als wirtschaftspolitisches Ziel zu verfolgen. Friedman konstatiert: „the right rate of economic growth is greater than the purely market determined rate, and the role of government policy is to foster it.“⁶²⁹ Die *Moral Consequences of Economic Growth* verlangen also eine aktive Wachstumspolitik – eine Politik, die Wachstum aus Gründen aktiv fördert, die auf ein und derselben Ebene liegen, wie die Gründe, die Kritiker gegen Wachstum vorbringen.

Benjamin Friedmans Position stellt eine weit verbreitete neoklassische Antwort auf die aufkommende Wachstumskritik der Nachkriegszeit dar. Seine Argumentation befindet sich in ihrer Ablehnung des Rousseauistischen Denkens im Einklang mit der ordnungsökonomischen Sichtweise, weist aber einen entscheidenden Unterschied auf: Friedman argumentiert auf derselben, *ergebnisorientierten*, Ebene wie die Wachstumskritiker. Er schreibt dem Wachstum inhärente moralische Eigenschaften zu, die es gegen die moralisch negativen „Side-Effects“ von Wachstum abzuwägen gelte. Auf dieselbe Weise, aber in gegengesetzter Absicht, argumentieren Jackson und Miegel, wenn sie die positiven Effekte von Wachstum anerkennen, aber eben zu einer unterschiedlichen Gesamtbewertung der Effekte von Wachstum gelangen. Diese Diskussionsebene wird von der institutionalistischen Schule gerade *nicht* eingenommen. Eucken und Hayek sehen im Wachstum ein *Ergebnis*, vergleichbar mit dem Ergebnis eines Spiels mit gegebenen Spielregeln.⁶³⁰ Worauf es ankommt, sind die Spielregeln, die

⁶²⁸ Der Begriff stammt von Viktor Vanberg, der den Lehrstuhl Hayeks in Freiburg übernahm und in ordnungsökonomischen Kreisen hohe Anerkennung genießt. Vanberg stellt dem Free-Market Liberalism einen konstitutionellen Liberalismus gegenüber, der die ordnende Funktion des Staates stärker betont. Siehe Viktor V. Vanberg, „Markets and regulation: On the contrast between free-market liberalism and constitutional liberalism.“ *Constitutional political economy* 10, Nr. 3 (1999): 219–243.

⁶²⁹ Friedman, *The moral consequences of economic growth*, 15.

⁶³⁰ Zunächst müssen wir natürlich immer berücksichtigen, dass das Wachstum des BIP zur Wirkzeit Walter Euckens nicht voll entwickelt war. Eucken diskutiert wirtschaftlichen Erfolg daher vor allem an der Frage der Vollbeschäftigung. Worauf es hier ankommt, ist die methodische Trennung in Spielregeln

Wachstum ermöglichen – als Produkt dezentralen Handelns unterhalb einer rechtlichen Rahmenordnung. Die moralische Diskussion, etwa empirischer Effekte wie Arbeitslosigkeit, Umweltschäden, Glück und Lebenszufriedenheit, Reproduktion etc. – ist für sie der falsche Ort der Debatte. Der ursächliche Ausgangspunkt beim „Virtuous Cycle“ des Wachstums liegt aus dem Blickwinkel des Liberalismus Hayeks und Euckens in der Rechtsordnung, nicht in den empirischen Resultaten, die sich unter ihr zeitigen.⁶³¹ Befürwortet wird nicht Wachstum, sondern die liberale Rechtsordnung, die aber, wie wir heute wissen, eine wichtige Voraussetzung für Wachstum darstellt. Politische Gegenentwürfe, wie die der Wachstumskritiker, galt es daher im Zuge diese Arbeit, auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der Spielregeln zu untersuchen. Wachstumskritische Konzepte wurden in dieser Arbeit mit Eucken und Hayek kritisiert, nicht weil sie einen Stillstand der Pro-Kopf-Einkommen oder der Materialströme herbeiführen wollen und die Ordnungsökonomik hieran allein Anstoß nehmen würde, sondern weil die wirtschaftspolitischen Konzepte im Rahmen einer Steady-State-Strategie mit einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung in Widerspruch zu geraten drohen. Die Unterstellung Jacksons und Miegels, Wachstum werde ideologisch von liberaler Seite eingefordert und als Allheilmittel propagiert, trifft aus diesem Grund sehr gut Benjamin Friedmans Position, verfehlt aber den Standpunkt Hayeks und Euckens korrekt zu erfassen.

Diese Verortung muss präzisiert und zugleich ein Stück weit wieder eingeschränkt werden: Auch Hayek und Eucken sehen im Wachstum der Wirtschaft, als Teil der zu erwartenden Resultate einer gelungenen Politik individueller Freiheit, einen wünschenswerten Effekt. Weiterhin ist die Vorstellung, dass diese Expansion des materiellen Wohlstands einmal ein Ende nehmen könnte, mit dem Optimismus schwer vereinbar, der Hayek und Eucken vereint, wenn sie den praktischen Wert – den Nutzen von Freiheit für die Gesellschaft – unterstreichen. Gerade Hayek betont das unerschöpfliche, prinzipiell von uns mit gegebenem begrenzten Wissen nicht abzuschätzende Potential menschlicher Schaffenskraft in Freiheit. Die Ventile zu öffnen, indem mit politischen Mitteln Freiheit praktisch erlebt und genossen werden kann, ist das alles überragende Ziel des Liberalismus Hayeks und Euckens. Aber Freiheit ist für sie kein Selbstzweck, der ordnungsökonomische Liberalismus kein abstrakter

und Spielzüge, wie sie in ordnungsökonomischer Tradition auch in der aktuellen Forschung im Rahmen der Public-Choice-Theorie und der Neuen Institutionenökonomik eine bedeutende Rolle spielt.

⁶³¹ Vgl. Stefan Kolev, *Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich* (Stuttgart: Lucius & Lucius, 2013), 271ff.

philosophischer Ansatz. Der Wert der Freiheit zeigt sich gerade darin, dass er es den Menschen erlaubt, sich unter Einsatz ihrer individuellen Begabungen, Ziele und Interessen, im Wettbewerb zu messen und um die Erfüllung der Wünsche des Rests der Menschheit zu wetteifern. Eine stetige Verbesserung der Erfüllung individueller Präferenzen ist rational zu erwarten, wenn Freiheit verwirklicht ist, eine ständige Veränderung der Präferenzen ohnehin. Eine dynamische Wirtschaft, wie sie seit Beginn der Industrialisierung beobachtet werden kann – mit ständig neuen Lösungsansätzen *und* neuen Bedürfnissen – ist daher für Hayek untrennbar mit der Freiheit des Individuums verbunden und der Wachstumsprozess schon abstrakt-theoretisch schwer vom Prinzip der Freiheit und seiner Verwirklichung in einer Wettbewerbsordnung zu trennen. Das bedeutet gleichwohl nicht, dass Hayek und Eucken dem statistischen Konstrukt der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dem Bruttoinlandsprodukt, dieselbe hohe Bedeutung zukommen lassen, wie dies neoklassische Wachstumsbefürworter in der Regel tun. Weder der Ordoliberalismus, noch die Österreichische Schule haben eine vergleichbare Synthese mit der keynesianischen Makroökonomik vollzogen, durch die das Arbeiten mit hochaggregierten Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt zur Hauptbeschäftigung der Wirtschaftswissenschaften avanciert. Diese Makroperspektive eint Wachstumskritiker wie Tim Jackson, Herman Daly, Georgescu-Roegen, uvm. auf der einen und Wachstumsbefürworter aus der Mainstream-Ökonomik wie Robert Solow auf der anderen. Darin besteht die soeben identifizierte Gleichheit der Argumentationsebene. Sie ist aber nicht die Perspektive der Ordnungsökonomik, welche auf die Interdependenz von Institutionen und menschlichem Verhalten in der Mikroperspektive ausgelegt ist. Auch muss ideengeschichtlich darauf verwiesen werden, dass der statistische Apparat, der eine auf Aggregaten beruhende Wirtschaftswissenschaft hervorgebracht hat, in den 1930er Jahren erst im Entstehen begriffen war und zum Todeszeitpunkt Walter Euckens bei weitem noch nicht den Status innehatte, den er seit den 1970er Jahren besitzt.

3.4. Der Liberalismus F. A. Hayeks und Walter Euckens – Zusammenfassung

Die liberalen Ansätze Walter Euckens und jener Friedrich von Hayeks weisen große Schnittmengen auf, was schon insofern nicht verwundert, als sich Hayek und Eucken persönlich kannten und über einen längeren Zeitraum in Kontakt standen – wenngleich Walter Eucken durch seinen frühen Tod der Gelegenheit beraubt wurde, die Fortentwicklung des Hayekianischen Werks zu bewerten oder zumindest seine *Grundsätze* fertigzustellen. Beide Ökonomen waren zudem Gründungsmitglieder der Mont Pèlerin Society, in der sich kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs führende freiheitliche Intellektuelle versammelten, um über einen liberalen Neubeginn nach Diktatur und Krieg zu beraten.

Der neue Liberalismus – Neoliberalismus, wie er auf dem Colloque Walter Lippmann im Jahre 1938 u.a. in Anwesenheit Hayeks, W. Röpkes und A. Rüstows umrissen wurde, unterscheidet sich von vorangegangenen liberalen Ansätzen in erster Linie dadurch, dass die Abgrenzung von Staat und Markt nicht mehr quantitativ (etwa hinsichtlich der Staatsausgabenquote) diskutiert wird, sondern stattdessen die Regelbedürftigkeit des Wirtschaftslebens in den Vordergrund rückt.⁶³² Neoliberalismus in diesem weitesten Sinne ist konstitutioneller Liberalismus (Viktor Vanberg) mit dem Ziel, durch Gestaltung des Rechtsrahmens wirtschaftlichen Handelns eine „funktionsfähige und menschenwürdige“ Ordnung, nicht etwa kleinstmögliche Staatstätigkeit, zu erlangen.⁶³³

Den Ausgangspunkt des Hayek'schen Werks bildet keine klassische politische Philosophie, wie sie etwa John Locke entwickelte. Hayek befasst sich zunächst als Sozialwissenschaftler, genauer als Ökonom, mit der unterschiedlichen Funktionsweise der wesentlichen konkurrierenden Wirtschaftssysteme, der Marktwirtschaft und der Planwirtschaft. Hayek erkennt, dass der Verarbeitung verstreuten und impliziten Wissens entscheidende Bedeutung bei der Frage zukommt, welches Wirtschaftssystem die bestmögliche Befriedigung der Konsumentenbedürfnisse und damit materiellen Wohlstand verspricht.

Aus der Dispersion des Wissens ergibt sich für Hayek die Erkenntnis auf dem Gebiet der Wissenschaftstheorie, dass Forscher unmöglich die Gesamtordnung, in der sie leben, vollständig verstehen können, sondern immer nur Teile oder Grundmuster für sie sichtbar und verständlich sein werden. Nicht nur kann eine hochkomplexe Wirtschaft

⁶³² Vgl. Andreas Renner, „Die zwei "Neoliberalismen".“ *Fragen der Freiheit : Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft* (10/12.2000): 48–64.

⁶³³ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 369.

nicht zentral gesteuert werden – auch die Gesellschaft als „Society of Strangers“ ist aufgrund ihrer Spontaneität weder vollständig geistig zu fassen, noch politisch *rational* rekonstruierbar. Freiheit wird bei Hayek vor dem Hintergrund dieses wissensbasierten Ansatzes ersichtlich als Eigenschaft der Rechtsordnung, Menschen die ungehinderte Formulierung und Verwirklichung ihrer eigenen Ziele in gegenseitiger Abgrenzung der Handlungssphären zu garantieren. Hierin kommt auch Hayeks stark ausgeprägter Individualismus zum Ausdruck, wie wir ihn bei allen Denkern der Österreichischen Schule finden. Fortschritt besteht bei Hayek im Wachsen der Zahl der Vorgänge, die wir ausführen können, ohne darüber nachzudenken – in der stetig zunehmenden Interaktionsdichte spontaner Kooperation, insbesondere mithilfe des Preismechanismus auf Märkten. Bedroht wird die Freiheit von allen Versuchen, der Gesellschaft ein spezifisches Set an kollektiv formulierten Zielen aufzuzwingen, wirtschaftliche und soziale Vorgänge vollständig unter einen systematischen Plan zu stellen. Mit Lord Acton vertritt Hayek vielmehr die Auffassung, dass der Staat für den Moment, indem dies geschähe, unumschränkte Macht zuteil werden müsse. Zwang als Grundübel der Gesellschaft, auch unter Bedingungen des freien Marktes, gilt es mithilfe staatlicher Normen zu minimieren. Allgemeine Regeln des Zusammenlebens (gr.: *nomoi*) anstelle spezifischer Handlungsgebote (gr.: *thesis*) im Sinne des Rule of Law-Prinzips schützen das Individuum vor staatlicher Allmacht und gewähren Freiheitsräume, in denen jeder seinen eigenen Vorstellungen vom guten Leben nachgehen kann. Individuelle Ziele haben damit für Hayek Vorrang vor Gruppenzielen. Kollektivistische Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit gefährden nach Hayek den individualistischen und auf subjektive, persönliche Ziele ausgerichteten Charakter einer freiheitlichen Gesellschaft, weil sie eine umfassende Reorganisation spontaner Prozesse in Richtung einer bewusst geplanten sozialen Hierarchie bedingen. In der zweiten Hälfte seiner Schaffenszeit ergänzt Hayek seinen wissensbasierten Liberalismus um eine evolutionäre Theorie, nach der gerade jene oftmals impliziten Institutionen das Ergebnis eines evolutionären Prozesses gewesen seien, die der Freiheit heute den größten Dienst erwiesen. Informelle Institutionen und einst entdeckte erfolgreiche Formen anonymer Kooperation deuten für Hayek darauf hin, dass die freiheitliche Grundordnung immer auch Ergebnis blinder Übernahme gewisser uralter Traditionen ist, politische Steuerung folglich stets behutsam und reformerisch zu erfolgen hat.

Einige Eckdaten des Hayek'schen Liberalismus sollen hier stichpunktartig angeführt

werden, ehe eine Zusammenfassung des Euckenschen Werks erfolgt:

- Wissen ist an einem Ort stets begrenzt, dezentral arbeitende Systeme sind geplanten Zuteilungsregimen daher überlegen.
- Unterscheidung in Ziele und Mittel: Gegner der Freiheit vertreten oftmals moralisch achtenswerte Ziele, wollen aber politische Mittel einsetzen, die der Freiheit abträglich sind. Auf die Mittel kommt es daher vor allem an.
- Freiheit ist die Abwesenheit von Zwang. Zwang ist nicht Ungleichheit und nicht Armut, sondern Ergebnis der Beeinträchtigung des eigenen Handelns durch andere Individuen.
- Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren befriedigt Wünsche, die heute noch niemand kennt. Er sorgt am besten für allokativen Effizienz und damit für materiellen Wohlstand.
- Rule of Law: Allgemeine Regeln (nomoi) dienen der Freiheit am ehesten, diskriminierende Sondergesetze gegen einzelne Gruppen (thesis) gilt es zu begrenzen.
- Ordnungsspontaneität erster Ebene: Unter allgemeinen Regeln gerechten Verhaltens entsteht eine ständige Ausweitung anonymer Kooperation (Fortschritt).
- Ordnungsspontaneität zweiter Ebene: Die Evolution der Regeln, besonders durch Anpassungen der Verfassung ist möglich: Politischer Wettbewerb schützt vor Strukturwandlungen des Staates und garantiert die Anpassung an veränderte Umweltbedingungen.
- Drei Quellen menschlicher Werte: Die unersetzliche Leistungsfähigkeit überlieferter Institutionen, u.a. Eigentum, Familie, Sprache, Recht, bedingt eine Beschränkung des Handlungsbereichs bewusster politischer Steuerung. Liberale Politik ist Herrschaft unter dem Recht. Dies gilt auch für demokratisch gewählte Parlamente.
- Subsidiarität: Je näher Entscheidungen an den Betroffenen getroffen werden, desto präziser kann das lokale Wissen über die Folgen von Regeländerungen verwertet werden.

Nunmehr ist zusammenfassend auf den Ordoliberalismus Walter Euckens einzugehen, ehe Schnittmengen und Unterschiede beider Denker herausgestellt werden. Walter Euckens Liberalismus ergibt sich, wie auch derjenige F. A. Hayeks, aus einer Analyse des Wirtschaftsprozesses in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen. Eucken erlebte persönlich, wie eine von unzweckmäßigen Prinzipien geleitete Wirtschaftspolitik zu unvorhergesehenen Wandlungen des Staates und damit zum erleichterten Übergang der Weimarer Republik in die Diktatur Hitlers beitrug. Er erkannte den freiheitsbedrohenden Kern gut gemeinter Sozialpolitik, wie sie Kommunismus und Faschismus trotz ideologischer Gegnerschaft vertraten. Den totalitären Tendenzen einer Zentralverwaltungswirtschaft setzt Eucken gleichwohl kein Laissez-Faire entgegen, versteht er doch zu gut aufgrund früher wirtschaftshistorischer Studien das Versagen des klassischen Liberalismus beim Kampf um Erhaltung einer menschenwürdigen Ordnung. Der Konnex von wirtschaftspolitischen Entscheidungen und individueller Freiheit wird von ihm, wie auch von Hayek, innovativ beantwortet. Nicht etwa das Eigentum bzw. der Kapitalismus als Verwirklichung unumschränkter privater Eigentumsrechte, wie Ludwig von Mises postuliert, schützt das Individuum vor staatlicher Allmacht – vielmehr gilt es, institutionelle Arrangements zu finden, die private Macht und staatliche Macht gleichermaßen minimieren. Was für Hayek der Grundsatz des Rule of Law ist, ist bei Eucken das politische Management eines möglichst intensiven Wettbewerbs. Wettbewerb ist nicht nur Voraussetzung für die bestmögliche Güterversorgung der Bevölkerung, sondern Garant einer stabilen und humanen Gesellschaft. Durch den Wettbewerb als staatlich flankiertes Spiel unter den Spielregeln einer stetig fortzuentwickelnden Wirtschaftsverfassung wird private Macht gebrochen und eine Verschränkung von Gruppenmacht und staatlicher Unterdrückung vermieden. Wettbewerb wird nicht dadurch am Laufen gehalten, dass Politiker eisern an Patentrezepten festhalten, sondern prinzipiengeleitet nach Regelinnovationen streben, die die ständigen Veränderungen des Wirtschaftslebens immer wieder mit Blick auf eine funktionierende Gesamtordnung internalisieren. Sozial ist die so entstehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in erster Linie deshalb, weil wir von ihr am ehesten eine Einheit von individuellem Vorteilskalkül und gesellschaftlich wünschenswerter Entwicklung erwarten können. Auswüchse des Marktes, die trotz Konkurrenz überfordernden Druck auf die Schwächsten ausüben, gilt es nach Eucken und Hayek mithilfe einer ordnungskompatiblen Sozialpolitik so zu minimieren, dass die Funktionstüchtigkeit der Marktordnung am wenigsten leidet. Zwischen diesen beiden

Deutungen befindet sich denn auch das Spannungsverhältnis möglicher Interpretationen der „Sozialen Marktwirtschaft“, wie sie im Umfeld der Freiburger Schule eingebracht wurden. Abschließend kann der Ansatz Euckens wie folgt in wenigen Punkten umrissen werden.

Erstens: Die Unterscheidung in Spielregeln und Spielzüge ist wesentlich für das Verständnis und die politische Gestaltung der Bedingungen des Fortschritts in modernen Gesellschaften. Soziale Zustände werden als unter Institutionen emergierende Spielergebnisse verstanden. Änderungen der Ergebnisse setzen Änderungen der Regeln voraus. Die Existenz rational egoistisch handelnder Individuen ist als Modellentscheidung zur Abschätzung der Folgen von Politik (Wenn-Dann-Aussagen) nützlich, obwohl kein Mensch stets rational und egoistisch handelt. Es ist keine Aufgabe der Politik, die psychische Struktur menschlicher Entscheidungen zu ändern.

Zweitens: Wettbewerb als oberstes Prinzip einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verhindert private Machtballungen und stabilisiert den Rechtsstaat, indem auch staatlichen Strukturwandlungen entgegenwirkt wird, die sich aus der Okkupation des Staates durch private Interessen ergeben.

Drittens: Ein (de jure) allmächtiger Staat wird in relativ kurzer Zeit zu einem de facto schwachen Staat. Regelbindung mithilfe der Metanormen der Verfassung erlaubt erst die nachhaltige Sicherung der Gestaltungsmacht eines Staates. Selbstbindung in diesem Sinne ist kein Ausdruck libertärer Minimalstaatsphantasien, sondern im Geiste einer Stärkung des Staates als Garanten der Freiheit zu verstehen.

Viertens: Die Fortentwicklung der Wettbewerbsordnung verstand Eucken schon in den 1920er Jahren als alternativloses Projekt für den Fortbestand der Menschheit, da eine Rückkehr in romantische Formen der lokalen Produktion in kleinen lokalen Eigenwirtschaften den Bedarf einer stetig wachsenden Weltbevölkerung nicht decken könnte. So verweist Eucken bereits 1926 darauf, dass es zwar bedeutende negative Effekte der unter dem Stichwort Kapitalismus gefassten Wirtschaftsordnung gebe – etwa die zunehmende Individualisierung, „geistige Leere“, Niedergang der Religion, usw. – dass es aber ein grober Fehler sei allein daraus zu folgern, dass eine Abschaffung des Kapitalismus eine Besserung der humanitären Lage der Menschheit bringe.⁶³⁴ Damit

⁶³⁴ Eucken schreibt, es sei „ungemein verlockend“ dies zu fordern, aber letztlich der falsche Ansatz, „denn der Kapitalismus ist in der Jetztzeit nicht entbehrlich, er muß bestehen bleiben, wenn die ungeheuer angeschwollene Menschenmasse der Welt ernährt werden soll.“ Er fügt hinzu: „Der Zwang so gewaltige

erteilt Eucken schon knapp fünfzehn Jahre vor der Veröffentlichung seines ersten Hauptwerkes zur Ordnungsökonomik, den Grundlagen der Nationalökonomie, der Idee eines radikalen Neuentwurfs der ökonomischen Institutionen eine klare Absage.

Fünftens: Die Wissenschaft hat als gesellschaftliche Kraft die Aufgabe, über das Denken aufklärerisch zum Fortschritt der Gesellschaft beizutragen, ist aber zugleich auf die Bereitstellung von Informationen über Sachzusammenhänge beschränkt. Sie kann daher nur Wenn-Dann Aussagen im Einklang mit hohen Seriositätsstandards treffen und so einen produktiven Platz *in* der Gesellschaft einnehmen. Die Bedürfnisse der realen Menschen selbst bleiben bei der Auswahl der Mittel stets als gegebene Größe außerhalb demokratischer Politikberatung.

Abschließend ist zu fragen, wo die größten Unterschiede zwischen dem Ansatz Euckens und dem Hayeks ausgemacht werden können. Erstens kann Hayek eine allgemein größere Skepsis gegenüber staatlicher Planung unterstellt werden. Diese grundsätzliche Tendenz spiegelt sich beispielsweise in der Einordnung Andreas Renners wider, der Hayek in seinem einschlägigen Aufsatz zum Begriff des Neoliberalismus nur mit Fragezeichen in den ordo- bzw. neoliberalen Kanon einordnen möchte und mit Blick auf Hayek lieber vom „extremem ordoliberalen Flügel“ spricht.⁶³⁶ Zweitens beurteilt Eucken die Erfolgchancen rationaler Wirtschaftspolitik optimistischer als Hayek, der aufgrund seiner Theorie evolutionärer Rechtsgenese und der damit einhergehenden Kritik am Rationalismus ein konservatives Element einbringt. Drittens wird das Verhältnis von Marktsphäre und gesellschaftlichen Handlungen jenseits wirtschaftlicher Transaktionen bei Eucken und Hayek unterschiedlich bewertet. Hayek unterscheidet so gut wie gar nicht zwischen Markttransaktionen und sozialer Interaktion, da aus der Perspektive des Konzepts einer Spontanen Ordnung allgemeine Regeln in beiden Fällen zwanglose Kooperation jenseits bewusster Steuerung der Ergebnisse erlauben. Es gibt bei Hayek daher keine sinnvoll zu unterscheidenden Sphären, keinen klar abzugrenzenden Nexus der Wirtschaft in Abgrenzung zur gesellschaftlichen Handlungssphäre. Eucken hingegen sieht in Märkten vor allem einen Wirtschaftsprozess im eigentlichen Sinne eines spezifisch auf Knappheitsbewältigung angelegten Handelns. Dadurch wird mit Eucken, in der Tradition seines Vaters Rudolf Eucken, ein Tor für idealistische Konzeptionen

Bevölkerungsmassen menschenwürdig zu erhalten, erfordert in der Tat gebieterisch rationellste Wirtschaftsführung. Die Wirtschaftsform, in der am produktivsten gearbeitet wird, ist die einzige, die heute bestehen kann. Diese Wirtschaftsform ist aber der Kapitalismus.“ Eucken, „Die geistige Krise und der Kapitalismus“, 15.

⁶³⁶ Renner, „Die zwei "Neoliberalismen"“, 53.

offengehalten, die auf die Eigenlogik und den Eigenwert religiösen, sozialen, privaten, gemeinschaftlichen Handelns jenseits einer abgegrenzten Wirtschaftssphäre verweisen.

4. Ansatzpunkte einer *Kritik der Kritik* aus wirtschaftsliberaler Perspektive

Da nun die Voraussetzungen vorliegen, nachdem die wesentlichen Argumente der Wachstumskritik und die Grunzüge des ordnungsökonomischen Liberalismus nachgezeichnet wurden, kann eine auf dessen Ideen aufbauende Kritik der Kritik erfolgen. Sieben Thesen, bzw. Argumentationsstrategien der neuen Wachstumskritik, unter primärer Berücksichtigung der Arbeiten Miegels und Jacksons, werden im folgenden herausgearbeitet und einer Kritik unterzogen.

4.1. Die Mathematik des Wachstums als hinreichende Basis einer Wachstumskritik?

Nach Ansicht der Wachstumskritik ist von einem exponentiellen Wachstum mit langfristig konstanten und hohen Wachstumsraten auszugehen. Wachstum wird mathematisch gesehen in der Wachstumskritik als geometrische Reihe, bzw. als Exponentialfunktion mit gleichbleibender Basis verstanden und auf Grundlage dieses Verständnisses kritisiert.⁶³⁷ Wachstum sei, so die Wachstumskritik, schon vor Betrachtung seiner komplexen und vielfältigen Effekte nicht dauerhaft durchzuhalten, weil es exponentielle Steigerungen des materiellen Wohlstands *per se* nicht geben könne.

Die Denktradition, auf die sich die Wachstumskritik hinsichtlich dieser Argumentationslinie stützt, geht auf den englischen Nationalökonom des 19. Jahrhunderts, Thomas Robert Malthus, zurück. Malthus argumentiert strikt mathematisch in seiner Ablehnung der Armengesetze und der Sozialpolitik, wie wir bereits weiter oben im Überblick über die Ideengeschichte des Wachstums sehen konnten. Bei Malthus kommt der dramatisch ansteigenden Kluft zwischen einer Exponentialfunktion (bei Malthus bezogen auf das Bevölkerungswachstum) und einer linearen Funktion (bei Malthus die Agrarproduktion) entscheidende Bedeutung zu. Allein qua deduktiver Ableitung aus der Mathematik von Wachstumsprozessen gelte es, daher schon heute radikal zu handeln, um unhaltbare Zustände in Zukunft gar nicht erst eintreten zu lassen. So schreibt Malthus: „Population, when unchecked, increases in a geometrical ratio. Subsistence increases only in an arithmetical ratio. A slight acquaintance with numbers will shew the immensity of the first power in comparison of the second.“⁶³⁸ Und er führt fort: „This natural inequality of the two powers of population and of production in the earth, and that great law of our nature which must constantly keep their effects equal, form the great difficulty that to me appears insurmountable in the way to the perfectibility of society. All other arguments are of slight and subordinate consideration in comparison of this. I see no way by which man

⁶³⁷ Eine Exponentialfunktion besteht aus einer Funktion der Form $x \rightarrow a^x$ mit einer reellen Zahl $a > 0$ und $a \neq 1$ als Basis sowie i.d.R. einer ebenfalls reellen Zahl x als Exponent. Der Exponent stellt die Variable dar, die Basis die Konstante. Bekanntestes Beispiel für eine Exponentialfunktion in den Wirtschaftswissenschaften ist sicherlich der Zinseszins-Effekt. Auch viele natürliche Prozesse lassen sich mithilfe von Exponentialfunktionen beschreiben.

⁶³⁸ Malthus verweist auf geometrische Reihen. Diese sind mathematisch darstellbar als Exponentialfunktionen mit der Zeit im Exponenten, in der Form $b_t = b_1 \cdot a^t$. Malthus und Wrigley, *An essay on the principle of population*, Chap I.18.

can escape from the weight of this law which pervades all animated nature. No fancied equality, no agrarian regulations in their utmost extent, could remove the pressure of it even for a single century.“⁶³⁹

Auch die im Auftrag des Club of Rome 1972 vorgestellte Studie „Die Grenzen des Wachstums“ ist argumentativ fest an die abstrakte, mathematisch begründete Ablehnung des Wachstums aufgrund seiner exponentiellen Entwicklung gebunden. So ist ein eigenes Kapitel gleich zu Beginn der Mathematik exponentiellen Wachstums gewidmet.⁶⁴⁰ Schließlich sind auch die in dieser Arbeit diskutierten Vertreter einer neuen Wachstumskritik, Meinhard Miegel und Tim Jackson, fest davon überzeugt, dass das Wachstum schon allein aufgrund seiner Eigenschaft als geometrische Reihe, bzw. Exponentialfunktion, abstrakt-mathematisch keine Grundlage für ein nachhaltiges Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell darstellen könne. Miegel etwa zitiert eine Reihe von Organisationen, darunter die OECD, den Europäischen Rat, und den DGB, die allesamt dauerhafte Wachstumsraten von mehreren Prozent forderten. Er wendet sodann ein: „Was hier postuliert wird, ist nicht weniger als eine Verdopplung der Güter- und Dienstleistungsmenge alle 23 Jahre beziehungsweise deren Vertausendfachung innerhalb von 234 Jahren, also in etwa dem gleichen Zeitraum, der seit der Industrialisierung verstrichen ist. Das 70fache in 210 Jahren! Das Tausendfache in den folgenden 234 Jahren! Das kann niemand wirklich meinen und erst recht nicht wollen. Sollen solche Wachstumspostulate überhaupt einen Sinn ergeben, können sie nur für kurze Perioden und für eine kleine Minderheit von Staaten gelten. (...) Für zukunftsweisende oder gar weltumspannende Lebensmodelle taugen Sie nicht. Dass die Begrenzungen von Trends, insbesondere wenn diese exponentiell verlaufen, immer wieder hartnäckig ignoriert, geleugnet und verdrängt werden, gehört zu den vielen Merkwürdigkeiten der menschlichen Psyche.“⁶⁴¹

Tim Jackson drückt sich ganz ähnlich aus. Moderne Volkswirtschaften seien zum exponentiellen Wachstum „gezwungen“.⁶⁴² Ohne Eingriff nähme die Weltwirtschaft die Entwicklung einer Exponentialfunktion, während sich das Ökokapital ab einem „Ökologischen Umschlagpunkt“ entlang einer Glockenkurve immer weiter vermindere. Jackson stellt dies anhand einer eigens erstellten Abbildung dar, die den Diagrammen

⁶³⁹ Ebd., Chap I.22.

⁶⁴⁰ Vgl. Dennis Meadows et al., *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. DVA informativ 1 (Stuttgart: Dt. Verl.-Anst, 1972). http://www.gbv.de/dms/faz-rez/720717_FAZ_0015_15_0002.pdf, 18–23.

⁶⁴¹ Miegel, *Exit*, 63.

⁶⁴² Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 79.

des Club of Rome stark ähnelt.⁶⁴³ Die exponentielle Steigerung des BIP diskutiert Jackson im Rahmen der sog. IPAT-Gleichung Paul Ehrlichs, um darzulegen, dass ein jährliches Wachstum von zwei Prozent weltweit bis zum Ende des Jahrhunderts zu einem vierzigmal so großem BIP führe und dass dies eine „vollständige Dekarbonisierung jedes einzelnen Dollars“ erfordere, was Jackson für absurd hält.⁶⁴⁴ Dies stelle ein „Wachstumsdilemma dar“: exponentielles Wachstum bedürfe global und langfristig betrachtet unerreichbarer Effizienzsteigerungen. „Wer Entkopplung als Ausweg aus dem Wachstumsdilemma empfiehlt, sollte sich erst einmal den historischen Befund etwas genauer ansehen – und die grundlegende Mathematik des Wachstums.“⁶⁴⁵ Aus der mathematischen Argumentation der hier angeführten vier Wachstumskritiken ergibt sich ein implizites Wachstumsmodell, welches wir kritisch mit der Empirie abgleichen und in Hinblick auf seine Plausibilität für die Erklärung zukünftiger Entwicklungen prüfen sollten. Es wird sich zeigen, dass die auf die Zukunft gerichtete Erwartung eines exponentiellen Wachstum mit global einheitlichen, über den Zeitverlauf konstant hohen Wachstumsraten schon mit Blick auf die Wirtschaftsgeschichte, also im Rückblick, nicht zu halten ist.

Aus dem Wachstumsmodell, welches die Wachstumskritik hier implizit zugrunde legt, ergibt sich insbesondere, dass sich der Abstand zwischen früh entwickelten Staaten und Nachzüglern immer weiter vergrößert haben sollte. Die These folgt aus der Mathematik exponentieller Funktionen unter den gegebenen Annahmen: Bei konstanter Basis (Dezimalwert der Wachstumsrate plus eins) über den Zeitverlauf beschleunigt sich der absolute Zuwachs pro Jahr immer weiter. Daher gilt auch: Je größer die Zeitdifferenz zwischen dem Eintritt zweier Staaten in einen stetigen Wachstumskurs entlang ein- und derselben Exponentialfunktion, desto größer wird die *Differenz* zwischen dem Bruttoinlandsprodukt zwischen diesen beiden Ländern mit jedem weiteren Jahr. Entlang einer einzigen Exponentialfunktion für alle Staaten und Regionen der Erde und für die gesamte Zeitspanne vom Beginn der Industrialisierung bis in alle Zukunft besteht somit keinerlei Chance, dass ein Staat einen anderen wirtschaftlich einholt oder sich ihm auch nur annähert. Anders ausgedrückt: Wer allein mit der Mathematik exponentiellen Wachstums argumentiert und dabei als Wachstumstheoretiker einen konstanten Exponenten (Wachstumsrate) der Wachstumsfunktion annimmt, muss daher auch

⁶⁴³ Ebd., 30.

⁶⁴⁴ Ebd., 94.

⁶⁴⁵ Ebd., 98.

davon ausgehen, dass sich der Abstand zwischen den Weltregionen ab dem Beginn einer globalen Wachstumsdynamik („Industrialisierung“) immer weiter vergrößert. Eine solche Aussage finden wir natürlich weder bei Jackson noch Miegel explizit, sie ergibt sich aber logisch deduktiv aus den impliziten Annahmen ihrer auf die Zukunft gerichteten Argumentation in ihrer Absicht, unvorstellbare Zustände als Casus gegen das Wachstumsphänomen aufzuwerfen. In ihrem Sinne müsste nun aber England als Mutterland der Industrialisierung heute die mit gewaltigem Abstand größte Wirtschaftsleistung der Erde aufweisen, gefolgt von den Staaten Westeuropas und den USA, die das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell Englands als erstes übernahmen. Japan, das in den 1860er Jahren die Industrialisierung forcierte, müsste an darauffolgender Stelle stehen.

Im Lichte dieser Theorie müssten hingegen Schwellenländer wie China, Brasilien, Indonesien und die Türkei und erst recht die vielen Dutzend Entwicklungsländer Jahr für Jahr weiter hinter die Industrieländer zurückfallen, weil ihr später Einstieg in den Wachstumsprozess bei gleichen konstanten Wachstumsraten ein *Aufholen* per se verbietet. Natürlich könnte man darauf hinweisen, dass jedes Land eine unterschiedliche Ausgangsbasis aufwies, als es den Pfad stetigen Wachstums betrat, es sich daher um individuelle geometrische Reihen handle. Mathematisch ist dies aber kein besonders überzeugender Einwand. Angesichts der gewaltigen Unterschiede zwischen zwei Staaten mit nennenswerten Zeitunterschieden entlang eines exponentiellen Wachstumspfad mit konstanter Basis (von i.d.R. mehreren Prozent, also z.B. 1,05 für eine Wachstumsrate von 5%) spielte eine unterschiedliche Ausgangsgröße b_1 keine bestimmende Rolle.⁶⁴⁶

Wenn wir uns nun der Empirie zuwenden und die wirtschaftsstärksten Nationen im Ranking betrachten, sehen wir, dass zwischen dem Zeitpunkt des Beginns des exponentiellen Wachstums der lokalen Wirtschaft (oft mit dem Beginn der

⁶⁴⁶ Wenn ein Staat zum Zeitpunkt x ein BIP von zwei Geldeinheiten und ein anderes eines von drei Geldeinheiten besitzt, so ist dies, trotz einer 50%igen Differenz aus Sicht des kleineren Staates mathematisch irrelevant, so der Zeitunterschied des Beginns exponentiellen Wachstums nur groß genug ist. Bei 4% konstantem Wachstum beträgt das BIP des ersten Staates nach 50 Jahren mehr als das Siebenfache, nämlich 14,21. Startet das zweite Land mit dem Ausgangswert 3 nur 10 Jahre später, so liegt sein Wert zum gleichen Endpunkt der Betrachtung, also nach 40 Jahren, bei fast dem gleichen Wert (14,40). Der enorme Unterschied in der anfänglichen Wirtschaftsleistung ist durch nur 10 Jahre Zeitdifferenz nahezu vollständig verschwunden, der Zuwachs durch den Zinseszins-Effekt von 1300% stellt Unterschiede im Ausgangszustand weiterhin völlig in den Schatten. Das Entscheidende bei konstanten Wachstumsraten ist der möglichst frühe Zeitpunkt ihres Beginns und daraus sich ergebend eine möglichst lange Wirkdauer des Effekts.

Industrialisierung gleichgesetzt) eines Staates und dem aktuellen Rangplatz kein strikter empirischer Bezug steht.

Die zwanzig Staaten mit dem größten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in US-Dollar (2013) ⁶⁴⁷	
1. Luxemburg	11. Österreich
2. Norwegen	12. Kuwait
3. Katar	13. Niederlande
4. Schweiz	14. Finnland
5. Australien	15. Irland
6. Dänemark	16. Island
7. Schweden	17. Belgien
8. Singapur	18. Deutschland
9. Vereinigte Staaten	19. Vereinigte Arabische Emirate
10. Kanada	20. Frankreich

Zwar finden sich die meisten früh industrialisierten Länder heute immer noch an der Spitze der Weltwirtschaft, zumindest was die Pro-Kopf-Einkommen betrifft. So zählen die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien (Platz 23) und Japan (Platz 24) immer noch zu den erfolgreichsten Wirtschaftsmächten der Welt, wie es das Wachstumsverständnis der Wachstumskritik auch nahelegen würde. Ebenso viele Staaten Westeuropas wurden jedoch entgegen dieser Auffassung bereits eingeholt von aufstrebenden jungen Ökonomien, so etwa durch die Staaten mit reichen Ölvorkommen wie Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, aber auch durch rohstoffarme Staaten wie Taiwan (Platz 38), Singapur (Platz 8), Hongkong (Platz 25), Israel (Platz 26) und Südkorea (Platz 33). Auch die Staaten des ehemaligen Ostblocks, etwa Estland (Platz 42), Lettland (Platz 49) und Litauen (Platz 46) konnten den Abstand wettmachen, der über Jahrzehnte hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner bestand. Diese Staaten verfügten in der Regel lange Zeit über eine Wirtschaftsverfassung, die einen Anschluss an den Weltmarkt und damit den nötigen Zustrom an (Direkt-) Investitionen nicht zuließ. Erst mit ihrer wirtschaftlichen Öffnung,

⁶⁴⁷ Vgl. Internationaler Währungsfond, „World Economic Outlook Database, April 2014: 5. Report for Selected Countries and Subjects“. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/> (letzter Zugriff: 2. Juni 2014).

im Falle Chinas eingeleitet durch die Reformen Deng Xiao Pings ab 1978, konnte das *Aufspringen auf den Wachstumszug* in diesen Ländern beginnen. China befand sich im Jahr 2000 auf noch auf Platz 118. Im Jahr 2013 bereits auf Platz 84. Schließlich können viele Staaten auf mittleren und hinteren Plätzen bei den Pro-Kopf-Einkommen identifiziert werden, deren Ökonomien schon im 19. Jahrhundert Zugang zu den Schlüsselfaktoren des Wachstums im Zeitalter der Industrialisierung hatten und dennoch hinter der Entwicklung in anderen Staaten zurückblieben. Griechenland befindet sich beispielsweise aktuell nur auf dem 37. Platz, Argentinien nur auf dem 61.⁶⁴⁸

Diese Betrachtung kann zusätzlich (methodisch angemessener) gestützt werden durch eine Berechnung der Korrelation zwischen dem Pro-Kopf Einkommen zu einem fixen Zeitpunkt in der Vergangenheit und den durchschnittlichen Wachstumsraten in der seither vergangenen Zeitperiode. So können Barro und Sala-i-Martin zeigen, dass für die OECD-Länder Europas das Pro-Kopf-Einkommen von 1960 negativ korreliert mit den durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 1960 bis 2000. Noch deutlicher fällt dies für den auch noch wesentlich längeren Zeitraum von 1880 und 1990 für die Bundesstaaten der USA aus. Auch für Japans Präfekturen wurde dies erwiesen.⁶⁴⁹ Je höher das wirtschaftliche Ausgangsniveau einer Region, desto geringer waren in den seither vergangenen Dekaden die Wachstumsraten. Von einem konstanten und global einheitlichen Wachstum kann also schon im Rückblick keine Rede sein.

Dieser Befund wird ausgerechnet gestützt von der Stiftung Denkwerk Zukunft, in der Meinhard Miegel aktiv im Vorstand und in Publikationen mitwirkte. In einer Trendanalyse des durchschnittlichen Wachstums je Dekade für die Gründermitglieder der EU weist die Stiftung nach, dass sich das Wachstum in den frühindustrialisierten Staaten Westeuropas signifikant abgeschwächt hat, von über 4% p.a. in den 1960er Jahren auf nur noch 0,55% p.a. in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends.⁶⁵⁰

⁶⁴⁸ Vgl. ebd.

⁶⁴⁹ Barro und Sala i Martin sprechen auch von der sog. Eisernen Regel der zwei Prozent, nach der sich die Unterschiede der Pro-Kopf-Einkommen vielfach empirisch um genau diesen Satz pro Jahr angleichen, was auf eine Halbierung des Unterschieds innerhalb von 35 Jahren hinausläuft. Ob eine absolute Angleichung jemals erfolgt, ist z.B. im Falle der EU-Staaten Osteuropas umstritten. Weiterhin ist in der Diskussion um Konvergenz in der Wachstumstheorie auf die Unterscheidung in Beta- und Sigma-Konvergenz zu verweisen. Vgl. Robert J. Barro und Xavier Sala-i-Martin, *Economic growth*, 2. ed., Eastern economy ed., Indian reprint (New Delhi: Prentice-Hall of India, 2007), 461ff.

⁶⁵⁰ Vgl. Stefanie Wahl und Karsten Gödderz, „Wachstumstrends in der EU6 und anderen früh industrialisierten Ländern 1960 bis 2050“.

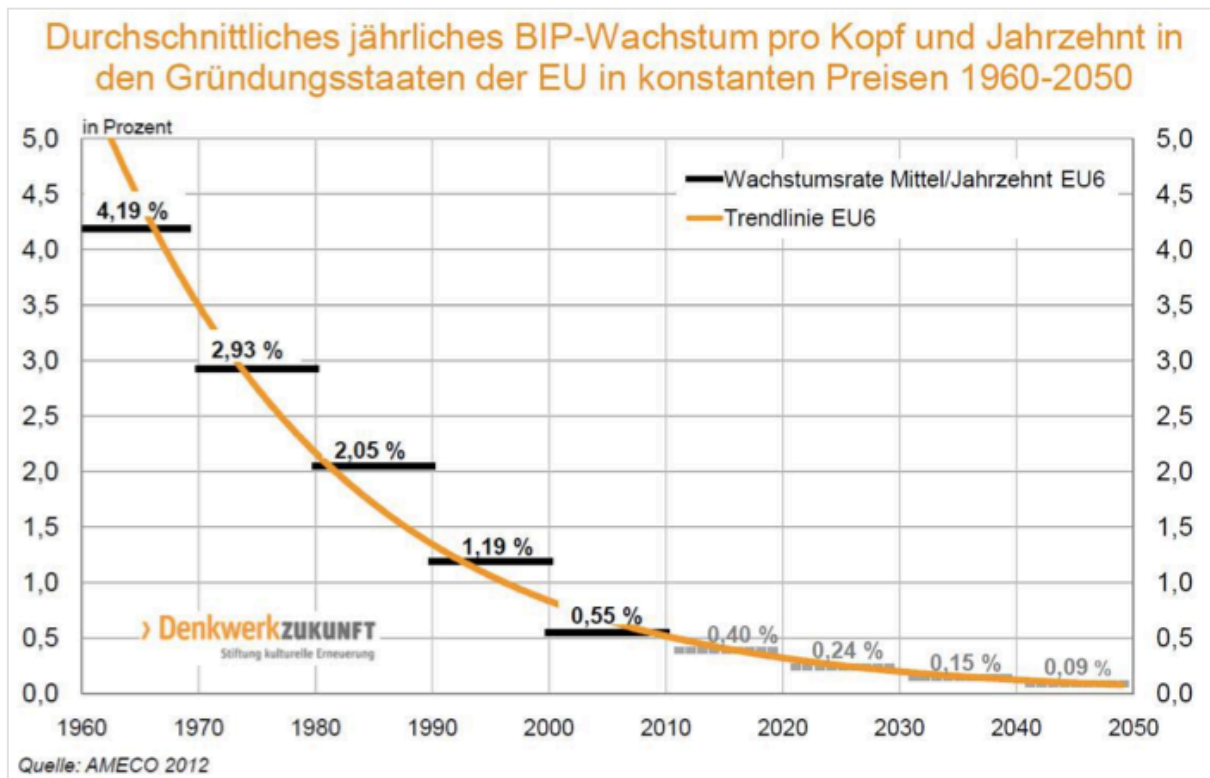


Abbildung 8: Wachstumstrends in den EU-Gründerstaaten 1960 bis 2050 (Quelle: Wahl 2012)

Dem stehen seit mehr als einem Jahrzehnt stabile Wachstumsraten im hohen einstelligen und teils zweistelligen Bereich in den Entwicklungsländern gegenüber. Eine angemessene Interpretation des Befunds deutet auf das Gegenteil dessen hin, was eine mechanistische Argumentation mit konstanten Wachstumsraten nahelegt: Die sogenannte **Konvergenz**.

Konvergenz wird in der Wachstumstheorie vor allem im neoklassischen Wachstumsmodell Solows vorhergesagt. Bei Solow steuert jede Ökonomie auf einen ihr eigenen Gleichgewichtszustand zu, der sich aus exogenen Parametern wie der anfänglichen Kapitalausstattung, Technologie, Abschreibungsquote, Sparquote und Bevölkerungswachstum, ergibt. Solange die Pro-Kopf-Kapitalausstattung noch nicht das langfristige Gleichgewichtsniveau erreicht hat, wächst sie anhand endogener Faktoren. Danach bestimmt der technologische Fortschritt weiteres Wachstum. Solows Modell impliziert eine sogenannte „bedingte β -Konvergenz“ (engl. „conditional β -convergence“): Je weiter ein Land von seinem eigenen spezifischen Gleichgewicht entfernt ist, desto schneller wird das Wachstum sein. Arme Staaten wachsen zwar damit nach Solow nicht per se schneller, aber unter ähnlichen Staaten holen diejenigen auf, die

am weitesten von ihrem theoretischen Steady-State entfernt sind.⁶⁵¹ Solange junge Ökonomien mit geringen Einkommen ihre hohen Investitionen in Infrastruktur und Humankapital (Bildung) aufrecht erhalten, wachsen sie schneller und holen gegenüber vergleichbaren Ökonomien mit langer Wachstumstradition schnell auf. Genau diesen Prozess beobachten wir derzeit auf globaler Ebene. Wir können ihn auch ablesen an den Prognosen für den Energieverbrauch wichtiger Verbrauchsregionen für die nächsten gut 20 Jahre, der einen sehr guten Indikator für das Wachstum darstellt und auch von der Wachstumskritik in einem Atemzug mit Wirtschaftswachstum genannt wird. Es wird ein deutliches Abflachen des Verbrauchs von Primärenergie in der OECD prognostiziert (siehe Abb. 2).⁶⁵²

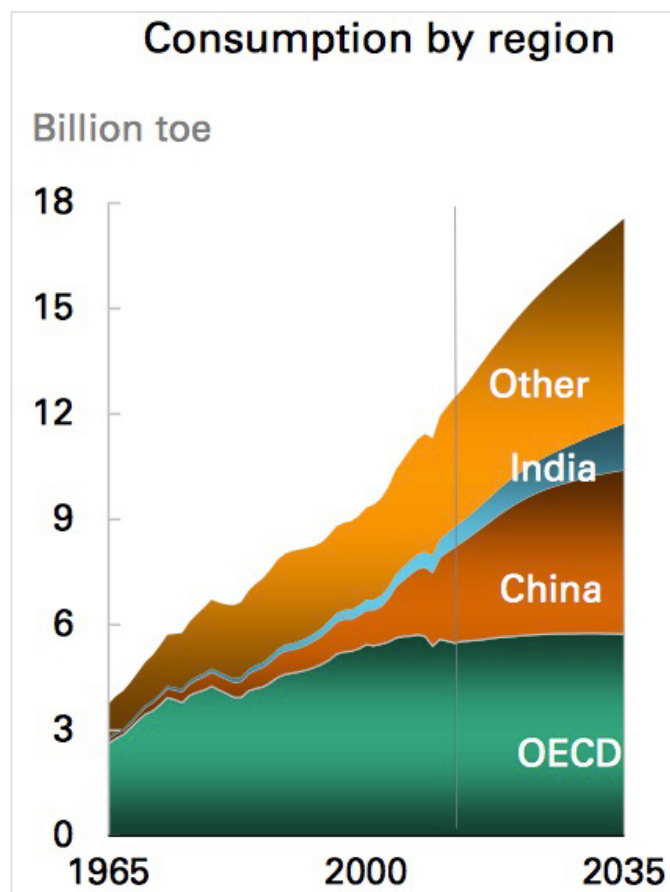


Abbildung 9: Prognose des Energieverbrauchs nach bedeutenden Märkten (Quelle: BP 2014: 12)

⁶⁵¹ Der Steady-State, also Gleichgewichtszustand, des Solow-Modells ist so zu verstehen, dass ab diesem Zustand nur noch der technologische Fortschritt und das Bevölkerungswachstum weiteres Wachstum erklären können. Solow prognostiziert also langfristig ein stetes, aber geringes, Wachstum genau entlang der Rate des technologischen Fortschritts, während bis dahin unterschiedliche Sparraten und Pro-Kopf-Kapitalausstattungen Unterschiede, v.a. hinsichtlich höherer Raten, beim Wachstum nahelegen (Konvergenz).

⁶⁵² Vgl. British Petroleum, „BP Energy Outlook 2035: January 2014“. http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/Energy-economics/Energy-Outlook/Energy_Outlook_2035_booklet.pdf (letzter Zugriff: 2. Juni 2014).

Auch die Wachstumsraten in der OECD werden immer geringer, bleiben aber im niedrigen einstelligen Bereich. Ein Steady-State à la Daly liegt auch regional begrenzt nicht vor. Die Ökonomien der Schwellenländer wachsen deutlich schneller. Der Abstand zwischen den Pro-Kopf-Einkommen wird damit geringer. Da die Bevölkerung in Asien, Südamerika und Afrika – den Regionen, in denen nahezu alle Schwellenländer verortet werden können – immer noch steigt, verschieben sich die wirtschaftlichen Gewichte massiv zu Lasten Europas. Ist die Konvergenzthese zutreffend, können wir global mit weiterem Wachstum rechnen, jedoch sollten die Wachstumsraten insgesamt sinken, da ein immer größerer Anteil der Wirtschaftsmächte bereits seit Jahrzehnten wächst und die Low-Hanging-Fruits ausgeschöpft hat. In außerordentlich langfristiger Sicht sollte die Weltwirtschaft sich der Rate des Bevölkerungs- und Technologiewachstums/-Fortschritts annähern. Da die Weltbevölkerung ihren Peak laut UN noch in diesem Jahrhundert erreichen wird, wäre also einzig die Rate des technologischen Fortschritts Treiber weiteren Wachstums. Jedoch ist zu beachten, dass große Teile der Weltbevölkerung immer noch in Armut leben und die jeweiligen Ökonomien, insbesondere in Afrika, gerade erst beginnen, einigermaßen stabil zu wachsen. Dies hat Gründe, die in der Neoklassik stiefmütterlich behandelt werden. So ist das Rechtssystem in den Entwicklungsländern nicht zufriedenstellend in der Lage, Rechtssicherheit zu garantieren. Ausländische Direktinvestitionen blieben daher bisweilen aus.

Bisher unberücksichtigt blieb die wichtige Erkenntnis, dass der Wachstumspfad – anders als es das Solow-Modell nahelegt, aufgrund gesellschaftlicher Prozesse auch vollständig wieder verlassen werden kann. Während sich die Weltwirtschaft bisher insgesamt als weitgehend stabil gegen Krisen erwiesen hat, finden sich zahlreiche Beispiele für Staaten, die sich bereits auf dem Pfad stetiger Wohlstandsmehrung befanden, dann aber im Zuge institutionellen Wandels dem Wachstum gewissermaßen den rechtlich-politischen Boden entzogen. Dies wird aus der bereits näher betrachteten breit angelegten Wachstumstheorie Daron Acemoğlus und James Robinsons deutlich. Als Beispiel führen die Autoren Argentinien an. Das Land galt vor gut einhundert Jahren als Musterbeispiel für erfolgreiche Wirtschaftspolitik in Südamerika.⁶⁵³ Doch handelte es sich im Falle Argentiniens, so wie heute u.U. auch in China, ausschließlich um

⁶⁵³ Vgl. Daron Acemoğlu und James Robinson, „What’s the Matter with Argentina?“. <http://whynationsfail.com/blog/2012/4/20/whats-the-matter-with-argentina.html> (letzter Zugriff: 2. Juni 2014). Siehe auch Daron Acemoğlu und James A. Robinson, *Why nations fail: The origins of power, prosperity and poverty* (London: Profile, 2012).

Wachstum, das auf extrahierenden wirtschaftlichen Institutionen im Sinne Acemoğlus und Robinsons basierte (s.o.). Solches Wachstum wird nach der institutionalistischen Wachstumstheorie, die in ihrer konstitutionellen Sichtweise bestens zum Liberalismus Euckens und Hayeks passt, als nicht nachhaltig erachtet. Im Zuge des Wachstumsprozesses stellt sich im Rahmen dieser Theorie wieder und wieder die Frage, ob Newcomer am Markt eine Chance erhalten, mit neuen Ideen in Konkurrenz zu etablierten Anbietern zu treten („Kreative Zerstörung“). Ob ihnen diese Chance durch das Rechtssystem von staatlicher Seite gewährt wird, ist wiederum eine Frage der politischen Offenheit. Sind die wichtigsten Inhaber privater Wirtschaftsmacht im Status Quo in der Lage, exklusiven Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, so wird der Wachstumsprozess mit hoher Wahrscheinlichkeit eher früher als später zum Erliegen kommen. Das Beispiel Argentiniens zeigt, wie durch die Etablierung eines extrahierenden politischen Systems infolge eines Staatsstreichs unter Juan Domingo Péron im Jahre 1943 Wachstum auch wieder zurückgenommen und der Wachstumspfad zugunsten der Stagnation beendet werden kann. 2001 exproprierte die Regierung Dreiviertel der Ersparnisse der Bevölkerung, 2012 teilverstaatlichte Cristina Fernández de Kirchner den Ölkonzern YPF und übernahm damit effektiv die Kontrolle über das Ölgeschäft, die wichtigste Einnahmequelle des Landes. Wirtschaft und Politik sind seit Jahrzehnten fest in der Hand einer Clique, deren System auch nach einem Machtwechsel nicht von heute auf morgen verschwindet. Wir sehen diese Dauerhaftigkeit extrahierender Strukturen auch in Europa. So besteht aktuell immer noch ein immenser Einfluss der sog. Oligarchen in der Ukraine, der trotz der Orangen Revolution unangetastet blieb und die Schaffung einer verlässlichen, offenen Wirtschaftsverfassung („Good Governance“) erschwert.

Stetiges Wachstum ist innerhalb eines solchen theoretischen Denkraumens eben nicht selbstverständlich, die mathematische Eigenschaft von Wachstum als Exponentialfunktion empirisch nur bedingt anwendbar. Der Wachstumsprozess verläuft vielschichtiger als erwartet. Viele Staaten konnten im 20. Jahrhundert wachsen. In Zukunft ist für immer größere Teile der Weltwirtschaft jedoch mit immer kleineren relativen (sic!) Zuwächsen zu rechnen.⁶⁵⁴ Einige Staaten werden mit einiger Wahrscheinlichkeit aufgrund schleichender institutioneller Verschiebung oder

⁶⁵⁴ Inwiefern abnehmende Wachstumsraten auch abnehmende absolute Zuwächse der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung bedeuten, ist eine Frage, die hier nicht beantwortet werden kann, da sich eine wachsende Ausgangsbasis und abnehmende Steigerungsrate gegenüberstehen und daher keinen eindeutigen Schluss ohne Hinzuziehen weiterer Informationen erlauben.

dramatischer Ereignisse (z.B. Staatsstriche) auch erneut in eine Phase lang anhaltender Stagnation zurückfallen, wie sie beispielsweise Japan in den 1990er Jahren in der sog. „verlorenen Dekade“ selbst ohne signifikanten Verlust an Good Governance erlebte. Die von Wachstumskritikern nahegelegte Gesetzmäßigkeit eines ohne gravierenden Systemwechsel unabwendbar fortgesetzten einheitlichen, stetigen und starken Wachstums ist aus sich selbst heraus nicht einleuchtend. Vielmehr bedarf es einer theoretischen Begründung auf dem Gebiet der Wachstumstheorie, die ein „*Es geht immer so weiter!*“ hinreichend unterfüttert und dann auch empirisch belegen kann. Die Vielschichtigkeit wirtschaftlicher Entwicklungen in der Vergangenheit lässt es möglich erscheinen, dass die wichtigsten Wirtschaftsregionen auch spontan unter gegebenen Regeln oder nach kontinuierlicher Fortentwicklung ihres wirtschaftlichen Rechtsrahmens in eine Phase stetig sinkender Wachstumsraten übergehen könnten. Die Abbildung zwei dieses Kapitels zeigt schließlich, dass diese Erkenntnis auch auf die physische Dimension des Wachstums übertragen werden kann. Wenn schon von nun an der Primärenergieverbrauch in der OECD bis 2035 nicht mehr weiter steigt, ist es alles andere als undenkbar, dass diese Sockelbildung des Energieverbrauchs auch in Asien (dem Kontinent des Hauptverbrauchs und Hauptzuwächse) in einigen Jahrzehnten eintreten wird und dann eine absolute – nicht nur relative Entkopplung (ohne Zero-Growth-Politik) erreicht wird. Schließlich ist auf die Eigendynamik beim mathematisch stark verwandten Themengebiet der Demographie zu verweisen. Befürworter radikaler Bevölkerungskontrolle wie Paul R. Ehrlich argumentieren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wie die Wachstumskritiker ebenfalls auf Grundlage der Gefahren geometrischer Reihen, dass die „Bevölkerungsbombe“ den Wohlstand der Menschheit aufgrund eines Mangels an Ressourcen und einer Bedrohung des Weltfriedens gefährde.⁶⁵⁵ Inzwischen ist sich die empirische Forschung auf dem Gebiet der Demographie einig, dass mit steigendem Wohlstand auch die Geburtenraten sinken und die Bevölkerungsentwicklung keine Exponentialfunktion mit konstanten Wachstumsraten darstellt. Im Gegenteil nimmt das Bevölkerungswachstum aufgrund zahlreicher bewusster Maßnahmen und spontaner Prozesse Dekade für Dekade weiter ab (Degression). Für die Mitte des Jahrhunderts ist mit einem Peak zu rechnen, gefolgt von einem maßvollen Bevölkerungsrückgang.⁶⁵⁶ Aus dem Blickwinkel der 1960er oder

⁶⁵⁵ Vgl. Paul Ehrlich, Die Bevölkerungsbombe (München: Hanser, 1971).

⁶⁵⁶ Zur Empirie der globalen demographischen Entwicklung vgl. United Nations, Department of Economic and Social Affairs/Population Division, „World Population Prospects: The 2012 Revision, , Highlights and

1970er Jahre war diese Entwicklung gleichwohl kaum vorherzusehen – eine Warnung vor allzu einfacher Arithmetik als Grundlage politischer Entscheidungen für lange Zeiträume.

4.2. Endliche Welt, endloses Wachstum?

„Unendliches Wachstum ist in einer endlichen Welt nicht möglich. Diese schlichte Einsicht, die Kindern weniger Schwierigkeiten macht als Ökonomen, wird gegenwärtig durch eine ganze Reihe von Endlichkeiten deutlich(...).“ So drückt sich Harald Welzer in einem Beitrag im Deutschlandradio aus. Er führt fort „Endlichkeitskrisen sind in einem System, dessen Funktion vom Wachstum abhängt, nicht zu bewältigen.“⁶⁵⁷ Welzer befindet sich mit diesen Äußerungen nicht allein. Vielmehr kann ein Konsens über diese Auffassung unter Wachstumskritikern attestiert werden, zu denen auch Welzer gezählt werden kann.⁶⁵⁸ So fragt beispielsweise Meinhard Miegel wie Welzer „kann es in einer endlichen Welt unendliches Wachstum geben?“ und führt aus: „Zu einem markigen Ja mag sich allerdings kaum einer durchringen, es sei denn, der Wachstumsbegriff wurde zuvor aus seiner irdisch-realen Verankerung gelöst und auf eine überirdisch-abstrakte Ebene gehoben.“⁶⁵⁹ Diese Idee Welzers wird auch von den Autoren des Club of Rome geteilt. So äußerte sich Dennis Meadows im SPIEGEL: „Dass es den Kollaps bisher nicht gegeben hat, muss nicht bedeuten, dass er auch in Zukunft ausbleiben wird. Dass die Welt sich verändern wird, steht außer Frage - und damit auch, dass wir uns mit ihr ändern. Entweder erkennt man rechtzeitig die Notwendigkeit für Veränderungen und leitet sie ein, oder man wird später dazu gezwungen. Stellen Sie sich vor, sie fahren mit ihrem Auto durch eine Fabrikhalle, und sie können nicht wenden. Sie können entweder bremsen oder gegen die Wand fahren. Anhalten werden sie in jedem Fall. Denn das Gebäude ist so endlich wie die Ressourcen der Erde.“⁶⁶⁰

So intuitiv einleuchtend die Aussage auf den ersten Blick auch zu sein scheint – eine logische Analyse erscheint vielversprechend für eine Kritik dieser Ansicht. Nicht zuletzt der Hinweis auf die Eingängigkeit, die schon Kinder besser zu verstehen wüssten als Ökonomen, ist, obwohl natürlich polemisch gegen die Ökonomik gerichtet, ein Hinweis, dass sich ein gründlicher zweiter Blick lohnt, denn vielfach sind Urteile über die Welt gerade aufgrund ihrer Einfachheit äußerst populär aber dennoch aus logischer oder

⁶⁵⁷ Vgl. Harald Welzer, „Wegmarken 2010: Wohlstand ohne Wachstum (Teil 1). Perspektiven der Überflusgesellschaft.“ http://www.deutschlandfunk.de/wegmarken-2010-wohlstand-ohne-wachstum-teil-1.724.de.html?dram:article_id=99694 (letzter Zugriff: 11. August 2014).

⁶⁵⁸ So publiziert Welzer inzwischen selbst unmittelbar auf dem Feld der Wachstumskritik. Vgl. Harald Welzer, „Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt.“ in *Wege aus der Wachstumsgesellschaft* (s. Anm. 41).

⁶⁵⁹ Miegel, *Exit*, 64.

⁶⁶⁰ Vgl. Markus Becker, „Interview mit Dennis Meadows: "Für eine globale Mobilmachung ist es zu spät"“. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/grenzen-des-wachstums-interview-mit-dennis-meadows-a-870238-druck.html> (letzter Zugriff: 6. Juni 2014).

empirischer Sicht schlicht unhaltbar.

Zunächst einmal zeigt eine Analyse mithilfe einfacher Instrumente der Logik, dass es sich bei der sog. Einsicht „Unendliches Wachstum ist in einer endlichen Welt nicht möglich“ (fortan kurz Satz *W*) um eine Aussage handelt und nicht etwa um ein vollständiges Argument. Es lohnt sich auf diese Unterscheidung näher einzugehen: Argumente bestehen aus mindestens zwei Aussagen, den Prämissen. Diese sind durch einen logischen Schluss, der sprachlich mit Wörtern wie *also*, *deshalb*, *daher*, usw. angezeigt wird, mit einer dritten Aussage verknüpft, die wir als Konklusion bezeichnen. Ein logisches Argument ist entweder logisch *schlüssig* oder nicht. Das bedeutet, dass wir die Wahrheit der Konklusion akzeptieren müssen, falls die Prämissen sich als wahr herausstellen.⁶⁶¹ Logische Argumente können aber auch falsche Prämissen beinhalten. Dann sind sie zwar logisch gültig, aber nicht *triftig*. Das bedeutet, dass sie zwar einen zwingenden Zusammenhang treffend nahelegen, die Bedingungen, die in den Prämissen enthalten sind, aber nicht zutreffen.⁶⁶² Ein solches Argument sagt also nichts über die Welt aus. Auch ist es möglich, dass zwischen den Prämissen und der Konklusion kein überzeugender logischer Zusammenhang besteht. Das Argument A1

Argument A1

(1) *Bremen liegt an der Weser*

(2) *Hamburg an der Elbe*

(K) *Paris an der Seine*

enthält zwar ausschließlich wahre Prämissen sowie eine wahre Konklusion, dennoch ist es offensichtlich kein gutes Argument. Es liegt vielmehr ein Fehlschluss vor, denn zwischen Prämissen und Konklusion besteht kein logischer Zusammenhang, der es erlaubt von Satz (1) und Satz (2) auf die Konklusion (K) zu schließen.

Die Bezeichnung des Satzes *W* als „Einsicht“ ist nunmehr zunächst einmal als Behauptung zu verstehen, dass der Satz *W* *wahr* ist. Der Satz *W*, für sich genommen, ist aber rein definitorischen Charakters, also gleichwertig mit der Aussage „Junggesellen

⁶⁶¹ Für eine hervorragende Einführung in das Gebiet der Logik samt aller hier verwendeter Konzepte siehe John Nolt et al., *Logic: Based on Schaum's Outline of theory and problems of logic*. Schaum's outline series (New York, London: McGraw-Hill, 2006).

⁶⁶² Ein Beispiel für ein solches Argument wäre: „Wenn nur noch weise Herrscher die Staaten der Welt regieren, herrscht auf ewig globaler Friede (1). Alle Staaten der Welt werden von weisen Herrschern regiert (2). Also herrscht ewig global Friede (K).“

sind unverheiratet“. Der Anspruch hingegen ist der eines Zusammenhangs, der etwas über die reale Welt aussagt.⁶⁶³ Um diesem Anspruch wirklich gerecht zu werden, muss der Satz *W* in ein Argument eingebracht werden. Daher sollte den Wachstumskritikern die unausgesprochene Behauptung unterstellt werden können, dass nicht nur der Satz *W* wahr, sondern auch folgendes Argument B1 triftig sei. Im Argument B1 lautet die Konklusion (K), dass unendliches Wachstum unmöglich sei. Für dieses Argument wurde der Satz *W* umformuliert in eine Bedingung und um eine zweite Prämisse ergänzt, die die Richtigkeit dieser Bedingung behauptet. So ergibt sich:

Argument B1

(1) *Wenn die Welt endlich ist, ist unendliches Wachstum unmöglich*

(2) *Die Welt ist endlich*

(K) *Unendliches Wachstum ist unmöglich!*

Nur durch diese Überführung in ein Argument mit klar ausgewiesenen Prämissen und einer Schlussregel (Modus Ponens), ist die Behauptung, es handele sich um eine „Einsicht“ über reale Zusammenhänge zwischen bestimmten empirischen Merkmalen der Welt verständlich. Die Erweiterung um den Satz „Die Welt ist endlich“ wird von Wachstumskritikern wie Welzer *implizit* für wahr gehalten. Ohne sie ist die Konklusion, unendliches Wachstum sei unmöglich, auf die es ja hinauslaufen soll, nicht zu erreichen. Die definitorischen Probleme des Attributs „endlich“ seien hier einmal ausgeklammert, ist ja von einem Verständnis im Sinne der Wachstumskritiker auszugehen, dass die Tatsache meint, dass die Erde ein klar umrissenes und begrenztes Volumen samt physisch begrenzter Flächen und Ressourcen biete. Ob es wirklich eine wahre Aussage über den gesamten Planeten geben kann, die empirisch fundiert eine umfassende „Endlichkeit“ in diesem Sinne diagnostiziert (Prämisse (2)), ist gleichwohl nicht ausgemacht. So kann die Fläche der Erde ganz simpel nach außen – also in die Höhe erweitert werden (so zur Anwendung kommend z.B. beim Urban Farming) und bedeutende Teile des globalen Energiehaushalts der menschlichen Zivilisation und der Ökosysteme stammen gar nicht von der Erde, sondern der Sonne. Die Wahrheit der Prämisse (2) ist daher sicherlich theoretisch anspruchsvoller, als sie auf den ersten Blick

⁶⁶³ Mit Kant ist die Aussage ein synthetischer Satz, während es sich beim Gegenbeispiel um einen analytischen Satz handelt.

scheint.

Viel kritischer sollte uns im folgenden die eigentlich entscheidende Prämisse (1) beschäftigen, die einen Kausalzusammenhang zwischen *endlichem* Planeten und *Unendlichkeit* des Wachstums formuliert. Kann die Wahrheit dieser Beziehung überhaupt ermittelt werden? Hier handelt es sich offensichtlich um ein semantisches Problem. Das Attribut *unendlich* in Bezug auf Wachstum kann verschieden interpretiert werden, aber die gleiche Bedeutung wie die Negation des Attributs *endlich* im Antecedenz (Wenn-Teil des Satzes) ist hier auf jeden Fall inhaltlich nicht sinnvoll interpretierbar, da es sich bei Wachstum nicht um einen geographischen Raum oder einen geometrischen Körper handelt. Wachstum ist – unabhängig davon ob es sich um das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), eines anderen Indikators für Wohlstand oder das Wachstum irgendeiner anderen Größe wie der Körpergröße eines Kindes, der Höhe eines Gebäudes oder des Umfangs eines Baumes handelt – immer zu verstehen als positive Veränderung der Basisgröße zwischen zwei Zeitpunkten. Mathematisch muss die Basisgröße zwischen zwei Zeitpunkten t_1 und t_2 um einen positiven Betrag Δx zugenommen haben. Es muss also gelten $x_2 - x_1 > 0$. Wächst x , so ist x_2 größer x_1 und schrumpft es, ist x_2 kleiner x_1 . Endlich und unendlich haben hier erst dann einen allgemein verständlichen Sinngehalt, wenn wir definieren, dass Wachstum „unendlich“ ist, wenn wir für alle Zeitpunkte t von t_1 bis t_n mit $n=1$ bis ∞ stets feststellen, dass $x_2 > x_1$. Die Größe x muss also immer innerhalb zweier Messperioden eine positive Steigung $m = \Delta x / \Delta t$ aufweisen oder die Bedingung, dass das Wachstum *unendlich* ist, ist nicht erfüllt. Die Funktion $x(t)$ muss somit streng monoton steigen.

Das Prädikat „endlich“ ist hier also nur dann sinnvoll einzusetzen, wenn es – anders als soeben geschehen – im Folgenden als Negation von *endlos* und nicht von *unendlich* verstanden wird, der Zeitbezug den Raumbezug somit ersetzt. Das hat Auswirkungen auf die Eingängigkeit des Arguments. Wir müssen es nun neu formulieren:

Argument B2

(1) *Wenn die Welt endlich ist, ist endloses Wachstum unmöglich*

(2) *Die Welt ist endlich*

(K) *endloses Wachstum ist unmöglich!*

Der Effekt der Präzisierung von B1 zu B2 auf die Eingängigkeit ist erheblich, weil die

Identität der Attribute für die Welt auf der einen und das Wachstum auf der anderen Seite nun entfällt. Es steht zu bezweifeln, dass Kindern dieses Argument oder auch nur die Prämisse (1) als „schlichte Einsicht“ erscheinen würde. Uns erscheint die Prämisse (1) jetzt als Behauptung über den empirischen Zusammenhang zwischen zwei unterschiedlichen Merkmalen zweier unterschiedlicher Objekte. Eine solche ist auch beispielsweise die empirische Aussage: „Eine Steigerung der Zahl an Leiharbeitsverträgen führt zu komplexeren Depressionsbildern in der Bevölkerung.“ Zwei der Natur nach völlig eigenständigen Veränderungsformen (Steigerung der Zahl vs. Erhöhte Komplexität), bezogen auf zwei eigenständige Größen (Leiharbeitsverträge vs. Depressionen) wird ein kausaler Zusammenhang unterstellt. Das ist in der empirischen Sozialforschung ein gängiges Problem, welches erfordert, dass die beiden Merkmale zunächst einmal operationalisiert (messbar gemacht) und dann miteinander vergleichbar gemacht werden müssen. Was bedeutet etwa „komplexer“ im Fall von Depressionen und was bedeutet Steigerung im Fall von Arbeitsverträgen – relativ, absolut, innerhalb welcher Zeiträume, bezogen auf welche Gruppe? Das Endlichkeitsargument muss daher im Sinne einer sozialwissenschaftlichen These noch präziser formuliert werden:

Argument B3

(1) *Wenn die Welt endlich ist, ist der Zeitraum weiteren Wachstums kleiner ∞*

(2) *Die Welt ist endlich*

(K) *Der Zeitraum weiteren Wachstums ist kleiner ∞ !*

Die Prämisse (1) des Arguments weist nun ein entscheidendes Problem auf: Sie ist empirisch überhaupt nicht überprüfbar, da ihre Nullhypothese „Auch wenn die Welt endlich ist, ist endloses Wachstum möglich“ nicht widerlegt werden kann. Hierzu müssten wir Informationen besitzen, die uns per se nicht vorliegen *können*, da uns die Gabe fehlt, unendlich weit in die Zukunft zu schauen. Die Prämisse (1) des Arguments B3 behauptet damit einen Zusammenhang, dessen Wahrheit immer behauptet werden kann. Als Basis für eine rationale Politik sind solche Sätze wenig geeignet, bieten sie doch keine Möglichkeit die Annahmen hinter politischen Strategien in Zukunft zu hinterfragen und so aus Fehlern zu lernen. Politik, die auf dieser unwiderlegbaren Aussage als Prämisse ideologisch aufbaut, könnte genauso dem Willen der Götter Gehör

folgen. Sie wird niemals erfahren, ob sie definierte Ziele erreicht oder verfehlt hat und wird daher immer so handeln müssen *als ob* Ersteres der Fall sei. Paradoxer Weise ziehen politische Ideologien dieser Form ihren Reiz gerade aus dem tautologischen Charakter des Satzes W, der die „Einsichten“ effektiv unangreifbar macht. Kritiker, die etwa durchaus Wachstumsmöglichkeiten in einer (präzise konzeptionell zu fassenden) „endlichen“ Welt sehen, können zwar für ihre Position Gründe suchen, aber nicht gegen die Position ihrer Gegner aus dem Lager der Wachstumskritik, da diese sich erfolgreich gegen empirische Einsichten immunisiert haben. Äußerungen wie diese dienen eher der Vernebelung als der Aufklärung der Bevölkerung, sie verhindern ernsthafte, d.h. empirisch-theoretische, ergebnisoffene Diskussionen. Ob das Wachstum der Weltwirtschaft einst z.B. ohne aktive politische Maßnahmen in einen Steady-State übergeht oder womöglich gar eine lang anhaltende globale Rezession einsetzt, ist vom heutigen Blickwinkel aus zumindest über einfache Pauschalweisheiten nicht ersichtlich.

4.3. Das Zwangs- und Freiheitsverständnis der Wachstumskritik am Beispiel der Konsumkritik⁶⁶⁴

Schon der antike Philosoph Epikur war der Ansicht, „dass Genuss am besten zu erreichen sei durch die Unterdrückung aller überflüssigen Begierden, einschließlich der Gier nach Reichtum.“⁶⁶⁵ Wohlstand ist für Epikur damit gerade in der individuellen Suche nach metaphysischem Glück und dem Sich-frei-machen von den Versuchungen hedonistischer Glücksquellen zu suchen. Ohne *Autarkie* (gr. autarkeia) – die Fähigkeit den Versuchungen zu widerstehen – kein Glück und kein gutes Leben. Dieser auch von Platon und Aristoteles und später von der Stoa vertretene Gedanke prägt auch das Christentum, etwa in den Kardinaltugenden Thomas von Aquins, für mehr als ein Jahrtausend und wird im Zeitalter der Reformation vom Protestantismus, der Sparsamkeit, Enthaltensamkeit und Fleiß von den Gläubigen verlangt, übernommen.⁶⁶⁶ Die moderne Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat sich von dieser Idee einer abgewandten Verzichtsethik als Lebens- und Glücksphilosophie seit der Frühen Neuzeit immer weiter entfernt und ist institutionell wie kulturell eher dem Glücksverständnis eines Thomas Hobbes verpflichtet. Hobbes schrieb schon im 17. Jahrhundert: „Alles Vergnügen des Geistes, alle seine Freude beruht darauf, daß er, wenn er sich mit anderen vergleicht, Gelegenheit habe, über sich selbst recht hoch zu denken.“⁶⁶⁷ Für Hobbes, der als Vordenker der ökonomischen Modell-Figur des Homo Oeconomicus interpretiert werden kann, ist der Mensch als Individuum vom Hedonismus – dem Streben nach Vergnügen und dem Verlangen Schmerzen zu vermeiden – durchdrungen, wobei Hobbes die aristotelische Vorstellung eines in sich ruhenden Glückszustands zugunsten einer unüberwindbaren Rastlosigkeit ersetzt. In der Sekundärliteratur gilt Hobbes in diesem Kontext auch als Vertreter eines „psychological egoism“.⁶⁶⁸ „Pleasure

⁶⁶⁴ Einen sehr guten Überblick zur Tradition der Konsumkritik aus soziologischer Perspektive bietet Sabine Haring. Vgl. Haring, „Die Tradition der Konsumkritik“. Durchaus informativ ist auch der (nicht ganz ernst gemeinte) Beitrag Katrin Rönickes in der FAZ. Vgl. Katrin Rönicke, „Kaufen und Haben“. <http://blogs.faz.net/wost/2013/04/18/kaufen-und-haben-201/> (letzter Zugriff: 5. Juni 2014).

⁶⁶⁵ Zitiert nach Skidelsky und Skidelsky, *Wie viel ist genug?*, 109.

⁶⁶⁶ Platon kritisiert vor allem die Gier (Pleonexia), Aristoteles fordert die Mäßigung (Sophrosyne) als Teil seiner Theorie des guten Lebens. Auf die Ethik der Reformation verweist schon Max Weber in seiner berühmten religionssoziologischen Studie. Vgl. Haring, „Die Tradition der Konsumkritik“, 213ff.

⁶⁶⁷ Thomas Hobbes, *Leviathan: Oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, 7. Aufl, hrsg. von Iring Fetscher. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 462 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1996), s.p.

⁶⁶⁸ Wobei der Homo Oeconomicus stets nur den eigenen Nutzen, nicht den der Anderen im Blick hat. Neid ist keine Kategorie des egoistisch-rationalen Handlungsmodells in seiner klassischen Ausprägung. Diese Position wird in der Philosophie und Ideengeschichte auch als Psychologischer Egoismus bezeichnet. So wird in der Ideengeschichte bei Gert und McNeilly kritisch diskutiert, welche Unterform des Egoismus er

and Pain“, wie es in der englischsprachigen Literatur heißt, sind für Hobbes bereits eng geknüpft an die Rate, in der Güter konsumiert werden können, weshalb sich für ihn schon im Naturzustand, beschrieben im berühmten 13. Kapitel seines „Leviathan“, das Streben nach Glück zur Konkurrenz um Dinge und damit zur Quelle der Gewalt unter den Menschen entwickeln muss. Die individuelle Suche nach Glück, wird zur politischen Frage nach friedlicher Wohlstandsmaximierung.⁶⁶⁹

Die aktuelle Wachstumskritik hat eine besondere Fokussierung auf das Glück in ihrer politischen Theorie vorgenommen. Glück wird von Jackson und Miegel in den Mittelpunkt gerückt, wenn es darum geht Kriterien guter Politik zu definieren (s.o.). Insofern ist die Wachstumskritik eine zutiefst hedonistische Theorieschule. Glück im weiteren Sinne – eingebettet in eine umfassende Theorie des guten Lebens („Wohlstand“) – steht auch im Zentrum des politischen Denkens Miegels und Jacksons. Aber auf die Frage, *wie* Glück zu erreichen ist, geben sie eine Antwort, die anders ausfällt, als die Hobbes' oder des Utilitarismus in der Tradition Benthams.

Wachstumskritiker sehen hinter den ständig steigenden Materialströmen westlicher Gesellschaften weniger einen Indikator für eine erfolgreiche Bedürfnisbefriedigung hedonistischer Individuen durch den Markt, als vielmehr das Produkt vielschichtiger Zwangsstrukturen, die die Bedürfnisse erst *erzeugen*, die durch die Unternehmen am Markt befriedigt werden. Die in diesem Kapitel stark zu machende These lautet daher: Für die aktuelle Wachstumskritik ist Konsum, soweit er über ein gewisses Ausmaß, das dem Menschen als unmittelbarer Bedarf zugeschrieben werden kann, strikt *angebotsinduziert*. Der Zwangsgedanke der Wachstumskritik bezüglich der Entstehungsgründe des Konsums in westlichen Wohlstandsgesellschaften dient Wachstumskritikern auch der Erklärung des Wachstums der Wirtschaft selbst (systemfunktionalistische Argumente) und ist daher von allergrößter Bedeutung für eine kritische Reflexion derselben.

Es soll im Folgenden zunächst der Versuch unternommen werden, zu zeigen, dass die Wachstumskritik in ihrer speziellen Ausprägung als Konsumkritik ideengeschichtlich einen historisch sehr weit zurückreichenden und bedeutsamen Topos aufgreift und eine Neuauflage holistischer Kulturkritik darstellt, die durch Reformen gegenwärtiger

vertrat. Vgl. F. S. McNeilly, „Egoism in hobbes.“ *The Philosophical Quarterly* 16, Nr. 64 (1966): 193–206. sowie Bernard Gert, „Hobbes and Psychological Egoism.“ *Journal of the History of Ideas* 28, Nr. 4 (1967), 503–520.

⁶⁶⁹ In dieser Denktradition muss auch der Utilitarismus genannt werden, der die Vermeidung von Schmerz und das Erlangen von hedonischem Glück ins Zentrum seiner Ethik stellt und ebenfalls politische Forderungen entwickelt, die auf dem Konzept des Hedonismus logisch beruhen.

Rechtsstrukturen nicht zu implementieren wäre. Zweitens soll gezeigt werden, dass sich die Konsumkritik der Wachstumskritiker im Kern auf eine *Zwangsthese des Konsums* zurückführen lässt. Diese Zwangsthese soll unter Rückgriff auf Hayek und Eucken kritisch hinterfragt werden. Da eine Diskussion um ein angemessenes Verständnis von Zwang immer dazu führt, danach zu fragen was unter Freiheit zu verstehen ist, soll schließlich drittens auch das Freiheitsverständnis, das in der Konsumkritik der Wachstumskritiker zum Ausdruck kommt, kurz in die bestehende Freiheitstypologie eingeordnet und kritisch mit Blick auf den ordnungsökonomischen Liberalismus reflektiert werden.

4.3.1. Die Ideengeschichte der Konsumkritik

Wie bereits angeführt, ist die Hinwendung zu weltlichen Quellen hedonistischen Glücks in antikem und christlichem Denken traditionell negativ konnotiert. In der Moderne begleitet die Konsumkritik die Transformation tradierter Standes- in individualistische Leistungs-Gesellschaften, in denen hohe soziale Mobilität und steigende Einkommen wachsende Budgets für Konsumausgaben für breite Bevölkerungsschichten ermöglichen.⁶⁷⁰ Der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau kann als Begründer moderner Konsumkritik bezeichnet werden. Rousseau liefert in seinem Werk *Emile* eine Kritik des städtischen Lebens, das er als lasterhaft und die Tugend des Menschen zersetzend schildert. Für Rousseau ist der Mensch im Naturzustand edel; erst die Zivilisation bürgerlicher und städtischer Kultur verdirbt ihn und beraubt ihn seiner Freiheit.⁶⁷¹ Rousseau trennt in seiner politischen Philosophie zwischen einem idealen Menschen, der sich einer höheren Vernunft bedient, und dem empirischen Menschen jener modernen Kultur, die Egoismus und Kurzsicht fördere.⁶⁷² Die *Volonté générale* in

⁶⁷⁰ Vgl. Haring, „Die Tradition der Konsumkritik“, 218ff.

⁶⁷¹ Vgl. U. Roszbacher, *Die Gedanken über Bildung und staatsbürgerliche Erziehung im Werk von Locke und Rousseau. Ihre Vor- und ihre Wirkungsgeschichte in kulturphilosophischer und kultursoziologischer Sicht. Ungedruckte geisteswissenschaftliche Diplomarbeit*, Graz, 1998, 79-93.

⁶⁷² Mensching schreibt hierzu: „Die vielfachen Brechungen der <natürlichen> naiven Selbstgewissheit im Prozess der Zivilisation sind jedoch für Rousseau vor allem Zeugnisse eines Niedergangs, der nur durch den revolutionären Eingriff des Gesellschaftsvertrages und durch eine <naturgemäße> Erziehung zu bremsen ist.“ Er führt weiter aus: „(...), während bei Rousseau die Befreiung von der Negativität der Zivilisation, wenn sie überhaupt möglich ist, durch die Besinnung auf die wahren Bedürfnisse erfolgen soll. Die Askese der neuplatonischen Schulen zielt freilich auf die Transzendierung aller Geschichte, während Rousseau deren Urfehler immanent korrigieren will, indem er das historisch Frühere oder dessen Phantasmagorie zur kritischen Instanz gegen das Gegenwärtige erhebt, ohne den Ursprung zugleich zum Ziel zu erklären (...).“ Günther Mensching, *Rousseau – zur Einführung*, Hamburg: Junius, 2000, 45f.

Rousseaus politischer Philosophie ist daher schließlich mehr als der aggregierte Wille des Volkes. Er transzendiert vom empirischen Willen, der von Begierden und Täuschungen fehlgeleitet wird, auf den idealen Willen, wie ihn der Bürger haben *sollte*. Nur dieser ideale Wille ist mit dem Gemeinwohl deckungsgleich. Er tritt zutage, wenn der Mensch durch die Selbstregierung des Volkes seine natürliche Freiheit als Teil des Kollektivs zurück erlangt.⁶⁷³ Rousseau kann damit als derjenige Denker herausgestellt werden, der den Gedanken des über-empirischen Selbst, der für die Konsumkritik von zentraler Bedeutung ist, als erster eingebracht hat und der zugleich die Idealisierung eines kollektiv gewendeten rationalen Selbst vorwegnahm.

Im 19. Jahrhundert setzt sich mit der Industrialisierung auf dem Europäischen Kontinent das Fabrikwesen durch. Die Bevölkerung steigt explosionsartig. Zum Ende des Jahrhunderts ist die ständische Gesellschaft der vorherigen Jahrhunderte zerstört. Eine neue Schicht von Industriellen hat es durch innovative Herstellungsverfahren, den Einsatz billiger Arbeitskräfte und durch neue Energieträger wie Kohle geschafft, einen Reichtum zu erlangen, der vormals dem Adel vorbehalten war und diesen sogar übertrifft. Die Entstehung des Sozialismus kann als Reaktion auf diese Entwicklung verstanden werden. Karl Marx und Friedrich Engels liefern in ihrer klassentheoretischen Lehre eine Anleitung zum Verständnis und zur Überwindung des Kapitalismus, den sie als Zwangsordnung interpretieren. Dem Konsum kommt in Marx' Analyse im ersten Band seines Kapitals eine starke Bedeutung zu. Marx führt hier die Konzepte Entfremdung, Verdinglichung und (Waren)Fetisch ein. Marx schreibt im ersten Band des Kapitals: „Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist (...). Dieser Fetischcharakter der Warenwelt entspringt, wie die vorhergehende Analyse

⁶⁷³ Jean-Jacques Rousseau und Wolfgang Kersting, *Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes*, Limitierte Sonderausg. Fischer Ideen, die die Welt veränderten 50905 (Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 2005), 23. Aus der Idee des Gemeinwillen, der über den widerstreitenden Einzelinteressen steht, folgt für Rousseau in ganzer Radikalität, dass eben jener immer im Recht sein müsse, vertritt er doch das Gemeinwohl. Vgl. Günther Mensching, *Rousseau – zur Einführung* (Hamburg: Junius, 2000), 107.

bereits gezeigt hat, aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert.“⁶⁷⁴ Der Warenfetischismus verschleiert für Marx mit der Ideologie des Konsums das gesellschaftliche Verhältnis, das Produzenten und Arbeiter zueinander eingehen – ein Verhältnis, das Marx aufgrund der Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten für ein Ausbeutungsverhältnis hält, das nur durch Aneignung der Produktivkräfte durch die Arbeiter überwunden werden kann.

Auch John Stuart Mill kann als Klassiker der Konsumkritik genannt werden. In seinen *Principles of Political Economy* von 1848 diskutiert Mill Luxusgüter in einem argumentativen Muster, das unzählige Male in den folgenden 150 Jahren wiederholt werden sollte.⁶⁷⁵ Luxusgüter definiert Mill als solche Güter, die allein aufgrund ihres hohen Preises als *Statusgut* gekauft werden. Ihnen stellt Mill Güter gegenüber, die zwar anscheinend höheren Bedürfnissen, etwa der Ästhetik, gerecht werden sollen, aber bei denen wir ein *echtes* Interesse an den Gütern selbst beim Konsumenten ausmachen können. Mill schreibt, bei diesen letzteren Gütern gebe es ein „genuine inclination for, any enjoyment of, the thing itself“.⁶⁷⁶ Da Statuserhöhungen durch Konsum von Luxusgütern, die eben nur aufgrund ihres Preise – nicht ihrer echten individuellen Genusseigenschaften – erworben werden, zu Neid und Kränkung der Mitmenschen führen müssen (ja geradezu darauf abzielen), ergibt sich, so Mill weiter, kein Nettowohlfahrtsgewinn aus solchem Statuskonsum. Statuskonsum ist damit für Mill Teil eines sinnlosen Nullsummenspiels. Er leitet daraus die Empfehlung ab, eine Luxussteuer einzuführen, die, in den Worten moderner Ökonomik gesprochen, die negativen psychologischen Externalitäten internalisieren soll. Arbeit für Güter ohne positiven Effekt auf die Wohlfahrt wird eingespart und kann für *echte* Bedürfnisbefriedigung freigemacht werden.⁶⁷⁷ Mill nimmt die Idee einer interventionistischen Glückspolitik

⁶⁷⁴ Karl Marx und Friedrich Engels, „Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie“, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 23 (Berlin/DDR: Dietz Verlag, 1968), Kap. 1.

⁶⁷⁵ John Stuart Mill, *Principles of political economy: With some of their applications to social philosophy* (London: Longmans, 1909).

⁶⁷⁶ Ebd., Buch 5, Kap. 6, Teil 7. Die gesamte Passage, in die dieses Zitat eingebettet ist, ist für Mills Verständnis sehr aufschlussreich und soll daher vollständig wiedergegeben werden. Mill schreibt: „I disclaim all asceticism, and by no means wish to see discouraged, either by law or opinion, any indulgence which is sought from a genuine inclination for, any enjoyment of, the thing itself; but a great portion of the expenses of the higher and middle classes in most countries is not incurred for the sake of the pleasure afforded by the things on which the money is spent, but from regard to opinion, and an idea that certain expenses are expected from them, as an appendage of station; and I cannot but think that expenditure of this sort is a most desirable subject of taxation. If taxation discourages it, some good is done, and if not, no harm; for in so far as taxes are levied on things which are desired and possessed from motives of this description, nobody is the worse for them. When a thing is bought not for its use but for its costliness, cheapness is no recommendation.“ Ebd.

⁶⁷⁷ Vgl. ebd.

somit bereits 100 Jahre vor der Wachstumskritik vorweg.

Gut ein halbes Jahrhundert später schildert Thorstein Veblen in seiner „Theorie der feinen Leute“ als Vertreter der noch jungen Wissenschaft der Soziologie, wie sich die Rolle des Konsums um die Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert in den USA verändert. Veblen konstatiert: „Nur Verschwendung bringt Prestige“, Prestige zugleich ein Erfolgsfaktor im Wettbewerb um Wohlstand.⁶⁷⁸ Dies ist die Logik der neuen individualistischen Gesellschaft, die Veblen in den USA ausmacht – eine Gesellschaft, in der sich ein jeder in einem Wettstreit um Anerkennung befindet und den demonstrativen Konsum von Statusgütern dazu nutzt, sich über seine Peer-Group zu erheben. Statusgüter, so kann Veblen zeigen, unterscheiden sich in ihrer ökonomischen Bedeutung deutlich von üblichen Gütern. Während die zu seiner Zeit im Entstehen begriffene Neoklassik seit der marginalistischen Revolution von einer negativen Reaktion der Nachfrage auf Preissteigerung der Güter ausgeht, gilt für Luxusprodukte gemeinhin das krasse Gegenteil (in dieser Hinsicht) normaler Güter.⁶⁷⁹ Die Nachfrage steigt mit steigenden Preisen, da der Preis – so Veblen – offensichtlich Teil des Nutzens dieser Güter ist. Wer teure Luxusgüter erwirbt, zeigt schließlich, dass er über eine hohe wirtschaftliche Potenz verfügt. Er erwirbt über den Preis die Anerkennung, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Heute wird diese Form des Konsums als „ostentativer Konsum“ oder „Geltungskonsum“, im englischen Sprachraum als „conspicuous consumption“ bezeichnet und vor allem in der Konsumsoziologie erforscht. Statuskonsum kann definiert werden als Konsum, der ein Ziel an sich darstellt, von dem der Konsument den Nutzen eines höheren sozialen Status bezieht.⁶⁸⁰

⁶⁷⁸ Thorstein Veblen, *Theorie der feinen Leute: Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*, Ungekürzte Ausg., 6. Aufl. [Fischer-Taschenbücher] Fischer Wissenschaft 7362 (Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 2000), 103.

⁶⁷⁹ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es mit der sog. „marginalistischen Revolution“ zu einer bis heute zentralen Erkenntnis über die Natur wirtschaftlicher Bedürfnisbefriedigung, die wir als Gossensches Gesetz kennen. Hermann Heinrich Gossen (1810-1858) führte die Analyse des Zusammenhangs von Konsum und Nutzen anhand der Betrachtung kleinster (marginaler) Nutzen und Konsumquanten ein. Sein erstes Gesetz besagt, dass der Konsum eines Gutes mit zunehmender Menge einen stetig kleiner werdenden marginalen (!) Zusatznutzen stiftet. Dieser marginale Zusatznutzen durch eine kleinste weitere Konsumeinheit wird auch als Grenznutzen bezeichnet. Die Erkenntnis ist unmittelbar intuitiv nachvollziehbar: Der erste Liter Wasser am Tag ist für uns von alles überragender Bedeutung, der zweite, dritte oder vierte Liter erzeugt hingegen nicht mehr denselben Grad an zusätzlicher Befriedigung, wie der erste Liter. Auf dieser marginalistischen Betrachtung basiert auch die in der Folge entwickelte neoklassische Haushaltstheorie, die die Nachfrage nach Gütern als das Produkt nutzenmaximierender Haushalte modelliert. Haushalte wägen hier marginalen Nutzen und Preise unterschiedlicher Güter rational ab und stellen Güterbündel zusammen, die den Gesamtnutzen bei gegebenem Haushaltsbudget maximieren. Verschiedenen Güterbündeln entsprechen dabei jeweils eigene sog. Indifferenzkurven – Kombinationen von Güterbündeln gleicher Nutzenbefriedigung.

⁶⁸⁰ Trigg definiert Geltungskonsum als Verhalten, bei dem Wohlstand durch ein großes Maß an Freizeitaktivitäten und Freizeitkonsum, Luxusgütern und -Dienstleistungen zur Schau gestellt wird. Vgl.

An Veblen knüpft in den 1920ern der Ökonom Paul Nystrom an, der Veränderungen in den Lebensgewohnheiten, die er ihrerseits als Ergebnis des Massenwohlstands als Folge der Industrialisierung versteht, für die Entstehung einer „philosophy of futility“ verantwortlich macht.⁶⁸¹ Hier wird die Kritik der modernen Wegwerfgesellschaft von Nystrom bereits Jahrzehnte vor der ökologischen Wachstumskritik analytisch vorgezeichnet. Nystrom versteht den Statuskonsum als Verhaltensstörung und Ausdruck zunehmenden narzisstischen Verhaltens, das seinerseits durch die gesellschaftlichen Institutionen gefördert werde und als die Unfähigkeit zur Entsagung unmittelbarer hedonischer Belohnungen verstanden werden könne. Nystrom bringt damit die psychologisierende Argumentstrategie hervor, die in der Wachstumskritik ebenfalls aufgegriffen wird.

Während die Massenarmut in Folge der Großen Depression seit 1929 und die Unterdrückung gesellschaftskritischer Werke in Deutschland seit 1933 der Konsumkritik einen vorläufigen Rückgang bescherten, kam es mit dem Wirtschaftswunder der 1950er Jahre in Europa zu einer Renaissance der Konsumkritik. Konsumkritik spielt beispielsweise in der radikalen Linken und insbesondere in der vom Marxismus inspirierten Strömung der Kritischen Theorie eine entscheidende Rolle.⁶⁸² So unterstellt Marcuse in „der eindimensionale Mensch“ der modernen Industriegesellschaft eine Fremdsteuerung individueller Bedürfnisse. Er schreibt: „In dieser Gesellschaft tendiert der Produktionsapparat dazu, in dem Maße totalitär zu werden, wie er nicht nur die gesellschaftlich notwendigen Betätigungen, Fertigkeiten und Haltungen bestimmt, sondern auch individuelle Bedürfnisse und Wünsche.“⁶⁸³ Der Mensch verkomme zu einem Objekt, dessen Zweck einzig in der Systemdienerschaft einer technologischen Rationalität liege. „(...) der Apparat erlegt der Arbeitszeit und der Freizeit, der materiellen und der geistigen Kultur die ökonomischen wie politischen Erfordernisse seiner Verteidigung und Expansion auf.“⁶⁸⁴ Eine „Manipulation von Bedürfnissen“ werden von der Industrie im wohlverstandenen Eigeninteresse

Andrew B. Trigg, „Veblen, Bourdieu, and conspicuous consumption.“ *Journal of economic issues : jei* 35, Nr. 1 (2001): 99–115.

⁶⁸¹ Paul H. Nystrom, *Economics of fashion*, 4. print (New York: Ronald Press, 1938).

⁶⁸² Siehe insbesondere Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Soziologische Texte 40 (Neuwied: Luchterhand, 1967). Vgl. auch Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*, 4. Aufl. Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010).

⁶⁸³ Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, 23.

⁶⁸⁴ Ebd.

betrieben.⁶⁸⁵ Dabei sei es eigentlich möglich den Handlungsimperativen einer wachsenden, auf dem Prinzip des Wettbewerbs beruhenden, Gesellschaft zu entkommen und ein Reich der Freiheit zu schaffen, in dem das Diktat der Knappheit keine Fremdbestimmung des Individuums mehr motiviere. Der Weg dahin führt über die Zentralverwaltung der Produktionsmittel, von der sich Marcuse eine Übererfüllung (wahrer) Bedürfnisse verspricht: „Die innere Struktur des menschlichen Daseins würde geändert; das Individuum würde von den fremden Bedürfnissen und Möglichkeiten befreit, die die Arbeitswelt ihm auferlegt. Das Individuum wäre frei, Autonomie über ein Leben auszuüben, das sein eigenes wäre. Könnte der Produktionsapparat im Hinblick auf die Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse organisiert und dirigiert werden, so könnte er durchaus zentralisiert sein; eine derartige Kontrolle würde individuelle Autonomie nicht verhindern, sondern ermöglichen.“⁶⁸⁶ Der Planungsoptimismus Marcuses speist sich dabei aus einem mechanistischen Verständnis zumindest der Ökonomie, wenn nicht der gesamten menschlichen Zivilisation: „In dem Maße wie die Arbeitswelt als eine Maschine verstanden und entsprechend mechanisiert wird, wird sie zur *potentiellen* Basis einer neuen Freiheit des Menschen.“⁶⁸⁷ Die Kritische Theorie Herbert Marcuses basiert auf einer ganzen Reihe von Prämissen, die exakt die jeweilige Gegentese zur ordoliberalen Theoriewelt darstellen: Knappheit kann nach Marcuse vollständig aufgelöst werden, Planwirtschaft ist effizienter als Wettbewerbswirtschaft, Freiheit und Zwang sind keine Frage empirisch messbarer negativer Barrieren des Handels, aufgebaut von Menschen gegen Menschen – mit gegebenen individuellen Fähigkeiten zur Festsetzung eigener Ziele, sondern eine Frage der dichotomen Systementscheidung: Einer Welt des Zwang der Knappheit (Kritik am Status Quo) wird eine kollektiv gewendete Autonomie, ein idealer Zustand vollkommener Selbstbestimmung, gegenübergestellt. Der Weg dahin ist schafft gewissermaßen entweder Alles oder Nichts.

In die gleiche Richtung argumentieren Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung*. Insbesondere ist die „Aufklärung als Massenbetrug“ zu nennen, in der sich die Autoren gegen die Kulturindustrie in marktwirtschaftlichen Gesellschaften

⁶⁸⁵ Ebd.

⁶⁸⁶ Ebd., 22.

⁶⁸⁷ Ebd., 23.

wenden.⁶⁸⁸ Unter Kulturindustrie ist die kommerzielle Vermarktung von Kultur zu verstehen; der Industriezweig, der sich gezielt mit der Herstellung von Kultur beschäftigt. Im Gegensatz zur Kulturindustrie entwickeln Horkheimer und Adorno den Begriff der authentischen Kultur. Nach Auffassung Horkheimers und Adornos raubt industriell hergestellte Kultur dem Menschen die Phantasie und übernimmt das Nachdenken für ihn. Die Kulturindustrie liefert die *Ware Kultur* so, dass dem Menschen nur noch die Aufgabe des Konsumenten zukommt. „Alles hat nur Wert, sofern man es eintauschen kann, nicht sofern es selbst etwas ist.“⁶⁸⁹ Durch Massenproduktion ist alles gleichartig und unterscheidet sich höchstens in Kleinigkeiten. Alles wird in ein Schema gepresst und erwünscht ist es, die reale Welt so gut wie möglich nachzuahmen. Triebe werden so weit geschürt, dass eine individuelle Verarbeitung (Sublimierung) nicht mehr möglich ist. Die Ökonomisierung in der Kulturindustrie bedeutet daher für die Denker der Kritischen Theorie die Schaffung von Bedürfnissen, die andernfalls – bei ausbleibendem wirtschaftlich motiviertem Angebot – gar nicht aufgetreten wären.⁶⁹⁰ Das Ziel der Kulturindustrie ist – wie in jedem Industriezweig – rein ökonomischer Art. Alles Bemühen ist auf *wirtschaftliche* Erfolge ausgerichtet. Die authentische Kultur hingegen ist nicht zielgerichtet, sondern im aristotelischen Sinne ein Selbstzweck. Sie fördert die Phantasie des Menschen, indem sie Anregungen gibt, aber anders als die Kulturindustrie, den Freiraum für eigenständiges menschliches Denken lässt. Authentische Kultur will nicht die Wirklichkeit nachstellen, sondern weit über sie hinausgehen. Sie ist individuell und lässt sich nicht in ein Schema pressen. Als Ursachen für die Entstehung von Kulturindustrie führen Horkheimer und Adorno an, dass sich Firmen finden, die Kultur vermarkten und dadurch das ökonomische Ziel der Profitmaximierung verfolgen. Durch diesen Umstand bleibt Kultur nicht, was sie ist bzw. sein soll, sondern wird eine Ware wie jede andere. Die Ökonomisierung führt daher zu einem Verlust an Autonomie und zwingt zur Gleichförmigkeit in einer fremdbestimmten Gesellschaft, wengleich „neue Dimensionen menschlicher Verwirklichung“ längst vorlägen.⁶⁹¹ Horkheimer und Adorno begreifen die Kulturindustrie als Teil einer umfassenden Verschwörung des kapitalistischen Systems gegen den Menschen, dessen

⁶⁸⁸ Vgl. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente*, Ungekürzte Ausg., 68. - 75. Tsd. Fischer-Taschenbücher 6144 (Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 1982), 108–150.

⁶⁸⁹ Ebd., 142.

⁶⁹⁰ So schreiben die Autoren: „In der Tat ist es der Zirkel von Manipulationen und rückwirkendem Bedürfnis, in dem die Einheit des Systems immer dichter zusammenschießt.“ Ebd., 109.

⁶⁹¹ Ebd., 110.

einzigster Zweck seine eigene Selbststabilisierung mit den Mitteln des verdeckten Zwangs sei: „Die höchste Arbeitsproduktivität lässt sich zur Verewigung der Arbeit verwenden, und die leistungsstärkste Industrialisierung kann der Beschränkung der Manipulation der Bedürfnisse dienen. Wenn dieser Punkt erreicht ist, erstreckt sich Herrschaft – in der Maske von Überfluß und Freiheit – auf alle Bereiche des privaten und öffentlichen Daseins, integriert alle wirkliche Opposition und verleibt sich alle Alternativen ein.“⁶⁹² Die Kritische Theorie Horkheimers und Adornos bringt den Gedanken in die Wachstumskritik ein, dass eine klare Trennung von Bedingungen guten Lebens und einer als abträglich empfundenen ökonomischen Sphäre vorzunehmen ist. Markt und Moral, Lebensqualität, Freiheit, Kultur sind jeweils als Gegensatz zu denken. Ebenfalls in der Zeit des Wirtschaftswunders kommt es zur keynesianisch inspirierten Konsumkritik des US-Ökonomen John Kenneth Galbraith. In seinem bekanntesten Werk „Gesellschaft im Überfluss“, im Original 1958 erschienen unter dem Titel „The Affluent Society“ kritisiert Galbraith das Überflussangebot an privaten Konsumgütern bei einem vermeintlich gleichzeitig bestehenden Mangel in der Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur und staatlichen Dienstleistungen.⁶⁹³ Galbraith deutet an, dass wirtschaftliches Handeln immer noch vom Geist einer längst vergangenen Epoche drängender Massenarmut getragen sei: Obwohl der Grenznutzen eines Zweitautos gering sei, *müsse* trotzdem der Konsum immer weiter gesteigert werden, um angeblich den „sozialen Frieden“ nicht zu gefährden.⁶⁹⁴ Galbraith warnt demgegenüber vor den Folgen unkontrollierten Wirtschaftswachstums für die Umwelt und stellt die Notwendigkeit weiterer privater Konsumgüter infrage, denn für Galbraith ist das Knappheitsproblem bezogen auf *echte* Grundbedürfnisse schon lange überwunden. Statt immer neue Bedürfnisse zu erschaffen, die dann unter hohen Umweltkosten hergestellt werden müssen, plädiert Galbraith für einen Ausbau des Sozialstaats, ein umfassenderes Angebot öffentlicher Güter und eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen (progressive Einkommenssteuer) sowie eine Form der Grundsicherung, die von der Frage des Beschäftigtseins in der Produktion losgelöst existiert.⁶⁹⁵ Galbraiths

⁶⁹² Ebd., 36.

⁶⁹³ Vgl. John Kenneth Galbraith, *The affluent society*, 40. anniversary ed., updated and with a new introd. by the author. Mariner books (Boston Mass. u.a: Houghton Mifflin, 1998).

⁶⁹⁴ Galbraith argumentiert systemfunktionalistisch. Diese Art der Argumentation finden wir auch in der modernen Wachstumskritik wider. Handlungen dienen einer abstrakten Systemlogik, die als unsichtbarer Dritter das Handeln hinter einem Schatten aus unzähligen Vorgängen leitet. Vgl. ebd., 124.

⁶⁹⁵ Galbraith schreibt beispielsweise: „And the means to escape from these constraints and to break their hold on subsequent generations just mentioned (...) all, with rare exceptions, call for massively greater investment in the public sector.“ Ebd., 241.

Argumente können nicht nur als Vorläufer wachstumskritischer Topoi bezeichnet werden, sondern sind vielmehr als ein früher geschlossener Beitrag zur Wachstumskritik zu verstehen.

In der Tradition Thorstein Veblens wurde nach dem Zweiten Weltkrieg intensiv an einer soziologischen Theorie der Konsumkultur gearbeitet. Diese Literatur ist zu umfangreich, um sie hier angemessen in Gänze darzustellen.⁶⁹⁶ In der Konsumsoziologie wird der Abhängigkeitseffekt immer wieder vorgebracht, so etwa bei Campbell, der den sog. Imaginativen Hedonismus beschreibt. Symbolischer Konsum münde in Imaginationen und Traumwelten, in „Tagträume“, denen sich der Konsument hingibt, die aber immer wieder an der Realität scheitern. Konsum basiere mithin, so Campbell, auf „Illusionen“.⁶⁹⁷ Sehnsucht – Kauf – Gebrauch – Desillusionierung – erneute Sehnsucht: das ist die Formel nach der sich Campbell zufolge der moderne hedonistische Konsum entwickelt. Auch Deutschmann sieht im Konsum einen Versuch des Konsumenten die Zugehörigkeit zu Milieus zu signalisieren.⁶⁹⁸ Stihler zeigt dass die moderne liberale Gesellschaft, in der Leistung und nicht Geburt über Status entscheidet und die vertikale Mobilität wesentlich größer ist, als in der Epoche des Feudalismus, seit ihrem Anbeginn Prestige und Status des Individuums an Konsummustern festzumachen begann. Gleichzeitig kam es zur Diffusion neuer und teurer Güter von den Reichen über die Mittelschicht zu den Armen – dem sog. „Trickle-Down Effekt“.⁶⁹⁹

Ganz aktuell vertreten Robert und Edward Skidelsky konsumkritische Thesen, die sie wie Jackson und Miegel zu einer Wachstumskritik weiterentwickeln.⁷⁰⁰ Das Autorentum Skidelsky liefert eine Ideengeschichte der Konsumtheorie und verbindet diese mit der antiken Frage nach dem guten Leben, wie sie auch Tim Jackson diskutiert. Sie benennen sieben »Basisgüter«, die ebenfalls analog zu Jackson stark an die sich aus dem aristotelischen Denken speisenden Theorien Armatya Sens angelehnt sind – darunter

⁶⁹⁶ Wichtige Denkanstöße stammen u.a. von Jean Baudrillard, Jörn Lamla, Grant McCracken und Peter Gross. Siehe Jean Baudrillard, *Das System der Dinge: Über unser Verhältnis zu den alltäglichen Gegenständen*, 2. Aufl. Campus Studium (Frankfurt/Main: Campus-Verl, 2001).; Jörn Lamla und Sighard Neckel, *Politisierter Konsum -- konsumierte Politik* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2006).; Grant McCracken, *Culture and consumption: New approaches to the symbolic character of consumer goods and activities* (Bloomington: Indiana University Press, 1988).; Peter Gross, *Die Multioptionengesellschaft*. Neue Folge 917 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1994).

⁶⁹⁷ Vgl. Colin Campbell, *The romantic ethic and the spirit of modern consumerism* (Oxford: Blackwell, 1987), 39.

⁶⁹⁸ Vgl. Christoph Deutschmann, *Kapitalistische Dynamik: Eine gesellschaftstheoretische Perspektive*, 1. Aufl. Wirtschaft und Gesellschaft (Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, 2008).

⁶⁹⁹ Ariane Stihler, „Die Entstehung des modernen Konsums.“ (Univ, 1998), 175.

⁷⁰⁰ Vgl. Robert und Edward Skidelsky, *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens* (München: Antje Kunstmann, 2013).

Sicherheit, Respekt, Muße und Harmonie mit der Natur. Auf den Basisgütern ist eine Ökonomie des guten Lebens aufzubauen. Wie Galbraith trennen auch die Skidelskys zwischen *echtem* Konsum und einem durch Illusionen getriebenem Statuskonsum.⁷⁰¹

Auch Wolfgang Ullrich befasst sich aktuell mit der Symbolkraft des Konsums gegenüber vermeintlich echtem, realem Konsum. Das Einkaufen sei, so Ullrich, zu einer komplexen Kunstform geworden. Der Konsument werde zu einem Kurator, der zu jeder Lebenssituation das passende Konsumgut auswählen müsse, um Anerkennung zu erhalten.⁷⁰² Anders als in der marxistischen Literatur ist dieser Effekt für Ullrich aber mehr als eine systemische Täuschung: Die kulturelle Verfeinerung durch immer ausgefeiltere Formen des Konsums wirke tatsächlich: Wer ein entsprechend beworbenes Lifestyle-Produkt mit „psychotherapeutischem Leistungsversprechen“ erwirbt, könne die versprochenen wohltuenden Effekte im Grunde profaner Güter durchaus als realen Vorteil empfinden.⁷⁰³ Gleichwohl führe der Leistungswettbewerb um diese Formen des hedonistischen Konsums zu Burnout und Stress, gerade bei den Unterschichten, denen gerade keine kulturellen Verfeinerungen als Additiv zu profanen Gütern dargeboten werden und die daher ohne die wohltuenden Effekte auskommen müssten.

Der Ökonom John H. Frank argumentiert in „choosing the right pond“ mithilfe einer um die Annahme der Neidfreiheit bereinigten Form der Public Choice-Theorie für eine konstitutionelle Begrenzung des menschlichen Statusstrebens und einen egalitaristisch gewendeten Gesellschaftsvertrag. Frank trennt dabei strikt zwischen dem realisierten Konsum am Markt und den Wünschen, die wir *wirklich* hätten, wenn die Statustretmühle außer Kraft gesetzt wäre.⁷⁰⁴ Eine progressive Konsumsteuer soll, so Frank, die psychologischen Auswirkungen des Statuskonsums vermindern. Franks Ansatz ist schon deshalb interessant, weil hier eine individualistisch-kontraktualistische Theoriestrategie, wie sie etwa James Buchanan in großer Nähe zur deutschen Ordnungsökonomik vertritt, mit der Wachstumskritik verbunden wird. Der wesentliche

⁷⁰¹ So fordern Skidelsky und Skidelsky eine Begrenzung von Werbung und eine höhere Grenzbesteuerung hoher Einkommen, analog zur Theorie Robert Franks, mit dem Ziel, Statuskonsum zu mindern. Endziel ist die Lösung des ökonomischen Problems der Knappheit, gerade durch das Beenden des Wettlaufs aus Bedürfnisbefriedigung und Neuentstehung (im Grunde überflüssiger) Bedürfnisse. Stattdessen sollen Basisgüter nachhaltigen Wohlstand ermöglichen. Vgl. ebd., 100, 273ff., 280, 284.

⁷⁰² Vgl. Wolfgang Ullrich, *Alles nur Konsum: Kritik der warenästhetischen Erziehung*, Orig.-Ausg., 2. Aufl. Wagenbachs Taschenbuch 699 (Berlin: Wagenbach, 2013), 127ff.

⁷⁰³ Ebd., 153.

⁷⁰⁴ Vgl. Robert H. Frank, *Choosing the right pond: Human behavior and the quest for status* (New York, NY: Oxford Univ. Press, 1985). <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0639/84019099-d.html>, 129.

Unterschied, der dies ermöglicht, liegt in der Annahme einer relationalen Orientierung des Menschen – Maximierung der eigenen Position, nicht des Einkommens – in Kombination mit einer *lokalen* Orientierung auf die jeweilige Peer-Group. Statuskonsum wird von Frank im Sinne der Spieltheorie als Nullsummenspiel aufgefasst und zurückgewiesen.⁷⁰⁵ Wahrer Wohlstand, so Frank, werde durch Konsumwachstum über Statuswettbewerb mitnichten gesteigert, weil die Vorteile in Form von Anerkennung des Einen als psychologische Schäden des Anderen aufgehoben würden. Aus diesem Grund solle der Anteil der Staatsausgaben erhöht werden, um den Anteil des statusrelevanten Konsums zu reduzieren und einen größeren Teil der Volkswirtschaft dem gemeinschaftlichen Konsum von Kollektivgütern zuzuführen. So seien luxuriöse Gärten und Kunstsammlungen im Privatbesitz zutiefst statusrelevant, im Staatsbesitz aber zum Nutzen der Allgemeinheit, da sie ihrer positionalen Bedeutung beraubt würden.⁷⁰⁶ Auch die Umverteilung von Reichtum wirke dem Statuswettbewerb entgegen, weil Statuskonsum als superiores Gut erst mit den letzten Ressourcen eines Haushalts konsumiert würde. Nähere sich das persönliche Budget dem Durchschnittseinkommen an, entfalle die Notwendigkeit des Statuskonsums.⁷⁰⁷ Für Frank macht – analog zu Jackson – Gleichheit glücklich, Neid ist daher durch Umverteilung die Grundlage zu entziehen.

In marxistischer Denktradition wird Konsum als „Warenfetisch“, also als Ausbreitung der Ideologie einer Konsumkultur, interpretiert, welche in manipulativer und täuschender Weise die wahren Interessen der Arbeiterklasse vernebele. Diese Tradition wird auch im 20. Jahrhundert weiter fortgeführt. So argumentiert der Marxist Fritz Haug in seiner 1971 erschienenen „Kritik der Warenästhetik“, dass Werbung die Menschen im Kapitalismus zu Konsumenten konditioniere und dabei zugleich ihre Beziehungen in Warenbeziehungen transformiere.⁷⁰⁸ Dieser Aspekt wird in frühsozialistischer Tradition auch als Verdinglichung bezeichnet. Beziehungen werden zu Geschäften, Dinge zum Substitut für Menschen und menschliche Werte. Aus dem Liebes- werde ein Warenverhältnis. Die Identitäten der Konsumenten werden nicht mehr autark aus dem

⁷⁰⁵ Das bedeutet, dass nach Frank die Gewinne des einen an anderer Stelle zu gleich hohen Verlusten an Wohlstand für andere führen. Damit ist Wachstum des Wohlstands per se unmöglich.

⁷⁰⁶ Vgl. ebd., Chap. 10.

⁷⁰⁷ Vgl. ebd., Chap. 8.

⁷⁰⁸ So schreibt Haug: „Daher sind die Erfolgsmeldungen der Konzerne, deren Waren für den Massenkonsum bestimmt sind, zugleich Erfolgsmeldungen von der Front der Modellierung des menschlichen Wesens.“ Und weiter: Der permanenten ästhetischen Innovation in der Warenwelt entspricht die permanente Umwälzung des Systems der Bedürfnisse.“ Wolfgang Fritz Haug, *Kritik der Warenästhetik*, 1. Aufl. Edition Suhrkamp 513 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1971), 125f.

Inneren des Ichs bestimmt – sie sind fremdbestimmt und an den regelmäßigen Konsum von Gütern geknüpft, die diese Identitäten gekapert haben.

Für Marxisten ist es, im Gegensatz zu den keynesianischen Ökonomen Galbraith und Frank und dem Kulturtheoretiker Ullrich für den Einzelnen unmöglich, dem Fetischcharakter und den Täuschungsprozessen der bürgerlichen Gesellschaft zu entkommen. Der Konsum als Illusion ist Ausdruck *gesellschaftlicher* Verhältnisse, die erst als Ganzes überwunden werden müssen, ehe der Fetischcharakter der Ware aufhört zu existieren. Das Individuum kann den Zwängen der bürgerlichen Gesellschaft allein nicht entfliehen, es ist auf die Klasse als revolutionäres Subjekt angewiesen, um das gesellschaftliche Sein zu verändern, damit sich auch das Bewusstsein jedes Einzelnen ändern kann (historischer Materialismus). Statusfreier Konsum, grüne Produkte etc. sind daher für den Marxisten nichts anderes als links gewendeter Chauvinismus und somit Teil des Systems bürgerlicher Zwangsverhältnisse.⁷⁰⁹

Erfolg oder Misserfolg der Postwachstumspolitik hängt wesentlich davon ab, ob die Reduktion des Konsums (insb. von Statusgütern) bei Aufrechterhaltung des umfassend verstandenen Wohlstands der Bevölkerung gelingt. Dazu müssen *echte* Bedürfnisse trennscharf von *falschen* unterschieden werden können, um Ressourcen auf die Befriedigung echter Bedürfnisse umzulenken.⁷¹⁰ Die dem politischen Programm der Wachstumskritiker zugrunde liegende Theorie des Nutzens, den materieller Konsum spendet, basiert also auf einer strikten Trennung in Statuskonsum, der sich aus der Beobachtung der Verhaltensweisen Anderer ergibt, und wirklich nachhaltig Lebensqualität spendendem Konsum, der echte – absolute – Bedürfnisse befriedigt. Nur so könnte ein Projekt der bewussten Rückführung wirtschaftlicher Aktivität (Degrowth) überhaupt vereinbart werden mit einer Aufrechterhaltung oder gar Steigerung des *Wohlstands*: Eine Gütergruppe A ist in Wahrheit Teil einer Tretmühle, die keinerlei positiver Gesamt-Netto-Nutzen hervorbringt und eine Gütergruppe B ist seit langem längst erfüllt und bietet einen begrenzten Nutzen durch Erfüllung absoluter Bedürfnisse. Führen wir A zurück, verlieren wir nichts, solange wir B erhalten und womöglich außerökonomische Aktivitäten C zur Kompensation etwaiger Wohlfahrtsrückgänge stärken.⁷¹²

⁷⁰⁹ So schreibt Haug: (...) Die Tendenz, die die Phänomene der Warenästhetik hervortrieb und immer wieder über sich hinaustreibt, ist im Fundament der privaten Warenproduktion angelegt und nur mit ihr aufhebbar.“ ebd., 126.

⁷¹⁰ Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 153f. Vgl. zusätzlich Meinhard Miegel, *Exit – Wohlstand ohne Wachstum*, 171ff.

⁷¹² Dies wird bei Tim Jackson besonders deutlich. Unter A fallen sämtliche Konsumausgaben, die dem kurzfristigen Streben nach Status gewidmet sind. Unter B fallen alle Ausgaben, die einer sozialen

So in etwa liest sich die Theorie und das daraus folgende Programm der Wachstumskritiker. Weiterhin betont die jüngere Wachstumskritik, die in dieser Arbeit anhand der Arbeiten Meinhard Miegels und Tim Jacksons diskutiert wird, dass Konsum der Kategorie A nicht aus freien Stücken zustande kommt, sondern aufgrund eines Zwangs entsteht, der sich darin äußert, dass wir diese Güter in Reaktion auf die Tatsache, dass sie angeboten würden und wir beobachten, wie andere sie als Statusgüter konsumierten, kauften.⁷¹³

4.3.2. Hayeks Auseinandersetzung mit der Zwangsthese des Konsums

Entgegen des Selbstverständnisses der jüngeren Wachstumskritik, ist die zugrunde liegende Idee der Unfreiheit des Konsumenten, wie soeben ausführlich anhand zahlreicher Quellen dargelegt, alles andere als neu. Gleiches gilt für die kritische Auseinandersetzung mit diesen Ideen. Der liberale Ökonom F.A. Hayek setzte sich bereits 1961 in einem Aufsatz im *Southern Economic Journal* mit der Konsumkritik auseinander, die von John Kenneth Galbraith 1958 in dem bereits vorgestellten Werk „*The affluent society*“ formuliert wurde. Hayek ordnet zunächst das Argument in eine Denktradition sozialistischer Provenienz ein: „For well over a hundred years the critics of the free enterprise system have resorted to the argument that if production were only organized rationally, there would be no economic problem. Rather than face the problem, which scarcity creates; socialist reformers have tended to deny that scarcity existed. Ever since the Saint-Simonians their contention has been that the problem of production has been solved and only the problem of distribution remains. However absurd this contention must appear to us with respect to the time when it was first advanced, it still has some persuasive power when repeated with reference to the present.“⁷¹⁴ Hayek benennt sodann die zentrale These Galbraiths, den

Hinwendung zu anderen und einem materialsparsamen Gedeihen – ohne negative psychologische Externalitäten – zugerechnet werden können. Konsum, der Neid auslösen könnte, ist in dieser Logik scharf zu trennen von unverdächtigen Konsumgewohnheiten, die sicherstellen, dass der Mensch frei von Krankheit aktiv an der Gesellschaft teilnehmen kann Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 61ff. Miegel trennt zwischen „banalem“, das „Freude bereiten, Spaß machen, Lustgewinn sein“ und „Status und Prestige verleihen sowie Einfluss und Macht demonstrieren“ soll auf der einen und einem Konsumverhalten frei von „Prägungen“ durch Fremdeinflüsse auf der anderen. Meinhard Miegel, *Exit – Wohlstand ohne Wachstum*, 172. Siehe vertiefend die Abschnitte 2.2.3, 2.2.6, 2.3.4 und 2.3.5.

⁷¹³ Diese Zwangsthese bei Miegel und Jackson wurde ausführlich für das allgemeinere Phänomen Wachstum nachgewiesen, siehe 2.2.3 und 2.3.4. Interessanterweise wird von beiden Wissenschaftlern dabei gerade der Konsum als Exempel herangezogen, wenn es darum geht, den Wachstumsprozess als Produkt von Zwang herauszustellen.

⁷¹⁴ Hayek, „The 'non sequitur' of the 'dependence effect'“, 346.

Abhängigkeitseffekt (engl. „Dependence-Effect“). Galbraith unterstellt nach Hayek, dass die Grundbedürfnisse der Menschen in den reichen Ländern bereits befriedigt seien und dass sämtlicher zusätzlicher Konsum das Ergebnis des Abhängigkeitseffekts sei. Er beschreibt die These Galbraiths als „the assertion that a great part of the wants, which are still unsatisfied in modern society are not wants which would be experienced spontaneously by the individual if left to himself but are wants which are created by the process by which they are satisfied.“⁷¹⁵ Galbraith unterstelle, dass es selbstevident sei, dass solche Bedürfnisse bzw. die Güter, die ihrer Befriedigung dienen, unwichtig seien. Genau diesen Schluss bezeichnet Hayek als „non-sequitur“ und versucht dies im Folgenden nachzuweisen.

Natürlich, so Hayek, sei es vollkommen korrekt anzunehmen, dass ein Großteil unserer heutigen Konsumgewohnheiten nicht adäquat verstanden werden kann unter der Annahme, dass der Konsum einzig aus den Eigenschaften des Konsumguts heraus zu erklären ist. „In a passage, which Professor Galbraith quotes, Lord Keynes seems to treat the latter sort of Veblenesque conspicuous consumption as the only alternative *to those needs which are absolute in the sense that we feel them whatever the situation of our fellow human beings may be.*“⁷¹⁶ Das Problem aus Sicht Hayeks: Bis auf Grundnahrungsmittel, eine Unterkunft, Wasser usw. trifft diese Restriktion natürlich jede Form von Konsum, die seit Anbeginn der Menschheit über das nackte Überleben hinaus entwickelt wurde. Wenden wir uns den gescholtenen Gütern des Dependence Effects zu, müssen wir feststellen, dass auch und gerade ästhetische Konsumgewohnheiten wie Musik, Kunst und Literatur sozial erworbene Geschmacksmuster voraussetzen, deren Ursprung außerhalb der Güter selbst liegt. Die höchsten Kulturgüter sind stets Teil eines sozialen Kosmos, der Güter und Dienstleistungen mit sozialen Zuschreibungen versieht und deren Gebrauch wir nur verstehen können, wenn wir ihren teleologischen Charakter mit einbeziehen. Hayek fragt: „Does this then mean that the production of literature cannot be defended as satisfying a want because it is only the production, which provokes the demand? In this, as in the case of all cultural needs, it is unquestionably, in Professor Galbraith's words, *the process of satisfying the wants that creates the wants.*“⁷¹⁷ Der Abhängigkeitseffekt, der die Abhängigkeit des Konsums von der Existenz des Angebots betont, ist

⁷¹⁵ Ebd.

⁷¹⁶ Ebd.

⁷¹⁷ Ebd., 347.

offensichtlich kaum in der Lage, irgendeinen Hinweis darauf zu geben, welche Konsumpfade eine echte Bedürfnisbefriedigung bewirken und welche nicht. Die Unterscheidung in reale Bedürfnisse und erworbene Bedürfnisse bietet somit keine geeignete Ausgangslage für eine Wohlfahrtsmessung des Konsums. Weitergehend muss die Zwangsthese, die wir bei Galbraith in der Beschreibung des Dependence-Effects feststellen und die Hayek herausarbeitet, kritisch hinterfragen. Ist die marktwirtschaftliche Ordnung wirklich ein System, in dem die Anbieter von Waren und Dienstleistungen die Fähigkeit und Macht besitzen, Bedürfnisse zu *kreieren*? Mit Hayek und Eucken ist dies klar abzulehnen. Für sie ist der Wettbewerbsmechanismus ja gerade als Entmachtungsinstrument und damit als zentraler Baustein einer Politik der Freiheit vorgesehen. Die Plausibilität der Zwangsrhetorik folgt denn auch für Hayek aus einer diffusen Wortwahl. So spricht Galbraith davon, dass „wants are *dependent on* or the *fruits of production*“, oder „*production creates the wants*.“⁷¹⁸ Wie genau und in welchem Umfang eine Steuerung der Bedürfnisse durch die Industrie erfolgen, kann Galbraith nicht klären. Dieser Punkt kann 1:1 für die Vielzahl der Ansätze der Konsumkritik gemacht werden, die soeben vorgestellt wurden und die nahtlos in die jüngere Wachstumskritik münden. Dass die Beobachtung des Konsumverhaltens anderer durch den Konsumenten eine zentrale Rolle für so ziemlich alle Formen des Konsums in heutigen Gesellschaften spielt, scheint selbst im Jahre 1961 schon wahr gewesen zu sein. Auch Meinungen und Überzeugungen, ja die eigene Persönlichkeit, wird laut Hayek mit Sicherheit zu einem großen Teil vom kulturellen Umfeld geprägt. Doch wäre es eine völlige Übertreibung, werbetreibenden Unternehmen zu unterstellen, sie hätten die Macht, den Kauf ihrer Produkte zu *erzwingen*. Hayek schreibt: „The joint but uncoordinated efforts of the producers merely create one element of the environment by which the wants of the consumers are shaped. It is because each individual producer thinks that the consumers can be persuaded to like his products that he endeavors to influence them.“⁷¹⁹ Obwohl alle Unternehmen einen gewissen Einfluss auf die Konsumgewohnheiten ihrer Zielgruppe auszuüben vermögen, kann sicherlich keines für sich in Anspruch nehmen, die Wünsche der Kundschaft direkt steuern zu können. Hayek wendet sich in seinem kurzen Aufsatz auch der verwandten These der sog. Statustretmühle (engl. „hedonistic treadmill“) zu, nach der Konsum das Ergebnis der zwanghaften Gewohnheit der Konsumenten sei, im Wettrennen um Anerkennung

⁷¹⁸ Ebd.

⁷¹⁹ Ebd.

vermittels des Kaufs teurerer Güter mithalten zu wollen – der Zwang geht auch hier letztlich von Unternehmen aus, wird aber von den Gesellschaftsmitgliedern selbst durch konformistisches Verhalten potenziert. Statt diese immer wieder vorgebrachte These weiter zu vertiefen, fragt Hayek schlicht, was denn aus einer solchen vermeintlichen Beobachtung über die Wichtigkeit von verschiedenen Bedürfniskategorien ausgesagt werden könne: „That the appearance of success or wealth, may to some people seem more important than many other needs, does in no way prove that the needs they sacrifice to the former are unimportant.“⁷²⁰ Nur weil ein Teil der Bevölkerung einen womöglich großen Teil der Einkommen für den Erhalt oder Ausbau eines hohen gesellschaftlichen Status ausgibt, bedeutet an sich noch nicht, dass dieses Bedürfnis eine geringere Relevanz haben sollte, als das inhärente Gefühl des Hungers, des Bedürfnisses sich gegen Kälte und Nässe zu schützen oder sich über das Weltgeschehen zu informieren. Auch falls womöglich Teile der Bevölkerung ihre Mittel unklug ausgeben, bedeutet dies zudem noch lange nicht, dass sie nicht noch unbefriedigte Bedürfnisse besitzen. Die These, dass aus der Existenz eines angebotsinduzierten Konsumzwangs und neidbasiertem Statuskonsum aufgrund vielfältiger Statustretmühlen der Schluss gezogen werden kann, dass es kaum noch Bedürfnisse nach neuen Gütern mehr gebe, kann als nicht ungenügend unterlegte Behauptung zurückgewiesen werden. Eine Grenze zwischen echtem und fiktivem Konsum ist praktisch nicht zu ziehen, da das Wissen um die individuelle Bedeutung eines Konsumguts immer beim Individuum selbst, subjektiv und auf viele Menschen verstreut, vorliegt.

Hayek erahnt hinter der Argumentation der Konsumkritik Galbraith` einen innovativen Versuch der sozialistischen Denkschule, zu der er Galbraith zählt, aufgrund des ökonomischen Scheiterns der eigenen Ansätze zur Gestaltung einer effizienten zentralistischen Wirtschaftsordnung einen neuen Ansatzpunkt für eine Kritik am Wettbewerbsmechanismus zu finden: „For over a hundred years we have been exhorted to embrace socialism because it would give us more goods. Since it has so lamentably failed to achieve this where it has been tried, we are now urged to adopt it because more goods after all are not important. The aim is still progressively to increase the share of the resources whose use is determined by political authority and the coercion of any dissenting minority. (...) It is more curious that in this country [Hayek meint Großbritannien] it is not recognized as an outright socialist argument and often seems

⁷²⁰ Ebd.

to appeal to people on the opposite end of the political spectrum. But this is probably only another instance of the familiar fact that on these matters the extremes frequently meet.“⁷²¹

4.3.3. Von der Zwangsthese des Konsums zum Freiheitsverständnis der Wachstumskritik

Wir haben soweit sehen können, dass die Konsumkritik auf einer Zwangsthese beruht, die eine weitgehende Steuerung der Gewohnheiten der Konsumenten in einer marktwirtschaftlichen Ordnung unterstellt. Mit Hayek liegt eine analytisch fundierte Kritik der Kritik vor, die zum einen die Frage aufwirft, welche Bedürfnisse wirklich zählen: Im Entdeckungsverfahren des Wettbewerbs⁷²² dezentral ermittelte Präferenzen der Konsumenten oder Bedürfniskategorien, die erst Philosophen und dann Bürokraten aufgrund abstrakter Theorien für überlegen halten. Diskursiv stellt sich die Frage nach dem Freiheitsverständnis der Konsumkritik, die einen wesentlichen Teil der Wachstumskritik darstellt. Wenn Marktwirtschaft aufgrund von Werbung und Verdinglichung sozialer Beziehungen eine Form des Zwangs darstellt, müssen wir im Gegenzug fragen, wie sich die Wachstumskritik eine Gesellschaft in Freiheit vorstellt und inwieweit dieses Freiheitsverständnis von dem des ökonomischen Liberalismus abweicht. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass bei Tim Jackson und Meinhard Miegel im Lichte der Zwangsthese des Konsums ein positives Freiheitsverständnis im Sinne Isaiah Berlins vorliegt. Sodann wird die Kritik Berlins am Konzept positiver Freiheit angeführt, ehe das Freiheitsverständnis Hayeks und Euckens dem der Wachstumskritik im Lichte der Typologie und Position Berlins gegenübergestellt wird.

Tim Jackson wählt in seinem Hauptwerk sicher ganz bewusst keinen dedizierten Freiheitsansatz. Vielmehr übernimmt bei ihm das Konzept des Wohlstands die Funktion einer gesellschaftlichen Leitidee. Freiheit taucht in Jacksons Werk vor allem dann auf, wenn es darum geht, fehlgeleitete Entwicklungen zu benennen und sie folglich zu beschränken. An wenigen Stellen äußert er sich explizit zur Freiheit. So steht Jackson insbesondere für eine Abkehr vom Individualismus als Komponente von Freiheit.⁷²³ Als Konsumkritiker sieht Jackson im Individualismus zusammen mit dem „Reiz des Neuen“

⁷²¹ Ebd., 348.

⁷²² Siehe F. A. Hayek, „Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren.“ in *Freiburger Studien* (s. Anm. 427).

⁷²³ Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 167.

zwei gefährliche Zwänge, die Ängste und Scham hervorrufen und den Menschen zum ständigen sozialen Vergleich ermuntern, der sich dann in überflüssigem Konsum niederschlägt.⁷²⁴ Sich von diesen Zwängen zu befreien, liegt aber außerhalb der Fähigkeiten des Individuums. „Der Einzelne ist viel zu sehr dem Streben nach Status, den gesellschaftlichen Signalen ausgeliefert (...)“.⁷²⁵ Als Vertreterin des Allgemeinwohls muss die Regierung „starke Führung“ zeigen und die Strukturen der Gesellschaft umfassend neugestalten, um so Freiheit als Befähigung zu einem Leben in Grenzen, als Entdeckung der Selbstlosigkeit und des Altruismus zu ermöglichen. Es gelte, „Wandel von kleinlichem Eigeninteresse hin zu sozialem Verhalten“ anzuleiten – Hierunter versteht Jackson einen Akt der Befreiung.⁷²⁶ Mit dieser Argumentation lehnt Jackson stark an Amartya Sen und Martha Nussbaum an, weist freiheitlich-individualistische Entwicklungen in deren Werk aber zugleich zurück. Er schreibt: „In seinem späteren Werk betont Sen nicht so sehr die Fähigkeiten selbst – also ob die Menschen tatsächlich lange leben, einen befriedigenden Beruf ausüben oder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen – als vielmehr die Befähigung zu handeln und die dazu notwendigen Freiheit. Ihm geht es darum, dass in einer liberalen Gesellschaft jeder das Recht haben sollte zu entscheiden, ob er an der Gesellschaft teilhaben (...) will. (...)Dennoch gibt es einige gute Gründe dafür, an der zentralen Bedeutung der Fähigkeiten selbst festzuhalten.“⁷²⁷ Er führt fort: „Es gibt einen weiteren Grund, den Aspekt der Freiheit nicht zu sehr zu betonen. In einer begrenzten Welt sind bestimmte Freiheiten entweder unmöglich – oder sie sind unmoralisch. Dazu gehören zum Beispiel die Freiheit, unbegrenzt materielle Güter anzuhäufen; die Freiheit, durch Konsumgüter sein soziales Ansehen zu steigern und dazu Kinderarbeit (...) in Kauf zu nehmen; (...)“.⁷²⁸ Freiheit ist für Jackson insgesamt nur kollektiv, auf keinen Fall individuell zu denken. Es schließt die Veränderung des Selbst stets mit ein. So interpretiert er den Gesellschaftsvertrag, der ja bekanntlich der Tradition Rousseaus entstammt, wie folgt als Projekt gemeinschaftlicher Selbstoptimierung, wenn er ihn bezeichnet als „eine ungeschriebene Vereinbarung zwischen Individuen und Gesellschaft mit dem Zweck, allzu kleinlichen Individualismus im Zaum zu halten und unser soziales Verhalten zu unterstützen.“⁷²⁹

⁷²⁴ Ebd., 112f. Vgl. auch ebd., 153.

⁷²⁵ Ebd., 172.

⁷²⁶ Ebd.

⁷²⁷ Ebd., 62.

⁷²⁸ Ebd.

⁷²⁹ Ebd., 166.

Miegel traut dem liberalen Verfassungsgrundsatz der individuellen Freiheit nicht zu, eine allzu große Anziehungskraft jenseits des Materiellen zu entfalten. Er beklagt und stellt zugleich resignierend fest, dass historisch die Aussicht auf Reichtum stets die Aussicht auf Freiheit überstrahlte. So interpretiert er den Zusammenbruch der Staaten im sowjetischen Machtbereich als Sieg des Materialismus, nicht als Sieg der Freiheit. „Obsiegt hat nicht sein Wertesystem, sondern seine materielle Überlegenheit.“⁷³⁰

Freiheit ist zugleich heute nicht mehr das kennzeichnende Merkmal westlicher Gesellschaften. Vielmehr versteht Miegel wachstumsorientierte Gesellschaften als Orte des Zwangs. So macht Miegel, wie bereits gezeigt wurde, auf der Individualebene einen Wachstumszwang aus, der das Wirtschaftswachstum auf der Ebene der Gesamtwirtschaft erst ermöglicht. Der Zwang, nach immer mehr zu streben, ist wesentlich für Miegels Gegenwartsdiagnose. Die Heilung liegt für ihn in der Wiedererlangung der persönlichen Fähigkeit zur (Selbst-)bindung und in der Einsicht der Aussichtslosigkeit eines entgrenzten Lebensstils in einer endlichen Welt, die zugleich eine Welt scheinbar endloser Versuchungen ist, die in Zwänge umschlagen. Hier fügt sich etwa die Kritik Miegels an der „Freiheit, Bindungen jederzeit aufkündigen zu können“ ein, aus der er ein Votum für eine Stärkung der Familie und ein Ende des Individualismus bei der Familienplanung ableitet.⁷³¹ Miegel sieht im Loslassen vom Wachstum, der Hinwendung zu Familie, Religion und insbesondere zur Kultur einen Akt der Befreiung. Freiheit ist Freiheit von *inneren* Zwängen, die durch gesellschaftliche Strukturen verstärkt werden. Hierin ist sich Miegel mit Tim Jackson vollkommen einig. Doch bezieht Miegel seine Diagnose des Scheiterns bei der Verwirklichung von Freiheit und der Zunahme von Zwängen auch auf den Sozialstaat, den er als Teil des wachstumsgetriebenen westlichen Lebensstils interpretiert. In der Einsicht des notwendigen Rückzugs des Staates sieht er, im Gegensatz zu Jackson, eine Chance der Befreiung. „Menschen können wieder aufeinander zugehen. Familienverbände vermehrt wirtschaftliche und soziale Funktionen übernehmen, Städte und Gemeinden sich verstärkt auf ihre Bürger stützen. Zwischenmenschliches und gesellschaftliches Solidarverhalten, das generationenlang von anonymen staatlichen Zahlungsströmen überflutet wurde, kann wieder an die Oberfläche treten.“⁷³² Freiheit kommt für Miegel also in der Emergenz lokaler Zweckgemeinschaften zum Ausdruck, die dank

⁷³⁰ Miegel, *Exit*, 59.

⁷³¹ Ebd., 206, 137.

⁷³² Ebd., 205.

nichtmonetärer gegenseitiger Verpflichtungen eine erhöhte Resilienz gegen den unvermeidlichen Niedergang der Wirtschaft schaffen. Bürgerschaftliches Engagement und Altruismus gewinnen hier an Bedeutung.

Auf der Individualebene kann Miegels Wohlstandskonzept immer auch als Freiheitskonzept interpretiert werden, das die persönliche, innere Befreiung von den Zwängen des Leistungswettbewerbs erreichen will.⁷³³ So fordert er eine Neuausrichtung der Bildung zur „Entfaltung emotional-sozialer Potentiale“ als Kompensation für die zwangsläufige Inkaufnahme materieller Einbuße. Hierbei handelt es sich nicht einfach um ein Wohlstands-, sondern immer auch um ein nach innen gewendetes Freiheitskonzept, geht es doch vor allem darum, über ein postmaterielles Lebensmodell die Selbstkompetenz des Einzelnen zu steigern, um ihn von der „Fremdsteuerung“ der Wirtschaft zu befreien und zur Entdeckung seiner *wahren* Bedürfnisse zu befähigen.⁷³⁴ Wohlstand in der Postwachstumsgesellschaft ist daher trotz politisch beschleunigter Minderung der Einkommen kein Verzicht, sondern Freiheit – Freiheit gegen die in Geiselhaft genommene empirische Natur des Menschen: Wenn Miegel schreibt „Wohlstand heißt nicht, viel zu haben, sondern wenig zu benötigen (...). Denn wer seine Lebensführung darauf eingestellt hat, wenig zu benötigen, der verzichtet auf nichts, wenn er das Wenige hat“, so könnte er „Wohlstand“ auch durch „Freiheit“ ersetzen.⁷³⁵ Frei sei, heißt für ihn stets kein „Produkt solcher Prägungen“ zu sein (Miegel denkt hier an Werbung etc.), sondern die Fähigkeit zur autonomen Entscheidung zu entwickeln, was man *wirklich* will. Es handelt sich hier, wie auch bei Jackson um einen Fall von positiver Freiheit im Sinne Isaiah Berlins.

Nunmehr ist auf die Typologie Isaiah Berlins einzugehen und sogleich seine Kritik an einer bestimmten Gruppe von Freiheitskonzeptionen gegen die Wachstumskritik anzuführen. Hierbei handelt es sich um Konzeptionen *positiver* Freiheit. Isaiah Berlin versteht positive Freiheit im Gegensatz zu *negativer* Freiheit wie folgt: Wesentlich für Konzepte positiver Freiheit ist die Idee kollektiver Selbstverwirklichung. Diese Idee ist nicht zu verwechseln mit der einer ungestörten Entfaltung der Persönlichkeit, wie sie im klassischen Liberalismus, in negativen Freiheitstheorien entwickelt und stark gemacht wird. Beim Gedanken der Selbstverwirklichung kommt es nicht, wie bei der negativen Freiheit, auf eine vor äußeren Zwängen geschützte Entfaltung des empirischen Selbst an,

⁷³³ Vgl. ebd., 228.

⁷³⁴ Ebd., 239.

⁷³⁵ Ebd., 172.

sondern auf ein Streben nach dem *wahren, natürlichen, rationalen, besseren* Selbst.⁷³⁶ Dieses wahre Selbst ist etwas anderes als das empirische Selbst, das als lasterhaft und irrational verstanden und durch niedere Begierden getäuscht wird. Das empirische Selbst ist aus Sicht positiver Freiheitstheoretiker wie Kant und Rousseau gar kein *wahrer* Mensch, sondern als ein dereinst zu zivilisierendes Wesen zu verstehen, dem die Einsicht in die Notwendigkeit vernünftiger kollektiver Selbstregierung noch nicht zugute gekommen ist.⁷³⁷ Das wahre Selbst hingegen ist ein sittlicher Mensch der Kultur, fähig insbesondere zur Autonomie. Damit ein Mensch aber in Kultur leben kann, braucht er aus Sicht positiver Freiheitstheorien die Gemeinschaft. Daher ist das Konzept der positiven Freiheit stets mit einer Gemeinschaft verbunden und nur als Freiheit des Menschen *in Gemeinschaft* sinnvoll zu denken.⁷³⁸ Durch die Gemeinschaft erhält der Mensch die höhere, sittliche Freiheit, die, wie Jean-Jacques Rousseau sagt, „allein den Menschen zum wirklichen Herrn seiner selbst macht; denn der Antrieb des reinen Begehrens ist Sklaverei, und der Gehorsam gegen das selbst gegebene Gesetz ist Freiheit.“⁷³⁹ Die positive Freiheit, bezieht sich somit gerade auf das, was die Gemeinschaft beschließt. Sie fragt nicht, welchen Umfang die Beschränkung gegebener Ziele des empirischen Selbst ausmachen, sondern von wem diese Beschränkungen ausgehen und ob es einem vernünftigen Selbst möglich wäre, sich mit den Autoren dieser Beschränkungen zu identifizieren. Ohne das Kollektiv ist positive Freiheit daher gar nicht zu denken. Positive Freiheit ist, in ihrer prägnantesten Definition, die demokratische Selbstregierung einer vernünftigen Gemeinschaft.⁷⁴⁰

Die ideengeschichtlich ausgearbeitete Konsumkritik und ebenso die in dieser Tradition stehende Wachstumskritik Miegels und Jacksons vertritt ein positives Freiheitsideal. Dies wird bei beiden am deutlichsten an jenen Stellen, in denen der Wohlstandsdiskurs zur Idee der Selbstentfaltung führt.⁷⁴¹ Aber auch in der kritischen Analyse des Wachstumsprozesses, der als Zwangsveranstaltung modelliert wird, kommt dieses

⁷³⁶ Vgl. Isaiah Berlin, *Freiheit: Vier Versuche* (Frankfurt am Main: S. Fischer, 1995), 212.

⁷³⁷ Vgl. ebd.

⁷³⁸ „Bald scheint es, als seien die beiden Selbst durch eine noch viel tiefere Kluft getrennt: das wirkliche Selbst wird nun als etwas begriffen, das größer ist als das Individuum (im gewöhnlichen Sinne dieses Wortes), als ein gesellschaftliches >Ganzes<, an dem das Individuum nur teilhat (...). Diese Entität wird zum >wahren< Selbst erhoben, das seinen widerspenstigen >Gliedern< den eigenen kollektiven oder >organischen< einzigartigen Willen aufzwingt und auf diese Weise seine eigene – und daher auch ihre – >höhere< Freiheit erlangt.“ Ebd.

⁷³⁹ Jean-Jacques Rousseau und Wolfgang Kersting, *Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes*, Limitierte Sonderausg. Fischer Ideen, die die Welt veränderten 50905 (Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 2005), 23.

⁷⁴⁰ Vgl. Berlin, *Freiheit: Vier Versuche*, 229f.

positive Freiheitsverständnis indirekt zum Ausdruck. Drittens kritisieren Miegel und Jackson den Individualismus und fordern die soziale Einbindung des Menschen in der Postwachstumsökonomie, ganz im Sinne positiver Freiheit. Schließlich zielen beide darauf ab, wie schon Galbraith, zur Steigerung positiver Freiheit nicht marktfähige sowie staatlich finanzierte *kollektive* Güter und Dienstleistungen zu Lasten des privaten Konsums zu stärken und im gleichen Atemzug Neid durch ein Einebnen der Einkommensunterschiede mithilfe der Einkommenspolitik beseitigen. Auch die Einkommenspolitik wird dabei als ein Mittel betrachtet, positive Freiheit im Sinne von Autonomie durch Abwesenheit von Minderheitsgefühlen zu stärken. Während Jackson den positiven Freiheitsbegriff vor allem aus der Anlehnung an Armatya Sens *Capability Approach* bezieht, finden wir bei Miegel eine eigene konservativ-idealistische Vorstellung eines guten Lebens des Menschen als genügsames, familienorientiertes Kulturwesen, welches seine Energie in die Vervollkommnung eigener Talente und die lokale Fürsorge der Freunde und Verwandte steckt. Die kollektivistische Wendung der Freiheit als Selbstbefreiung aller durch Neugestaltung aller gesellschaftlicher Logiken, die der Autonomie im Wege stehen, ist bei Jackson stärker ausgeprägt, als bei Miegel.⁷⁴² Demgegenüber kann negative Freiheit verstanden werden als ein zutiefst individualistisches Freiheitsverständnis, das nicht nach den Ursachen gemeinschaftlichen Zwangs fragt, sondern nach dem Ausmaß des Zwangs bezüglich der als gegeben betrachteten Fähigkeit des Menschen, sich eigene Ziele zu setzen. Negativ ist dieses Freiheitsverständnis, weil es sich gerade über sein Gegenstück, den Zwang definiert: Freiheit bemisst sich am Ausmaß von Zwang, den andere auf mein Handeln anwenden.⁷⁴³ Frei sein, heißt, sich ungehindert von anderen Personen entfalten, bewegen und betätigen zu können. Berlin schreibt daher: „Freiheit in diesem Sinne ist immer Freiheit von etwas“.⁷⁴⁴ Ein wesentlicher Unterschied ist damit gerade, dass der Unterscheidung in wahres Selbst und empirisches Selbst keine Bedeutung für die Bemessung des Grades an Freiheit zukommt. Die Zügelung der eigenen Begierden, die uns u.U. vom optimalen Pfad des Glücks abbringen könnten, obliegt als Teil individueller Verantwortung dem Einzelnen. Einzig das empirische Selbst, der Mensch „Qua Tales“, ist Träger der Freiheit. Seine Wünsche sind Maßstab gesellschaftlicher Institutionen, die

⁷⁴² Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 61ff., 110ff., 150ff., 190ff. Hinsichtlich Miegels Vgl. Meinhard Miegel, *Exit*, 171ff.

⁷⁴³ Vgl. Berlin, *Freiheit*, 208.

⁷⁴⁴ Ebd., 207.

das individuelle Handeln zur Verwirklichung dieser Ziele schützen sollen.⁷⁴⁵ Ein zweiter großer Unterschied ergibt sich in Hinblick auf den Aspekt der sozialen Verbundenheit des Menschen mit seinen Mitmenschen. Negative Freiheit setzt am Individuum an und fragt nach jenen Formen des Zwangs, die von anderen Menschen ausgehen. Das Faktum sozialer Beziehungen und ihrer größtmöglichen Entfaltung haben zunächst einmal keinen positiven Einfluss auf die Freiheit. Robinson Crusoe mag in dieser Hinsicht größtmögliche Freiheit genießen, da außer Freitag niemand seinen Handlungsraum beschränkt. Doch wäre es voreilig, aus dieser Beobachtung heraus dem Konzept negativer Freiheit zu unterstellen, ein atomistisches oder gar asoziales Gesellschaftsideal zu propagieren. Gerade bei Hayek spielt das Faktum gesellschaftlicher Kooperation eine entscheidende Rolle.

Berlin sieht in der Idee der positiven Freiheit die Gefahr, dass vermeintliche Heilsbringer die Unterscheidung zwischen wahrem Selbst und empirischem Selbst ausnutzen, um eine realitätsferne Vision größter Freiheit zu propagieren, für die Einschnitte der negativen Freiheit hingenommen werden müssen. Er schreibt: „Sobald ich mir diese Ansicht zu eigen gemacht habe, bin ich in der Lage, die tatsächlichen Wünsche von Menschen und Gesellschaften zu ignorieren und Menschen oder Gesellschaften im Namen und zum Wohle ihres *wirklichen* Selbst zu drangsaliieren, zu unterdrücken, zu foltern (...).“⁷⁴⁶ Berlin warnt vor einer Pseudolegitimation von Zwang im Namen der Freiheit. Ihm widerstrebt der Gedanke einer perfekten Gesellschaft nach einem einheitlichen Plan auf Basis der Illusion einer konsistenten Wertehierarchie, in deren Namen gefoltert und drangsaliert werden darf.⁷⁴⁷ Doch genau so eine Vorstellung liegt positiven Freiheitskonzeptionen zugrunde. Sie vertreten die Idee, dass ein einziges ‚wahres‘ Gemeinwohl existiere, ein einziges Set politischer Maßnahmen, das in präziser Weise die Bedürfnisse aller Bürger am besten verwirklicht. Hierin sieht Berlin einen Konflikt der positiven Freiheit mit politischem Pluralismus und einer darauf angelegten subsidiären Staatsform.⁷⁴⁸ Berlin unterstellt dem rousseauistischen Freiheitsverständnis eine schleichende Transformation der Person, weg von einer auf empirischen Fakten beruhenden Theorie des Individuums hin zu einer Theorie des

⁷⁴⁵ Wolfgang Kersting gebraucht diesen Term für seine Darstellung des Menschenbildes des Thomas Hobbes. Hobbes wird bei Kersting in die Denktradition gestellt, die hier als Teil liberalen Denkens interpretiert wird. Wolfgang Kersting, „Thomas Hobbes, Leviathan (1651).“ in *Geschichte des politischen Denkens: Ein Handbuch*, hrsg. von Manfred Brocker. Orig.-Ausg., 1. Aufl, 212–226, Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1818 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007), 214.

⁷⁴⁶ Berlin, *Freiheit*, 213.

⁷⁴⁷ Vgl. ebd., 254.

⁷⁴⁸ Vgl. ebd.

Bürgers (citoyen). Diese Theorie des Citoyen, die den einzelnen Menschen nur als Teil der Gemeinschaft ontologisch fassen kann, behandelt individuelle Präferenzen nicht mehr als empirisch gegebene Größen, sondern legt eine rein normative Sprechweise nahe, in der nur noch davon die Rede ist, welche Bedürfnisse der Mensch haben *sollte* – nicht welche er tatsächlich hat. Hier helfe auch kein „Rückzug in die eigene Zitadelle“, also eine ex-post Identifikation der Unterdrückten mit den Unterdrückern, die ihnen ihr Leben im Detail vorschreiben.⁷⁴⁹ Andererseits wäre eine hundertprozentige Orientierung der Politik am Ideal negativer Freiheit für Berlin gleichbedeutend mit einer Rückkehr in das Zeitalter des Laissez-faire, in dem soziale Misstände im Namen der Freiheit aufrecht erhalten werden. Berlins Votum lautet daher lediglich, dass jedes Freiheitskonzept ein Minimum negativer Freiheit garantieren muss, um den Namen zu verdienen. „Jede noch so ausgefallene Interpretation des Wortes Freiheit muß ein Mindestmaß dessen, was ich negative Freiheit genannt habe, umfassen. Es muß einen Bereich geben, in dem ich ungehindert agieren kann.“⁷⁵⁰

Berlins Kritik trifft auch auf die glückstheoretische Argumentation jeder Wachstumskritik zu, die sich anschickt, ein optimales Konsumniveau durch eine empirische Erfassung der Lebenszufriedenheit (Easterlin-Paradox) anzuleiten. Der Plan zum größten nachhaltigen Glück – dem Ausdruck des Allgemeinwohls per se – kann aus der Sicht Jacksons durch eine über Glücksstudien informierte und an dem Konzept der Ergebnisgerechtigkeit angelehnte Zuteilung von Konsummöglichkeiten erreicht werden: Arme Staaten erhalten Wachstumsspielraum, reiche Staaten werden in der wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt. Innerhalb der Staaten wird Einkommen umverteilt, um langfristig nicht nur zwischen Staaten, sondern zwischen allen Menschen global ein ähnliches Einkommensniveau zu erhalten, das gerade noch nachhaltig ist und das größte Glück der größten Zahl (egalitär) verwirklicht. Wer aber will sich diesem *Masterplan* des glücklichen Lebens in materieller Mittelmäßigkeit in den Weg stellen, wenn die empirischen Studien, die zu einer Theorie des guten Lebens in Statik verdichtet werden, den Status einer Politik kollektiv verwirklichter *Freiheit* erhalten? Die Schritte, die konkret unternommen werden müssen, um ein größtes nachhaltiges Glück zu erreichen, brauchen sich dann nicht mehr am Widerstand einzelner Teile der Bevölkerung zu bemessen. Die Leitlinie guter Politik ist an dieser Stelle vollständig vom empirischen Willen der Bevölkerung getrennt. Mit einer solchen Grundlegung in der

⁷⁴⁹ Vgl. ebd., 215–221.

⁷⁵⁰ Ebd., 243.

Hinterhand weiß die Regierung dem Anspruch nach besser als die Individuen, wie das Gemeinwohl en détail zu erreichen ist, denn die Individuen sind in der Theorie kapitalistischer Gesellschaften, die uns Miegel und Jackson präsentieren und die die Konsumkritik seit Rousseau befördert hat, nicht nur unwissend über die Mechanik des Glücks, sondern auch ganz unmittelbar geblendet durch Strukturen und Systeme (Werbung, Statuswettbewerbe, Materialistische Erziehung, Kapitalistische Kulturindustrie usw.), die es ihnen unmöglich machen, ihre *wahren* Interessen überhaupt zu erkennen. Jackson schreibt beispielsweise: „Der Einzelne ist viel zu sehr dem Streben nach Status, den gesellschaftlichen Signalen ausgeliefert (...).“⁷⁵¹ Ihre Eingaben in den politischen Prozess hin zur Postwachstumsgesellschaft sind mindestens aus Sicht der Entscheider mit Vorsicht zu genießen, weil (radikal zuende gedacht) nur die Wünsche zählen, die sie eigentlich haben *müssten*, wenn sie im Einklang mit Nachhaltigkeit denken und fühlen würden. Nur eine von allen Restriktionen befreite Regierung kann über die Blendung des Konsumismus hinausschauend an einem großen Befreiungsakt arbeiten. Die Wachstumskritik passt sich mit dieser Argumentation in die von Berlin so heftig kritisierten Theorien positiver Freiheit ein, die sich durch philosophische und psychologische Annahmen wie den Monismus (These, es existiere nur eine Politik des Gemeinwohls) und der kollektivistisch-metaphysischen Theorie des Selbst aus Sicht Berlins zu Begründungen der Unterdrückung im 20. Jahrhundert entwickelt haben.

4.3.4. Das Freiheitsverständnis des ordnungsökonomischen Liberalismus Euckens und Hayeks

Abschließend ist nunmehr zu fragen, welches Freiheitskonzept dem ordnungsökonomischen Liberalismus Hayeks und Euckens zugrunde liegt. Zunächst zum Freiheitsverständnis Hayeks: Freiheit war für Hayek immer «negativ» definiert. Er definierte sie als einen „Zustand, in dem ein Mensch nicht dem willkürlichen Zwang durch den Willen eines anderen oder anderer unterworfen ist.“⁷⁵² Philipp Batthyány hat (in seinem Werk „Zwang als Grundübel der Gesellschaft“) den Begriff des Zwangs bei Hayek im Detail untersucht und damit auch das Freiheitsverständnis Hayeks

⁷⁵¹ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 172.

⁷⁵² F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 14.

herausgearbeitet.⁷⁵³ Die Schwierigkeit dabei ist, dass Hayek ein sehr großes Oeuvre hinterließ, das über Jahrzehnte wuchs und auch bisweilen Brüche aufweist. Zwang bei Hayek, so Batthyány, bestehe aus zwei Komponenten, nämlich dem gewaltsamen Eingriff in die Handlungssphäre des Gezwungenen, der diesen bewegt zu tun, was er eigentlich nicht tun wollte, sowie dem Ziel des Zwingenden, dem sich der Gezwungene unterwerfen muss. Hayek verwendet, wie Bartthyány zeigt, drei Argumente, um Zwang als Übel darzustellen: Ein wenig ausgearbeitetes kantianisches gegen die Ver Zwecklichung des Menschen; ein Wissensargument, weil Zwang die Nutzung des eigenen Humankapitals unterbindet; und ein sich daraus ergebendes evolutionäres Argument, das besagt, dass kulturelle und soziale Entwicklung sich aus freier Kooperation ergeben. Hayeks Zwangsbegriff ermöglicht dies insofern, als er primär auf einer negativen (Freiheits-) Regel basiert und somit konsequentialistische Erwägungen zur Freiheitsbeschränkung per se ausschließt (sic!). Zwang ist demnach nur legitim, wenn er, einer allgemeinen Regel folgend, Zwang und Gewalt abwehrt.⁷⁵⁴ Kritisiert werden kann dieser strikte Zugang zur Freiheit als Leben unter allgemeinen Regeln dadurch, dass Hayek an manchen Stellen den Zwangsbegriff so ausweitet, dass er als legitime liberale Reaktion auch die Erzwingung von positiven Gütern zulässt. Dazu gehört für Hayek etwa die Bereitstellung von Gütern, die der Markt nicht bedient und die Verhinderung des Ausnutzens von Monopolsituationen, die er als Paradebeispiel privaten Zwangs gegen Private versteht.⁷⁵⁵ Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass Hayek Freiheit stets im Singular verwendet. Von „Freiheiten“ zu sprechen ist aus Sicht Hayeks gleichbedeutend mit einer Beweislastumkehr: Statt dass alles als erlaubt gilt, was nicht verboten ist, impliziert die Verwendung des Plurals ein Verständnis, nach dem alles verboten bleibt, bis es explizit erlaubt wurde.⁷⁵⁶ Hayek zeigt damit, dass Freiheit als allgemeines Prinzip umfassend verwirklicht werden muss, um den Namen wirklich zu verdienen. Wer glaubt die Freiheit zu erhalten, indem er im Zuge wiederholter Kosten-Nutzen-Rechnungen Freiheiten nach jeweiliger Abwägung gewährt, hat den übergeordneten Wert der Freiheit als Prinzip menschlichen Zusammenlebens nicht verstanden: Der Wert der Freiheit kann nicht an positiven Effekten heutiger Handlungen

⁷⁵³ Vgl. Philipp Batthyány, *Zwang als Grundübel in der Gesellschaft? Der Begriff des Zwangs bei Friedrich August von Hayek*. Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 52 (Tübingen: Mohr Siebeck, 2007); Zugl.: München, Univ., Diss., 2006.

⁷⁵⁴ Vgl. F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 13ff.

⁷⁵⁵ Vgl. Friedrich A. von Hayek, *Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*. Law, legislation and liberty <dt.> 3 (Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie, 1981), 120ff.

⁷⁵⁶ Vgl. F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 24ff.

bemessen werden, sondern zeigt sich erst in Hinblick auf die Zukunft in den Handlungen, von denen wir heute noch nicht wissen, dass wir sie – und wer sie – überhaupt unternehmen wird. Freiheit ist damit gleichbedeutend mit dem Zulassen ergebnisoffener gesellschaftlicher Dynamiken. An ihrer Vielfalt und Intensität ist sie am ehesten zu bemessen. Wir müssen sie daher – erkannte Hayek – rigoros und dogmatisch vor der Tendenz bewahren, sie unter ein Proviso zu stellen.

Walter Eucken hat dem Begriff der Freiheit erstaunlicher Weise erst spät einen zentralen Platz in seinem Werk eingeräumt. In den ersten Jahren, in denen Eucken noch stark unter dem Einfluss der väterlichen Philosophie stand, unterliegt beim Sohn der Begriff der Freiheit dem von Rudolf Eucken stark gemachten Konzept des Lebensinhalts.⁷⁵⁷ Auch in seinem ersten Hauptwerk, den Grundlagen der Nationalökonomie von 1940, spielt eine Reflexion der Freiheit keine nennenswerte Rolle. Erst in seinem posthum erschienen Opus magnum, den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik, reflektiert Eucken über die Idee der Freiheit und stellt sie ins Zentrum seiner Ordnungspolitik. Freiheit und das sog. „Problem wirtschaftlicher Macht“ bilden dabei die Pole, die den Rahmen vorgeben in der Auseinandersetzung Euckens mit dem Kernbegriff des Liberalismus.⁷⁵⁸ Dabei ist Euckens Denken hier vor allem durch die Erfahrung der Nazi-Diktatur von 1933-1945 geprägt. Euckens Ordnungspolitik dient aus diesem Erfahrungshorizont heraus zu allererst der Freiheit des Individuums gegenüber mächtigen organisierten Großgruppen. Bedroht wird sie zu allen Zeiten vom politischen und privaten Machtmissbrauch, den es einzuhegen gelte.⁷⁵⁹ Wie Macht verteilt wird, ist für Eucken eine Frage der Ordnungspolitik. So kann der Gesetzgeber Kartelle als Form privater Macht gegen Konkurrenten verbieten oder sie legalisieren und so die Chance auf Anhäufung derselben zulassen. Eucken schreibt mit Blick auf die Legalisierung von Kartellen im Kaiserreich und der Weimarer Republik, die zu einer Bedrohung der Freiheit wurden: „Das Recht der Vertragsfreiheit durfte auch dazu benutzt werden, um Konkurrenz zu beseitigen und um – durch Sperrern, Boykott usw. – die Freiheit anderer zu beschränken. Das Prinzip der Vertragsfreiheit geriet in offenen Konflikt mit dem Prinzip des Wettbewerbs.“⁷⁶⁰ Der Gebrauch der Freiheit einzelner Gruppen führte dazu,

⁷⁵⁷ Vgl. Uwe Date, „Walter Euckens Weg zum Liberalismus.“ *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, Nr. 10 (2009): 1–45, 20.

⁷⁵⁸ Vgl. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 169ff.

⁷⁵⁹ Vgl. ebd., 175ff.

⁷⁶⁰ Walter Eucken, *Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung: Londoner Vorträge zur Wirtschaftspolitik und zwei Beiträge zur Antimonopolpolitik*. Wissenschaftliche Paperbacks Wirtschaftswissenschaft 1 (Münster, Hamburg: Lit, 2001), 14. Siehe auch Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 275–279.

die Vertragsfreiheit insgesamt effektiv auszuhebeln. In der Weimarer Republik wurden Syndikate und andere halbautonome Körperschaften mit Zwangsrechten ausgestattet und so die Gewerbefreiheit durch Zwangsmitgliedschaft zu solchen Körperschaften effektiv ausgehebelt, in der Hoffnung durch Mitarbeiterbeteiligung in Gremien soziale Konflikte zu überwinden und auf diesem Wege sozialen Frieden und wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen. Private Gruppen sammelten in der Folge Macht an, die in der Zeit des Nationalsozialismus von 1933-1945 ungeheure Ausmaße annahm. Statt wie im Falle des vollständigen Wettbewerbs unzähliger Individuen auf der einen und unzähligen Unternehmen auf der anderen, standen sich nun mächtige Gruppen gegenüber, die um Ressourcen kämpften und dabei die Hinwendung zur Politik durch Rent-Seeking und Lobbyismus in logischer Konsequenz forcierten. Eucken nennt den daraus resultierenden Zustand die „Gruppenanarchie“.⁷⁶¹ Auch der in Weimar einsetzende Versuch, Kartelle zu fördern, aber den *Missbrauch* von Marktmacht zu regulieren, musste nach Eucken scheitern. Kartelle, Gewerkschaften und Aufsichtsbehörden wurden sich im gemeinsamen Interesse und mangels klaren Verständnisses von „Mißbrauch“ einig darin, den Wettbewerb effektiv zu verhindern, zumal der politische Einfluss der protegierten Wirtschaftsakteure immer weiter zunahm. Eucken folgert: „Nicht in erster Linie gegen die Mißbräuche vorhandener Machtkörper sollte sich die Wirtschaftspolitik wenden, sondern gegen die Entstehung der Machtkörper überhaupt.“⁷⁶² Ohne eine Politik der Machteinhegung also keine Freiheit. Nicht zuletzt anhand der Transformation der durch Kartelle vermachteten Weimarer Wirtschaft in die quasi-planwirtschaftliche Kommandowirtschaft des sog. Dritten Reiches macht Eucken dies deutlich. Über den Gegensatz von Macht und Freiheit hinaus bleibt Euckens Verständnis von Freiheit aber noch näher auszuführen. Eine dedizierte Beschäftigung mit dem Wesen der Freiheit finden wir bei Eucken leider nicht. Euckens ideengeschichtlich informierte Auseinandersetzung mit dem Niedergang der Freiheit in Europa seit der Industrialisierung gibt aber einen indirekten Aufschluss darüber, was er unter Freiheit versteht. Eucken schreibt: „Der Geist der Freiheit hat die Industrialisierung schaffen helfen – und diese Industrialisierung ist zu einer schweren Bedrohung der Freiheit geworden.“⁷⁶³ Eucken verweist auf die kantischen Wurzeln der

⁷⁶¹ Walter Eucken, „Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen.“ *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 159 (1944): 161–221, 283f.

⁷⁶² Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 172.

⁷⁶³ Walter Eucken, „Das Ordnungspolitische Problem.“ in *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft: Band 1*, hrsg. von Walter Eucken und Franz Böhm, 56–90 (Opladen, 1948), 73.

Freiheit, die die Fähigkeit zu einem moralischen Leben als Sinn der Freiheit unterstreichen. Im Zeitalter Kants ging es nicht um Wirtschaft oder Politik, sondern um den Menschen als die moralische Ordnung Suchender an sich. Die Fortschritte, die auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet – dank der liberalen Politik des frühen 19. Jahrhunderts – erreicht wurden, stellen für Eucken zur Mitte des 20. Jahrhunderts jedoch eine Gefahr für die Freiheit dar. Ein „industriell-technischer Apparat“ sei entstanden, mit dem ungeahnt effiziente Wege der Machtausübung über das Individuum einhergingen, über die sich die Väter des Liberalismus keine Gedanken hätten machen müssen. Zugleich ist nach Eucken der anti-freiheitliche Geist im Zuge der Industrialisierung gewachsen. „Die Menschen haben das Gefühl verloren, was Freiheit eigentlich ist. Sie wissen ihren Wert nicht zu schätzen, wie der Mensch überhaupt den Wert des Notwendigen nicht zu schätzen weiß, solange er es selbstverständlich besitzt.“⁷⁶⁴ Zur Zeit des Verfassens der Grundsätze in den 1940er Jahren sieht Eucken Kollektivgebilde als größte Gefahr der Freiheit an. „Nur die Leiter der Kollektive sind relativ unabhängig.“⁷⁶⁵ Verbinden sich diese Kollektive privater Natur mit der potentiellen Allmacht des Staates, ist die Vernichtung der Freiheit für Eucken komplett. Die freie Wahl des Wohnortes, des Arbeitsplatzes, der Konsumgüter usw. sind passé. Der Mensch wird zum Atom innerhalb des „anonymen staatlich-wirtschaftlichen Apparates“, „der Apparat ist Zweck, der Mensch Mittel“.⁷⁶⁶ Eucken schreibt hierzu in seiner Kritik Lenins: „Niemand ist für seine eigene Person befugt, seine moralische Autonomie aufzugeben und sich zum bloßen Werkzeug machen zu lassen. Niemand darf aber auch den anderen zwingen, auf seine moralische Autonomie zu verzichten. Abstrakte Freiheitsrechte sind wichtig, aber sie sind nicht Selbstzweck. Vielmehr dienen sie dem freien selbstverantwortlichen Menschen.“⁷⁶⁷ Wir erkennen hier eindeutig den kantianischen Ursprung des Euckenschen Freiheitsverständnisses. Für Eucken ist Freiheit zudem unabhängig vom Liberalismus, der für sie eintritt und mithin nicht weniger als eine Grundbedingung eines menschenwürdigen Lebens. Sie kann nicht geleugnet werden, „es sei denn, man wolle das Leben selber leugnen.“⁷⁶⁸

Die Chance auf Verwirklichung der Freiheit ist aus Sicht der liberalen Theorien Euckens und Hayeks eine Frage der Wirtschaftsordnung. Freiheit kommt in einer dezentralen

⁷⁶⁴ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 178.

⁷⁶⁵ Ebd., 177.

⁷⁶⁶ Walter Eucken, „Das Ordnungspolitische Problem.“ in *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* (s. Anm. 707), 75.

⁷⁶⁷ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 178.

⁷⁶⁸ Ebd.

Wirtschaftsordnung darin zum Ausdruck, dass Haushalte und Betriebe „auf Grund eigener Pläne handeln“.⁷⁶⁹ Ein wichtiger Aspekt der Freiheit ist für Eucken zudem jener, der als Emergenz bezeichnet werden sollte. Hayek spricht analog von der Ordnungsspontaneität. Gemeint ist in beiden Fällen, dass Freiheit (als Merkmal der Regelordnung) bedingt, dass immer neue Ordnungsformen spontan als Ergebnis des Handelns der Menschen in Freiheit entstehen. Eucken sieht hier die Erfordernis, auch diese Entwicklungen einer freien Gesellschaft ausgehend vom liberalen Grundsatz zu reflektieren. Diese neuen Ordnungen sind dann nur insoweit gerechtfertigt, als sie wettbewerbskonform sind. Freiheit bringt also ständig Neues zutage, kann aber zu Strukturwandlungen der gesellschaftlichen Organisationsformen führen, die ihrerseits nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie dem Wettbewerbsprinzip als Mittel zur Sicherung der Freiheit des Einzelnen nicht im Weg stehen, denn ohne Wettbewerb ist die Genese von mächtigen Kollektiven nicht zu verhindern, die die Freiheit selbst auf kurz oder lang in Gefahr bringen. Zusammenfassend können wir über die Zwangsthese der Konsumkritik als Teil der Wachstumskritik und über das aus ihr ersichtlich werdende Verständnis von Freiheit festhalten:

Erstens: Jackson und Miegel setzen ganz auf eine Besserung der Menschheit als Bestandteil eines staatlich regulierten Wandels hin zur Nachhaltigkeit. Sie ignorieren jedoch dabei die Gefahr einer Bevormundung des notgedrungen mangelbehafteten empirisch vorzufindenden Menschen, die mit einer auf kollektiv verwirklichter Menschheitsverbesserung basierenden Politik einhergeht. Das ist umso erstaunlicher, als mit den Arbeiten Isaiah Berlins eine einschlägige Kritik politischer Ansätze auf Basis eines positiven Freiheitsideals vorliegt. Die Kritik Berlins am Konzept positiver Freiheit trifft die Wachstumskritik als Unterform der Konsumkritik an einem Punkt, der nicht nur ihre praktische Realisierbarkeit infrage stellt, sondern auch normativ problematisch erscheint: Das wachstumskritische Projekt wird nur dann gut funktionieren, wenn die Mehrzahl der Bürger (v.a. als Konsumenten) eine neue Bedürfnisstruktur entwickeln, in der Neid und Status eine deutlich geringere Bedeutung besitzen, als dies – gerade aus Sicht der Wachstumskritik – heute in der westlichen Welt der Fall ist. Die Bürger eines Staates, der den Vorschlägen der Wachstumskritik entsprechend handelt, sollten sich daher daran gewöhnen, bereitwillig die eigenen materialistischen Bedürfnisse hinter das Allgemeinwohl zurückzustellen, denn nicht weniger wird von ihnen verlangt

⁷⁶⁹ Vgl. ebd., 179.

werden in einem politischen Zukunftsmodell, das für die kurzfristige Bedürfnislage des modernen Konsumenten nur Unverständnis und wenig verschleierte Geringschätzung übrig hat. Eucken und Hayek stehen demgegenüber für ein negatives Freiheitsverständnis, das die moralische Autonomie des Individuums als gegeben voraussetzt und daher das Recht des Menschen einfordert, seine eigenen Ziele verfolgen zu können. Staatliche Institutionen flankieren die Wettbewerbsordnung, die auch dem Schutz der Freiheit gegen privaten und staatlichen Machtmissbrauch dient. Hayek und Eucken argumentieren entlang des anthropologischen, ökonomischen und juristischen Status Quo und setzen auf relative Verbesserungen desselben anhand erfahrungswissenschaftlicher Erkenntnis.

Zweitens: Zwang sollte mit Eucken wie auch mit Hayek konzeptionell bei weitem nicht so weit definiert werden, wie aus Sicht der Konsum- und Wachstumskritik. Zwang aus ordnungsökonomischer Sicht ist Zwang von Personen über Personen. Dient Zwang der Abwehr desselben, ist er gerechtfertigt. Ein *System des Konsumismus* samt einer diffusen „Logik“ oder „Struktur“ als Ausgangspunkt von Zwang wird daher zurückgewiesen.

Drittens: Eine strikte Zweiteilung des Konsums in wohlfahrtsförderlich und wohlfahrtsschädlich kann nicht einfach aus der Psychologie der motivationalen Gründe des Konsums, insbesondere aus der Analyse der Bedeutung von Neid, Statusorientierung, sozialen Beziehungen usw. für die Kaufentscheidungen, abgeleitet werden, denn die Vielfalt der Motive hinter Konsumententscheidungen stellt an sich noch keine normative Basis für eine Priorisierung dar. Die für eine freiheitliche Gesellschaft entscheidende Frage lautet ohnehin weniger, welcher Konsum dauerhaft mit einer statistischen Brille aus der Makroperspektive mit möglichst wenig Materialinput den höchsten Durchschnittswohlstand erlaubt, sondern welche Akteure die Macht erhalten, über die Konsumgewohnheiten des Einzelnen zu bestimmen: Ein politisches Programm, das positive Freiheit gegen die in den Handlungen der Menschen im Hier und Jetzt ersichtlichen Konsumpräferenzen (und daran anknüpfenden Lebensmodelle) verwirklichen will, stellt aus ordoliberaler Sicht eine Bedrohung für die negative Freiheit dar, weil der wichtige Status dezentraler Mechanismen, die ja der Verarbeitung individueller Präferenzen in modernen Gesellschaften dienen, durch ein solches Programm infrage gestellt wird. Wer argumentiert, er wüsste welcher Waren- und Dienstleistungsmix echten und stabilen Wohlstand böte und welcher andererseits nur Ausdruck überflüssiger Statusspiele sei, maßt sich damit ein Wissen über Informationen an, das er nicht besitzen kann, weil dieses (im übrigen im ständigen Fluss befindliche)

Wissen erst durch den Wettbewerbsprozess auf Märkten entdeckt wird. Nur eine zentralisierte Entscheidungseinheit in Form einer Behörde könnte den sich aus der Konsumkritik ergebenden Grundgedanken objektiver Kenntnis der Bedürfnisse in praktische Politik verwandeln, und zwar indem ein aggregierter *Bedarf* festgesetzt würde. Dazu bedürfte es nicht nur der Bevormundung des Konsumenten bei der Wahl der für ihn optimalen Güter- und Dienstleistungskombinationen, also eine Auflösung der sog. Konsumentenfreiheit, sondern auch der Unterdrückung unternehmerischer Initiative, die darauf abzielt, neue Produkte zu erfinden und zu vermarkten, um noch offene Bedürfnisse zu befriedigen. Ein solches Programm ist mit einer Wettbewerbsordnung unvereinbar, in der der kulturelle Austausch darüber, welche Dinge uns etwas wert sind und welche nicht, spontan und ergebnisoffen (nicht nur, aber auch) auf Märkten erfolgt.

Der Glaube, dass hierdurch ein stabiler Wohlstand auf breiter Bevölkerungsbasis aufrechterhalten werden könnte, darf bezweifelt werden. Für Eucken wie für Hayek ist ein umfassend verstandenes Leben als Kulturwesen, auch ein Leben mit Lebensinhalt im Sinne des jungen Euckens, nur unter der Bedingung einer dezentral organisierten Wirtschaftsordnung denkbar. Die von Konsumkritikern vorgebrachte These einer schädlichen Ökonomisierung der Kultur kann mit Eucken und Hayek im Gegenteil als Teil des Prozesses der sich rasant beschleunigenden Kulturentfaltung in einer blühenden Spontanen Ordnung verstanden werden. Ein idealisierter Kulturbegriff, wie ihn etwa die Kritische Theorie aufmacht und wie ihn auch Miegel und Jackson zu vertreten scheinen, der auf die Abwesenheit von Tauschprozessen als Ausdruck autonomer Kultur setzt, kann nur entweder in der Abkehr von der Gesellschaft oder aber im politischen Paternalismus einer dem Selbstverständnis nach als kulturelle Elite auftretenden Gruppe realisiert werden. Nicht nur ist, wie Eucken vielfach betont, soziale Sicherheit ohne Freiheit nicht zu erreichen. Auch Kultur und Kreativität und damit wesentliche Quellen der Lebensqualität und des Wohlstands bedürfen der negativen Freiheit zur Autonomie befähigter Individuen in einer Ordnung, die Raum lässt für eine nicht im Vornherein eingeschränkte Entfaltung der eigenen Bedürfnisse. Eine zur Grundlage konkreter Wirtschaftspolitik erhobene Theorie des wohlfahrtstheoretisch optimalen *echten* Konsums (unter der Randbedingung geringstmöglichen Ressourcenverbrauchs) bedroht die dezentrale Kulturproduktion, die heute wesentlich über den Markt stattfindet. Ohne eine dynamische Entwicklung auf Märkten in Freiheit verliert auch die Kultur ihr Entfaltungspotenzial. Sie verkommt zum Ritual. Gefährlich

für den freiheitlichen Charakter einer Postwachstumsgesellschaft, wie sie Jackson und Miegel umreißen, ist aus liberaler Sicht die anmaßende Behauptung, zu wissen welche Bedürfnisse der Mensch besitze und welche nicht, welche *echt* seien und welche überflüssig, welcher Konsum Ausdruck einer hohen Kultur sei und welcher nur angsgetriebenen Statuskonsum und damit Tand darstelle. Dies gilt umso mehr, als Zwang aus Sicht der Wachstumskritik keinen Aussagegehalt für das Verhältnis von Menschen zu Menschen bereithält, sondern auf die diffusere Ebene von Strukturen und Systemen bezogen wird. Hier entgegnet der ordnungsökonomische Liberalismus, dass es stets auf die Akteure, die Ideen in konkrete Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik überführen, und deren Macht über Menschen ankommt, also auf die Frage: *Wer* entscheidet über die Prozesse, in denen wir unsere Bedürfnisse entdecken und verwirklichen können?

4.4. Die vermeintliche Dominanz des Wachstumsziels in demokratischen Gesellschaften

Ein Missverständnis, dem die Wachstumskritiker Meinhard Miegel und Tim Jackson in ihrem Versuch anheim fallen, das Wachstum z.B. in Deutschland zu ergründen, ist die These, in liberal geprägten Gesellschaften hätte sich ein eindimensionales Politikmodell entwickelt, in dem nur noch für Maßnahmen zugunsten weiteren Wirtschaftswachstums Raum sei. Wir können dies die Dominanzthese wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik nennen. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass diese These die Realitäten demokratischer Verfassungsstaaten deutlich verkennt. Auch wird dabei ein ordnungsökonomisches Verständnis der institutionellen Rahmenbedingungen wachstumsorientierter Politik entwickelt und dem Bild eines Wachstumsmonismus gegenübergestellt.

Die Wachstumskritiker Meinhard Miegel und Tim Jackson unterstellen westlichen Demokratien einen nahezu „religiösen Glauben“ an das Wirtschaftswachstum. Es gebe einen „Wahn“, einen kollektiven „Zwang“, einen „Irrglauben“, eine „gesellschaftliche Logik“, gar „Strukturen des Kapitalismus“, die Wachstum bewirkten.⁷⁷⁰ Meinhard Miegel und Tim Jackson sehen dahinter eine allgemeine neoliberale Dominanz wachstumsorientierter Politik, die diese Mechanismen Stück für Stück ausgeweitet habe und die es zu überwinden gelte, um wahren Wohlstand ohne Wachstum zu erreichen.⁷⁷¹ Mit Blick auf die bundesrepublikanische Geschichte erscheint dies höchst fragwürdig, befindet sich doch der Einfluss derjenigen wirtschaftsliberalen Denkschulen, die mit dem Begriff des Neoliberalismus verbunden werden, darunter der deutsche Neoliberalismus (Ordoliberalismus), die Chicagoer Schule und die Österreichische Schule, seit Jahrzehnten auf dem Rückzug.⁷⁷² In Deutschland hat selbst der

⁷⁷⁰ Diese Begriffswahl Miegels findet sich im Kapitel „Wachstumswahn“. Meinhard Miegel, *Exit – Wohlstand ohne Wachstum*, 27ff. Der Begriff der „gesellschaftlichen Logik“ entstammt aus der Wachstumskritik Jacksons. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 110.

⁷⁷¹ Vgl. Meinhard Miegel, *Exit – Wohlstand ohne Wachstum*, 55ff. Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 38ff.

⁷⁷² Zum Begriff des Neoliberalismus ist weiterhin auf die Unterscheidung Renners zu verweisen. Renner trennt begrifflich scharf zwischen zwei Neoliberalismen. Zunächst steht der Begriff für den ordoliberalen Neubeginn, der in der Nachkriegszeit ab 1945 bestrebt war, das Scheitern des klassischen Liberalismus zu überwinden. Die Vertreter der Freiburger Schule und des Ordoliberalismus griffen hierfür auf den bereits in den späten 1930er Jahren in die Diskussion eingebrachten Begriff des Neoliberalismus zurück. Von dieser konstitutionell und ordnungspolitisch geprägten liberalen Strömung ist das in den 1990er Jahren aufgekommene Schlagwort des Neoliberalismus im Sinne eines blinden Marktfundamentalismus zu trennen. Globalisierungskritiker greifen in ihrer Auseinandersetzung mit Marktverfehlungen interessanter Weise, meist unwissentlich, wiederholt ordoliberalen Gedanken auf, wie Renner nachweist. Vgl. Andreas Renner, „Die zwei ‚Neoliberalismen‘“ in: *Fragen der Freiheit : Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft* (10/12.2000): 48–64.

Wirtschaftsliberalismus im weitesten Sinne zu keinem Zeitpunkt eine wirkliche Dominanz auf das wirtschaftspolitische Denken und Handeln entfalten können. Selbst in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik, etwa unter Konrad Adenauer, der Zeit größten Einflusses seitens des Ordoliberalismus bzw. der Freiburger Schule, wich die anfängliche Grundausrichtung auf eine regelgebundene Marktwirtschaft schnell einer konservativen Politik mitsamt stärkerer verteilungspolitischer Eingriffe, die sich immer mehr gegen die langfristige Orientierung des Ansatzes der Freiburger Schule durchzusetzen vermochte. Dies fand zum Teil selbst in ihrem innersten Kreis, etwa bei Alfred Müller-Armack, der auch als Vertreter eines soziologischen Liberalismus bezeichnet wird, Unterstützung.⁷⁷³ Spätestens seit der Rentenreform von 1957 war dem deutschen Neoliberalismus unter Ludwig Erhard das politische Rückgrat gebrochen. In der Folgezeit, erst recht seit der ersten sozialliberalen Koalition von 1969, hat sich in Deutschland im Gleichklang mit der Entwicklung in fast allen anderen westlichen Staaten ein historisch beispielloser Sozial- und Wohlfahrtsstaat etabliert, der heute keinen Lebensbereich der Menschen, von der Wiege bis zur Bahre, ausspart.⁷⁷⁴ Der derzeit größte Anteil an den Ausgaben im deutschen Bundeshaushalt steht mit Abstand dem Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit nahezu 42% an den Ausgaben zur Verfügung.⁷⁷⁵ Weiterhin gibt der Staat inzwischen jährlich über 200 Milliarden Euro allein für eine Familienpolitik aus, deren positiver Effekt auf die langfristige demographische Stabilität der bundesrepublikanischen Gesellschaft angesichts einer dramatisch gesunkenen Geburtenrate seit den späten 1960er Jahren, hoher Scheidungsquoten und einer weltweit einzigartig hohen Kinderlosigkeit bei weiblichen Akademikerinnen von 38% bezweifelt werden darf.⁷⁷⁶ Eine von Dekade zu

⁷⁷³ Andreas Renner bezeichnet die Ansätze Alexander Rüstows und Alfred Müller-Armacks aus diesem Grund als „interventionsfreudiger“ im Vergleich zum Ordoliberalismus Euckens und erst recht zum evolutorischen Ansatz Hayeks. Andreas Renner, „Die zwei ‚Neoliberalismen‘“, 56.

⁷⁷⁴ Zur Sozialpolitik der Ära Adenauer, insbesondere zur Rentenreform von 1957, die das Umlageverfahren begründete, vgl. Hans G. Hockerts, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945-1957*, Stuttgart, 1980, 320ff.

⁷⁷⁵ Laut dem Bundeshaushaltsplan 2015 sind für das Ministerium für Arbeit und Soziales 125,5 Mrd. Euro vorgesehen. Der Bundeshaushalt umfasst insgesamt Ausgaben von 299,1 Mrd. Euro. Dies ergibt 41,9%. Vgl. Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltsplan 2015, o.O.A: 2015. http://www.bundeshaushalt-info.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2015/soll/Haushaltsplan-2015.pdf (letzter Zugriff 17.07.2015).

⁷⁷⁶ Eine umfangreiche kritische Analyse der deutschen Familienpolitik kommt zu dem Schluss, dass viele Maßnahmen, wie etwa das sog. Ehegatten-Splitting, einen zu vernachlässigenden Effekt auf die Geburtenrate aufweisen. Hier ist auch die Zahl von 200 Mrd. zu entnehmen. Vgl. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, „Evaluation der Wirkung ehe- und familienbezogener Leistungen auf die Geburtenrate/Erfüllung von Kinderwünschen – Endbericht“. ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Endbericht_GEBURTEN_August_2014.pdf (letzter Zugriff: 06.Juli 2015)

Dekade angewachsener staatlicher Aufwand für Subventionen soll Unternehmen und Privathaushalte zu einem politisch erwünschten Verhalten motivieren. Im Ergebnis dieses anhaltenden Trends zur Detailsteuerung des ökonomischen Verhaltens sowie zur Übernahme von Lebensrisiken durch den Staat und die ihm nahestehenden Parafisci weist die Bundesrepublik eine Staatsverschuldung von inzwischen über zwei Billionen Euro auf, die zu einem großen Teil auf die ungedeckte Finanzierung des Ausbaus des Wohlfahrtsstaats im Laufe der letzten vier Jahrzehnte zurückgeht und jährlich bereits 12% des Bundeshaushaltes allein zur Deckung der Zinsen bindet. Dies sind natürlich Mittel, die für die Erfüllung der Kernaufgaben des Staates, also für Bildung, Infrastruktur, Verteidigung, innere Sicherheit und Rechtssystem nicht mehr zur Verfügung stehen. Der statistische Trend der letzten Jahrzehnte zeigt, dass die Staatsverschuldung seit schneller als die Wirtschaft wuchs, was sich im wachsenden Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt niederschlägt (siehe Abb. 10).⁷⁷⁷

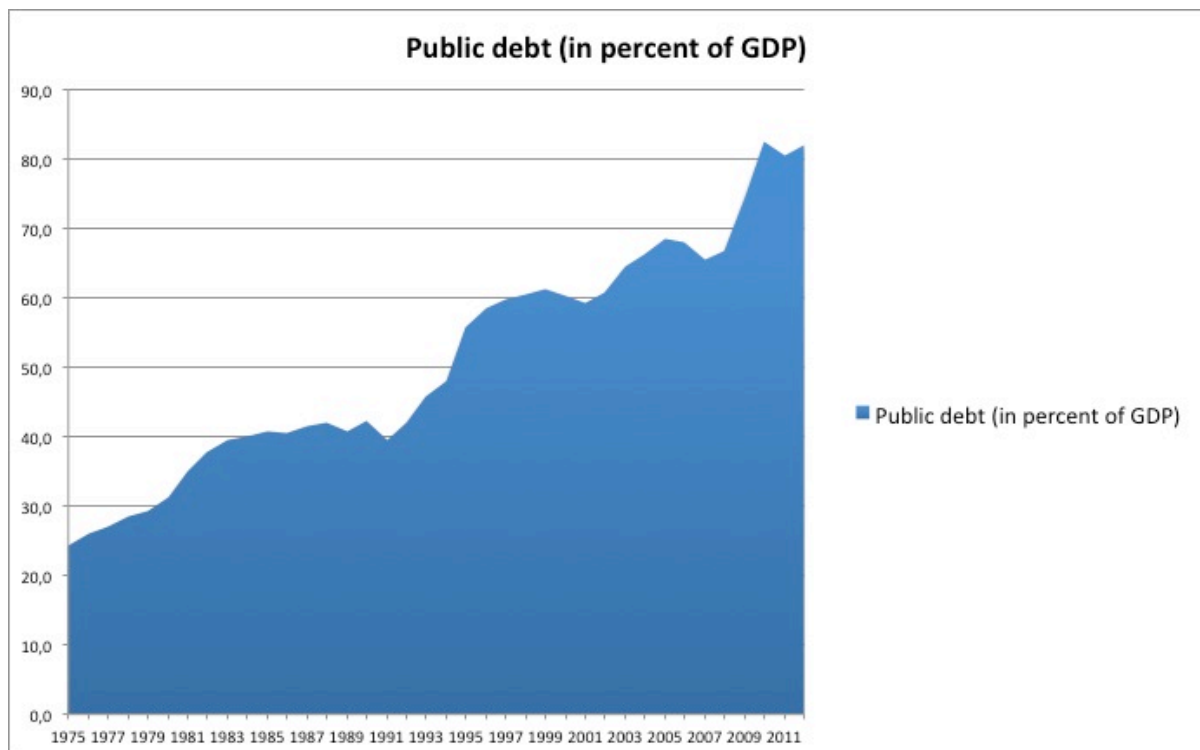


Abbildung 10: Anteil der Staatsverschuldung am BIP in Deutschland. (Quelle: Abbas et. al. 2010)

Neoliberale Politik, ob nun im Sinne Walter Euckens, Friedrich August von Hayeks oder anderer wirtschaftsliberaler Denkschulen wird von Kritikern üblicherweise mit

⁷⁷⁷ Vgl. S. Ali Abbas et al., „A Historical Public Debt Database.“ <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp10245.pdf> (letzter Zugriff: 11. August 2014).

Privatisierungen und einer Reduzierung des Umfangs staatlicher Steuerungsbemühungen des Wirtschaftslebens zur Förderung des Wachstums in Verbindung gebracht. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in (West-)Deutschland als Produkt des Neoliberalismus in diesem Sinne zu begreifen, kann angesichts der soeben skizzierten Entwicklung nicht überzeugen. Die Zahlen zeigen vielmehr, dass die jüngere Wachstumskritik bei Miegel und Jackson eine verkürzte Wahrnehmung der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland zugrunde legt. Die These einer Dominanz neoliberalen Denkens für eine allein wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik scheint eher dazu geeignet, einen ideologischen Gegenspieler größer erscheinen zu lassen, als er es eigentlich je war, um die Unterstützung einer diesem gegenüber ebenso skeptisch eingestellten Bevölkerung für die eigenen Konzepte leichter zu gewinnen. Im folgenden soll demgegenüber die ordnungsökonomische Perspektive des Wachstumsziels dargestellt werden, um den institutionellen und konstitutionellen Kontext wirtschaftlichen Wachstums in demokratischen Verfassungsstaaten besser verstehen zu können.

Zur Förderung des Wirtschaftswachstums besitzt die moderne Politik eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Mittel. Politökonomisch ist es jedoch oftmals für politische Entscheidungsträger angesichts gegebener Interessen vorteilhaft, Maßnahmen durchzuführen, die dazu tendieren das Wachstum der Wirtschaft zu behindern. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Forderungen von Interessengruppen Politik zu Gunsten starken und nachhaltigen Wachstums zu betreiben, erfordert hingegen von Regierungen oftmals Mut und Durchsetzungsvermögen. Der Alltag demokratischer Politik im liberalen Verfassungsstaat europäischer Prägung (d.h. wohlhabend, aber stark verschuldet) ist aus ordnungspolitischer Sicht daher wohl am ehesten zu beschreiben als ein Ringen unzähliger Interessen um einen bereits durch Schulden und Zahlungsverprechen auf das Engste begrenzten fiskalischen Verfügungsrahmen des Staates, um die Gestaltung von Gesetzen, die Sondervorteile zu Lasten der Allgemeinheit durch die Zwangsmacht des Staates schaffen sollen (sog. Rent-Seeking).⁷⁷⁸ Aus ordnungsökonomischer Perspektive beruht eine erfolgreiche Wachstumspolitik vor diesem Hintergrund vor allem auf einer anspruchsvollen Verfassungskonstruktion, die

⁷⁷⁸ Vgl. Mancur Olson, *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, 2. Aufl., Tübingen. Im Gegensatz zu Olson optimistischer ist die Interessengruppen-Theorie Gary Beckers. Vgl. Gary S. Becker, „Interessengruppen und politisches Verhalten“ in: ders., *Familie, Gesellschaft und Politik*, Tübingen, 163-184. Ein guter Überblick über die theoretischen Perspektiven zu diesem Thema findet sich bei Erlei, Leschke und Sauerland. Vgl. Mathias Erlei, Martin Leschke und Dirk Sauerland, *Neue Institutionenökonomik*, Stuttgart: Schäffer-Pöschel, 307ff.

es der Politik innerhalb der für sie maßgeblichen Meta-Spielregeln erlaubt, ihrerseits Regelsysteme zu schaffen, die langfristig Win-Win-Situationen in der Wirtschaft durch Schaffung entsprechender Anreize erwarten lassen (sog. Konstitutionenökonomik).⁷⁷⁹ Der Wirtschaftsethiker Ingo Pies spricht in seiner Weiterentwicklung des Eucken'schen Denkens in Ordnungen beispielsweise von Sozialen Dilemmata, die der Staat gestalten könne, um Wachstumsprozesse zu ermöglichen.⁷⁸⁰ Ein Management Sozialer Dilemmata nutzt die von rational-egoistisch handelnden Akteuren zu erwartenden Interaktionsmuster aus, indem es gemeinwohl-abträgliche Handlungsstrategien durch das Verhalten anderer Akteure auf derselben Ebene konterkariert. Der Wettbewerb ist nach Homann und Pies genau so ein Dilemma.⁷⁸¹ Indem der Staat Wettbewerb zwischen Anbietern auf einer Ebene laufend stützt und fortentwickelt, sorgt er dafür, dass Innovation und Leistung belohnt, aber Betrug, Müßiggang und Stillstand durch die Konkurrenz, nicht durch den Staat, bestraft werden. Nichts weniger hat die moderne institutionalistische Wachstumstheorie Acemoğlu und Robinsons darlegen können, auf die bereits in Kapitel 1.3.2. ausführlich eingegangen wurde.

Eine solche politische Strategie der Ermöglichung von Wachstum ist angesichts der Widerstände gegen die omnipräsenten, aber notwendigen Unannehmlichkeiten für alle Beteiligten als fragiles Window-of-Opportunity zu verstehen, das nur dann offen bleiben kann, wenn die Spielregeln der Politik auf der höheren Ebene der Verfassung so angelegt sind, dass trotz ständiger Wünsche von Bürgern und Unternehmen nach rechtlich bewährten Sondervorteilen (z.B. Marktzugangsbarrieren durch Lizenzen) diejenige Politik eine Chance hat, die einen transparenten und anreizkompatiblen Rechtsrahmen schaffen und fortentwickeln will, der Wachstum nicht zugunsten von innovations- und effizienzschädlichen Sonderinteressen opfert, sondern stattdessen schmerzhaft Zwänge (mit Pies: Dilemmata) auferlegt und so letztlich ein allgemeines Verhalten fördert, das aller Voraussicht nach in größere Einkommen für alle Bürger in der Zukunft mündet.⁷⁸² Wachstumspolitik steht in dieser Perspektive immer halb vor

⁷⁷⁹ Vgl. Mathias Erlei, Martin Leschke und Dirk Sauerland, *Neue Institutionenökonomik*, Stuttgart: Schäffer-Pöschel, 419ff.

⁷⁸⁰ Vgl. Ingo Pies und G. Engel, „Freiheit, Zwang und gesellschaftliche Dilemmastrukturen: Zur liberalen Theorie des Staates“, *Aufklärung und Kritik*, Sonderheft 2/1998, 41-51.

⁷⁸¹ Vgl. Karl Homann und Ingo Pies, „Wirtschaftsethik und Gefangenendilemma“, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 20, 610.

⁷⁸² Walter Eucken entwickelte mit den in den Grundsätzen der Wirtschaftspolitik aufgestellten konstituierenden und regulierenden Prinzipien einen Ansatz, der im Grunde genau dies leisten sollte. Der Unterschied besteht jedoch darin, dass Eucken angesichts des zur Zeit des Verfassens der *Grundsätze* vorherrschenden Forschungsstands nicht das Wachstum der Wirtschaft im Sinne der modernen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), sondern eher einen hohen Beschäftigungsstand anstrebte.

dem Aus, droht stets Opfer derjenigen Interessen zu werden, die auf eine Veränderung des Rechtsrahmens hinwirken, um ihre wirtschaftliche Stellung auf Dauer unter Vermeidung des Leistungswettbewerbs festzuschreiben. Die Wirtschaftsverfassung einer letztlich dem Menschen, nicht dem Wachstum, verantwortlichen Sozialen Marktwirtschaft erodierte dadurch Stück für Stück. Sie ausgehend von einer korrumpierten Wirtschaftsverfassung wieder vollständig neu zu errichten, ist mit Hayek angesichts des evolutarischen Charakters der Rechtsfortentwicklung, der mannigfaltiges Erfahrungswissen speichert, weitaus schwerer, als sie von vornherein dauerhaft zu erhalten.⁷⁸³ Auch Eucken hat sich in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik genau deshalb intensiv einer Analyse der Unterstützerguppen der Wettbewerbsordnung gewidmet und nach Prinzipien gesucht, die die Rechtsordnung des Wettbewerbs stabil und flexibel, d.h. offen für neue Entwicklungen, halten.⁷⁸⁴ Die politischen Ideen der Wachstumskritik laufen auf einen bewussten Systemwechsel hinaus, der das komplexe institutionelle Arrangement der wettbewerblichen Wirtschaftsordnung infrage stellt. Im Folgenden wird dieser Systemwechsel, wie ihn Miegel und Jackson in ihrer Wachstumskritik skizzieren, kritisch zu analysieren sein.

⁷⁸³ Hayek schreibt, „dass keine einzelne menschliche Intelligenz dazu fähig ist, die geeignetsten abstrakten Regeln zu erfinden, weil jene, die sich allmählich im Prozeß des Wachstums der Gesellschaft herausgebildet haben, die Erfahrung von weit mehr Versuchen und Irrtümern verkörpern als irgendeine Intelligenz sie erwerben könnte.“ F. A. Hayek, „Wirtschaftstheorie und Wissen – Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre“ in: *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache A 1*, Tübingen: Siebeck, 2007.

⁷⁸⁴ Vgl. Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 253.

4.5. Konsequenzen der Transformation zur Postwachstumsgesellschaft

Die Wachstumskritik geht von der These aus, dass das globale Wirtschaftswachstum bisher entlang einer geometrischen Reihe exponentiell verlief, aufgrund ökologischer und sozialer Krisenerscheinungen aber ohne entschiedenes Handeln ein Kollaps drohe. Wachstumskritiker sehen *exogene* und zugleich auch *absolute* Grenzen des Wachstums. Solche Grenzen sind für Denker in der Tradition Thomas Robert Malthus` und des Club of Rome in der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, der begrenzten Reproduktionsrate der Natur sowie den Gesetzen der Physik zu suchen. Diese Grenzen haben allesamt gemein, dass sie wie das Ende eines Tunnels gedacht werden, auf das sich die menschliche Zivilisation im zügigen Marsch zubewege.⁷⁸⁵ „Grenze“ ist hier also ganz wörtlich als absolutes Maximum wirtschaftlicher Prosperität zu verstehen.

Die ordnungsökonomische Sichtweise vertritt demgegenüber eine Sichtweise bezüglich des menschlichen Gestaltungsspielraums, wie sie im Denken Karl Poppers vorzufinden ist – eine Sichtweise, in der die Zukunft stets offen ist, wir aber zumindest grobe Gesetzmäßigkeiten als Wenn-Dann-Aussagen ermitteln können, mit deren Hilfe es gelingen sollte, gesellschaftliche Anforderungen dann zu lösen, wenn sie auf uns zukommen.⁷⁸⁶ Temporäre Grenzen stellen sich in dieser Sichtweise gleichwohl für Gesellschaften als Ganzes, wie auch für jeden einzelnen Akteur durch die Knappheit der verfügbaren Mittel sowie durch die Leistungsfähigkeit des institutionellen Rahmens, in welchem wirtschaftlicher Austausch und gesellschaftliches Handeln erfolgt. Auf gesellschaftlicher Ebene droht aus ordnungsökonomischer Sicht insbesondere kollektives Handeln, etwa durch Rent-Seeking, eine Konstellation heraufzubeschwören, die einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stillstand erzwingt, indem es den spontan und dezentral stattfindenden Prozess des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs zum Erliegen bringt. Dieses Verständnis temporärer sozialer (institutioneller) Grenzen beruht auf der Annahme, dass in einer Welt mit *realen* politischen Akteuren und mit *realen* Institutionen, die naturgemäß immer Spielräume

⁷⁸⁵ Dennis Meadows beschreibt seine Vorstellung sogar ganz explizit mit der Analogie eines auf eine Wand zufahrenden Autos. Vgl. FAZ, „Ein Gespräch mit Dennis Meadows: Grüne Industrie ist reine Phantasie.“ <http://www.faz.net/aktuell/wissen/klima/ein-gespraech-mit-dennis-meadows-gruene-industrie-ist-reine-phantasie-11980763.html> (letzter Zugriff: 16. April 2014).

⁷⁸⁶ Hayek spricht von der Beschränkung auf Erklärungen des Prinzips bzw. auf Mustervoraussagen, mit denen sich die Sozialwissenschaften bescheiden müssen. Die dahinterliegenden Grenzen menschlicher Erkenntnis gesellschaftlicher Prozesse greifen aus Sicht Hayeks erst Recht auf der Ebene der politischen Gestaltung von Regeln. Vgl. F. A. Hayek, „Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung – Aufsätze zur politischen Philosophie und Theorie“ in: Gesammelte Schriften in deutscher Sprache B 4 (Tübingen: Mohr Siebeck, 2002), 72.

für Missbrauch lassen, perfekte Lösungen so gut wie nie realisiert werden können. *Ideale* Politikentwürfe scheitern daher notorisch an der Realität, weshalb das ordnungsökonomische Denken Reformvorschläge als sogenannte „second best solutions“ auf Basis eines gegebenen rechtlich-gesellschaftlichen Status quo anstelle von theoretischen Idealzuständen anstrebt. Dies wird in der Literatur auch als die sogenannte „Status quo-Orientierung“ und im Gegensatz zu einem „Nirvana-Fehlschluss“ (Harold Demsetz) bezeichnet, der ideale Lösungen losgelöst vom Status Quo anstrebt.⁷⁸⁷ Harold Demsetz beschreibt diesen Fehlschluss als eine Sichtweise, „(...) that now pervades much public policy economics [and which] implicitly presents the relevant choice as between an ideal norm and an existing ‚imperfect‘ institutional arrangement. This *nirvana* approach differs considerably from a *comparative institution* approach in which the relevant choice is between alternative real institutional arrangements.“⁷⁸⁸

Die Wachstumskritik folgt demgegenüber klar erkennbar der Strategie, ein normatives Ideal („Postwachstumsgesellschaft“) als Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung zu skizzieren. Sie verlässt damit das Feld einer vom Status Quo ausgehenden Argumentationsweise zugunsten eines Neuentwurfs der Regeln, Strukturen und Verhaltensnormen der Gesellschaft im Sinne eines Systemwechsels. Tim Jackson entwirft nach eigener Aussage in „Wohlstand ohne Wachstum“ nicht weniger als eine „vollkommen andere Gesellschaft“, in der nicht nur die Spielregeln – Gesetze und Normen – umfassend neu gestaltet werden, sondern auch die psychosozialen Eigenschaften der Menschen zum Gegenstand einer rationalen Gestaltung werden.⁷⁸⁹ Die Bewohner einer Postwachstumsgesellschaft sollen nicht einfach nur unter veränderten Anreizsystemen (d.h. *Regeln*) ihr *Verhalten* ändern. Sie sollen auch ihre Lebenseinstellung und die moralischen Faktoren, die sie bei ihren Entscheidungen berücksichtigen, an ihr neues Leben anpassen. Ihre Bedürfnisstruktur und ihr Verständnis von einem guten Leben werden sich zum Besseren verändern, wenn entsprechende Maßnahmen der Regierung einen dafür geeigneten Prozess initiierten.

⁷⁸⁷ Auf die Notwendigkeit, wirtschaftspolitische Maßnahmen strikt am Status Quo auszurichten, verweist insbesondere James M. Buchanan, dessen konstitutioneller Liberalismus auf einem Hobbes'schen Naturzustand beruht. Buchanans Theorie der Wahl von Regeln unter Anwendung des Homo Oeconomicus-Modells kann als Beispiel ordnungsökonomischen Denkens v.a. in der Tradition Euckens verstanden werden. Unterschiede zu Hayek bestehen vor allem in der Gewichtung bewusster rationaler Gestaltungsversuche von Ordnungspolitik gegenüber evolutionärer Normengenese. Vgl. James M. Buchanan, „The status of the "status quo".“ *Constitutional political economy* 15, Nr. 2 (2004): 133–144.

⁷⁸⁸ Harold Demsetz, „Information and Efficiency: Another Viewpoint“. *Journal of Law and Economics* 12 (April 1969): 1.

⁷⁸⁹ Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 171f.

Dazu gehört für Jackson vor allem die Anpassung der „Strukturen“ der Gesellschaft, etwa durch das Verbot von Werbung, die Minderung des Leistungswettbewerbs zwischen den Arbeitnehmern, durch eine starke Grenzbesteuerung hoher Einkommen, die Angleichung der Vermögensverhältnisse, durch eine Senkung der Arbeitszeit zugunsten größerer Freizeit und nicht zuletzt durch eine Erziehung zum Gemeinsinn. Der Bewohner einer Postwachstumsgesellschaft löst sich damit, so das Kalkül, vom Streben nach sozialer Anerkennung und Status mithilfe von Konsum und lernt stattdessen Selbstlosigkeit und Genügsamkeit zu schätzen, etwa in dem er die Neidkonsequenzen in seinem sozialen Umfeld ethisch ebenso in sein Handeln einbezieht, wie die globalen und intergenerationellen ökologischen Folgen seines Konsumverhaltens.⁷⁹⁰ Allgemeinwohl und individuelles Handeln fallen bei Jackson durch eine Verbesserung der menschlichen Existenz aufgrund veränderter Strukturen, welche dabei helfen, das Beste im Menschen zu entdecken, zusammen. Regel- und Verhaltenssteuerung wird nach den Plänen der jüngeren Wachstumskritik zumindest teilweise ersetzt durch eine Veränderung des Selbst- und Rollenverständnisses der Menschen in der Gesellschaft. Zu dieser Ansicht gelangt auch Ralf Fücks. Fücks setzt sich unter anderem mit der ökologischen politischen Theorie Dennis Meadows und Rudolf Bahros auseinander, an deren Denken viele ökologische Strategien angeknüpft haben. Er kommt zu der Erkenntnis, dass es sich um eine gemeinsame Schule des Denkens über das Verhältnis von Gesellschaft und Natur handele, die sich einig sei in ihrem Glauben an die Unüberwindbarkeit ökologischer Grenzen, aber auseinanderfalle an der Frage, *wie* eine Reduktion unter diese Grenzen zu erreichen sei. Die eine Teilgruppe setzte auf den Weg zurück in die vorindustrielle Welt, die andere auf die Umerziehung des Menschen durch den modernen Staat. Er schreibt: „Wenn die menschliche Gattung nur durch Abkehr von der industriellen Moderne vor der Selbstzerstörung gerettet werden kann, müssten wir alle Hoffnung fahren lassen. Dann bliebe allenfalls noch die autoritäre Notstandsverwaltung, um die kommenden Krisen einzudämmen. Davon hat Bahro Abstand genommen. Er setzte auf eine spirituelle Revolution von unten, ausgehend von kleinen Gemeinschaften, die als Ferment für die große Transformation wirken sollten. Trotz aller Absage an Macht und Gewalt hat das Projekt einer kompletten mentalen Reprogrammierung des Menschen etwas Totalitäres. Bahro wendet sich gegen die Hybris einer Zivilisation, die auf Beherrschung der Natur zielt. Aber im Aufruf zum Umbau der Tiefenstrukturen der

⁷⁹⁰ Vgl. ebd.

menschlichen Psyche steckt eine noch größere Anmaßung.“⁷⁹¹

Im folgenden gilt es nunmehr zu untersuchen, wie es um die Realisierungschancen einer Postwachstumsgesellschaft bestellt ist, sowohl was den Transformationsprozess angeht, als auch den politischen Alltag, sobald das Ziel einmal voll erreicht ist. Kann das derzeit in Deutschland vorherrschende (wirtschafts-)verfassungsrechtliche Arrangement Bestand haben, wenn wir der Regierung nicht nur den Auftrag erteilen, das Wachstum der Wirtschaft zu unterbinden (Steady-State-Ökonomie), sondern zugleich für eine ganz erhebliche Neuausrichtung von Konsummustern und Investitionen im Sinne einer Dekarbonisierung zu sorgen? Kann der soeben skizzierte Auftrag eines Managements gesellschaftlicher Strukturen mit dem Ziel einer sozialeren Gesellschaft, die mit weniger auskommt als bisher, nahtlos in eine demokratische, liberale und marktwirtschaftliche Ordnung integriert werden? Genauer ist zu fragen: Wo kommt es entlang des Weges in die Postwachstumsgesellschaft zu Problemen und Konflikten, die diesen Weg gefährden könnten? Wie ist es um die Chance bestellt, das normative Ideal in die Realität zu überführen, angesichts ganz praktischer Probleme? Drei Gruppen von Problemen sind unter Berücksichtigung des ordnungsökonomischen Denkens Walter Euckens und F. A. Hayeks anzusprechen. Erstens ist auf die Rolle des Wählers in der Demokratie zu verweisen. Zweitens ist die Stabilität des Wohlstands in einer Steady-State-Ökonomie in Zweifel zu ziehen. Drittens ist auf die Rolle der Regierung, insbesondere auf die mit dem Transformationsprozess einhergehenden Veränderungen, näher einzugehen.

Zum ersten Aspekt: Die Tatsache, dass die Bürger nicht nur als postmaterialistisch denkende *cityoén*, sondern stets zumindest *auch* als an der Einkommensentwicklung interessierte Wirtschaftsbürger in der Demokratie ihre Regierung wählen, sollte bei der Beurteilung der Erfolgchancen einer am Steady-State orientierten Politik mehr Berücksichtigung finden. Als These ausgedrückt: Unter funktionierenden demokratischen Spielregeln ist auf Dauer keine Politik zulasten der allgemeinen Einkommensentwicklung breiter Bevölkerungsteile durchzuhalten. Dies soll am Beispiel Großbritanniens demonstriert werden, das durch eine wettbewerbswirtschaftliche Radikalkur unter Margeret Thatcher die wirtschaftliche Stagnation der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte erfolgreich überwinden konnte. Beginnend nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und unter großer Unterstützung der breiten Masse der Bevölkerung wurden in Großbritannien zahlreiche Industrien verstaatlicht und umfangreiche

⁷⁹¹ Ralf Fücks, „Intelligent wachsen. Die grüne Revolution.“ (München: Hanser, 2013), 149f.

sozialpolitische Reformen eingeführt, um dem wachsenden Bedürfnis nach sozialer Sicherheit unter den Briten entgegenzukommen. Im Laufe der folgenden zwei bis drei Jahrzehnte musste die britische Bevölkerung allerdings erkennen, dass das Vereinigte Königreich mittlerweile hinter die vom Krieg zerstörte, nunmehr fest in das westliche Bündnis integrierte Bundesrepublik hinsichtlich der Pro-Kopf-Einkommen zurückfiel. Diese Beobachtung kann inzwischen empirisch bestätigt und genau beziffert werden.⁷⁹² Theoretisch liegt mittlerweile eine Erklärung für das Zurückfallen Großbritanniens in dieser Zeit vor. Durch den schleichenden Ausbau der Macht von Interessengruppen hatte sich die „institutionelle Sklerose“ (Mancur Olson) soweit vertieft, dass die Wirtschaft Großbritanniens seit Beginn der 1970er Jahre unter hoher Arbeitslosigkeit und Inflation bei sehr geringen Wachstumsraten zu leiden hatte. Starke organisierte Interessen, darunter insbesondere die Gewerkschaften der Montanindustrie, setzten in dieser Lage hohe Lohnabschlüsse und Jobgarantien auf Kosten der Wachstumsaussichten der Allgemeinheit durch und verzögerten dadurch den überfälligen Strukturwandel, z.B. im Kohlebergbau.⁷⁹³ Die Bürger Großbritanniens wählten 1979 mit Margeret Thatcher eine Premierministerin, die eine radikale Wende in der britischen Wirtschaftspolitik versprach und insbesondere die starke Stellung der Gewerkschaften in der Folge beschnitt. 2007, vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, hatte Großbritannien Deutschland beim Pro-Kopf-Einkommen erneut überholt.

Es liegt nahe, hier einen sich im Moment der ökonomischen Krise durchsetzenden Willen der britischen Bürger der 1970er Jahre auszumachen, alles nur erdenkliche in Kauf zu nehmen, um endlich wieder an das Trendwachstum der Einkommen anzuschließen, das in anderen Industriestaaten realisiert werden konnte. Die breite Masse der Bevölkerung war nicht bereit, auch nur den relativen Abstieg ihres Landes

⁷⁹² Der Ökonom John Van Reenen befasst sich mit der relativen Leistungsfähigkeit der britischen Ökonomie im Vergleich zu der der USA, Frankreichs und Deutschlands und bewertet daran die wirtschaftspolitische Leistung Thatchers. Er schreibt: „Although the UK has enjoyed significant improvements in material wellbeing for well over two centuries, UK GDP per capita was in *relative* decline compared with other leading countries, such as France, Germany and the US, from at least 1870 onwards (see Figure 1). The UK’s relative decline reflected an almost inevitable catch-up of other countries whose institutions created the right kind of investment climate. But by the late 1970s the UK had been comprehensively overtaken: US GDP per capita was 40% higher than the UK’s and the major continental European countries were 10-15% ahead. The subsequent three decades, in contrast, saw the UK’s relative performance improve substantially so that by 2007, on the eve of the crisis, UK GDP per capita had overtaken both France and Germany and reduced significantly the gap with the US.“ John Van Reenen, „The economic legacy of Mrs. Thatcher is a mixed bag“. <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/the-economic-legacy-of-mrs-thatcher-2/> (letzter Zugriff: 11. Juli 2015).

⁷⁹³ Vgl. Mancur Olson, *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, 2. Aufl. (Tübingen: Mohr, 1991).

hinter vergleichbare Industrienationen in Kauf zu nehmen. Dabei handelt es sich natürlich nur um ein einzelnes Beispiel, das nicht überbewertet werden darf. Dennoch lohnt der Gedanke: Sollte diese Haltung der Wähler auch in anderen Staaten und in der heutigen Zeit vorzufinden sein, so stellt dies ein erhebliches Problem für die Strategie der gezielten Wachstumsrücknahme dar. Wie soll eine bewusste und auf Dauer angelegte Beschneidung der Wachstumsraten der Realeinkommen auf die Unterstützung der Bürger treffen, wenn diese u. U. selbst das relative Zurückfallen hinter vergleichbare Nationen an der Wahlurne zu vermeiden suchen? Das Problem lässt sich noch weiter differenzieren, wenn wir von der Ebene des Ländervergleichs auf die innerstaatliche Ebene zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen wechseln.

Eine auf das Ideal der Postwachstumsgesellschaft verpflichtete Regierung, die beispielsweise eine Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit beschließt, beeinträchtigt damit die wirtschaftlichen Interessen einzelner Bevölkerungskreise in unterschiedlicher Weise, je nachdem, wie sehr deren Existenz auf den Erfolg im internationalen Standortwettbewerb beruht. Beamte und Angestellte in Staatsbetrieben werden anders betroffen sein, als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Exportindustrie. Es ist zu erwarten, dass eine solche Maßnahme zu Interessenkonflikten führt, nämlich zwischen denjenigen Gruppen, deren Arbeitsplätze als sicher gelten und denjenigen, für die die Herabsetzung der Arbeitszeit die Lohnstückkosten deutlich über das international konkurrenzfähige Maß erhöht und die folglich ihre Existenzgrundlage bedroht sehen müssen. Im politischen Prozess eines demokratischen Verfassungsstaats, wie er derzeit z.B. in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht ist, würde eine solche Maßnahme höchstwahrscheinlich sehr schnell zurückgenommen werden, sobald die Zahl der Betroffenen ausreichend groß und politisch ausreichend gut organisiert ist. In einer am Ziel eines Steady-State ausgerichteten politischen Ordnung müsste jedoch eine andere Lösung gefunden werden, um den wirtschaftlichen Verlierern wachstumsreduzierender Maßnahmen wie der Arbeitszeitverkürzung in Zeiten der Transformation eine neue wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen und so den sozialen Frieden zu gewährleisten, ohne dadurch jedoch weiteres Wachstum zu initiieren. Die Rolle der Regierung, auf die noch näher einzugehen ist, muss sich hierfür ebenfalls verändern. Sie verantwortet die Maßnahmen, die Teile der Bevölkerung wirtschaftlich erheblich belastet. An sie werden sich diese Gruppen natürlich mit der Forderung wenden, für angemessene Kompensation zu sorgen. Die Verteilung des Wohlstands wird daher im Rahmen einer Steady-State-Politik zu einer viel drängenderen, als in einer offenen

Wettbewerbsökonomie, in der die Rolle der Regierung auf die Rahmensetzung beschränkt bleibt.

Zweitens ist auf das Problem der Stabilität des Wohlstands in einer Steady-State-Ökonomie einzugehen. Es soll im folgenden gezeigt werden, dass eine unterschätzte Fragilität des angestrebten Zustands konstanten Wohlstands bei dauerhaftem Nullwachstum vorliegt. Hierfür muss die besondere Bedeutung des Rechts als gewachsene Ordnung im ordnungsökonomischen Denkens betont werden. Wohl definierte Institutionen schaffen Anreize für wirtschaftliches Handeln. Von ihrer Ausgestaltung hängt es maßgeblich ab, welcher Wohlstand erreicht und dann auch erhalten werden kann. Es könnte daher auch gesagt werden: Aus der Perspektive des ordnungsökonomischen Denkens stellt die geltende Rechtsordnung Deutschlands sowie der Europäischen Union eine Form von *Kapital* dar, auf dem der erreichte materielle Wohlstand, wie auch die Chance auf weiteres Wachstum in nicht unerheblichem Maße beruht. In dem sich ständig weiter ausdifferenzierenden Regelsystem ist ein schwer zu messender, aber erheblicher Umfang politischer Erfahrungen über die Anreizwirkung unterschiedlicher Arrangements von Rechten enthalten.⁷⁹⁵ Funktionierende Leistungsanreize aufgrund von Institutionen sind zugleich entscheidend für die Stabilität von Gesellschaften und erst recht für die Effizienz ihres Wirtschaftssystems. Gerade deshalb macht es Sinn, von Institutionen als Kapital zu sprechen. Bekanntermaßen zeigte das historische Experiment einer vollständigen Kontrolle des Wirtschaftslebens im sozialistischen Ostblock von 1945-1991, dass es in der wirtschaftspolitischen Praxis sehr schwer ist, Menschen dauerhaft zu Kreativität und Fleiß zu motivieren, gerade auf jenen Gebieten, die der Allgemeinheit zugute kommen – und ohne den Menschen die Möglichkeit zu gewähren, unmittelbar persönlich von ihrem Engagement zu profitieren.⁷⁹⁶ Zwang konnte den Mangel an Leistungsanreizen und den Überfluss an falschen Anreizen einer dirigistischen Zentralverwaltungswirtschaft nicht

⁷⁹⁵ Institutionen werden laufend an neue Erscheinungen und Wettbewerbssituationen angepasst. Politik ist in diesem Sinne ein ewiger Lernprozess, bei dem notwendiger Weise Fehler gemacht werden, die sich in unintendierten Konsequenzen gesetzgeberischer Vorhaben ausdrücken. Werden diese nicht intendierten Konsequenzen regelmäßig durch Regelmodifikation wieder internalisiert, so besteht ein gewisser Grund für Optimismus hinsichtlich der langfristigen Qualität des politischen Outputs in Demokratien. Man beachte in diesem Zusammenhang die Argumentation Karl Poppers, der sich für einen Prozeduralismus in ähnlicher Wendung wie Hayek einsetzte, beruhend auf der Erkenntnis der Überlegenheit schrittweisen Vorgehens in der Politik. Vgl. Karl Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 8. Auflage (Tübingen: Mohr, 2003).

⁷⁹⁶ Eine konzise Analyse der fehlerhaften Anreize im Wirtschaftssystem der Sowjetunion liefert Mancur Olson. Vgl. Mancur Olson, *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, 2. Aufl. (Tübingen: Mohr, 1991). Bei Acemoğlu und Robinson wird in einer Fallstudie der institutionelle Makel am planwirtschaftlichen Modell herausgestellt. Acemoğlu, Daron und James A. Robinson, *Why nations fail*, 124ff.

kompensieren. Ein solches moralisches, wirtschaftliches und politisches Totalversagen eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sollte für bei der Bewertung der Chancen und Risiken der Idee einer neuen ökologischen Wirtschaftsordnung nicht unbeachtet bleiben. Zwei Momente der Instabilität sind mit Eucken und Hayek in einer Postwachstumsgesellschaft konkret zu erwarten. Das eine Moment ist rein wirtschaftlicher Natur. Das andere betrifft die Bedingungen der Moral in einer solchen Gesellschaft. Beide sind eng miteinander verbunden:

Zunehmende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess zerstören die Investitionssicherheit der Wirtschaft. Die betroffene Volkswirtschaft wird in eine Situation der Unterinvestition aufgrund von Rechtsunsicherheit geraten, gerade auf dem Gebiet der ökologisch besonders wichtigen langfristigen Investitionen im Energiesektor und in der Infrastruktur. Schließlich wird der Staat geneigt sein, unmittelbare Befehlsinstrumente zu nutzen, um den Umbau der Infrastruktur voranzutreiben. Dies stellt eine klassische Interventionsspirale dar. Die gefährdet jedoch letztlich den ökologischen Umbau des Kapitalstocks, auf den es etwa für eine Dekarbonisierung wesentlich ankommt, da dem Staat das notwendige Wissen fehlt, das er benötigt, um effiziente Investitionen von ineffizienten zu trennen. Dies gilt sowohl für die kostengünstigste Umsetzung gegebener ökologischer Ziele, wie auch für andere Investitionen hinsichtlich der reinen Rendite. Aufgrund bestehender Interdependenzen innerhalb der Volkswirtschaft (Eucken) wird die Aufgabe, die normativ im Wohlstandskonzept der Postwachstumsgesellschaft weiterhin akzeptierten Konsumgüter bereitzustellen, ebenfalls in den Sog staatlicher Kontrolle gezogen. Die Versorgung der Bevölkerung wird zum ständigen Politikum und Quell verschärfter Auseinandersetzungen. Fehlende Leistungsanreize zerstören nach und nach die Bereitschaft, einst selbstverständliche Leistungen zu erbringen. Qualität und Quantität der Güter je Arbeitskraft – die Produktivität, nimmt immer weiter ab. Der als selbstverständlich betrachtete materielle Wohlstand beginnt zu erodieren.

Auf einen weiteren Aspekt weist vor allem Hayek eingehend hin: Keine Regierung oder Organisation anderen Typs kann wissen, welche Güterbündel für die Lebenszufriedenheit der Bevölkerung maßgeblich sind, denn diese Informationen werden erst im Wettbewerb ermittelt. Wettbewerb gilt der ökologischen Wachstumskritik als Motor des Strebens nach Wachstum und Kern der schädlichen Dynamik. Er wird von einer Steady-State-Politik daher unmittelbar beeinträchtigt, denn, wie Walter Eucken in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik herausstellt, gilt: Wird

die Institution des Wettbewerbs nicht von staatlicher Seite aktiv unterstützt und als gesellschaftlich produktiv anerkannt, kann sie auf Dauer niemals aus sich selbst heraus bestehen.⁷⁹⁷ In der Folge mangelnden Wettbewerbs klafft in der Regel eine stetig wachsende Lücke zwischen Konsumnachfrage und -angebot, da Kapital und Arbeit dirigistisch für Güter und Dienste zugeteilt werden, die nicht in der selben Weise, wie geplant, benötigt werden. Das politische Projekt der Herstellung dauerhaften Nullwachstums (Steady-State) steht mit Hayek weiterhin vor dem Problem, angesichts der Flut wirtschaftlicher Informationen, die der Wirtschaftsprozess erfordert, das eng gefasste makroökonomische Ziel überhaupt treffgenau zu erreichen, ohne laufend neue, unvorhergesehene Konsequenzen auszulösen, die dann ad hoc durch neue Interventionen in den Wirtschaftsprozess wieder aufgefangen werden müssten.⁷⁹⁸

Ohne Produkt- und Verfahreninnovationen in den Unternehmen und ohne funktionierenden Wettbewerb verliert ein Wirtschaftsstandort darüber hinaus gegenüber dem Rest der Welt fortlaufend an Boden. Die gesamte Volkswirtschaft einer Postwachstumsökonomie müsste mit hoher Wahrscheinlichkeit vom internationalen Waren-, Kapital- und Devisenmarkt isoliert werden, um sich den Folgen der Steady-State-Politik, insbesondere der Beschränkung von Rationalisierungsprozessen in der Industrie, durch den internationalen Wettbewerb zu entziehen. Protektionismus wird von der jüngeren ökologischen Wachstumskritik, so auch bei Meinhard Miegel und Tim

⁷⁹⁷ Deshalb spricht Eucken von der Interdependenz der Ordnungen. Die in concreto vorzufindenden Abläufe des Wirtschaftsprozesses sind fundamental auf die Rechtsordnung angewiesen, die der Staat setzt. Umgekehrt kommt es u.a. zu „Strukturwandlungen des Staates“, wird die Aufgabe der Ordnung vernachlässigt. Wirtschaft und Politik müssen für Eucken immer unter Berücksichtigung der konkreten Folgen und als Einheit gedacht werden. Vgl. Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 169-175; 180ff.

⁷⁹⁸ Diese These liegt nahe, wenn wir die wirtschaftstheoretische Kritik an der sozialistischen Wirtschaftsplanung, die auf größtmögliche Zentralisierung ausgelegt war, auf das Ansinnen einer präzise gesteuerten Postwachstumsökonomie übertragen. Dies ist auch deshalb möglich, weil Hayek und andere Ökonomen die zentralisierte Planung und nicht die Ziele des Sozialismus selbst untersuchten und kritisierten. Diese Mittel wiederum ähneln sich mit denen, die für die neuen Ziele einer Postwachstumsgesellschaft eingesetzt werden sollen. Hayek schreibt: „For the present it will be convenient to use the term socialism to describe the traditional socialist ends and to use the term planning to describe the method (...). In the narrower sense of the term it can be said, then, that it is possible to have much planning with little socialism or little planning and much socialism. The method of planning in any case can certainly be used for purposes which have nothing to do with the ethical aims of socialism.“ F. A. Hayek, „The Nature and History of the Problem“ in: ders. (Hrsg.), *Collectivist Economic Planning*, New York: August M. Kelley, o.J.A., 15. Die Kritik besteht darin, dass jede Form von Wirtschaftsordnung auf die koordinierende Funktion von Preisen angewiesen ist, in denen die relative Knappheit der Güter als Information gespeichert ist. Zentralisierte Ökonomien kennen jedoch keine Preise, weil sich diese erst auf Märkten als Produkt dezentralen Handelns bilden können. Die Missallokation von Ressourcen im Fall zentraler Wirtschaftssteuerung ist damit ein allgemein zu erwartendes Phänomen, ganz unabhängig von den spezifischen Zielen des Sozialismus. Vgl. ebd., 27. Vgl. auch die weiteren Beiträge von Pierson und Mises im gleichen Band: Vgl. F. A. Hayek (Hrsg.), *Collectivist Economic Planning*, New York: August M. Kelley, o. J. A. Siehe auch F. A. Hayek, „Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 103–121.

Jackson, als aussichtsreiches Element der steady-state-Idee diskutiert, da der Transport über große Strecken sehr energieintensiv ist und das Konsumwachstum durch niedrige Löhne im Ausland anfacht.⁷⁹⁹ Die zu erwartende Politik der Abschottung einer Postwachstumsökonomie wird letztlich auch alle Menschenströme umfassen müssen, denn wie Meinhard Miegel selbst feststellt, stimmen Menschen nicht nur mit den Füßen ab, wenn sie die Beschränkung ihrer Freiheit als unerträglich empfinden, sondern auch und gerade dann, wenn die wirtschaftlichen Aussichten im Ausland attraktiver erscheinen.⁸⁰⁰ Ein Brain-Drain wird dennoch weder von Jackson noch von Miegel ins Kalkül einbezogen und muss daher als zusätzliches Moment der Instabilität für ein anvisiertes optimales Einkommensniveau aufgefasst werden.

Mit Euckens Hinweis auf die „Interdependenz der Ordnungen“ ist davon auszugehen, dass bei Aufrechterhaltung einer Postwachstumspolitik Schritt für Schritt eine immer intensivere Steuerung des Wirtschaftsprozesses entstände, in deren weiteren Verlauf zunehmend auch Veränderungen außerhalb der Sphäre der Wirtschaftsordnung eintreten. Hier entstehen schnell Fragilitätsmomente moralischer Natur, außerhalb des Marktes. Mit Eucken muss mit einer Abkehr von der dezentralen und offenen Wirtschaftsordnung des Marktes auch eine Veränderung der informellen Normen und der politischen Kultur (bis hin zur Auswahl des Personals der Eliten) einher gehen. Dies können durchaus Veränderungen sein, die auf lange Sicht eine Erosion der Normen für

⁷⁹⁹ Miegel befasst sich weit weniger mit konkreten wirtschaftspolitischen Umsetzungen, als Jackson. Auch in seiner Wachstumskritik liegt der Schwerpunkt auf den kognitiven Mustern und Einstellungen, wie sie insbesondere in Deutschland vorliegen. Einzelne Stellen, die Aufschluss darüber geben, dass auch Miegel gegen fortgesetzten Freihandel ist, finden sich dessen ungeachtet. So schreibt er über „Exzesse“, zu denen nicht nur der Immobilienboom in den USA, sondern auch „die hohen Exporte in Deutschland und China“ gehört hätten. Er fordert „Macht Schluss damit, das sind Exzesse!“ Meinhard Miegel, *Exit*, 235. Tim Jackson ist hier insofern gar nicht anders zu interpretieren, als unter Zurkenntnisnahme seiner These der Unmöglichkeit absoluter Entkopplung gepaart mit seinen wirtschaftspolitischen Vorschlägen davon ausgegangen werden muss, dass es zu einer Beeinträchtigung des Freihandels kommt. So sind Verbote von Werbung, Subventionen der Öffentlich-Rechtlichen Sender, Verstaatlichungen im Energiesektor und eine gegen Luxusgüter gerichtete Einkommenspolitik nicht zu haben, ohne in erheblichem Maße Schaden an der Exportindustrie unserer wichtigsten Handelspartner auszulösen. Schließlich besteht bei Jackson und hier auch bei Miegel Einigkeit darin, dass Arbeit *umverteilt* werden kann (Lump of Labour Fallacy). Diese Vorstellung verleitet üblicherweise dazu, eine Einstellungspolitik ungeachtet der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durchzusetzen – ohne flankierende protektionistische Maßnahmen wird dies aber zu erneuter Arbeitslosigkeit führen, da inländische Konsumenten ansonsten vermehrt ausländische (günstigere) Produkten erwerben würden.

⁸⁰⁰ Er schreibt: „Doch das Trugbild war nicht von Dauer. 1989 war alles vorbei. Das ändert allerdings nichts daran, dass der real existierende Sozialismus noch heute existent wäre, wäre er wirtschaftlich ähnlich erfolgreich gewesen wie der kapitalistische Westen. (...) Ein wirtschaftlich erfolgreicher Osten hätte keiner Mauer, keines Todesstreifens und keines Eisernen Vorhangs bedurft (...). Darüber darf sich der Westen keine Illusionen machen: Obsiegt hat nicht sein Wertesystem, sondern seine materielle Überlegenheit. Der Freiheitsdurst der meisten hält sich in Grenzen, wenn ihre Mägen voll und die Dächer über ihren Köpfen dicht sind und vor der Haustür ein schmuckes Auto steht.“ Dies zeigt: Für Miegel ist gerade bei wirtschaftlicher Not im Vergleich zum Ausland mit Abwanderung zu rechnen, wie einst von der DDR in die BRD. Miegel, *Exit*, 59.

ein friedliches Zusammenleben in Freiheit bedeuten könnten, wenn die überragende Bedeutung des Ordnungsproblems verkannt wird.⁸⁰¹ Treu und Glauben, Vertrauen und Toleranz gegenüber Fremden, Respekt vor den Mitmenschen und ihrem Eigentum und vor der Schutzwürdigkeit der Familie sind, wirtschaftsethisch betrachtet, immer wieder in Mitleidenschaft gezogen worden, weil es sich aus Sicht der Mehrheit nicht mehr lohnte, für diese Werte einzustehen. Auf eine solche nicht intendierte Bedrohung der Bedingungen der Moral verweist in ordnungsökonomischer Tradition der Wirtschaftsethiker Karl Homann. Homann betont, dass Institutionen die *Bedingungen* moralisch guten Handelns sichern und erhalten müssen.⁸⁰² Ohne richtige Anreize und erst Recht gegen anderslautende Anreize werden nur die wenigsten Menschen an den heute allgemein anerkannten humanistischen Moralvorstellungen festhalten, die das Zusammenleben in einer anonymen Großgesellschaft aber erst ermöglichen.⁸⁰³ Ein politisches Projekt, das von den Menschen verlangt, laufend mehr für eine abstrakte Vorstellung des Guten zu tun, als sie in ihrem eigenen Interesse tun können und wollen, ist mit Hohmann, Eucken und Hayek geradezu darauf angelegt, entweder im frühen Stadium ihrer Entfaltung zu scheitern oder in eine Spirale abzugleiten, bei der das Gute des Menschen schließlich erzwungen werden muss. Das Erbe tradierter Regeln des friedlichen Zusammenlebens freier Bürger einer anonymen Großgesellschaft, die Hayek die „Great Society“ nannte, ist wesentlich schneller zerstört, als gemeinhin angenommen. Die sehr anspruchsvollen moralischen Standards der Wachstumskritiker an das Verhalten und Denken jedes einzelnen Menschen, als Teil der Verwirklichung einer Postwachstumsgesellschaft, sind dabei ein Musterbeispiel moralischer

⁸⁰¹ Eucken schreibt: „Jedes Ordnungsstreben steht vor dem Problem, daß nicht nur der Bereich, auf den es sich richtet, sondern alle Ordnungen menschlichen Zusammenlebens bis heute in der ganzen Welt bis in die Fundamente erschüttert sind.“ Er führt weiter aus: „Die Wirtschaftsordnung ist – so wissen wir – die Gesamtheit der Formen, in denen sich die Lenkung des alltäglichen Wirtschaftsprozesses in concreto jeweils erfolgt. Und diese Formen der Wirtschaftslenkung stehen in naher Verbindung zur Ordnung der *Gesellschaft*.“ Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 180f. Eine zentralverwaltungswirtschaftliche Organisation des Wirtschaftsprozesses führe zu einer anderen Führerauslese, einer Zentralisierung der politischen Gliederung anstelle von Föderalismus, einer Abschaffung von Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, uvm. Vgl. ebd., 181f. Er schreibt weiterhin: „Wir müssen uns daran gewöhnen, daß feierliche Fragen nach der geistig-seelischen Existenz des Menschen mit sehr nüchternen Fragen der wirtschaftlichen Lenkungsmechanik untrennbar verbunden sind. (...) Dem wirtschaftlichen Ordnungsproblem können wir nicht entgehen.“ Ebd. 184.

⁸⁰² Siehe Karl Homann und Andreas Suchanek, *Ökonomik: Eine Einführung*, 2., überarb. Aufl. Neue ökonomische Grundrisse (Tübingen: Mohr Siebeck, 2005).

⁸⁰³ Mit Homann ist dies immer dann der Fall, wenn die „Handlungsbedingungen“ moralisches Handeln unter hohe Kosten stellen. Dies kann und ist in der Wettbewerbsordnung natürlich ebenfalls regelmäßig der Fall, weshalb es einer staatlichen Anpassung der Rahmenordnung bedarf, um die Bedingungen der Moral zu verbessern. Vgl. Karl Hohmann und Christoph Lütge, *Einführung in die Wirtschaftsethik*, Münster: LIT-Verlag, 2004, 25ff.

Überforderung, bei der das Moralisieren am Ende der Moral schaden wird.

Kommen wir zum dritten und letzten Aspekt, der Rolle der Regierung in der Postwachstumsökonomie. Hierfür sollte zunächst noch einmal ein Überblick hergestellt werden, über welche Maßnahmen die ökologischen und sozialen Ziele der Wachstumskritik erreicht werden sollen. Die Wirtschaftsordnung, die beispielsweise Tim Jackson vorschwebt, läuft auf eine Kombination verschiedener Maßnahmen hinaus, die noch einmal stichpunktartig genannt werden sollen:⁸⁰⁴

- Verstaatlichung von Industrien
- Beschäftigungspolitik unter Missachtung der Wirtschaftlichkeit
- Interventionen zur Verhinderung von Produktivitätsfortschritten durch Rationalisierung
- Kontrolle der Ersparnisse der Bevölkerung
- Gelenkte Investitionen in arbeitsintensive und umweltfreundliche Branchen
- Öffentliche Kontrolle der Geldmenge
- Staatliche Lohnpolitik und Regulierung der Arbeitszeit
- Beeinflussung der Werte und Sehnsüchte der Menschen (..) sowie eine „Stärkere Rolle des Staates“⁸⁰⁵

Angesichts des Umfangs und der Tragweite der wirtschaftspolitischen Vorschläge Jacksons liegt es auf der Hand, dass es sich bei der Wirtschaftsordnung des Steady-State um einen Ansatz handelt, der eine nicht zu leugnende Ähnlichkeit mit sozialistischen Positionen aufweist, die eine Sozialisierung der Wirtschaft durch die Arbeiterschaft unter dem Grundsatz der „Sozialen Gerechtigkeit“ fordern und hierzu auf eine rationale Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch den Staat setzen.⁸⁰⁷ Das vorrangige Ziel Jacksons unterscheidet sich zwar durchaus erheblich von klassischen linken Forderungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, denn nicht die Steigerung des

⁸⁰⁴ Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 172ff.

⁸⁰⁵ Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 165, 173.

⁸⁰⁷ Auf die Differenzierung in die Methode der Planung und die Ziele des Sozialismus wurde bereits verwiesen. Siehe Fußnote 783. Die Ähnlichkeit mit den Zielen und Methoden des Sozialismus im weiteren Sinne liegt schon durch einen Verweis auf den Begriff des Sozialismus, wie er beispielsweise bei Gabler definiert ist: „Konzept für eine Gesellschaftsordnung, in der Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit zwischen allen Menschen gewährleistet ist. Sozialistische Konzeptionen fordern v.a. eine Umgestaltung der Eigentumsordnung durch Überführung der Produktionsmittel und der Produktionsgrundlagen in Staatseigentum, aber zumindest eine staatliche Kontrolle der Produktionsmittel. Außerdem ist die zentrale Lenkung der Wirtschaftsprozesse eine weitere Grundlage.“ Vgl. Dirk Piekenbrock, *Gabler Kompakt-Lexikon Wirtschaft*, Wiesbaden: Gabler, 2010, 403.

Wohlstands der Arbeitnehmer, sondern die Statik der Wirtschaft steht hier im Vordergrund. Die *Mittel*, auf die dabei zurückgegriffen werden soll, sind aber Teil desselben wirtschaftspolitischen Instrumentariums. Mehr noch, der gleiche Staat, der aus Sicht der ökologischen Wachstumskritik in der Vergangenheit viel zu leichtfertig den Forderungen der Arbeitnehmer nach höheren Löhnen und mehr Wachstum und der Industrie nach geringen Umweltstandards und guten Investitionsbedingungen nachgekommen ist, soll nun im Rahmen der Steady-State-Politik, mit umfassenderen Kompetenzen ausgestattet, die Wirtschaft für das Ziel permanenter wirtschaftlicher Statik – auch gegen die begründeten Einwände betroffener Interessengruppen (s.o.) – neuordnen.

Hier bietet die ordnungsökonomische Perspektive ein geeignetes theoretisches Rüstzeug an, um mit einiger Sicherheit abschätzen zu können, dass ein mithilfe fortlaufender Eingriffe in den Wirtschaftsprozess zu verwirklichender Steady-State in einer vernetzten globalen Ökonomie zu ernsthaften Veränderungen der praktisch gelebten Demokratie führen muss. Dies beginnt damit, welche Handlungslogik politischen Akteuren unterstellt wird. Die politischen Handlungsträger des Staates sind sicher keine „Hüter des Allgemeinwohls“, sondern ihrerseits Menschen mit eigenen Interessen und Zielen. Der wachsenden Verfügungsmacht auf die Ressourcen der Bevölkerung steht in den Konzepten der Wachstumskritiker aber keine Vorkehrung gegenüber, wie Machtmissbrauch verhindert werden kann. Das gesamte Maßnahmenpaket steigert damit die Anfälligkeit des Staates gegenüber organisierten Interessengruppen, die ihre Errungenschaften mit einem Bestandsschutz versehen werden wollen. Zwischen dem entworfenen Plan zur ökologisch minimal invasiven Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen im Rahmen einer „Buchhaltung des Gedeihens“ und dem tatsächlich realisiertem Plan wird sich auch daher eine immer größere Lücke auftun. Es kommt darüber hinaus aufgrund des Einflusses von Interessengruppen in einer Postwachstumsgesellschaft schneller als üblich zu Inflation, da jede Lobby besonders viel daran gelegen sein muss, politisch herbeigeführte Ausfälle an anderer Stelle durch Preissteigerungen zu kompensieren.

4.6. Die Bedeutung der Staatsverschuldung für die Wachstumskritik

Wie soeben gezeigt werden konnte, ist eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Kompatibilität der Idee einer Postwachstumsgesellschaft mit den Institutionen einer liberalen Wirtschaftsverfassung durchaus angebracht, zumindest wenn das eigeninteressierte Handeln der Akteure über eine längere Zeitspanne – dynamisch – mit ins Kalkül einbezogen wird. Diese Skepsis soll weiter untermauert werden, indem auf die Bedeutung der Staatsverschuldung verwiesen wird. Eine stabile Wirtschaftsordnung ist ohne stabile Staatsfinanzen nicht möglich. Walter Eucken betont beispielsweise die Bedeutung einer gewissen Konstanz der Wirtschaftspolitik, zu der überschuldete Staaten im Falle eines Zahlungsausfalls so gut wie nie in der Lage sind. Die Frage der Stabilität der Staatsfinanzen mit Blick auf eine Steady-State-Politik aufzuwerfen, ist also auch aus ordnungsökonomischer Sicht von Bedeutung.

Der Fall des Mittelmeeranrainers Griechenlands zeigt aktuelle besonders, welche Gefahren sich ergeben, wenn ein Staat aufgrund unterentwickelter Regierungsführung über längere Zeiträume nicht nur mehr ausgibt, als er einnimmt, sondern es zugleich auch nicht vermag, die Bedingungen für stabiles Wirtschaftswachstum zu schaffen. Griechenland ist seit 1981 Mitglied der Europäischen Union. Zuvor regierte eine Junta das Land von 1967 bis 1974. „Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1829 erlitt das Land fünf Mal einen Staatsbankrott und verbrachte damit mehr als die Hälfte seiner Zeit im zahlungsunfähigen Zustand.“⁸⁰⁸ Bis kurz vor der Finanzkrise 2008 und ihrem Übergreifen auf die Staatshaushalte 2009 konnten sich die südeuropäischen Staaten infolge der Euro-Einführung zu sehr günstigen Zinsen verschulden. Gerade der griechische Staat machte von dieser Gelegenheit regen Gebrauch und nahm hohe Kredite in Form von Staatsanleihen auf. Zugleich erlebten sämtliche südeuropäische Staaten einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung. Griechenlands Bruttoinlandsprodukt verdoppelte sich von 1999 bis 2007 auf über 320 Milliarden US-Dollar.⁸⁰⁹

⁸⁰⁸ Vgl. Heike Anger, „Die spektakulärsten Staatsbankrotte“. <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/ueberschuldung-die-spektakulaersten-staatsbankrotte/3353410.html?slp=false&p=7&a=false#image> (letzter Zugriff: 10. Juni 2014).

⁸⁰⁹ So sanken die Zinsen für südeuropäische Staatsanleihen bis auf das durchschnittliche Niveau in der Eurozone (sog. Konvergenz). Vgl. European Central Bank (ECB), „Long-term interest rate statistics for EU member-states.“ <https://www.ecb.europa.eu/stats/money/long/html/index.en.html> (letzter Zugriff 16. Juli 2015). Daten zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Griechenland sind online verfügbar. Vgl. Trading Economics, „Greece GDP“. <http://www.tradingeconomics.com/greece/gdp> (letzter Zugriff 15. Juli 2015).

Seitdem die Finanzkrise aus Amerika im Jahr 2009 den Euroraum erreicht hat, sind mehrere Staaten Süd- und Südosteuropas – darunter auch Griechenland – in wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Die Banken in diesen Staaten mussten von den Regierungen mit milliardenschweren Rettungspaketen gestützt werden. Doch schon bald stand die Kreditwürdigkeit der südeuropäischen Staaten selbst in Zweifel. Nachdem der Anleihemarkt etwa zehn Jahre lang kaum einen in Zinsen messbaren Unterschied (Risikoaufschlag) zu den leistungsstarken Staaten der Europäischen Union wie Deutschland, Finnland, Holland und Österreich gemacht hatte, zogen die Risikoaufschläge im Zuge der veränderten Rahmenbedingungen ab 2009 rasch an. Die Zinsen für südeuropäische Staatsanleihen, allen voran Griechische, stiegen seit 2010 auf immer neue Höhen und gefährden die Zahlungsfähigkeit der hochverschuldeten Länder.⁸¹⁰ Griechenlands Schuldenstand war bereits 2010 bei 145% des BIP angelangt, nach 130% im Jahr 2009 und 100% in 2008.⁸¹¹ Anders als in Japan, das seit Jahren mit einem ebenfalls sehr hohen Schuldenstand umzugehen hat, sind die griechischen Schulden größtenteils keine Inlands-, sondern Auslandsschulden, v.a. bei europäischen Banken. Die Summe aus hohem Schuldenstand, steigendem Staatsdefizit (2009: 13,6%), steigender Zinslast (zeitweilig über 10%), geringem bis gar keinem Wachstum (Rezession seit 2008, Industrieproduktion 2009: -8,8%), hoher Arbeitslosigkeit (2010 schon 12%, 2012 21%, Jugendarbeitslosigkeit 2009: 25%, 2012: 51,2%) und Kapitalflucht machen Griechenland zum Krisenstaat.⁸¹²

Seit 2010 sind mehrere Rettungspakete und Stabilisierungsmechanismen, darunter die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) von der Europäischen Union, den europäischen Nationalstaaten und dem IWF auf den Weg gebracht worden (sog. Troika). Im Oktober 2011 wurde ein Schuldenschnitt („Haircut“) über mehr als 50% des nominellen Werts der griechischen Anleihen beschlossen. Zugleich wurden dem Land von der sog. Troika strikte fiskalpolitische Vorgaben gemacht, die darauf abzielten, das Defizit des griechischen Haushalts zu reduzieren und die Leistungsfähigkeit der griechischen

⁸¹⁰ Vgl. Philipp R. Lane, „Capital Flows in the Euro Area“, European Commission Working Papers 497 (2013), 22

⁸¹¹ Daten zur Entwicklung der griechischen Staatsverschuldung sind online verfügbar. Vgl. Trading Economics, „Greece Government Debt to GDP“. <http://www.tradingeconomics.com/greece/government-debt-to-gdp> (letzter Zugriff 15. Juli 2015).

⁸¹² Daten zur Entwicklung der Arbeitslosenquote in Griechenland sind online verfügbar. Vgl. Trading Economics, „Greece Unemployment Rate“. <http://www.tradingeconomics.com/greece/unemployment-rate> (letzter Zugriff 15. Juli 2015).

Wirtschaft wieder herzustellen. So beschloss das griechische Parlament im Mai 2010 ein mit EU und IWF ausgehandeltes Kürzungspaket über 30 Mrd Euro bis 2013. Ende Juni kam ein Kürzungspaket von 78 Mrd bis 2015 hinzu.⁸¹³ Bei jedem weiteren Rettungspaket kommt es seither zu Verhandlungen zwischen Kreditgebern und Kreditnehmer, bei dem die Geberseite versucht, möglichst langfristige Zusagen zu Sparmaßnahmen und wirtschaftlichen Reformen zu erhalten, die die Regierung in Griechenland wiederum aufgrund innenpolitischen Widerstands zu vermeiden sucht. Seit Ausbruch der Krise ist die Wirtschaft in Griechenland real um 12,5% gesunken. Die Jugendarbeitslosigkeit lag im März 2012 bei 51,2%, die Arbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung bei 21%.⁸¹⁴ Aus Furcht vor einem Ausstieg Griechenlands aus dem Euro hat ein großer Teil der Bevölkerung des Landes seine Sparguthaben bereits ins Ausland verbracht. Die Investitionstätigkeit ist auf historischem Tief. Die Wirtschaftskrise hat über die Frage der wirtschaftlichen Zukunft Griechenlands und der Stabilität der Währungsunion hinaus starke Auswirkungen auf das politische Klima des Landes. Das Parlament wurde am 11. April 2012 aufgelöst. Bei den Wahlen im Mai 2012 haben extreme Kräfte starken Zulauf erhalten. Rechtsradikale (XA, ANEL), und Kommunisten (KKE) sind auf dem Vormarsch. Diejenigen Kräfte, die sich für die Sparmaßnahmen aussprachen, wie etwa die linke Partei Syriza und die bürgerlich-konservative Nea Demokratia wurden vom Wähler abgestraft. Das Land droht an der Herausforderung, der Forderung nach Einschnitten zu entsprechen und zugleich einen Weg zu mehr Wachstum und damit geringerer Schuldenlast, geringerer Arbeitslosigkeit, höheren Löhnen usw. zu finden zu zerbrechen. Aus der Krise Griechenlands können wichtige Lektionen mit Blick auf die Realisierungschancen einer Wirtschaftspolitik des Steady-State gezogen werden:

Erstens: Es ist wesentlich schwerer, langanhaltendes Wachstum zu schaffen, als kurzfristig für eine Steigerung der Wirtschaftsleistung zu sorgen. Griechenlands Wirtschaft hat seit den Jahren der Euro-Einführung ein Wachstum von 100% in nur 9 Jahren erlebt. Im Nachhinein zeigt sich, dass dieses Wachstum auf exogene Faktoren, wie den außergewöhnlichen Kapitalzufluss aus dem Euroraum zurückzuführen und daher die Nachhaltigkeit des griechischen Wachstums nicht gegeben war. Die schlechten Institutionen des griechischen Staates haben den Zufluss von Direktinvestitionen aus

⁸¹³ Für einen Überblick über die Rettungspakete und ihre Folgen vgl. Ulf-Dieter Klemm und Wolfgang Schultheiß (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland* (Frankfurt a. M.: Campus, 2015).

⁸¹⁴ Vgl. Trading Economics, „Greece Unemployment Rate“

Deutschland und anderen Kapitalgebern und die Möglichkeit der billigen Verschuldung in falsche Richtungen gelenkt. Statt in zukunftssträngige Branchen zu investieren und die Qualität der staatlichen Kollektivgüter zu steigern, wurden zwar die Staatsausgaben erhöht, Strukturreformen aber gemieden. So ist die Korruption in Griechenland seit dauerhaft sehr hoch.⁸¹⁵ Es dauert erheblich länger, eine Firma in Griechenland zu eröffnen, als in anderen europäischen Staaten.⁸¹⁶ Die Rechtssicherheit ist unterdurchschnittlich.⁸¹⁷ Aus Sicht des ordnungsökonomischen Denkens sowie unter Rückgriff auf den bereits vorgestellten institutionenökonomischen Ansatzes von Daron Acemoğlu und James A. Robinson handelt es sich im Fall von Griechenlands um das Ergebnis schlechter institutioneller Bedingungen für stabiles Wachstum. Einflussreiche Interessengruppen, darunter insbesondere Gewerkschaften und Arbeitnehmer der Staatsbetriebe und der Monopolunternehmen, verhindern eine Öffnung der Märkte für Newcomer und damit den notwendigen Strukturwandel.⁸¹⁸ Der notwendige Strukturwandel, wie er in anderen Staaten stattfand, ist daher ausgeblieben. Politische Entscheidungen haben dazu geführt, dass das wirtschaftliche Handeln der Menschen in Griechenland in unproduktive Bahnen gelenkt wurde. Der Ausweg für Griechenland kann daher auch nur eine Reform dieser Regelsysteme hin zu offeneren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sein. Das erfordert einen Paradigmenwechsel auf politischer Ebene. Die Wahlergebnisse seit der Wahl am 17. Juni 2012 deuten darauf hin, dass die Griechen infolge der Krise geneigt sind, Parteien ihre Stimme zu geben, die die für den Niedergang verantwortlichen Strukturen verteidigen oder gar noch ausbauen wollen,

⁸¹⁵ Im Corruption-Perception-Index von Transparency International nahm Griechenland im Jahr 2000 den Rangplatz 35 von 90 Staaten ein (Rang 1 = geringste Korruption). Im Jahr 2010 wurde Rangplatz 78 von 178 belegt. Im Jahr 2014 Rangplatz 69 von 175. Von einer Verbesserung kann also keine Rede sein. Siehe <http://www.transparency.org/research/cpi/>

⁸¹⁶ Im Ease-of-Doing-Business-Index der Weltbank belegte Griechenland im Jahr 2015 Rang 61 (Rang 1 = bestes Umfeld für Investitionen). Im Jahr 2010 Rang 109 und im Jahr 2006, dem Beginn des Projekts, Rang 87. Die Werte entstammen den jährlichen Reports der Weltbank. Das Online-Lexikon Wikipedia bietet eine Übersicht. Vgl. Wikipedia, The Free Encyclopedia, „Ease of doing business index“. https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Ease_of_doing_business_index&oldid=670218770 (letzter Zugriff 15. Juli 2015).

⁸¹⁷ Hierzu bietet der von der Heritage Foundation entwickelte Index of Economic Freedom aussagekräftige Informationen. Griechenland erhielt 2014 den Rang 114, im Jahr 2015 sogar Rang 130. Im Teilindex „Property Rights“ erzielte Griechenland 40 von 100 maximalen Punkten. Vgl. Wikipedia, The Free Encyclopedia, „Index of Economic Freedom“. https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Index_of_Economic_Freedom&oldid=664655536 (letzter Zugriff 15. Juli 2015).

⁸¹⁸ Erinnern wir uns an die Definition Acemoğlus und Robinsons inklusiver ökonomischer Institutionen, bei der ein „level playing field“ als entscheidend beurteilt wurde. In gleicher Hinsicht verlangt Eucken die Schaffung eines Systems vollständiger Konkurrenz, während Hayek mit demselben Ziel (Schaffung eines offenen Marktes) die Unterbindung von Zwang durch private Interessengruppen propagiert. Vgl. Daron Acemoğlu und James A. Robinson, *Why Nations Fail*, 74f. Siehe Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 264-270. Vgl. F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 292-297.

statt in der Krise eine Chance zu sehen, um die „institutionelle Sklerose“ (Mancur Olson) zu überwinden.

Zweitens: Ein Staat, dessen Wirtschaft nicht wächst, darf langfristig keine Schulden mehr aufnehmen. Da Staaten, empirisch betrachtet, aber stark dazu neigen, sich zu verschulden, braucht es nicht weiter überraschen, dass es in der Vergangenheit im Interesse der Staaten war, Wachstum zu ermöglichen und zu fördern um den finanziellen Handlungsspielraum zu erweitern.⁸¹⁹ Die Abhängigkeit vom Kapitalmarkt, der die Staaten mit Anlegern zusammenbringt, ist hier als ein Disziplinierungsinstrument zu sehen, das unerbittlich Wirtschaftsreformen belohnt, die auf eine Öffnung der Märkte, eine effiziente Bürokratie und eine regelgeleitete, stabile Wirtschaftspolitik hinauslaufen. Auch aus diesem Grund ist die zu erwartende Isolation, die mit einer Politik des Steady-State erwartet werden muss, als schädlich für die Wirtschaftsordnung zu betrachten. Staaten neigen, seit es hierzu Daten gibt, dazu, Schulden aufzunehmen – sei es für eine luxuriöse Hofführung, Kriege, Privilegien, umfassende Sozialleistungen oder große Bauprojekte.⁸²⁰ Die Einnahmen sind aus Sicht der politisch Verantwortlichen an der Spitze eines jeden Staates stets zu gering, um allen Ausgabenwünsche entsprechen zu können. Staaten haben daher nur drei Optionen, wie sie diese Differenz aus Ansprüchen und begrenzten Mitteln schließen können, vorausgesetzt dass Ausgabekürzungen an anderer Stelle keine Option darstellen.⁸²¹

Erstens können die Steuern erhöht und so direkt steigende Einnahmen erzeugt werden. Da die Erhöhung der Steuern bei den Bürgern in der Regel auf Widerstand stößt, ist dies jedoch nur begrenzt möglich. Zudem kann es vorkommen, dass trotz steigender

⁸¹⁹ Zur empirischen Entwicklung der Staatsverschuldung ist zunächst auf das Wachstum der Staatsausgaben zu verweisen. Das „Wagnersche Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit“ besagt etwa, dass der Staat in einem „fortschreitenden Culturvolk“ wachse. Dies ist auch empirisch belegt. Die Staatsverschuldung als Saldo aus Staatseinnahmen und Ausgaben ist für alle Staaten ebenfalls stark angestiegen (absolut wie relativ zum BIP), was auf laufende Haushaltsdefizite in den Staatshaushalten verweist. Ohne ein entsprechendes Wachstum der Wirtschaftsleistung wäre der beobachtete Trend wachsender Staatsausgaben und Schulden beidermaßen unmöglich gewesen. Vgl. zum Wachstum der Staatsausgaben Charles B. Blankart, *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*, 3. Aufl., München: Vahlen, 1998, S.143ff. Zur Staatsverschuldung vgl. ebd., 337ff. Zur Geschichte des sich entwickelnden Steuerstaats, der das Wachstum aus eigenem Interesse fördert vgl. mit Blick auf die deutsche Entwicklung Hans-Peter Ullmann, „Öffentliche Finanzen und Steuern in Deutschland zwischen Ancien Régime und Moderne“ in: ders., *Staat und Schulden. Öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2009), 19-26.

⁸²⁰ Zur Entwicklung der Staatsschulden sowie der Staatsausgaben und -einnahmen in Deutschland inklusive eines Vergleichs der Staatsverschuldung mit jener in den USA und Großbritannien siehe Marc Hansmann, *Vor dem dritten Staatsbankrott? Der Deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive* (München: Oldenbourg, 2012). Die deutsche Staatsverschuldung ist lediglich zwischen 1944 und 1959 relativ zum BIP gesunken („Schuldenquote“). In den USA sank die Quote in beachtenswerter Weise v.a. zwischen 1945 und etwa 1975 – aufgrund des hohen Nachkriegswachstums. Vgl. ebd., 13; 18.

⁸²¹ Vgl. Charles B. Blankart, *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*, 105ff.

Steuersätze keine Mehreinnahmen oder gar Mindereinnahmen erzielt werden, da steigende Steuerflucht und sinkende Arbeitsanreize die Mehreinnahmen übertreffen (Laffer-Kurve).⁸²² Der Staat kann darüber hinaus die Geldpolitik zur Staatsfinanzierung heranziehen. Dies ist etwa in Deutschland nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und auch bei der Aufrüstung unter Hitler in den Dreißiger Jahren auf verdecktem Wege geschehen. Das Drucken zusätzlicher Noten erlaubt direkt neue Staatsausgaben, insofern die Notenbank nicht unabhängig ist und ihre Seigniorage-Gewinne weiterleitet. Eine Ausweitung der Geldmenge führt aber stets ab einem gewissen Ausmaß zu steigender Inflation. Diese wiederum ist äußerst schädlich für die Volkswirtschaft und damit auch für die Steuereinnahmen des Staates. Inflation bietet aber aus staatlicher Perspektive einen positiven Nebeneffekt: Sie senkt den Wert aller nominellen Schulden. So gelang es der Weimarer Republik, ihre Schuldenlast auf Kosten der Bürger, die zuvor Staatsanleihen erworben hatten, durch Inflation erheblich zu verringern. Die dritte Möglichkeit ist damit ebenfalls angesprochen: Der Staat kann Anleihen, d.h. verzinste Schuldscheine, ausgeben, die unmittelbar für Staatsausgaben genutzt werden können und den positiven Aspekt aus Sicht des Staates mit sich bringen, dass sie keine unmittelbare negative Reaktion des Bürgers, wie im Fall von Steuern, nach sich ziehen. Verschuldung über Staatsanleihen am Kapitalmarkt ist also die politökonomisch attraktivste Form der Finanzierung, erlaubt sie doch quasi schmerzfreie Ausgaben ohne die in Demokratien üblichen Gegenreaktionen, wie sie bei Steuererhöhungen zu erwarten sind. Politisch liegt der Weg der Verschuldung also für jeden Regierungschef wesentlich näher als der Weg der unmittelbaren Finanzierung über Zwangsabgaben.⁸²³ Das Problem mit dieser Form der Staatsfinanzierung ist jedoch, dass die sie zu Lasten zukünftiger Regierungen erfolgt, die nicht nur den nominellen Betrag, sondern darüber hinaus auch Zinsen und Zinseszinsen aufbringen müssen. Damit bringt die Schuldenfinanzierung des Staates stets ein riskantes Moment mit sich: Auf Dauer kann stetige Verschuldung ohne entsprechende Steigerung der Staatseinnahmen, und das bedeutet letztlich Wirtschaftswachstum, nur im Staatsbankrott enden. In der

⁸²² Vgl. Charles B. Blankart, *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*, 240.

⁸²³ David Hume schrieb bereits 1752: „Für einen Minister ist es sehr verführerisch, ein derartiges Mittel [die Staatsschuld] zu benutzen, das ihn in den Stand setzt, während seiner Verwaltung den großen Mann zu spielen, ohne das Volk mit Steuern zu überladen, oder eine sofortige Unzufriedenheit gegen sich zu erregen. Die Praxis des Schuldenmachens wird daher fast unfehlbar von jeder Regierung mißbraucht werden. Es würde kaum geringere Klugheit offenbaren, einem verschwenderischen Sohne bei jedem Bankgeschäft in London Credit zu geben, als einen Staatsmann zu ermächtigen, in einer derartigen Weise Wechsel auf die Nachkommen zu geben.“ Zitiert nach Charles B. Blankart, *Öffentliche Finanzen in der Demokratie*, 337.

Finanzwissenschaft wird dies anschaulich gemacht mithilfe des Modells nach Domar, das bereits 1944 entwickelt wurde.⁸²⁴ Angenommen ein Staat nimmt jedes Jahr einen konstanten Anteil des Bruttoinlandsprodukts an Schulden auf, lässt sich unter Variation des Wirtschaftswachstums genau berechnen, auf welchen Schuldenstand – den Quotienten aus Gesamtschulden des Staates zum Bruttoinlandsprodukt – dies langfristig hinausläuft. Domar konnte zeigen, dass der Schuldenstand langfristig auf den Quotienten aus jährlicher Schuldenaufnahme geteilt durch das Wirtschaftswachstum konvergiert. So führt bspw. eine Schuldenaufnahme von 2% des BIP bei einem Wachstum von 4% zu einer langfristigen Schuldenstandsquote von 50%. Bei umgekehrten Werten ergäbe sich ein Schuldenstand von 200% des BIP. Auf das Verhältnis von Wachstum zur jährlichen Schuldenaufnahme kommt es mit Blick auf die Stabilität der Staatsfinanzen somit entscheidend an.

Deutschland war seit 1871 bereits dreimal bankrott: 1931 infolge der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen Unfähigkeit der Weimarer Republik, die Reparationen des Ersten Weltkriegs zu leisten, 1953 durch einen Haircut der USA zur Reduzierung der deutschen Schulden infolge des Zweiten Weltkriegs und 1990, als Bundeskanzler Helmut Kohl sich weigerte, das Londoner Abkommen von 1953 zu beachten und die Reparationsfrage nach der deutschen Einheit neu zu verhandeln.⁸²⁵ Griechenland war seit seiner Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich 1830 fünfmal bankrott. Staatspleiten wie diese können im Rahmen des Domar-Modells als Folge zu geringen Wachstums bei gleichzeitig zu hoher Schuldenaufnahme interpretiert werden. Es ist daher nur folgerichtig, dass die Europäische Union sehr darum bemüht ist, mit Griechenland ein Wachstumskonzept zu erarbeiten. Nur durch stabiles und möglichst hohes Wachstum kann der Schuldenstand reduziert werden und neuer Verteilungsspielraum geschaffen werden. Dass selbst hohe Schuldenstände mithilfe von Wachstum nach und nach reduziert werden können, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren nach dem Zweiten Weltkrieg mit über 100% des BIP verschuldet. Aber das Wirtschaftswunder der folgenden Jahrzehnte ermöglichte es, sich aus der hohen Schuldenlast *herauszuwachsen*, indem die Wirtschaft Jahr für Jahr schneller wuchs als neue Schulden aufgenommen wurden.⁸²⁶

Die Überwindung des Strebens nach Wachstum muss im Lichte des Domar-Modells

⁸²⁴ Vgl. ebd., 342f.

⁸²⁵ Vgl. Marc Hansmann, *Vor dem dritten Staatsbankrott?*, 11.

⁸²⁶ Vgl. ebd., 18.

solange mit äußerster Skepsis gesehen werden, wie Wachstumskritiker nicht realitätsnahe Vorschläge entwickeln, wie der geographisch wie historisch omnipräsente Drang des Staates zur unkontrollierten Schuldenaufnahme gestoppt werden kann. Hierzu haben weder Tim Jackson, noch Miegel Vorschläge unterbreitet, was erneut auf die gefährliche Nichtbeachtung der Bedeutung realer politischer Zusammenhänge im Denken der meisten Wachstumskritiker liegen dürfte. Das Schuldenproblem in Verbindung mit der Notwendigkeit, das Wachstum der Wirtschaft zu fördern, um den Gestaltungsspielraum des Staates zu erhalten, lässt eine weitere Vermutung zu:

Politischer Widerstand gegen die Postwachstumsgesellschaft im Sinne Jacksons und Miegels ist ebenso, wenn nicht sogar besonders stark, in der interventionsfreudigen Sozialdemokratie und dem Sozialflügel konservativer Parteien zu suchen, wie im regelgeleiteten Ordoliberalismus. Während der ordnungsökonomische Liberalismus auf die Gefahr einer Steady-State-Politik für die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verweist und gegenüber einer reduzierten Staatstätigkeit im Vergleich zum heutigen Niveau in den westlichen Staaten durchaus offen wäre, werden die vom Wohlfahrtsstaat ganz und gar überzeugten politischen Parteien das Wachstum der jährlichen Wirtschaftsleistung selbst mit besonderem Nachdruck verteidigen, schlicht um den weiteren Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates vorantreiben zu können. So, wie die Heranführung des Staates an seine fiskalischen Grenzen durch die Übernahme immer neuer gesellschaftlicher Aufgabenfelder durch den Staat auf die wohlfahrtsstaatlich offenen Parteien zurückgeht, so ist auch die Forderung nach Wachstum aus diesen Reihen nicht wegzudenken. Hierfür führen Miegel und Jackson im zu Beginn ihrer jeweiligen Wachstumskritik einschlägige Belege an (s.o). Ein interventionsfreudiger Staat, der nicht nur die Wirtschaftsordnung, sondern auch den Wirtschaftsprozess und das gesellschaftliche Miteinander aktiv gestalten (d.h. regulieren) will, statt in möglichst vielen Belangen auf die Kraft der Freiheit zu vertrauen und den Menschen selbst die Wahl ihrer Alternativen zu überlassen, ist in weitaus größerem Maße auf ein hohes und stabiles angewiesen, als ein Staat, der sich im Sinne Hayeks und Euckens auf seine Kernkompetenz, nämlich auf die Schaffung eines stabilen Rechtsrahmens freier Kooperation, besinnt und komplementär dazu die Eigenverantwortung des Einzelnen einfordert. So ist die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit in rigiden Arbeitsmärkten mit starken Gewerkschaften und Kündigungsvorschriften deutlich höher, als in flexiblen Arbeitsmärkten mit geringer Regulierung. Folglich braucht es ein besonders hohes Wirtschaftswachstum in Staaten

mit besonders hochregulierten Arbeitsmärkten. Ein Staat, der ein umlagefinanziertes Rentensystem einführt, einen Rückgang der arbeitenden Bevölkerung mit Wachstum ausgleichen. Je weniger Jahre Menschen in einem Land arbeiten und je früher ihnen ein abzugsfreier Renteneintritt in einem solchen System gestattet wird, desto höher muss das Wachstum ausfallen, um die Renten auch nur stabil zu halten. Werden Subventionen wie die Pendlerpauschale, das Elterngeld, das Ehegatten-Splitting usw. Jahr für Jahr aufrechterhalten, obwohl der Staatshaushalt strukturell unausgeglichen ist, muss die Volkswirtschaft wachsen, um den Staatsbankrott zu verhindern. Die Bevölkerung in Deutschland wird, das legt der Trend der letzten Dekaden nahe, mit sehr geringen Wachstumsraten auskommen müssen.⁸²⁷ Schon in einer Gesellschaft mit einer ausgeprägten Kultur der Eigenverantwortung wäre dieser Trend mit gravierenden Herausforderungen verbunden. Mit den drastischen Eingriffen in die freie Lebensgestaltung jedes Einzelnen, wie sie gerade Tim Jackson plant, ginge eine Erweiterung des staatlichen Einflussbereiches einher, der nur durch besonders starkes Wachstum langfristig aufrechterhalten werden kann. Hier denkt Meinhard Miegel einen Schritt weiter und bezieht den Glauben an die wohlfahrtsstaatliche Lösung gesellschaftlicher Probleme in seine Kritik mit ein, gibt zugleich jedoch einen Pessimismus aus, zu dem aus ordnungsökonomischer Sicht kein Anlass besteht. Hierauf wird im Abschnitt fünf einzugehen sein. Zunächst jedoch soll die Rolle der Wohlfahrtsmessung im politischen Ansatz Miegels und Jacksons kritisch analysiert werden.

⁸²⁷ Vgl. Stefanie Wahl und Karsten Gödderz, *Wachstumstrends in der EU6 und anderen früh industrialisierten Ländern 1960 bis 2050*. <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Wachstumstrends.pdf> (letzter Zugriff: 14. April 2014).

4.7. Wohlstandsmessung als Kompass zur Planung gesellschaftlicher Entwicklung?

Wohlstand ist das zentrale theoretische Konzept in den Arbeiten Meinhard Miegels und Tim Jacksons, um das sich alle Argumente ihrer Wachstumskritik positionieren lassen. Beide führen den Wohlstand schon im Titel ihrer Arbeiten als Kernbegriff an. Ziel ihrer Wachstumskritik ist es, den Wohlstand zu erhalten, aber den Nexus (privat-) wirtschaftlichen Austauschs zu minimieren, um dadurch die Umwelt zu entlasten – auch, weil positive Rückkopplungen für den sozialen Wohlstand erwartet werden. Wer sich auf dieser Ebene im Spannungsverhältnis von Wirtschaftskreislauf und außerökonomischen Bestimmungsgründen von Wohlstand um die Lebenszufriedenheit der Bürger sorgt, kommt nicht umher, das abstrakte Konstrukt des Wohlstands näher zu bestimmen, d.h. in Teilkomponenten zu zerlegen, denen schließlich empirische Messbarkeit zukommt (Operationalisierung). Im folgenden soll daher die Geschichte der Reformansätze und Alternativen des Bruttoinlandsprodukts kurz nachgezeichnet werden. Im Anschluss wird der Frage nachzugehen sein, welche Hoffnungen und Erwartungen im Zusammenhang mit Wohlstandsindices und in Hinblick auf eine politische Gestaltung der Rahmenbedingungen von Gesellschaft sinnvoll erscheinen.

Ausgangspunkt aller Bemühungen um eine empirische Messung von Wohlstand ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP ist das Ergebnis der sog. Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Sie wurde in den USA und Großbritannien als Reaktion auf das Fehlen wirtschaftlicher Indikatoren während der Großen Depression entwickelt und von beiden Nationen im Zweiten Weltkrieg zum ersten mal praktisch angewandt. Seit dem Sieg der Alliierten hat sich das Bruttoinlandsprodukt als Standard für die Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nationaler Ökonomien global durchgesetzt („System of National Accounts“, SNA).⁸²⁸ Das Bruttoinlandsprodukt wird heute von nahezu allen Staaten der Erde berechnet, wobei unterschiedliche, verrechnungsmäßig kompatible, Berechnungsmethoden zum Einsatz kommen. Es existieren drei gängige Berechnungswege des BIP: die Entstehungs-, die Verwendungs-, und die Verteilungsrechnung. Alle drei Wege basieren auf monetären Größen, die zum Teil aber fingiert werden, sobald keine Markttransaktionen vorliegen (Schätzung).⁸²⁹

⁸²⁸ Maßgeblich bei der Entwicklung der VGR war die Arbeit Richard Stones, der hierfür 1984 den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. Zur Frühphase der Entwicklung moderner Wohlstandsmessverfahren vgl. Toni Pierenkemper, *Wirtschaftsgeschichte: Die Entwicklung der modernen Volkswirtschaft*, 2. Aufl. (Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2015), 29ff.

⁸²⁹ Vgl. Michael Heine und Hansjörg Herr, *Volkswirtschaftslehre: Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*, 4. Aufl. (München: Oldenbourg, 2013), 319-335.

Die Entstehungsrechnung (1) definiert das Bruttoinlandsprodukt als Summe aller für den Endkunden produzierten Güter (Waren und Dienstleistungen) innerhalb einer Zeitperiode, zuzüglich der Produktionsabgaben und abzüglich der Subventionen. Die Verwendungsrechnung (2) setzt an den Ausgaben der volkswirtschaftlichen Sektoren an. Dies sind die Haushalte, die Unternehmen und der Staat. Unternehmen verwenden ihre Einnahmen für Investitionen, während der Staat in der Regel ausschließlich konsumiert und Haushalte für beides infrage kommen. Die Verteilungsrechnung (3) schließlich bestimmt das Bruttoinlandsprodukt über die innerhalb eines Jahres erwirtschafteten Einkommen der Haushalte und Unternehmen. Alle drei Verfahren sollten in der Regel ein und dasselbe Ergebnis zeitigen.

Das Bruttoinlandsprodukt wird in Politik, Wirtschaft und Forschung geschätzt, weil es das Bedürfnis nach vergleichbaren Informationen auf makroökonomischer Ebene über den materiellen Wohlstand aller Staaten adäquat befriedigen kann.⁸³⁰ So verwendet etwa die EZB das BIP zur Gestaltung ihrer Geldpolitik im Rahmen ihres Auftrages. Nahezu alle großen wirtschaftlichen Organisationen, etwa institutionelle Investoren, verwenden das BIP, um ländervergleichend nach den attraktivsten Anlagemöglichkeiten für das ihnen zur Verfügung stehende Kapital zu suchen. Gesellschaftliche Gruppierungen nutzen das BIP, wenn sie ihre Interessen durchzusetzen suchen, beispielsweise bei der Formulierung relativer Armutsniveaus.

Rund um das BIP existieren mehrere abgeleitete Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die spezifischen Informationsbedürfnissen besser gerecht werden als das absolute BIP.⁸³¹ So sagt das BIP wenig über den materiellen Wohlstand zweier Länder im Vergleich aus. Hierzu wird üblicherweise das BIP je Einwohner berechnet. Bevölkerungsveränderungen oder unterschiedliche Bevölkerungsniveaus können so herausgerechnet werden. Zusätzlich wird zwischen nominalem und realem BIP unterschieden. Bei Zeitreihen ist das nominale BIP wenig aussagekräftig, da Veränderungen ohne Kenntnisnahme der Inflation nichts über die reale Veränderung der Kaufkraft der Bürger eines Landes aussagen. Zu diesem Zweck wird das reale BIP

⁸³⁰ Aus diesem Grund wird das System of National Accounts laufend fortentwickelt. Die Letzte Fassung stammt aus dem Jahr 2008. Verantwortlich für die Fortentwicklung sind der IWF, die Weltbank, die Vereinten Nationen, die OECD und die Europäische Kommission. Vgl. European Communities et al., „System of National Accounts“ (2009). <http://unstats.un.org/unsd/nationalaccount/docs/SNA2008.pdf> (Letzter Zugriff: 15. Juli 2015).

⁸³¹ Michael Heine und Hansjörg Herr, *Volkswirtschaftslehre: Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*, 325.

mithilfe eines Basisjahrs gebildet. Es zählen hier also nicht die Marktpreise des jeweiligen Berechnungsjahres, sondern die Preise eines einzigen Basisjahres, wodurch die Vergleichbarkeit der Daten besser gegeben ist. Auch wird dem BIP das Bruttonationaleinkommen (BNE) entgegengesetzt. Während sich das BIP auf das jeweilige Land als Wirtschaftseinheit bezieht (Inlandsprinzip), umfasst das BNE alle Inhaber der entsprechenden Staatsangehörigkeit (Inländerprinzip). Besonders kleine Staaten erhalten oft signifikante Mittelzuflüsse von im Ausland lebenden Personen der eigenen Staatsangehörigkeit. Hier ist das BNE ein besserer Indikator als das BIP.

Relevant im Kontext dieser Arbeit ist das Bruttoinlandsprodukt, weil es die Ausgangsbasis für das gängige Verständnis von Wirtschaftswachstum bildet. In der Grundform bedeutet Wirtschaftswachstum nichts anderes als den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Laufe einer gegebenen Zeitperiode – üblicherweise einem Jahr. Auch hier kann mit Blick auf die Inflation zwischen nominalem und realem Wachstum unterschieden werden. Ebenso kann eine Veränderung des BIP pro Kopf als intensives Wachstum oder des BIP des Staats als extensives Wachstum definiert werden. Absolutes Wachstum bezeichnet den Anstieg des BIP in der jeweiligen Währung in absoluten Zahlen, relatives Wachstum die Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. In der Literatur wird auch das Konzept des qualitativen Wachstums diskutiert, wobei die bisherigen Formen als quantitatives bezeichnet werden können. Qualitatives Wachstum wird nicht in gleichem Maße einheitlich definiert, wie die bisher genannten Größen. Grundsätzlich liegt ihm die Idee der Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum zugrunde. So kann qualitatives Wachstum beispielsweise als Quotient aus quantitativem Wachstum und der Veränderung des Energiebedarfs definiert werden.⁸³² Es sind aber auch andere Indikatoren für den Ressourcenverbrauch im Nenner denkbar. In diesem Kontext wird auch vom spezifischen Energieverbrauch gesprochen, der angibt, wie viele Euro pro Energieeinheit erwirtschaftet werden konnten.

Das BIP gilt in Deutschland als wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik. Das Stabilitätsgesetz von 1967 legt neben dem Ziel einer geringen Inflation, einer niedrigen Arbeitslosigkeit und einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz auch ein „angemessenes

⁸³² Es existieren mehrere Definitionsansätze, die sich in drei Gruppen einteilen lassen, je nachdem, welche Faktoren den Wert des BIP relativieren sollen. Vgl. Kay Bourcarde und Christian Tripp, „Ausweg qualitatives Wachstum?“ in Institut für Wachstumsstudien (IWS) 2 2006, 25-27. http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Ausweg_qualitatives_Wachstum.pdf. Vgl. auch Helge Majer, *Wirtschaftswachstum . Paradigmenwechsel vom quantitativen zum qualitativen Wachstum* (München: 1994).

und stetiges Wirtschaftswachstum“ fest.⁸³³ Zusammen bilden diese Ziele das sog. Magische Viereck. Darüber hinaus kann davon gesprochen werden, dass in der Volkswirtschaftslehre eine wachstumsbefürwortende Grundhaltung vorherrscht. Herbert Giersch formuliert in seinem Lehrbuch diese Auffassung, die so auch bei anderen Werken – etwa Paul Samuelsons Klassiker „Economics“ vorherrscht: „Weil es vom Einkommen abhängt, in welchem Umfang das Vermögen gemehrt und die Bedürfnisse befriedigt werden können, richtet sich das wirtschaftliche Streben der Menschen in erster Linie auf die Erzielung von Einkommen, liegt der Kern des gesellschaftspolitischen Wohlstandsziels in der Steigerung des Netto-Sozialprodukts.“⁸³⁴ Giersch bringt hier auch den Begriff des Wohlstands ein, der in der Literatur als das breitere Konzept gegenüber dem der wirtschaftlichen Prosperität verstanden wird. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, dass sich Ökonomen, Politiker, wirtschaftliche Akteure und gesellschaftliche Gruppen nicht erst seit dem verstärkten Aufkommen der Wachstumskritik in Deutschland stets darüber einig waren, dass eine Steigerung der Einkommen und damit des BIP zwar zu einem äußerst wichtigen politischen Anliegen zu gehören hat, dass aber der Indikator des Bruttoinlandsprodukts nicht eins zu eins gleichgesetzt werden kann mit Begriffen wie Wohlfahrt, Glück, Lebenszufriedenheit, Nutzen, Befriedigung, oder entsprechenden Termini aus der englischsprachigen Welt wie „well-being“, „welfare“, etc.⁸³⁵ Hinter all diesen Begriffen stehen offensichtlich teils Jahrtausende alte philosophische, soziologische, psychologische und praktisch gelebte Begriffe, die in ihrer Verwendung jeweils einer Präzisierung bedürfen. Eine solche wird oftmals wesentlich schwieriger auf Zustimmung stoßen, als die Definition von materiellem Wohlstand durch das BIP. Das Bruttoinlandsprodukt wurde schon in unzähligen Arbeiten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kritisch reflektiert. Vier Kritikstränge können als klassische Probleme des BIP ausgemacht werden.⁸³⁶

Erstens ist das BIP unvollständig. Wirtschaftliche Aktivitäten, die an der Steuer vorbei stattfinden, wie Schwarzarbeit, Subsistenzwirtschaft sowie unentgeltliche Arbeiten der Bürger, wie Kinderbetreuung und Hausarbeit, gehen nicht in die Berechnung des BIP

⁸³³ Vgl. *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft: StabG* (08.06.1967).

⁸³⁴ Herbert Giersch, *Allgemeine Wirtschaftspolitik. Erster Band: Grundlagen*. Die Wirtschaftswissenschaften Reihe B 9, Lfg. 27/28 (Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, 1961), 86.

⁸³⁵ Vgl. ebd.

⁸³⁶ Vgl. Stefan Bergheim, „BIP allein macht nicht glücklich: Wohlergehen messen ist sinnvoll, aber schwierig.“ In: *Globale Wachstumszentren – Aktuelle Themen* 367 (2006). http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000202805.PDF (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).

ein. Das BIP *unterschätzt* daher den materiellen Wohlstand eines Landes. Zweitens werfen Kritiker ein, dass viele nach gängigen moralischen Standards negativ zu bewertende Ereignisse und Aktivitäten einen positiven Effekt auf das BIP haben. Hierzu zählen auch Naturkatastrophen, die durch den Wiederaufbau ebenso positive Effekte haben wie Unfälle, Kriege und Suchtkrankheiten. Es wird vorgebracht, dass dies gegen das BIP spreche, weil die Wiederherstellung eines Status quo ex ante (intakte Städte, Gesundheit, Frieden, usw.) trotz gestiegenem BIP keine Steigerung der Wohlfahrt der Bürger bedeute.⁸³⁷ Drittens wird gegen das BIP vorgebracht, dass Veränderungen des Kapitalstocks vollkommen unberücksichtigt bleiben und daher sowohl in engen ökonomischen Konstellationen als auch bei Naturkapital mit Blick auf ökologische Nachhaltigkeit eine erhebliche Wahrnehmungsdifferenz zwischen gemessenem Wohlstand und langfristig realisierbarem Wohlstand entstünde. So kann das BIP keine Auskunft über Unterinvestition geben, die als Fall von mangelnder ökonomischer Nachhaltigkeit interpretiert werden sollten, da der Bestand an Anlagen und Vermögen in die Flussgröße des BIP nicht einfließt. Ebenso geht jedwede Vernichtung von Natur nicht in das BIP mit ein. Natur, die im ökonomischen Sinne als Kapital verstanden werden kann, darf somit Jahr für Jahr zerstört werden, ohne dass das BIP dies in irgendeiner Weise als Verlust kennzeichnen würde.⁸³⁸ Das BIP ist damit blind für Kapitalveränderungen, die langfristig einen hohen Einfluss auf den Wohlstand haben können. Viertens besteht von empirischer Seite her Zweifel an der These, dass ein Anstieg des BIP auch einen vergleichbaren Anstieg der Lebenszufriedenheit zur Folge habe. Die These, die als Easterlin-Paradox in die Literatur Eingang gefunden hat, lautet, dass ab einem gewissen absoluten Einkommenslevel weitere Anstiege keine positiven Auswirkungen auf Glück oder Lebenszufriedenheit haben.⁸³⁹ Hierzu existiert eine sehr umfangreiche empirische Literatur mit sich teils widersprechenden Ergebnissen, auf die bereits bei der Diskussion der Wachstumskritik Miegels und Jacksons hingewiesen wurde.⁸⁴¹ Im Folgenden gilt es, die Reformanstrengungen als Antwort auf diese Mängel

⁸³⁷ Forscher von Deutsche Bank Research entgegnen, dass dies für sich genommen noch kein schlüssiges Problem des BIP sei, da im Grunde auch wirtschaftliche Aktivitäten wie der Erwerb von Nahrungsmitteln das genannte Problem aufweisen, nämlich lediglich einer Wiederherstellung eines als positiv wahrgenommenen Zustands zu dienen. Vgl. ebd., 4.

⁸³⁸ Vgl. Konrad Ott und Ralf Döring, *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, 179ff.

⁸³⁹ Vgl. Easterlin, „Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence“.

⁸⁴¹ Richard Easterlin sieht seine These auch nach über 30 Jahren empirisch bestätigt. Siehe Easterlin et al., „The happiness-income paradox revisited“. Gegen das Paradox und für einen positiven Zusammenhang von Glück und Wirtschaftswachstum siehe Michael R. Hagerty und Ruut Veenhoven, „Wealth and Happiness Revisited – Growing National Income Does Go with Greater Happiness.“ *Social Indicators Research* 64, Nr. 1 (2003): 1–27. sowie Betsey Stevenson und Justin Wolfers, „Economic growth and

kurz zusammenzufassen, ehe eine Reflexion der Ansätze mit Blick auf die mit ihnen verbundenen Erwartungen erfolgen kann.

Eine erste Welle alternativer Verfahren der Wohlfahrtsmessung ist für die 1970er Jahre auszumachen. Anregungen kamen aus unterschiedlichen Richtungen: In den Wirtschaftswissenschaften wurden zunehmend die Grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erkannt. Die Politik hatte eine kurze Phase der Planungseuphorie erlebt – wie etwa die Idee der Globalsteuerung bezeugt – und das Konzept der Lebensqualität geriet erstmals in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Wegweisend wurde der Aufsatz von Nordhaus und Tobin aus dem Jahre 1972. Sie stellen in „Is Growth obsolete?“ den ersten alternativen Index zur Wohlfahrtsmessung vor.⁸⁴² Er trägt den Namen „Measure of Economic Welfare (MEW)“. 1989 übernehmen Herman Daly und John B. Cobb zahlreiche Gedanken von Nordhaus und Tobin und bauen darauf in „For the common good“ auf.⁸⁴³ Hier entwickeln sie den „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW). Beiden Indizes ist gemein, dass sie die VGR um eine ökologische Komponente ergänzen. Es handelt sich daher um Nachhaltigkeitsindikatoren. Statt das Naturkapital aufgrund von Messproblemen schlicht bei der Bemessung des Wohlstands außen vor zu lassen, gehen hier wirtschaftliche Tätigkeiten, die das Naturkapital beeinträchtigen, nicht automatisch als Zugewinn in das Wohlstandsmaß ein, sondern werden mit dem Verlust an Natur verrechnet. Steigt das BIP etwa beim Roden von Wäldern oder dem Abbau von Rohstoffen, so saldieren der MEW und der ISEW die Erträge aus den damit verbundenen Geschäften (Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinsen, Pachten, usw.) mit der Senkung des Naturkapitals. Dieser Saldo kann positiv oder negativ ausfallen. Aus einer reinen Flussgröße wird hiermit zugleich eine Mischung aus Fluss- und Bestandsgrößen. Würden alle Staaten der Erde ihren Wohlstand nicht mithilfe des BIP erfassen, sondern stattdessen durch einen ökologischen Wohlstandsindex, würde die Zerstörung der Umwelt als Verlust in die Wirtschaftsrechnung der Staaten eingehen und zu einer Veränderung des Wirtschaftens hin zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, so die Hoffnung ökologischer Ökonomen wie Herman Daly. Soziale Aspekte spielen in diesen Indices mithin noch keine Rolle.

Der zweite Strang in der Geschichte der Entwicklung von Wohlfahrtsindikatoren beginnt

subjective well-being: reassessing the Easterlin paradox.“ *Brookings Papers on Economic Activity* 2008, Nr. 1 (2008): 1–87. <http://hdl.handle.net/10419/26439>.

⁸⁴² Vgl. Nordhaus und Tobin, „Is growth obsolete?“.

⁸⁴³ Vgl. Daly, Cobb und Cobb, *For the common good*.

mit der Umweltkonferenz von Rio im Jahre 1992. Hier wurde dem Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“ zum Durchbruch verholfen. In der auf der Konferenz verabschiedeten Agenda 21 beschlossen die Delegierten unter anderem die Entwicklung von Indikatoren zur Messung von Nachhaltigkeit. Ein Resultat ist der 2003 vorgestellte Weltbank-Bericht „Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt“, der die Messkonzepte zusammenfasst.⁸⁴⁴ Parallel zu dieser von der UN betriebenen Suche nach einem Nachhaltigkeitsindikator kann auf den bereits 1995 vom Think-Tank „Redefining Progress“ vorgestellten „Genuine progress Indicator“ (GPI) verwiesen werden.⁸⁴⁵ Beiden Indices, und vielen anschließenden Projekten, ist gemein, dass sie erstmals die soziale und die ökologische Komponente der Wohlfahrtsmessung verbinden. Statt das BIP allein um eine Nachhaltigkeitskomponente in Form einer Messung des Naturkapitalverbrauchs zu erweitern, bringen die Autoren hier verschiedene Messinstrumente ein, die auf das aggregierte Wohlbefinden der Menschen und die soziale Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes abzielen. Neben der Kriminalitätsrate wird hierfür die Verteilung der Einkommen immer wieder herangezogen, wobei Einkommensgleichheit stets zu einer positiven Entwicklung des Index führt. In den letzten zehn Jahren hat die Forschungsaktivität auf dem Gebiet der Wohlfahrtsmessung deutlich zugenommen. Neben den genannten Ansätzen haben Neuseeland, Großbritannien, Australien und das Königreich Bhutan eigene Ansätze der Wohlfahrtsmessung entwickelt. Die EU-Kommission arbeitet ebenso an geeigneten Messinstrumenten. Eine vom ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Nicholas Sarkozy eingesetzte Kommission unter Leitung der Wirtschaftsnobelpreisträger Armatya Sen und Joseph Stiglitz stellte ihren Bericht 2009 vor.⁸⁴⁶ Auch in der OECD wird an Indikatoren gearbeitet. In Deutschland wurde 2010 der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) entwickelt.⁸⁴⁷ Schließlich hat der Bundestag im Jahre 2010 eine Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ eingesetzt, die seit 2011 in vier Projektgruppen unter anderem auch zur „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-

⁸⁴⁴ Vgl. *World Development Report 2003: Sustainable development in a dynamic world* (New York, N.Y.: Oxford Univ. Press, 2003).

⁸⁴⁵ Der aktuellste GPI stammt von 2006. Siehe John Talberth, Clifford Cobb und Noah Slattery, „The Genuine Progress Indicator 2006“. <http://rprogress.org/publications/2007/GPI%202006.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).

⁸⁴⁶ Vgl. Stiglitz, Sen und Fitoussi, *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*.

⁸⁴⁷ Vgl. Hans Diefenbacher und Roland Zieschank, „Wohlfahrtsmessung in Deutschland: Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex“. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3902.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).

/Fortschrittsindicators“ arbeitet und mittlerweile ihren Abschlussbericht vorgestellt hat, in dem sie einen neuen Wohlstands begriff und eine neue Wohlstandsmessung vorschlägt, die die ökologische und soziale Dimensionen von Wohlstand einbezieht.⁸⁴⁸

Alternativen zum BIP können unterschieden werden, je nachdem ob sie ausschließlich materiellen Wohlstand messen oder auch nicht-materielle Komponenten einbeziehen. Ferner lässt sich unterscheiden, ob sie nur objektive Daten oder auch subjektive Einschätzungen, z.B. durch Umfragen zur Lebenszufriedenheit, heranziehen. Schließlich unterscheiden sich die Ansätze danach, ob ein monetarisiertes Ergebnis oder eine nicht-monetarisierte Größe ausgegeben wird. Zudem bestehen manche Ansätze aus einem ganzen Set an Indikatoren, die nicht zu einem einzigen Index zusammengefasst werden, sondern in der Vielfalt der Messergebnisse verbleiben und keine gemeinsame Skala konstituieren, also nicht transformiert werden.⁸⁴⁹

Die bereits vorgestellten Indikatoren, ISEW und GPI, sowie der NWI stellen lediglich Revisionen des BIP dar. Sie erweitern die VGR um bestimmte Merkmale aus den Bereichen Ökologie und Soziales, verbleiben aber methodisch in den Bahnen der VGR. Ansätze wie der Index of Social Progress (ISP), der Index of Economic Well-being (IEW) oder der Human Development Index (HDI) stellen wie die zuvor genannten Indizes den Versuch dar, Wohlstand integriert in einer einzigen Größe pro Land zu erfassen. Jedoch erfolgt hier keine monetarisierte Berechnung – es entstehen somit nicht-monetäre Wohlstandsindizes. ISP, IEW und HDI besitzen zudem keine ökologische Komponente. Sie erweitern das BIP inhaltlich lediglich um soziale Aspekte. In dieser Hinsicht stellt der ökologische Fußabdruck das Gegenteil dar. Er misst ausschließlich den ökologischen Impact des Wirtschaftens, nicht jedoch die ökonomische Leistungsfähigkeit oder sozialen Fortschritt. Insofern ist fraglich, ob er als Wohlstandsindex bezeichnet werden kann. Ein Nachhaltigkeitsindex, der ebenso umfassend wie die nicht-monetären Wohlstandsindizes aufgestellt ist, ist die „Genuine Saving Rate“ der Weltbank.⁸⁵⁰ Sie misst den Verzehr und die Investition in Naturvermögen, bzw. die natürliche

⁸⁴⁸ Vgl. Deutscher Bundestag, *Schlussbericht der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft"*. Drucksache 17/13300 (Köln: Bundesanzeiger Verl.-Ges., 2013). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).

⁸⁴⁹ Vgl. Stefanie Wahl, Martin Schulte und Elias Butzmann, „Das Wohlstandsquintett: Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern“. http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Wohlstandsquintett_2012.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2014), 20ff.

⁸⁵⁰ Für eine Reflexion des Ansatzes siehe Kirk Hamilton, Giles Atkinson und David W. Pearce, *Genuine savings as an indicator of sustainability*. CSERGE working paper no GEC 97-03 (Centre for Social and Economic Research on the Global Environment, 1997).

Regeneration von Natur ergänzt um die Entwicklung des Humankapitals und informiert somit über Nachhaltigkeit aus einer finanzmathematischen Perspektive. Beispiele für Schlüsselindikatorensets sind der Eurostat Monitoring Report „Sustainable Development in the European Union“ oder die Sammlung von Indikatoren der Stiglitz-Kommission. Wie alle empirischen Verfahren besitzen auch Wohlstandsindices Stärken und Schwächen. Einige Kritikpunkte, auf die nun einzugehen ist, betreffen alle bisher genannten Projekte gleichermaßen. Andere sind nur auf eine Teilmenge der Ansätze anwendbar:⁸⁵¹

- Die Definition von Wohlstand und die Auswahl der Wohlstandsbereiche sind umstritten.
- Die Auswahl der Einzelindikatoren ist umstritten.
- Bei Einzelindizes: Es besteht stets das Problem des Verlusts von Aussagekraft und Information. Eine Monetarisierung gilt als methodisch anspruchsvoll aufgrund der Notwendigkeit, Schätzwerte aufzunehmen. Eine Gewichtung ist schwer zu begründen. So wurde der IEW umgestellt von der Gewichtung 0,4/0,1/0,25/0,25 auf Gleichgewichtung. Eine einheitliche Einheit liegt naturgemäß zwischen den Teilindices nicht vor. So wird die Lebenserwartung in Jahren, die Armutsquote aber in Prozent angegeben. Schließlich müssen alle Indize eine Transformation der Teilwerte (Indikatoren) leisten. Möglich sind Minimal-, Maximal- und Z-Transformation. Die Auswahl der Transformationsmethode hat großen Einfluss auf die Ergebnisse eines Index, ist also kein *neutraler* Vorgang, sondern muss theoretisch begründet werden, was nicht immer ausreichend geschieht. Diese Kritik betrifft das BIP und Nachhaltigkeitsindizes, monetarisierte und nicht-monetäre Indikatoren gleichermaßen.
- Schlüsselindikatorensets: Sie geben zwar sehr differenzierten Aufschluss über den Zustand der Gesellschaft bis hinein in einzelne Aspekte und der Informationsverlust bei der Transformation entfällt gänzlich, dadurch aber wiederum sind solche Bündel von Indikatoren auch sehr unübersichtlich. Je mehr Dimensionen, desto weniger ist ein geschlossener Gesamtüberblick möglich.

⁸⁵¹ Vgl. Martin Schulte und Elias Butzmann, „Messung von Wohlstand“, 31ff.

- Befragungen zur subjektiven Zufriedenheit (SOEP, Allensbach, etc.): Subjektive Zufriedenheit und objektive Lebensbedingungen können schwer kausal verbunden werden. Ein Beispiel: Ostdeutschland hatte die gleiche subjektive Zufriedenheit im Jahre 1990 wie im Jahre 2006. Eine Studie des Denkwerks Zukunft bemerkt: „Begründet werden kann dies unter anderem damit, dass Einschätzungen zur Zufriedenheit häufig relativ sind. Steigt etwa das eigene Einkommen im gleichen Maße wie das des Nachbarn, führt dies nicht zu einem messbaren Zufriedenheitszuwachs. Zumindest gilt dies oberhalb gewisser Einkommensschwennenwerte. Wenn aber Veränderungen des subjektiven Wohlbefindens nur schwer zu messen sind, fehlt der Politik ein Maßstab, mit dem sie kontrollieren kann, ob ihre Maßnahmen die gewünschten Wirkungen erzielt haben.“⁸⁵²

Niemand vertritt heute ernsthaft die These, dass das Glücksempfinden des Menschen voll und ganz an der Entwicklung seines Einkommens abzulesen sei. Familie, Hobbies, Freunde, etwaige Schicksalsschläge, die genetische Disposition und die sozialen Kontakte spielen unzweifelhaft eine bedeutende Rolle. Auch die Lebensqualität, bestimmt durch die Umweltsituation, Gesundheit, Bildung und möglicherweise auch durch die Abwesenheit von Neid und viele andere Faktoren kommen als Einflussgrößen von Lebenszufriedenheit im Sinne von Wohlstand infrage. Natürlich besteht Wohlergehen aus mehr als dem Pro-Kopf-Einkommen. Die zur Verfügung stehende Freizeit, das bereits erwirtschaftete Vermögen, die Qualität von Kollektivgütern (Rechtssystem, Straßen, Verteidigung), Aktivitäten außerhalb des Marktes, wie die Erziehung von Kindern und die Abwesenheit von wirtschaftlichen Unsicherheiten (insbesondere Arbeitslosigkeit) spielen eine bedeutende Rolle. Das BIP misst Dinge, die überhaupt keinen oder gar einen negativen Einfluss auf unser Wohlergehen haben dürften – dazu zählen die Abschreibungen von Industrieanlagen, die lediglich Verschleiß ausgleichen ebenso wie die Nettoeinkommen von Ausländern aus Zahlungen von Deutschen und schließlich wirtschaftliche Aktivitäten von zweifelhaftem Nutzen wie der Konsum von Alkohol oder Glücksspiel. Das BIP kann also kein umfassendes Zeugnis oder ein repräsentatives Gesamtbild der Lebenszufriedenheit der Bürger eines Landes abliefern.

⁸⁵² Ebd., 37.

Das Denkwerk Zukunft kommt in seiner Analyse zu folgendem Ergebnis: „Das BIP ist kein geeigneter Indikator, um den Wohlstand von Gesellschaften umfassend abzubilden. Hierfür wurde es allerdings auch nicht entwickelt. Dass das BIP vielfach so interpretiert und verwendet wurde, dürfte maßgeblich damit zusammenhängen, dass Wirtschaftswachstum und die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen lange Zeit parallel verliefen. Ebenso wie das BIP messen allerdings auch alternative Wohlstandsindikatoren bzw. -indizes den Wohlstand nur unvollkommen. Jeder Ansatz hat Stärken und Schwächen. Letztere sind sowohl inhaltlicher als auch methodischer Natur. Dass die Vorschläge einer breiteren Definition und Messung von Wohlstand bisher nicht überzeugen, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass weiterhin daran gearbeitet wird.“⁸⁵³

Hieran ist nunmehr anzuschließen. Große Erwartungen werden aus der Warte der Wachstumskritik mit der Ablösung des Bruttoinlandsprodukts verbunden. Tim Jackson spricht gar von einer „Buchhaltung des Gedeihens“, die es zu entwickeln und dann in konkrete Maßnahmen umzusetzen gelte. Hier scheint bei Jackson die Vorstellung zu dominieren, als seien die vielfältigen Aufgaben des Staates, etwa die Einkommens-, Umwelt-, Familien- und Wirtschaftspolitik mit Leichtigkeit nach Einführung eines optimierten Wohlstandsindex geradezu mechanisch rational im Sinne maximalen nachhaltigen Wohlstands zu gestalten.⁸⁵⁴ Kann eine ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einer neuen Funktionslogik unterstellt werden, schlicht dadurch, dass das statistische Bundesamt regelmäßig einen umfassenden ökologisch-sozialen Wohlstandsindex anstelle des Bruttoinlandsprodukts veröffentlicht? Skepsis ist angebracht. Erstens weist der Forschungsstand eindeutig darauf hin, dass auf dem Gebiet der Wohlstandsmessung laufende Fortschritte nicht nur erzielt werden, sondern auch erzielt werden müssen, weil methodische Fragen nicht geklärt sind und die nötige Datenbasis noch gar nicht sauber erhoben wird. Zweitens besteht ein tiefer gehender Dissens, der gesellschaftstheoretisch herausgestellt werden sollte. Gewichtungsfragen bei der Indexkonstruktion sind keine neutrale technische Frage, sondern gleichbedeutend mit hochpolitischen und normativen Entscheidungen. Gleiches gilt in

⁸⁵³ Ebd., 39.

⁸⁵⁴. Zu dieser Auffassung muss man gelangen, wenn zum einen die Passagen Jacksons berücksichtigt, die das Steady-State-Modell Peter Victor's mit der Einsicht zusammenfassen, es könnten relativ einfach alle „Variablen konfiguriert“ werden, um das gewünschte makroökonomische Ziel zu erreichen. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass Jackson eine „Buchhaltung des Gedeihens“ vorschlägt, die sich in den sozialplanerischen Duktus einfügt und die soziale Komponente der Postwachstumsgesellschaft bedienen soll. Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*, 142f.; 181f.

vollem Maße überhaupt für die Auswahl der Teilindikatoren eines Index. Wenn der Anspruch an BIP-Alternativen hoch angesetzt wird, d.h. politische Maßnahmen in Zukunft vor allem danach erfolgen, ob sie den Indexwert des Landes steigern, muss davon ausgegangen werden, dass alles, was nicht in den Index eingeht, auch keinerlei politische Relevanz besitzt. Je ausdifferenzierter die Gesellschaft, je unterschiedlicher die Lebensmodelle und normativen Vorstellungen über ein gutes Leben, desto breiter wird automatisch auch die Auswahl von Indikatoren, die in den Index eingehen. Eine von einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlern vorgenommene Indexkonstruktion hat in der Vergangenheit jeweils nur kurzes öffentliches Interesse geweckt.⁸⁵⁵ Einem allseits akzeptierten Wohlstandsindex müsste wohl eine tatsächliche Rückkopplung, also ein Meinungsbildungsprozess mit den Menschen vorausgehen. Dann aber wäre jeder nationale Wohlstandsindex inkompatibel mit dem anderer Länder. Eine solche Situation ist als vollständiger Ersatz für das BIP, zumindest für wirtschaftliche Angelegenheiten jenseits nationaler Grenzen, indiskutabel.

Der größte Trugschluss, unabhängig von der Herausforderung einen anfänglichen Konsens über seine Zusammensetzung und Methodik herzustellen, liegt aber darin, zu glauben, ein neuer Wohlstandsindex würde das politische Programm der Wachstumskritik im Sinne eines zentralen Elements politischer Steuerung produktiv voranbringen. Hier ist der ordoliberalen Standpunkt entgegenzuhalten: Politiker sind keine Maximierer des Gemeinwohls und sie werden es auch dadurch nicht, dass ihnen ein noch so elaboriertes Messinstrument die wohlstandsmaximierenden Maßnahmen gewissermaßen in die Hände legt. Der Grund für das politische Versagen, etwa der deutschen Politik, in vielen gesellschaftlichen Fragen dürfte nicht im Fehlen einer einzigen aggregierten Größe oder der Orientierung am falschen Aggregat zu suchen sein – sei es des BIPs, der Wachstumsrate des BIP oder eines noch zu entwickelnden Wohlstandsmaßes. Politische Akteure handeln im Regelfall eigeninteressiert rational, wie dies auch Unternehmen und Bürger in der Mehrzahl der Fälle tun. Sie tun dies innerhalb eines institutionellen Umfelds, das aus dem Spiel unter Regeln selbst heraus verändert werden kann. Anzunehmen, politische Widerstände gegen Maßnahmen, die summa summarum den aggregierten Wohlstand der Nation eindeutig steigern könnten,

⁸⁵⁵ Als jemand, der selbst bereits federführend an der Entstehung eines Composite-Indicators beteiligt war, kann ich zu Protokoll geben, dass Menschen, die nicht weitestgehend in die Entstehung eines Index eingebunden werden, nicht nach Gründen suchen werden, die dahinter liegende Konzeption zu verinnerlichen, sondern nach Gründen, einen Index als unvollständig und / oder methodisch defizitär abzulehnen. Eine solche Reaktion liegt sicherlich ein Stück weit in der Natur der Sache, vielleicht auch in der Natur des Menschen.

verschwinden einfach deshalb, weil Wohlstand dank besserer Verfahren präziser messbar wird, bedeutet letztlich, die Herausforderungen von Politik im demokratischen Verfassungsstaat zu einem wissenschaftlichen Erkenntnisproblem zu degradieren. Ein solches vermeintlich *wissenschaftliches* Politikverständnis ist unter derzeitigen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar.

Unter der Annahme eines größeren Gestaltungsspielraums des von einer Postwachstumsbewegung regierten Staates stellt sich die ernsthafte Frage, wie der Schutz der von Eucken herausgearbeiteten wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundsätze, die persönliche Freiheitsrechte und politischer Teilhabe mit einer an wissenschaftlichen Größen orientierten Politik vereinbart werden kann. Der politische Prozess innerhalb der Regeln der Verfassung ist es, auf den wir vertrauen sollten und es sind diese Spielregeln, die die Hoffnung auf Wohlstand rechtfertigen.⁸⁵⁶ Ein einziges gesellschaftliches Ziel über den regelgeleiteten demokratischen Prozess zu stellen, deutet auf die Bereitschaft hin, den Prozess Stück für Stück von den Regeln zu befreien, wenn er nicht diejenigen Resultate (Dekarbonisierung, Nullwachstum, Wohlstand) erbringt, die sich Wachstumskritiker erhoffen. Die Analyse der politischen *Bedingungen* einer Entwicklung hin zum Wohlstand findet bei Jackson und Miegel allerdings kaum statt, wie im vorangegangenen Abschnitt nachgewiesen werden konnte. Das normative Programm einer Postwachstumspolitik verbindet damit unrealistische Annahmen über die Möglichkeiten von Politik mit einer apolitischen Verwissenschaftlichung derselben, die den Modus operandi begrenzter Politik unter Regeln implizit ablehnt. Es scheint, als bräuchte es für die Postwachstumsgesellschaft nicht nur moralisch gewachsene Menschen als Produkt neuer gesellschaftlicher Strukturen, sondern auch einen neuen Typus des Politikers, der einem einzigen gesellschaftlichen Ziel, einem Index für nachhaltigen Wohlstand, absolute Priorität gegen alle Widerstände einräumen kann, ohne den Versuchungen der Macht anheim zu fallen.

Aus ordnungsökonomischer Perspektive wird der Wert zusammengesetzter Wohlstandsindices mit größerer Distanz betrachtet. Statt notgedrungen partikuläre Weltbilder in Form datenbasierter Aggregate zu universalisieren, bietet es sich mit Hayek und Eucken an, Ursachenforschung dort zu betreiben, wo die Schattenseiten wirtschaftlicher Entwicklung offen zutage treten und die politischen Akteure bisher

⁸⁵⁶ Dies wird durch folgendes Zitat zum Ausdruck gebracht: „Daß der Zweck der Freiheit ist, die Möglichkeit von Entwicklungen zu schaffen, die wir nicht voraussagen können, bedeutet, daß wir nie wissen werden, was wir durch eine Beschränkung der Freiheit verlieren.“ F. A. Hayek, „Die Ursachen der ständigen Gefährdung der Freiheit“ in: *Ordo*, Bd. 12 (Düsseldorf und München 1961), 104.

versagt haben, für eine angemessene Reform der jeweiligen Ordnung zu sorgen. Ein Wohlstandsindex ist dafür nicht notwendig.

4.8. Zwischenkonklusion

Sieben Ansätze einer wirtschaftsliberalen Kritik der neueren ökologischen Wachstumskritik konnten zeigen, dass das wachstumskritische Theoriegebäude auf einer Reihe fragwürdiger empirischer und normativer Annahmen beruht. Es konnte die These stark gemacht werden, dass ein politisches Vorhaben wie das der Postwachstumsgesellschaft erhebliche Risiken im Zuge der Umsetzung („Transformation“) mit sich brächte, nicht nur für die wirtschaftliche Stabilität, sondern auch für die politische Ordnung, für Wohlstand und Freiheit.

Wachstumskritiker entwickeln ein ökologisches Krisenszenario, welches sich aus der Kombination einer exponentiell wachsenden Weltwirtschaft und einem endlichen, absolut begrenzten, Planeten ergibt. In den Abschnitten 4.1. und 4.2. dieser Arbeit ist diese Sichtweise einer Kritik unterzogen worden. Es konnte unter Rückgriff auf die Wachstumstheorie und -empirie gezeigt werden, dass der Wachstumsprozess komplexer ist, als es das mathematische Modell einer global einheitlichen geometrischen Reihe suggeriert. Die Wachstumsraten in der OECD nehmen von Dekade zu Dekade ab, während Schwellen- und Entwicklungsländer zu den reichen Industriestaaten immer weiter aufschließen (sog. Konvergenz). Der Blick auf einzelne Fälle (Staaten) legt darüber hinaus nahe, dass institutionelle und politische Voraussetzungen für stabiles Wachstum auch nach längeren Phasen hohen Wachstums erodieren können. Der Wachstumspfad ist also weder linear, noch notwendigerweise exponentiell. Er ist nicht einmal zwingend als streng monoton steigend zu charakterisieren. Gleichwohl wächst die Weltwirtschaft weiter und mit ihr der globale Ressourcenverbrauch. Die erheblich Komplexität des Wachstumsphänomens gibt Grund zu der Annahme, dass eine mechanische Fortschreibung vergangener globaler Wachstumsraten sich als verfehlt erweisen könnte. Die Zukunft ist hinsichtlich der wirtschaftlichen Dynamik auf jeden Fall zu offen und unbestimmt, als dass ein rein mathematisch argumentierender Ansatz eine ausreichende Kritik des Wachstumsphänomens liefern könnte.

In ähnlicher Weise konnte in Abschnitt 4.2. gezeigt werden, dass einfache Gleichnisse der Komplexität globaler ökologischer Herausforderungen nicht gerecht werden. Eine logische Analyse ergab, dass die Vorstellung einer schon begrifflich angelegten Entsprechung von der „Endlichkeit des Planeten“ und der „Endlichkeit des Wachstums“ zu kurz greift. Ob der Planet Erde in ressourcenökonomischer und

umweltökonomischer Sicht das Attribut endlich verdient, bleibt Gegenstand anhaltender Debatten. Die sich aus der Endlichkeit des Planeten vermeintlich ergebende Endlichkeit des Wachstums stellt nichts anderes dar als die sprachlich abgewandelte These, das globale Wirtschaftswachstum könne nicht unendlich lange fortbestehen. Für die (ordnungs-)politischen Aufgaben dieser Generation kann die Unendlichkeit des Wachstums sicherlich verneint werden, was weniger eine theoretische, als eine empirische Frage darstellen dürfte. In der mit menschlichen Mitteln absehbaren Zukunft ist mit allergrößter Wahrscheinlichkeit mit Wachstum in den allermeisten Staaten der Erde zu rechnen, ungeachtet der ökologischen Folgen. Gerade darin besteht ja bekanntlich das Problem, auf das die Wachstumskritik eine Antwort zu geben sucht. Wäre die Unmöglichkeit weiteren Wachstums innerhalb des 21. Jahrhunderts keine Frage der Empirie, sondern übergeordneter und unabänderlicher Gesetze, so ergäbe sich die anschließende Frage, warum gerade die Exponentialität von Wachstum ein Problem darstellen sollte.

Abschnitt 4.3 widmete sich der kritischen Analyse des politischen Denkens wachstumskritischer Autoren am Beispiel Meinhard Miegels und Tim Jacksons. Unter Aufnahme der Konsumkritik, die sowohl der Ideengeschichte der Wachstumskritik zuzuordnen ist, als auch einen Eckpfeiler aktuellen wachstumskritischen Denkens darstellt, konnte gezeigt werden, dass in der Wachstumskritik eine Zwangsthese vorherrscht, welche Wettbewerbsökonomien unterstellt, Bedürfnisse zu befriedigen, die allein das Ergebnis äußerer Beeinflussung durch die Unternehmen darstellten. Dieser „Dependence-Effekt“, der schon bei John Kenneth Galbraith ausformuliert wurde, kann inhaltlich nicht überzeugen, versucht er doch eine künstliche Trennlinie zwischen echten und künstlichen Bedürfnissen aufzubauen, die an keinem Kriterienbündel objektiv festgemacht werden kann. Mehr noch, in der Konsumkritik der ökologischen Wachstumskritiker tritt ein Verständnis omnipräsenten Zwangs in liberalen Gesellschaften zutage, das die Frage aufwirft nach dem Freiheitsverständnis der Wachstumskritik im Gegensatz zu jenem des ordnungsökonomischen Liberalismus. Unter Rückgriff auf Isaiah Berlin wurde gezeigt, dass es sich bei Miegel und Jackson eindeutig um ein positives Freiheitsverständnis handelt, das ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenpotential in sich birgt. Indem es die Frage der Freiheit zu einer Überwindung innerer Schwächen mithilfe politischen Handelns macht, übergibt es den Inhabern politischer Macht implizit den Auftrag, als Verkörperung des *besseren Selbst* die moralische Vervollkommnung des Menschen gegen den Menschen

voranzutreiben. Soweit diese Fragen theoretisch im voraus gedacht werden können, geht damit allem Anschein nach eine erhebliche Verschiebung des Verhältnisses von Bürgern und Staat einher, erscheint doch der Bürger in der wachstumskritischen Analyse westlicher Gesellschaften als geradzufähig zur rationalen Gestaltung eigenen Angelegenheiten.⁸⁵⁷ Ein argumentatives Muster, das der Bevormundung zumindest Tür und Tor öffnet, ist hier gedanklich angelegt. Demgegenüber wurde das Freiheitsverständnis Hayeks und Euckens dargelegt, das im Gegensatz zur positiven Theorie der Freiheit auf ein negatives Freiheitsverständnis setzt. Anders als im wachstumskritischen Denken wird bei Eucken und Hayek die Fähigkeit zur inneren Autonomie vorausgesetzt und damit dem Nexus politischen Handelns entzogen.

In den Abschnitten 4.4. bis 4.7. konnten mehrere politökonomische Erkenntnisse ordnungsökonomischen Denkens auf die praktischen Vorschläge im Rahmen der sog. Postwachstumsökonomie angewandt werden. Ausgehend von einer Kritik der These, Wachstum sei das dominante oder sogar einzige Ziel politischen Handelns von Staaten mit wachsenden, kapitalistischen Ökonomien, wurde der Transformationsprozess zur Herstellung einer Steady-State-Ökonomie kritisch begutachtet. Es konnte gezeigt werden, dass praktische Probleme im Wahlverhalten der Bürger als Wirtschaftsbürger, in der wirtschaftlichen Stabilität und in unbeabsichtigten Konsequenzen der wachstumskritischen Wirtschaftspolitik zu suchen sind. All dies läuft auf eine zu erwartende Verschiebung der Rolle der Regierung in der Postwachstumsökonomie hinaus, wobei an zahlreichen Beispielen demonstriert werden konnte, dass es der ökologischen Wachstumskritik bisher an einer angemessenen positiven Theorie der Politik zur Politikfolgenabschätzung ermangelt.

Als besondere praktische Hürde einer wachstumsfreien Ökonomie stellt sich die erhebliche Neigung aller Staaten heraus, sich zu verschulden, um kurzfristig Projekte finanzieren zu können, ohne dafür Steuern erheben zu müssen. Es ergab sich mit Eucken und Hayek das Modell einer demokratischen Gesellschaft, in der Wachstum als Gesamtergebnis eines dynamischen Prozesses zu verstehen ist, in dem Gruppen um kurzfristige Vorteile zu Lasten zukünftiger Generationen (und insbesondere zulasten des Wachstums) streiten. Der Staat verfolgt multiple Ziele, für die seine Mittel in der Regel nicht ausreichen. Subventionen, Regulierung und Marktzugangsbarrieren stellen

⁸⁵⁷ Gerade deshalb wundern sich wachstumskritische Autoren in ihren Schriften regelmäßig, warum Menschen z.B. hinsichtlich ihres Konsumverhaltens und ihres Strebens nach hohem Einkommen und Status so handeln, wie sie es tun.

typische politische Vorhaben dar, die von gesellschaftlichen Gruppen unter Rückgriff auf moralische Argumente und mit gesundem Eigeninteresse eingefordert werden, durch die Wachstum jedoch verhindert werden kann. Das institutionelle Setting, welches eine freie und spontane Kooperation der Bürger und Unternehmen erlaubt, ist nicht nur als Fundament ökonomischen Fortschritts zu betrachten, sondern garantiert auch die Rückbindung der Politik an die Meinungen und Interessen der Bürger. Insbesondere hier liegt es nahe, dass eine Postwachstumsgesellschaft mit erheblichen Einschränkungen verbunden sein wird. Eigentumsrechte, Konsumentenfreiheit, Wettbewerb – viele Institutionen einer wettbewerblichen Ordnung wären in einer Postwachstumsgesellschaft langfristig kaum zu halten. Es drohen Interventionsspiralen und unvorhergesehene Konsequenzen aufgrund fehlenden Wissens der Regierenden, unerwarteter Reaktionen der Marktteilnehmer und des internationalen Umfelds. Eine Postwachstumsökonomie liefe aus ordnungsökonomischer Sicht auf eine Wirtschaftsordnung hinaus, in der freie wirtschaftliche Betätigung und der internationale Austausch ernsthaft gefährdet wären. Wie mit den vor allem von Tim Jackson vorgeschlagenen Mitteln ein stabiler wirtschaftlicher Zustand zu erreichen wäre, bleibt unter Berücksichtigung rationaler und eigeninteressierter Akteure (Unternehmen, Bürger, Investoren, Verbände und Interessengruppen, Politische Akteure, internationales Umfeld) fraglich. Dabei werden auch die in Abschnitt 4.7. analysierten Vorschläge der ökologischen Wachstumskritik, gesellschaftliche und ökonomische Reformen über neue Verfahren der Wohlstandsmessung anzuleiten, keine Lösung der politischen Implikationen bewirken, die von einer Transformation in die Postwachstumsgesellschaft nun einmal zu erwarten sind. Unter Berücksichtigung der informationellen und methodischen Grenzen, die diese empirischen Tools aufweisen, ist es nicht zu erwarten, dass eine mechanische Politik im Sinne einer Maximierung eines nachhaltigen Wohlstandsindex von Erfolg gekrönt wäre.

5. Wirtschaftliberale Alternativen zur Postwachstumsgesellschaft

Zwei Entwicklungen motivieren die ökologische Wachstumskritik. Zunächst die ökologische Frage – die ungebrochene Zerstörung von Ökosystemen, die Überbeanspruchung von Senken und Entnahme von Ressourcen, der ökologische Impakt wirtschaftlicher Entwicklung. Darüber hinaus werden in der neueren Wachstumskritik gesellschaftliche Krisen in den reichen Staaten vor dem Hintergrund des Wachstumsphänomens diskutiert: stagnierende Lebenszufriedenheit, Stress, Depressionen, Arbeitslosigkeit, geringe Geburtenraten, uvm. Die gesellschaftliche Diagnose läuft auf die These hinaus, dass Wachstum ab einem gewissen materiellen Wohlstandsniveau lediglich soziale Nullsummenspiele in Gang halte, während parallel dazu das ökologische Problem an Schärfe gewinne, bis eine absolute Grenze wirtschaftlicher Expansion erreicht werde, durch die schließlich der Kollaps der Gesellschaft aufgrund erloschener Ressourcen (Overshoot) eintrete.

Im folgenden soll gegen diese Position die optimistische These des ordnungsökonomischen Liberalismus stark gemacht werden, dass sowohl die negativen ökologischen Folgen menschlicher Entwicklung, als auch soziale Side-Effects der marktwirtschaftlichen Ordnung zwar nicht optimal, aber pragmatisch besser durch eine Anpassung des Regelrahmens gelöst werden kann, als durch eine gänzlich neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung oder durch eine Geisteshaltung der Resignation und des Rückzugs in eine längst vergangene Welt des „Small is beautiful“.

In den folgenden Abschnitten wird hierzu die Konzeption einer freiheitlichen und nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umrissen. Einzugehen ist auf die Herausforderung der Schaffung eines nachhaltigen Wirtschaftsmodells sowie auf die Frage sozialer Stabilität und gesellschaftlicher Perspektiven in einer dynamischen Ordnung als Gegenentwurf zur Postwachstumsgesellschaft.

5.1. Nachhaltigkeit dank permanenten Wandels

Im Folgenden soll die Herausforderung der Verwirklichung einer nachhaltigen Wirtschaft aus ordnungsökonomischer Perspektive diskutiert werden. Wachstumskritiker sehen die Lösung der ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Stoppen des Expansionsstrebens marktwirtschaftlich verfasster, konkurrenz- und innovationsgetriebener Gesellschaften zugunsten eines politisch arrangierten Zustands wirtschaftlicher Statik und postmateriellen Wohlstands. Innerhalb der Postwachstumsgesellschaft soll eine Reallokation volkswirtschaftlicher Inputs in grüne Branchen den ökologischen Fußabdruck sukzessive reduzieren, bis u.a. eine vollständige Dekarbonisierung erreicht wird. Ergänzt wird die Reallokation volkswirtschaftlicher Ressourcen in grüne Betriebe durch eine Umverteilung von Einkommen und von Arbeit mit dem Ziel, die Lebenszufriedenheit zu erhalten.

Diesem ganzheitlichen Lösungsansatz, der auf eine weitgehende Kontrolle des Wirtschaftsprozesses hinausläuft, ist mit Hayek und Eucken eine Strategie entgegenzusetzen, die sich auf die schrittweise Verbesserung der rechtlichen Bedingungen für größtmögliche Investitionsdynamik, auf die Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit freiheitlicher Ordnungen stützt. Das wichtigste Element eines ökologisch reflektierten Ordoliberalismus, der den Ressourcenverbrauch bei ungehinderter Dynamik minimiert, ist nicht so sehr das Wachstum der Wirtschaftsleistung, als vielmehr das des *Wandels*.⁸⁷¹ Wandel ist zugleich der Kern des allgemeinen Fortschrittsprozesses, wie er im folgenden Abschnitt weiter ausgestaltet werden wird.

⁸⁷¹ Zu den wachstumsoffenen Positionen zählt der auf eine Effizienzrevolution abzielende Ansatz Weizsäckers. Vgl. Weizsäcker, Ernst Ulrich von und Cheryl Desha, *Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum* (München: Droemer, 2010). Für eine explizite Verteidigung des Wachstums auf dem neuesten Stand der ökologischen Debatte vgl. Fücks, Ralf, „intelligent wachsen. Die grüne Revolution (München: Hanser, 2013). Ebenso kommt der WBGU in seinem Hauptgutachten von 2011 zu dem Schluss, dass der gewählte Budget-Ansatz und die Strategie einer „großen Transformation“ mit fortgesetztem Wachstum vereinbar ist, solange die Minderungsrate der Treibhausgasemissionen deutlich gesteigert wird. Vgl. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, 160, 188. Zu den wachstumsoffenen Positionen zählt auch das vom Umweltprogramm der UN vorgestellte Konzept eines Green New Deal. Vgl. UNEP - United Nations Environment Programme, „A Global Green New Deal: Report Prepared for the Economics and Trade Branch, Division of Technology, Industry and Economics“. <http://www.unep.org/greeneconomy/> (letzter Zugriff: 11. August 2014). Schließlich sieht auch die OECD im Handlungsprinzip der Nachhaltigkeit und dem Ziel weiteren Wirtschaftswachstums kein Dilemma. Vgl. OECD - Organization for Economic Cooperation and Development, „Interim Report of the Green Growth Strategy: Implementing our commitment for a sustainable future: Meeting of the OECD Council at Ministerial Level. 27-28 May 2010“. <http://www.oecd.org/greengrowth/45312720.pdf> (letzter Zugriff: 11. August 2014).

Wandel findet auf vier Ebenen statt, solange die Offenheit der Prozesse auf diesen Ebenen gewährleistet ist: Erstens erlaubt das Prinzip der Konkurrenz, verstanden als rechtlich bewehrtes soziales Dilemma, marktinternen Wandel. Dieser Wandel wird mit Schumpeter oft unter dem Term „Kreative Zerstörung“ zusammengefasst. Wenn beispielsweise Unternehmen zwecks Kostensenkung Energieeffizienzmaßnahmen umsetzen, ist dies ebenso Wandel, wie in dem Falle, dass Unternehmen aufgrund zu hoher Energiekosten insolvent gehen und neue Unternehmen ihren Platz einnehmen. Zweitens findet im politischen Alltag westlicher Demokratien eine laufende Anpassung des Rechtsrahmens wirtschaftlichen Handelns statt. So veränderte in Deutschland das Erneuerbare-Energien Gesetz (EEG) das Kosten-Nutzen-Kalkül für Millionen Haushalte und Unternehmen. Gesetze dieser Art beeinflussen nicht nur die Wahl wirtschaftlicher Alternativen, sie induzieren unter Umständen auch schöpferische Prozesse auf Märkten, die im Detail ex ante nicht absehbar sind. Drittens wird durch Verfassungswandel in liberalen Demokratien wiederum der Rahmen des politischen Wettbewerbs von Zeit zu Zeit an veränderte Umstände angepasst. Hierunter fallen in Deutschland auch Urteile des Bundesverfassungsgerichts, etwa zur Parteienfinanzierung oder zu Nebeneinkünften von Abgeordneten. Auf diese Weise werden u.a. die Einflussbedingungen privater Interessengruppen verändert. Viertens gewinnen internationale Abkommen und zunehmend auch transnationale und internationale Akteure jenseits des Nationalstaats wachsende Bedeutung für die Gestaltung der Rahmenbedingungen, unter denen wirtschaftlich gehandelt wird, etwa im Zuge internationaler Handelsabkommen, die verstärkt Investitionsschutzabkommen beinhalten oder im Falle des WTO-Regimes, das den globalen Handel absichert. Diese Ebene wird oft als Global Governance bezeichnet. Auf jede dieser vier Ebenen ist einzugehen, um zu fragen, inwiefern hier zu erwarten ist, dass eine Entwicklung hin zur Nachhaltigkeit aus sich selbst heraus zu erwarten ist und welche Maßnahme zumindest im Überblick geeignet scheinen, das Wachstum der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung individueller Freiheit hin zum Grundsatz der Nachhaltigkeit neu auszurichten. Schließlich ist soeben attestiert worden, dass Wachstum zwar nicht unmittelbar Gegenstand ordnungsökonomischen Denkens ist, von weiterem Wachstum in einer spontanen Ordnung aber angesichts globaler Trends unter dieser Ordnung auszugehen ist. Um den Skopus zu verengen und somit eine für eine generelle Diskussion notwendige Auswahl eines konkreten Nachhaltigkeitsansatzes zu vermeiden, soll die Herausforderung der Verhinderung eines gefährlichen anthropogenen Klimawandels im

Sinne des Art. 2 UNFCCC stellvertretend für die ökologischen Folgen von Wachstum und den ethisch begründeten Anspruch, diese zu begrenzen, herangezogen werden.

Zur ersten Ebene: Marktinterner Wandel hat zwei Tendenzen mit Blick auf den Verlauf der Treibhausgasemissionen. Unter Konkurrenz suchen Unternehmen fortwährend nach neuen Absatzmärkten zur Steigerung des Umsatzes und des Gewinns. Neue Produkte verdrängen alte, innovative Unternehmen verdrängen angestammte Wettbewerber. Der marktinterne Wandel strebt zu immer höheren unternehmerischen Umsätzen und damit ceteris paribus zu höherem Energieverbrauch und wachsenden Treibhausgasemissionen. Auf der anderen Seite ist der Verbrauch von Energie(-rohstoffen) aus unternehmerischer Sicht ein Kostenfaktor, den es zu minimieren gilt. Jedes Unternehmen, dem es gelingt, den Material- und Energieeinsatz zu minimieren, hat am Markt einen realen Kostenvorteil, der sich eins zu eins in höhere Gewinne und eine stärkere Wettbewerbsposition umsetzen lässt. Technische Innovationen zur Steigerung der Energie- und Materialeffizienz sind daher unter Konkurrenz selbst dann zu erwarten, wenn keine rechtliche Rahmenbedingungen vorliegen, die eigens dazu geschaffen sind, ökologische Effizienzmaßnahmen zu beschleunigen. Die zwei hier identifizierten Kräfte: Expansion und Ressourceneinsparung durch Unternehmen unter Wettbewerbsbedingungen laufen genau entgegengesetzt. Nachhaltigkeit ist ein Ergebnis der Resultante aus beiden Größen: überwiegt die Tendenz zur Energie- und Ressourceneinsparung, kommt es zu absoluter Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, hier also Treibhausgasemissionen. Überwiegt das expansive Moment, wird der einzelne Euro zwar emissionsärmer erwirtschaftet, die Gesamtemissionen steigen aufgrund wachsender Umsätze aber netto nichtsdestotrotz. Dies wird als relative Entkopplung bezeichnet. Sie allein langt nicht aus, um den Anstieg des Naturverbrauchs und auch nicht den der Treibhausgasemissionen zu stoppen.

Marktinterner Wandel findet seine Grenzen in der Leistungsfähigkeit des Preissystems. Werden ökologische Folgekosten nicht in Preisen ausgedrückt, kommt es zu sogenannten negativen Externalitäten, also zu nicht kompensierten Schäden, die außerhalb der Wirtschaftsrechnung stattfinden. Der einzelne Unternehmer unterschätzt dann die Grenzkosten seiner Produktion. Soziale (Grenz-)Kosten und unternehmerische (Grenz-)Kosten laufen auseinander. Genau dies ist beim Klimawandel der Fall, solange politische Maßnahmen zur Internalisierung der externen Effekte nicht erfolgen. Bisher kostenlose Emissionen werden mithilfe marktbasierter Maßnahmen mit Preisen belegt oder durch Steuern indirekt in die Unternehmensrechnung überführt. Liegt ein Preis für

die ökologischen Folgekosten wirtschaftlichen Handelns auf der Angebotsseite bei den Unternehmen vor, werden Unternehmer alles versuchen, den Preis der Umweltfolgekosten zu minimieren. Sie werden insbesondere technische Lösungen nachfragen, die sich ihrerseits zu Gütern auf neuen Märkten entwickeln. Deutschland ist der weltweit größte Profiteur dieser Entwicklung. So ist Deutschland inzwischen führend im Bereich der Energie-Effizienz-Technologien, mit einem geschätzten Umsatz von 67 MRD Euro und zweistelligen Zuwachsraten in den nächsten Jahren.⁸⁷² Über die Minimierung von Treibhausgasemissionen hinaus geht die zu erwartende Strategie innovativer Unternehmer, aus einem umweltschädlichen Problemstoff einen Rohstoff zu machen. So lässt sich nicht nur Geld für ökologische Steuern (Pigout-Steuer) bzw. Emissionszertifikate (ETS) sparen, sondern mit einem Nebenprodukt zusätzlicher Umsatz generieren. Aus Kohlendioxid lassen sich in Zukunft insbesondere chemische Produkte wie Treibstoffe und Kunststoffe gewinnen, schließlich ist quasi die gesamte Chemie eine Kohlenstoffchemie. Ralf Fücks schätzt, dass sich bis zu 10% der nötigen Treibhausgasreduktion durch die erneute Nutzung von Kohlendioxid erreichen lassen.⁸⁷³

Zur zweiten Ebene: Institutioneller Wandel findet in liberalen Demokratien laufend statt. Allem wirtschaftspolitischen Handeln gemein ist, dass es die Anreizstrukturen für wirtschaftliches Handeln verändert. Der Ökonom Harold Demsetz stellte einst die These auf, dass ökologische Externalitäten durch eine Anpassung des Rechtsrahmens – insbesondere der Verfügungsrechte (Property Rights) – zügig und effizient internalisiert werden.⁸⁷⁴ Skepsis ist angesichts der bisherigen Entwicklung angebracht. Bisher hat sich die Industrie beispielsweise in der EU erfolgreich gegen eine radikale Begrenzung der fahrzeugspezifischen Emissionen gewehrt. Ein europäischer Emissionszertifikatehandel, das European Union Emission Trading System (ETS), wurde allerdings eingeführt. Aufgrund der Rezession infolge der Eurokrise ist der Preis der Zertifikate derzeit jedoch relativ gering, weshalb sich für viele Unternehmen Maßnahmen zur Senkung der Emissionen nicht lohnen. Nichtsdestotrotz gilt der Zertifikatehandel als die wirtschaftlich effizienteste Maßnahme zur Umsetzung einer konsequenten

⁸⁷² GTAI - Germany Trade and Invest, „Energie-Effizienz-Sektor: Zukunft für eine saubere Umwelt“. <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Invest/Industries/Energy-environment-resources/energy-efficiency.html> (letzter Zugriff: 1. September 2014).

⁸⁷³ Vgl. Ralf Fücks, *Intelligent wachsen: Die grüne Revolution* (München: Hanser, 2013), 223.

⁸⁷⁴ Vgl. Harold Demsetz, „Toward a theory of property rights.“ *The American economic review* 57, Nr. 2 (1967): 347–359.

Dekarbonisierungsstrategie.⁸⁷⁵ Gerade aus wirtschaftsliberaler Sicht treten die Vorzüge hervor. Anstelle einer Steuer auf Treibhausgasemissionen entscheidet hier der Markt, wie viel eine fixe Menge an Emissionen kostet. Der ETS ist ein mengenbasiertes System, der Preis bildet sich durch das dezentrale Handeln der Marktteilnehmer. Welches Unternehmen einen Filter einsetzt, welches auf eine zusätzliche Produktion verzichtet und welches einfach zusätzliche Zertifikate erwirbt, wird über das Medium des Preises an einer Börse entschieden. Der ETS ist daher ein Stück weit als ein Resultat früher Hayekianischer Wirtschaftstheorie zu begreifen.⁸⁷⁶

Bisher haben die politischen Anstrengungen in der EU ein gemischtes Resultat hervorgebracht. Die Emissionen Deutschlands (Stand 2008) sind seit 1990 um 22,4 % gesunken, während die Frankreichs nur um 6,7% sanken und die Italiens gar um 7,1% stiegen.⁸⁷⁷ Bis zum Jahr 2020 hat sich die EU auf eine Reduktion um 20% gegenüber 1990 verpflichtet, bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen gar um 40% sinken, die Energieeffizienz um 20%, wobei die Effizienz nur als nicht bindendes Ziel gilt. Auch der Anteil erneuerbarer Energien soll auf 20% steigen. Neben dem Emissionszertifikatehandel spielt in Deutschland vor allem die sog. Energiewende eine Schlüsselrolle beim Umbau des Energiesystems mit Ziel einer Senkung der Treibhausgasemissionen. Im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) wurde u.a. eine garantierte Einspeisevergütung und ein Vorrang regenerativer Energien verankert. Die Fördersätze wurden mehrfach nach unten angepasst, Ausnahmen für besonders energieintensive Branchen gewährt. Durch EEG und den plötzlichen Atomausstieg von 2011 ist es zu einem rasanten Umbruch in der deutschen Energiebranche gekommen. Verlierer sind vor allem die bisherigen Branchengrößen E.ON, Vattenfall, EnBW und RWE. Insbesondere die interventionistischen Züge des Maßnahmenpakets (Garantiepreise, Diskriminierung von fossil erzeugtem Strom im Leitungsnetz), aber auch die Inkompatibilität von nationalen Förderinstrumenten mit einem

⁸⁷⁵ So äußert sich der renommierte Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Vorsitzende des Weltklimarates IPCC, Ottmar Edenhofer, in einem Interview zum Kernvorteil des Emissionshandels wie folgt: „Der Emissionshandel führt dazu, dass das CO₂ dort vermieden wird, wo dies am kostengünstigsten geht.“ Christian Buck, „Wirtschaftskrise und Chancen | Interview: "Klimaschutz ist kein Luxus für gute Zeiten"“. https://www.siemens.com/innovation/apps/pof_microsite/_pof-spring-2009/_html_de/interview-ottmar-edenhofer.html (letzter Zugriff: 1. September 2014).

⁸⁷⁶ Das Handelssystem mit Emissionszertifikaten geht auf Ronald Coase zurück, der in seinem wegweisenden Aufsatz „The problem of social cost“ auf die Bedeutung von Transaktionskosten bei der Verringerung von externen Effekten hinwies. Das Coase-Theorem bereitet den wissenschaftlichen Boden für alle Handelssysteme wie das ETS.

⁸⁷⁷ Vgl. T. A. Boden, G. Marland und R. J. Andres, „Global, Regional, and National Fossil-Fuel CO₂ Emissions.“ (2013). http://cdiac.ornl.gov/CO2_Emission/timeseries/national (letzter Zugriff: 11. August 2014).

übergeordneten marktbasieren Zertifikatesystem stoßen aus ordoliberalen Sicht auf Widerspruch, auch unter Rückgriff auf das ordnungsökonomische Denken Euckens und Hayeks. Gleichwohl kann die Auflösung der marktbeherrschenden Stellung der großen Energiekonzerne als positives Resultat betrachtet werden. Eine Bewertung dieser Maßnahmen aus ordoliberaler Perspektive kann hier nicht im Detail erfolgen. Langfristig wird ein europäischer Energiemarkt ohne unmittelbare Ausbauziele für einzelne Erneuerbare Energien, sondern unter Wahrung der Technologieoffenheit, die Reduktionsziele der EU kostengünstiger und damit effizienter erreichen können.⁸⁷⁸ Ein echter europäischer Energiemarkt mit einer einheitlichen Strategie zur Dekarbonisierung ist bisher aber von politischer Seite verhindert worden, auch weil nationale Alleingänge eine immer kompliziertere Förderlandschaft hervorgebracht haben.

Zur dritten Ebene: Die ersten Erfolge innerhalb der EU zeigen, dass politische Rahmenbedingungen in liberalen Demokratien so angepasst werden können, dass auch die absolute Reduktion bei fortgesetztem Wachstum möglich wird.⁸⁷⁹ Aus institutionalistischer Perspektive besteht darüber hinaus Grund zum Optimismus, da die Spielregeln, unter denen ökologisch reflektierte Wirtschaftspolitik geschieht, ihrerseits anpassungsfähig sind. So haben Regeln zur Parteifinanzierung durch Spenden einen konstitutiven Charakter, der bis auf die ökologische Politik hinaus einen Schatten wirft. Nichts weniger als ein vollständiger Umbau einer in einem Jahrhundert gewachsenen Infrastruktur steht bevor und muss bevorstehen, wenn eine erfolgreiche Mitigation geleistet werden soll. Wie das Beispiel EEG zeigt, ist Politik in demokratischen Verfassungsstaaten durchaus in der Lage, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den wirtschaftlichen Interessen einer starken Lobby unmittelbar entgegen läuft. Das EEG hat die Ertragschancen der großen Energiekonzerne in Deutschland erheblich geschmälert. Der Ausstieg aus dem Atomausstieg wirkte in die gleiche Richtung. Eine solche Wendung wäre nicht möglich, wenn von übergeordneter Seite nicht laufend eine Anpassung des Rechtsrahmens der Bedingungen politischen Handelns erfolgt wäre. So verhindert die wiederholte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie die Gesetzgebung zur Parteienfinanzierung (auch zur Offenlegung) in Deutschland einen allzu großen

⁸⁷⁸ Vgl. Ralf Fücks, *Intelligent wachsen*, 272f.

⁸⁷⁹ So sieht die Europäische Union Fortschritte in den Bereichen Treibhausgasemissionen, Erneuerbare Energien und dem Erhalt der Fischbestände. Vgl. Europäische Kommission, Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union. Fortschrittsbericht über die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2011. Zusammenfassung 3. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/5731665/224-DE-DE.PDF>

Einfluss etablierter Interessen mithilfe von Parteispenden. Die Offenhaltung des politischen Wettbewerbs durch verfassungsgerichtliche Entscheidungen dient weiterhin dazu, den Opportunismus der großen politischen Parteien als funktional produktive Tugend zu stärken. Statt etablierten Interessen dauerhaften Schutz durch politische Protektion zu gewähren, lohnt es sich – wie im Falle der Abkehr von der Atomenergie unter Angela Merkel nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima – alte Allianzen aufzukündigen und veränderten Prioritäten in der Bevölkerung hinsichtlich externer Effekte Rechnung zu tragen. Gleichwohl wirkt der durch demokratische Verfassungssysteme geförderte politische Wettbewerb auch in entgegengesetzte Richtung: wesentlichen wirtschaftlichen Interessen, in Deutschland insbesondere der Automobilindustrie, kann sich keine Partei unter Bedingungen des politischen Wettbewerbs entziehen.

Einer wachstumsschädlichen Klimapolitik auf Kosten breiter Bevölkerungskreise ist damit konstitutionell ein Riegel vorgeschoben. Aus der Erkenntnis, dass ein Rechtssystem für – nicht gegen – politischen Wandel insgesamt förderlich für eine beschleunigte Dekarbonisierung ist, lassen sich auch internationale Schlüsse ziehen. So stehen immer noch umfangreiche Subventionen für fossile Energieträger einer globalen Energierevolution gegenüber, wie insbesondere die Internationale Energieagentur (IEA) immer wieder betont. Diese Subventionen sind fest verwoben mit einem autokratischen Herrschaftsstil, der Subventionen zum Erhalt des sozialen Friedens gegen politische Passivität weiter Bevölkerungsteile eintauscht. Ein Einsatz für rechtsstaatliche Prinzipien stärkt die Wandlungsfähigkeit politischer Systeme und öffnet erst den Weg, von protegierten Subventionen zu lassen. Dies führt uns zur vierten Ebene: Viele Umweltprobleme sind heute globaler Natur. Institutionenökonomisch betrachtet handelt es sich um sogenannte Allmendegüter. So ist die Nutzung der Atmosphäre als Senke für Treibhausgase für kein Land durch andere mengenmäßig begrenztbar. Die Auswirkungen sind ebenso wenig regional begrenztbar. Problem und Ursache sind daher global zu verorten. Ebenso muss auch die Lösung durch internationale Kooperation erreicht werden. Ansätze einer globalen Umweltpolitik existieren bereits. So gilt das Montreal-Abkommen zum Verbot der Fluorkohlenwasserstoffe als Meilenstein weltweiter Kooperation zum Schutz globaler Allmenden. Wirtschaftliches Handeln findet unterhalb eines ganzen Geflechts internationaler Abkommen zum Schutz von Investitionen und Handelsrechten statt (WTO-Regime). Zunehmend gestalten nichtstaatliche Akteure diese Normen mit, so etwa bei der Reform der Regulierung des

Internets. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung bisher nahezu 1:1 in eine Steigerung der Treibhausgasemissionen mündete, dann, weil trotz Kyoto-Protokoll und zahlreicher Konferenzen zur Formulierung bindender Emissionsziele (Caps) keine Einigung über Emissionsbudgets erzielt werden konnte. Für die Zukunft wäre es sicherlich von Vorteil, das Scheitern dieses UN-Prozesses einzugestehen und nach neuen, pragmatischen Allianzen auf dem internationalen Parkett zu suchen. Die Emergenz effektiver Normen, ausgehend von einer Gruppe relevanter Staaten mit echter Bereitschaft, sich zu engagieren, könnte unter Umständen weitaus schneller zu einer wirksamen Begrenzung der Treibhausgasemissionen führen, als ein groß angelegter Ansatz unter nahezu 200 Staaten. Eine Verbindung der Emissionshandelssysteme der EU und der VR China wäre beispielsweise ein erster echter Erfolg hin zur Gestaltung eines globalen Treibhausgas-Regimes für Industrie, Handel, Transportwesen und letztlich auch sämtliche Haushalte. Auf allen vier Ebenen, die hier analytisch aufgemacht wurden, ist Wandel aus wirtschaftsliberaler Perspektive nicht nur möglich, sondern auch zu erwarten, insbesondere, wenn starkes Wachstum vorliegt. Je stärker das Wachstum, desto schneller kann marktintern auf neue Verfahren umgestellt und alte Infrastruktur ersetzt werden. Je größer das Wachstum, desto eher sind Bürger bereit, eine mit Kosten verbundene ökologische Gesetzgebung zu tragen. Je stärker das Wachstum, desto eher ist eine internationale Einigung zur Begrenzung von Treibhausgasemissionen zu erwarten. In Zeiten der Wirtschaftskrise sinken zwar derzeit noch die Emissionen, die Bereitschaft langfristig wirksame Maßnahme gegen den Klimawandel zu unternehmen sinkt aber in selber Weise – gerade in den Schwellenländern, auf die es in Zukunft angesichts der Eigendynamik fast ausschließlich ankommt.

Wie können nun die politischen Ideen Euckens und Hayeks diesen Wandel so anleiten, dass seine Gestaltung von politischer Seite dazu beiträgt, dass Nachhaltigkeit, Freiheit und Wachstum gleichzeitig verwirklicht werden können? Mehrere Prinzipien auf Basis ordnungsökonomischen Denkens können formuliert werden:

Prinzip	Beispiel	Bewertung
<ul style="list-style-type: none"> • Größtmöglicher Verzicht auf Detailsteuerung wirtschaftlicher Entscheidungen 	Ökodesign-Richtlinie der EU Erneuerbares Energien Gesetz Ordnungsrecht in der Umweltpolitik	Negativ

• Rechtssicherheit	Reformprozess des EEG, Atomausstieg	Negativ
• Wettbewerb stärken und neue Märkte schaffen	„Kapazitätsmärkte“, Einheitlicher europäischer Energiemarkt	Positiv
• Internationale Zusammenarbeit forcieren	UN-Klimaprozess	Positiv
• Die freie Bewegung von Menschen ermöglichen	Schengen-Raum Europäische Einwanderungspolitik	Positiv
• Staatsfinanzen konsolidieren, Wachstumsabhängigkeit reduzieren	Deutsche „Schuldenbremse“ Nachhaltigkeitsfaktor der deutschen Rentenanpassungsformel	Positiv
• Subventionen zurückfahren	G-20 Übereinkommen zur stufenweisen Reduktion von Subventionen für fossile Energieträger ⁸⁸⁰	Positiv

Mit dem Verzicht auf eine ökologisch motivierte Detailsteuerung wird natürlich der Instrumentenkasten der Umweltpolitik begrenzt. Nichtsdestotrotz sprechen neben politiktheoretischen Gründen auch umweltökonomische Aspekte dafür, dass sehr spezifische Instrumente nicht der richtige Ansatz zur Senkung der Treibhausgasemissionen sind. Zum einen handelt es sich dabei oftmals um rein nachfrageseitig ansetzende Maßnahmen, so bei der Ökodesign-Richtlinie der EU, die gerade zu einem Verbot besonders leistungsfähiger Staubsauger führt. Hier besteht ein sehr hohes Risiko, dass es zu Rebound-Effekten kommt. Dabei handelt es sich um Nachfragereaktionen infolge technischer Effizienzmaßnahmen, auf die beispielsweise die genannte Richtlinie abzielt. Gesparte Mittel für Energie wandern hier sehr leicht in alternative Verbrauchswege, da zusätzliche Einkommen frei werden.⁸⁸¹ Schließlich

⁸⁸⁰ Vgl. Gero Rueter, „Fossile Energie: Subventionswahn ungebrochen: Öl, Gas und Kohle werden weltweit kräftig gefördert. Nach Angaben der internationalen Energieagentur sind es rund 400 Milliarden, nach Angaben des IWF sogar über tausend Milliarden Euro jedes Jahr“. <http://dw.de/p/1BDJh> (letzter Zugriff: 11. August 2014).

⁸⁸¹ Zur Funktionsweise des Rebound-Effekts siehe Reinhard Madlener und Blake Alcott, „Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkoppelung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum“.

führen Eingriffe auf sektoraler Ebene, die den Energieverbrauch reduzieren sollen, leicht zum sog. Baloon-Squeezing-Effekt. Vermittelt über Preissignale führen nachfrageorientierte Instrumente in einem Land leicht zu zusätzlichem Energieverbrauch im Rest der Welt, da beispielsweise die Energiepreise aufgrund zusätzlicher Energieeffizienzmaßnahmen global sinken können, wodurch zusätzliche Nachfrage in anderen Regionen stimuliert wird.⁸⁸² Schließlich reagieren auch die Inhaber fossiler Rohstoffe auf politisch initiierte Effizienzmaßnahmen auf der Nachfrageseite unter Umständen mit einem beschleunigten Abverkauf ihrer endlichen Vorräte, in Erwartung sinkender Einnahmen in den kommenden Jahrzehnten.⁸⁸³

Rechtssicherheit stellt ebenfalls gleichzeitig ein Kernprinzip liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, als auch eine Voraussetzung für eine grüne Transformation dar. Es mag verführerisch sein, von politischen Entscheidungsträgern zu verlangen, exakte Anteile bestimmter Energieerzeugungsformen per Dekret setzen zu lassen, um so auf *geplante* Weise eine Energiewende zu erreichen. Die Erfahrungen mit dem EEG zeigen hingegen, dass zu detaillierte Vorgaben aufgrund der Notwendigkeit laufender Änderungen schnell das Gegenteil des intendierten Resultats erreichen: Mit steigender Zahl der Anpassungen halten sich Investoren gerade dann zurück, wenn es sich um Anlagen handelt, deren eingesetztes Kapital erst in Jahrzehnten amortisiert wird. Eine effektive Erneuerung des Kapitalbestands zur Senkung der Emissionen ist daher nur möglich, wenn langfristig verlässliche Ziele von der Politik vorgegeben werden und die Erreichung dieser Ziele mithilfe des Preissystems dezentral und unter Wahrung der Technologieoffenheit von der Wirtschaft vorgenommen wird. Je detaillierter das Engagement des Staates bei der Wahl der Mittel, desto unzuverlässiger und riskanter werden die Investitionen. Soll es, anders als bei Tim Jackson vorgesehen, bei einer marktwirtschaftlichen Lösung bleiben und die Entscheidung der Vergabe von Kapital dezentral auf Märkten erfolgen, muss dieser Grundsatz berücksichtigt werden.

Die Schaffung neuer Märkte ist ein wesentlicher Treiber des Strukturwandels. Ohne einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt bleiben die Effizienzpotentiale eines großen Marktes unangetastet. Wind an der norddeutschen Küste, Speicher in Norwegen, Solarenergie von der iberischen Halbinsel – jede Region bietet spezifische regionale

⁸⁸² Auf diese Wechselwirkungen weisen Berners-Lee und Clark hin. Vgl. Mike Berners-Lee und Duncan Clark, *The Burning Question: We Can't Burn Half the World's Oil, Coal, and Gas. So How Do We Quit?* (New York: Greystone Books, 2013). <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10775203>.

⁸⁸³ Vgl. Hans-Werner Sinn, *Das grüne Paradoxon: Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik*, 2. Aufl. (Berlin: Econ, 2009).

Stärken, die erst durch einen gemeinsamen Markt zum Vorteil des Verbrauchers und im Dienste einer möglichst günstigen Energiewende nutzbar gemacht werden können. Neue Märkte entstehen sowohl spontan aufgrund des technologischen Wandels, als auch durch ein market-design, bei dem rechtliche Vorgaben Märkte erst erschaffen helfen. Der Emissionsrechtehandel ist so ein Markt. In Zukunft könnte der Material- und Energieverbrauch im Sinne einer Sharing Economy deutlich reduziert werden, falls es von staatlicher Seite gelänge, Anreize für Unternehmen zu schaffen, mehr und mehr Güter als Dienstleistung zu vermieten und kostenlos wieder zurückzunehmen. Paul Hawken entwarf diese Strategie schon vor mehr als einer Dekade. Heute entstehen bereits ohne staatliche Regulierung Märkte für Car-Sharing, das aufgrund der hohen Effizienz bei der Nutzung der Fahrzeuge früher oder später einen negativen Netto-Effekt auf den Automobilabsatz in Deutschland haben sollte.

Marktwirtschaftliche Prozesse sind auf einen geeigneten Ordnungsrahmen angewiesen, der nicht an der Grenze von Nationalstaaten halt machen darf. Wie bereits festgestellt, ist der Klimawandel als globale Allmende nur durch internationale Kooperation zu begrenzen. Initiativen, wie die Desertec-Initiative, die gigantische Solarparks in der nordafrikanischen Wüste plante, stehen vor der Herausforderung, in einem unsicheren und konfliktgeladenen internationalen System zu operieren. Dabei böte internationale Kooperation bei der Energiepolitik hohe Wohlstandspotentiale für alle beteiligten Nationen. Ohne ein sicheres institutionelles Umfeld sind auch hier keine nennenswerten Investitionen zu erwarten.

Mangelnde Kooperation steht auch der freien Bewegung von Menschen, Gütern, Ideen und Kapital im Wege. Freihandel half im 19. Jahrhundert Europa, eine einzigartige Bevölkerungsmehrung ohne humanitäre Katastrophe zu bewältigen und die Thesen des Bevölkerungswissenschaftlers Thomas R. Malthus zu widerlegen. Freihandel schafft Interdependenzen, fördert den Austausch von Ideen und verteuert Konflikte. Vollständig verwirklichte gemeinsame Märkte durch internationale Abkommen oder supranationale Zusammenschlüsse sind langfristig die wichtigste Chance, um die bevorstehende demographische Dynamik, etwa in Afrika, aufzufangen und die Pessimisten des 21. Jahrhunderts, wie einst Malthus, zu widerlegen. Doch selbst unter optimalen Bedingungen wird die bevorstehende Verdopplung der afrikanischen Bevölkerung eine Belastung für die dortigen Ökonomien darstellen und großen Immigrationsdruck auf bereits reiche Länder ausüben. Gerade die alternden und schrumpfenden Gesellschaften Kontinentaleuropas täten zugleich gut daran, die US-amerikanische Haltung zur

Immigration anzunehmen und das menschliche Potential, das langfristig helfen würde, den drohenden Bedeutungsverlust Europas abzufedern, endlich offen zu begrüßen. Einwanderung steigert die Zahl der Erwerbspersonen, erhöht die Zahl der denkenden Köpfe, steigert die Nachfrage und erhöht dadurch den Wohlstand. Dichter bevölkerte Nationen können komplexere Infrastrukturen aufbauen und den Fortschrittsprozess beschleunigt anführen. Dies setzt allerdings eine gesellschaftstheoretische Haltung voraus, die der zur nationalen Isolation neigenden Versuchung einer geplanten Statik oder einem Rückzug in die „Small is Beautiful“-Denkweise lokaler Gemeinschaften bekannter Gesichter widersteht, in denen die Integrationsbelastungen in aller Regel deutlich überschätzt werden.

Derzeit macht es den Eindruck, als sei Deutschland geradezu ein Stabilitätsanker in der Europäischen Union. Die Staatsverschuldung ist in den südeuropäischen Staaten deutlich höher, Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt EU-weit auf eine Politik fiskalischer Zurückhaltung. Doch in langfristiger Sicht kann eine schrumpfende Nation mit einem wachsenden Anteil von Nichterwerbspersonen, allen voran Rentnern, sein materielles Wohlstandsniveau nur halten, wenn auch in Krisenzeiten keine weiteren Schulden mehr aufgenommen werden, oder die Wirtschaft im langfristigen Trend schneller wächst, als der Staat neue Schulden aufnimmt. Berücksichtigen wir die indirekte Verschuldung der Bundesrepublik, die sich vor allem in den Zahlungsverprechen an zukünftige Generationen von Rentenbeziehern ausdrückt, ist ernsthafter Anlass zur Sorge um die Stabilität der Staatsfinanzen und öffentlichen Vorsorgeeinrichtungen durchaus angebracht. Meinhard Miegel bezieht sich nicht ohne Entsprechung in den Fakten deutlich auf die bevorstehende Belastung des Staatshaushaltes, wenn er von einem Ende staatlichen Gestaltungsspielraums ausgeht. Doch kann die These, dass in den nächsten Jahrzehnten eine stärkere Regelbindung staatlichen Handelns notwendig für die fiskalische Nachhaltigkeit, notwendig wird, ohne jedwede innere Widersprüchlichkeit auch dann vertreten werden, wenn von weiterem moderaten Wachstum in Deutschland ausgegangen wird. Hier liegt ein Entweder-Oder schlicht nicht vor. Die Notwendigkeit, staatliche Ausgabenpolitik zu begrenzen und zugleich den Ordnungsrahmen so anzupassen, dass Produktivitätsfortschritte den Bevölkerungsrückgang auffangen, hat auch eine umweltpolitische Dimension. Ein Engagement des Staates, wie im Falle der Energiewende, wird in Zukunft noch stärker dahingehend zu prüfen sein, ob es (auch indirekt) zu einer Beeinträchtigung der fiskalischen Nachhaltigkeit kommt.

Schließlich bietet gerade der Subventionsabbau große Chancen für eine nachhaltigere Wirtschaft, die zugleich verspricht, unsinnige Anreize im gesellschaftlichen Bereich zu ändern. International sind Subventionen für die Verbraucher von fossilen Energieträgern ein wichtiger Hemmschuh für den effizienten und sparsamen Umgang mit Ressourcen. In Deutschland zeigt etwa die Pendlerpauschale, wie umweltschädliche Anreize nicht nur zu Marktverzerrungen führen, sondern auch bis hinunter in die Familienplanung und das subjektive Wohlbefinden einen schädlichen Einfluss ausüben, den Wachstumskritiker pauschal der marktwirtschaftlichen Dynamik unterstellen. Durch eine Rücknahme sämtlicher Subventionen im Bereich der Familienpolitik und eine Verlagerung von detailsteuernden Vorhaben in der Energie- und Umweltpolitik auf marktbasierende Instrumente ginge nicht nur eine Kostensenkung des Umbaus unseres Kapitalstocks einher, sondern auch eine Befreiung des Bürgers vor den allzu oft „perversen Anreizen“ (Wolfgang Kersting) gut gemeinter Politik.

5.2. Fortschritt und sozialer Zusammenhalt in einer spontanen Ordnung

Der Argumentationsstrategie der ökologischen Wachstumskritik folgend ist nebst der Chance auf Nachhaltigkeit nun auf die sozialen Aussichten einer an wirtschaftsliberalen Grundsätzen orientierten Gesellschaftsordnung einzugehen.

Die gesellschaftlichen Thesen Miegels und Jacksons, die als Krisendiagnose zusammengefasst werden können, sind in dieser Arbeit intensiv diskutiert worden. Der besonders interessante Einwand Meinhard Miegels, wachsende Ökonomien würden den „Zusammenhalt der Gesellschaft“ gefährden, soll im Folgenden zum Anlass genommen werden, über den Zusammenhalt in einer spontanen Ordnung nachzudenken. Im Positiven ist zu fragen, inwiefern von einer individualistischen, auf regelgeleiteter Kooperation Fremder basierenden Gesellschaftsidee zu erwarten ist, dass sie den nötigen Zusammenhalt der Menschen erzeugen kann, den jede Gesellschaft benötigt. Dieses Problem ist insofern interessant, als dass wir es hier offensichtlich mit einer spezifischen Problemwahrnehmung zutun haben, die erst unter Annahme gewisser Vorstellungen über den Ablauf sozialer Dynamiken und eine normative Präferenz für soziale Homogenität dringlich erscheint. Mit Hayek ist so etwas wie „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ indes gar keine gehaltvolle Denkkategorie. Hayek unterstellt schlicht, dass Menschen in einer von allgemeinen Regeln geprägten abstrakten Großgesellschaft aus innerem Antrieb heraus ihren Teil dazu leisten werden, den Wohlstand anderer zu stärken, in dem sie eigene Ziele entwickeln und Zwecke verfolgen. Eine Politik der Stärkung des Zusammenhalts ist hierzu weder erforderlich, noch hilfreich und birgt oftmals sogar die Gefahr, mehr zu schaden als zu nutzen. Um den Unterschied herauszustellen, sollte an dieser Stelle das Konzept des Sozialkapitals eingebracht werden. Tim Jackson verweist auf dieses Konzept, das von Pierre Bourdieu, Robert Putnam und James S. Coleman (weiter-)entwickelt wurde. Sozialkapital im Sinne Putnams „refers to the collective value of all social networks and the inclinations that arise from these networks to do things for each other.“⁸⁸⁴ Vertrauen und Kooperation zwischen Fremden sind auf das Engste mit dem Vorhandensein von Sozialkapital verbunden. Wenn Meinhard Miegel vom mangelnden sozialen Zusammenhalt in Wachstumsgesellschaften spricht, kann dies mit einiger Gewissheit übersetzt werden als These, Wachstum senke das Sozialkapital. Empirisch kann dies nicht bestätigt werden,

⁸⁸⁴ Vgl. Robert D. Putnam, *Bowling alone: The collapse and revival of American community*, [Nachdr.] (New York, NY: Simon & Schuster, 2000).

da die Ergebnisse zu vielschichtig für eine solch pauschale Aussage sind.⁸⁸⁵ Auch ist im Rahmen dieser Diskussion aus liberaler Perspektive darauf zu verweisen, dass Menschen in freiheitlichen Gesellschaften die Tendenz besitzen, neue Netzwerke spontan von unten aufzubauen und informelle Regelsysteme auszubilden, die es ihnen erlauben, Vertrauen und Kooperationsbereitschaft (d.h. Sozialkapital) auch unter Unbekannten schnell herzustellen. Die Emergenz immer neuer sozialer Kooperationsformen wird nicht zuletzt durch die rasante technische Entwicklung begünstigt. Was, wenn nicht Sozialkapital, schaffen heutzutage soziale Netzwerke wie das US-amerikanische Unternehmen „Facebook“, dessen Mitgliederzahl inzwischen eine Milliarde Menschen übersteigt? Ein nicht unerheblicher Teil eines durchschnittlichen Einkommens wird heutzutage in technische Mittel investiert, um sich real oder virtuell zu begegnen und auszutauschen. Die Möglichkeiten hierfür nehmen rasant zu. Man könnte daher auch sagen: Die Geschichte der spontanen Ordnung des Marktes ist auch eine Geschichte der Kostensenkung für die Herstellung von Sozialkapital.⁸⁸⁶ Dank besserer Kommunikationsmöglichkeiten sinken insbesondere die sog. Transaktionskosten, die verlässlichen Beziehungen im Wege stehen. Wir können heute viel leichter abschätzen, wem wir trauen können; mit wem wir es generell zutun haben. Natürlich wohnt die Gefahr der Vereinzelung jeder sich ausdifferenzierenden, individualistischen Gesellschaft inne. Kritiker der Moderne im linken wie rechten Teil des politischen Spektrums kritisieren dies seit Beginn der Industrialisierung, ohne das ein Ende dieses Topos abzusehen wäre.

Aus ordnungsökonomischer Sicht geht die größte Gefahr für eine Gesellschaft fortwährend komplexer werdender Kooperation vor allem von wohlgemeinten, aber unvorhergesehen wirkenden politischen Maßnahmen aus. Wenn der Staat über steuerliche Anreize wie das sog. „Ehegatten-Splitting“ kinderlose Ehen nach dem Prinzip „Double Income – No Kids“ sowie Alleinerziehende über die steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten subventioniert und zugleich das staatliche Bildungssystem seit

⁸⁸⁵ Vgl. E. Miguel, „Comment on: Social capital and growth.“ *Journal of Monetary Economics* 50 (2003): 195–198.
http://emiguel.econ.berkeley.edu/assets/miguel_research/49/_Comment_Social_Capital_and_Growth.pdf (letzter Zugriff: 11. August 2014).

⁸⁸⁶ Hierzu forschte u.a. das SOCQUIT-Projekt im Auftrag der EU. Vgl. B. Anderson et. al, „D11: Detailed Results of Modelling and Analysis, SOCQUIT Project Deliverable“, Delft, 2006. Siehe auch M. Aved und B. Anderson, „The impact of local ICT initiatives on social capital and quality of life“, Chimera Working Paper 2006-6, Essex, UK. Vgl. auch Australian Government – Department of Communication Technology and the Arts, „The Role of ICT in Building Communities and Social Capital“ http://www.social-capital.net/docs/The_Role_of_ICT_in_Building_Communities_and_Social_Capital.pdf (letzter Zugriff 11. Juli 2015).

Jahrzehnten darin versagt, Eigenverantwortung und Selbstkompetenz zu vermitteln; Wenn die gesetzliche Rentenversicherung das Kinderkriegen in seiner Bedeutung als Teil familiärer Daseinsfürsorge ersetzt, bis der Generationenvertrag sich mangels Generationen als Generationenegoismus erweist, Pendler Subventionen (also Belohnungen) dafür erhalten, möglichst weit entfernte Arbeitsplätze anzunehmen und Nachtarbeit staatlich gefördert wird, stellt sich ernsthaft die Frage, ob nicht viele der spezifisch deutschen Gesellschaftsprobleme auch ebenso spezifisch deutsche politische Ursachen besitzen, die letztlich auf die Fehlanreize des deutschen Wohlfahrtsstaates hinweisen und nicht auf ein allgemeines Kultur- oder Wachstumsphänomen.

Die Herausforderung, mit der wachsenden gesellschaftlichen Dynamik umzugehen, welche auch durch die veränderten Anforderungen seitens der Unternehmen entsteht, lässt sich indes so oder so nicht gänzlich überwinden, zumindest nicht, wenn eine Isolation von der weltweiten Entwicklung des Arbeitslebens außer Frage steht. Es wird für jede kommende Generation gelten, die für sie angemessenen Rahmenbedingungen für ein Leben mit neuer Technologie, neuen Arbeitsformen, neuen Kommunikations- und Reisemöglichkeiten, usw., zu finden. Meinhard Miegel setzt hier auf eine Rückkehr in lokale Gemeinschaften unter Aufgabe monetärer Verbindungen, während der reale Ort dank neuer Kommunikationsformen in Wahrheit immer mehr an Bedeutung für Beziehungen verliert. In Freiheit wird sich der Trend zur Ausweitung der Beziehungsnetze wohl eher nicht zurückdrehen. Darauf gilt es pragmatisch zu reagieren: Statt nationale Kultur und Religion zu festigen, können wir staatliche Grenzen abbauen und transnationale Transportwege ausbauen (s.o.), Stadtplaner können Räume für reale Begegnung schaffen, Arbeitgeber zur Gestaltung humaner Arbeitsplätze angehalten werden. Eine effektive Bevölkerungspolitik ist auch in wachsenden Ökonomien möglich, wie uns Frankreich und die USA beweisen. Anders als in Deutschland steigt hier die Bevölkerung, bekommen Familien im Durchschnitt in etwa zwei Kinder. Gleichwohl wäre es eine Illusion zu glauben, sämtliche Belastungen des Fortschritts ließen sich unmittelbar gestaltend verhindern. Freiheit setzt das Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen voraus, sich die Bedingungen für den ganz persönlichen Wohlstand eigenständig pro-aktiv zu schaffen. Setzen wir dies wirklich voraus, entfällt nicht nur die Pflicht, diesen Willen politisch unmittelbar zu *schaffen*, es sollte vielmehr als ein liberales Proviso angesehen werden, Wohlstand und Glück niemals zum direkten Ziel politischer Steuerung zu erheben. Ein Recht haben wir im liberalen Verfassungsstaat lediglich auf das Streben nach Glück, wie uns die amerikanischen Verfassungsväter

lehren, nicht aber auf das Glück selbst, das sich der intentionalen Planung ja schon bei jedem Einzelnen im Alltag trickreich immer wieder zu entziehen vermag.

Überhaupt ist fraglich, ob wir mit dem Konzept der Lebenszufriedenheit, des Wohlstands oder „well-beings“ ein Konzept in Händen halten, das der Dynamik gesellschaftlichen Wandels angemessen ist. Mit Eucken und Hayek bietet es sich an, sowohl vom Wachstum als gesellschaftlichem Leitbild, als auch vom Konzept des Wohlstands Abstand zu nehmen. Die alternative Idee mit Hayek und Eucken könnte lauten: Fortschritt.⁸⁸⁷ Fortschritt ist in der ökologischen Bewegung in Deutschland zu einem Synonym für Technikgläubigkeit verkommen. Wer die Lösung ökologischer Probleme im Fortschritt sucht, gilt in der Regel als naiv. In der Tradition Hayeks ist Fortschritt gegenüber solchen Vereinnahmungen des Begriffs im Sinne eines irrationalen Technikoptimismus als dediziert *soziales* Phänomen aufzufassen. Fortschritt drückt sich darin aus, dass wir in exponentiell steigendem Umfang von der Arbeit und den Ideen anderer Menschen profitieren, die wir nie zu Gesicht bekommen und die doch unser Leben verändern. Wenn wir uns die Menschheit als Netzwerk vorstellen, bedeutet Fortschritt eine Steigerung der Anzahl der Linien, die einzelne Elemente (Knoten) miteinander verbinden. Fortschritt ist nicht vorhersehbar, nicht planbar, nicht ohne weiteres quantifizierbar – und schon deshalb vom Wirtschaftswachstum strikt zu unterscheiden, welches sich angemessen über einen einzelnen Indikator (das BIP) abbilden lässt. Ohne Freiheit indes kann er sich nicht in der rasanten Weise entfalten, wie wir es in unserer Generation erleben dürfen. Technische Innovationen sind ein Teil dieses ungesteuerten und spontanen globalen Prozesses. Sie senken vor allem die Transaktionskosten, die bisher einer Verbindung weit entfernter Menschen im Wege standen. Das Internet etwa erlaubt den Austausch von Ideen zu sehr geringen Grenzkosten, wodurch Verbindungen erst wirtschaftlich abbildbar werden, die vorher nicht einmal in Erwägung gezogen wurden. In einer spontanen Ordnung, wie sie die globale Ökonomie darstellt, führen Innovationen, Preisänderungen und Veränderungen der Bedürfnisse zu einem laufenden Anpassungsdruck auf sämtliche Marktteilnehmer. Neue Formen gesellschaftlicher

⁸⁸⁷ Hayek definiert Fortschritt mit Alfred Whitehead wie folgt: „daß die Zahl der wichtigen Handlungen, die wir ohne Nachdenken ausführen können, immer größer wird“. F. A. Hayek, „Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft“, 117. Vgl. hierzu auch F. A. Hayek, *Die Verfassung der Freiheit* (Tübingen: Mohr, 1991), 51f. Zum Fortschrittsbegriff Euckens vgl. Nils Goldschmidt, „Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.“ *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, Nr. 3 (2012). http://www.eucken.de/fileadmin/bilder/Dokumente/DP2012/Discussionpaper_12_03.pdf (letzter Zugriff: 27. Mai 2014).

Organisation sind die Folge. Unternehmen verändern ihre Strukturen, Arbeitsplätze erhalten neue Bedeutungen, soziale Innovationen – ein von Wachstumskritikern vielfach verwendeter Begriff – sind hier ohnehin an der Tagesordnung. Eine global vernetzte Menschheit erzwingt Wandel weit jenseits der Märkte. Identitäten, Formen des privaten Zusammenlebens, der gesellschaftlichen Beteiligung – sie alle werden durchgehend an veränderte Daten (insb. Preise) angepasst. Vielfach haben wir diese Veränderungen als gegeben hinzunehmen, was notgedrungen Widerstand provoziert. Doch solange der Prozess gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritts, d.h. der Ausweitung der anonymen Vernetzung der Menschheit untereinander, nicht aufgehalten wird, haben sich alle menschlichen Gemeinschaften und jedes Individuum mit der Frage auseinanderzusetzen, ob ihre internen Arrangements dem evolutionären Wandel gerecht werden. Stetiger Wandel wird zurecht nirgends so stark gesellschaftlich diskutiert, wie im Wirtschaftsleben. Nirgends hat sich in den vergangenen 200 Jahren der Segen (und Fluch) ständiger Veränderung stärker bemerkbar gemacht. Heute wird an Millionen Orten der Welt zugleich von Milliarden Menschen am Neuen experimentiert: Welche Produkte werden morgen besonders nachgefragt? Welche Verbesserungen sind die Investitionskosten wert? Wie kann etwa das Bedürfnis nach Mobilität für niedrige Einkommen befriedigt werden? Einige Unternehmen scheitern, andere erschaffen Lösungen, die sich am Markt bewähren und ihre Kosten einspielen. Indem die Risk-Taker Profiteure und Träger des Risikos (im Fall des Scheiterns) sind, motiviert die liberale Wirtschaftsordnung Innovation, auch weil sie Kapital effizient an diejenigen zuteilt, die damit die größte Rendite erwirtschaften können.⁸⁸⁸ Sozialer Status wird zu einer Frage des Erfolgs, nicht der Zuteilung nach einem erdachten Plan. Er muss daher auch laufend neu errungen werden, da in ihr die (relativen) Verlierer im Wettbewerb um Wohlstand in einer liberalen Gesellschaftsordnung nicht daran gehindert werden können, einen neuen Anlauf auf Erfolg am Markt zu unternehmen.⁸⁸⁹ Lebenszufriedenheit wird in einer solchen Ordnung vor allem bestimmt durch die Fähigkeit des Einzelnen, sich in einer ständig ändernden Welt für die eigenen Lebenswünsche pro-aktiv vor dem Hintergrund gegebener wirtschaftlicher Rahmenbedingungen einzusetzen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Fortschritt in diesem Sinne noch für lange Zeit gleichbedeutend sein wird mit einem Anstieg des

⁸⁸⁸ Vgl. Daron Acemoğlu und James A. Robinson, *Why Nations Fail*, 79ff.

⁸⁸⁹ Miegel und Jackson erkennen dies implizit an, wenn sie den Statuswettbewerb als ein Nullsummenspiel charakterisieren. Unter der Bedingung eines aufrechterhaltenen Wettbewerbs ist fortlaufender Fleiß und Aufwand nötig, um auch nur einen einmal errungenen Status zu sichern.

Bruttoinlandsprodukts der meisten Nationen. Erstens haben wir gerade erst begonnen, den schier unendlichen Raum insbesondere naturwissenschaftlicher Erkenntnis zu ergründen. Unser Innovationspotential ist zugleich enorm gestiegen. Heute sind weitaus mehr Menschen in der Lage, ihr Wissen, ihre Gedanken und ihr individuelles Talent zum Wohle der Menschheit einzubringen und zu experimentieren. Zweitens sinken dank technischer Innovationen die Transaktionskosten immer weiter.⁸⁹⁰ Irgendwann im Laufe dieses Jahrhunderts wird mit einiger Wahrscheinlichkeit auch noch das letzte Dorf nahezu kostenlos mit allen Menschen und frei verfügbaren Informationen verbunden sein. Wir können dadurch immer intensiver und immer komplexer miteinander kooperieren. Die Effizienz von Märkten nimmt darüber hinaus zu, je größer sie werden.⁸⁹¹ Große Investitionen können auf immer mehr Anwender umgelegt werden, gerade auf dem an Bedeutung gewinnenden Markt für digitale Güter und Dienstleistungen. Drittens und wohl am wichtigsten ist aber, dass die materiellen Bedürfnisse vieler Bewohner außerhalb der OECD fest darauf ausgerichtet sind, den Lebensstil der reichen Industrieländer nachzuahmen.⁸⁹² Diese Adaption fremder Lebensstile ist typisch für eine spontane Ordnung, in der Informationen frei fließen können. Solange Milliarden Menschen keine Automobile und Mobiltelefone, ihren Städte keine Kläranlagen, Hochspannungsnetze und Krankenhäuser besitzen, ist ein Ende des Wachstums unwahrscheinlich. Dem Fortschritt im Sinne eines Gedeihens spontaner Kooperation ist es dabei an sich nicht abträglich, wenn von politischer Seite unter Beachtung der Konsequenzen für die Wirtschaftsordnung begrenzend auf den Ressourcenverbrauch eingewirkt wird. Entlang des Weges sollte auf allen Ebenen – national wie supranational – an der laufenden Internalisierung externer Effekte gearbeitet werden. Diese Governance externer Effekte betrifft bei weitem nicht nur die Umweltpolitik. Marktprozesse sind auf korrekte Daten in Form von Preisen angewiesen, was schon zu Zeiten Walter Euckens bekannt war.⁸⁹³ Spiegeln diese nicht die tatsächlichen Knappheitsrelationen wieder, kommt es zu Über- oder Unterproduktion

⁸⁹⁰ Man denke nur an die gesunkenen Kosten im Telekommunikationssektor, die es erlauben, Verträge über weite Distanzen zu minimalen Kosten auszuhandeln.

⁸⁹¹ Aus diesem Grund führt Freihandel zu Wohlstandsgewinnen: Eine effiziente Arbeitsteilung wird ermöglicht, die unter Autarkie nicht eintreten kann. Unter Bedingungen monopolistischen Wettbewerbs gehen mit einer gegenseitigen Öffnung (d.h. einem größeren Markt) mehr Produktvielfalt und geringere Preise einher. Vgl. Paul Krugman und Maurice Obstfeld, *Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft*, 8. Aufl. (München: Pearson, 2009), 35ff.

⁸⁹² Dies erkennen auch Miegel und Jackson an, ziehen jedoch daraus den Schluss, westliche Länder müssten gerade deshalb Raum für das Nachholen der Schwellen- und Entwicklungsländer schaffen. Es besteht in dieser Annahme also Einheit.

⁸⁹³ Vgl. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 301ff.

von Gütern und Dienstleistungen.⁸⁹⁴ Hier müssen Freiheitsrechte begrenzt werden, um bisher nicht kompensierte Schäden an Dritten zu verhindern oder zumindest zu verringern – ein Zwang, der der Aufrechterhaltung von Freiheit dient. Fortschritt sollte daher aktiv durch die Rechtsordnung so flankiert werden, dass die Einheit von Kosten und Nutzen wirtschaftlichen Handelns gewahrt bleibt. Hierin besteht geradezu die primäre Aufgabe staatlichen Handelns in Freiheit.

⁸⁹⁴ Vgl. Mathias Erlei, Martin Leschke und Dirk Sauerland, Neue Institutionenökonomik, 2. Aufl. (Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2007), 304ff.

6. Konklusion und Ausblick

Das Verhältnis von Endlichkeit und Freiheit sollte leitend für die kritische Auseinandersetzung mit den Ideen der neueren ökologischen Wachstumskritik aus einer wirtschaftsliberalen Perspektive in dieser Arbeit sein. Der Begriff der Endlichkeit wurde mit dem ökologischen Denken der Wachstumskritik in Verbindung gemacht, die ganz wesentlich von der Vorstellung einer endlichen Welt getragen wird. Kennzeichnend für wachstumskritische Argumente auf Grundlage des Endlichkeitsbegriffes ist die Vorstellung einer absoluten Begrenztheit der physisch verstandenen Ganzheit der Erde, der ein in den selben Einheiten (Menge und Ausmaß) zu fassendes Wirtschaftssystem entgegengestellt wird, welches als Subsystem des Planeten charakterisiert ist. Endlichkeit ergibt sich für Wachstumskritiker aus der linearen Fortschreibung empirischer Verbrauchs- und Emissionstrends, die langfristig zur Grundlage einer großen zivilisatorischen Katastrophe weitergedacht werden – nämlich zu jenem Punkt, ab dem die Expansion des Wirtschaftssystems die absoluten Grenzen eines endlichen Planeten zu sprengen versucht, scheitert, und in eine unkontrollierte Schrumpfungsphase übergeht, die mit Hunger und Not assoziiert wird. Die Antwort auf ein solches Katastrophenerkenntnis, so die ökologische Wachstumskritik, kann nur in einer frühzeitigen und kontrollierten Begrenzung dieser Expansion liegen – in der bewussten Kontrolle dieses Systems durch die Politik.⁸⁹⁵ Die Suche nach einer geeigneten Wirtschaftsordnung ist für Vertreter des Denkansatzes der Endlichkeit daher vor allem eine Frage der Steuerung der Ökonomie vor dem Hintergrund von außen unabänderlich nahender Umweltgrenzen. Wirtschaft und Politik werden von der Grenze des ökologisch Vertretbaren her gedacht und konkrete Maßnahmen deduktiv auf Grundlage physischer Kennwerte (Emissionen, Senken, usw.) ermittelt. Zu diesem ökologischen Top-Down gesellt sich eine Ebene darunter in der ökologischen Wachstumskritik ein sozialwissenschaftliches und sozialphilosophisches Verständnis, das aus dem Bedürfnis heraus gewählt ist, das übergeordnete ökologische Steuerungsregime sozial verträglich einzurichten und für Akzeptanz zu sorgen. Dem Steuerungs- und Messoptimismus folgend, der das Denken in Endlichkeit durchzieht, setzen Wachstumskritiker auf das althergebrachte philosophische Konzept des Wohlstands. Wohlstand, und damit eng verbunden Glück und Lebenszufriedenheit, gelte es zu erhalten, während die Ausmaße der expandierenden Ökonomie, vor allem der

⁸⁹⁵ Kontrolle ist hier im Sinne des englischen „to control“ also „steuern“ zu verstehen.

Konsum ressourcenintensiver Güter, kontrolliert auf ein nachhaltiges Niveau unter die Grenze des endlichen Planeten zurückgeführt werden.

Wachstumskritikern selbst mag die Idee nicht vollkommen aus dem Sinn gekommen sein, dass ein *von außen* und *von oben* gedachtes politisches Projekt in Konflikt mit der im westlichen Denken so tief verwurzelten Forderung nach persönlicher Autonomie und Freiheit geraten könnte. Und dem ist auch nicht so, wie ein Blick auf das Freiheitsverständnis der Wachstumskritik offenbart. Ökologische Wachstumskritiker folgen einer bereits bekannten Strategie der Umdeutung des Freiheitsbegriffs, durch die etwaige Befürchtungen einer Bevormundung schon definitorisch ins Leere laufen. Durch diese Strategie löst die Wachstumskritik sogar gleich zwei Probleme auf einmal. Sie kann sich erstens auf die Zustimmung all jener Menschen verlassen, die sich in der verwirklichten marktwirtschaftlichen Ordnung ihrer Freiheit aufgrund vielfältiger Mängel beraubt sehen und kann zweitens eine Lösung liefern, die nicht nur Nachhaltigkeit bei Erhalt des Wohlstands, sondern darüber hinaus die Befreiung von den Zwängen wachsender Wirtschaften verspricht. Dem Selbstverständnis nach ist die ökologische Wachstumskritik daher ebenso eine Kritik gesellschaftlicher Zwänge, wie sie eine Kritik kollektiven Versagens gegenüber den Ansprüchen zukünftiger Generationen ist. Obwohl der Begriff des Wohlstands wachstumskritische Arbeiten durchzieht, ist es ihr Freiheitsverständnis, das eine Kritik der Kritik am stärksten befruchtet. Davon wurde zu Beginn dieser Arbeit ausgegangen und dies hat sich auch bestätigt. Und obwohl in dieser Arbeit mithilfe von sieben eigenständigen Ansätzen einer Kritik der Kritik ganz unterschiedliche Thesen und Topoi wachstumskritischen Denkens hinterfragt und kritisiert wurden, kann doch die Frage, wie Freiheit in einer Postwachstumsgesellschaft bestehen soll, als das Grundproblem bezeichnet werden, auf das wir immer wieder stoßen, sobald wir uns kritisch mit diesem Denken auseinandersetzen.

Aus ordnungsökonomischer Sicht lassen sich die Probleme am wachstumskritischen Ansatz, wie sie in dieser Arbeit herausgestellt wurden, in vier Gruppen einteilen. Da ist zunächst einmal das Paradigma der Endlichkeit, welches den Ausgangspunkt wachstumskritischen Denkens darstellt und welches sowohl zu Beginn dieser Arbeit in empirischer und später in logischer Hinsicht hinterfragt wurde. Zweitens findet durch die Wachstumskritik eine positive Analyse wettbewerblicher Ökonomien statt, die hier angefochten wurde. Drittens wurden die Ziele, wie sie unter dem Begriff der Postwachstumsgesellschaft subsumiert werden, als auch (viertens) die Mittel, die für

den Übergang von der wachsenden Wettbewerbswirtschaft in die Postwachstumsökonomie vorgesehen sind, mit Eucken und Hayek hinterfragt.

Zum ersten Punkt: Das ökologische Denken unter dem Begriff der Endlichkeit erweist sich unter Beachtung der empirischen Literatur zu Ernährung, Energie und Klimaforschung als nicht ausreichend abgesichert durch die aktuelle Forschung. Weder kann es als gesichert gelten, dass die Nahrungsversorgung in den nächsten Jahrzehnten an Grenzen stößt, noch wäre eine gleichartige Aussage für den Energiesektor empirisch begründbar. Die Bevölkerungsdynamik zeigt uns darüber hinaus bereits, wie exponentielle Entwicklungen aufgrund vernachlässigter Faktoren an Dynamik verlieren können, was auch mit Blick auf das Wachstumsphänomen als schlüssig und empirisch als wahrscheinlich bezeichnet werden kann. Eine einheitliche exponentielle Entwicklung der nationalen Ökonomien entlang einer Kurve liegt nicht vor. Zum Glück – Über die tatsächlich zu beobachtende Konvergenz der Volkswirtschaften nähern sich die Lebensverhältnisse in der Welt automatisch an. Zugleich steigt die Chance in den entwickelten Ökonomien, den Schritt von der relativen zur absoluten Entkopplung innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung zu schaffen. Als ein sich immer weiter beschleunigendes System, das mit immer höherem Tempo auf eine klar definierte ökologische Grenze zueilt, kann die Weltwirtschaft daher nicht bezeichnet werden. Nicht zuletzt die Frage, welchen Umfang diese Grenze eines endlichen Planeten einnehme, kann nicht beantwortet werden, ohne auf menschliche und gesellschaftliche Dynamiken zu verweisen. Das Gleichnis von der Endlichkeit der Welt, aus der die Endlichkeit des Wachstums schon begrifflich folgen müsse, ist daher an beiden sprachlichen Enden auf Daten angewiesen, die es selbst nicht liefern kann. Genau deshalb ist auch der ökologische Fußabdruck als vorgeschlagenes Maß unseres Abstands zur Endlichkeit bei genauerem Hinsehen für diese Aufgabe ungeeignet. Das menschliche Potential (etwa in Form von Technologie) ist immer schon Teil dessen gewesen, was wir als ökologische Grenze unseres Wohlstands begriffen haben. Dies nicht zu erkennen, ist einer der großen Schwachpunkte der ökologischen Analyse, welche den Ausgangspunkt der wachstumskritischen Argumentation bildet.

Auch die positive Analyse der ökologischen Wachstumskritik, der zweite Teilbereich, ist von Missverständnissen gekennzeichnet, die mit ordnungsökonomischer Theorie als solche ausgewiesen werden können. Da ist vor allem die Theorie eines omnipräsenten Wachstumszwangs, die Meinhard Miegel und Tim Jackson zur Erklärung des Wachstumsphänomens wie auch als Ausgangspunkt für einen normativen

Gegenentwurf anführen. Wachstum sei, wie beispielhaft in einer Fallstudie zur Konsumkritik gezeigt werden konnte, das Ergebnis äußerer gesellschaftlicher Zwänge, die ihrerseits Produkt der wirtschaftsliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung seien. Überflüssiger Konsum als Sinnbild ökologisch wie gesellschaftlich kontraproduktiver Handlungsmuster, entstehe nicht etwa, weil freie Bürger freie Kaufentscheidungen treffen, sondern weil ihnen seitens der Unternehmen durch Werbung und inszenierte Wettbewerbe äußere Wünsche implantiert werden, die sie dann unter Einsatz ihrer ganzen Leistungskraft (und darüber hinaus über Kredite) zu erwerben sehnen. Der Durchschnittsbürger wird im Zuge der Erklärung des Wachstumsphänomens und bei der Benennung der Verantwortlichen für die Folgen des Wachstums reingewaschen – aber damit auch weitestgehend für unmündig und fremdgesteuert erklärt. Die Schuld für die Defizite gesellschaftlicher Dynamiken in wachsenden Gesellschaften sei in den falschen Strukturen zu suchen, die Individualismus vor Gemeinsinn, Egoismus vor Altruismus und Statusgier vor Solidarität belohnen. An den Strukturen gelte es folglich anzusetzen, um nicht nur das Handeln, sondern auch das Denken in Grenzen in die Köpfe der Menschen zu bringen.

Doch mit diesem Gesellschaftsverständnis liegen die Wachstumskritiker falsch. Nicht weil wir Produkte des Zwangs, der Beeinflussung und Selbststeuerung sind, konsumieren wir Güter und erwerben Dienstleistungen, die – oft zweifelhaften – Zielen dienen. Weil wir als Konsumenten das Recht besitzen, die Früchte unserer Arbeit so auszugeben, wie wir es für richtig erachten, weil Unternehmen danach streben, diese Bedürfnisse zu errahnen und zu bedienen, ehe wir selbst wussten, dass wir sie haben, genau deshalb geben wir unser Geld aus, wie wir es tun. Es sind individuelle Ziele, die in einem spontanen Prozess kommunikativ erzeugt werden und in denen Neid, Gier und Statusstreben selbstverständlich eine große (legitime) Rolle spielen. Dieser Prozess ist ein Produkt der Freiheit und nicht des Zwangs, solange Wettbewerb auf Märkten sicherstellt, dass private Macht nicht dazu benutzt werden kann, Menschen gegen ihre eigenen Ziele zu Handlungen zu zwingen, die sie nicht wünschen.

Schauen wir uns zudem die Realität praktisch gelebter Demokratie genauer an, so entdecken wir, dass die Angst vor einer monolithischen Wachstumspolitik als Ausdruck eines strukturfunktionalistischen Handelns sämtlicher Akteure auf allen Ebenen des Staates und der Zivilgesellschaft vollkommen unbegründet ist. Wie unter Aufgriff der in ordnungsökonomischer Theorietradition entstandenen Arbeiten Daron Acemoğlus und James A. Robinsons, Mancur Olsons und nicht zuletzt Walter Euckens und F. A. Hayeks

gezeigt werden konnte, ist praktisch gelebte Demokratie heutzutage mehr als ein Kampf der Interessengruppen um Sondervorteile zu verstehen, der dem Wachstum allzu oft schadet, denn als ein kohärentes Streben nach größtmöglicher Steigerung des nationalen Wohlstands. Gerade weil Bürger wählen können, haben sie die Möglichkeit, moralisch begründete wie auch schlicht eigeninteressierte Forderungen auf Sondervorteile und Subventionen vorzubringen. Der Arbeitsschutz, Tierschutz, das Wochenende als arbeitsfreie Zeit, der Mindestlohn, die Mietpreisbremse usw. sind klare Anzeichen dafür, dass unter der doppelten Regelordnung von Marktwirtschaft und Demokratie auch solche politischen Vorhaben eine Chance besitzen, die gerade nicht für eine Steigerung der Durchschnittseinkommen sorgen werden.

Zum dritten und vierten Aspekt: Diese Analyse des Wachstumsprozesses leitet nahtlos über in die normative Vision der Wachstumskritik: Wenn Wachstum das Produkt eines systemfunktionalistischen Handelns unfreier Akteure ist, das auf die Steigerung der Wirtschaftsleistung durch Innovation und Konsum zielt, liegt die Lösung im Umbau der Maschinerie des Kapitalismus, in neuen Strukturen, die den Einzelnen von den Illusionen des Konsums *befreien* und z.B. Innovationsleistungen der Unternehmen unter das Proviso der Vereinbarkeit mit nachhaltigem Wohlstand stellen. Dafür sind Wachstumskritiker wie Meinhard Miegel und Tim Jackson bereit, große gesellschaftliche Veränderungen zu fordern. Besonders Tim Jackson zeigt, wie ein Programm zur Erlangung des Steady-State im Rahmen einer Befreiungstheorie von inneren Zwängen des Menschen aussehen könnte: Verstaatlichung des Energiesektors, Staatliche Kontrolle des Geldangebots, Verbot von Werbung, gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, ein auf Angleichung der Einkommen angelegtes Steuersystem, Eingriff in das unternehmerische Handeln mit dem Ziel, Rationalisierungen zu unterbinden, uvm. Jackson denkt den theoretischen Ausgangspunkt aus Endlichkeit und Unfreiheit in der Wettbewerbsökonomie logisch zu Ende. Wenn der Einzelne durch Strukturen aus Neid, Minderwertigkeitskomplexen, Gier und Statusstreben mit Leichtigkeit zu irrationaler Selbstschädigung getrieben werden kann und Unternehmen als gewinnmaximierende Institutionen für gesellschaftliche Steuerungsaufgaben ausfallen, muss der Staat, genauer – die Regierung, mit neuen und stärkeren Befugnissen ausgestattet werden, die es ihr erlauben, das Lebensumfeld der Bevölkerung in Richtung eines entmaterialisierten Wohlstands umzugestalten. Die These, dass dies auf einen Akt der Befreiung und nicht auf einen der Unterwerfung hinausläuft, kann Jackson stark machen, weil er den Begriff der Freiheit von allen messbaren Einschränkungen

empirischer Ziele Einzelner löst und stattdessen auf den inneren Kampf für ein moralisch besseres Selbst abstellt. Dieses normativ überlegene Selbst gegen die kurzfristige Gier des empirischen Selbst zu befähigen, so Jackson, ist die Kernaufgabe des Staates. Genau hier liegt aber die autoritäre Versuchung wachstumskritischen Denkens. Indem sie die Regierung von der Rückbindung an den empirischen Willen der Bürger – die immer auch Konsumenten sind – löst, und stattdessen die Menschenvervollkommnung in den Mittelpunkt des Politischen stellt, lässt sie genau jene Gefahren zu, vor denen Isaiah Berlin warnte und gegen die sich das liberale Denken Euckens und Hayeks im Kern richtet. Insofern kommt diese Arbeit zu einer ganz ähnlichen Konklusion wie Ralf Fücks, der nur lose an die ordoliberalen Tradition anknüpfend vor der autoritären Versuchung gewisser Teile des ökologischen Spektrums warnt.⁸⁹⁶

Wenn wir zwischen Wohlstand, Nachhaltigkeit und Freiheit wählen müssten, wäre es aus Sicht des ordnungsökonomischen Liberalismus aber selbst dann keine Frage wert, welches Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens wir wählen sollten. Eine nachhaltige Gesellschaft in Wohlstand, aber ohne Freiheit, ist mit Eucken und Hayek gar nicht denkbar. Wohlstand basiert unmittelbar auf dem Besitz individueller Freiheit, diese wiederum kann sich nicht entfalten, wenn die Regierung sich das Wissen anmaßt, die konkreten Bestimmungsgründe des Wohlstands zu kennen. Nachhaltigkeit wiederum ist, wie etwa Ralf Fücks betont, keine Frage der Mengenreduktion allein. Ohne Innovationen, die die Menschheit dereinst noch dazu befähigen, Dinge *anders* zu machen (und nicht: weniger schlecht), ist keine Mengenreduktion von Emissionen dazu geeignet, die ökologische Krise des 21. Jahrhunderts zu überwinden.⁸⁹⁷ Eine nachhaltige Gesellschaft in Freiheit kann nicht erfolgreich sein, wenn sie diejenigen institutionellen Innovationen auszuschalten versucht, die den heutigen Wohlstand erst ermöglicht haben. Dazu zählt die Entdeckung des Wettbewerbs auf Märkten als Entmachtungswerkzeug und Garant größtmöglicher Effizienz. Dazu zählt eine langfristig ausgerichtete Politik, die Rechtssicherheit über kurzfristig mögliche Resultate stellt. Dazu zählen laufende Reformen in kleinen Schritten, die Fehlanreize durch Regelinnovationen minimieren – etwa in Form eines Handels mit Emissionszertifikaten, der das Potential der Märkte für die Reduktion von Emissionen nutzt. Gegen die Vorstellung, der rasante Wandel unserer Zeit, der zu großen Teilen das Produkt

⁸⁹⁶ Vgl. Ralf Fücks, *Intelligent wachsen*, 88ff.

⁸⁹⁷ Vgl. ebd., 31.

historisch einmaliger Freiheit ist, zerstöre unabänderlich den Zusammenhalt und damit das Fundament unserer Gesellschaft, macht der Liberalismus Hayeks die These stark, dass verstärkte Vernetzung den Menschen dient, dass aber gerade in den bewussten Versuchen seitens der Politik, bestimmte Gesellschaftszustände herbeizuführen, großes Schadenspotential liegt. Nicht der Wachstumszwang und auch nicht der westliche Lebensstil sind für offensichtliche gesellschaftliche Fehlentwicklungen in den Familien, im Bildungssystem, im Arbeitsleben und in den lokalen Gemeinden verantwortlich. Dies wäre zu einfach. Es sind gerade jene komplexen Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen, die Wohlstand, Nachhaltigkeit und Wachstum gefährden und gegen die nur eine bewusste Ordnungsentscheidung für einen an Recht und Gesetz gebundenen Staat Aussicht auf Fortschritte bietet. Politisches Handeln im demokratischen Verfassungsstaat ist fähig, diese Probleme erfolgreich zu bearbeiten, indem eigenverantwortliches Handeln gestärkt und Hindernisse aus dem Wege geräumt werden und das volle Potential einer freien Gesellschaft gehoben wird.

Auch informelle Institutionen spielen eine entscheidende Rolle für die erfolgreiche Entwicklung von Gesellschaften. Betrachten wir die Maßnahmen, die im Zuge der Vision der Postwachstumsgesellschaft als eine Alternative zur marktwirtschaftlichen Ordnung vorgelegt wurden, so sind doch erhebliche Zweifel angebracht, ob hier die moralischen und motivationalen Reserven dauerhaft erhalten werden können, von denen eine Gesellschaft lebt. Wachsender Dirigismus bei gleichzeitig erzwungenem Verzicht, der ständige Apell an eine höhere Moral, die von jedem verlangt, an die Wirksamkeit dieses Verzichts zu glauben, den Versuchungen von Status und Individualismus abzuschwören und für die Rechte der Armen und zukünftiger Generationen ein Leben ohne globalen Austausch, ohne Flugtourismus, Individualverkehr, Unterhaltungselektronik usw. zu führen, dies mag für eine Minderheit im Sinne eines Rückzugs in die Zitadelle ohne Einschränkungen der Freiheit einhergehen. Für diejenigen, die zu ihren eigenen Bedürfnissen stehen und sich eines Rechtfertigungszwangs persönlicher Entscheidungen unter die politische Einzelfallentscheidung nicht unterordnen wollen, dürfte hiermit ein großer Verlust an Lebensqualität und Freiheit einhergehen, der nur mithilfe von Zwang akzeptiert werden wird. Menschen lernen sehr schnell, welche Investition in altruistisches Verhalten sich lohnt und wann Zynismus die Strategie der Wahl ist. In einer Gesellschaft, in der aufgrund einer wirtschaftspolitischen Grundentscheidung für eine interventionistische Ordnung politische Willkür tagtäglich über das eigene Fortkommen in materieller Hinsicht entscheidet, werden Menschen sich

anpassen. Sie werden sich gänzlich anders aufstellen, als dies heute in einer Wettbewerbswirtschaft der Fall ist, in der Verträge und Eigentum garantiert sind, Politik an übergeordnete Prinzipien gebunden ist und Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände keinen Zwang über andere private Akteure ausüben können. Inwiefern durch eine so gravierende Neugestaltung des rechtlichen Status Quo Gesellschaft aus den selben Voraussetzungen schöpfen kann, die heute schon durch eine immer tiefergehende Detailsteuerung unseres Alltags gefährdet sind, ist mehr als fraglich. Hier trennt sich Meinhard Miegel von der Vorstellung Tim Jacksons. Miegels Postwachstumsgesellschaft ist nicht nur Ergebnis der Kritik wachsender Ökonomien und des westlichen Lebensstils. Miegel bezieht den Wohlfahrtsstaat, wie er seit den 1970er Jahren in Westeuropa entstand, explizit in seine Kritik mit ein und versucht, eine Alternative für die Zeit nach dem Wachstum aufzuzeigen. Hier bestehen gewisse Überschneidungspunkte zwischen Eucken, Hayek und Miegel. In einer Gesellschaft, deren Zeit des größten Wachstums beendet ist, wird der Verteilungsspielraum geringer. Die Lösung für gesellschaftliche Missstände kann daher schon aufgrund der Grenzen der Belastbarkeit der Staatsfinanzen nicht in einem Ausbau des Sozialstaats gesucht werden. Miegel jedoch übertreibt in seinem Pessimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Aussichten der alten Industriestaaten maßlos, ganz zu schweigen davon, dass seine Vorschläge die Gefahr in sich bergen, gerade jene Krise des Staates herbeizuführen, die sie eigentlich verhindern sollen. Die Lösung der ökologischen Herausforderung erscheint mit Eucken und Hayek darin zu liegen, auf eine schrittweise Weiterentwicklung der Spielregeln gesellschaftlichen Zusammenlebens und wirtschaftlicher Kooperation zu setzen und dabei den Optimismus nicht aufzugeben, der sich aus einem Vertrauen in das unendliche Potential der Freiheit ergibt. Zu diesem Vertrauen haben wir allen Anlass.

7. Literaturverzeichnis

- Abbas, S. Ali, Nazim Belhocine, Asmaa ElGanainy und Mark Horton, „A Historical Public Debt Database“. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2010/wp10245.pdf> (letzter Zugriff: 11. August 2014).
- Acemoğlu, Daron und James A. Robinson, *Why nations fail: The origins of power, prosperity and poverty*. London: Profile, 2012.
- Acemoğlu, Daron, *Introduction to modern economic growth*. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press, 2009.
- Acemoğlu, Daron und James Robinson, „What’s the Matter with Argentina?“. <http://whynationsfail.com/blog/2012/4/20/whats-the-matter-with-argentina.html> (letzter Zugriff: 2. Juni 2014).
- Alcott, Blake, „Impact caps: Why population, affluence and technology strategies should be abandoned.“ *Journal of Cleaner Production* 18, Nr. 6 (2010): 552–560.
- Anderson, B. et. al, „D11: Detailed Results of Modelling and Analysis, SOCQUIT Project Deliverable“, Delft, 2006
- Andrulleit, Harald, *Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen: Energiestudie 2012*. DERA Rohstoffinformationen 15-d. Hannover: DERA, 2012.
- Anger, Heike, „Die spektakulärsten Staatsbankrotte“. <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/ueberschuldung-die-spektakulaersten-staatsbankrotte/3353410.html?slp=false&p=7&a=false#image> (letzter Zugriff: 10. Juni 2014).
- Appley, Mortimer Herbert, Hrsg., *Adaptation-level theory: A Symposium [on Adaptation-Level (AL) Theory held at the University of Massachusetts at Amherst, on May 7 - 9, 1970]*. New York: Acad. Press, 1971.
- Atkinson, Giles D., *Measuring sustainable development: Macroeconomics and the environment*. Cheltenham: Elgar, 1997.
- Australian Government – Department of Communication Technology and the Arts, „The Role of ICT in Building Communities and Social Capital“ http://www.social-capital.net/docs/The_Role_of_ICT_in_Building_Communities_and_Social_Capital.pdf (letzter Zugriff 11. Juli 2015).
- Aved, M. und B. Anderson, „The impact of local ICT initiatives on social capital and quality of life“, Chimera Working Paper 2006-6, Essex, UK.
- Barro, Robert J. und Xavier Sala-i-Martin, *Economic growth*, 2. ed., Eastern economy ed., Indian reprint. New Delhi: Prentice-Hall of India, 2007.
- Baßler, Ulrich, Jürgen Heinrich und Burkhard Utecht, *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft*, 17., überarb. Aufl., 213. - 222. Tsd. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2002.
- Batthyány, Philipp, *Zwang als Grundübel in der Gesellschaft? Der Begriff des Zwangs bei Friedrich August von Hayek*. Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 52. Tübingen: Mohr Siebeck, 2007; Zugl.: München, Univ., Diss., 2006.
- Baudrillard, Jean, *Das System der Dinge: Über unser Verhältnis zu den alltäglichen Gegenständen*, 2. Aufl. Campus Studium. Frankfurt/Main: Campus-Verl, 2001.
- Becker, Gary S., „Interessengruppen und politisches Verhalten“ in: ders., *Familie, Gesellschaft und Politik*, Tübingen, 163-184.
- Bentham, Jeremy, *An introduction to the principles of morals and legislation*, Dover ed. Mineola, N.Y: Dover Publications, 2007. <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0704/2007000974-d.html>.
- Bergheim, Stefan, „BIP allein macht nicht glücklich: Wohlergehen messen ist sinnvoll, aber schwierig.“ In: *Globale Wachstumszentren – Aktuelle Themen* 367 (2006).

- http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000202805.PDF (letzter Zugriff: 7. Mai 2014)
- Berlin, Isaiah, *Freiheit: Vier Versuche*. Frankfurt am Main: S. Fischer, 1995.
- Berners-Lee, Mike und Duncan Clark, *The Burning Question: We Can't Burn Half the World's Oil, Coal, and Gas. So How Do We Quit?* New York: Greystone Books, 2013. <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10775203>.
- Binswanger, Hans Christoph, *Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*, 2., durchges. Aufl. Marburg: Metropolis-Verl, 2006. <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD120070312968923.pdf>.
- , „Wachstumszwang und Nachhaltigkeit – die Feststellung des Konflikts als Voraussetzung seiner Lösung.: Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg am 12. November 2008“. <http://www.postwachstumsoekonomie.de/Binswanger-Vortrag-OL.pdf> (letzter Zugriff: 16. September 2014).
- Binswanger, Mathias, *Die Tretmühlen des Glücks: Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun?*, Orig.-Ausg., 4. Aufl. Herder-Spektrum 5809. Freiburg, Basel, Wien: Herder, 2010.
- Birnbacher, Dieter, *Analytische Einführung in die Ethik*, 2., durchges. und erw. Aufl. DeGruyter-Studienbuch. Berlin u.a: de Gruyter, 2007.
- Blümle, Gerold, „Freiheit und Norm bei Walter Eucken.“ in *Wirtschaftsgeschichte und ökonomisches Denken: Ausgewählte Aufsätze*, hrsg. von Nils Goldschmidt. 2., erw. und durchges. Aufl, s.p., Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie Bd. 30. Marburg: Metropolis-Verl., 2008.
- , *Wirtschaftsgeschichte und ökonomisches Denken: Ausgewählte Aufsätze*, 2., erw. und durchges. Aufl, hrsg. von Nils Goldschmidt. Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie Bd. 30. Marburg: Metropolis-Verl., 2008.
- Boden, T. A., G. Marland und R. J. Andres, „Global, Regional, and National Fossil-Fuel CO2 Emissions.“ (2013). http://cdiac.ornl.gov/CO2_Emission/timeseries/national (letzter Zugriff: 11. August 2014).
- Boettcher, Erik, *Ökonomisches Denken und soziale Ordnung: Festschrift für Erik Boettcher*, hrsg. von Hans Albert. Tübingen: Mohr, 1984.
- Bolt, Jutta und van Zanden, Jan Luiten, „The First Update of the Maddison Project; Re-estimating Growth Before 1820“. <http://www.ggdnc.net/maddison/maddison-project/publications/wp4.pdf>.
- Bourcarde, Kay und Christian Tripp, „Ausweg qualitatives Wachstum?“ in Institut für Wachstumsstudien (IWS) 2 2006, 25-27. http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Ausweg_qualitatives_Wachstum.pdf.
- Brauch, Hans Günter, Hrsg., *Facing global environmental change: Environmental, human, energy, food, health and water security concepts ; with 135 tables ; Berghof foundation*. Hexagon series on human and environmental security and peace Vol. 4. Berlin, Heidelberg: Springer, 2009.
- Brickman, P. und D. Campbell, „Hedonic relativism and planning the good society.“ in *Adaptation-level theory: A Symposium [on Adaptation-Level (AL) Theory held at the University of Massachusetts at Amherst, on May 7 - 9, 1970]*, hrsg. von Mortimer Herbert Appley, 287–302. New York: Acad. Press, 1971.
- British Petroleum, „BP Statistical Review of World Energy June 2012“. <http://www.bp.com/statisticalreview>.
- , „Statistical Review of World Energy 2013: Oil prices: Dated Brent averaged \$111.67 per barrel in 2012, an increase of \$0.40 per barrel from the 2011 level“.

- <http://www.bp.com/en/global/corporate/about-bp/energy-economics/statistical-review-of-world-energy-2013/review-by-energy-type/oil/oil-prices.html> (letzter Zugriff: 10. April 2014).
- , „BP Energy Outlook 2035: January 2014“. http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/Energy-economics/Energy-Outlook/Energy_Outlook_2035_booklet.pdf (letzter Zugriff: 2. Juni 2014).
- Brocker, Manfred, Hrsg., *Geschichte des politischen Denkens: Ein Handbuch*, Orig.-Ausg., 1. Aufl. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1818. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007.
- Buchanan, James und Geoffrey Brennan, „The Reason of Rules: Constitutional Political Economy“ in: Ders., *Collected Works of James M. Buchanan* Vol. 10. Indianapolis, IN: Liberty Fund, 2000.
- Buchanan, James M., „The status of the "status quo".“ *Constitutional political economy* 15, Nr. 2 (2004): 133–144.
- Buck, Christian, „Wirtschaftskrise und Chancen | Interview: "Klimaschutz ist kein Luxus für gute Zeiten"“. https://www.siemens.com/innovation/apps/pof_microsite/_pof-spring-2009/_html_de/interview-ottmar-edenhofer.html (letzter Zugriff: 1. September 2014).
- Bundesministerium der Finanzen, *Bundeshaushaltsplan 2015*, o.O.A: 2015. http://www.bundeshaushalt-info.de/fileadmin/de.bundeshaushalt/content_de/dokumente/2015/soll/Haushaltsplan-2015.pdf (letzter Zugriff 17.07.2015)
- Campbell, Colin, *The romantic ethic and the spirit of modern consumerism*. Oxford: Blackwell, 1987.
- Carlowitz, Hans Carl von, *Sylvicultura Oeconomica, Oder Haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung Zur Wilden Baum-Zucht: Nebst Gründlicher Darstellung, Wie zu förderst Göttliches Benedeyen dem allenthalben und insgeheim einreissenden Grossen Holtz-Mangel, ...* Leipzig: Braun, 1713.
- Coenen, Reinhard und Armin Grunwald, *Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland: Analyse und Lösungsstrategien*. Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland 5. Berlin: Ed. Sigma, 2003.
- Daly, Herman E., *Toward a steady-state economy*. San Francisco: W. H. Freeman, 1973.
- , *Steady-state economics*, 2. ed. with new essays. Washington DC u.a: Island Pr, 1991.
- , *Wirtschaft jenseits von Wachstum: Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*, 1. Aufl. Edition solidarisch leben. Salzburg: Pustet, 1999.
- Daly, Herman E., John B. Cobb und Clifford W. Cobb, *For the common good: Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future*, 2nd ed., updated and expanded. Boston: Beacon Press, 1994.
- Date, Uwe, „Walter Euckens Weg zum Liberalismus.“ *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, Nr. 10 (2009): 1–45.
- Harold Demsetz, „Information and Efficiency: Another Viewpoint“. *Journal of Law and Economics* 12 (April 1969): s.p.
- , „Toward a theory of property rights.“ *The American economic review* 57, Nr. 2 (1967): 347–359.
- Desrochers, Pierre und Christine Hoffbauer, „The Post War Intellectual Roots of the Population Bomb.“ *The Electronic Journal of Sustainable Development*, 1(3) (2009). http://www.dpi.inpe.br/sil/cst310/Aula2_fundamentos/THE_POST_WAR_INTELLECTUAL_ROOTS_OF_THE_POPULATION_BOMB_-_FAIRFIELD_OSBORNS_OUR_PLUNDERED_PLANET_AND_WILLIAM_VOGTS_ROAD_TO_SURVIVAL_IN_RETROSPECT.pdf.

- Detting, Warnfried, „Lauter letzte Warnungen.“ *Die ZEIT*, 7. März 2002. http://www.zeit.de/2002/11/Lauter_letzte_Warnungen (letzter Zugriff: 23. April 2014).
- Deutscher Bundestag, *Schlussbericht der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft"*. Drucksache 17/13300. Köln: Bundesanzeiger Verl.-Ges., 2013. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).
- Deutschmann, Christoph, *Kapitalistische Dynamik: Eine gesellschaftstheoretische Perspektive*, 1. Aufl. Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, 2008.
- Diefenbacher, Hans und Roland Zieschank, „Wohlfahrtsmessung in Deutschland: Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex“. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3902.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).
- Dinda, Soumyananda, „Environmental Kuznets Curve hypothesis: a survey.“ *Ecological economics : the transdisciplinary journal of the International Society for Ecological Economics* 49, Nr. 4 (2004): 431–455.
- Döring, Thomas, „Ökonomische Politikberatung in der Demokratie – Was lässt sich von Walter Euckens ordnungspolitischer Konzeption lernen?“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 102–112, Konzepte der Gesellschaftstheorie Bd. 8. Tübingen: Mohr Siebeck, 2002.
- Dyson, Tim, *Population and food: Global trends and future prospects*. Global environmental change series. London: Routledge, 1996. <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0649/95038227-d.html>.
- Easterlin, R. A., L. A. McVey, M. Switek, O. Sawangfa und J. S. Zweig, „The happiness-income paradox revisited.“ *Proceedings of the National Academy of Sciences* 107, Nr. 52 (2010): 22463–22468.
- Easterlin, Richard A., „Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence.“ *Nations and households in economic growth : essays in honor of Moses Abramovitz* (1974): 89–125.
- , *The Happiness-Income Paradox Revisited*. IZA Discussion Paper No. 5799. Bonn: IZA, 2011.
- Easterling, William, „Assessing the Consequences of Climate Change for Food Security: A View from the Intergovernmental Panel on Climate Change.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, 269–292, Books in soils, plants, and the environment 96. Boca Raton: Taylor & Francis, 2005.
- Ehrlich, Paul R. und J. P. Holdren, „Impact of Population Growth.“ *Science* 171, Nr. 3977 (1971): 1212–1217.
- Ehrlich, Paul R., *Die Bevölkerungsbombe*. München: Hanser, 1971.
- Ehrlich, Paul R. und Anne H. Ehrlich, *The population explosion*, 1. Touchstone ed. A Touchstone book : Environmental science. New York NY u.a: Simon & Schuster, 1991.
- Ekardt, Felix, *Das Prinzip Nachhaltigkeit: Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit*, Original-Ausg. Beck'sche Reihe 1628. München: Beck, 2005.
- Engel, Gerhard, „Walter Eucken und die Wissenschaft als ordnende Potenz.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 181–213, Konzepte der Gesellschaftstheorie Bd. 8. Tübingen: Mohr Siebeck, 2002.
- Engels, Friedrich und Karl Marx, *Werke*. Marx / Engels Werke Bd. 23. Berlin: Dietz Verl., 1968.

- Englert, Birgit und Barbara Gärber, Hrsg., *Landgrabbing: Landnahme in historischer und globaler Perspektive*, 1., neue Ausg. Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung 33. Wien: new academic press, 2014.
- Erlei, Mathias; Martin Leschke und Dirk Sauerland, *Neue Institutionenökonomik*, Stuttgart: Schäffer-Pöschel, 1999.
- Erlei, Mathias, Martin Leschke und Dirk Sauerland, *Neue Institutionenökonomik*, 2. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Pöschel, 2007.
- Eucken, Walter, *Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik*. Tübingen.
- , „Zur Kritik des Sozialismus: (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich).“ *Die Tatwelt* 1 (1925): 37–42.
- , „Die geistige Krise und der Kapitalismus.“ *Die Tatwelt* 2 (1926): 13–16; (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich).
- , „Über den Versuch den Marxismus zu ethisieren.“ *Die Tatwelt*, Nr. 2 (1926): 96–99; (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich).
- , „Vom Radikalismus sozialistischer und Euckenscher Prägung.“ *Die Tatwelt* 3 (1927): 44–48; (Unter dem Pseudonym Kurt Heinrich).
- , „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus.“ *Weltwirtschaftliches Archiv* 36 (1932): 297–323.
- , „Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen.“ *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 159 (1944) (1944): 161–221.
- , „Das Ordnungspolitische Problem.“ in *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft: Band 1*, hrsg. von Walter Eucken und Franz Böhm, 56–90. Opladen, 1948.
- , „Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung.“ *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (1949): 1–99.
- , „Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung.“ *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (1949): 1–99.
- , *Kapitaltheoretische Untersuchungen: Mit einer Einleitung in die Sammlung: Was leistet die nationalökonomische Theorie?*, 2. Aufl. 1 Band. Tübingen: J.C.B. Mohr, 1954; Ergänzt durch drei Aufsätze. Mit einer Einleitung von Friedrich A. Lutz: "Die Entwicklung der Zinstheorie seit Böhm-Bawerk". Mit einem Nachwort von Friedrich W. Meyer).
- , *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 8. Aufl. Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft : Abteilung Staatswissenschaft. Berlin u.a: Springer, 1965.
- , *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 9., unveränd. Aufl. Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft : Abteilung Staatswissenschaft. Berlin u.a: Springer, 1989.
- , *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6., durchges. Aufl. / mit e. Vorw. zur Neuausg. 1990 von Ernst-Joachim Mestmäcker. Uni-Taschenbücher 1572. Tübingen: Mohr, 1990.
- , *Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung: Londoner Vorträge zur Wirtschaftspolitik und zwei Beiträge zur Antimonopolpolitik*. Wissenschaftliche Paperbacks Wirtschaftswissenschaft 1. Münster, Hamburg: Lit, 2001.
- Eucken, Walter und Franz Böhm, Hrsg., *ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft: Band 1*. Opladen, 1948.
- European Bank for Reconstruction and Development, „Special Report on Climate Change - The Low Carbon Transition“.
<http://www.ebrd.com/downloads/research/transition/trsp.pdf>.

- European Central Bank (ECB), „Long-term interest rate statistics for EU member-states.“
<https://www.ecb.europa.eu/stats/money/long/html/index.en.html> (zuletzt abgerufen 16.Juli.15)
- European Communities et al., „System of National Accounts“ (2009).
<http://unstats.un.org/unsd/nationalaccount/docs/SNA2008.pdf> (Letzter Zugriff: 15. Juli 2015).
- Europäische Kommission, „Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union. Fortschrittsbericht über die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2011. Zusammenfassung 3“.
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/5731665/224-DE-DE.PDF>
- Evans, L. T., *Feeding the ten billion: Plants and population growth*. Cambridge, UK: Cambridge University Press, 1998.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!: 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre verfolgen mit Sorge die zunehmenden Bestrebungen, die Lehre von der Wirtschaftspolitik an den Universitäten zurückzudrängen. Ein Aufruf“.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/volkswirtschaftslehre-rettet-die-wirtschaftspolitik-an-den-universitaeten-1784189.html> (letzter Zugriff: 28. Mai 2014).
- , „Dennis Meadows im Gespräch: „Wir haben die Welt nicht gerettet““.
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/dennis-meadows-im-gespraech-wir-haben-die-welt-nicht-gerettet-11671491.html> (letzter Zugriff: 16. April 2014).
- , „Ein Gespräch mit Dennis Meadows: Grüne Industrie ist reine Phantasie“.
<http://www.faz.net/aktuell/wissen/klima/ein-gespraech-mit-dennis-meadows-gruene-industrie-ist-reine-phantasie-11980763.html> (letzter Zugriff: 16. April 2014).
- Feser, Edward, Hrsg., *The Cambridge companion to Hayek*. Cambridge companions. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2006.
- Foster, John Bellamy, Brett Clark und Richard York, *The ecological rift: Capitalism's war on the earth*. New York: Monthly Review Press, 2010.
- Frank, R. H., „The easterlin paradox revisited.“ *Happiness, economics and politics : towards a multi-disciplinary approach* (2009).
- Frank, Robert H., *Choosing the right pond: Human behavior and the quest for status*. New York, NY: Oxford Univ. Press, 1985.
<http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0639/84019099-d.html>.
- Freeden, Michael, „Ideology and Political Theory: Journal of Political Ideologies.“ 11 (2006): 3–22.
- Frey, Bruno S. und Alois Stutzer, *Recent developments in the economics of happiness*. An Elgar research collection. Cheltenham: Edward Elgar Pub., 2013.
- Friedman, Benjamin M., *The moral consequences of economic growth*. A Borzoi book. New York: Knopf, 2005. <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0623/2005040792-b.html>.
- Friedman, Milton, *Essays in positive economics*. Chicago, Ill: Univ. of Chicago Press, 1953.
- , *Kapitalismus und Freiheit*. Stuttgart: Seewald, 1971.
- Friedman, Thomas, „Why Nations Fail“. New York Times, 01. April 2012.
<http://www.nytimes.com/2012/04/01/opinion/sunday/friedman-why-nations-fail.html> (letzter Zugriff 12. Juni 2015).
- Fücks, Ralf, *Intelligent wachsen: Die grüne Revolution*. München: Hanser, 2013.
- Galbraith, John Kenneth, *The affluent society*, 40. anniversary ed., updated and with a new introd. by the author. Mariner books. Boston Mass. u.a: Houghton Mifflin, 1998.

- Gamble, Andrew, „Hayek on Knowledge, Economics and Society.“ in *The Cambridge companion to Hayek*, hrsg. von Edward Feser, 111–131, Cambridge companions. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2006.
- Gander, Hans-Helmuth, Nils Goldschmidt und Uwe Dathe, Hrsg., *Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft. Edmund Husserl – Rudolf Eucken – Walter Eucken – Michel Foucault*. Egon Verlag, 2009.
- Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft: StabG*. 08.06.1967.
- Georgescu-Roegen, Nicholas, *Entropy law and the economic process*. Cambridge, Mass, 1971.
- , *The entropy law and the economic process*. Cambridge, Mass: Harvard University Press, 1971.
- Georgescu-Roegen, Nicholas und Richard T. Ely, „The economics of production.“ *The American economic review* 60, Nr. 2 (1970): 1–9.
- Gerken, Lüder, Hrsg., *Walter Eucken und sein Werk: Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft*. Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 41. Tübingen: Mohr Siebeck, 2000.
- Gerken, Lüder und Andreas Renner, „Die ordnungspolitische Konzeption Walter Euckens.“ in *Walter Eucken und sein Werk: Rückblick auf den Vordenker der sozialen Marktwirtschaft*, hrsg. von Lüder Gerken, 1–47, Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 41. Tübingen: Mohr Siebeck, 2000.
- Gert, Bernard, „Hobbes and Psychological Egoism.“ *Journal of the History of Ideas* 28, Nr. 4 (1967): 503–520.
- Giersch, Herbert, *Allgemeine Wirtschaftspolitik. Erster Band: Grundlagen*. Die Wirtschaftswissenschaften Reihe B 9, Lfg. 27/28. Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, 1961.
- Goldschmidt, Nils, „... wenn ich nicht wüsste, dass Gott existiert“. Zum 50. Todestag des Nationalökonomens Walter Eucken.“ *Süddeutsche Zeitung*, 23. März 2000.
- , „Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.“ *Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik*, Nr. 3 (2012). http://www.eucken.de/fileadmin/bilder/Dokumente/DP2012/Discussionpaper_12_03.pdf (letzter Zugriff: 27. Mai 2014).
- Gordon, Robert J., *Is U.S. economic growth over? Faltering innovation confronts the six headwinds*. NBER working paper series no. 18315. Cambridge, Mass: National Bureau of Economic Research, 2012.
- Greenland, Dennis, „World Food Security - Perspectives Past, Present, and Future.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, 21–38, Books in soils, plants, and the environment 96. Boca Raton: Taylor & Francis, 2005.
- Greven, Michael Th., *Politisches Denken in Deutschland nach 1945: Erfahrung und Umgang mit der Kontingenz in der unmittelbaren Nachkriegszeit*. Sammlung Budrich - Texte zur Gesellschaft. Opladen: Budrich, 2007. http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2905871&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm.
- Gross, Peter, *Die Multioptionengesellschaft*. Neue Folge 917. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1994.
- Grossmann, Wolf Dieter, Hrsg., *Nachhaltigkeit: Bilanz und Ausblick*. Frankfurt am Main: Lang, 1999.
- Grunwald, Armin und Jürgen Kopfmüller, *Nachhaltigkeit*. Campus Einführungen. Frankfurt am Main: Campus-Verl, 2006.

- Germany Trade and Invest, „Energie-Effizienz-Sektor: Zukunft für eine saubere Umwelt“. <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Invest/Industries/Energy-environment-resources/energy-efficiency.html> (letzter Zugriff: 1. September 2014).
- Hagerty, Michael R. und Ruut Veenhoven, „Wealth and Happiness Revisited – Growing National Income Does Go with Greater Happiness.“ *Social Indicators Research* 64, Nr. 1 (2003): 1–27.
- Hamilton, Kirk, Giles Atkinson und David W. Pearce, *Genuine savings as an indicator of sustainability*. CSERGE working paper no GEC 97-03. Centre for Social and Economic Research on the Global Environment, 1997.
- Hansmann, Marc , *Vor dem dritten Staatsbankrott? Der Deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive*. München: Oldenbourg, 2012.
- Haring, Sabine A., „Die Tradition der Konsumkritik: Das Misstrauen gegen das Kaufen ; eine soziologische Annäherung.“ *"Alles käuflich"* (2002): 207–238.
- Hauff, Volker, *Unsere gemeinsame Zukunft: [der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung]*, Ungekürzte Ausg. Greven: Eggenkamp, 1987.
- Haug, Wolfgang Fritz, *Kritik der Warenästhetik*, 1. Aufl. Edition Suhrkamp 513. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1971.
- Hayek, F. A., „Economics and Knowledge.“ *Economia* 4 (1937): 33–54.
- , *Freedom and the economic system*. Public policy pamphlet no. 29 H. D. Gideonse, editor. Chicago Ill: The University of Chicago press, 1939.
- , *The counter-revolution of science: Studies on the abuse of reason*. Glencoe, Ill: Free Press, 1952.
- , „Die Ursachen der ständigen Gefährdung der Freiheit“ in: *Ordo*, Bd. 12. Düsseldorf und München, 1961.
- , „The 'non sequitur' of the "dependence effect".“ *Southern Economic Journal* 27, Nr. 4 (1961): 346–348.
- , *Studies in Philosophy, Politics and Economics*. Taylor & Francis Ltd, 1967. <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche2?titnr=210923076&flag=citavi>.
- , Hrsg, *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 5. Tübingen: Mohr, 1969.
- , „Arten der Ordnung.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, 32–46 5.
- , „Arten des Rationalismus.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, 75–89 5.
- , „Bemerkungen über die Entwicklung von Systemen von Verhaltensregeln.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, 144–160 5.
- , „Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, 249–265 5.
- , „Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, 97–107 5.
- , „Dr. Bernard Mandeville.“ in *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, 126–143 5.
- , *Law, legislation and liberty, Volume 1: Rules and order*, 1. Aufl. 3 Bände. Law, legislation and liberty 1. London: Routledge & Kegan Paul, 1973.
- , „The Nature and History of the Problem“ in: ders. (Hrsg.), *Collectivist Economic Planning*, New York: August M. Kelley, o.J.A.
- , *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, 1. Aufl. Vorträge und Aufsätze / Walter-Eucken-Institut 63. Tübingen: Mohr, 1977.
- , *Die drei Quellen der menschlichen Werte*. Vorträge und Aufsätze / Walter Eucken Institut 70. Tübingen: J.C.B. Mohr, 1979.
- , *Law, Legislation and Liberty, Volume 3: The Political Order of a Free People*. Law, legislation and liberty 3. University of Chicago Press, 1979. <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche2?titnr=242698570&flag=citavi>.

- , *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1: Regeln und Ordnung*, 1. Aufl. 3 Bände. Recht, Gesetzgebung und Freiheit 3. München, 1980.
- , *Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen. Law, legislation and liberty* <dt.> 3. Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie, 1981.
- , *Der Weg zur Knechtschaft*, München, 1981.
- , *Evolution und spontane Ordnung: Vortrag von Professor Dr. Friedrich August von Hayek, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, gehalten am 5. Juli 1983 auf Einladung der Bank Hoffmann AG im Zunfthaus Meisen Zürich*. Schriftenreihe der Bank Hofmann. Zürich: Bank Hofmann AG, 1983.
- , *Die Verfassung der Freiheit*, 3. Aufl., (Nachdr. der 2. Aufl.). Tübingen: Mohr, 1991.
- , *Die Anmassung von Wissen: Neue Freiburger Studien*, hrsg. von Wolfgang Kerber. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 32. Tübingen: Mohr, 1996.
- , „Die Anmaßung von Wissen: Rede aus Anlaß der Verleihung des Nobel-Gedächtnispreises in Wirtschaftswissenschaften.“ in *Die Anmassung von Wissen: Neue Freiburger Studien*, 3–15 32.
- , *Die verhängnisvolle Anmassung: Die Irrtümer des Sozialismus*. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 34. Tübingen: J.C.B. Mohr, 1996.
- , „Wirtschaftstheorie und Wissen – Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre“ in: *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache A 1*, Tübingen: Siebeck, 2007.
- Hayek, F. A. und Kurt R. Leube, *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 2., erw. Aufl. Salzburg: Neugebauer, 1976.
- , „Der Sinn des Wettbewerbs.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 122–140.
- , „Die Tatsachen in den Sozialwissenschaften.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 78–102.
- , „Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 103–121.
- , „Wahrer und falscher Individualismus.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 9–48.
- , „Wirtschaftstheorie und Wissen.“ in *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 49–77.
- Heine, Michael und Hansjörg Herr, *Volkswirtschaftslehre: Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*, 4. Aufl. München: Oldenbourg, 2013.
- Hillel, Daniel, *Out of the earth: Civilization and the life of the soil*. New York: Free Press, 1991.
- Hirsch, Fred, *Die sozialen Grenzen des Wachstums: Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise*, 1. Aufl. Eine Studie des Twentieth Century Fund. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1976.
- Hobbes, Thomas, *Leviathan: Oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, 7. Aufl, hrsg. von Iring Fetscher. Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 462. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1996.
- Hockerts, Hans G., *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945-1957*, Stuttgart, 1980.
- Hofmann, Gunter, „Vertrauter Untergangsgesang.“ *Die ZEIT*, 8. September 2005. <http://www.zeit.de/2005/37/P-BiG> (letzter Zugriff: 18. April 2014).
- Hohmann, Karl und Christoph Lütge, *Einführung in die Wirtschaftsethik*, Münster: LIT-Verlag, 2004

- Homann, Karl und Andreas Suchanek, *Ökonomik: Eine Einführung*, 2., überarb. Aufl. Neue ökonomische Grundrisse. Tübingen: Mohr Siebeck, 2005.
- Homann, Karl und Ingo Pies, „Wirtschaftsethik und Gefangenendilemma“, *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 20, 608-614.
- Hoppe, Hans Hermann, *Einführung: Ludwig von Mises und der Liberalismus*. Sankt Augustin: Academia Verlag.
- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente*, Ungekürzte Ausg., 68. - 75. Tsd. Fischer-Taschenbücher 6144. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 1982.
- IEA, „World Energy Outlook 2010: Zusammenfassung“. http://www.worldenergyoutlook.org/media/weowebseite/2010/weo2010_es_german.pdf.
- , „World Energy Outlook 2010“. <http://www.worldenergyoutlook.org/media/weo2010.pdf>.
- , „World energy outlook 2013“. <http://www.worldenergyoutlook.org/publications/weo-2013/>.
- Immler, Hans, *Natur in der ökonomischen Theorie*. Opladen: Westdt. Verlag, 1985.
- Intergovernmental Panel on Climate Change, „Climate Change 2007: Synthesis Report: Summary for Policymakers“. https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf.
- , „Climate Change 2007: Synthesis Report“. http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr.pdf.
- , *Climate Change 2014. Mitigation of Climate Change: Contribution of the Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, hrsg. von IPCC. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2014.
- , „Summary for Policymakers.“ in *Climate Change 2014. Mitigation of Climate Change: Contribution of the Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*.
- Internationaler Währungsfond, „World Economic Outlook Database, April 2014: 5. Report for Selected Countries and Subjects“. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/> (letzter Zugriff: 2. Juni 2014).
- Irene Quaile, „Riskanter Meilenstein: CO2 erreicht Spitzenwert: Die Treibhausgase in der Luft haben mit über 400 ppm eine symbolische Schwelle überschritten. Forscher fürchten, dass sich einige Folgen des Klimawandels damit nicht mehr rückgängig machen lassen“. <http://dw.de/p/17uyn>.
- Jackson, Tim, „An economic reality check: Transcript“. http://www.ted.com/talks/tim_jackson_s_economic_reality_check/transcript (letzter Zugriff: 6. Mai 2014).
- , *Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, Dt. Erstaussg., 2. Aufl. München: Oekom-Verlag, 2011.
- Jacoby, Klaus-Dietmar, „Energy Security: Conceptualization of the International Energy Agency (IEA).“ in *Facing global environmental change: Environmental, human, energy, food, health and water security concepts ; with 135 tables ; Berghof foundation*, hrsg. von Hans Günter Brauch, 345-354, Hexagon series on human and environmental security and peace Vol. 4. Berlin, Heidelberg: Springer, 2009.
- Jevons, William Stanley, *The Coal question: An inquiry concerning the progress of the nation, and the probable exhaustion of our coal-mines*. Palgrave archive edition / W. S. Jevons ; Vol. 9. Basingstoke, Hampshire: Palgrave, 2001.

- Johnson, D. Gale, „Food security and world trade prospects.“ *American journal of agricultural economics* 80, Nr. 5 (1998): 941–947.
- Jowit, Juliette und Patrick Wintour, „Cost of tackling global climate change has doubled, warns Stern: Author of landmark report says 2% of GDP is needed. Inaction would mean far greater economic damage“. <http://www.theguardian.com/environment/2008/jun/26/climatechange.scienceofclimatechange> (letzter Zugriff: 16. September 2014).
- Kerschner, Christian, „Economic de-growth vs. steady-state economy.“ *Journal of Cleaner Production* 18 (2010): 546–551. <http://degrowth.org/wp-content/uploads/2012/11/Kerschner-2010.pdf> (letzter Zugriff: 19. September 2014).
- Kersting, Wolfgang, „Thomas Hobbes, Leviathan (1651).“ in *Geschichte des politischen Denkens: Ein Handbuch*, hrsg. von Manfred Brocker. Orig.-Ausg., 1. Aufl, 212–226, Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1818. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007.
- Keynes, John Maynard, „Economic possibilities for our grandchildren (1930).“ in *Revisiting Keynes : economic possibilities for our grandchildren*, hrsg. von Lorenzo Pecchi und Gustavo Piga, 17–26. Cambridge, Mass. [u.a.]: MIT Press, 2008.
- Kindleberger, Charles Poor, *Historical economics: Art or science?* New York: Harvester Wheatsheaf, 1990.
- Klage, Jan, *Wetter macht Geschichte: Der Einfluß des Wetters auf den Lauf der Geschichte*, 4. Aufl. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch im FAZ-Inst, 2004.
- Klemm, Ulf-Dieter und Wolfgang Schultheiß (Hrsg.), *Die Krise in Griechenland* (Frankfurt a. M.: Campus, 2015).
- Klepper, Gernot, „Wachstum und Umwelt aus Sicht der neoklassischen Ökonomie.“ *Zwei Sichtweisen auf das Umweltproblem : neoklassische Umweltökonomik versus ökologische Ökonomie* (1999): 291–317.
- Kolev, Stefan, *Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich*. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2013.
- Krugman, Paul und Maurice Obstfeld, *Internationale Wirtschaft: Theorie und Politik der Außenwirtschaft*, 8. Aufl. München: Pearson, 2009.
- Kümmel, Reiner, *The second law of economics: Energy, entropy, and the origins of wealth*. Frontiers collection. New York: Springer Science+Business Media, LLC, 2011.
- Kunz, Frieder, Gerhard Roller und Karlheinz Scheffold, Hrsg., *Konfliktfelder und Perspektiven im Umweltschutz : Einstieg in ein interdisziplinäres Studienfeld von Ökologie bis Suffizienz*. München: oekom verlag, 2014.
- Lal, Rattan, Hrsg., *Climate change and global food security*. Books in soils, plants, and the environment 96. Boca Raton: Taylor & Francis, 2005.
- , „Preface.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, iii–xii, Books in soils, plants, and the environment 96. Boca Raton: Taylor & Francis, 2005.
- Lamla, Jörn und Sighard Neckel, *Politisierter Konsum -- konsumierte Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2006.
- Lane, Philipp R. „Capital Flows in the Euro Area“, European Commission Working Papers 497 (2013)
- Leimbach, Marian, Nico Bauer, Lavinia Baumstark und Ottmar Edenhofer, „Mitigation costs in a globalized world: Climate policy analysis with REMIND-R.“ *Environmental modeling & assessment* 15, Nr. 1 (2010): 155–173.
- Lenel, Hans Otto, „Walter Eucken (1891-1950): Bd. 2: Von Karl Marx bis John Maynard Keynes.“ in *Klassiker des ökonomischen Denkens*, hrsg. von Joachim Starbatty, 292–315. München: Beck, 1989.

- Leschke, Martin, „F. A. von Hayek und die Verfassung der Freiheit.“ in *F. A. von Hayeks konstitutioneller Liberalismus*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 168–189, Konzepte der Gesellschaftstheorie 9. Tübingen: Mohr Siebeck, 2003.
- Leube, Kurt, „Friedrich August von Hayek: A Biographical Introduction“ in: *The Essence of Hayek*, hrsg. von Kurt Leube und Chiaki Nishiyama, VII-XXXVI, Stanford: Stanford Univ. Press, 1984.
- Loske, Reinhard, *Abschied vom Wachstumszwang: Konturen einer Politik der Mässigung*. Hauptsachen und Einblicke H. 1. Rangsdorf: Basilisken-Press, 2010.
- Luhmann, Niklas, *Die Realität der Massenmedien*, 4. Aufl. Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Lutz, Wolfgang, „Changing Population Size and Distribution as a Security Concern: Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts.“ in *Facing global environmental change: Environmental, human, energy, food, health and water security concepts ; with 135 tables ; Berghof foundation*, hrsg. von Hans Günter Brauch, 203–214, Hexagon series on human and environmental security and peace Vol. 4. Berlin, Heidelberg: Springer, 2009.
- Maddison, Angus, *Contours of the world economy, 1 - 2030 AD: Essays in macro-economic history*. Oxford: Oxford Univ. Press, 2007. <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1200804211636995.pdf>.
- Madlener, Reinhard und Blake Alcott, „Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkoppelung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum“. Enquete-kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages (letzter Zugriff: 14. April 2014).
- Majer, Helge, *Wirtschaftswachstum . Paradigmenwechsel vom quantitativen zum qualitativen Wachstum*. München: 1994.
- Malthus, Thomas Robert und Edward A. Wrigley, *An essay on the principle of population: the first edition (1798) with introduction and bibliography*. The Pickering masters. London: Pickering, 1986.
- Mankiw, Nicholas Gregory und Adolf Wagner, *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 3., überarb. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2004.
- , *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 3., überarb. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel, 2004.
- Marcuse, Herbert, *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Soziologische Texte 40. Neuwied: Luchterhand, 1967.
- Markus Becker, „Interview mit Dennis Meadows: "Für eine globale Mobilmachung ist es zu spät"“. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/grenzen-des-wachstums-interview-mit-dennis-meadows-a-870238-druck.html> (letzter Zugriff: 6. Juni 2014).
- Marx, Karl und Friedrich Engels, „Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie“ in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 23. Berlin: Dietz Verl., 1968.
- McCracken, Grant, *Culture and consumption: New approaches to the symbolic character of consumer goods and activities*. Bloomington: Indiana University Press, 1988.
- McNeilly, F. S., „Egoism in hobbes.“ *The Philosophical Quarterly* 16, Nr. 64 (1966): 193–206.
- Meadows, Dennis, Donella Meadows, Erich Zahn, Peter Milling und Hans-Dieter Heck, *Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. DVA informativ 1. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst, 1972. http://www.gbv.de/dms/faz-rez/720717_FAZ_0015_15_0002.pdf.
- Meadows, Donella H., *The limits to growth: A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind*, 4. print. New York, NY: Universe Books, 1972.

- Meadows, Donella H., Jorgen Randers und Dennis L. Meadows, *Limits to growth: The 30-year update*, 1. printing. White River Junction, Vt: Chelsea Green Publ. Company, 2004. <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0729/2004000125-d.html>.
- Mensching, Günther, *Rousseau – zur Einführung*, Hamburg: Junius, 2000.
- Meyer, Aubrey, „The Kyoto protocol and the emergence of "contraction and convergence" as a framework for an international political solution to greenhouse gas emissions abatement.“ *Man-made climate change : economic aspects and policy options ; proceedings of an international conference, held at Mannheim, Germany, March 6 - 7, 1997 ; with 13 tables* (1999): 291–345.
- Miegel, Meinhard, *Die deformierte Gesellschaft: Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*, 10. Aufl. Berlin: Propyläen, 2002. <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD2200204291359008.pdf>.
- , „Wachstum bringt keine Jobs“, Märkische Allgemeine Zeitung, 26. August 2002
- , *Epochenwende: Gewinnt der Westen die Zukunft?*, 4. Aufl. Berlin: Propyläen-Verl, 2005. <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-549-07177-9>.
- , „Das Jahr der finalen Krise: Serie "Die Zukunft des Kapitalismus" (7).“ *FAZ.NET*, 3. Juni 2009. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-zukunft-des-kapitalismus-7-2015-das-jahr-der-finalen-krise-1818036.html>.
- , *Exit: Wohlstand ohne Wachstum*, 2. Aufl. Berlin: Propyläen, 2010. <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1201003082623733.pdf>.
- , „Weniger Wachstum wagen.“ *Der Tagesspiegel*, 16. August 2011. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/positionen-weniger-wachstum-wagen/4504990.html> (letzter Zugriff: 17. April 2014).
- , „Welches Wachstum und welchen Wohlstand wollen wir?“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2012, 27-28 (2012): 27–32. <http://www.bpb.de/apuz/139182/welches-wachstum-und-welchen-wohlstand-wollen-wir-essay> (letzter Zugriff: 17. April 2014).
- Miegel, Meinhard und Stefanie Wahl, *Das Ende des Individualismus: Die Kultur des Westens zerstört sich selbst*. München: Verl. Bonn Aktuell, 1993.
- Miguel, E., „Comment on: Social capital and growth.“ *Journal of Monetary Economics* 50 (2003): 195–198. http://emiguel.econ.berkeley.edu/assets/miguel_research/49/_Comment_Social_Capital_and_Growth.pdf (letzter Zugriff: 11. August 2014).
- Mill, John Stuart, *Principles of political economy: With some of their applications to social philosophy*. London: Longmans, 1909.
- Miller, Eugene F., *Hayek's Constitution of Liberty: An Account of Its Argument*. London: Institute of Economic Affairs, 2010.
- Müller, Jan-Werner, *Das demokratische Zeitalter: Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp, 2013.
- Neumark, David und William Wascher, „Minimum Wages and Employment. A Review of Evidence from the New Minimum Wage Research“. <http://www.economics.uci.edu/files/docs/workingpapers/2006-07/Neumark-08.pdf> (letzter Zugriff: 11. Juli 2015).
- Nicolini, Esteban A., „Was Malthus right? A VAR analysis of economic and demographic interactions in pre-industrial England.“ *European review of economic history* 11, Nr. 1 (2007): 99–121.
- Nolt, John, Dennis A. Rohatyn, Achille C. Varzi und Daniel Schaum, *Logic: Based on Schaum's Outline of theory and problems of logic*. Schaum's outline series. New York, London: McGraw-Hill, 2006.

- Nordhaus, William D. und James Tobin, „Is growth obsolete?“ *Economic growth : Fiftieth Anniversary Colloquium 5. (National Bureau of Economic Research, New York, Fiftieth Anniversary Colloquium 5)* 5 (1972) (1972): 1–80.
- Nordhaus, William D., *The "Dice" model: Background and structure of a dynamic integrated climate-economy model of the economics of global warming*. Cowles Foundation discussion paper no. 1009. New Haven, Conn: Cowles Foundation, 1992.
- North, Douglass Cecil, *Institutions, institutional change and economic performance*. The political economy of institutions and decisions. Cambridge: Cambridge Univ. Pr, 1990.
- Nystrom, Paul H., *Economics of fashion*, 4. print. New York: Ronald Press, 1938.
- Olson, Mancur, *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, 2. Aufl., Tübingen, 1991.
- Organization for Economic Co-operation and Development, *OECD factbook 2007: Economic, environmental, and social statistics*. Paris: OECD, 2007.
- , „FACTOIDS from the new OECD book (updated October 2009): The Economics of Climate Change and Mitigation: Policies and Options for Global Action beyond 2012“. <http://www.oecd.org/env/cc/43706492.pdf> (letzter Zugriff: 16. September 2014).
- , „Interim Report of the Green Growth Strategy: Implementing our commitment for a sustainable future: Meeting of the OECD Council at Ministerial Level. 27-28 May 2010“. <http://www.oecd.org/greengrowth/45312720.pdf> (letzter Zugriff: 11. August 2014).
- O'Neill, Brian C., F. Landis MacKellar und Wolfgang Lutz, *Population and climate change*. Cambridge, UK, New York, [Laxenburg, Austria]: Cambridge University Press; IIASA, 2001.
- Ott, Konrad und Ralf Döring, *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, 2., überarb. und erw. Aufl. Beiträge zur Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit Bd. 1. Marburg: Metropolis-Verl, 2008.
- Ottmann, Henning, *Von Homer bis Sokrates*. Die Griechen Teilbd. 1. Stuttgart [u.a.]: Metzler, 2001.
- Overbeek, Johannes , *The Evolution of Population Theory*. Westport: Greenwood Press, 1977.
- Paech, Niko, „Wege aus der Wachstumsdiktatur.“ in *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*, hrsg. von Harald Welzer und Klaus Wiegandt. Orig.-Ausg, 200–219, Forum für Verantwortung 19616. Frankfurt am Main: Fischer, 2013.
- , *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, 7. Aufl. München: Oekom-Verl, 2014.
- , „Eine Ökonomie jenseits des Wachstums“. http://www.postwachstumsoekonomie.org/Paech_Oekonomie-jenseits-Wachstum.pdf (letzter Zugriff: 19. September 2014).
- , „Grundzüge einer Postwachstumsökonomie“. http://www.postwachstumsoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html (letzter Zugriff: 19. September 2014).
- , „Nachhaltigkeit jenseits grüner Wachstumsillusionen: Skizzen einer Postwachstumsökonomie.“ in *Konfliktfelder und Perspektiven im Umweltschutz : Einstieg in ein interdisziplinäres Studienfeld von Ökologie bis Suffizienz*, hrsg. von Frieder Kunz, Gerhard Roller und Karlheinz Scheffold, 261–275. München: oekom verlag, 2014.
- Pearce, David William und R. Kerry Turner, *Economics of natural resources and the environment*, [2. Dr.]. New York: Harvester Wheatsheaf, 1990.
- Pecchi, Lorenzo und Gustavo Piga, Hrsg., *Revisiting Keynes : economic possibilities for our grandchildren*. Cambridge, Mass. [u.a.]: MIT Press, 2008.
- Pennekamp, Johannes, „Wohlstand ohne Wachstum: Ein Literaturüberblick“. <http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/3248/>.

- Piekenbrock, Dirk, *Gabler Kompakt-Lexikon Wirtschaft*, Wiesbaden: Gabler, 2010
- Pierenkemper, Toni, *Wirtschaftsgeschichte: Die Entwicklung der modernen Volkswirtschaft*, 2. Aufl. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2015.
- Pierson, N. G., Ludwig von Mises, Georg Halm, Hayek, Friedrich August von und Enrico Barone, Hrsg., *Collectivist economic planning: Critical studies on the possibilities of socialism*. London: George Routledge, 1935.
- Pies, Ingo, *Ordnungspolitik in der Demokratie: Ein ökonomischer Ansatz diskursiver Politikberatung*. Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften 116. Tübingen: Mohr Siebeck, 2000.
- , „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag Walter Euckens.“ in *Walter Euckens Ordnungspolitik*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 1–35, Konzepte der Gesellschaftstheorie Bd. 8. Tübingen: Mohr Siebeck, 2002.
- , „Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – der Beitrag F.A. von Hayeks.“ in *F. A. von Hayeks konstitutioneller Liberalismus*, hrsg. von Ingo Pies und Martin Leschke, 1–33, Konzepte der Gesellschaftstheorie 9. Tübingen: Mohr Siebeck, 2003.
- Pies, Ingo und Engel, G., „Freiheit, Zwang und gesellschaftliche Dilemmastrukturen: Zur liberalen Theorie des Staates“, *Aufklärung und Kritik*, Sonderheft 2/1998, 41-51.
- Pies, Ingo und Martin Leschke, Hrsg., *Walter Euckens Ordnungspolitik*. Konzepte der Gesellschaftstheorie Bd. 8. Tübingen: Mohr Siebeck, 2002.
- , Hrsg., *F. A. von Hayeks konstitutioneller Liberalismus*. Konzepte der Gesellschaftstheorie 9. Tübingen: Mohr Siebeck, 2003.
- Pollard, Duncan, *Living planet report 2010: Biodiversity, biocapacity and development*. Gland: WWF International, 2010.
- Post, Wilfred und Anthony King, „Climate Change and Terrestrial Ecosystem Production.“ in *Climate change and global food security*, hrsg. von Rattan Lal, 173–186, *Books in soils, plants, and the environment* 96. Boca Raton: Taylor & Francis, 2005.
- Putnam, Robert D., *Bowling alone: The collapse and revival of American community* [Nachdr.]. New York, NY: Simon & Schuster, 2000.
- Rat für nachhaltige Entwicklung, „Rat für Nachhaltige Entwicklung: Was ist Nachhaltigkeit?“. <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/nachhaltigkeit/?size=%5C%27> (letzter Zugriff: 10. April 2014).
- Reith, Reinhold und Lothar Gall, *Umweltgeschichte der Frühen Neuzeit*. Enzyklopädie deutscher Geschichte / hrsg. von Lothar Gall ... ; Bd. 89. München: Oldenbourg, 2011.
- Renker, Jan, „Die Krisis der Moderne bei Rudolf Eucken, Edmund Husserl und Walter Eucken.“ in *Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft. Edmund Husserl – Rudolf Eucken – Walter Eucken – Michel Foucault*, hrsg. von Hans-Helmuth Gander, Nils Goldschmidt und Uwe Dathe, 41–66. Egon Verlag, 2009.
- Renner, Andreas, „Die zwei "Neoliberalismen".“ *Fragen der Freiheit : Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft* (10/12.2000): 48–64.
- Research&Degrowth (R&D), „Declaration of the Paris 2008 Conference“. <http://degrowth.org/wp-content/uploads/2011/05/Declaration-Degrowth-Paris-2008.pdf> (letzter Zugriff: 19. September 2014).
- Rima, Ingrid Hahne, *Development of economic analysis*, 7th ed. New York, NY: Routledge, 2009.
- Ronald Bailey, „Stern Measures: Averting climate change is surprisingly affordable. Or is it?“. <http://www.reason.com/news/show/116401.html> (letzter Zugriff: 14. Oktober 2014).

- Rönicke, Katrin, „Kaufen und Haben“. <http://blogs.faz.net/wost/2013/04/18/kaufen-und-haben-201/> (letzter Zugriff: 5. Juni 2014).
- Rosegrant, Mark W., Ximing Cai und Sarah A. Cline, *World water and food to 2025: Dealing with scarcity*. Washington, D.C: International Food Policy Research Institute, 2002.
- Rosenberg, Arthur, *Entstehung der Weimarer Republik*. Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Kersten. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, 1961.
- Roszbacher, U., *Die Gedanken über Bildung und staatsbürgerliche Erziehung im Werk von Locke und Rousseau. Ihre Vor- und ihre Wirkungsgeschichte in kulturphilosophischer und kultursoziologischer Sicht*. Ungedruckte geisteswissenschaftliche Diplomarbeit, Graz, 1998.
- Rousseau, Jean-Jacques und Wolfgang Kersting, *Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes*. Unter Mitarbeit von Hermann Denhardt, Limitierte Sonderausg. Fischer Ideen, die die Welt veränderten 50905. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 2005.
- Rueter, Gero, „Fossile Energie: Subventionswahn ungebrochen: Öl, Gas und Kohle werden weltweit kräftig gefördert. Nach Angaben der internationalen Energieagentur sind es rund 400 Milliarden, nach Angaben des IWF sogar über tausend Milliarden Euro jedes Jahr“. <http://dw.de/p/1BDJh> (letzter Zugriff: 11. August 2014).
- Ruzele, E., *Easterlin Paradox Revisited: Does Economic Growth Contribute to Happiness?* Rotterdam, Rotterdam: Erasmus University; Erasmus University Rotterdam [Host], 2009.
- Samuelson, Paul A., William D. Nordhaus und Regina Berger, *Volkswirtschaftslehre: Das internationale Standardwerk der Makro- und Mikroökonomie*, [Übers. der 18. amerikan. Aufl.]. Landsberg am Lech: mi-Fachverl, 2005. <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1201011292916304.pdf>.
- Samuelson, Paul A., William D. Nordhaus und Regina Berger, *Volkswirtschaftslehre*. 2007. mi-Fachverlag (1 CD-ROM).
- Sauerland, Dirk, „Ordnungsökonomik.“ in *Gabler Wirtschaftslexikon*, hrsg. von Springer Gabler Verlag, s.p. Wiesbaden: Springer Gabler, 2014. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/2788/ordnungsoekonomik-v7.html> (letzter Zugriff: 19. September 2014).
- Schirmacher, Frank, „Dreißig nach zwölf“. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/grundkurs-fuer-staatsbuerger-dreissig-jahre-nach-zwoelf-1215434.html> (letzter Zugriff: 15. Oktober 2014).
- Schulte, Martin und Elias Butzmann, „Messung von Wohlstand: Ein Überblick über verschiedene Verfahren.“ (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).
- Schwarzenbach, René, Christian Rentsch, Klaus Lanz, Lars Müller, Hrsg., *Mensch Klima! Wer bestimmt die Zukunft?* Baden: Müller, 2011
- Sen, Amartya, *Der Lebensstandard*. Rotbuch Rotationen. Hamburg: Rotbuch Verl, 2000.
- Shearer, Allan W., *Land use scenarios: Environmental consequences of development*. Integrative studies in water management and land development. Boca Raton, Fla: CRC, 2009.
- Siebert, Horst, *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*, 13., vollst. überarb. und erw. Aufl. Stuttgart u.a: Kohlhammer, 2000.
- Siegel, Charles Berkeley, *The End of Economic Growth*. Berkeley, CA: The Preservation Institute, 2006.
- Simon, Julian L., *The Ultimate Resource*, Princeton University Press, 1981.
- , *The Ultimate Resource 2*. Princeton University Press, 1996. <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche2?titnr=1483652&flag=citavi>.

- Sinn, Hans-Werner, *Das grüne Paradoxon: Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik*, 2. Aufl. Berlin: Econ, 2009.
- Skidelsky, Robert und Edward Skidelsky, *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*. Kunstmann, A, 2013. <http://www.lob.de/cgi-bin/work/suche2?titnr=268948399&flag=citavi>.
- Smith, Adam, *Der Wohlstand der Nationen: Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, 13. Aufl., vollst. Ausg. nach d. 5. Aufl. (letzter Hand), London 1789, für d. Taschenbuch-Ausg. rev. Fassung 1978. Dtv 30149. München: Dt. Taschenbuch-Verl, 2013.
- Solow, Robert M., „A contribution to the theory of economic growth.“ *The quarterly journal of economics* 70, Nr. 1 (1956): 65–94.
- , „Georgescu-Roegen versus Solow-Stiglitz.“ *Ecological Economics* 22, Nr. 3 (1997): 267–268.
- Springer Gabler Verlag, Hrsg., *Gabler Wirtschaftslexikon*. Wiesbaden: Springer Gabler, 2014.
- Starbatty, Joachim, Hrsg., *Klassiker des ökonomischen Denkens*. München: Beck, 1989.
- Stern, Nicholas, „Stern Review: Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels: Zusammenfassung/Executive Summary“. http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERMAN.pdf.
- Stevenson, Betsey und Justin Wolfers, *Economic growth and subjective well-being: Reassessing the easterlin paradox*. Discussion paper series / Centre for Economic Policy Research Development economics, labour economics and public policy 6944. London: Centre for Economic Policy Research, 2008.
- , „Economic growth and subjective well-being: reassessing the Easterlin paradox.“ *Brookings Papers on Economic Activity* 2008, Nr. 1 (2008): 1–87. <http://hdl.handle.net/10419/26439>.
- Stiglitz, Joseph E., „Georgescu-Roegen versus Solow-Stiglitz.“ *Ecological Economics* 22, Nr. 3 (1997): 269–270.
- Stiglitz, Joseph E., Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi, *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. [Paris: The Commission, 2009.
- Stihler, Ariane. „Die Entstehung des modernen Konsums.“ Univ, 1998.
- Talberth, John, Clifford Cobb und Noah Slattery, „The Genuine Progress Indicator 2006“. <http://rprogress.org/publications/2007/GPI%202006.pdf> (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).
- Trading Economics, „Greece Government Debt to GDP“. <http://www.tradingeconomics.com/greece/government-debt-to-gdp> (letzter Zugriff 15. Juli 2015).
- , „Greece GDP“. <http://www.tradingeconomics.com/greece/gdp> (letzter Zugriff 15. Juli 2015).
- , „Greece Unemployment Rate“. <http://www.tradingeconomics.com/greece/unemployment-rate> (letzter Zugriff 15. Juli 2015).
- Tremmel, Jörg, *Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie: Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure*. Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit 4. München: Ökom-Verl, 2003; Zugl.: Diplomarbeit.

- , „Nachhaltigkeit“: Definiert nach einem kriteriengebundenen Verfahren.“ *GAIA: ökologische Perspektiven in Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften = ecological perspectives in science, humanities, and economics* 13 (2004): 26–34.
- Trigg, Andrew B., „Veblen, Bourdieu, and conspicuous consumption.“ *Journal of economic issues* : *jei* 35, Nr. 1 (2001): 99–115.
- U.S. Energy Information Administration, „International Energy Statistics“. <http://www.eia.gov/> (letzter Zugriff: 19. September 2014).
- Ullmann, Hans-Peter, „Öffentliche Finanzen und Steuern in Deutschland zwischen Ancien Régime und Moderne“ in: ders., *Staat und Schulden. Öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2009.
- Ullrich, Wolfgang, *Alles nur Konsum: Kritik der wertenästhetischen Erziehung*, Orig.-Ausg., 2. Aufl. Wagenbachs Taschenbuch 699. Berlin: Wagenbach, 2013.
- United Nations Environment Programme, „A Global Green New Deal: Report Prepared for the Economics and Trade Branch, Division of Technology, Industry and Economics.“ <http://www.unep.org/greeneconomy/> (letzter Zugriff: 11. August 2014).
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs/Population Division, „World Population Prospects: The 2012 Revision, , Highlights and Advance Tables“. http://esa.un.org/unpd/wpp/Documentation/pdf/WPP2012_HIGHLIGHTS.pdf (letzter Zugriff 17. Juni 2015).
- United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division, „World Urbanization Prospects: The 2005 Revision.“ http://www.un.org/esa/population/publications/WUP2005/2005WUP_DataTables3.pdf.
- United States Census Bureau, „World Population: Historical Estimates of World Population“. http://www.census.gov/population/international/data/worldpop/table_history.php (letzter Zugriff: 15. April 2014).
- Uwe R. Fritsche, Klaus J. Hennenberg, Andreas, Horst Fehrenbach, Elvira Roth, Anna Hennecke, „Nachhaltige Bioenergie: Stand und Ausblick: Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse des Forschungsvorhabens“. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-von-strategien-nachhaltigkeitsstandards> (letzter Zugriff: 14. Oktober 2014).
- Van Reenen, John „The economic legacy of Mrs. Thatcher is a mixed bag“. <http://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/the-economic-legacy-of-mrs-thatcher-2/> (letzter Zugriff: 11. Juli 2015).
- Vanberg, Viktor, *Liberaler Evolutionismus oder vertragstheoretischer Konstitutionalismus? Zum Problem institutioneller Reformen bei F. A. von Hayek und J. M. Buchanan*. Vorträge und Aufsätze / Walter-Eucken-Institut 80. Tübingen: Mohr Siebeck, 1981.
- , „Evolution und spontane Ordnung. Anmerkungen zu F.A. von Hayeks Theorie der kulturellen Evolution.“ in *Ökonomisches Denken und soziale Ordnung: Festschrift für Erik Boettcher*, 83–112.
- Vanberg, Viktor und James M. Buchanan, *Liberaler Evolutionismus oder vertragstheoretischer Konstitutionalismus: Zum Problem institutioneller Reformen bei F. A. von Hayek und J. M. Buchanan*. Vorträge und Aufsätze 80. Tübingen: Mohr, 1981.
- Vanberg, Viktor V., „Markets and regulation: On the contrast between free-market liberalism and constitutional liberalism.“ *Constitutional political economy* 10, Nr. 3 (1999): 219–243.

- Veblen, Thorstein, *Theorie der feinen Leute: Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*, Ungekürzte Ausg., 6. Aufl. /Fischer-Taschenbücher] Fischer Wissenschaft 7362. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl, 2000.
- Victor, Peter A., *Managing without growth: Slower by design, not disaster*. Advances in ecological economics. Cheltenham: Elgar, 2008.
- , *The costs of economic growth*. The International Library of Critical Writings in Economics Series 275. Cheltenham: Edward Elgar, 2012.
- Wackernagel, Mathis und Bert Beyers, *Der Ecological Footprint: [die Welt neu vermessen]*, 1. Aufl. Hamburg: Europ. Verl.-Anst, 2010.
- Waggoner, P. E. und J. H. Ausubel, „A framework for sustainability science: A renovated IPAT identity.“ *Proceedings of the National Academy of Sciences* 99, Nr. 12 (2002): 7860–7865.
- Wahl, Stefanie und Karsten Gödderz, „Wachstumstrends in der EU6 und anderen früh industrialisierten Ländern 1960 bis 2050“. <http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Wachstumstrends.pdf> (letzter Zugriff: 14. April 2014).
- Wahl, Stefanie, Martin Schulte und Elias Butzmann, „Das Wohlstandsquintett: Zur Messung des Wohlstands in Deutschland und anderen früh industrialisierten Ländern“. http://www.denkwerkzukunft.de/downloads/Wohlstandsquintett_2012.pdf (letzter Zugriff: 7. Mai 2014).
- Weber, Max, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. Wort-Schätze. Area, 2005.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von und Cheryl Desha, *Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum*. München: Droemer, 2010.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von, Amory Bloch Lovins und Hunter L. Lovins, *Faktor vier: Doppelter Wohlstand halbiertes Naturverbrauch*. München: Knaur, 1996.
- Welzer, Harald, „Wegmarken 2010: Wohlstand ohne Wachstum (Teil 1): Perspektiven der Überfluggesellschaft“. http://www.deutschlandfunk.de/wegmarken-2010-wohlstand-ohne-wachstum-teil-1.724.de.html?dram:article_id=99694 (letzter Zugriff: 11. August 2014).
- , *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Schriften zur Ökologie 14. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, 2011.
- , „Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt.“ in *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*, hrsg. von Harald Welzer und Klaus Wiegandt. Orig.-Ausg, 35–59, Forum für Verantwortung 19616. Frankfurt am Main: Fischer, 2013.
- Welzer, Harald und Klaus Wiegandt, Hrsg., *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*, Orig.-Ausg. Forum für Verantwortung 19616. Frankfurt am Main: Fischer, 2013. http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=4185404&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm.
- Wikipedia, The Free Encyclopedia, „Ease of doing business index“. https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Ease_of_doing_business_index&oldid=670218770 (letzter Zugriff 15. Juli 2015).
- , „Index of Economic Freedom“. https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Index_of_Economic_Freedom&oldid=664655536 (letzter Zugriff 15. Juli 2015).
- Wild, Alan, *Soils, land and food: Managing the land during the twenty-first century*. Cambridge: Cambridge University Press, 2003. <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=221178>.

- , *Soils, land, and food: Managing the land during the twenty-first century*. Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2003.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation: Hauptgutachten*, Red.-Schluss.: 17.03.2011, 2. Aufl. Berlin: WBGU Wiss. Beirat der Bundesregierung, 2011.
- Wolfgang Scherf, „Öffentliche Verschuldung“. <https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/22379/1/80-2007.pdf> (letzter Zugriff: 23. April 2014).
- Wood, John Cunningham, *Thomas Robert Malthus, critical assessments*, Reprint ed. Routledge critical assessments of leading economists. London, New York, N.Y: Routledge, 1994.
- World Bank, *World Development Report 2003: Sustainable development in a dynamic world*. New York, N.Y: Oxford Univ. Press, 2003.
- , „Poverty Overview“. <http://www.worldbank.org/en/topic/poverty/overview> (letzter Zugriff: 26. August 2014).
- Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, „Evaluation der Wirkung ehe- und familienbezogener Leistungen auf die Geburtenrate/Erfüllung von Kinderwünschen – Endbericht“. ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Endbericht_GEBURTEN_August_2014.pdf (letzter Zugriff: 06. Juli 2015)

8. Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: BIP JE EINWOHNER UND GLOBALE KOHLENDIOXIDEMISSIONEN AUS FOSSILER ENERGIEGEWINNUNG UND ZEMENTPRODUKTION, 1950-2010. (QUELLE [1]: BOLT / VAN ZANDEN 2013, QUELLE [2]: HTTP://CDIAC.ORNL.GOV/)	7
ABBILDUNG 2: HISTORISCHER ROHÖLPREIS SEIT 1861 (QUELLE: BP STATISTICAL REVIEW 2013)	36
ABBILDUNG 3: GLOBALER ANSTIEG DES ÖKOLOGISCHEN FUßABDRUCKS (QUELLE: POLLARD 2010)	67
ABBILDUNG 4: WACHSTUM ANHAND ZWEIER TRANSFORMATIONSKURVEN (QUELLE: EIGENE DARSTELLUNG)	71
ABBILDUNG 5: WACHSTUM DES BIP-PRO-KOPF IN KKP (QUELLE: EIGENE DARSTELLUNG, MADDISON 2007)	80
ABBILDUNG 6: DAS MALTHUSIANSISCHE BEVÖLKERUNGSMODELL (QUELLE: EIGENE DARSTELLUNG)	87
ABBILDUNG 7: ABSCHWÄCHUNG DES WACHSTUMS IN DEN GRÜNDERSTAATEN DER EU (QUELLE: WAHL 2012)	111
ABBILDUNG 8: WACHSTUMSTRENDS IN DEN EU-GRÜNDERSTAATEN 1960 BIS 2050 (QUELLE: WAHL 2012)	219
ABBILDUNG 9: PROGNOSE DES ENERGIEVERBRAUCHS NACH BEDEUTENDEN MÄRKTEN (QUELLE: BP 2014: 12)	220
ABBILDUNG 10: ANTEIL DER STAATVERSCHULDUNG AM BIP IN DEUTSCHLAND. (QUELLE: ABBAS ET. AL. 2010)	268

Lebenslauf

Angaben zur Person

Name	Jesche, Daniel
Geburtsdatum, Geburtsort	13. August 1983, Bremen
Adresse	Dubendorst 9, 24114 Kiel
Staatsangehörigkeit	Deutsch

Schul- und Berufsbildung

März 2010 - Mai 2015 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Promotion im Bereich der Politischen Theorie und Ideengeschichte
März 2007 - August 2009 Universität Bayreuth	Masterstudium im Studiengang Philosophy and Economics. Gesamtnote 1,9
Oktober 2004 bis März 2007 Hochschule Bremen und Universität Bremen	Bachelorstudium im Studiengang Politikwissenschaft. Gesamtnote 1,9
Oktober 2003 bis Oktober 2004 Universität Bremen	Studium im Studiengang Produktionstechnik (Dipl.). Ohne Abschluss
August 1995 bis Juni 2002 Altes Gymnasium Bremen	Besuch der Gymnasialen Oberstufe. Abitur am 14.06.2002. Gesamtnote 1,6

Berufserfahrung

November 2011 - Dezember 2014 Collegium Philosophicum Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Forscher am interdisziplinären Projektkolleg „Erfahrung und Umgang mit Endlichkeit“
Juli 2013 - April 2014 Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISPK)	Projektleiter einer wissenschaftlichen Studie im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland
Juli 2012 & Juli 2013 International Center Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Englischsprachiger Dozent für das Austauschprogramm mit der University of Utah
Februar 2010 - Oktober 2011 Institut für Sozialwissenschaften Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte. Externer Dozent am Institut für Sozialwissenschaften
August 2002 - Mai 2003 Kindertagesheim "St. Johannes" Bremen	Zivildienst